STADT RÜSSELSHEIM

rüsselsheim am main

Rüsselsheim, den 25.01.2023

BEKANNTMACHUNG

der 18. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

am Dienstag, den 31.01.2023, 18:00 Uhr

Rathaus, Ratssaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgeranhörung (max. ½ Std.) zu den Punkten der Tagesordnung statt.

Tagesordnung

DS-NR.	TOP	
	1	Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.12.2022
DS-337/21-26	2	Kultur123 Stadt Rüsselsheim Wirtschaftsplan 2023
DS-350/21-26	3	Jahresabschluss 2018
DS-343/21-26	4	9. Zwischenbericht zum Sachstand der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
	5	Sachstandsbericht "Quartier am Ostpark"
DS-323/21-26	6	Immanuel-Kant-Schule, Umsetzung des Schulentwicklungsplans inkl. bauliche Erweiterung hier: Grundsatzbeschluss und Beauftragung der Vorplanung
DS-323-2/21-26	a)	Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2023 zur DS 323/21-26 - Immanuel-Kant-Schule, Umsetzung des Schulentwicklungsplans inkl. bauliche Erweiterung; hier: Grundsatzbeschluss und Beauftragung der Vorplanung

DS-NR.	TOP	
DS-354/ 21-26	7	Fördermittelprojekt „Zukunft Innenstadt“ des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Hier: Anpassung der Jury Besetzung im Beteiligungsprozess Bezug: DS-99/21-26, DS 318/21-26, Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2022
DS-319/ 21-26	8	Verkehrsführung in der Weisenauer Straße Bezug: Antrag AT-92/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße“ vom 07.07.2022 der Fraktion CDU
DS-319-1/21-26	a)	Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 11.12.2022 zur DS-319/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße Bezug: Antrag AT-92/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße“ vom 07.07.2022 der Fraktion CDU
DS-319-2/21-26	b)	Änderungsantrag der Fraktionen CDU und WsR vom 24.01.2023 zur DS 319/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße
DS-348/ 21-26	9	Zwischenbericht zum Antrag AT-94/21-26 „Verweisung - Smart Parking“ Bezug: Antrag AT-94/21-26 der SPD-Fraktion vom 17.07.2022
DS-353/ 21-26	10	Tempo 70 auf der Landstraße 3482 Bezug: Vorschlag des Ortsbeirates Bauschheim VBAU-4/21-26 vom 15.02.2022
AT-106/ 21-26	11	Antrag der SPD-Fraktion zur Verweisung vom 22.11.2022 - Starkregenkarte
DS-345/ 21-26	12	Stellungnahme des Magistrates zum Vorschlag von Frau Ortsvorsteherin Kolb und Herrn Walter zur Ansiedelung eines Eiscafés/-diele in Bauschheim Vorschlag VBau-6/21-26 Frau Ortsvorsteherin Kolb und Herrn Walter vom 04.09.2022
DS-340/ 21-26	13	Besetzung des Jugendhilfeausschusses für die Legislaturperiode 2021 – 2026 hier: Nachwahl eines stimmberechtigten Mitglieds und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds der CDU-Fraktion
DS-341/ 21-26	14	Besetzung Betriebskommission Eigenbetrieb Kultur123 hier: Nachbenennung eines Mitglieds und einer Vertretung der CDU-Fraktion
DS-342/ 21-26	15	Besetzung Betriebskommission Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe hier: Nachbenennung eines Mitgliedes und einer Vertretung der CDU-Fraktion
DS-344/ 21-26	16	Besetzung Verkehrskommission hier: Berufung eines Mitgliedes und einer Vertretung für den Kita-Stadtelternbeirat

DS-NR. TOP

17 Anfragen und Mitteilungen

Nichtöffentlicher Teil

gez. Stephan Bernhardt
Vorsitzender

Rüsselsheim, den 07.02.2023

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom Dienstag, den 31.01.2023 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.12.2022

Die Niederschrift der 17. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.12.2022 wird bei 1 Stimm-Enthaltung einstimmig genehmigt.

TOP 2 Kultur123 Stadt Rüsselsheim Wirtschaftsplan 2023 DS-337/21-26

Der Stadtverordnetenversammlung wird bei 6 Ja-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung mit 6 Nein-Stimmen empfohlen, dem Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Grieser verweist darauf, dass mit der Ablehnung des Wirtschaftsplans auch die Durchführung des Klassikertreffens gefährdet sei.

Der Vorsitzende und Herr Stadtv. Grode mahnen die Prüfung von Alternativen an, die das Ziel haben sollten, das Klassikertreffen auch ohne beschlossenen Wirtschaftsplan 2023 durchführen zu können.

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Betriebskommission Kultur123 Stadt Rüsselsheim den Wirtschaftsplan 2023 mit Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und Finanzplan zur Kenntnis genommen hat.
2. dass sich die Betriebskommission Kultur123 in ihrer Sitzung am 2.11.2022 mit der BK-Vorlage Nr. 14-2022 befasst hat. Sie empfiehlt dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung bei drei Enthaltungen einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.
3. dass sich das Planergebnis 2023 in Höhe von --8.947.853 € nach Umlage des Zentralen Bereichs wie folgt auf die Betriebsteile verteilt:

   vhs -1.987.517 €
   Kultur & Theater -3.788.278 €
   Musikschule -1.210.635 €

Stadtbücherei -1.961.422 €

B Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2023 mit folgenden Werten:

im Erfolgsplan	
in den Erträgen mit	4.471.621 €
in den Aufwendungen mit	13.419.474 €
und somit mit einem	
Betriebsergebnis von	-8.947.853 €
im Vermögensplan	
in der Ausgabe	2.129.900 €
in der Einnahme (Deckungsmittel)	2.129.900 €

2. dass der von der Stadt Rüsselsheim zu übernehmende finanzielle Ausgleich dabei auf 8.947.853 €

festgesetzt wird.

3. dass der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsplan 2023 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan erforderlich ist, auf

1.636.435 €

festgesetzt wird

4. dass der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, auf

8.948.000 €

festgesetzt wird.

5. dass die im Wirtschaftsplan 2023 ausgewiesene Stellenübersicht gilt.

TOP 3 Jahresabschluss 2018
DS-350/21-26

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

1. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Rüsselsheim zum 31.12.2018 wird zur Kenntnis genommen.

B. Beschluss

1. Der geprüfte Jahresabschluss einschließlich Anhang und Rechenschaftsbericht der Stadt Rüsselsheim zum 31.12.2018 wird beschlossen.

2. Der Fehlbetrag beim **ordentlichen Ergebnis des Jahres 2018** in Höhe von **9.091.414,09**

EUR wird festgestellt und zusammen mit den vorgetragenen Fehlbeträgen der Vorjahre in Höhe von 203.989.353,59 EUR, abzgl. des Ablösebetrags aus der Hessenkasse (bis 31.12.2018: 112.827.500,00 EUR), in Höhe von insgesamt **100.253.267,68 EUR** gem. § 25 Abs. 3 Satz 2 GemHVO **gegen die Nettoposition verrechnet**. Der Fehlbetrag beim **außerordentlichen Ergebnis 2018** in Höhe von **4.130.525,99 EUR** wird ebenfalls festgestellt und auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Aufgrund des Prüfungsergebnisses wird dem Magistrat gem. § 114 Abs. 1 HGO Entlastung erteilt.

TOP 4 9. Zwischenbericht zum Sachstand der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme DS-343/21-26

Die Vorlage wird beraten und die Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Der 9. Zwischenbericht zum kreisweiten Prozess der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau, Stand Oktober 2022 (siehe Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5 Sachstandsbericht "Quartier am Ostpark"

Herr Stadtrat Kraft und Herr Oberbürgermeister Bausch geben einen Sachstandsbericht zur bisherigen Entwicklung, zum aktuellen Stand sowie zum weiteren Verfahrensablauf.
Hierbei wird insbesondere auf den Grundsatzbeschluss, den städtebaulichen Wettbewerb, den Offenlagebeschluss zum Bebauungsplan, den kommenden Satzungsbeschluss, die Kommunikation mit der Gewobau mbH, die aktuellen Untersuchungen und anstehenden Baumaßnahmen auf dem Grundstück sowie die entsprechenden Verkehrsregelungen eingegangen. Etwaige Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

TOP 6 Immanuel-Kant-Schule, Umsetzung des Schulentwicklungsplans inkl. bauliche Erweiterung hier: Grundsatzbeschluss und Beauftragung der Vorplanung DS-323/21-26 a) Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2023 zur DS 323/21-26 - Immanuel-Kant-Schule, Umsetzung des Schulentwicklungsplans inkl. bauliche Erweiterung; hier: Grundsatzbeschluss und Beauftragung der Vorplanung DS-323-2/21-26

Der vorliegende Änderungsantrag wird von Frau Stadtv. Kropp erläutert. Herr Stadtrat Kraft nimmt hierzu ausführlich Stellung, wobei er insbesondere seiner Überzeugung Ausdruck verleiht, dass die projektierte Baumaßnahme auf dem Gelände der Immanuel-Kant-Schule selbst stattfinden sollte.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2023 wird bei 3 Ja-Stimmen mit der Mehrheit der Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

Kenntnisnahme:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

dass die Immanuel-Kant-Schule gemäß Schulentwicklungsplan 2019-2024 DS 640/16-21 auf eine 6-Zügigkeit erweitert wird.
dass die räumlichen Kapazitäten der aktuell 5-zügigen Immanuel-Kant-Schule nicht ausreichen, um den Raumbedarf im Bestand zu decken und eine bauliche Erweiterung notwendig ist.
dass die Gebäudetrakte A – D und F nicht mehr die aktuellen brandschutztechnischen Anforderungen erfüllen, ein erheblicher Sanierungsstau vorhanden ist und zeitgemäße Raumkonzepte nicht in der bestehenden Gebäudestruktur ermöglicht werden können. .
dass die Maßnahme im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung zulässig ist.

Beschlusstext:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

dass die Vorplanung mit der Umsetzung einer 6-Zügigkeit beauftragt wird.
1. dass die Ergebnisse der Vorplanung der Stadtverordnetenversammlung für die weitere Vorgehensweise zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

TOP 7 Fördermittelprojekt „Zukunft Innenstadt“ des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Hier: Anpassung der Jury Besetzung im Beteiligungsprozess
Bezug: DS-99/21-26, DS 318/21-26, Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2022
DS-354/21-26

Der Vorsitzende verweist auf Punkt e) der Drucksache und erklärt, dass der Intention des CDU-Antrags entsprechend für die Zusammensetzung der Jury nicht 5 Personen sondern 5 Institutionen benannt werden sollen.

Dementsprechend wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

I. Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Vorlage beschriebene Anpassung der Jurybesetzung und erklärt den Antrag der CDU-Fraktion für erledigt.

2. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2022 als erledigt.

TOP 8 Verkehrsführung in der Weisenauer Straße
Bezug: Antrag AT-92/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße“ vom 07.07.2022 der Fraktion CDU
DS-319/21-26
a) Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 11.12.2022 zur DS-319/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße
Bezug: Antrag AT-92/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße“ vom 07.07.2022 der Fraktion CDU
DS-319-1/21-26
b) Änderungsantrag der Fraktionen CDU und WsR vom 24.01.2023 zur DS 319/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße
DS-319-2/21-26

Herr Stadtv. Walczuch begründet den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen CDU und WsR vom 24.01.2023. Der Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 11.12.2022 wird insoweit **zurückgezogen.**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme, den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen CDU und WsR vom 24.01.2023 an den Magistrat zur weiteren Bearbeitung zu verweisen.

Im Übrigen wird der Stadtverordnetenversammlung bei 3 Stimm-Enthaltungen einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Weisenauer Straße eine hohe Netzbedeutung für den städtischen und regionalen Radverkehr hat und in ihrer derzeitigen Gestalt eine Netzlücke darstellt.
2. als Ergebnis der Verkehrsschau vom 13.07.2022 eine Einbahnstraßenregelung für die Weisenauer Straße als angemessen angesehen wurde, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. der Magistrat mit der tiefergehenden Planung einer Fahrradstraße entlang der Weisenauer Straße beauftragt wird. Im Zuge der Planung sind die Änderungen zur Verkehrsführung und der Parkraumregelung aus dem Antrag 92/21-26 zu prüfen und nach Möglichkeit einzubinden.
2. der Arbeitskreis Mobilität und Klimaschutz aktiv in die Planungsphase einzubinden und die Bevölkerung an der Entwicklung der Fahrradstraße zu beteiligen ist.
3. der Antrag AT 92-21-26 der CDU-Fraktion vom 07.07.2022 als erledigt erklärt wird.

TOP 9 Zwischenbericht zum Antrag AT-94/21-26 „Verweisung - Smart Parking“ Bezug: Antrag AT-94/21-26 der SPD-Fraktion vom 17.07.2022 DS-348/21-26

Auf eine entsprechende Nachfrage des Herrn Stadtv. Karakaya sagt Herr Stadtrat Kraft die Vorlage eines Zeitplans zur Realisierung zu.

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt nachstehenden Zwischenbericht zur Bearbeitung des Antrags AT-94/21-26 „Verweisung Smart Parking“ zur Kenntnis.

TOP 10 Tempo 70 auf der Landstraße 3482 Bezug: Vorschlag des Ortsbeirates Bauschheim VBAU-4/21-26 vom 15.02.2022 DS-353/21-26

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

I. Kenntnisnahme

Der Ortsbeirat Bauschheim und die Stadtverordnetenversammlung nehmen zur Kenntnis, dass eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 70 km/h im Abschnitt der L3482 zwischen den Knotenpunkten Brunnenstraße und L3012 rechtlich nicht möglich ist.

II. Beschlussvorschlag

Der Vorschlag VBAU-4/21-26 vom 15.02.2022 wird als erledigt erklärt.

TOP 11 Antrag der SPD-Fraktion zur Verweisung vom 22.11.2022 - Starkregenkarte AT-106/21-26

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, dem Antrag der SPD-Fraktion zur Verweisung vom 22.11.2022 (Starkregenkarte) wie folgt zuzustimmen:

Der Magistrat wird beauftragt eine Starkregenkarte zu erstellen, die mit der Hochwasserwarn-App https://www.hochwasser-hessen.de/ sowie Daten der Versicherungswirtschaft auf der Homepage der Stadt Rüsselsheim abrufbar gemacht wird.

TOP 12 Stellungnahme des Magistrates zum Vorschlag von Frau Ortsvorsteherin Kolb und Herrn Walter zur Ansiedelung eines Eiscafés/-diele in Bauschheim Vorschlag VBau-6/21-26 Frau Ortsvorsteherin Kolb und Herrn Walter vom 04.09.2022 DS-345/21-26

Herr Stadtv. Karakaya moniert, dass der Vorschlag seiner Auffassung nach unzureichend bearbeitet wurde. Er erinnert in diesem Zusammenhang auch erneut an den Antrag zur Attraktivierung von Gewerbeflächen.

Der Oberbürgermeister verweist hierzu auf die in der Endredaktion befindliche Vorlage zum „Einzelhandels- und Zentren-Konzept“.

Der Stadtverordnetenversammlung wird bei 3 Nein-Stimmen und 10 Ja-Stimmen mehrheitlich empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag

Der Prüfvorschlag VBau-06/21-26 vom 04.09.2022 wird als erledigt erklärt.

TOP 13 Besetzung des Jugendhilfeausschusses für die Legislaturperiode 2021 – 2026 hier: Nachwahl eines stimmberechtigten Mitglieds und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds der CDU-Fraktion DS-340/21-26

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt für die CDU-Fraktion Frau Heide Böcker als stimmberechtigtes Mitglied und Herrn Florian Heinrich als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

TOP 14 Besetzung Betriebskommission Eigenbetrieb Kultur123
hier: Nachbenennung eines Mitglieds und einer Vertretung der CDU-Fraktion
DS-341/21-26

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt Herrn Marcel Sedlmayer als Mitglied und Herrn Florian Heinrich als Vertretung für die Betriebskommission des Eigenbetriebs Kultur123.

TOP 15 Besetzung Betriebskommission Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe
hier: Nachbenennung eines Mitgliedes und einer Vertretung der CDU-Fraktion
DS-342/21-26

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt für die CDU-Fraktion Herrn Markus-Johannes Jagla als Mitglied und Herrn Marcel Sedlmayer als Vertreter für die Betriebskommission Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe.

TOP 16 Besetzung Verkehrskommission
hier: Berufung eines Mitgliedes und einer Vertretung für den Kita-Stadtelternbeirat
DS-344/21-26

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung beruft für den Kita-Stadtelternbeirat Herrn Manfred Vonderheidt als sachkundiges Mitglied und Herrn Stefan Hennen als stellvertretendes sachkundiges Mitglied in die Verkehrskommission.

TOP 17 Anfragen und Mitteilungen

Vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung zum ehemaligen Candygelände fragt Herr Stadtv. Karakaya, was im Falle eines Bauantrags des Grundstückseigentümers mit dem Grundstück passieren soll, für das die Stadt das Vorlkaufsrecht ausgeübt habe. Der Oberbürgermeister sagt eine entsprechende Prüfung zu.

Herr Stadtv. Grode verweist auf Anfragen aus der Bevölkerung zum Termin der Oberbürgermeiterwahl und teilt mit, dass der Wahltermin im Ältestenrat thematisiert werden soll.

Herr Stadtv. Walczuch verweist auf ein zugesagtes Treffen zum Thema „Entwicklung der Stellantisflächen“. Herr Stadtrat Kraft sagt eine zeitnahme Terminierung zu.

Auf Anfrage des Herrn Stadtv. Sert zur Schließung der Sporthalle im Dicken Busch berichtet Herr Stadtrat Kraft, dass infolge eines Starkregenereignisses Wasser in erheblichem Umfang eindringen konnte und insbesondere der Sportboden zerstört wurde.

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-337/21-26	
Datum	30.11.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	13.12.2022	beschließend
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	25.01.2023	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Kultur123 Stadt Rüsselsheim Wirtschaftsplan 2023

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Betriebskommission Kultur123 Stadt Rüsselsheim den Wirtschaftsplan 2023 mit Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und Finanzplan zur Kenntnis genommen hat.
2. dass sich die Betriebskommission Kultur123 in ihrer Sitzung am 2.11.2022 mit der BK-Vorlage Nr. 14-2022 befasst hat. Sie empfiehlt dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung bei drei Enthaltungen einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.
3. dass sich das Planergebnis 2023 in Höhe von –8.947.853 € nach Umlage des Zentralen Bereichs wie folgt auf die Betriebsteile verteilt:

   vhs -1.987.517 €
   Kultur & Theater -3.788.278 €
   Musikschule -1.210.635 €
   Stadtbücherei -1.961.422 €

B Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2023 mit folgenden Werten:

im Erfolgsplan
in den Erträgen mit 4.471.621 €
in den Aufwendungen mit 13.419.474 €

und somit mit einem
Betriebsergebnis von -8.947.853 €
im Vermögensplan
in der Ausgabe 2.129.900 €
in der Einnahme (Deckungsmittel) 2.129.900 €

2. dass der von der Stadt Rüsselsheim zu übernehmende finanzielle Ausgleich dabei auf 8.947.853 €

festgesetzt wird.

3. dass der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsplan 2023 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan erforderlich ist, auf

1.636.435 €

festgesetzt wird

4. dass der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, auf

8.948.000 €

festgesetzt wird.

5. dass die im Wirtschaftsplan 2023 ausgewiesene Stellenübersicht gilt.

Begründung:

A. Ziel

Die Kenntnisnahme, Stellungnahme und Beschluss des Wirtschaftsplans mit Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und Finanzplan des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2023 durch die Betriebskommission von Kultur 123 und die Weiterleitung an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main zur endgültigen Beschlussfassung.

B. Gesetzliche Grundlage

§ 115 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.12.2015 (GVBl. S. 618) in Verbindung mit dem Hessischen Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) vom 9. Juni 1989 (GVBl. I S. 151), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2016 (GVBl. I S. 121).

Gemäß § 7 Abs. 3 EBG nimmt die Betriebskommission Stellung zum Wirtschaftsplan und verweist die Vorlage an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung.

C. Ausgangslage

In der Finanzplanung des Wirtschaftsplans 2022 war für das Jahr 2023 ein Planbetriebsergebnis in Höhe von -7.990.295 € vorgesehen. Der Eigenbetrieb liegt mit einem Planergebnis in Höhe von -8.947.853 € um 957.558 € über den Vorgaben der mittelfristigen Finanzplanung aus dem Jahr 2022.

D. Erläuterung

Ausgangspunkt für die Planung des Wirtschaftsjahres 2023 sind die finanziellen Ergebnisse des Jahres 2021, die finanziellen Planungen für das Jahr 2022 sowie die inhaltlichen Planungen für das Wirtschaftsjahr 2023. Ebenfalls zu berücksichtigen sind Ereignisse und aktuelle Entwicklungen des laufenden Jahres und damit verbundenen Auswirkungen auf die Aktivitäten und wirtschaftlichen Aussichten von Kultur123.

Dabei ist festzuhalten, dass die angenommene Verbesserung der Angebots- und Nachfragesituation durch ein Abflauen der Corona-Pandemie noch nicht in allen Betriebsteilen in dem damals erwarteten Umfang eingetroffen ist.

Die Unkenntnis über den weiteren Verlauf der Covid 19 Pandemie und der Maßnahmen zu deren Bekämpfung erschweren die Planungen der Betriebsteile für das Folgejahr und lassen eine wirtschaftliche Abschätzung nur unter großer Unsicherheit zu. Jede Veränderung der behördlichen Auflagen kann direkte Auswirkungen auf die Aktivitäten von Kultur123 und den finanziellen Erfolg des Planjahres haben. Die Kostenstruktur des Eigenbetriebes mit einem hohen Anteil an fixen Kosten, lässt es nur bedingt zu, mögliche Erlösausfälle mit Kosteneinsparungen zu kompensieren.
Neben der Corona-Pandemie ist das Wirtschaftsjahr 2022 geprägt von einer langandauernden vorläufigen Haushaltsführung der Stadt Rüsselsheim am Main und damit einhergehenden Konsolidierungsauflagen für den Eigenbetrieb. Weder ein genehmigter Haushalt der Stadt bzw. ein Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2022 lagen bei Erstellung der Planung vor. Die Planung eines Normalbetriebes ist unter diesen besonderen Bedingungen besonders problematisch und unsicher.

Ebenfalls zu berücksichtigen ist die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in Europa. Der Krieg in der Ukraine führt auch in Deutschland zu unmittelbaren wirtschaftlichen Belastungen, die einen Niederschlag in den Planungen für das Jahr 2023 finden müssen. Steigende Inflation und eine mögliche Energiekrise machen es besonders schwierig, die zukünftige Preisentwicklung und damit die Kostenbasis für die Aufwände des Jahres 2023 realistisch abzuschätzen. Notwendig sind auf jeden Fall deutliche Aufwandsanpassungen, um zukünftige Preissteigerungen abzubilden. Im Bereich der Personalkosten unterstellt die Betriebsleitung in Abschätzung der Tarifauseinandersetzung 2023 sowie möglicher Inflations- und Energiekostenausgleichzahlungen eine Zunahme in Höhe von 6 %, was bezogen auf die geplanten Personalkosten 2022 einer Steigerung von rund 431.000 € entspricht.
Bei den Energiekosten geht die Betriebsleitung von einer Verdreifachung der Aufwendungen für Strom und Gas aus, sodass sich die Betriebskosten der Liegenschaften um rund 600.000 € verteuern.

Die Betriebsleitung muss in der aktuellen Situation feststellen, dass der im Wirtschaftsplan 2022 beschriebene Investitionsstau und die Verzögerungen bei Innovationserfordernissen durch die beschriebene Haushaltssituation im Jahr 2022 nicht bearbeitet werden konnten.
Ebenfalls hat die dem Wirtschaftsplan 2022 zugrunde liegende Analyse zu Zukunftsfähigkeit und Anpassungsnotwendigkeiten des Eigenbetriebs weiterhin Gültigkeit. Die in der Post-Corona-Zeit veränderten Anforderungen an Kommunikation, Sales, IT und Digitalisierung sowie die vorhandenen Schwächen und strukturellen Defizite des Betriebes sind weiterhin vorhanden.
Die Notwendigkeit, überalterte Strukturen in der Gesamtorganisation zu entwickeln, bedarf weiterhin eines mehrjährigen Change Prozesses, damit Kultur123 sich am Markt behaupten und dem öffentlichen Auftrag nachkommen kann.

Nach Anwendung des Umlageschlüssels für die Verteilung des zentralen Bereiches auf die Betriebsteile ergibt sich das folgende Bild:

Betriebsteil	WP 2023	Umlage ZB (JA 2021) %	Umlage ZB (JA 2021) €	WP 2023 nach Umlage	Mittelfristige FP aus 2022	Abw. WP - FP
ZB	-1.838.375 €					
vhs	-1.380.853 €	33,0%	-606.664 €	-1.987.517 €	-1.656.672 €	-330.845 €
KT	-3.181.615 €	33,0%	-606.664 €	-3.788.278 €	-3.470.116 €	-318.162 €
MS	-916.495 €	16,0%	-294.140 €	-1.210.635 €	-1.130.877 €	-79.758 €
StB	-1.630.515 €	18,0%	-330.907 €	-1.961.422 €	-1.732.630 €	-228.792 €
Gesamt	**-8.947.853 €**	**100,00%**	-1.838.375 €	**-8.947.852 €**	**-7.990.295 €**	**-957.557 €**
					100,00%	11,98%

Der Gesamtbetrag der Investitionen für das Wirtschaftsjahr 2023 beläuft sich im Entwurf des Vermögensplans auf 2.129.900 €. Diese liegen um 551.100 € über den Vorgaben der mittelfristigen Finanzplanung in Höhe von 1.578.800 € aus dem Jahr 2022.

Die über den Ansatz der Abschreibung und damit den Substanzerhalt hinaus benötigte Summe beinhaltet zum einen den Investitionsbedarf aus dem Sanierungsvorhaben Theater. Dieser summiert sich durch Verschiebung von geplanten Arbeiten aus dem Jahr 2022 auf die Folgejahre im Jahr 2023 auf einen Betrag von 1.370.000 €.
Zum anderen sind die notwendigsten Investitionen vorgesehen, um den angelaufenen Investitionsstau und die dringendsten Innovationserfordernisse angehen zu können. Die Medialisierung, Dynamisierung und Digitalisierung aller Lebensbereiche sowie die Überalterung der Infrastruktur macht Erneuerungen und Innovierung in diesen Bereichen unumgänglich.

Die dringend notwendigen Infrastrukturerneuerungen stellen sich wie folgt dar:

Betriebsteil	Bedarf	Investitionssumme
Gesamtbetrieb	Relaunch Website	200.000 €
Gesamtbetrieb	Dokumenten-Managementsystem	25.000 €
Kultur&Theater	Ticketingsystem	40.000 €
Kultur&Theater	Sanierung	1.370.000 €
Stadtbücherei	Verbuchungssystem Medien	75.000 €
Stadtbücherei	Platzbuchungssystem mit Kontaktnachverfolgung	20.000 €

E. Auswirkungen auf das Klima

Die Instandhaltungsaufwendungen im Theater dienen u. a. der Erneuerung von Gebäudetechnik, insbesondere von Elektro- sowie Kaltwasser- und Heizungsverteilern.
Auch bei der Sanierung der wasserführenden Leitungen sowie der Instandsetzung der betroffenen Sanitärräume des Theaters werden Klimaschutzziele verfolgt.
Durch die Modernisierungen ist ein geringerer Ressourcenverbrauch beim Betrieb des Gebäudes zu erwarten.

III. Anlagen

Entwurf des Wirtschaftsplans 2023 von Kultur123

Rüsselsheim am Main, den 13.12.2022

Udo Bausch
Oberbürgermeister

KULTUR 123
STADT RÜSSELSHEIM

Wirtschaftsplan 2023

Entwurf

KULTUR123 STADT RÜSSELSHEIM

KULTUR & THEATER
VOLKSHOCHSCHULE
MUSIKSCHULE
STADTBÜCHEREI

Inhaltsübersicht zum Wirtschaftsplan 2023

Bemerkungen und Erläuterungen
1. Gesetzliche Grundlagen
2. Wirtschaftsjahr 2023
3. Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2023
3.1 Erfolgsplan
3.2 Vermögensplan
3.3 Stellenübersicht
3.4 Finanzplan

Anlagen

1. Erfolgsplan Kultur123
1.1 Erfolgsplan Zentrale Dienste
1.2 Erfolgsplan Betriebsteil Volkshochschule
1.3 Erfolgsplan Betriebsteil Kultur & Theater
1.4 Erfolgsplan Betriebsteil Musikschule
1.5 Erfolgsplan Betriebsteil Stadtbücherei

2. Vermögensplan Kultur123
2.1 Vermögensplan Zentrale Dienste
2.2 Vermögensplan Betriebsteil Volkshochschule
2.3 Vermögensplan Betriebsteil Kultur & Theater
2.4 Vermögensplan Betriebsteil Musikschule
2.5 Vermögensplan Betriebsteil Stadtbücherei
2.6 Vermögensplan nach Darstellung HMIS
(Hessisches Ministerium des Innern und für Sport)

3. Stellenübersicht Kultur123

4. Finanzplanung Kultur123
4.1 Finanzplanung Zentrale Dienste
4.2 Finanzplanung Betriebsteil Volkshochschule
4.3 Finanzplanung Betriebsteil Kultur & Theater
4.4 Finanzplanung Betriebsteil Musikschule
4.5 Finanzplanung Betriebsteil Stadtbücherei
4.6 Finanzplanung nach Darstellung HMIS
(Hessisches Ministerium des Innern und für Sport)

Bemerkungen und Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2023 von Kultur123 Eigenbetrieb der Stadt Rüsselsheim

1. Gesetzliche Grundlagen

Grundlage ist das hessische Eigenbetriebsrecht, hier in Form des Eigenbetriebsgesetzes, das im zweiten Teil (§§ 10 ff.) Vorschriften zur Wirtschaftsführung und zum Rechnungswesen darlegt.

Der Eigenbetrieb arbeitet mit einem Wirtschaftsplan[1], der vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres aufzustellen ist. Der Wirtschaftsplan besteht aus

- dem Erfolgsplan[2]
- dem Vermögensplan[3]
- der Stellenübersicht[4]
- dem Finanzplan[5]

Der Erfolgsplan muss alle voraussehbaren Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres enthalten. Er gliedert sich analog der Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Vermögensplan enthält die voraussehbaren Einnahmen und Ausgaben, die sich aus Anlageveränderungen und aus der Kreditwirtschaft des Betriebes ergeben.

Die Stellenübersicht weist die erforderlichen Stellen für Angestellte aus. Zwei Beamt*innen werden nachrichtlich geführt. Sie sind in der Stellenübersicht der Stadt enthalten. Zum Vergleich sind die im laufenden Wirtschaftsplan vorgesehenen besetzten Stellen auszuweisen.

Der Finanzplan enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplanes, sowie eine Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und deren Wirkung auf die Finanzplanung der Stadt Rüsselsheim am Main.

Der Wirtschaftsplan 2023 ist als Anlage beigefügt.

[1] § 15 EigBGes
[2] § 16 EigBGes
[3] § 17 EigBGes
[4] § 18 EigBGes
[5] § 19 EigBGes

2. Wirtschaftsjahr 2023

Für das Wirtschaftsjahr 2023 liegen vor

- der Entwurf des Erfolgsplanes
- der Entwurf des Vermögensplanes
- der Entwurf der Stellenübersicht
- der Entwurf der Finanzplanung

3. Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2023

Gewöhnlich sind die Ausgangspunkte für die Planung des Wirtschaftsjahres 2023 die finanziellen Ergebnisse des abgeschlossenen Jahres, 2021, die finanziellen Planungen für das abrechnungstechnisch noch laufende Jahr 2022 sowie die inhaltlichen Planungen für das Wirtschaftsjahr 2023. Ebenfalls zu berücksichtigten sind Ereignisse und aktuelle Entwicklungen des laufenden Jahres und damit verbundene Auswirkungen auf die Aktivitäten und wirtschaftlichen Aussichten von Kultur123.
Die Aussagekraft der Jahresabschlüsse 2020 und 2021 ist durch den Ausbruch der Covid 19 Pandemie und den damit verbundenen Auswirkungen der behördlichen Maßnahmen zu deren Bekämpfung nur eingeschränkt gegeben. Die Pandemie veränderte die wirtschaftliche Situation von Kultur123 für die Jahre 2021 und 2022 gravierend. Inwieweit die Corona-Pandemie in den kommenden Perioden wieder verstärkt auftritt und inwieweit dies Einfluss auf den wirtschaftlichen Erfolg von Kultur123 haben wird ist mehr als ungewiss. Die zukünftige Entwicklung bleibt risikobehaftet, eine Planung ist nur unter Unsicherheit möglich.
Auch die Entwicklungen des Jahres 2022 lassen sich nur unzureichend auf die Zukunft fortschreiben. Das Wirtschaftsjahr 2022 ist neben der Corona-Pandemie geprägt von einer langandauernden vorläufigen Haushaltsführung der Stadt Rüsselsheim am Main und damit einhergehenden Konsolidierungsauflagen für den Eigenbetrieb. Ein genehmigter Haushalt der Stadt bzw. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für das Wirtschaftsjahr 2022 lagen bei Erstellung der Planung noch nicht vor. Die Planung eines Normalbetriebes ist unter diesen besonderen Bedingungen besonders problematisch und unsicher.

Ebenfalls zu berücksichtigen ist die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in Europa. Der Krieg in der Ukraine führt auch in Deutschland zu unmittelbaren wirtschaftlichen Belastungen, die einen Niederschlag in den Planungen für das Jahr 2023 finden müssen. Steigende Inflation und eine mögliche Energiekrise machen es besonders schwierig, die zukünftige Preisentwicklung und damit die Kostenbasis für die Aufwände des Jahres 2023 realistisch abschätzen zu können. Notwendig sind auf jeden Fall deutliche Aufwandsanpassungen, um zukünftige Preissteigerungen abzubilden, die Festlegung der Höhe ist problematisch.

Kultur123 richtet sich mit seinen Betriebsteilen Volkshochschule, Theater, Musikschule und Stadtbücherei und deren Angeboten an Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Erwachsene und eröffnet auf Basis des Kulturprofils der Stadt Rüsselsheim am Main einen barrierefreien und inklusiven Zugang zu den unterschiedlichsten Angeboten. Insbesondere bildungsferne und bildungsbenachteiligte Gruppen erhalten auf Basis einer emanzipatorischen Bildung die Möglichkeit zur Teilhabe an kulturellen und gesellschaftlichen Prozessen. Der Betrieb ist somit ein wichtiges Bindeglied im städtischen Zusammenleben und trägt nachhaltig zu einer positiven und zukunftsorientierten städtischen Entwicklung und Ansiedelungspolitik bei. Er eröffnet mit seinen Angeboten die Möglichkeit zum lebenslangen Lernen.
Für eine gelungene Integration in Arbeit und Gesellschaft wirken die Angebote im beruflichen, kulturellen und sprachlichen Bereich. Kulturelle Bildung ist ein wichtiger und fester Bestandteil der Angebote für Kinder und Jugendliche. Die Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort einer Stadt im Allgemeinen und insbesondere von Rüsselsheim am Main wird schon heute wesentlich auch über ihre Kultur- und Bildungsangebote definiert. Die Kultur- und Bildungsangebote von Kultur123 sind daher ein wichtiger Standortfaktor und beeinflussen sehr deutlich die positive Wahrnehmung der Stadt durch ihre Bürger*innen, weil diese sich sehr stark mit den Bildungs- und Kultureinrichtungen identifizieren. Sie sind darüber hinaus ein wichtiges Merkmal bei der Beurteilung der Wohnqualität bei Zuzug und somit wesentlicher Faktor für den Ausbau des Wirtschaftsstandortes Rüsselsheim am Main und der Stadtentwicklung.

Kultur und Bildung sind zusammenfassend keineswegs schmückendes Beiwerk einer zivilisierten Stadtgesellschaft, sie sind vielmehr impulsgebend und identitätsstiftend für Einzelne und die Gemeinschaft, demokratiefördernd und integrierend. Kultur und Bildung generieren Umwegrentabilitäten, Aufmerksamkeit und Wettbewerbsvorteile bei der Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen. Kultur und Bildung bestimmen letztlich unseren Alltag und sind wichtige Bausteine im Zusammenleben sowie im Erhalt und in der Entwicklung von mündigen Bürger*innen.

Seit Gründung des Betriebs im Jahr 1998 stand neben der Erfüllung gesetzlicher und der von der Stadt an den Eigenbetrieb übertragenen inhaltlichen Aufgaben das Ziel „Minimierung des notwendigen städtischen Finanzierungsanteils“ an der Spitze der Prioritäten. Dieses wurde durch Ausschöpfung von Kostensynergien, der Verbesserung der betrieblichen Infrastruktur und durch Umsetzung von Optimierungsmöglichkeiten ergiebig betrieben.
Diese Optimierungsanstrengungen wurden in den Folgejahren nicht immer in vollem Maße sichtbar, wenn beispielsweise durch wichtige Beschlüsse neue Wegweisungen gesetzt wurden oder durch gesellschaftliche Herausforderungen neue Aufgaben durch Kultur123 bewältigt werden mussten. So in den Jahren 2007 und 2013: die Erweiterung um die Betriebsteile Kultur & Theater, Musikschule und Stadtbücherei oder die Erweiterung der Aufgaben, wie die Übernahme von Gebäude und Förderung des Kulturzentrums „das Rind“ sowie der Koordination

der Vereinsförderung, die Eröffnung des Selbstlernzentrums oder durch Umzug des Bildungszentrums Goetheschule in das angemietete Bildungszentrum Opel Altwerk. All dies erfolgte ohne nennenswerte Ausweitung des Personals.
In den Jahren 2014 und 2015 wurden sämtliche, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung der Stadt Rüsselsheim am Main von der Fa. Schüllermann empfohlenen Konsolidierungsmaßnahmen für Kultur123 in Beschlussvorlagen umgesetzt und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt.
Eine große Herausforderung für den Eigenbetrieb Kultur123 besteht seit dem Jahr 2015 in der Bewältigung des sprunghaften Anstiegs der Sprachförderbedarfe der Zuwanderer*innen, Geflüchteten und Asylsuchenden. Die Bewältigung der gestiegenen Nachfrage ist auch heute wieder, bedingt durch die aktuelle Situation in der Ukraine, spürbar. Hinzu kommen ab dem Jahr 2021 bedingt durch den Fachkräftemangel und die Anwendung tariflicher Möglichkeiten zur Anerkennung von Zeiten beruflicher Vorerfahrungen, erhöhte Personalkosten zur Gewinnung von Personal.
Seit dem Jahr 2021 musste der Eigenbetrieb die übertragenen Aufgaben den Bedingungen der Corona-Pandemie anpassen. Hier ging es vornehmlich darum, ein sicheres Arbeits- und Angebotsumfeld für die Mitarbeitenden sowie die Kundinnen und Kunden von Kultur123 zu gestalten. Digitale Alternativen wurden entwickelt und den Nutzer*innen entsprechend vermittelt. Den Mitarbeitenden wurde, wenn deren Tätigkeit dies erlaubte, die Möglichkeit zum mobilen Arbeiten eröffnet. Alle diese Aufgaben und Anforderungen haben das Betriebsergebnis negativ beeinflusst und einen Wandel in der Organisation und Leistungserbringung hervorgebracht.

Die Betriebsleitung muss in der aktuellen Situation feststellen, dass die Konsolidierungsbemühungen über mehr als 20 Jahre zu einem Investitionsstau und zu Verzögerungen bei Innovationserfordernissen geführt haben, und dass zeitgleich durch die Medialisierung, Dynamisierung und Digitalisierung aller Lebensbereiche sowie durch Überalterung der Infrastruktur in vielen Bereichen Erneuerungen und Innovierung dringend notwendig sind.
Insbesondere die Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie haben Schwächen und strukturelle Defizite des Betriebes aufgezeigt. Es wurde deutlich, dass die Anforderungen an den Betrieb eklatant gestiegen sind, in Relation aber nicht die Infrastruktur- und Personalausstattung. Es werden folglich zusätzliche Ressourcen notwendig, um den Betrieb und die notwendigen Systeme nachhaltig zu sichern. Diese bereits im Wirtschaftsplan 2022 beschriebene Situation, gilt unvermindert auch für das Jahr 2023. Bedingt durch die vorläufige Haushaltsführung konnten hier keine deutlichen Fortschritte erzielt werden.

Die Post-Corona-Zeit stellt veränderte Anforderungen an Kommunikation, Sales, IT und Digitalisierung. Die Arbeitsorganisation muss neu strukturiert und insgesamt strategischer angelegt werden. Nur hoch professionalisierte Kommunikationsstrategien und solche, die Web und Social Media als integralen Bestandteil der Kund*innengewinnung bzw. -bindung sowie Leistungserbringung betrachten, werden sich auf Dauer in der Dynamik der Medienlandschaft im Kampf

um Aufmerksamkeit und gegenüber dem kulturellen wie bildungsbezogenen Mitbewerb am Markt durchsetzen können. Insofern muss eine entsprechende Performance aufgebaut und implementiert werden. Nicht zuletzt beobachten wir bei den digitalen Kommunikationsmitteln eine rasante technologische Weiterentwicklung sowie eine wachsende Bedeutung von Social Media, die das User*innenverhalten stetig verändern und zu einer höheren Frequenz, das bedeutet insbesondere mehr Ressourceneinsatz führen. Will Kultur123 Stadt Rüsselsheim weiterhin sichtbar oder auch nur auffindbar bleiben, will Kultur 123 hinkünftig effizient und bürger*innenorientiert arbeiten, muss der Eigenbetrieb mit den technologischen und user*innenzentrierten Veränderungen Schritt halten und seine digitalen Kommunikationskanäle entsprechend State of the Art adaptieren (z.B. Mobile First, responsiv und dialogorientiert auf allen Devices, Edutainment, Gaming-Strategien).

Dazu gilt es, überalterte Strukturen in der Gesamtorganisation in einem Change Prozess, der über mehrere Jahre geht, zu verändern, um sich am Markt behaupten und dem öffentlichen Auftrag nachkommen zu können.
Die digitale Transformation als dominante Zeiterscheinung bringt eruptive Veränderungen mit sich, die mit historisch gewachsenen Strukturen allein nicht bewältigt werden können, sondern vielmehr eine auf Zukunft gerichtete modernisierte Betriebsführung und -organisation erfordern.

Unternehmerische Nachhaltigkeit unter diesen dynamischen Bedingungen braucht auf der einen Seite ein basales und stabiles Grundgerüst, das die nötige Sicherheit vermittelt, wie gleichzeitig hohe Agilität, prozesshaftes, zielorientiertes, innovierendes und rollenoptimiertes betriebliches Handeln, um situativ und bedarfsorientiert reagieren zu können. Die Kombination beider Vorgehensweisen führt zu einer systemischen Resilienz, die diese teils sprunghaften und kurzfristigen, jedenfalls aber hoch dynamischen Anforderungen aufzufangen und als Chancen zu begreifen vermag.

Bezogen auf Personal, Organisation und Infrastruktur bedeutet das,

- im zentralen Bereich Bündelungs- und Professionalisierungsstrukturen in der Unternehmenskommunikation und der IT aufzubauen und folglich die Schnittstellen zu anderen Betriebsbereichen weiterzuentwickeln
- in der Aufbau- und Ablauforganisation verstärkt Anstrengungen zu setzen, die Themen Digitalisierung, Sales und Unternehmenskommunikation systematisch zu verankern
- die digitale Infrastruktur im Hinblick auf die Effizienz und Effektivität für den Betrieb zu überprüfen und durch neue Technologien und Tools auszubauen, um einen digitalen Wandel im Betrieb anzustoßen
- die Ablauforganisation auf die aktuellen Anforderungen der digitalen Transformation auszurichten, was in einem ersten Schritt bedeutet, Unternehmensprozesse und Zusammenarbeitsmodi hinsichtlich ihrer Effizienz, Agilität, Mobilität bzw. inhaltlichen Belastbarbarkeit zu überprüfen und wo möglich zu optimieren bzw. zu digitalisieren

- die räumlichen Gegebenheiten insbesondere die Raumnot und die nötigen Sanierungen weiterhin als strategisches Entwicklungsthema zu begreifen, das sowohl für die Stadtentwicklung insgesamt als auch für die Leistungserbringung von Kultur123 von entscheidender Bedeutung ist. Hier steht nach wie vor der Wunsch nach Standortkonsolidierung im Vordergrund betrieblichen Handelns.

Im Detail aufgeschlüsselt bedeutet dies für die einzelnen Handlungsfelder:

Organisation und Digitalisierung

Die im Wirtschaftsplan 2021 des Zentralen Bereichs eingestellte IT – Stelle konnte mit Freigabe des Haushalts Ende 2021 zum Oktober 2022 besetzt werden. Da der Aufgabenbereich perspektivisch zunehmen und neu aufgebaut wird, stellt Kultur123 zum Wirtschaftsjahr 2023 eine Ausbildungsstelle im IT – Bereich ein, um den eigenen Nachwuchs auszubilden. Aufgabe wird es auch sein, die bislang durch eine externe Fachkraft wahrgenommene IT – Betreuung zu dokumentieren und für die Zukunft zu sichern. Nur auf diese Weise kann das dazugehörige Wissen nachhaltig im Betrieb verankert werden. Auch die wachsenden Anforderungen an die Digitalisierung von Angeboten und Leistungen des Betriebes aber auch die Digitalisierung von Arbeitsprozessen („work-flow“) machen dies notwendig.
Nicht zuletzt ist zu bedenken, dass Lösungen, die in der Vergangenheit als Insellösungen für den Eigenbetrieb Kultur123 ausreichend waren, in kompatible und tragfähige Gesamtlösungen überführt werden müssen, sodass auch Schnittstellen soweit gesichert sind, dass sie den Anforderungen an eine zukunftsgerichtete und nachhaltige IT gerecht werden. Dies ist naturgemäß ein ergebnisoffener Prozess, bei dem die Frage von Schnittstellen und Synergien unter anderem auch mit der Stadtverwaltung diskutiert werden möchten. Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten, soweit kann jetzt schon festgehalten werden, werden in diesem Prozess gebührend berücksichtigt.

Digitalisierung und Relaunch der Website
Die Website von Kultur123 Stadt Rüsselsheim ist imagebildend und zentrales Kommunikations- und Vertriebsmittel von Kultur123. Über sämtliche Belange und Dienstleistungen des Betriebes und seiner Betriebsteile wird online informiert wie auch in wichtigem Maße der Sales (Theaterticket, Kurse) abgewickelt. Die Website ist zudem Landeplatz und Verteiler für weitere digitale Dienstleistungen von Kultur123, wie etwa die Onleihe oder Digitales Lernen. Durch die Pandemie wurde die existenzielle Bedeutung des Webauftritts und seiner digitalen Dienstleistungen nochmals augenfälliger.
Unterdessen sind die Website von Kultur123, das Ticketing, Kursbuchungen und die Büchereisoftware den genannten vielfältigen Nutzungsnotwendigkeiten weder technologisch noch gestalterisch gewachsen und teilweise in sehr labilem Zustand. Die Website wurde 2013 letztmalig einer grundlegenden Überarbeitung unterzogen. In diesen neun Jahren haben sich Technologie, gestalterische Herangehensweisen infolge auch das User*innenverhalten rasant weiterentwickelt und grundlegend verändert, sodass die digitale Kommunikation von Kultur123

weder zeitgemäß ist, noch den Nutzwert der Bürger*innen in den Mittelpunkt stellt. Folglich werden Wertströme, Sales und Kontaktpunkte zur Ermöglichung der Services für Bürger*innen aufgrund der überalterten IT unzureichend unterstützt, ein positives Nutzungserlebnis ist bedingt gewährleistet. Nutzer*innen erwarten hingegen insbesondere von öffentlichen Angeboten erstklassige digitale Kommunikation. Damit ist der Eigenbetrieb Kultur123 gefährdet, seinem Bildungs- und Kulturauftrag nicht mehr nachkommen und sich am Markt nicht mehr behaupten zu können. Der Eigenbetrieb sieht sich gezwungen, unverzüglich einen Relaunch der Website einzuleiten und einhergehend die instabilen Softwarelösungen (Ticketing, Onleihe) so rasch wie möglich auszutauschen. Eine Investitionssumme in Höhe von 200.000 € für das Projekt Relaunch Website ist im Wirtschaftsplan 2023 von Kultur123 Stadt Rüsselsheim abgebildet, für die Softwarelösungen Ticketing und Onleihe sind insgesamt 135.000 € eingestellt.

Beschlussvorlagen zu den Themen Digitalisierung und Relaunch der Website liegen vor.

Infrastruktur

Kultur123 nutzt und verwaltet 10 sehr unterschiedliche Liegenschaften im gesamten Stadtgebiet. Diese Gebäude und Grundstücke stellen eine wesentliche Ressource für den Eigenbetrieb dar und sind eine für die Erreichung des Betriebszweckes erforderliche Basis.
Die ausschließlich von Kultur123 genutzten Gebäude Theater, Bildungszentrum Kürbisstraße und „Das Rind“ sind aktiviert und gehören zum in der Bilanz abgebildeten Betriebsvermögen. Die daraus resultierenden Abschreibungen für Gebäude sind als betrieblicher Aufwand im Wirtschaftsplan 2023 erfasst. Der komplette Erhaltungsaufwand für den Innen- und Außenbereich der Liegenschaften inkl. aller Nebenkosten, sowie die notwendige Pflege und Ergänzung der technischen Ausstattung (Heizungsanlagen, Kommunikations- und Veranstaltungstechnik u.a.) werden von Kultur123 getragen und sind mit den jeweiligen regelmäßigen Kosten im Wirtschaftsplan enthalten.
Die Liegenschaften von Kultur123 sind komplexe Gebäude mit hohen Anforderungen an Bausubstanz, Brandschutz und technische Ausstattung. Es ist notwendig, diese auf einem baulich aktuellen Stand zu halten. Insbesondere die drei, im Bestand von Kultur123 verwalteten, Gebäude (Theater, Kulturzentrum „das Rind“, Bildungszentrum Kürbisstraße) stellen ein Risiko für die zukünftige Entwicklung des Betriebsergebnisses dar.

Am Treff
Am Treff 1 mit dem zentralen Bereich von Kultur123, der Verwaltung der vhs sowie dem zentralen Service ist die Raumkapazität nicht nur erschöpft, sondern wird den Bedarfen nicht mehr gerecht. Zudem müssen Ausweichflächen für die Zeit der Theatersanierung vorgesehen werden, auch die Musikschule hat Bedenken angemeldet, mit den bestehenden Flächen angesichts steigender Nachfrage ihr

Auslangen zu finden. Womit auch hier im Sinne einer Risikobewältigung Ausweichflächen anzudenken sind.
Insbesondere durch die Umsetzung von Beschlüssen zur Personalerweiterung und den Anstieg von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen lässt sich der gesteigerte Arbeitsplatzbedarf in den zur Verfügung stehenden Räumen in der bisherigen Form nicht mehr abbilden und angesichts pandemiebedingter gesetzlicher Vorgaben nicht mehr realisieren. Kultur123 beschreitet hier neue Wege durch die Ausweitung der mobilen Arbeit sowie durch die geplante Schaffung von Arbeitsplätzen in einem Desk Sharing Modell. Den organisatorischen Möglichkeiten sind hier jedoch auch räumliche Grenzen gesetzt, da insbesondere zur Errichtung von Funktionsräumen kein ausreichender Platz vorhanden ist.

Bildungszentren der vhs
Der eingeschlagene Weg in der vhs mit der Konzentration von Unterrichtsstätten in Bildungszentren muss fortgesetzt und intensiviert werden. Ein innerstädtisches Bildungs- und Kulturzentrum hätte für den Eigenbetrieb Kultur123 und insbesondere die vhs neben der Schaffung inhaltlicher Entwicklungsmöglichkeiten, des Schöpfens vorhandener Synergieeffekte und der Belebung der Innenstadt auch positive Auswirkungen auf die Aufwendungen für die Instandhaltung. Eine Standortkonsolidierung durch die Konzentration der Bildungszentren mit dem Verwaltungsbereich der vhs in einem modernisierten Bildungs- und Kulturzentrum würde die Instandhaltungskosten und den Verwaltungsaufwand für die notwendigen Flächen sowie den Raumnotstand Am Treff verringern.

Musikschule
Die Musikschule befindet sich in Räumlichkeiten, die für diese Nutzung bestenfalls bedingt geeignet sind. Zudem ist eine Raumnot gegeben, die sich für Schüler*innen in Hinblick auf ein aktivierendes Lernumfeld ausnehmend negativ auswirkt. Die Musikschule benötigt Räumlichkeiten, die sowohl die akustischen Anforderungen abbilden, als auch die Flächen und Umgebungsfaktoren eines sich motivierenden Lernumfelds berücksichtigen. Im Rahmen der Corona-Krise wurde deutlich, wie abhängig die Musikschule von der Überlassung der Räumlichkeiten in Schulen für die Durchführung ihres Angebotes ist. Auch hier gilt es, in einem modernen Bildungs- und Kulturzentrum außerschulische multifunktionale Räumlichkeiten zu schaffen, die der Musikschule mit zur Verfügung stehen. Die Musikschule muss in die Lage versetzt werden, auf dem Markt der vielfältigen Freizeit- und Schulungsanbieter*innen als öffentliche Bildungsträgerin mit einer wichtigen Aufgabe zu überleben.

Theater
Neben den gewöhnlichen Instandhaltungsaufgaben am Theatergebäude stehen, wie im Verlauf des Jahres mehrfach berichtet, umfangreiche Instandsetzungsarbeiten an den wasserführenden Zu- und Ableitungen an. Ebenso müssen durch Wasserschäden betroffene Sanitärbereiche der Künstler*innen-Garderoben wiederhergestellt werden. Die Wiederherstellung wird unter Berücksichtigung inklusiver und klimaschonender Zielsetzungen vorgenommen. Dies beinhaltet die Verbesserung der Teilhabemöglichkeit für beeinträchtigte

Künstler*innen, Besucher*innen und Mitarbeitende durch Schaffung barrierefreier Zugänge zu den Sanitärräumen sowie einen günstigeren Ressourcenverbrauch beim Betrieb des Gebäudes. Stromverbrauch und Wasserverlust werden sich durch den Einsatz moderner Technik, wie LED-Verbraucher, Isolierung des Leitungssystems sowie wassersparende Installationen verringern und so einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Diese deutliche Verbesserung in Bausubstanz und Funktion der betroffenen Gebäudeteile ermöglicht den investiven Ansatz der Sanierungsmaßnahme. Das vorliegende Sanierungsgutachten weist überschlägige Kosten in Höhe von rund 1,8 Mio. € für die Gesamtmaßnahme aus. Für diese Maßnahme wurde bei dem Stadtentwicklungsprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ (SJK) des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat ein Förderantrag eingereicht. Vorbehaltlich einer noch folgenden baufachlichen Prüfung wurde eine Förderung der Theatersanierung in Höhe von bis zu 800.000 € bei maximal 45% Bezuschussung zugesagt Das Sanierungsvorhaben ist dementsprechend im Vermögensplan für das Jahr 2023 und über die mittelfristige Finanzplanung in den Folgejahren berücksichtigt.

Die entsprechende Vorlage DS-102/21-26 zum Projektförderantrag Sanierung Leitungswasserschäden im Theater Rüsselsheim ist am 28.10.2021 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden.

Personal

Die bereits im Wirtschaftsplan 2022 ausgewiesenen Themen des Eigenbetriebes, die bedingt durch den Entwicklungsstau (Sparübungen über lange Jahre), Altlasten (Infrastruktur) und Innovationszwängen (Digitale Transformation) liegen, bleiben bestehen. Die Stellenübersicht nach § 18 Eigenbetriebsgesetz weist die Stellen gegenüber dem Vorjahr aus. Die Stelle im zentralen Bereich von Kultur123 zur Bündelung der übergeordneten Unternehmenskommunikation & Marketing bleibt aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung unbesetzt. Die zeitnahe Besetzung ist für den Eigenbetrieb bedeutsamer denn je, da die Leiterin des Betriebsteils vhs, die den Aufgabenbereich bislang übernommen hatte, den Betrieb Ende des Jahres verlässt. Zudem steht ein Relaunch der Website an, der ebenfalls betreut werden muss.
Die rückläufige Zahl an Stellen im Betriebsteil vhs sowie Verschiebungen innerhalb der Gehaltsgruppen sind Ergebnis von Stellenbereinigungen, die parallel zu Personalabgängen stattgefunden haben. Hinzu kommt eine temporäre Abordnung einer Beschäftigten, die nach Freigabe des Haushalts 2022 in eine dauerhafte Übernahme zur Stadtverwaltung mündet. Hintergrund ist eine gesetzliche Veränderung im Bereich des Sozialgesetzbuches VIII, welche die bisherigen Aufgaben der Fachstelle Jugendberufshilfe im Bereich der Berufswegplanung beim örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe verortet. Der Ansatz dieser Stelle beim Eigenbetrieb ist kostenneutral.
Die Einweisung von Beschäftigten in die freiwerdenden Stellen ohne einen zusätzlichen Ersatz ist das Ergebnis gestiegener Anforderungen an das Personal

durch die veränderten Bedingungen. Stelleninhaber*innen im Betriebsteil Kultur&Theater, die früher eine klassische handwerkliche Ausbildung plus Zusatzqualifikationen aufwiesen, werden heute durch den Ausbildungsberuf der Fachkraft für Veranstaltungstechnik ersetzt. Der Betrieb profitiert hier von Fachkräften, die er selbst ausgebildet hat und nun auf freiwerdende Stellen einweisen kann, ohne dass sich dadurch der Stellenplan ausweitet. Zudem macht sich Post – Corona die gestiegenen Anforderungen an die Kundenkommunikation und das Kundenmanagement insbesondere im Bereich des Veranstaltungs-managements deutlich. Der Betrieb hat die bisherige Kund*innenkommunikation mit großem Aufwand betrieben. Durch die neue Website wird dies in verbesserter Form möglich sein. Die Umsetzung ist jedoch nur möglich, wenn dies durch qualifiziertes Personal sichergestellt werden kann. Der Betrieb hat daher im Betriebsteil Kultur & Theater eine halbe zusätzliche Stelle ausgewiesen.

Ebenfalls Auswirkungen im Personalbereich hat die Einleitung organisatorischer Maßnahmen im Betrieb, die der Erhöhung der Effizienz bzw. der Sicherstellung eines nachhaltigen Leistungsportfolios aufgrund gestiegener Anforderungen an Personal, Digitalisierung und Kommunikation dienen. Dabei kann die digitale Transformation als wesentlicher Katalysator für die Veränderungs- und Weiterentwicklungsnotwendigkeit des Eigenbetriebes benannt werden.
Neben den notwendigen Ressourcen zur Qualifizierung des Personals, sind aber auch längerfristige Veränderungsprozesse in der Aufbau- und Ablauforganisation zwingend, um den von außen herangetragenen Dynamiken zu begegnen. Der Aufbau zentraler IT- und Kommunikationsressourcen ist ebenso vorgesehen, wie die Personal- und Organisationsentwicklung nachhaltig strukturell zu verankern. Kultur123 reagiert im Bereich IT und Kommunikation einerseits auf die erhöhten Anforderungen an Technik, Kommunikation, Sales und Marketing im konkurrenzintensiven Marktsegment Bildung und Kultur. Andererseits werden auf diese Weise die unternehmenskommunikativen Herausforderungen aufgegriffen, welche durch die Absenzen im Mobilen Arbeiten und neue, agile Formen der Zusammenarbeit entstehen. Schließlich wird die komplexe Marketing-Struktur gebündelt und durch eine zentrale Koordination wesentlich effizienter ausgestaltet. Damit kann der hohe Ressourceneinsatz sowie Doppelbelastungen, den die derzeit vielen Arbeitsgruppen verursachen, verringert und zu Gunsten eines verstärkten Einsatzes im Betriebsteil verändert werden.
Die Personal- und Organisationsentwicklung wird in den kommenden Jahren die tiefgreifenden Veränderungs- und Personalentwicklungsbedarfe kontinuierlich begleiten müssen.
Priorität hat weiterhin, die vorhandene Dienstleistungsfähigkeit des Betriebes für die Stadtgemeinschaft langfristig zu sichern, indem Stellen mit einem kw – Vermerk (künftig wegfallend) in die reguläre Stellenübersicht von K123 überführt werden, um die Aufgaben nach dem Eigenbetriebsgesetz oder den gesetzlichen Vorgaben der Betriebsteile erfüllen zu können. Zudem ist eine tarifgerechte Entlohnung durch Höhergruppierungen infolge von Stellenbewertungen sowohl aus Mitarbeiter*innensicht als auch bezogen auf die Mitbewerbsfähigkeit beim Recruiting um entsprechende Qualifikationen Grundvoraussetzung für den Bestand des Betriebes. Im Betriebsteil vhs bedeutet dies konkret eine kostenneutrale

Umwandlung von 5,8 Stellen, wobei 2,8 Stellen davon in eine höhere Vergütungsgruppe umgewandelt werden (1,8 von TVöD 5 in TVöD 6/1,0 TVöD 10 in TVöD 11). Bei Kultur und Theater handelt es sich um 1,7 Stellen, wovon eine Stelle eine Höhergruppierung vorsieht. Alle Maßnahmen konnten aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung bislang nicht umgesetzt werden und bleiben daher weiterhin bestehen.

Zusätzliche Stellenanteile resultieren aus Korrekturen in der Stellenübersicht durch Personalabgänge bei gleichzeitiger Einhaltung der Vorgaben aus dem Stadtverordnetenbeschluss zur Vermeidung von Kettenbefristungen. Zudem wurden infolge der mangelnden Realisierung der Standortkonsolidierung der vhs in das Opel-Altwerk Stellenanteile an den zentralen Bereich rücküberführt. Weitere Stellen resultieren aus Stellenbereinigungen infolge altersbedingter Abgänge sowie zeitlich befristeten Projektzuschlägen, in deren Folge temporär mehr Personal eingestellt wurde.
Infolge der Pandemie wurde zudem die gestiegene Anforderung an die Kommunikation und das Kundenmanagement deutlich. Bedingt durch den Relaunch der Website ist eine verbesserte Kund*innenkommunikation möglich, diese muss jedoch auch personell umgesetzt werden. Der Betrieb hat daher eine halbe Stelle in der Stellenübersicht ausgewiesen, um diesen Bereich professionell aufzubauen und für die Zukunft zu sichern.

3.1. Erfolgsplan

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes von Kultur123 schließt für das Jahr 2023

in den Erträgen mit	4.471.621 €
in den Aufwänden mit	13.419.474 €
ab und somit im Betriebsergebnis mit	-8.947.853 €

Die Erfolgspläne des Gesamtbetriebes, der Zentralen Dienste und der Betriebsteile für das Jahr 2023 sind als Anlage 1. - 1.5. beigefügt.
Die Übersichten weisen alle geplanten Aufwendungen und Erlöse analog der Gewinn- und Verlustrechnung, in der Ausführung von §24 (1) des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes aus.
Die Erfolgspläne enthalten auch die erfolgswirksamen Aufwendungen, die nach den kaufmännischen Prinzipien des HGB zu bewerten sind und demgemäß Auswirkungen auf das Betriebsergebnis haben:

- Rückstellungen für Pensionen und Altersteilzeit
- Rückstellungen für Resturlaub und Überstunden
- Abschreibungen für die Gebäude und das bewegliche Anlagevermögen

Die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in Europa mit steigender Inflation und einer möglichen Energiekrise macht es notwendig deutliche Aufwandsanpassungen einzukalkulieren, um zukünftige Preissteigerungen

abdecken zu können. Im Bereich der Personalkosten unterstellt die Betriebsleitung bedingt durch die Tarifauseinandersetzung 2023 sowie mögliche Inflations- und Energiekostenausgleichzahlungen eine Zunahme in Höhe von 6 %, was bezogen auf die geplanten Personalkosten 2022 einer Steigerung von rund 431.000 € entspricht.
Bei den Energiekosten geht die Betriebsleitung von einer Verdreifachung der Aufwendungen für Strom und Gas aus, sodass sich die Betriebskosten der Liegenschaften um rund 600.000 € verteuern.

Darüber hinaus sind die Aufwendungen für Leistungen an städtische Ämter, Organisationen und Eigengesellschaften, Zinsen und die Kosten für die Wirtschaftsprüfung enthalten. Diese summieren sich auf rund 740.000 €.
Zudem wurden sämtliche Aufwendungen und Erlöse im Zusammenhang mit der Gebäudebewirtschaftung für die 10 von Kultur123 genutzten Liegenschaften berücksichtigt. Das Gesamtbetriebsergebnis beinhaltet ebenfalls nicht- oder später-liquiditätswirksame Anteile in Höhe von rund 745.000 €.

Die Kosten für die zentralen Leistungen des Gesamtbetriebes werden im Wirtschaftsplan 2023 gesondert ausgewiesen. Die Planung dieses Bereichs schließt mit -1.838.375 € ab. Hier wirken sich insbesondere die Kalkulation der Personalressourcen in der IT und im Marketing sowie die Neuausrichtung des Bereichs Marketing und Unternehmenskommunikation aus.
Belastungen für das Betriebsergebnis stellen auch immer wieder neue zu erfüllende Verwaltungsbestimmungen in den Bereichen Arbeitnehmer*innenschutz, Umweltschutz, Datenschutz und IT-Sicherheit dar. Hier unternimmt der Eigenbetrieb große Anstrengungen, auch finanzieller Art, diese Vorgaben zu erfüllen. Beispielhaft sind hier die Gefährdungsbeurteilung bei physischen und psychischen Belastungen gemäß Arbeitsschutzgesetz sowie Energieaudits nach dem Gesetz über Energiedienstleistungen (EDL-G) zu nennen. Auch die Umsetzung der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) verursacht zusätzliche Kosten. Hierzu gehören Anschaffungskosten für Software und Infomedien, Fortbildungs-, Reise-, Rechts- und Beratungskosten sowie Aufwendungen zur Anpassung innerbetrieblicher Prozesse.

Das Planergebnis für die zentralen Leistungen wird zur transparenten Darstellung der Betriebsteilergebnisse nach einem Verteilungsschlüssel auf die Betriebsteile umgelegt (vhs 33%, KT 33%, MS 16%, StaBü 18%). Das Planbetriebsergebnis inklusive des umgelegten Anteils der zentralen Leistungen ist zusätzlich in Klammern angegeben.

Der Erfolgsplan des Betriebsteiles **Volkshochschule** wird im Wirtschaftsjahr 2023

in den Erträgen mit	2.866.371 €
in den Aufwänden mit	4.247.224 €
und damit im Betriebsergebnis mit	-1.380.853 €
	(-1.987.517 €)

abschließen.

Im Bereich vhs ist insbesondere der Geschäftsbereich Sprache und Integration abhängig von Entscheidungen, Vorgaben und Vergabepraxis der öffentlichen Finanzierungsträger. Diese Rahmenbedingungen sind jedes Jahr neu zu bewerten und in die Planung der Folgejahre mit einzubeziehen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen der öffentlichen Arbeitsmarkt-, Sprach- und Integrationsförderung haben direkten Einfluss auf Umsatzmöglichkeiten der vhs. Insbesondere durch die Arbeitsaufnahme der neuen Bundesregierung ist von einer Veränderung der Förderlandschaft auszugehen.

Die drittmittelgeförderte berufliche Bildung und die Verzahnung von Sprachförderung und beruflicher Bildung stellen jedoch auch 2023 wieder den Hauptumsatzbereich des Gesamtbetriebes dar. Die geplanten Erlöse der vhs in Höhe von rund 2.866.371 € bilden mehr als 64 % des Gesamtumsatzes ab. Dieser Geschäftsbereich bietet Chancen, birgt aber auch ein Risikopotenzial. Die vhs agiert hier in einem stetig sich verändernden Markt.
Die kurzfristige Veränderung von Rahmenbedingungen auf der Nachfrageseite und die vorhandene Konkurrenz durch private Bildungsanbieter auf der Angebotsseite machen eine sichere Prognose der zukünftigen Entwicklung dieses Marktes schwer.

Verstärkt werden diese Risiken durch die zur Umsetzung einer geänderten Rechtsprechung erforderliche Übernahme von Mitarbeiter*innen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse gemäß Stadtverordnetenbeschluss vom 3.11.2016, DS 72/16-21, die damit den Fixkostenblock bei Kultur123 weiter erhöhen.

Der Erfolgsplan des Betriebsteils **Kultur & Theater** wird im Wirtschaftsjahr 2023

in den Erträgen mit	988.150 €
in den Aufwänden mit	4.169.765 €
und damit im Betriebsergebnis mit	-3.181.615 €
	(-3.788.278 €)

abschließen.

Die Annahmen zu den geplanten Erlösen beruhen auf den erwarteten Einnahmen bei den Programmangeboten des Theaters und den Leistungen für kulturelle Veranstaltungen im Innen- und Außenbereich unter Berücksichtigung aktueller Corona-Bedingungen. Die Entwicklung im Jahr 2023 bleibt abzuwarten.
Zusätzlich erhalten die Erträge für das Jahr 2023 616.500 € erwartete Zuschüsse aus der Sanierung des Theaters. Die Kosten der Sanierung sind im Vermögensplan abgebildet und wirken sich erst ab 2026 im Erfolgsplan von Kultur123 ergebniswirksam aus.
Belastungen für das Teilbetriebsergebnis Kultur & Theater ergeben sich, neben steigenden Instandhaltungsaufwendungen für das Haus, auch aus den zu erwartenden Energiekostensteigerungen. Die Betrieblichen Aufwendungen Gebäude steigen im Vergleich zum Plan 2022 um 470.500 €.

Der Erfolgsplan des Betriebsteils **Musikschule** wird für das Jahr 2023

in den Erträgen mit	517.600 €
in den Aufwänden mit	1.434.095 €
und damit im Betriebsergebnis mit	-916.495 €
	(-1.210.635 €)

abschließen.

Hier wirken sich im Bereich der Personalkosten neben den allgemeinen Kostensteigerungen die Wiederbesetzung ehemals konsolidierter Stellen für Musikschullehrkräfte gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung DS.-Nr. 639/16-21 aus.

Der Erfolgsplan des Betriebsteils **Stadtbücherei** wird für das Jahr 2023

in den Erträgen mit	99.500 €
in den Aufwendungen mit	1.730.015 €
und damit im Betriebsergebnis mit	-1.630.515 €
	(-1.961.422 €)

abschließen.

Bedingt durch die Größe der zu bewirtschaftenden Fläche wirkt sich in der Stadtbücherei die Steigerung der Energiekosten überproportional aus. Die betrieblichen Aufwendungen Gebäude steigen im Vergleich zur Planung 2022 um rund 127.000 €.

3.2 Vermögensplan

Auch für das Wirtschaftsjahr 2023 ist nach dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport und auf der Grundlage des § 19 Nr. 1 EigBGes eine modifizierte Darstellungsform in der Zusammenfassung des Vermögensplanes erforderlich. In der Anlage 2.6. ist dies dokumentiert.

Der Gesamtbetrag der Investitionen für das Wirtschaftsjahr 2023 beläuft sich auf 2.129.900 €. Diese liegen um 551.100 € über den Vorgaben der mittelfristigen Finanzplanung in Höhe von 1.578.800 € aus dem Jahr 2022.

Die Investitionen in der Größenordnung der mittelfristigen Finanzplanung sind abgleitet vom jährlichen Abschreibungsbedarf des Eigenbetriebes und dienen dem Substanzerhalt des Betriebes. Diese sind vorgesehen für den Ersatz von Büro- und Geschäftsausstattung und die regelmäßige Anpassung der EDV-Ausstattung im Gesamtbetrieb.
Im Betriebsteil Volkshochschule liegt der Schwerpunkt im Ersatz und in der Ergänzung der Ausstattung der Bildungszentren. Dabei werden Ersatzbeschaffungen von Einrichtungsgegenständen, Medien, Werkzeugen und technischen Geräten für die Unterrichtsräume und Werkstätten berücksichtigt. Die vorgesehenen Investitionen sichern und verbessern die geforderten Qualitätsstandards bei der Durchführung von Kursen und Lehrgängen. Diese werden in den Unterrichtsgebäuden und -räumen im Rahmen der Zertifizierungsprozesse regelmäßig überprüft.
Die regelmäßigen Investitionen im Betriebsteil Kultur & Theater betreffen die technische Ausstattung des Theaters und beziehen sich wesentlich auf Ersatzbeschaffungen von Veranstaltungstechnik, Kleingeräten für die Werkstatt, die Gebäudetechnik sowie die Pflege des Kunstbestandes. Darüber hinaus werden regelmäßig Ausstattungsergänzungen für die technische Umsetzung von Kulturangeboten im Innen- und Außenbereich über den Technik- und Logistikpool sowie Ergänzungen bzw. Ersatzanschaffungen für die Bestückung der Außenveranstaltungen im Rahmen der Rüsselsheimer Kulturangebote bzw. Regelveranstaltungen (Märkte und Feste, Vereinsveranstaltungen, Klassikertreffen u.a.) vorgenommen.
In den Betriebsteilen Musikschule und Stadtbücherei beschränken sich die Investitionen auf Ersatz- und Ergänzungsanschaffungen von Musikinstrumenten und sonstiger Ausstattung.

Die über den Ansatz der Abschreibung und damit die Gewährleistung eines Substanzerhaltes hinaus benötigte Summe beinhaltet zum einen den Investitionsbedarf aus dem Sanierungsvorhaben Theater. Dieser summiert sich durch Verschiebung von geplanten Arbeiten aus dem Jahr 2022 auf die Folgejahre im Jahr 2023 auf einen Betrag von 1.370.000 €.
Zum anderen sind die notwendigsten Investitionen vorgesehen, um den angelaufenen Investitionsstau und die dringendsten Innovationserfordernisse angehen zu können. Die Medialisierung, Dynamisierung und Digitalisierung aller

Lebensbereiche sowie die Überalterung der Infrastruktur macht Erneuerungen und Innovierung in diesen Bereichen unumgänglich.

Relaunch Website
Wie in den Erläuterungen beschrieben ist die digitale Kommunikation von Kultur123 technologisch und gestalterisch überaltert. Sie hat den Nutzwert der Bürger*innen nicht im Fokus, wie sie auch Wertströme, Sales und Kontaktpunkte zur Ermöglichung der Services für Bürger*innen aufgrund der überalterten IT nur unzureichend unterstützt. Somit ist das Nutzungserlebnis bedingt gewährleistet. Damit ist der Eigenbetrieb Kultur123 gefährdet, seinem Bildungs- und Kulturauftrag nicht mehr nachkommen und sich am Markt nicht mehr behaupten zu können. Für einen Relaunch der Homepage wird eine Investition in Höhe von 200.000 € notwendig.

Dokumenten-Managementsystem
Die internen softwaregestützten Verwaltungssysteme sind veraltet, der Betriebsgröße nicht mehr angemessen oder erst gar nicht vorhanden. Hier gibt es sehr starken Nachholbedarf, um die wachsenden Anforderungen an die Digitalisierung von Arbeitsprozessen umsetzen zu können. Lösungen, die in der Vergangenheit als Insellösungen für den Eigenbetrieb Kultur123 ausreichend waren, müssen in kompatible und tragfähige Gesamtlösungen überführt werden, sodass Schnittstellen soweit gesichert sind, dass sie den Anforderungen an eine zukunftsgerichtete, nachhaltige IT gerecht werden. Insbesondere im Bereich der Personalverwaltung und –entwicklung bestehen hier große Defizite. Die Einführung eines Dokumenten-Managementsystems ist ein erster Schritt, auf dessen Basis prozessorientierte Lösungen zukünftig aufbauen können. Hierfür sind 25.000 € vorgesehen.

Ticketing-System Theater
Die aktuell verwendete Software Vibus ist ein geschlossenes Ticketing-System, welches in den 90er Jahren entwickelt wurde.
Immer wieder entstehen aufgrund des Alters Problematiken und Systemfehler, die selbst vom Support über Tage nicht korrigiert werden können und wöchentlich überdurchschnittlich viel Ressourcen binden. Das Ticketsystem ist nicht mehr zeitgemäß und bietet selten dringend erforderliche Updates, die mehr Flexibilität bringen und auf besondere Gegebenheiten, wie etwa die Übernahme von Belegungsplänen auf neue Saalpläne, eingehen können.
Dies zeigte sich besonders dramatisch während der Pandemie. Die Anschaffung einer neuen Software ist unumgänglich, wie auch der missglückte vorgezogene Vorverkaufs-Start in der Saison 2022/ 2023 zeigte, bei welchem plötzlich das System nicht mehr mit dem Ticketvorlagen-Programm kommunizieren konnte und die Kund*innen über einen halben Tag keine Tickets kaufen konnten. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass das Beibehalten dieser Software auf Dauer massivst geschäftsschädigend ist.

Benötigt wird ein flexibles System, dass für die Nutzung auf allen Endgeräten optimiert ist und individuell angepasst werden kann. Es muss komfortabel in die Website integrierbar sein und mit den Social-Media-Auftritten verknüpft sein. Das System muss mit Reports jederzeit den Überblick über die aktuellen Verkaufsstände der Events gewährleisten. Der Verlauf kann analysiert und für das nächste Event optimiert werden. Die Investitionssumme für ein neues Ticketing-System inklusive dafür notwendiger Hardware beläuft sich auf 40.000 €.

Sanierung Theater

Zusätzliche Investitionen werden notwendig für eine Teilsanierung des Theatergebäudes. Nach einer mehr als 50-jährigen Nutzung ist der Verschleiß der im Gebäude verbauten technischen Erstinstallationen deutlich geworden.
Im Jahr 2021 sind mehrfach Schäden an den wasserführenden Systemen eingetreten. Beschädigt sind Abwasserleitungen aus Ton, Bodenabflüsse mit Bleiverrohrung und Zuleitungen. Betroffen sind 4 Garderoben mit Sanitärbereichen, die Maske, der Pförtnerraum und Flurbereiche, alle im hinteren Bereich des Theaters. Die Zu- und Abwasserstränge entsprechen weder nach Material noch Leitungsführung dem heutigen Stand der Technik. Die Sanierung des gesamten wasserführenden Systems und der Sanitärbereiche ist notwendig und wird unter Berücksichtigung inklusiver und klimaschonender Zielsetzungen vorgenommen.
Deutliche Verbesserungen in Bausubstanz und Funktion der betroffenen Gebäudeteile durch die Sanierungsmaßnahme ermöglichen deren investiven Ansatz im Wirtschaftsplan.
In einem Sanierungsgutachten wurden die Gesamtkosten mit 1,8 Mio. Euro über einen Zeitraum von drei Jahren veranschlagt. Nach derzeitigem Planungsstand verteilen sich die Investitionskosten wie folgt:

Jahr	**2022**	**2023**	**2024**	**Gesamt**
Kostenplanung	60.000 €	1.370.000 €	396.000 €	1.826.000 €

Die entsprechende Vorlage DS-102/21-26 zum Projektförderantrag Sanierung Leitungswasserschäden im Theater Rüsselsheim ist am 28.10.2021 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden.

Verbuchungssystem Medien Stadtbücherei

Das vorhandene Bibliothekssystem, SISIS-SunRise wurde Mitte der 1990'ger Jahre in Betrieb genommen. SISIS-Sunrise ist ein serverbasiertes, integriertes Bibliothekssystem, das die EDV gestützte Verwaltung der gesamten Bibliothekstätigkeiten vom Medienerwerb über die Katalogisierung bis zur Ausleihe ermöglicht. Mit dem Vormarsch cloudbasierter Systeme seit der Jahrhundertwende erhöhten sich sowohl die generellen Instandhaltungskosten für das Bibliothekssystem als auch die Kosten für Systemupdates. Aufgrund der

angespannten Finanzlage der Stadt und den daraus resultierenden, angeordneten Sparmaßnahmen konnten nicht immer alle Updates durchgeführt werden, was wiederholt zu Serviceausfällen führte und führt.
Im Zuge der allgemeinen Digitalisierung haben viele unserer Kooperationspartner bereits auf cloudbasierte Systeme umgestellt, sodass es sukzessive schwieriger wird, die notwendigen Schnittstellen zwischen dem veralteten Bibliothekssystem der Stadtbücherei und den technisch zeitgemäßen Systemen der externen Serviceanbieter, wie zum Beispiel der Onleihe Hessen, aufrecht zu erhalten.
Um die digitalen Angebote der Stadtbücherei aufrechtzuerhalten und mit der allgemeinen Digitalisierung Schritt halten zu können, ist der Erwerb eines neuen, cloudbasierten Bibliotheksmanagementsystems unabdingbar.

Ein technisch zeitgemäßes Bibliotheksmanagementsystem bietet gegenüber dem vorhandenen Bibliothekssystem zahlreiche Vorteile:

- Mögliche langfristige Einsparungen von bis zu 30% der jährlichen Kosten
- Optimierung zahlreicher interner Arbeitsvorgänge (und daraus resultierend)
- Bessere Kund*innenorientierung der angebotenen Serviceleistungen
- Wegfall der Schließzeiten während der umfangreichen, systembedingten Updates des Bibliothekssystem
- Regelmäßige Aktualisierungen des Bibliotheksmanagementsystem, um die Funktionalität zu sichern
- Die Möglichkeit, das Bibliotheksmanagementsystem zeitnah, kostengünstig und ohne längere Serviceausfälle nach Bedarf den Anforderungen der verschiedenen Interessengruppen vor Ort anpassen zu können
- Verbesserter Datenschutz innerhalb des Bibliotheksmanagementsystems und den zahlreichen Schnittstellen mit externen Serviceanbietern

Die Anschaffung und Einführung eines Verbuchungssystems für Medien inklusive dafür notwendiger Hardware belaufen sich auf 75.000 €.

Platzbuchungssystem mit Kontaktnachverfolgung Stadtbücherei
InFolio ist eine nutzungsorientierte, digitale Lösung für Öffentliche Bibliotheken zur Verwaltung von PC-Arbeitsplätzen, Optimierung der Abrechnung von Druckkosten für Kund*innen und Authentifizierung von WLAN-Nutzer*innen. Als Verwaltungstool ermöglicht es das gezielte Steuern der Nutzung von PC-Arbeitsplätzen, sodass diese baldmöglichst den Nutzer*innen wieder zur Verfügung stehen und gleichzeitig die vorgeschriebenen Maßnahmen zum Schutz vor Corona eingehalten werden können.
Darüber hinaus können Nutzer*innen Druckaufträge und Druckkosten selbstständig steuern und PC-Arbeitsplätze bedarfsgerecht reservieren bzw.

nutzen. Mit dem Authentifizierungstool für WLAN-Nutzer*innen in InFolio kann eine zusätzliche Sicherheitsebene zum Schutz von persönlichen Daten geschaffen werden. Die Anschaffung und Einführung eines Platzbuchungssystems mit Kontaktnachverfolgung für die Stadtbücherei belaufen sich auf 20.000 €.

Betriebsteil	**Bedarf**	**Investitionssumme**
Gesamtbetrieb	Relaunch Website	200.000 €
Gesamtbetrieb	Dokumenten-Managementsystem	25.000 €
Kultur&Theater	Ticketingsystem	40.000 €
Kultur&Theater	Sanierung	1.370.000 €
Stadtbücherei	Verbuchungssystem Medien	75.000 €
Stadtbücherei	Platzbuchungssystem mit Kontaktnachverfolgung	20.000 €

3.3. Stellenübersicht 2023

Die Stellenübersicht des Eigenbetriebs Kultur123 Stadt Rüsselsheim enthält die für die Realisierung der Vorhaben und Planungen dieses Wirtschaftsplanes notwendigen (Personal-) Stellen und damit die aus Sicht der Betriebsleitung erforderlichen personellen Ressourcen für das Planungsjahr 2023. Auf der Basis dieser Stellenübersicht wurden die dazu erforderlichen finanziellen Ressourcen im Wirtschaftsplan 2023 kalkuliert. Ziel der Betriebsleitung ist dabei die Bereitstellung der personellen Ressourcen zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebs.

Die Stellenübersicht des Wirtschaftsjahres 2023 weist insgesamt 101,75 Mitarbeiter*innen/Stellen in einem festen (unbefristeten) Arbeitsverhältnis aus. Zusätzlich werden 84 Mitarbeiter*innen/Stellen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen im Eigenbetrieb eingesetzt. Die Ausweisung der Stellenanteile erfolgt in der Darstellung in anteiligen Vollzeit- Äquivalenten (0,25/0,5/0,75/1,0).
Eine Stelle im Betriebsteil vhs mit dem Stellenwert SuE 15 ist mit einem kw – Vermerk versehen. Dies betrifft die Stelle, die bis zur Freigabe des Wirtschaftsplans beim Eigenbetrieb verbleibt und dann dauerhaft zur Stadtverwaltung wechselt. Der Hintergrund ist eine gesetzliche Veränderung im Berichtsteil 3. unter dem Punkt „Personal“ erläutert.
Befristet Beschäftigte werden ab dem Wirtschaftsjahr 2023 nicht mehr gesondert ausgewiesen, da diese bedingt durch die Umsetzung des Stadtverordneten-beschlusses DS-Nr. 72/16-21 (M-Nr.: 233/16) vom 03.11.2016 mengenmäßig marginal sind. Die letzten Entfristungen im inhaltlichen Zusammenhang mit diesem Beschluss wurden im Kalenderjahr 2021, nach Genehmigung des Wirtschaftsplanes umgesetzt

Dargestellt sind die Stellenplanungen für das Jahr 2023, gegenübergestellt die Planungen des aktuellen Wirtschaftsjahres 2022.
Die Darstellung in der Stellenübersicht erfolgt differenziert nach den vier operativen Betriebsteilen des Eigenbetriebs (vhs, Kultur & Theater, Stadtbücherei, Musikschule) und dem zentralen Bereich von Kultur 123. Dort sind die personellen Ressourcen für Betriebsleitung, Finanzen und Controlling mit Buchhaltung, Personal- und Organisation, Unternehmenskommunikation und Marketing mit Service und Sales, IT, Datenschutz, Arbeitsschutz, Personalrat sowie das Büro für Frauen und Chancengleichheit und Antidiskriminierung angesiedelt.

Zusätzlich stellt Kultur123 Stadt Rüsselsheim in der Stellenübersicht aber auch die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse dar.
Die zwei Beamt*innenstellen des Eigenbetriebs werden zwar in der Übersicht aufgeführt, sind aber lediglich nachrichtlich angegeben. Das Eigenbetriebsgesetz fordert diese Einschränkung in der Darstellung und sieht die Beamt*innen, wegen der grundsätzlich fehlenden Dienstherrnfähigkeit von Eigenbetrieben, im Stellenplan der Stadt Rüsselsheim. Dort finden sich diese zwei Stellen wieder.

Kultur123 nimmt seine Verantwortung im Bereich Ausbildung junger Menschen ernst und bietet auch unter stärker werdendem wirtschaftlichem Druck, 6 Stellen für Auszubildende sowie 1 Stelle für Praktikant*innen an.
Die Besetzung der Ausbildungsplätze erfolgt im jeweiligen Turnus. Kultur123 hat erstmalig im zentralen Bereich einen Ausbildungsplatz verortet. Ziel ist die Sicherung einer geeigneten Nachwuchskraft im Bereich IT.
In den folgenden Bereichen und Berufen wird bei Kultur123 ausgebildet:

- Zentraler Bereich Kultur 123 NEU!
  1 Ausbildungsplatz im kaufmännischen IT – Bereich (Kaufmann/- frau für Digitalisierungsmanagement)

- Betriebsteil Kultur & Theater
  2 Ausbildungsplätze Fachkraft für Veranstaltungstechnik
  1 Ausbildungsplatz für den Beruf Veranstaltungskauffrau /Veranstaltungskaufmann

- Betriebsteil Stadtbücherei
  1 Ausbildungsplatz Fachangestellter für Medien und Information, Fachrichtung Bibliothek

- Betriebsteil vhs
  1 Ausbildungsplatz Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement
  1 Praktikant*in im pädagogischen Bereich

Darstellung und Grundsätzliches
Die Betriebsleitung stellt traditionell auch die für das jeweilige Jahr geplanten Anzahl der geringfügig Beschäftigten in der Stellenübersicht dar. Letztere sind überwiegend im Betriebsteil Kultur & Theater im Einsatz (Theaterservice, Bühnenhelfer, Hostessen).

Die Betriebsleitung weist an dieser Stelle darauf hin, dass der bereits genannte Stadtverordnetenbeschluss vom 3.11.2016, DS 72/16-21, einen weiteren Beschlussbestandteil enthält. Die Betriebsleitung wird beauftragt, weitere Kettenbefristungen zu verhindern. Insbesondere für die Folgejahre hat das direkte Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation. Neue Arbeitsverträge werden bereits aktuell überwiegend im Bereich der unzweifelhaften, sog. „Sachgrundbefristungen“ (Mutterschutz-, Elternzeit- oder Krankheitsvertretungen) abgeschlossen oder im Bereich der „sachgrundlosen Befristung“ eingegangen, die damit zwingend nach spätestens 2 Jahren enden.

3.4. Finanzplanung

Der nach den Bestimmungen des EigBGes zu erstellende Finanzplan umfasst einen Zeitraum von fünf Jahren und beinhaltet damit die Fortschreibung bis 2028. Er prognostiziert die Entwicklungen für die kommenden Jahre bezogen auf die Vermögensübersicht und ihre Fortschreibung, als auch die Entwicklung der Erfolgsübersichten bzw. der darin abgebildeten Gewinn- und Verlustrechnungen.

Die Investitionsprogramme sind in ihrer Fortschreibung im Wesentlichen auf Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen des beweglichen und des unbeweglichen Anlagevermögens in Form der Gebäudeausstattung reduziert. Die im Vermögensplan benannten zusätzlichen Investitionen wurden in den Folgejahren wieder korrigiert. Da auch für den Investitionsbereich Preiserhöhungen zu kalkulieren sind, geht die Betriebsleitung von einer leichten Zunahme des benötigten Investitionsvolumens in Höhe von jeweils 1% zum Vorjahr aus.

Die in der Vergangenheit beschlossenen Konsolidierungsvorgaben wurden vom Eigenbetrieb Kultur123 stets umgesetzt. Refinanzierungsmittel wurden konsequent ausgeschöpft und Drittmittel akquiriert. Kostensteigerungen bei Personal- und Sachkosten, Erweiterungen des Leistungsangebots und Änderungen gesetzlicher Vorgaben, wie z.B. bei Pensionsrückstellungen, haben zu Aufwandssteigerungen geführt. Nicht beeinflussbare Verläufe über Risiken bei der Bewirtschaftung von 10 Liegenschaften, Rückstellungen im Bereich Pensionen auf Grund gesetzlicher Vorgaben, Tariferhöhungen bei den Beschäftigten oder Erlösminderungen auf Grund politischer Entscheidungen im Bereich der vhs bergen auch zukünftig Risiken.

Bei der Entwicklung der Finanzdaten über den Zeitraum bis 2028 werden, bezogen auf die Vorjahreswerte, lineare Veränderungen berücksichtigt.
Zusätzlich werden detailliert bekannte Faktoren, wie z.B. die Entwicklung der Pensionsrückstellungen, in die Zukunft fortgeschrieben. Einmaleffekte, wie beispielsweise Renovierungskosten für größere Projekte oder höhere Erträge und Aufwendungen durch einmalige Ereignisse, wie z.B. Sanierungskosten werden im Folgejahr wieder korrigiert. Unterstellt wurde zudem, dass in den Jahren 2023 folgende mit dem Übergang in eine endemische Lage der Corona-Situation eine Erholung der Erlöse bei Kultur123, insbesondere im Betriebsteil Kultur & Theater, einhergeht.

Die Prognose im Finanzplan 2023 unterstellt in der Erfolgsübersicht bis 2028 darüber hinaus weiterhin eine moderate Erhöhung der Erträge um linear 0,5%. Die Erlöse erhöhen sich damit bis zum Jahr 2028 auf rund 4.453.510 €.

In der mittelfristigen Finanzplanung wird, bedingt durch die zu erwartenden Preisentwicklungen, die regelmäßige jährliche lineare Anpassung der Aufwendungen von 2,5% auf 4 % erhöht. Die jährliche Anpassung führt zu Aufwendungen im Jahr 2028 von rund 16.203.799 €.

Einschätzungen über einen Zeitraum von 5 Jahren gestalten sich grundsätzlich problematisch. Unsicherheiten über den weiteren Verlauf der Covid 19 Pandemie sowie die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung erschweren diese zusätzlich.

Darüber hinaus gilt, dass die Unwägbarkeit von politischen Entscheidungsprozessen und potentiellen Auftraggeber*innen sichere Prognosen kaum zulässt. Die Entscheidungsvorgaben (EU, Bund, Land, Kommune u.a.) haben in der Regel starken Einfluss auf mögliche Refinanzierungsformen und –größen und damit auf die Erlössituation. Zudem ist der zukünftige Instandhaltungsaufwand im zentralen Bereich Gebäude jedoch schwer abschätzbar. Die Häuser und ihre technischen Einbauten sind überwiegend 40 Jahre alt und älter. Hier können neben der Umsetzung planmäßiger Instandhaltungsarbeiten auch kurzfristig Aufwendungen für Instandhaltung und Investitionen erforderlich werden, um die weitere Nutzung zu gewährleisten.

Die Anlage 4.6. beinhaltet die Darstellung des Finanzplanes nach HMIS gemäß § 19 Nr. 2 EigBGes.

Anlage 1.

Erfolgsplan 2023

Kultur123

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2023	Plan 2022	Ist 2021
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	4.448.121 €	4.349.720 €	3.368.502 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	23.500 €	16.750 €	57.769 €
	Summe Erträge	**4.471.621 €**	**4.366.470 €**	**3.426.271 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	1.640.303 €	1.592.393 €	1.036.234 €
3b	Veranstaltungskosten	555.023 €	624.298 €	345.834 €
3c	Zuschüsse	183.800 €	179.463 €	145.305 €
	Summe Veranstaltungsaufwand	2.379.125 €	2.396.153 €	1.527.373 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	5.667.190 €	5.363.220 €	6.316.837 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	1.614.350 €	1.507.990 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	252.000 €	245.000 €	268.161 €
4d	Personalnebenkosten	92.485 €	65.850 €	59.250 €
	Summe Personalaufwand	7.626.025 €	7.182.060 €	6.644.248 €
			430.924 €	
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	2.063.289 €	1.254.133 €	1.087.853 €
5b	Geschäftsbetrieb	805.730 €	952.090 €	872.160 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	2.869.019 €	2.206.223 €	1.960.013 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	35.000 €	35.000 €	35.016 €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	458.465 €	446.235 €	435.669 €
	Summe Abschreibungen	493.465 €	481.235 €	470.685 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	7.840 €	7.840 €	14.343 €
7b	Zinsen Pensionen	44.000 €	50.000 €	77.265 €
	Summe Zinsen	51.840 €	57.840 €	91.608 €
	Summe Aufwendungen	**13.419.474 €**	**12.323.511 €**	**10.693.927 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 8.947.853 €**	**- 7.957.041 €**	**- 7.267.656 €**

Anlage 1.1

Erfolgsplan 2023

Zentralbereich

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2023	Plan 2022	Ist 2021
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	- €	- €	12.875 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	- €	- €	1.095 €
	Summe Erträge	**- €**	**- €**	**13.970 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	- €	- €	8.580 €
3b	Veranstaltungskosten	3.000 €	2.500 €	2.051 €
3c	Zuschüsse	- €	- €	- €
	Summe Veranstaltungsaufwand	3.000 €	2.500 €	10.631 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	995.270 €	780.470 €	869.184 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	291.000 €	228.310 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	28.000 €	34.000 €	46.397 €
4d	Personalnebenkosten	32.085 €	14.300 €	38.029 €
	Summe Personalaufwand	1.346.355 €	1.057.080 €	953.610 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	48.390 €	27.150 €	27.235 €
5b	Geschäftsbetrieb	319.460 €	322.900 €	396.103 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	367.850 €	350.050 €	423.338 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	- €	- €	- €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	109.350 €	95.925 €	92.316 €
	Summe Abschreibungen	109.350 €	95.925 €	92.316 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	5.820 €	5.820 €	14.040 €
7b	Zinsen Pensionen	6.000 €	10.000 €	33.608 €
	Summe Zinsen	11.820 €	15.820 €	47.648 €
	Summe Aufwendungen	**1.838.375 €**	**1.521.375 €**	**1.527.543 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 1.838.375 €**	**- 1.521.375 €**	**- 1.513.573 €**

Anlage 1.2

Erfolgsplan 2023

vhs

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2023	Plan 2022	Ist 2021
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	2.866.371 €	3.178.070 €	2.374.973 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	- €	- €	4.403 €
	Summe Erträge	**2.866.371 €**	**3.178.070 €**	**2.379.376 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	1.020.203 €	927.843 €	669.258 €
3b	Veranstaltungskosten	71.203 €	160.878 €	59.547 €
3c	Zuschüsse	- €	- €	- €
	Summe Veranstaltungsaufwand	1.091.405 €	1.088.720 €	728.805 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	1.710.090 €	1.817.550 €	2.183.640 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	499.620 €	526.850 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	- €	- €	- €
4d	Personalnebenkosten	3.300 €	5.100 €	3.022 €
	Summe Personalaufwand	2.213.010 €	2.349.500 €	2.186.662 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	654.734 €	491.833 €	424.765 €
5b	Geschäftsbetrieb	170.250 €	212.400 €	195.730 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	824.984 €	704.233 €	620.495 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	28.450 €	28.450 €	28.448 €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	88.655 €	91.330 €	84.943 €
	Summe Abschreibungen	117.105 €	119.780 €	113.391 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	720 €	720 €	303 €
7b	Zinsen Pensionen	- €	- €	- €
	Summe Zinsen	720 €	720 €	303 €
	Summe Aufwendungen	**4.247.224 €**	**4.262.953 €**	**3.649.656 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 1.380.853 €**	**- 1.084.883 €**	**- 1.270.280 €**

Anlage 1.3

Erfolgsplan 2023

Kultur&Theater

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2023	Plan 2022	Ist 2021
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	964.650 €	582.900 €	455.461 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	23.500 €	11.000 €	46.316 €
	Summe Erträge	**988.150 €**	**593.900 €**	**501.777 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	533.300 €	586.500 €	262.000 €
3b	Veranstaltungskosten	282.350 €	265.700 €	121.310 €
3c	Zuschüsse	150.800 €	146.463 €	117.240 €
	Summe Veranstaltungsaufwand	966.450 €	998.663 €	500.550 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	1.146.620 €	1.146.890 €	1.371.695 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	292.930 €	289.100 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	224.000 €	211.000 €	221.764 €
4d	Personalnebenkosten	40.500 €	37.800 €	9.781 €
	Summe Personalaufwand	1.704.050 €	1.684.790 €	1.603.240 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	1.006.650 €	536.150 €	456.150 €
5b	Geschäftsbetrieb	229.600 €	294.850 €	184.249 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	1.236.250 €	831.000 €	640.399 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	6.550 €	6.550 €	6.568 €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	217.855 €	212.905 €	211.967 €
	Summe Abschreibungen	224.405 €	219.455 €	218.535 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	610 €	610 €	- €
7b	Zinsen Pensionen	38.000 €	40.000 €	43.657 €
	Summe Zinsen	38.610 €	40.610 €	43.657 €
	Summe Aufwendungen	**4.169.765 €**	**3.774.518 €**	**3.006.381 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 3.181.615 €**	**- 3.180.618 €**	**- 2.504.604 €**

Anlage 1.4

Erfolgsplan 2023

Musikschule

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2023	Plan 2022	Ist 2021
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	517.600 €	489.750 €	473.704 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	- €	5.750 €	5.703 €
	Summe Erträge	**517.600 €**	**495.500 €**	**479.407 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	84.800 €	76.050 €	95.596 €
3b	Veranstaltungskosten	33.470 €	33.220 €	9.121 €
3c	Zuschüsse	- €	- €	- €
	Summe Veranstaltungsaufwand	118.270 €	109.270 €	104.717 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	938.510 €	818.870 €	922.520 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	274.440 €	237.610 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	- €	- €	- €
4d	Personalnebenkosten	8.100 €	3.900 €	3.844 €
	Summe Personalaufwand	1.221.050 €	1.060.380 €	926.364 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	53.415 €	25.800 €	25.829 €
5b	Geschäftsbetrieb	29.920 €	61.820 €	42.932 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	83.335 €	87.620 €	68.761 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	- €	- €	- €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	11.100 €	12.000 €	11.614 €
	Summe Abschreibungen	11.100 €	12.000 €	11.614 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	340 €	340 €	- €
7b	Zinsen Pensionen	- €	- €	- €
	Summe Zinsen	340 €	340 €	- €
	Summe Aufwendungen	**1.434.095 €**	**1.269.610 €**	**1.111.456 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 916.495 €**	**- 774.110 €**	**- 632.049 €**

Anlage 1.5

Erfolgsplan 2023

Stadtbücherei

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2023	Plan 2022	Ist 2021
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	99.500 €	99.000 €	51.489 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	- €	- €	252 €
	Summe Erträge	**99.500 €**	**99.000 €**	**51.741 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	2.000 €	2.000 €	800 €
3b	Veranstaltungskosten	165.000 €	162.000 €	153.805 €
3c	Zuschüsse	33.000 €	33.000 €	28.065 €
	Summe Veranstaltungsaufwand	200.000 €	197.000 €	182.670 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	876.700 €	799.440 €	969.798 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	256.360 €	226.120 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	- €	- €	- €
4d	Personalnebenkosten	8.500 €	4.750 €	4.574 €
	Summe Personalaufwand	1.141.560 €	1.030.310 €	974.372 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	300.100 €	173.200 €	153.874 €
5b	Geschäftsbetrieb	56.500 €	60.120 €	53.146 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	356.600 €	233.320 €	207.020 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	- €	- €	- €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	31.505 €	34.075 €	34.829 €
	Summe Abschreibungen	31.505 €	34.075 €	34.829 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	350 €	350 €	- €
7b	Zinsen Pensionen	- €	- €	- €
	Summe Zinsen	350 €	350 €	- €
	Summe Aufwendungen	**1.730.015 €**	**1.495.055 €**	**1.398.891 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 1.630.515 €**	**- 1.396.055 €**	**- 1.347.150 €**

Vermögensübersicht 2023

Kultur123

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2023
1	vhs	€ 96.500,00
2	Kultur - Theater	€ 1.580.400,00
3	Musikschule	€ 12.000,00
4	Stadtbücherei	€ 105.000,00
5	Zentralbereich	€ 336.000,00
6		
7		
Summe		**€ 2.129.900,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 493.465,00
9	Kredite von Dritten	€ 1.636.435,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 2.129.900,00**

Vermögensübersicht 2023

Zentrale Dienste

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2023
1	Ausstattung Geschäftsstelle	€ 336.000,00
2		
3		
4		
5		
6		
7		
Summe		**€ 336.000,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 109.350,00
9	Kredite von Dritten	€ 226.650,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 336.000,00**

Vermögensübersicht 2023

vhs

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2023
1	Lehrbetrieb allgemein	€ 12.000,00
2	BZ Landrat-Harth-Heim	€ 12.000,00
3	BZ Opel-Altwerk	€ 48.000,00
4	BZ Kürbisstraße 42	€ 20.000,00
5	BZ Albrecht-Dürer-Schule	€ 2.000,00
6	SelbstlernzentrumWalter-Flex-Str.	€ 2.500,00
7		
Summe		**€ 96.500,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 117.105,00
9	Kredite von Dritten	€ (20.605,00)
10	Andere	€ -
Summe		**€ (20.605,00)**

Vermögensübersicht 2023

Kultur & Theater

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2023
1	Kultur und Technik	€ 82.000,00
2	Theater und Technik	€ 108.400,00
3	Sanierung Theater	€ 1.370.000,00
4	Kunst	€ 20.000,00
5		
6		
7		
Summe		**€ 1.580.400,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 224.405,00
9	Kredite von Dritten	€ 1.355.995,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 1.580.400,00**

Vermögensübersicht 2023

Musikschule

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2023
1	Instrumente	€ 12.000,00
2		
3		
4		
5		
6		
7		
Summe		**€ 12.000,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 11.100,00
9	Kredite von Dritten	€ 900,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 12.000,00**

Vermögensübersicht 2023

Stadtbücherei

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2023
1	Ausstattung	€ 105.000,00
2		
3		
4		
5		
6		
7		
Summe		**€ 105.000,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 31.505,00
9	Kredite von Dritten	€ 73.495,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 105.000,00**

Anlage 2.6.

Vermögensplan
- nach Darstellung HMIS -

	Deckungsmittel (Mittelherkunft)	**2023**
Nr.	Bezeichnung	Euro
1	Zuführung zum Stammkapital	€ -
2	Zuführung zu Rücklagen abzüglich Entnahmen	€ -
3	Zuführung zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	€ -
4	Zuführung zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen	€ -
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge	€ 493.465,00
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	€ -
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen	€ -
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	€ -
9	Kredite	€ -
	a) von der Gemeinde	€ -
	b) von Dritten	€ 1.636.435,00
	Deckungsmittel gesamt	€ 2.129.900,00

	Ausgaben (Mittelverwendung)	**2023**
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	
	vhs	€ 96.500,00
	Kultur/Theater	€ 1.580.400,00
	Musikschule	€ 12.000,00
	Stadtbücherei	€ 105.000,00
	Geschäftsstelle	€ 336.000,00
2	Finanzanlagen	€ -
3	Tilgung von Krediten	€ -
4	Rückzahlung von Stammkapital	€ -
	Ausgaben insgesamt	€ 2.129.900,00

Anlage 3.

Stellenübersicht 2023
Kultur123 Stadt Rüsselsheim

2023

	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
Beamte					
A 15					
A 14hd			1		
A 13 hd					
A 12			1		
Angestellte TVöD					
15	1				
14	1				
13	1	1,5		1	1
12		1	1		
11	3	1,75	1		1
10	1	0,5	1	1	1
9a	0,75	1	3		
9b	1,5		2,75	9	2,75
9c	0,25		2,5	5	
8	2,75	1,75	1	1	2
7					1
6	1,5	3	2		8,5
5		0,5	1		0,5
3					
2			1		
Angestellte TVöD SuE					
S15		4 *			
S12	0,25	13			
S11b		0,75			
Gesamt	14,00	28,75	18,25	17,00	17,75
					95,75

***1 kw**

Nachrichtlich	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
befristet Beschäftigte					
11	1				
6		0,5			
S 12		4			
Summe befr. Beschäftigte	1	4,5	0	0	0
Auszubildende	1	1	3		1
Praktikanten		1			
geringf. Beschäftigte	3	4	70	1	6

2022

	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
Beamte					
A 15					
A 14hd			1		
A 13 hd					
A 12			1		
Angestellte TVöD					
15	1				
14	1	1			
13	1	1	1	1	1
12			1		
11	3	1,75			1
10	1	0,5	1	1	1
9a	0,75	1	3		
9b	1,5		2,25	9,75	2,75
9c	0,25		3,5 *	5	
8	2,5	2,25	1	1	2
7					1
6	1,5	3	2		8,5
5		0,5	1		0,5
3					
2			1		
Angestellte TVöD SuE					
S15		4			
S12	0,25	15,5			
S11b		0,75			
Gesamt	13,75	31,25	18,75	17,75	17,75
					99,25

***1 kw**

Nachrichtlich	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
befristet Beschäftigte					
11					
6	0,5	0,5			
S 12		4			
Summe befr. Beschäftigte	0,5	4,5	0	0	0
Auszubildende		1	3		1
Praktikanten		1			
geringf. Beschäftigte	4	4	70	1	6

Anlage 4.

Finanzplan 2023

Kultur123

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027	2028
	Vermögensübersicht						
1	Sachanlagen	2.129.900 €	882.300 €	495.100 €	500.000 €	504.900 €	509.900 €
	Investition Anlagevermögen	**2.129.900 €**	**882.300 €**	**495.100 €**	**500.000 €**	**504.900 €**	**509.900 €**
	Erfolgsübersicht						
1	Erträge	4.471.621 €	4.220.680 €	4.263.584 €	4.349.902 €	4.371.652 €	4.453.510 €
2	Aufwendungen	13.419.474 €	13.730.254 €	14.246.464 €	14.981.323 €	15.580.575 €	16.203.799 €
	Betriebsergebnis	**-8.947.853 €**	**-9.509.574 €**	**-9.982.880 €**	**-10.631.421 €**	**-11.208.923 €**	**-11.750.289 €**

Anlage 4.1

Finanzplan 2023

Zentrale Dienste

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027	2028
	Vermögensübersicht						
1	Sachanlagen	336.000 €	139.400 €	140.800 €	142.200 €	143.600 €	145.000 €
	Investition Anlagevermögen	**336.000 €**	**139.400 €**	**140.800 €**	**142.200 €**	**143.600 €**	**145.000 €**
	Erfolgsübersicht						
1	Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
2	Aufwendungen	1.838.375 €	1.893.910 €	1.951.666 €	2.029.733 €	2.110.922 €	2.195.359 €
	Betriebsergebnis	**-1.838.375 €**	**-1.893.910 €**	**-1.951.666 €**	**-2.029.733 €**	**-2.110.922 €**	**-2.195.359 €**

Anlage 4.2

Finanzplan 2023

vhs

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027	2028
	Vermögensübersicht						
1	Sachanlagen	96.500 €	97.500 €	98.500 €	99.500 €	100.500 €	101.500 €
	Investition Anlagevermögen	**96.500 €**	**97.500 €**	**98.500 €**	**99.500 €**	**100.500 €**	**101.500 €**
	Erfolgsübersicht						
1	Erträge	2.866.371 €	2.930.703 €	2.975.357 €	3.000.234 €	3.015.235 €	3.030.311 €
2	Aufwendungen	4.247.224 €	4.417.113 €	4.593.798 €	4.777.550 €	4.968.652 €	5.167.398 €
	Betriebsergebnis	**-1.380.853 €**	**-1.486.410 €**	**-1.618.441 €**	**-1.777.316 €**	**-1.953.417 €**	**-2.137.087 €**

Anlage 4.3

Finanzplan 2023

Kultur & Theater

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027	2028
	Vermögensübersicht						
1	Sachanlagen	1.580.400 €	622.200 €	232.400 €	234.700 €	237.000 €	239.400 €
	Investition Anlagevermögen	**1.580.400 €**	**622.200 €**	**232.400 €**	**234.700 €**	**237.000 €**	**239.400 €**
	Erfolgsübersicht						
1	Erträge	988.150 €	654.791 €	609.865 €	662.914 €	666.229 €	699.560 €
2	Aufwendungen	4.169.765 €	4.128.556 €	4.278.698 €	4.614.846 €	4.799.440 €	4.991.418 €
	Betriebsergebnis	**-3.181.615 €**	**-3.473.765 €**	**-3.668.833 €**	**-3.951.932 €**	**-4.133.211 €**	**-4.291.858 €**

Anlage 4.4

Finanzplan 2023

Musikschule

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027	2028
	Vermögensübersicht						
1	Sachanlagen	12.000 €	12.100 €	12.200 €	12.300 €	12.400 €	12.500 €
	Investition Anlagevermögen	**12.000 €**	**12.100 €**	**12.200 €**	**12.300 €**	**12.400 €**	**12.500 €**
	Erfolgsübersicht						
1	Erträge	517.600 €	520.188 €	552.789 €	555.553 €	558.331 €	591.123 €
2	Aufwendungen	1.434.095 €	1.491.459 €	1.551.117 €	1.613.162 €	1.677.688 €	1.744.796 €
	Betriebsergebnis	**-916.495 €**	**-971.271 €**	**-998.328 €**	**-1.057.609 €**	**-1.119.357 €**	**-1.153.673 €**

Anlage 4.5

Finanzplan 2023

Stadtbücherei

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027	2028
	Vermögensübersicht						
1	Sachanlagen	105.000 €	11.100 €	11.200 €	11.300 €	11.400 €	11.500 €
	Investition Anlagevermögen	**105.000 €**	**11.100 €**	**11.200 €**	**11.300 €**	**11.400 €**	**11.500 €**
	Erfolgsübersicht						
1	Erträge	99.500 €	114.998 €	125.573 €	131.201 €	131.857 €	132.516 €
2	Aufwendungen	1.730.015 €	1.799.216 €	1.871.185 €	1.946.032 €	2.023.873 €	2.104.828 €
	Betriebsergebnis	**-1.630.515 €**	**-1.684.218 €**	**-1.745.612 €**	**-1.814.831 €**	**-1.892.016 €**	**-1.972.312 €**

Anlage 4.6a

Finanzplan 2023

A	Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplans (§19 Nr.1 EigBGes)						
Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027	2028
	Deckungsmittel (Mittelherkunft)						
1	Zuführung zum Stammkapital						
2	Zuführung zu Rücklagen abzüglich Entn.						
3	Zuführung zu langfristigen Rückstellungen abz. Entn.						
4	Zuführung zu Sonderposten mit Rücklageanteil abz. Entn.						
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge	493.465,00 €	498.400,00 €	503.380,00 €	508.410,00 €	513.490,00 €	518.620,00 €
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse						
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzügl. Entn.						
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen						
	Kredite						
	a) von der Gemeinde						
9	b) von Dritten	1.636.435,00 €	383.900,00 €	- €	- €	- €	- €
	Deckungsmittel gesamt	2.129.900,00 €	882.300,00 €	495.100,00 €	500.000,00 €	504.900,00 €	509.900,00 €
	Ausgaben (Mittelverwendung)						
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte						
	Zentral	336.000,00 €	139.400,00 €	140.800,00 €	142.200,00 €	143.600,00 €	145.000,00 €
	vhs	96.500,00 €	97.500,00 €	98.500,00 €	99.500,00 €	100.500,00 €	101.500,00 €
	Kultur/Theater	1.580.400,00 €	622.200,00 €	232.400,00 €	234.700,00 €	237.000,00 €	239.400,00 €
	Musikschule	12.000,00 €	12.100,00 €	12.200,00 €	12.300,00 €	12.400,00 €	12.500,00 €
	Stadtbücherei	105.000,00 €	11.100,00 €	11.200,00 €	11.300,00 €	11.400,00 €	11.500,00 €
2	Finanzanlagen						
3	Tilgung von Krediten						
4	Rückzahlung von Stammkapital						
	Ausgaben insgesamt	2.129.900,00 €	882.300,00 €	495.100,00 €	500.000,00 €	504.900,00 €	509.900,00 €

Anlage 4.6b

Finanzplan 2023

B	Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Gemeinde auswirken (§19 Nr.2 EigBGes)						
Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027	2028
	Einnahmen						
1	Zuweisungen zur Eigenkapitalaufstockung	- €	- €	- €	- €	- €	- €
2	Zuweisungen zum Verlustausgleich	8.947.852,87 €	9.509.574,00 €	9.982.880,00 €	10.631.421,00 €	11.208.923,00 €	11.750.289,00 €
3	Zuweisungen zum Verlustausgleich Vorjahre	- €	- €	- €	- €	- €	- €
4	Auflösung Rückstellungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €
5	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	- €	- €	- €	- €	- €	- €
6	Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Gesamt	8.947.852,87 €	9.509.574,00 €	9.982.880,00 €	10.631.421,00 €	11.208.923,00 €	11.750.289,00 €
	Ausgaben						
1	Gewinnabführungen	- €	- €	- €	- €	- €	- €
2	Konzessionsabgaben	- €	- €	- €	- €	- €	- €
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	- €	- €	- €	- €	- €	- €
4	Eigenkapitalrückzahlung	- €	- €	- €	- €	- €	- €
5	Tilgung von Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	Gesamt	- €	- €	- €	- €	- €	- €

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-350/21-26	
Datum	04.01.2023

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	10.01.2023	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Jahresabschluss 2018

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

1. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Rüsselsheim zum 31.12.2018 wird zur Kenntnis genommen.

B. Beschluss

1. Der geprüfte Jahresabschluss einschließlich Anhang und Rechenschaftsbericht der Stadt Rüsselsheim zum 31.12.2018 wird beschlossen.

2. Der Fehlbetrag beim **ordentlichen Ergebnis des Jahres 2018** in Höhe von **9.091.414,09 EUR** wird festgestellt und zusammen mit den vorgetragenen Fehlbeträgen der Vorjahre in Höhe von 203.989.353,59 EUR, abzgl. des Ablösebetrags aus der Hessenkasse (bis 31.12.2018: 112.827.500,00 EUR), in Höhe von insgesamt **100.253.267,68 EUR** gem. § 25 Abs. 3 Satz 2 GemHVO **gegen die Nettoposition verrechnet**. Der Fehlbetrag beim **außerordentlichen Ergebnis 2018** in Höhe von **4.130.525,99 EUR** wird ebenfalls festgestellt und auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Aufgrund des Prüfungsergebnisses wird dem Magistrat gem. § 114 Abs. 1 HGO Entlastung erteilt.

Begründung:

1. Ziel

Beschlussfassung und damit endgültige Feststellung der Bilanz und der Jahresergebnisse 2018, der Verrechnung der bis zum 31.12.2018 kumulierten Fehlbeträge im ordentlichen Ergebnis gegen die Nettoposition sowie Entlastung des Magistrats.

2. Ausgangslage

Der Magistrat hat am 14.07.2020 den Aufstellungsbeschluss zum Jahresabschluss 2018 gefasst und das Rechnungsprüfungsamt mit der Prüfung beauftragt.

Nach Abschluss der Prüfung sind der Stadtverordnetenversammlung der Schlussbericht zur Kenntnisnahme und der Jahresabschluss zum 31.12.2018 zur Beschlussfassung vorzulegen. Aufgrund des Prüfungsergebnisses ist schließlich nach § 114 Abs. 1 HGO über die Entlastung des Magistrats zu entscheiden.

Im Rahmen der Neufassung des Haushaltssicherungskonzepts 2019 bis 2022 (DS-Nr. 584/16-21) hatte die Stadtverordnetenversammlung zudem bereits am 12.09.2019 nach § 25 Absatz 3 Gemeindehaushaltsverordnung beschlossen, die bis Ende 2018 aufgelaufenen kumulierten Fehlbeträge im ordentlichen Ergebnis einmalig gegen die Nettoposition zu verrechnen.

3. Ergebnis der Prüfung

Als Ergebnis der Prüfung und unter Berücksichtigung der nach dem Aufstellungsbeschluss eingetretenen Veränderungen im Rahmen der Prüfungen der Vorjahre waren Anhang und Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2018 entsprechend zu überarbeiten.

Der Jahresabschluss enthält i.S.d. § 112 HGO die Vermögensrechnung (Bilanz) zum 31.12.2018. Hinzu kommen die Ergebnis- und Finanzrechnung für das Haushaltsjahr 2018 sowohl in der Gesamtsicht als auch für die einzelnen Teilhaushalte auf Produktbereichsebene. Des Weiteren sind die wesentlichen Positionen und Besonderheiten im Anhang erläutert.

Der Rechenschaftsbericht schließlich stellt der Haushaltsplanung die Ergebnisse des Ergebnis- und investiven Finanzhaushalts gegenüber und erläutert die wesentlichen Abweichungen. Diese Betrachtung wird ergänzt durch Übersichten der genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen sowie der in das nächste Haushaltsjahr übertragenen Haushaltsermächtigungen.

Der Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis des Jahres 2018 beträgt 9.091.414,09 EUR. Im Rahmen der Feststellung dieses Ergebnisses wird zudem gemäß § 25 Absatz 3 Satz 2 Gemeindehaushaltsverordnung einmalig von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, das ordentliche Ergebnis 2018 und die vorgetragenen Altdefizite gegen die Nettoposition zu verrechnen. Unter Berücksichtigung des Ablösebetrags aus der Hessenkasse in Höhe von 112.827.500,00 EUR ergab sich so eine Reduzierung der Nettoposition um 100.253.267,68 EUR auf 189.022.274,83 EUR. Damit sind in das Jahr 2019 keine Altdefizite mehr vorzutragen.

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 4.130.525,99 EUR wird ebenfalls festgestellt und auf neue Rechnung vorgetragen.

Mit der Beschlussfassung über den geprüften Jahresabschluss 2018 wird zugleich über die Entlastung des Magistrats entschieden und damit die Befassung mit dem Haushaltsjahr 2018 beendet.

4. Weiteres Vorgehen

Der Beschluss über den Jahresabschluss 2018 sowie die Entlastung des Magistrats ist öffentlich bekannt zu machen und mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamts der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Der Jahresabschluss 2019 wurde am 05.10.2021 aufgestellt und wird derzeit geprüft. Der Jahresabschluss 2020 wurde am 15.11.2022 aufgestellt. Die Jahresabschlüsse 2021 und 2022 befinden sich derzeit im Erstellungsprozess.

Rüsselsheim am Main, 10.01.2023

Udo Bausch
Oberbürgermeister

rüsselsheim
am main

Jahresabschluss zum 31.12.2018

Anhang und Anlagen
Rechenschaftsbericht

Inhaltsverzeichnis

Jahresabschluss

A. Bilanz zum 31.12.2018 7-9

B. Gesamtergebnisrechnung 2018 10-29

C. Gesamtfinanzrechnung 2018 30-49

Anhang zum Jahresabschluss

A. Allgemeines 50

B. Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen

I. Aktiva

1. Anlagevermögen

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen u. ähnliche Rechte 52
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse 53

1.2 Sachanlagevermögen
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte 54
1.2.2 Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken 56
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen 57
1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung 61
1.2.5 andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 61
1.2.6 geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau 63

1.3 Finanzanlagevermögen
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen 63
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen 65
1.3.3 Beteiligungen, Zweckverbände 66
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 68
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens 68
1.3.6 Sonstige Ausleihungen / sonstige Finanzanlagen 69

2. Umlaufvermögen

2.1 Vorräte einschl. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe 70

2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren 70

2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und Beiträgen 71

2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben 71
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 72
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 72
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände 72
2.3.6 Wertpapiere des Umlaufvermögens 73

2.4 Flüssige Mittel 73

3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten 74

II. Passiva

1. Eigenkapital 76

2. Sonderposten

2.1 Sonderposten für erhaltene Investionszuweisungen und –zuschüsse sowie Investitionsbeiträge
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich 77
2.1.2 Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich 79
2.1.3 Investitionsbeiträge 80

2.2 sonstige Sonderposten 81

3. Rückstellungen

3.1 Rückstellung für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen 82

3.2 Rückstellung für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse 84

3.3 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien 84

3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten 84

3.5 Sonstige Rückstellungen 85

4. Verbindlichkeiten

4.1 Anleihen 86

4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 87
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgeber 87
4.2.3 Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern 87

4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten für die Liquiditätssicherung 87

4.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften 87

4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen 87
4.6 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 88
4.7 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben 88
4.8 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen 88

4.9 Sonstige Verbindlichkeiten 88

5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten 88

C. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

I. Überblick 90

II. Ordentliche Erträge 91

III. Ordentliche Aufwendungen 95

IV. Finanzerträge 101

V. Zinsen und ähnliche Aufwendungen 101

VI. Außerordentliche Erträge 101

VII. Außerordentliche Aufwendungen 102

D. Erläuterungen zur Finanzrechnung 103

E. Sonstige Angaben

I. Zusammensetzung von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat zum 31.12.2018 105

II. Durchschnittlicher Personalbestand 2018 106

III. Haftungsverhältnisse / Bürgschaften 107

IV. Derivate Finanzierungsgeschäfte 108

V. Beteiligungen 109

VI. Wesentliche Verträge 109

VII. Übersicht über die fremden Mittel (§ 15 GemHVO) 111

F. Anlagen zum Anhang

I. Anlagenspiegel 114

II. Forderungsspiegel 115

III. Verbindlichkeitsspiegel 116

IV. Rückstellungspiegel 117

Rechenschaftsbericht

A. Überblick 118

B. Ergebnishaushalt nach Produktbereichen

I. Erläuterungen zu Abweichungen, die den Gesamthaushalt betreffen 120

II. Erläuterungen zu Abweichungen in den einzelnen Produktbereichen 121

C. Investiver Finanzhaushalt 125

D. Verschuldung

I. Allgemeines 128

II. Langfristige Verschuldung für Investitionen 128

III. Kassenkredite 128

E. Haushaltsübertragungen aus Vorjahren

I. Ergebnishaushalt 130

II. Investiver Finanzhaushalt 132

F. Über- und Außerplanmäßige Aufwendungen und investive Auszahlungen

I. Ergebnishaushalt 140

II. Investiver Finanzhaushalt 142

Abkürzungsverzeichnis

AHK	Anschaffung- und Herstellungskosten
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
GemHVO	Gemeinde Haushaltsverordnung
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWG	geringwertiges Wirtschaftsgut
HessAFWoG	Hessisches Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen
(EG)HGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
KIV	Kommunale Informationsverarbeitung
NKRS	Neues Kommunales Rechnungs- und Steuerungssystem
OP-Liste	Liste der offenen Posten
WertR	Wertermittlungsrichtlinie

Jahresabschluss 2018

A. Bilanz zum 31.12.2018

Bilanz zum 31.12.2018

Position	Bezeichnung	31.12.2018	31.12.2017
	Aktiva		
1	**Anlagevermögen**	**548.492.377,38**	**540.970.514,29**
1.1	**Immaterielle Vermögensgegenstände**	**18.802.398,74**	**19.185.685,74**
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	2.168.042,00	2.423.587,00
1.1.2	geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	16.634.356,74	16.762.098,74
1.1.3	geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände		
1.2	**Sachanlagevermögen**	**393.701.914,54**	**381.264.686,54**
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	107.647.694,09	108.074.122,37
1.2.2	Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	135.112.924,87	123.654.750,87
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	109.568.745,77	104.124.286,68
1.2.4	Anlagen und Maschinen z. Leistungserstellung	320.692,00	372.014,00
1.2.5	andere Anlagen, Betriebs-u.Geschäftsausstattung	6.420.454,48	6.240.763,24
1.2.6	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	34.631.403,33	38.798.749,38
1.3	**Finanzanlagevermögen**	**135.988.064,10**	**140.520.142,01**
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen, Sondervermögen	98.459.647,26	100.090.812,93
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	28.847.381,48	29.618.613,23
1.3.3	Beteiligungen, Zweckverbände	4.550.185,92	6.592.404,49
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen eine Beteiligungsverhältnis besteht	1.727.347,60	1.761.890,80
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	1.224.122,18	1.112.017,14
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	1.179.379,66	1.344.403,42
2	**Umlaufvermögen**	**50.905.523,92**	**53.210.704,79**
2.1	**Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- u.Betriebsstoffe**	**10.401,01**	**10.866,24**
2.2	**Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren**		
2.3	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**	**49.297.478,88**	**50.829.256,52**
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen, -beiträgen	16.574.186,98	17.786.834,83
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	4.529.091,56	3.096.106,20
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	418.349,75	461.087,60
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Unternehmen mit Beteiligungsverhältnissen und Sondervermögen	25.818.328,39	27.006.895,12
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	1.957.522,20	2.478.332,77
2.4	**Flüssige Mittel**	**1.597.644,03**	**2.370.582,03**
3	**Rechnungsabgrenzungsposten**	**3.143.714,54**	**3.420.387,22**
4	**Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**		

Position	Bezeichnung	31.12.2018	31.12.2017
	Passiva		
1	**Eigenkapital**	**179.964.602,35**	**80.359.042,43**
1.1	**Netto-Position**	**189.022.274,83**	**289.275.542,51**
1.2	**Rücklagen und Sonderrücklagen**		-
1.2.1	Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		-
1.2.2	Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses		-
1.2.3	zweckgebunde Rücklagen		-
1.2.4	Sonderrücklagen		-
1.2.4.1	Stiftungskapital		-
1.2.4.2	Sonstige Sonderrücklagen		-
1.3	**Ergebnisverwendung**	**-9.057.672,48**	**-208.916.500,08**
1.3.1	Ergebnisvortrag	**-4.927.146,49**	**-194.213.750,41**
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-	-190.744.848,83
1.3.1.2	Außerordentl. Ergebnisse aus Vorjahren	-4.927.146,49	-3.468.901,58
1.3.2	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**-4.130.525,99**	**-14.702.749,67**
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-	-13.244.504,76
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4.130.525,99	-1.458.244,91
2	**Sonderposten**	**89.550.255,16**	**87.053.018,63**
2.1	**Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge**	**88.599.173,75**	**86.051.487,22**
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	51.340.365,51	47.840.384,23
2.1.2	Zuschüsse vom nicht. öffentl. Bereich	13.509.970,42	13.866.876,64
2.1.3	Investitionsbeiträge	23.748.837,82	24.344.226,35
2.2	**sonstige Sonderposten**	**951.081,41**	**1.001.531,41**
3	**Rückstellungen**	**51.877.861,12**	**51.461.322,08**
3.1	**Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**	**50.764.575,00**	**49.864.444,64**
	darunter: Beamtenversorgungsrücklage	*1.224.122,18*	*1.112.017,14*
3.2	**Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuer-schuldverhältnissen**	**105.870,52**	**480.149,42**
3.3	**Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien**	**-**	**-**
3.4	**Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten**	**0,00**	**0,00**
3.5	**Sonstige Rückstellungen**	**1.007.415,60**	**1.116.728,02**
4	**Verbindlichkeiten**	**275.635.482,85**	**373.684.798,10**
4.1	**Anleihen**		
4.2	**Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen**	**130.007.374,80**	**121.111.862,10**
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	111.579.759,11	102.866.607,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*5.774.020,22*	*5.401.877,34*
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	18.427.615,69	18.245.255,10
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*1.448.062,75*	*1.386.639,41*
4.2.3	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*0,00*	*0,00*
4.3	**Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquidiätssicherung**	**71.700.000,00**	**229.000.000,00**
4.4	**Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften**	**-**	**-**

Bilanz zum 31.12.2018

Position	Bezeichnung	31.12.2018	31.12.2017

B. Gesamtergebnisrechnung

Teilergebnisrechnungen nach Produktbereichen

Gesamtergebnisrechnung 2018

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.802.078,72	-566.795,00	-392.982,88	173.812,12
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-15.038.523,90	-15.215.510,00	-14.267.436,41	948.073,59
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-12.455.930,92	-13.602.395,00	-10.388.283,63	3.214.111,37
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	-84.251.550,35	-87.110.000,00	-84.173.205,36	2.936.794,64
06	6 Erträge aus Transferleistungen	-6.486.885,39	-2.783.630,00	-7.465.159,91	-4.681.529,91
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-54.684.344,77	-52.560.075,00	-54.683.089,08	-2.123.014,08
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-3.328.356,27	-2.955.000,00	-3.574.412,34	-619.412,34
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-5.617.100,61	-3.713.090,00	-3.870.556,46	-157.466,46
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-185.664.770,93**	**-178.506.495,00**	**-178.815.126,07**	**-308.631,07**
11	11 Personalaufwendungen	45.791.703,24	49.531.924,04	48.065.239,49	-1.466.684,55
12	12 Versorgungsaufwendungen	5.709.187,14	6.895.000,00	6.606.729,32	-288.270,68
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	46.385.003,02	33.234.642,72	30.416.423,19	-2.818.219,53
14	14 Abschreibungen	13.680.462,15	10.398.700,00	14.590.755,35	4.192.055,35
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	26.490.924,29	26.099.218,71	26.571.381,18	472.162,47
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	30.010.726,42	32.753.450,00	32.020.855,49	-732.594,51
17	17 Transferaufwendungen	16.272.893,87	17.334.410,00	15.814.905,26	-1.519.504,74
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.148.091,39	6.847.670,00	6.816.876,30	-30.793,70
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**190.488.991,52**	**183.095.015,47**	**180.903.165,58**	**-2.191.849,89**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**4.824.220,59**	**4.588.520,47**	**2.088.039,51**	**-2.500.480,96**
21	21 Finanzerträge	-1.475.531,14	-573.595,00	-1.162.074,68	-588.479,68
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	9.895.815,31	8.004.672,71	8.165.449,26	160.776,55
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**8.420.284,17**	**7.431.077,71**	**7.003.374,58**	**-427.703,13**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-187.140.302,07**	**-179.080.090,00**	**-179.977.200,75**	**-897.110,75**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**200.384.806,83**	**191.099.688,18**	**189.068.614,84**	**-2.031.073,34**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**13.244.504,76**	**12.019.598,18**	**9.091.414,09**	**-2.928.184,09**
25	27 Außerordentliche Erträge	-452.363,98	0,00	-1.006.880,38	-1.006.880,38
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	1.910.608,89	0,00	5.137.406,37	5.137.406,37
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**1.458.244,91**	**0,00**	**4.130.525,99**	**4.130.525,99**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**14.702.749,67**	**12.019.598,18**	**13.221.940,08**	**1.202.341,90**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-1.262.279,00	-4.759.621,00	-636.000,00	4.123.621,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	1.262.279,00	4.759.621,00	636.000,00	-4.123.621,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen**	**14.702.749,67**	**12.019.598,18**	**13.221.940,08**	**1.202.341,90**
	Leistungsbeziehungen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Gesamtergebnisrechnung 2018

(Buchungen auf das laufende Haushaltsjahr)

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.802.078,72	-566.795,00	-392.982,88	173.812,12
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-15.038.523,90	-15.215.510,00	-14.267.436,41	948.073,59
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-12.455.930,92	-13.602.395,00	-10.388.283,63	3.214.111,37
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	-84.251.550,35	-87.110.000,00	-84.173.205,36	2.936.794,64
06	6 Erträge aus Transferleistungen	-6.486.885,39	-2.783.630,00	-7.465.159,91	-4.681.529,91
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-54.684.344,77	-52.560.075,00	-54.683.089,08	-2.123.014,08
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-3.328.356,27	-2.955.000,00	-3.574.412,34	-619.412,34
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-5.617.100,61	-3.713.090,00	-3.870.556,46	-157.466,46
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-185.664.770,93**	**-178.506.495,00**	**-178.815.126,07**	**-308.631,07**
11	11 Personalaufwendungen	45.791.703,24	49.517.985,00	48.065.239,49	-1.452.745,51
12	12 Versorgungsaufwendungen	5.709.187,14	6.895.000,00	6.606.729,32	-288.270,68
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	45.472.955,85	33.216.436,00	30.397.709,24	-2.818.726,76
14	14 Abschreibungen	13.680.462,15	10.398.700,00	14.590.755,35	4.192.055,35
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	26.490.074,29	26.097.020,00	26.571.381,18	474.361,18
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	30.010.726,42	32.753.450,00	32.020.855,49	-732.594,51
17	17 Transferaufwendungen	16.252.850,48	17.334.410,00	15.814.905,26	-1.519.504,74
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.148.091,39	6.847.670,00	6.816.876,30	-30.793,70
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**189.556.050,96**	**183.060.671,00**	**180.884.451,63**	**-2.176.219,37**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**3.891.280,03**	**4.554.176,00**	**2.069.325,56**	**-2.484.850,44**
21	21 Finanzerträge	-1.475.531,14	-573.595,00	-1.162.074,68	-588.479,68
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	9.895.815,31	8.011.700,00	8.165.449,26	153.749,26
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**8.420.284,17**	**7.438.105,00**	**7.003.374,58**	**-434.730,42**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-187.140.302,07**	**-179.080.090,00**	**-179.977.200,75**	**-897.110,75**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**199.451.866,27**	**191.072.371,00**	**189.049.900,89**	**-2.022.470,11**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**12.311.564,20**	**11.992.281,00**	**9.072.700,14**	**-2.919.580,86**
25	27 Außerordentliche Erträge	-452.363,98	0,00	-1.006.880,38	-1.006.880,38
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	1.910.608,89	0,00	5.137.406,37	5.137.406,37
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**1.458.244,91**	**0,00**	**4.130.525,99**	**4.130.525,99**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**13.769.809,11**	**11.992.281,00**	**13.203.226,13**	**1.210.945,13**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-1.262.279,00	-4.759.621,00	-636.000,00	4.123.621,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	1.262.279,00	4.759.621,00	636.000,00	-4.123.621,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**13.769.809,11**	**11.992.281,00**	**13.203.226,13**	**1.210.945,13**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Gesamtergebnisrechnung 2018

(Buchungen auf Haushaltsreste)

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	11 Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	912.047,17	20.000,00	5.249,09	-14.750,91
14	14 Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	850,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	20.043,39	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**932.940,56**	**20.000,00**	**5.249,09**	**-14.750,91**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**932.940,56**	**20.000,00**	**5.249,09**	**-14.750,91**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	0,00	0,00	0,00	0,00
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**932.940,56**	**20.000,00**	**5.249,09**	**-14.750,91**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**932.940,56**	**20.000,00**	**5.249,09**	**-14.750,91**
25	27 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**932.940,56**	**20.000,00**	**5.249,09**	**-14.750,91**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**932.940,56**	**20.000,00**	**5.249,09**	**-14.750,91**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 01

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-40.412,97	-40.220,00	-43.199,62	-2.979,62
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-86.881,96	-101.650,00	-109.268,88	-7.618,88
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-665.482,71	-535.730,00	-630.205,47	-94.475,47
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-68.497,55	-105.000,00	-77.981,31	27.018,69
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-213,00		-625,34	-625,34
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-1.160.331,09	-3.800,00	-254.267,94	-250.467,94
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-2.021.819,28**	**-786.400,00**	**-1.115.548,56**	**-329.148,56**
11	11 Personalaufwendungen	12.355.102,91	12.861.154,17	12.363.203,23	-497.950,94
12	12 Versorgungsaufwendungen	3.226.077,60	4.268.600,00	3.997.779,66	-270.820,34
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.234.466,40	5.150.610,83	3.371.575,40	-1.779.035,43
14	14 Abschreibungen	1.816.423,39	663.600,00	2.166.089,37	1.502.489,37
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	47.808,31	61.077,29	55.825,14	-5.252,15
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	13.133,68	14.500,00	14.462,61	-37,39
17	17 Transferaufwendungen		2.500,00	2.500,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.291,48	3.690,00	14.416,48	10.726,48
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**20.695.303,77**	**23.025.732,29**	**21.985.851,89**	**-1.039.880,40**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**18.673.484,49**	**22.239.332,29**	**20.870.303,33**	**-1.369.028,96**
21	21 Finanzerträge	-217.156,31	-152.480,00	-222.108,77	-69.628,77
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	196,64	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**-216.959,67**	**-152.480,00**	**-222.108,77**	**-69.628,77**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-2.238.975,59**	**-938.880,00**	**-1.337.657,33**	**-398.777,33**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**20.695.500,41**	**23.025.732,29**	**21.985.851,89**	**-1.039.880,40**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**18.456.524,82**	**22.086.852,29**	**20.648.194,56**	**-1.438.657,73**
25	27 Außerordentliche Erträge	-20.736,56	0,00	-9.048,14	-9.048,14
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	153,19	0,00	4,38	4,38
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-20.583,37**	**0,00**	**-9.043,76**	**-9.043,76**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**18.435.941,45**	**22.086.852,29**	**20.639.150,80**	**-1.447.701,49**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-879.331,00	-1.490.100,00	0,00	1.490.100,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen		360.600,00	0,00	-360.600,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-879.331,00**	**-1.129.500,00**	**0,00**	**1.129.500,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**17.556.610,45**	**20.957.352,29**	**20.639.150,80**	**-318.201,49**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 02

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-12.727,91	-6.520,00	-9.147,99	-2.627,99
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.768.747,94	-2.016.250,00	-1.918.265,06	97.984,94
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-145.596,39	-83.600,00	-159.730,00	-76.130,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-83.067,77	-83.055,00	-82.969,33	85,67
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-81.887,87	-76.300,00	-80.440,00	-4.140,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-14.569,71	-4.050,00	-15.047,88	-10.997,88
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-2.106.597,59**	**-2.269.775,00**	**-2.265.600,26**	**4.174,74**
11	11 Personalaufwendungen	4.744.733,94	5.138.600,00	5.102.816,76	-35.783,24
12	12 Versorgungsaufwendungen	511.213,26	547.100,00	537.510,80	-9.589,20
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.370.495,85	1.548.223,70	1.345.673,74	-202.549,96
14	14 Abschreibungen	619.123,18	401.300,00	594.846,86	193.546,86
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	425.900,54	434.801,30	462.025,55	27.224,25
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	1.867,17	2.000,00	1.914,78	-85,22
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.016,00	0,00	316,00	316,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**7.674.349,94**	**8.072.025,00**	**8.045.104,49**	**-26.920,51**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**5.567.752,35**	**5.802.250,00**	**5.779.504,23**	**-22.745,77**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	-243,50	-243,50
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**-243,50**	**-243,50**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-2.106.597,59**	**-2.269.775,00**	**-2.265.843,76**	**3.931,24**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**7.674.349,94**	**8.072.025,00**	**8.045.104,49**	**-26.920,51**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**5.567.752,35**	**5.802.250,00**	**5.779.260,73**	**-22.989,27**
25	27 Außerordentliche Erträge	-9.905,86	0,00	-1.576,57	-1.576,57
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	-32,50	0,00	300,12	300,12
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-9.938,36**	**0,00**	**-1.276,45**	**-1.276,45**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**5.557.813,99**	**5.802.250,00**	**5.777.984,28**	**-24.265,72**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-14.713,00	-44.247,00	0,00	44.247,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen		6.900,00	0,00	-6.900,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-14.713,00**	**-37.347,00**	**0,00**	**37.347,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**5.543.100,99**	**5.764.903,00**	**5.777.984,28**	**13.081,28**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 03

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	-67.427,90	-67.427,90
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-330.610,49	-340.000,00	-362.901,66	-22.901,66
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-1.744.744,77	-1.608.300,00	-1.690.245,08	-81.945,08
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-759.642,45	-693.190,00	-729.464,81	-36.274,81
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-236.960,27	-171.200,00	-271.171,06	-99.971,06
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-49.979,90	-29.600,00	-85.346,78	-55.746,78
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-3.121.937,88**	**-2.842.290,00**	**-3.206.557,29**	**-364.267,29**
11	11 Personalaufwendungen	3.908.742,13	4.178.300,00	4.550.295,38	371.995,38
12	12 Versorgungsaufwendungen	251.857,35	261.100,00	290.039,85	28.939,85
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.883.373,53	8.593.326,88	9.472.398,20	879.071,32
14	14 Abschreibungen	2.483.390,97	2.077.600,00	2.845.916,56	768.316,56
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	2.832.777,60	2.482.179,12	2.337.488,02	-144.691,10
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	520,00	8.000,00	0,00	-8.000,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	198,00	200,00	198,00	-2,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**18.360.859,58**	**17.600.706,00**	**19.496.336,01**	**1.895.630,01**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**15.238.921,70**	**14.758.416,00**	**16.289.778,72**	**1.531.362,72**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-3.121.937,88**	**-2.842.290,00**	**-3.206.557,29**	**-364.267,29**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**18.360.859,58**	**17.600.706,00**	**19.496.336,01**	**1.895.630,01**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**15.238.921,70**	**14.758.416,00**	**16.289.778,72**	**1.531.362,72**
25	27 Außerordentliche Erträge	-78,91	0,00	-3.161,11	-3.161,11
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,33	0,33
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-78,91**	**0,00**	**-3.160,78**	**-3.160,78**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**15.238.842,79**	**14.758.416,00**	**16.286.617,94**	**1.528.201,94**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-2.361,00	-2.540,00	0,00	2.540,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	43.782,00	270.056,00	0,00	-270.056,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**41.421,00**	**267.516,00**	**0,00**	**-267.516,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**15.280.263,79**	**15.025.932,00**	**16.286.617,94**	**1.260.685,94**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 04

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.328.694,80	-3.500,00	14.500,41	18.000,41
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.225,49	-16.000,00	-16.426,30	-426,30
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-229.477,77	0,00	0,00	0,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-5.571.897,03	-94.270,00	-90.096,07	4.173,93
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-71.105,80		-29.359,00	-29.359,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-379.677,95	-14.200,00	-22.870,83	-8.670,83
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-9.597.078,84**	**-127.970,00**	**-144.251,79**	**-16.281,79**
11	11 Personalaufwendungen	609.573,68	604.000,00	665.696,80	61.696,80
12	12 Versorgungsaufwendungen	35.150,47	41.400,00	45.836,66	4.436,66
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.388.830,37	679.025,00	456.467,82	-222.557,18
14	14 Abschreibungen	170.394,04	99.500,00	361.912,34	262.412,34
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	940.582,78	346.060,00	340.751,34	-5.308,66
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	21.697,44	39.900,00	14.185,39	-25.714,61
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.981.085,41	6.823.300,00	6.494.923,19	-328.376,81
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**24.147.314,19**	**8.633.185,00**	**8.379.773,54**	**-253.411,46**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**14.550.235,35**	**8.505.215,00**	**8.235.521,75**	**-269.693,25**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-9.597.078,84**	**-127.970,00**	**-144.251,79**	**-16.281,79**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**24.147.314,19**	**8.633.185,00**	**8.379.773,54**	**-253.411,46**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**14.550.235,35**	**8.505.215,00**	**8.235.521,75**	**-269.693,25**
25	27 Außerordentliche Erträge	-77,47	0	-187,70	-187,70
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	1.110,81	0,00	2.575,69	2.575,69
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**1.033,34**	**0,00**	**2.387,99**	**2.387,99**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**14.551.268,69**	**8.505.215,00**	**8.237.909,74**	**-267.305,26**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	3.900,00	0,00	-3.900,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**3.900,00**	**0,00**	**-3.900,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**14.551.268,69**	**8.509.115,00**	**8.237.909,74**	**-271.205,26**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 05

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-26.153,94	-19.200,00	-19.883,38	-683,38
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-547.459,49	-750.000,00	-220.525,22	529.474,78
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-5.710.393,48	-5.658.670,00	-5.712.689,66	-54.019,66
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	-653.118,99	-174.200,00	-986.620,86	-812.420,86
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-364.815,17	-300,00	-846.551,00	-846.251,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-305.891,00	-305.800,00	-494.619,62	-188.819,62
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-126.208,42	-49.130,00	-31.151,38	17.978,62
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-7.734.040,49**	**-6.957.300,00**	**-8.312.041,12**	**-1.354.741,12**
11	11 Personalaufwendungen	1.737.027,49	2.440.030,00	1.918.774,90	-521.255,10
12	12 Versorgungsaufwendungen	129.117,76	163.400,00	137.544,31	-25.855,69
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.197.572,45	4.404.241,00	5.415.817,59	1.011.576,59
14	14 Abschreibungen	467.585,94	374.400,00	545.076,45	170.676,45
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	182.576,93	250.880,00	232.597,56	-18.282,44
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	910.059,93	1.690.820,00	1.477.840,01	-212.979,99
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	356,50	400,00	353,00	-47,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**8.624.297,00**	**9.324.171,00**	**9.728.003,82**	**403.832,82**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**890.256,51**	**2.366.871,00**	**1.415.962,70**	**-950.908,30**
21	21 Finanzerträge	-161.892,79	-122.575,00	-157.372,69	-34.797,69
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**-161.892,79**	**-122.575,00**	**-157.372,69**	**-34.797,69**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-7.895.933,28**	**-7.079.875,00**	**-8.469.413,81**	**-1.389.538,81**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**8.624.297,00**	**9.324.171,00**	**9.728.003,82**	**403.832,82**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**728.363,72**	**2.244.296,00**	**1.258.590,01**	**-985.705,99**
25	27 Außerordentliche Erträge	-1.254,36	0,00	-16.407,60	-16.407,60
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	3,00	3,00
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-1.254,36**	**0,00**	**-16.404,60**	**-16.404,60**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**727.109,36**	**2.244.296,00**	**1.242.185,41**	**-1.002.110,59**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	23.800,00	0,00	-23.800,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**23.800,00**	**0,00**	**-23.800,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**727.109,36**	**2.268.096,00**	**1.242.185,41**	**-1.025.910,59**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 06

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.636.673,31	-1.374.410,00	-1.285.099,73	89.310,27
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-3.479.699,06	-5.100.645,00	-1.610.547,69	3.490.097,31
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	-3.726.643,79	-674.430,00	-4.349.835,05	-3.675.405,05
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-4.490.435,04	-5.977.460,00	-6.332.081,33	-354.621,33
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-219.764,00	-212.700,00	-239.312,00	-26.612,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-22.230,41	-12.400,00	-21.433,10	-9.033,10
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-13.575.445,61**	**-13.352.045,00**	**-13.838.308,90**	**-486.263,90**
11	11 Personalaufwendungen	16.492.235,83	18.395.860,00	17.542.779,48	-853.080,52
12	12 Versorgungsaufwendungen	1.133.219,66	1.197.300,00	1.172.084,54	-25.215,46
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.514.083,69	3.523.569,00	3.421.958,24	-101.610,76
14	14 Abschreibungen	996.907,95	688.000,00	1.056.213,81	368.213,81
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	6.774.292,54	7.127.301,00	7.071.432,68	-55.868,32
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	15.340.407,95	15.588.190,00	14.320.334,87	-1.267.855,13
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	266,00	400,00	266,00	-134,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**44.251.413,62**	**46.520.620,00**	**44.585.069,62**	**-1.935.550,38**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**30.675.968,01**	**33.168.575,00**	**30.746.760,72**	**-2.421.814,28**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-13.575.445,61**	**-13.352.045,00**	**-13.838.308,90**	**-486.263,90**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**44.251.413,62**	**46.520.620,00**	**44.585.069,62**	**-1.935.550,38**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**30.675.968,01**	**33.168.575,00**	**30.746.760,72**	**-2.421.814,28**
25	27 Außerordentliche Erträge	-2.739,20	0,00	-531.029,88	-531.029,88
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	112.732,99	0,00	12.253,06	12.253,06
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**109.993,79**	**0,00**	**-518.776,82**	**-518.776,82**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**30.785.961,80**	**33.168.575,00**	**30.227.983,90**	**-2.940.591,10**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-358.057,00	-420.734,00	0,00	420.734,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	986.499,00	1.138.453,00	0,00	-1.138.453,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**628.442,00**	**717.719,00**	**0,00**	**-717.719,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**31.414.403,80**	**33.886.294,00**	**30.227.983,90**	**-3.658.310,10**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 07

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	11 Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Abschreibungen	129.180,00	129.200,00	129.181,00	-19,00
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	28.910,58	30.000,00	28.910,58	-1.089,42
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**158.090,58**	**159.200,00**	**158.091,58**	**-1.108,42**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**158.090,58**	**159.200,00**	**158.091,58**	**-1.108,42**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	0,00	0,00	0,00	0,00
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**158.090,58**	**159.200,00**	**158.091,58**	**-1.108,42**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**158.090,58**	**159.200,00**	**158.091,58**	**-1.108,42**
25	27 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	1.623.079,23	0,00	1.631.165,67	1.631.165,67
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**1.623.079,23**	**0,00**	**1.631.165,67**	**1.631.165,67**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**1.781.169,81**	**159.200,00**	**1.789.257,25**	**1.630.057,25**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.781.169,81**	**159.200,00**	**1.789.257,25**	**1.630.057,25**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 08

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-17.462,17	-13.400,00	-41.992,35	-28.592,35
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-89.856,96	-98.700,00	-145.345,85	-46.645,85
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-3.067,20	-1.500,00	-3.849,09	-2.349,09
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-21.057,03	-30.500,00	-42.030,65	-11.530,65
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-46.309,43	-41.500,00	-48.522,00	-7.022,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-28.222,19	-16.600,00	-40.567,09	-23.967,09
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-205.974,98**	**-202.200,00**	**-322.307,03**	**-120.107,03**
11	11 Personalaufwendungen	1.199.581,46	1.227.679,87	1.237.594,72	9.914,85
12	12 Versorgungsaufwendungen	75.293,37	77.600,00	76.574,97	-1.025,03
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.360.588,50	1.390.765,52	1.228.807,81	-161.957,71
14	14 Abschreibungen	1.111.692,28	666.500,00	1.125.926,33	459.426,33
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	760.750,03	891.100,00	881.793,43	-9.306,57
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	208,55	5.000,00	44,99	-4.955,01
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	68.928,62	0,00	266.259,59	266.259,59
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**4.577.042,81**	**4.258.645,39**	**4.817.001,84**	**558.356,45**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**4.371.067,83**	**4.056.445,39**	**4.494.694,81**	**438.249,42**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	698,76	0,00	1,20	1,20
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**698,76**	**0,00**	**1,20**	**1,20**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-205.974,98**	**-202.200,00**	**-322.307,03**	**-120.107,03**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**4.577.741,57**	**4.258.645,39**	**4.817.003,04**	**558.357,65**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**4.371.766,59**	**4.056.445,39**	**4.494.696,01**	**438.250,62**
25	27 Außerordentliche Erträge	-84,03	0,00	-0,01	-0,01
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	2,00	0,00	1.449.928,17	1.449.928,17
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-82,03**	**0,00**	**1.449.928,16**	**1.449.928,16**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**4.371.684,56**	**4.056.445,39**	**5.944.624,17**	**1.888.178,78**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-7.817,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	57.700,00	0,00	-57.700,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-7.817,00**	**57.700,00**	**0,00**	**-57.700,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**4.363.867,56**	**4.114.145,39**	**5.944.624,17**	**1.830.478,78**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 09

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-26,55	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-440.618,65	-344.600,00	-471.269,00	-126.669,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-226,80		-226,80	-226,80
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-440.872,00**	**-344.600,00**	**-471.495,80**	**-126.895,80**
11	11 Personalaufwendungen	857.772,04	890.700,00	813.539,27	-77.160,73
12	12 Versorgungsaufwendungen	66.805,84	63.800,00	65.973,00	2.173,00
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	315.447,02	621.165,00	318.622,71	-302.542,29
14	14 Abschreibungen	683.185,73	557.000,00	686.969,81	129.969,81
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	330.634,12	336.760,00	336.760,00	0,00
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**2.253.844,75**	**2.469.425,00**	**2.221.864,79**	**-247.560,21**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.812.972,75**	**2.124.825,00**	**1.750.368,99**	**-374.456,01**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-440.872,00**	**-344.600,00**	**-471.495,80**	**-126.895,80**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**2.253.844,75**	**2.469.425,00**	**2.221.864,79**	**-247.560,21**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**1.812.972,75**	**2.124.825,00**	**1.750.368,99**	**-374.456,01**
25	27 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**1.812.972,75**	**2.124.825,00**	**1.750.368,99**	**-374.456,01**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.812.972,75**	**2.124.825,00**	**1.750.368,99**	**-374.456,01**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 10

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-200.460,20	-197.000,00	-199.166,80	-2.166,80
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-870.334,45	-570.000,00	-284.362,57	285.637,43
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-28.307,52	-20.000,00	-25.070,39	-5.070,39
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-595.597,25	-606.750,00	-576.225,24	30.524,76
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-1.694.699,42**	**-1.393.750,00**	**-1.084.825,00**	**308.925,00**
11	11 Personalaufwendungen	996.196,86	956.400,00	1.076.125,89	119.725,89
12	12 Versorgungsaufwendungen	76.803,06	76.600,00	84.143,36	7.543,36
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	605.617,43	685.705,00	483.050,50	-202.654,50
14	14 Abschreibungen	344.119,57	289.900,00	295.327,35	5.427,35
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	112.881,04	114.780,00	114.780,00	0,00
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**2.135.617,96**	**2.123.385,00**	**2.053.427,10**	**-69.957,90**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**440.918,54**	**729.635,00**	**968.602,10**	**238.967,10**
21	21 Finanzerträge	-937,28	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	-937,28	0,00	0,00	0,00
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-1.695.636,70**	**-1.393.750,00**	**-1.084.825,00**	**308.925,00**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**2.135.617,96**	**2.123.385,00**	**2.053.427,10**	**-69.957,90**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**439.981,26**	**729.635,00**	**968.602,10**	**238.967,10**
25	27 Außerordentliche Erträge	-386.840,26	0,00	-388.931,58	-388.931,58
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	164.229,01	0,00	1.504,10	1.504,10
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-222.611,25**	**0,00**	**-387.427,48**	**-387.427,48**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**217.370,01**	**729.635,00**	**581.174,62**	**-148.460,38**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen		31.400,00	0,00	-31.400,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**		**31.400,00**	**0,00**	**-31.400,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**217.370,01**	**761.035,00**	**581.174,62**	**-179.860,38**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 11

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.549.826,93	-8.505.000,00	-8.884.211,82	-379.211,82
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-2.808,05	0,00	-856,47	-856,47
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-349.450,04	-341.300,00	-351.676,53	-10.376,53
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-2.810.391,36	-2.534.000,00	-2.360.810,50	173.189,50
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-11.712.476,38**	**-11.380.300,00**	**-11.597.555,32**	**-217.255,32**
11	11 Personalaufwendungen	1.355.472,29	1.360.300,00	1.370.609,31	10.309,31
12	12 Versorgungsaufwendungen	94.469,70	94.700,00	97.221,83	2.521,83
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	743.618,48	960.415,00	648.443,11	-311.971,89
14	14 Abschreibungen	1.829.220,79	1.798.600,00	1.844.242,85	45.642,85
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	974.430,85	988.240,00	970.435,78	-17.804,22
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	3.108.651,09	3.000.000,00	3.142.455,31	142.455,31
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**8.105.863,20**	**8.202.255,00**	**8.073.408,19**	**-128.846,81**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**-3.606.613,18**	**-3.178.045,00**	**-3.524.147,13**	**-346.102,13**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-11.712.476,38**	**-11.380.300,00**	**-11.597.555,32**	**-217.255,32**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**8.105.863,20**	**8.202.255,00**	**8.073.408,19**	**-128.846,81**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**-3.606.613,18**	**-3.178.045,00**	**-3.524.147,13**	**-346.102,13**
25	27 Außerordentliche Erträge	-14,98	0,00	-6,03	-6,03
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	9.334,16	0,00	16,87	16,87
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**9.319,18**	**0,00**	**10,84**	**10,84**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**-3.597.294,00**	**-3.178.045,00**	**-3.524.136,29**	**-346.091,29**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	-420.000,00	-424.000,00	-4.000,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	205.731,00	2.436.090,00	424.000,00	-2.012.090,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**205.731,00**	**2.016.090,00**	**0,00**	**-2.016.090,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**-3.391.563,00**	**-1.161.955,00**	**-3.524.136,29**	**-2.362.181,29**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 12

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-46.303,55	-195.800,00	68.239,05	264.039,05
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-565.272,67	-530.000,00	-587.466,34	-57.466,34
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-170.171,00	-182.000,00	-200.300,30	-18.300,30
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-791.025,00	-812.000,00	-794.857,00	17.143,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-601.643,21	-533.400,00	-555.272,76	-21.872,76
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-184.561,33	-149.500,00	-192.521,26	-43.021,26
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-2.358.976,76**	**-2.402.700,00**	**-2.262.178,61**	**140.521,39**
11	11 Personalaufwendungen	70.022,20	68.800,00	52.914,24	-15.885,76
12	12 Versorgungsaufwendungen	4.941,54	4.800,00	5.111,07	311,07
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.105.636,47	3.699.970,00	2.611.849,63	-1.088.120,37
14	14 Abschreibungen	2.270.010,32	2.052.900,00	2.171.708,39	118.808,39
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	8.969.314,67	8.892.850,00	9.595.697,48	702.847,48
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	47.131,05	45.000,00	63.963,56	18.963,56
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**14.467.056,25**	**14.764.320,00**	**14.501.244,37**	**-263.075,63**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**12.108.079,49**	**12.361.620,00**	**12.239.065,76**	**-122.554,24**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-2.358.976,76**	**-2.402.700,00**	**-2.262.178,61**	**140.521,39**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**14.467.056,25**	**14.764.320,00**	**14.501.244,37**	**-263.075,63**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**12.108.079,49**	**12.361.620,00**	**12.239.065,76**	**-122.554,24**
25	27 Außerordentliche Erträge	-1.000,20	0,00	0,00	0,00
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-1.000,20**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**12.107.079,29**	**12.361.620,00**	**12.239.065,76**	**-122.554,24**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	14.000,00	0,00	-14.000,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**14.000,00**	**0,00**	**-14.000,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**12.107.079,29**	**12.375.620,00**	**12.239.065,76**	**-136.554,24**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 13

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-125.837,23	-87.555,00	-89.292,05	-1.737,05
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-561.619,55	-865.000,00	-410.682,05	454.317,95
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-181.978,51	-76.400,00	-48.126,29	28.273,71
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-3.557,00	-103.300,00	-474.910,35	-371.610,35
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-1.508,00	-100,00	-517,00	-417,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-51.441,56	-50.460,00	-70.486,80	-20.026,80
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-925.941,85**	**-1.182.815,00**	**-1.094.014,54**	**88.800,46**
11	11 Personalaufwendungen	1.122.189,63	1.034.300,00	1.079.515,35	45.215,35
12	12 Versorgungsaufwendungen	80.620,94	72.700,00	77.610,89	4.910,89
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	797.440,63	1.143.230,20	790.575,46	-352.654,74
14	14 Abschreibungen	533.246,08	501.400,00	546.654,41	45.254,41
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	3.286.846,86	3.360.960,00	3.363.904,02	2.944,02
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	63.949,38	4.680,00	40.144,04	35.464,04
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**5.884.293,52**	**6.117.270,20**	**5.898.404,17**	**-218.866,03**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**4.958.351,67**	**4.934.455,20**	**4.804.389,63**	**-130.065,57**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	288,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**288,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-925.941,85**	**-1.182.815,00**	**-1.094.014,54**	**88.800,46**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**5.884.581,52**	**6.117.270,20**	**5.898.404,17**	**-218.866,03**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**4.958.639,67**	**4.934.455,20**	**4.804.389,63**	**-130.065,57**
25	27 Außerordentliche Erträge	-11.665,10	0,00	-1.144,21	-1.144,21
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,99	0,99
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-11.665,10**	**0,00**	**-1.143,22**	**-1.143,22**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**4.946.974,57**	**4.934.455,20**	**4.803.246,41**	**-131.208,79**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	-212.000,00	-212.000,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	26.267,00	404.922,00	212.000,00	-192.922,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**26.267,00**	**192.922,00**	**0,00**	**-192.922,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**4.973.241,57**	**5.127.377,20**	**4.803.246,41**	**-324.130,79**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 14

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	11 Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	27 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 15

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.025,95	-3.600,00	-5.612,25	-2.012,25
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-14.988,11	-48.500,00	-42.880,93	5.619,07
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-88.168,03	-303.550,00	-306.663,19	-3.113,19
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-50.000,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-625,00	-600,00	-625,00	-25,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-193.662,64	-242.600,00	-199.600,86	42.999,14
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-351.469,73**	**-598.850,00**	**-555.382,23**	**43.467,77**
11	11 Personalaufwendungen	343.052,78	375.800,00	291.374,16	-84.425,84
12	12 Versorgungsaufwendungen	23.616,59	25.900,00	19.298,38	-6.601,62
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	867.832,20	834.395,59	851.182,98	16.787,39
14	14 Abschreibungen	114.843,55	98.800,00	117.438,86	18.638,86
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	823.217,44	782.230,00	778.979,60	-3.250,40
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	132.464,32	110.750,00	110.714,26	-35,74
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	30.000,00	15.000,00	0,00	-15.000,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**2.335.026,88**	**2.242.875,59**	**2.168.988,24**	**-73.887,35**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.983.557,15**	**1.644.025,59**	**1.613.606,01**	**-30.419,58**
21	21 Finanzerträge	-254.095,94	-195.540,00	0,00	195.540,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**-254.095,94**	**-195.540,00**	**0,00**	**195.540,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-605.565,67**	**-794.390,00**	**-555.382,23**	**239.007,77**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**2.335.026,88**	**2.242.875,59**	**2.168.988,24**	**-73.887,35**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**1.729.461,21**	**1.448.485,59**	**1.613.606,01**	**165.120,42**
25	27 Außerordentliche Erträge	-0,51	0,00	-339,56	-339,56
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	2.039.642,89	2.039.642,89
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-0,51**	**0,00**	**2.039.303,33**	**2.039.303,33**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**1.729.460,70**	**1.448.485,59**	**3.652.909,34**	**2.204.423,75**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	11.800,00	0,00	-11.800,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**11.800,00**	**0,00**	**-11.800,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.729.460,70**	**1.460.285,59**	**3.652.909,34**	**2.192.623,75**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 16

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-6.036,43	-32.000,00	0,00	32.000,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	-84.251.550,35	-87.110.000,00	-84.173.205,36	2.936.794,64
06	6 Erträge aus Transferleistungen	-2.107.122,61	-1.935.000,00	-2.128.704,00	-193.704,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-42.480.350,73	-44.661.000,00	-45.212.147,23	-551.147,23
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-972.380,00	-927.500,00	-1.031.003,03	-103.503,03
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-129.817.440,12**	**-134.665.500,00**	**-132.545.059,62**	**2.120.440,38**
11	11 Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Abschreibungen	111.138,36	0,00	103.250,96	103.250,96
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	26.707.479,11	29.581.200,00	28.687.344,97	-893.855,03
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**26.818.617,47**	**29.581.200,00**	**28.790.595,93**	**-790.604,07**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**-102.998.822,65**	**-105.084.300,00**	**-103.754.463,69**	**1.329.836,31**
21	21 Finanzerträge	-841.448,82	-103.000,00	-782.349,72	-679.349,72
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	9.894.631,91	8.004.672,71	8.165.448,06	160.775,35
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**9.053.183,09**	**7.901.672,71**	**7.383.098,34**	**-518.574,37**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-130.658.888,94**	**-134.768.500,00**	**-133.327.409,34**	**1.441.090,66**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**36.713.249,38**	**37.585.872,71**	**36.956.043,99**	**-629.828,72**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**-93.945.639,56**	**-97.182.627,29**	**-96.371.365,35**	**811.261,94**
25	27 Außerordentliche Erträge	-17.966,54	0,00	-55.047,99	-55.047,99
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	11,10	11,10
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-17.966,54**	**0,00**	**-55.036,89**	**-55.036,89**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**-93.963.606,10**	**-97.182.627,29**	**-96.426.402,24**	**756.225,05**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	-2.170.000,00	0,00	2.170.000,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**-2.170.000,00**	**0,00**	**2.170.000,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**-93.963.606,10**	**-99.352.627,29**	**-96.426.402,24**	**2.926.225,05**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

C. Gesamtfinanzrechnung

Teilfinanzrechnungen nach Produktbereichen

1

Gesamtfinanzrechnung 2018

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.090.284,49	566.795,00	412.847,15	-153.947,85
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.550.639,07	15.215.510,00	14.643.658,61	-571.851,39
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	13.158.162,65	13.602.395,00	10.845.215,81	-2.757.179,19
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	85.552.118,21	87.110.000,00	82.529.963,19	-4.580.036,81
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	4.797.910,26	2.783.630,00	6.742.759,44	3.959.129,44
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	53.615.128,80	52.558.575,00	55.134.656,98	2.576.081,98
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.364.325,87	573.595,00	1.016.136,28	442.541,28
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	4.703.005,52	3.964.590,00	4.965.338,99	1.000.748,99
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**182.831.574,87**	**176.375.090,00**	**176.290.576,45**	**-84.513,55**
10	10 Personalauszahlungen	-46.092.745,89	-49.531.924,04	-48.213.289,71	1.318.634,33
11	11 Versorgungsauszahlungen	-5.292.670,89	-5.565.500,00	-5.396.105,72	169.394,28
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-44.698.225,99	-33.234.642,72	-30.427.540,67	2.807.102,05
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-15.764.411,79	-17.334.410,00	-16.131.813,32	1.202.596,68
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-32.508.429,79	-32.937.518,71	-31.367.671,92	1.569.846,79
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-29.025.723,22	-32.753.450,00	-32.400.805,20	352.644,80
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-9.742.596,57	-8.004.672,71	-8.207.148,64	-202.475,93
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-250.587,29	-9.370,00	-104.611,15	-95.241,15
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-183.375.391,43**	**-179.371.488,18**	**-172.248.986,33**	**7.122.501,85**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-543.816,56**	**-2.996.398,18**	**4.041.590,12**	**7.037.988,30**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	4.180.991,32	9.067.000,00	5.622.908,14	-3.444.091,86
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	1.374.906,75	480.000,00	786.295,47	306.295,47
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	961.066,50	694.275,00	968.410,74	274.135,74
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**6.516.964,57**	**10.241.275,00**	**7.377.614,35**	**-2.863.660,65**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-7.909.479,28	-54.834.258,75	-3.970.497,00	50.863.761,75
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-16.297.036,18	0,00	-18.051.178,90	-18.051.178,90
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-2.566.900,40	-4.140.346,44	-2.339.984,85	1.800.361,59
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	-170.626,83	-120.000,00	-112.105,04	7.894,96
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-26.944.042,69**	**-59.094.605,19**	**-24.473.765,79**	**34.620.839,40**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-20.427.078,12**	**-48.853.330,19**	**-17.096.151,44**	**31.757.178,75**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-20.970.894,68**	**-51.849.728,37**	**-13.054.561,32**	**38.795.167,05**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	468.519.167,58	35.917.650,00	365.074.500,08	329.156.850,08
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	-445.864.714,43	-6.416.000,00	-351.267.508,84	-344.851.508,84
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**22.654.453,15**	**29.501.650,00**	**13.806.991,24**	**-15.694.658,76**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**1.683.558,47**	**-22.348.078,37**	**752.429,92**	**23.100.508,29**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**1.683.558,47**	**-22.348.078,37**	**752.429,92**	**23.100.508,29**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**1.683.558,47**	**-22.348.078,37**	**752.429,92**	**23.100.508,29**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	1.289.657,08	0,00	835.889,53	835.889,53
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-1.457.696,57	0,00	-2.364.770,30	-2.364.770,30
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**-168.039,49**	**0,00**	**-1.528.880,77**	**-1.528.880,77**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**788.679,06**	**-392.022.848,52**	**2.304.198,04**	**394.327.046,56**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**1.515.518,98**	**-22.348.078,37**	**-776.450,85**	**21.571.627,52**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**2.304.198,04**	**-414.370.926,89**	**1.527.747,19**	**415.898.674,08**

Gesamtfinanzrechnung 2018

(Buchungen auf das laufende Haushaltsjahr)

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.090.284,49	566.795,00	412.847,15	-153.947,85
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.550.639,07	15.215.510,00	14.643.658,61	-571.851,39
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	13.158.162,65	13.602.395,00	10.845.215,81	-2.757.179,19
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	85.552.118,21	87.110.000,00	82.529.963,19	-4.580.036,81
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	4.797.910,26	2.783.630,00	6.742.759,44	3.959.129,44
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	53.615.128,80	52.558.575,00	55.134.656,98	2.576.081,98
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.364.325,87	573.595,00	1.016.136,28	442.541,28
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	4.761.729,04	3.964.590,00	5.308.527,43	1.343.937,43
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**182.890.298,39**	**176.375.090,00**	**176.633.764,89**	**258.674,89**
10	10 Personalauszahlungen	-46.092.745,89	-49.517.985,00	-48.213.289,71	1.304.695,29
11	11 Versorgungsauszahlungen	-5.292.670,89	-5.565.500,00	-5.396.105,72	169.394,28
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-43.776.428,47	-33.216.436,00	-30.359.279,52	2.857.156,48
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-15.744.538,40	-17.334.410,00	-16.131.813,32	1.202.596,68
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-32.507.579,79	-32.935.320,00	-31.367.671,92	1.567.648,08
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-29.025.723,22	-32.753.450,00	-32.400.805,20	352.644,80
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-9.742.596,57	-8.011.700,00	-8.207.148,64	-195.448,64
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-232.217,95	-9.370,00	-136.947,61	-127.577,61
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-182.414.501,18**	**-179.344.171,00**	**-172.213.061,64**	**7.131.109,36**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**475.797,21**	**-2.969.081,00**	**4.420.703,25**	**7.389.784,25**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	4.180.991,32	9.067.000,00	5.622.908,14	-3.444.091,86
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	1.374.906,75	480.000,00	786.295,47	306.295,47
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	961.066,50	694.275,00	968.410,74	274.135,74
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**6.516.964,57**	**10.241.275,00**	**7.377.614,35**	**-2.863.660,65**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-7.279.306,70	-42.814.500,00	-3.924.668,08	38.889.831,92
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-13.441.217,18	0,00	-16.719.882,92	-16.719.882,92
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-2.390.176,93	-3.474.425,00	-2.064.447,55	1.409.977,45
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	-170.626,83	-120.000,00	-112.105,04	7.894,96
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-23.281.327,64**	**-46.408.925,00**	**-22.821.103,59**	**23.587.821,41**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-16.764.363,07**	**-36.167.650,00**	**-15.443.489,24**	**20.724.160,76**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-16.288.565,86**	**-39.136.731,00**	**-11.022.785,99**	**28.113.945,01**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	468.519.167,58	35.917.650,00	365.074.500,08	329.156.850,08
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	-445.864.714,43	-6.416.000,00	-351.267.508,84	-344.851.508,84
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**22.654.453,15**	**29.501.650,00**	**13.806.991,24**	**-15.694.658,76**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**6.365.887,29**	**-9.635.081,00**	**2.784.205,25**	**12.419.286,25**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**6.365.887,29**	**-9.635.081,00**	**2.784.205,25**	**12.419.286,25**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**6.365.887,29**	**-9.635.081,00**	**2.784.205,25**	**12.419.286,25**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	1.289.657,08	0,00	835.889,53	835.889,53
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-1.196.789,95	0,00	-2.201.578,33	-2.201.578,33
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**92.867,13**	**0,00**	**-1.365.688,80**	**-1.365.688,80**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**21.339.793,63**	**-269.181.657,00**	**27.798.548,05**	**296.980.205,05**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**6.458.754,42**	**-9.635.081,00**	**1.418.516,45**	**11.053.597,45**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**27.798.548,05**	**-278.816.738,00**	**29.217.064,50**	**308.033.802,50**

Gesamtfinanzrechnung 2018

(Buchungen auf Haushaltsreste)

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	0,00	0,00	0,00	0,00
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	10 Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	11 Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-921.797,52	-20.000,00	-59.131,02	-39.131,02
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-19.873,39	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-850,00	0,00	0,00	0,00
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-942.520,91**	**-20.000,00**	**-59.131,02**	**-39.131,02**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-942.520,91**	**-20.000,00**	**-59.131,02**	**-39.131,02**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-630.172,58	-12.019.758,75	-45.828,92	11.973.929,83
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.855.819,00	0,00	-1.331.295,98	-1.331.295,98
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-176.723,47	-655.338,23	-275.537,30	379.800,93
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-3.662.715,05**	**-12.675.096,98**	**-1.652.662,20**	**11.022.434,78**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-3.662.715,05**	**-12.675.096,98**	**-1.652.662,20**	**11.022.434,78**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-4.605.235,96**	**-12.695.096,98**	**-1.711.793,22**	**10.983.303,76**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	0,00	0,00	0,00	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-4.605.235,96**	**-12.695.096,98**	**-1.711.793,22**	**10.983.303,76**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-4.605.235,96**	**-12.695.096,98**	**-1.711.793,22**	**10.983.303,76**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-4.605.235,96**	**-12.695.096,98**	**-1.711.793,22**	**10.983.303,76**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-260.906,62	0,00	-163.191,97	-163.191,97
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**-260.906,62**	**0,00**	**-163.191,97**	**-163.191,97**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-20.546.056,69**	**-120.853.036,84**	**-25.412.199,27**	**95.440.837,57**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-4.866.142,58**	**-12.695.096,98**	**-1.874.985,19**	**10.820.111,79**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-25.412.199,27**	**-133.548.133,82**	**-27.287.184,46**	**106.260.949,36**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 01

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	39.723,87	40.220,00	41.423,63	1.203,63
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	78.912,16	101.650,00	84.600,43	-17.049,57
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	782.029,80	535.730,00	656.591,09	120.861,09
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	37.908,04	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	53.368,38	105.000,00	96.246,86	-8.753,14
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	131.803,68	152.480,00	148.960,07	-3.519,93
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	44.313,29	3.800,00	20.170,58	16.370,58
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**1.168.059,22**	**938.880,00**	**1.047.992,66**	**109.112,66**
10	10 Personalauszahlungen	-28.837.982,24	-12.861.154,17	-30.046.589,72	-17.185.435,55
11	11 Versorgungsauszahlungen	-2.809.561,35	-2.939.100,00	-2.788.075,66	151.024,34
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.215.425,71	-5.150.610,83	-3.290.934,99	1.859.675,84
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	-2.500,00	-2.500,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-50.606,17	-61.077,29	-51.586,11	9.491,18
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-13.133,68	-14.500,00	-14.462,61	37,39
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-196,64	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-3.133,48	-3.690,00	-2.431,48	1.258,52
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-34.930.039,27**	**-21.032.632,29**	**-36.196.580,57**	**-15.163.948,28**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-33.761.980,05**	**-20.093.752,29**	**-35.148.587,91**	**-15.054.835,62**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	800,00	0,00	2.299,34	2.299,34
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	300,00	0,00	55,00	55,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	10.000,00	10.000,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.100,00**	**0,00**	**12.354,34**	**12.354,34**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-8.756,96	0,00	0,00	0,00
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-17.802,40	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-318.300,54	-1.002.370,93	-265.109,82	737.261,11
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	-115.376,83	-120.000,00	-112.105,04	7.894,96
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-460.236,73**	**-1.122.370,93**	**-377.214,86**	**745.156,07**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-459.136,73**	**-1.122.370,93**	**-364.860,52**	**757.510,41**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-34.221.116,78**	**-21.216.123,22**	**-35.513.448,43**	**-14.297.325,21**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-34.221.116,78**	**-21.216.123,22**	**-35.513.448,43**	**-14.297.325,21**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-34.221.116,78**	**-21.216.123,22**	**-35.513.448,43**	**-14.297.325,21**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-34.221.116,78**	**-21.216.123,22**	**-35.513.448,43**	**-14.297.325,21**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	1.406,39	0,00	1.649,50	1.649,50
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-1.073,64	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**332,75**	**0,00**	**1.649,50**	**1.649,50**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-225.480.510,35**	**-174.722.794,78**	**-259.701.294,38**	**-84.978.499,60**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-34.220.784,03**	**-21.216.123,22**	**-35.511.798,93**	**-14.295.675,71**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-259.701.294,38**	**-195.938.918,00**	**-295.213.093,31**	**-99.274.175,31**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 02

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.626,83	6.520,00	13.193,57	6.673,57
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.778.273,28	2.016.250,00	1.940.685,23	-75.564,77
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	149.779,84	83.600,00	116.670,32	33.070,32
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	83.067,77	83.055,00	82.969,33	-85,67
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	125,50	125,50
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	12.148,56	4.050,00	10.340,15	6.290,15
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**2.031.896,28**	**2.193.475,00**	**2.163.984,10**	**-29.490,90**
10	10 Personalauszahlungen	-4.745.523,93	-5.138.600,00	-5.102.826,32	35.773,68
11	11 Versorgungsauszahlungen	-511.213,26	-547.100,00	-537.510,80	9.589,20
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.388.335,17	-1.548.223,70	-1.329.330,61	218.893,09
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-417.825,51	-434.801,30	-457.445,81	-22.644,51
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-1.867,17	-2.000,00	-1.914,78	85,22
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-983,50	0,00	-1.066,00	-1.066,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-7.065.748,54**	**-7.670.725,00**	**-7.430.094,32**	**240.630,68**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-5.033.852,26**	**-5.477.250,00**	**-5.266.110,22**	**211.139,78**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	30.019,87	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	9.516,00	0,00	780,00	780,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**39.535,87**	**0,00**	**780,00**	**780,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-32.196,85	-334.683,81	-8.119,34	326.564,47
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-539.314,06	-719.023,00	-167.579,11	551.443,89
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-571.510,91**	**-1.053.706,81**	**-175.698,45**	**878.008,36**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-531.975,04**	**-1.053.706,81**	**-174.918,45**	**878.788,36**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-5.565.827,30**	**-6.530.956,81**	**-5.441.028,67**	**1.089.928,14**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-5.565.827,30**	**-6.530.956,81**	**-5.441.028,67**	**1.089.928,14**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-5.565.827,30**	**-6.530.956,81**	**-5.441.028,67**	**1.089.928,14**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-5.565.827,30**	**-6.530.956,81**	**-5.441.028,67**	**1.089.928,14**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	101.018,52	0,00	93.791,89	93.791,89
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-149.807,27	0,00	-57.662,18	-57.662,18
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**-48.788,75**	**0,00**	**36.129,71**	**36.129,71**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-39.089.994,37**	**-51.245.491,39**	**-44.704.610,42**	**6.540.880,97**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-5.614.616,05**	**-6.530.956,81**	**-5.404.898,96**	**1.126.057,85**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-44.704.610,42**	**-57.776.448,20**	**-50.109.509,38**	**7.666.938,82**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 03

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	67.427,90	67.427,90
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	327.992,10	340.000,00	362.215,38	22.215,38
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.677.998,97	1.608.300,00	1.206.221,89	-402.078,11
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	754.642,45	693.190,00	781.825,59	88.635,59
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	38.090,29	29.600,00	95.853,04	66.253,04
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**2.798.723,81**	**2.671.090,00**	**2.513.543,80**	**-157.546,20**
10	10 Personalauszahlungen	-3.909.202,13	-4.178.300,00	-4.552.370,00	-374.070,00
11	11 Versorgungsauszahlungen	-251.857,35	-261.100,00	-290.039,85	-28.939,85
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-8.815.248,13	-8.593.326,88	-9.440.009,09	-846.682,21
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-480,00	-8.000,00	0,00	8.000,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-2.495.135,55	-2.482.179,12	-933.691,78	1.548.487,34
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-198,00	-200,00	-198,00	2,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-15.472.121,16**	**-15.523.106,00**	**-15.216.308,72**	**306.797,28**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-12.673.397,35**	**-12.852.016,00**	**-12.702.764,92**	**149.251,08**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	774.970,87	1.860.000,00	166.724,03	-1.693.275,97
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**774.970,87**	**1.860.000,00**	**166.724,03**	**-1.693.275,97**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-319.599,28	-24.489.390,64	-485.541,70	24.003.848,94
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.450.459,75	0,00	-12.280.758,92	-12.280.758,92
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-1.149.019,96	-281.249,00	-568.398,01	-287.149,01
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-8.919.078,99**	**-24.770.639,64**	**-13.334.698,63**	**11.435.941,01**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-8.144.108,12**	**-22.910.639,64**	**-13.167.974,60**	**9.742.665,04**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-20.817.505,47**	**-35.762.655,64**	**-25.870.739,52**	**9.891.916,12**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	0,00	0,00	0,00	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-20.817.505,47**	**-35.762.655,64**	**-25.870.739,52**	**9.891.916,12**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-20.817.505,47**	**-35.762.655,64**	**-25.870.739,52**	**9.891.916,12**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-20.817.505,47**	**-35.762.655,64**	**-25.870.739,52**	**9.891.916,12**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	18.270,00	0,00	18.125,00	18.125,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-18.020,00	0,00	-18.125,00	-18.125,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**250,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-110.922.848,47**	**-180.285.008,88**	**-131.740.103,94**	**48.544.904,94**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-20.817.255,47**	**-35.762.655,64**	**-25.870.739,52**	**9.891.916,12**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-131.740.103,94**	**-216.047.664,52**	**-157.610.843,46**	**58.436.821,06**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 04

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.643.161,23	3.500,00	71.413,21	67.913,21
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.259,99	16.000,00	16.310,50	310,50
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	103.364,62	0,00	12.962,33	12.962,33
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	4.910.292,03	94.270,00	99.038,33	4.768,33
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	79,43	0,00	35,50	35,50
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	377.340,12	14.200,00	19.924,30	5.724,30
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**9.050.497,42**	**127.970,00**	**219.684,17**	**91.714,17**
10	10 Personalauszahlungen	-609.705,62	-604.000,00	-665.796,95	-61.796,95
11	11 Versorgungsauszahlungen	-35.150,47	-41.400,00	-45.836,66	-4.436,66
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-14.988.175,28	-679.025,00	-959.087,31	-280.062,31
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-21.697,44	-39.900,00	-8.972,27	30.927,73
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-6.813.726,20	-7.169.360,00	-6.987.874,01	181.485,99
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-417,31	0,00	-31.558,22	-31.558,22
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-22.468.872,32**	**-8.533.685,00**	**-8.699.125,42**	**-165.440,42**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-13.418.374,90**	**-8.405.715,00**	**-8.479.441,25**	**-73.726,25**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	2.366.213,35	2.525.000,00	1.725.018,00	-799.982,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.366.213,35**	**2.525.000,00**	**1.725.018,00**	**-799.982,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-5.000.729,76	-2.376.290,38	-1.009.165,55	1.367.124,83
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.895,39	0,00	-98.991,36	-98.991,36
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-11.159,56	-19.750,00	-40.446,45	-20.696,45
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-5.013.784,71**	**-2.396.040,38**	**-1.148.603,36**	**1.247.437,02**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-2.647.571,36**	**128.959,62**	**576.414,64**	**447.455,02**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-16.065.946,26**	**-8.276.755,38**	**-7.903.026,61**	**373.728,77**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	6.000.600,00	0,00	6.530.000,00	6.530.000,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**6.000.600,00**	**0,00**	**6.530.000,00**	**6.530.000,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-10.065.346,26**	**-8.276.755,38**	**-1.373.026,61**	**6.903.728,77**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-10.065.346,26**	**-8.276.755,38**	**-1.373.026,61**	**6.903.728,77**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-10.065.346,26**	**-8.276.755,38**	**-1.373.026,61**	**6.903.728,77**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	849.735,81	0,00	247.185,36	247.185,36
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-16.788,20	0,00	2.953,40	2.953,40
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**832.947,61**	**0,00**	**250.138,76**	**250.138,76**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-19.983.486,38**	**-46.028.500,23**	**-29.215.885,03**	**16.812.615,20**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-9.232.398,65**	**-8.276.755,38**	**-1.122.887,85**	**7.153.867,53**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-29.215.885,03**	**-54.305.255,61**	**-30.338.772,88**	**23.966.482,73**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 05

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	26.422,00	19.200,00	20.159,52	959,52
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	501.607,99	750.000,00	216.737,77	-533.262,23
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	4.759.928,38	5.658.670,00	5.658.662,96	-7,04
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	113.761,25	174.200,00	125.286,67	-48.913,33
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	-1.735,83	300,00	1.128.447,00	1.128.147,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	161.741,09	122.575,00	157.369,77	34.794,77
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	426.580,47	299.130,00	371.619,49	72.489,49
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**5.988.305,35**	**7.024.075,00**	**7.678.283,18**	**654.208,18**
10	10 Personalauszahlungen	-1.737.525,81	-2.440.030,00	-1.920.414,67	519.615,33
11	11 Versorgungsauszahlungen	-129.117,76	-163.400,00	-137.544,31	25.855,69
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.118.204,85	-4.404.241,00	-5.198.741,45	-794.500,45
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-991.041,49	-1.690.820,00	-1.521.417,96	169.402,04
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-165.320,06	-250.880,00	-221.301,61	29.578,39
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-356,50	-400,00	-353,00	47,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-8.141.566,47**	**-8.949.771,00**	**-8.999.773,00**	**-50.002,00**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-2.153.261,12**	**-1.925.696,00**	**-1.321.489,82**	**604.206,18**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	697.023,15	694.275,00	694.193,38	-81,62
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**697.023,15**	**694.275,00**	**694.193,38**	**-81,62**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-21.012,81	-650.860,00	-402.146,51	248.713,49
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-21.012,81**	**-650.860,00**	**-402.146,51**	**248.713,49**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**676.010,34**	**43.415,00**	**292.046,87**	**248.631,87**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-1.477.250,78**	**-1.882.281,00**	**-1.029.442,95**	**852.838,05**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-1.477.250,78**	**-1.882.281,00**	**-1.029.442,95**	**852.838,05**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-1.477.250,78**	**-1.882.281,00**	**-1.029.442,95**	**852.838,05**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-1.477.250,78**	**-1.882.281,00**	**-1.029.442,95**	**852.838,05**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	8.728,84	0,00	4.059,49	4.059,49
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-9.523,15	0,00	-3.151,97	-3.151,97
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**-794,31**	**0,00**	**907,52**	**907,52**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-4.035.804,16**	**-4.986.874,81**	**-5.513.849,25**	**-526.974,44**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-1.478.045,09**	**-1.882.281,00**	**-1.028.535,43**	**853.745,57**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-5.513.849,25**	**-6.869.155,81**	**-6.542.384,68**	**326.771,13**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 06

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.610.684,89	1.374.410,00	1.283.901,95	-90.508,05
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	5.408.834,44	5.100.645,00	2.721.721,32	-2.378.923,68
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	2.577.026,40	674.430,00	4.488.768,77	3.814.338,77
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	4.524.046,77	5.975.960,00	6.369.472,81	393.512,81
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	-3,00	-3,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	23.727,59	13.900,00	562.019,44	548.119,44
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**14.144.320,09**	**13.139.345,00**	**15.425.881,29**	**2.286.536,29**
10	10 Personalauszahlungen	-16.528.080,19	-18.395.860,00	-17.588.511,94	807.348,06
11	11 Versorgungsauszahlungen	-1.133.219,66	-1.197.300,00	-1.171.164,94	26.135,06
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.456.197,33	-3.523.569,00	-3.355.601,31	167.967,69
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-14.750.984,31	-15.588.190,00	-14.598.878,10	989.311,90
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-6.504.299,12	-7.127.301,00	-6.834.178,90	293.122,10
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-79.997,63	-400,00	-45.119,06	-44.719,06
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-42.452.778,24**	**-45.832.620,00**	**-43.593.454,25**	**2.239.165,75**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-28.308.458,15**	**-32.693.275,00**	**-28.167.572,96**	**4.525.702,04**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	34.722,00	827.000,00	674.828,00	-152.172,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**34.722,00**	**827.000,00**	**674.828,00**	**-152.172,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-97.712,15	-7.824.723,78	-24.372,04	7.800.351,74
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.476.568,78	0,00	-2.569.884,72	-2.569.884,72
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-316.750,40	-709.720,00	-499.045,40	210.674,60
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-1.891.031,33**	**-8.534.443,78**	**-3.093.302,16**	**5.441.141,62**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-1.856.309,33**	**-7.707.443,78**	**-2.418.474,16**	**5.288.969,62**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-30.164.767,48**	**-40.400.718,78**	**-30.586.047,12**	**9.814.671,66**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-30.164.767,48**	**-40.400.718,78**	**-30.586.047,12**	**9.814.671,66**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-30.164.767,48**	**-40.400.718,78**	**-30.586.047,12**	**9.814.671,66**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-30.164.767,48**	**-40.400.718,78**	**-30.586.047,12**	**9.814.671,66**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-207.086.231,57**	**-276.299.065,55**	**-237.250.999,05**	**39.048.066,50**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-30.164.767,48**	**-40.400.718,78**	**-30.586.047,12**	**9.814.671,66**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-237.250.999,05**	**-316.699.784,33**	**-267.837.046,17**	**48.862.738,16**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 07

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	0,00	0,00	0,00	0,00
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	10 Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	11 Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-14.455,29	-30.000,00	-43.365,87	-13.365,87
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-57.821,16**	**-30.000,00**	**-72.276,45**	**-42.276,45**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-72.276,45**	**-60.000,00**	**-115.642,32**	**-55.642,32**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 08

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	17.669,94	13.400,00	16.679,83	3.279,83
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	90.161,01	98.700,00	142.580,49	43.880,49
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	3.755,19	1.500,00	3.067,20	1.567,20
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	21.050,00	30.500,00	36.853,33	6.353,33
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	32.217,53	16.600,00	49.215,62	32.615,62
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**164.853,67**	**160.700,00**	**248.396,47**	**87.696,47**
10	10 Personalauszahlungen	-1.199.773,46	-1.227.679,87	-1.227.709,22	-29,35
11	11 Versorgungsauszahlungen	-75.293,37	-77.600,00	-76.574,97	1.025,03
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.311.734,78	-1.390.765,52	-1.127.498,52	263.267,00
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-208,55	-5.000,00	-44,99	4.955,01
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-222.936,84	-891.100,00	-138.598,99	752.501,01
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-698,76	0,00	-1,20	-1,20
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-2,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-2.810.647,76**	**-3.592.145,39**	**-2.570.427,89**	**1.021.717,50**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-2.645.794,09**	**-3.431.445,39**	**-2.322.031,42**	**1.109.413,97**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	57.777,43	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	500.084,03	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**557.861,46**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-11.777,43	-4.818.884,44	-4.100,00	4.814.784,44
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-6.980.435,07	0,00	-3.068.386,42	-3.068.386,42
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-9.684,55	-343.260,00	-6.094,39	337.165,61
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-7.001.897,05**	**-5.162.144,44**	**-3.078.580,81**	**2.083.563,63**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-6.444.035,59**	**-5.162.144,44**	**-3.078.580,81**	**2.083.563,63**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-9.089.829,68**	**-8.593.589,83**	**-5.400.612,23**	**3.192.977,60**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-9.089.829,68**	**-8.593.589,83**	**-5.400.612,23**	**3.192.977,60**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-9.089.829,68**	**-8.593.589,83**	**-5.400.612,23**	**3.192.977,60**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-9.089.829,68**	**-8.593.589,83**	**-5.400.612,23**	**3.192.977,60**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	2.866,93	0,00	29.068,78	29.068,78
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-1.187.368,35	0,00	-541.984,14	-541.984,14
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**-1.184.501,42**	**0,00**	**-512.915,36**	**-512.915,36**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-35.774.362,23**	**-72.472.469,83**	**-46.048.693,33**	**26.423.776,50**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-10.274.331,10**	**-8.593.589,83**	**-5.913.527,59**	**2.680.062,24**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-46.048.693,33**	**-81.066.059,66**	**-51.962.220,92**	**29.103.838,74**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 09

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	26,55	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	226,80	0,00	226,80	226,80
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**253,35**	**0,00**	**226,80**	**226,80**
10	10 Personalauszahlungen	-857.772,04	-890.700,00	-813.539,27	77.160,73
11	11 Versorgungsauszahlungen	-66.805,84	-63.800,00	-65.973,00	-2.173,00
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-288.895,50	-621.165,00	-345.120,64	276.044,36
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	0,00	-336.760,00	0,00	336.760,00
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-1.213.473,38**	**-1.912.425,00**	**-1.224.632,91**	**687.792,09**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-1.213.220,03**	**-1.912.425,00**	**-1.224.406,11**	**688.018,89**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	379.386,65	0,00	280.000,00	280.000,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**379.386,65**	**0,00**	**280.000,00**	**280.000,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	0,00	-394.000,00	-119.934,76	274.065,24
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-459,82	-289.287,30	-283.040,96	6.246,34
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-459,82**	**-683.287,30**	**-402.975,72**	**280.311,58**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**378.926,83**	**-683.287,30**	**-122.975,72**	**560.311,58**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-834.293,20**	**-2.595.712,30**	**-1.347.381,83**	**1.248.330,47**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-834.293,20**	**-2.595.712,30**	**-1.347.381,83**	**1.248.330,47**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-834.293,20**	**-2.595.712,30**	**-1.347.381,83**	**1.248.330,47**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-834.293,20**	**-2.595.712,30**	**-1.347.381,83**	**1.248.330,47**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-14.362.279,47**	**-45.890.165,63**	**-15.196.572,67**	**30.693.592,96**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-834.293,20**	**-2.595.712,30**	**-1.347.381,83**	**1.248.330,47**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-15.196.572,67**	**-48.485.877,93**	**-16.543.954,50**	**31.941.923,43**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 10

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	200.091,20	197.000,00	198.521,37	1.521,37
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	919.354,53	570.000,00	266.930,59	-303.069,41
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	28.307,52	20.000,00	25.929,35	5.929,35
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	937,28	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	572.396,74	606.750,00	592.844,10	-13.905,90
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**1.721.087,27**	**1.393.750,00**	**1.084.225,41**	**-309.524,59**
10	10 Personalauszahlungen	-996.196,86	-956.400,00	-1.076.125,89	-119.725,89
11	11 Versorgungsauszahlungen	-76.803,06	-76.600,00	-84.143,36	-7.543,36
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-564.579,23	-685.705,00	-551.032,22	134.672,78
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	0,00	-114.780,00	0,00	114.780,00
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-1.637.579,15**	**-1.833.485,00**	**-1.711.301,47**	**122.183,53**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**83.508,12**	**-439.735,00**	**-627.076,06**	**-187.341,06**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	865.006,72	480.000,00	785.460,47	305.460,47
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**865.006,72**	**480.000,00**	**785.460,47**	**305.460,47**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-208.808,96	-2.750.000,00	-224.988,50	2.525.011,50
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-222,53	-39.327,00	-13.074,64	26.252,36
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	-55.250,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-264.281,49**	**-2.789.327,00**	**-238.063,14**	**2.551.263,86**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**600.725,23**	**-2.309.327,00**	**547.397,33**	**2.856.724,33**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**684.233,35**	**-2.749.062,00**	**-79.678,73**	**2.669.383,27**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**684.233,35**	**-2.749.062,00**	**-79.678,73**	**2.669.383,27**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**684.233,35**	**-2.749.062,00**	**-79.678,73**	**2.669.383,27**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**684.233,35**	**-2.749.062,00**	**-79.678,73**	**2.669.383,27**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	18.200,00	18.200,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	-1.000,00	-1.000,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**0,00**	**0,00**	**17.200,00**	**17.200,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**14.511.296,16**	**5.328.736,37**	**15.195.529,51**	**9.866.793,14**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**684.233,35**	**-2.749.062,00**	**-62.478,73**	**2.686.583,27**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**15.195.529,51**	**2.579.674,37**	**15.133.050,78**	**12.553.376,41**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 11

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	8.818.431,09	8.505.000,00	8.825.322,85	320.322,85
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.848,93	0,00	2.015,42	2.015,42
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	2.619.635,61	2.534.000,00	2.711.548,49	177.548,49
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**11.439.915,63**	**11.039.000,00**	**11.538.886,76**	**499.886,76**
10	10 Personalauszahlungen	-1.355.472,29	-1.360.300,00	-1.371.283,33	-10.983,33
11	11 Versorgungsauszahlungen	-94.469,70	-94.700,00	-97.221,83	-2.521,83
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-746.871,56	-960.415,00	-669.816,75	290.598,25
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	0,00	-988.240,00	-142.077,67	846.162,33
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-2.862.892,44	-3.000.000,00	-3.119.451,09	-119.451,09
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-5.059.705,99**	**-6.403.655,00**	**-5.399.850,67**	**1.003.804,33**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**6.380.209,64**	**4.635.345,00**	**6.139.036,09**	**1.503.691,09**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	180.881,04	0,00	101.573,10	101.573,10
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**180.881,04**	**0,00**	**101.573,10**	**101.573,10**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-1.024.863,23	-3.815.429,44	-466.624,62	3.348.804,82
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-96.706,30	0,00	-20.356,58	-20.356,58
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-6.387,67	-10.000,00	-12.296,29	-2.296,29
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-1.127.957,20**	**-3.825.429,44**	**-499.277,49**	**3.326.151,95**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-947.076,16**	**-3.825.429,44**	**-397.704,39**	**3.427.725,05**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**5.433.133,48**	**809.915,56**	**5.741.331,70**	**4.931.416,14**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**5.433.133,48**	**809.915,56**	**5.741.331,70**	**4.931.416,14**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**5.433.133,48**	**809.915,56**	**5.741.331,70**	**4.931.416,14**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**5.433.133,48**	**809.915,56**	**5.741.331,70**	**4.931.416,14**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	10.000,00	10.000,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**0,00**	**0,00**	**10.000,00**	**10.000,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**22.899.141,08**	**-2.237.698,86**	**28.332.274,56**	**30.569.973,42**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**5.433.133,48**	**809.915,56**	**5.751.331,70**	**4.941.416,14**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**28.332.274,56**	**-1.427.783,30**	**34.083.606,26**	**35.511.389,56**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 12

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	49.445,06	195.800,00	-82.047,52	-277.847,52
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	549.590,74	530.000,00	579.727,82	49.727,82
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	135.520,00	182.000,00	200.284,00	18.284,00
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	791.025,00	812.000,00	794.857,00	-17.143,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	209.363,32	149.500,00	180.870,45	31.370,45
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**1.734.944,12**	**1.869.300,00**	**1.673.691,75**	**-195.608,25**
10	10 Personalauszahlungen	-70.022,20	-68.800,00	-52.914,24	15.885,76
11	11 Versorgungsauszahlungen	-4.941,54	-4.800,00	-5.111,07	-311,07
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.187.359,41	-3.699.970,00	-2.573.774,84	1.126.195,16
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-6.162.405,75	-8.892.850,00	-5.734.304,50	3.158.545,50
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-47.131,05	-45.000,00	-63.963,56	-18.963,56
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-9.471.859,95**	**-12.711.420,00**	**-8.430.068,21**	**4.281.351,79**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-7.736.915,83**	**-10.842.120,00**	**-6.756.376,46**	**4.085.743,54**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	149.741,31	255.000,00	70.610,40	-184.389,60
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**149.741,31**	**255.000,00**	**70.610,40**	**-184.389,60**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-699.622,29	-7.263.546,72	-1.401.620,03	5.861.926,69
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-273.168,49	0,00	-12.800,90	-12.800,90
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	0,00	0,00	-13.817,69	-13.817,69
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-972.790,78**	**-7.263.546,72**	**-1.428.238,62**	**5.835.308,10**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-823.049,47**	**-7.008.546,72**	**-1.357.628,22**	**5.650.918,50**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-8.559.965,30**	**-17.850.666,72**	**-8.114.004,68**	**9.736.662,04**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-8.559.965,30**	**-17.850.666,72**	**-8.114.004,68**	**9.736.662,04**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-8.559.965,30**	**-17.850.666,72**	**-8.114.004,68**	**9.736.662,04**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-8.559.965,30**	**-17.850.666,72**	**-8.114.004,68**	**9.736.662,04**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	181.198,47	0,00	284.155,91	284.155,91
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-170.550,12	0,00	-164.292,90	-164.292,90
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**10.648,35**	**0,00**	**119.863,01**	**119.863,01**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-69.216.299,84**	**-122.541.401,61**	**-77.765.616,79**	**44.775.784,82**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-8.549.316,95**	**-17.850.666,72**	**-7.994.141,67**	**9.856.525,05**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-77.765.616,79**	**-140.392.068,33**	**-85.759.758,46**	**54.632.309,87**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 13

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	100.900,06	87.555,00	60.199,14	-27.355,86
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	842.618,96	865.000,00	897.096,59	32.096,59
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	75.573,93	76.400,00	42.586,65	-33.813,35
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	7.114,00	103.300,00	474.707,00	371.407,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	13,00	13,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	51.441,76	50.460,00	67.801,98	17.341,98
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**1.077.648,71**	**1.182.715,00**	**1.542.404,36**	**359.689,36**
10	10 Personalauszahlungen	-1.122.189,63	-1.034.300,00	-1.079.515,35	-45.215,35
11	11 Versorgungsauszahlungen	-80.620,94	-72.700,00	-77.610,89	-4.910,89
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-787.795,65	-1.143.230,20	-757.855,52	385.374,68
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-9.544.729,72	-3.360.960,00	-9.727.297,07	-6.366.337,07
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	-288,00	-288,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-129.917,25	-4.680,00	-78.312,87	-73.632,87
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-11.665.253,19**	**-5.615.870,20**	**-11.720.879,70**	**-6.105.009,50**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-10.587.604,48**	**-4.433.155,20**	**-10.178.475,34**	**-5.745.320,14**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	30.338,80	0,00	1.500,00	1.500,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**30.338,80**	**0,00**	**1.500,00**	**1.500,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-458.056,55	-767.309,54	-224.813,43	542.496,11
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-4.048,38	-17.819,80	-16.870,68	949,12
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-462.104,93**	**-785.129,34**	**-241.684,11**	**543.445,23**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-431.766,13**	**-785.129,34**	**-240.184,11**	**544.945,23**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-11.019.370,61**	**-5.218.284,54**	**-10.418.659,45**	**-5.200.374,91**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-11.019.370,61**	**-5.218.284,54**	**-10.418.659,45**	**-5.200.374,91**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-11.019.370,61**	**-5.218.284,54**	**-10.418.659,45**	**-5.200.374,91**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-11.019.370,61**	**-5.218.284,54**	**-10.418.659,45**	**-5.200.374,91**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	7.781,59	0,00	9.316,72	9.316,72
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	-19.922,26	-19.922,26
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**7.781,59**	**0,00**	**-10.605,54**	**-10.605,54**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-40.124.046,73**	**-41.351.259,92**	**-51.135.635,75**	**-9.784.375,83**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-11.011.589,02**	**-5.218.284,54**	**-10.429.264,99**	**-5.210.980,45**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-51.135.635,75**	**-46.569.544,46**	**-61.564.900,74**	**-14.995.356,28**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 14

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	0,00	0,00	0,00	0,00
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	10 Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	11 Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	0,00	0,00	0,00	0,00
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**0,00**	**-5.000,00**	**0,00**	**5.000,00**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**0,00**	**-5.000,00**	**0,00**	**5.000,00**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 15

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.244,30	3.600,00	5.876,50	2.276,50
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.725,78	48.500,00	27.541,71	-20.958,29
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	17.897,71	303.550,00	200.598,79	-102.951,21
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	254.095,94	195.540,00	0,00	-195.540,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	199.521,11	242.600,00	213.747,30	-28.852,70
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**492.484,84**	**793.790,00**	**497.764,30**	**-296.025,70**
10	10 Personalauszahlungen	-343.052,78	-375.800,00	-291.374,16	84.425,84
11	11 Versorgungsauszahlungen	-23.616,59	-25.900,00	-19.298,38	6.601,62
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-829.403,39	-834.395,59	-828.737,42	5.658,17
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-116.989,58	-797.230,00	-95.949,60	701.280,40
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-105.838,57	-110.750,00	-32.464,26	78.285,74
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-1.418.900,91**	**-2.144.075,59**	**-1.267.823,82**	**876.251,77**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-926.416,07**	**-1.350.285,59**	**-770.059,52**	**580.226,07**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-47.355,82	0,00	-1.217,03	-1.217,03
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-14.400,12	-57.679,41	-15.004,90	42.674,51
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-61.755,94**	**-57.679,41**	**-16.221,93**	**41.457,48**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-61.755,94**	**-57.679,41**	**-16.221,93**	**41.457,48**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-988.172,01**	**-1.407.965,00**	**-786.281,45**	**621.683,55**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-988.172,01**	**-1.407.965,00**	**-786.281,45**	**621.683,55**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-988.172,01**	**-1.407.965,00**	**-786.281,45**	**621.683,55**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-988.172,01**	**-1.407.965,00**	**-786.281,45**	**621.683,55**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	82.195,02	0,00	110.035,14	110.035,14
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-92.626,99	0,00	-102.230,72	-102.230,72
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**-10.431,97**	**0,00**	**7.804,42**	**7.804,42**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-4.822.869,68**	**-29.978.173,78**	**-5.821.473,66**	**24.156.700,12**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-998.603,98**	**-1.407.965,00**	**-778.477,03**	**629.487,97**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-5.821.473,66**	**-31.386.138,78**	**-6.599.950,69**	**24.786.188,09**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 16

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	7,30	7,30
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	10.130,01	32.000,00	745,10	-31.254,90
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	85.514.210,17	87.110.000,00	82.529.963,19	-4.580.036,81
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	2.107.122,61	1.935.000,00	2.128.704,00	193.704,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	42.472.258,23	44.661.000,00	45.220.239,73	559.239,73
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	815.668,45	103.000,00	709.635,44	606.635,44
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	20,20	0,00	121,45	121,45
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**130.919.409,67**	**133.841.000,00**	**130.589.416,21**	**-3.251.583,79**
10	10 Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	11 Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	0,00	0,00	0,00	0,00
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-25.994.860,31	-29.581.200,00	-29.168.548,90	412.651,10
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-9.741.701,17	-8.004.672,71	-8.206.859,44	-202.186,73
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-35.736.561,48**	**-37.585.872,71**	**-37.375.408,34**	**210.464,37**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**95.182.848,19**	**96.255.127,29**	**93.214.007,87**	**-3.041.119,42**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	176.140,00	3.600.000,00	2.600.355,27	-999.644,73
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	264.043,35	0,00	264.217,36	264.217,36
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**440.183,35**	**3.600.000,00**	**2.864.572,63**	**-735.427,37**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-176.140,00	0,00	-37.060,00	-37.060,00
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-176.140,00**	**0,00**	**-37.060,00**	**-37.060,00**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**264.043,35**	**3.600.000,00**	**2.827.512,63**	**-772.487,37**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**95.446.891,54**	**99.855.127,29**	**96.041.520,50**	**-3.813.606,79**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	19.839.067,58	35.917.650,00	16.578.550,08	-19.339.099,92
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	-21.247.039,43	-6.416.000,00	-6.725.763,84	-309.763,84
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**-1.407.971,85**	**29.501.650,00**	**9.852.786,24**	**-19.648.863,76**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**94.038.919,69**	**129.356.777,29**	**105.894.306,74**	**-23.462.470,55**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**94.038.919,69**	**129.356.777,29**	**105.894.306,74**	**-23.462.470,55**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**94.038.919,69**	**129.356.777,29**	**105.894.306,74**	**-23.462.470,55**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	36.253,66	0,00	8.804,86	8.804,86
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**36.253,66**	**0,00**	**8.804,86**	**8.804,86**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**560.325.137,36**	**650.722.320,38**	**654.400.310,71**	**3.677.990,33**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**94.075.173,35**	**129.356.777,29**	**105.903.111,60**	**-23.453.665,69**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**654.400.310,71**	**780.079.097,67**	**760.303.422,31**	**-19.775.675,36**

Anhang zum Jahresabschluss 2018

A. Allgemeines

Die Stadt Rüsselsheim stellte ihre Haushaltswirtschaft zum 01.01.2009 auf die Doppik um. Diese Umstellung von der kameralen Buchführung auf die Erfordernisse eines modernen ressourcenorientierten Rechnungswesens erfolgte auf der Grundlage eines entsprechenden Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 28.04.2005.

Die mit dem Systemwechsel notwendige Eröffnungsbilanz spiegelte dabei erstmalig die vollständige Darstellung des Vermögens auf der Aktivseite der entsprechenden Finanzierung dieser Vermögenswerte auf der Passivseite gegenüber. Aus dieser Gegenüberstellung von Vermögenswerten und Fremdkapital ergab sich als reine Restgröße das kommunale Eigenkapital. Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.04.2014 erfolgte schließlich die Feststellung der geprüften Eröffnungsbilanz, der ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden war.

Auf dieser Basis stellen die Jahresabschlüsse der Folgejahre und der darin enthaltenen Folgebilanzen unter Berücksichtigung von Neuzugängen, etwaigen Neubewertungen, Korrekturen sowie Abschreibungen, der Auflösung von Sonderposten und der Bildung und Inanspruchnahme von Rückstellungen letztlich Fortschreibungen der Eröffnungsbilanz dar.

Neben der Bilanz enthält der Jahresabschluss gem. § 112 Abs. 2 Hessische Gemeindeordnung (HGO) die Ergebnis- und Finanzrechnung. Entsprechende Erläuterungen werden gem. § 50 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) iVm. § 112 Abs. 3 HGO im Anhang dargestellt. Über die maßgeblichen Entwicklungen der Haushaltswirtschaft gibt schließlich der Rechenschaftsbericht nach § 51 GemHVO Auskunft.

Die vorliegende Bilanz zum 31.12.2018 entspricht in ihrem Aufbau den Vorschriften des § 49 GemHVO. Der Bewertung der Aktiva und Passiva der Stadt Rüsselsheim wurden die einschlägigen Regelungen des kommunalen Haushaltsrechts zugrunde gelegt. D.h. neben den Regelungen der HGO war insbesondere die GemHVO anzuwenden. Ergänzend wurden die Hinweise zur GemHVO und ggf. handels- und steuerrechtliche Regelungen beachtet.

Die Fortschreibung der Vermögenswerte des Sachanlagevermögens ergab sich unter Berücksichtigung von Vermögenszugängen auf Basis der tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten. Der dargestellte Bilanzwert resultiert aus einer Minderung dieser Kosten um Abschreibungen nach § 43 GemHVO. Dabei wurde ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode angewandt. Zur Ermittlung der Nutzungsdauern wurden in der Regel die NKRS-Abschreibungstabelle des Landes Hessen sowie ggf. steuerrechtliche Abschreibungstabellen konsultiert. Im Einzelfall mussten auch individuelle Festlegungen getroffen werden. Soweit dies möglich und sinnvoll war, wurde eine monatsgenaue Abschreibung durchgeführt, wobei systembedingt in der überwiegenden Zahl der Fälle die Abschreibung am Monatsanfang beginnt.

Zinsen für Fremdkapital wurden in die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht einbezogen.

Im Rahmen der Bilanzierung des immateriellen Anlagevermögens erfolgte der Wertansatz für die gewährten Investitionszuschüsse auf Basis der tatsächliche gezahlten Geldleistungen sowie der entsprechenden Bescheide.

Die Finanzanlagen konnten durch entsprechende Belege in Form von Darlehensverträgen, Jahresabschlüssen der Beteiligungen bzw. verbundenen Unternehmen oder Kontoauszügen erfasst werden.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem jeweiligen Nennwert angesetzt. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen wurden falls sinnvoll über eine Anpassung der zum 31.12.2018 berücksichtigten Werte auf den Bilanzstichtag durchgeführt.

Bei den liquiden Mittel wurden auf der Basis der entsprechenden Saldenbestätigungen die Bar- und Buchgeldbestände zum 31.12.2018 hergeleitet.

Aktive Rechnungsabgrenzungen wurden ggf. unter Beachtung von Wesentlichkeitsgrenzen für Auszahlungen vor dem Bilanzstichtag gebildet und in Höhe des Aufwands, der erst nach dem Bilanzstichtag entsteht, angesetzt.

Erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge wurden erfasst, als Sonderposten passiviert und soweit möglich entsprechend der Nutzungsdauer des geförderten Anlagevermögens auf den Bilanzstichtag aufgelöst. In Fällen, in denen keine exakte Zuordnung möglich oder sinnvoll war, wurden die entsprechenden Sonderposten pauschal über die Nutzungsdauer der jeweiligen Anlageklasse aufgelöst.

Rückstellungen wurden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig war, um die jeweilige Verpflichtung bzw. das zugrundeliegende Risiko abzubilden. Dabei wurden für die Berechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen entsprechende versicherungsmathematische Verfahren angewandt.

Verbindlichkeiten wurden mit der jeweiligen Restschuld bzw. mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert. Passive Rechnungsabgrenzungen wurden für Einzahlungen vor dem Bilanzstichtag mit der Summe angesetzt, die sich aus Erträgen der Rechnungsperioden 2019ff. ergaben.

B. Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen[1]

I. Aktiva

1. Anlagevermögen

Im Anlagevermögen werden diejenigen Vermögensteile erfasst, die auf Dauer im Eigentum der Kommune verbleiben und damit auch dauerhaft dem kommunalen Leistungserstellungsprozess dienen sollen. Das Anlagevermögen der Stadt Rüsselsheim gliedert sich wie folgt:

1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Unter immateriellem Anlagevermögen werden grundsätzlich alle Vermögensgegenstände verstanden, die nicht im eigentlichen Sinn körperlich vorhanden sind und in der Regel nur über entsprechende vertragliche Vereinbarungen erfasst werden können. Hierunter fallen in erster Linie Konzessionen, Rechte und Lizenzen, die mit einem bestimmten monetär bewertbaren Vorteil für den Inhaber dieses Rechts verbunden sind.

Die bei der Stadt Rüsselsheim zu bilanzierenden Vermögensgegenstände ergeben sich in erster Linie aus dem Erwerb von Belegungsrechten im Sozialen Wohnungsbau, dem Bereich der Software und geleisteten Investitionszuschüssen.

1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte — 2.168.042,00 EUR
(31.12.2017: 2.423.587,00 EUR)

Unter den ähnlichen Rechten bilanzieren die im Rahmen der Verwendung der Mittel aus der Fehlbelegungsabgabe bei der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft erworbenen Belegungsrechte zur Sicherung der Sozialbindung bestimmter Wohnungskontingente zum Stichtag mit **2.093.061,00 EUR**.[2] Des Weiteren fällt hierunter bei einer angenommenen Nutzungsdauer von 20 Jahren der Generalentwässerungsplan mit einem Restwert von **27.617,00 EUR** sowie eine neue Fahrradkarte (**12.205,00 EUR**).

EDV-Lizenzen und Software weisen einen Restwert in Höhe von **1.566,00 EUR** bzw. **33.593,00 EUR** auf.

Insgesamt hat die Bilanzposition unter Berücksichtigung von Vermögenszugängen (17.932,40 EUR) und Abschreibungen (273.478,30 EUR) damit zum 31.12.2018 einen Wert von **2.168.042,00 EUR** (31.12.2017: 2.423.587,00 EUR).

[1] Die ausgewiesenen Vorjahreswerte verstehen sich als noch nicht abschließend geprüft.
[2] Als Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2016 musste in einem Fall die Nutzungsdauer von 60 auf 20 Jahre korrigiert werden.

1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und - zuschüsse 16.634.356,74 EUR
(31.12.2017: 16.762.098,74 EUR)

Dem immateriellen Anlagevermögen sind des Weiteren die geleisteten Investitionszuschüsse zuzuordnen. Hier besteht der immaterielle Vorteil darin, dass die Kommune mithilfe eines gewährten Zuschusses einen Dritten in die Lage versetzt, prinzipiell kommunale Aufgaben wahrzunehmen. Der zu aktivierende Wert bestimmt sich auf Basis des betreffenden Zuwendungsbescheids über den tatsächlichen Auszahlungsbetrag, der dann entsprechend der Nutzungsdauer des damit geförderten Investitionsgutes bzw. über die Dauer der Zweckbindung abzuschreiben ist (Nr. 3 Hinweise zu § 49 GemHVO). Voraussetzung für die Aktivierung ist hierbei in der Regel ein vertraglich vereinbarter Rückforderungsanspruch bei nicht zweckentsprechender Verwendung (Nr. 2 Hinweise zu § 38 GemHVO).

Ist eine Nutzungsdauer in diesem Sinne nicht sinnvoll bzw. nicht mit vertretbarem Aufwand zu ermitteln, kann gem. § 43 Abs. 5 GemHVO pauschal eine Abschreibung über 10 Jahre erfolgen.

Unter Berücksichtigung von Zugängen (974.911,09 EUR) und Alterswertminderungen (1.102.653,09 EUR) ergibt sich ein Restwert zum 31.12.2018 in Höhe von 16.634.356,74 EUR (31.12.2017: 16.762.098,74 EUR). Dieser Wert setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen zusammen:

Neben Investitionszuschüssen an den Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim insbesondere zur Finanzierung der Kläranlage in Bauschheim (Restwert: **2.662.485,74 EUR**) fallen hierunter vor allem Investitionszuschüsse an die kommunalen Eigenbetriebe und Eigengesellschaften, die im Hinblick auf eine kongruente bilanzielle Darstellung bei Stadt und Beteiligung auch dann aktiviert wurden, wenn im eigentlichen Sinne kein Rückforderungsanspruch bestand.

Hierbei sind insbesondere die Investitionszuschüsse zu erwähnen, die aus Mitteln der Fehlbelegungsabgabe an die Gewobau (Restwert: **1.092.584,00 EUR**) und die GPR gGmbH (**2.251.389,00 EUR**) vergeben wurden. Abgesehen von der zweckentsprechenden Verwendung der Fehlbelegungsabgabe bilanzieren weitere Investitionszuschüsse an die GPR gGmbH entsprechend der Nutzungsdauer der geförderten Investitionen zum 31.12.2017 mit einem Restwert von **3.035.498,00 EUR** sowie einem Restwert von **355.825,00** aus im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms weitergeleiteten Mitteln.

Die den Stadtwerken übereignete Straßenbeleuchtung weist als aktivierte Investitionszuschüsse noch einen Restwert von insgesamt **197.038,00 EUR** auf. Die Abschreibungsdauer beläuft sich hierbei auf 20 Jahre. Ein weiterer Zuschuss an den Eigenbetrieb Betriebshöfe hatte zum Bilanzstichtag noch einen Restwert von **250.000,00 EUR**.

Die im Rahmen der Programme „Attraktivitätssteigerung Innenstadt“, „Soziale Stadt“ und „Stadterneuerung“ vergebenen Zuschüsse werden aus Vereinfachungsgründen analog der entsprechenden Sonderposten aus den korrespondierenden Landeszuweisungen pauschal über 20 Jahre abgeschrieben und zum Bilanzstichtag mit einem Restwert von **2.955.965,00 EUR** bilanziert.

Da sich ein Teil der Lichtsignalanlagen nicht im Eigentum der Stadt Rüsselsheim befindet, sondern gem. Fernstraßengesetz lediglich entsprechend dem Interessenanteil ein Anteil der Herstellungskosten zu übernehmen ist, erfolgt der bilanzielle Ausweis dieser Anlagen ebenfalls unter den geleisteten Investitionszuweisungen (**89.820,00 EUR**).

Weitere Zuschüsse an übrige Bereiche (u.a. Privatpersonen im Rahmen von Sanierungsprogrammen, Sportvereine, freie Träger von Kindertagesstätten) bilanzieren schließlich mit einem Restwert in Höhe von **3.743.752,00** EUR.

1.2. Sachanlagevermögen

1.2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte: 107.647.694,09 EUR

(31.12.2017: 108.074.122,37 EUR)

Die kommunalen Grundstücke sind dem Sachanlagevermögen zuzuordnen und wurden in der Eröffnungsbilanz grundsätzlich mit den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) bewertet. Da diese sich jedoch vielfach nicht oder nur mit unvertretbar hohem Aufwand ermitteln ließen, erfolgte für zahlreiche Grundstücksgruppen ein Wertansatz auf der Basis der entsprechenden Bodenrichtwerte (Nr. 7.2 Hinweise zu § 59 GemHVO) bzw. in Gestalt von pauschalierten Ersatzwerten. Bei der Wertermittlung wurden voraussichtlich dauernde Wertminderungen im Einzelfall berücksichtigt (Nr. 7.1, 7.3 Hinweise zu § 59 GemHVO).[3]

Im Übrigen sind Grundstücke gem. Kommunalem Verwaltungskontenrahmen (KVKR) bilanziell in die Kategorien bebaute, unbebaute Grundstücke und Waldgrundstücke inkl. Aufwuchs untergliedert. Der Wald wird hierbei bilanziell nicht den Grundstücken, sondern dem allgemeinen Infrastrukturvermögen zugeordnet.

Vor diesem Hintergrund erfolgte die Bewertung der Grundstücke der Stadt Rüsselsheim auf Grundlage der folgenden Festsetzungen:

Während Grundstücke, die nach dem 01.01.1989 erworben wurden, weitestgehend mit den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten inkl. von Nebenkosten bilanziert werden konnten, wurde die Wertermittlung von Grundstücken, die vor diesem Datum in das Eigentum der Stadt Rüsselsheim übergingen, auf der Basis der vom örtlichen Gutachterausschuss ermittelten Bodenrichtwerte zum 31.12.2008 vorgenommen. Die entsprechenden Bodenrichtwerte lagen dabei je nach Gemarkung und Richtwertzone zwischen 195,- EUR und 400,- EUR je Quadratmeter.

Da für öffentlich genutzte städtische Grundstücke, d.h. überwiegend dem eigentlichen Grundstücksmarkt entzogene sog. Gemeinbedarfsflächen, regelmäßig im eigentlichen Sinn keine Bodenrichtwerte vorliegen, orientierte sich hier die Bewertung grundsätzlich an der umliegenden Grundstückssituation.

[3] Zu Details wird auf den Anhang zur Eröffnungsbilanz verwiesen.

Des Weiteren war zu berücksichtigen, dass Bodenrichtwerte lediglich gebietsbezogene, lagetypische, durchschnittliche Werte darstellen (Nr. 2.3.3 Wertermittlungsrichtlinien 2006 (WertR2006)). Daher wurden unter Beachtung von Wert bestimmenden Faktoren bzw. Beeinträchtigungen (wie bspw. Erschließungszustand, Grunddienstbarkeiten, Baulasten, Lagequalität und sonstige Verwertungseinschränkungen) im Einzelfall zu begründende prozentuale Abschläge definiert.

Im Sinne einer wirtschaftlichen Inventur war es außerdem notwendig, bei bestimmten spezifisch öffentlich genutzten Grundstücksgruppen von einer Bewertung, die sich an den Bodenrichtwerten orientiert, abzuweichen und stattdessen Pauschalwerte je Quadratmeter zu definieren. Diese Wertansätze wurden auf Basis der jeweiligen Nutzungsarten wie folgt festgelegt:

Nutzungsart		**Wert pro Quadratmeter EUR**
Landwirtschaftliche Flächen, Feldwege		3,00
Streuobstwiesen		3,00
Gehölz		1,00 (in der Regel)
Grünland, Brachland		3,00
Spiel- , Sportplätze		3,00
Parkanlagen		3,00 (in der Regel)
Kleingärten		20,00
Grabgärten		10,00
Biotope		1,00
Wasserflächen		1,00
Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete		1,00
Friedhöfe		1,00
Gemeinbedarfsflächen		30% des Bodenrichtwertes
Straßen, Wege, Plätze		3,00
Grundstücke von Ver- und Entsorgungsanlagen		50 % des Bodenrichtwertes für vergleichbare gewerblich genutzte Grundstücke
Erbbaugrundstücke - Gewobau - Max-Beckmann-Weg - Sonstige Erbbaugrundstücke -		- Bodenrichtwert - Bodenrichtwert abzgl. 10 % - Wertminderung um 50 %, sofern noch keine andere Wertminderung berücksichtigt wurde
Unland		1,00
Grundstücke mit Trafostationen		1,00 bzw. entsprechend der umliegenden Situation

Der sich aus den genannten Wertermittlungen ergebende bilanzielle Wert des städtischen Grundbesitzes nahm zum 31.12.2018 per Saldo wie schon in den Vorjahren weiter um 426.428,28 EUR ab und beträgt **107.647.694,09 EUR** (31.12.2017: 108.074.122,37 EUR). Neben Bilanzzu- und Abgängen ergaben sich geringfügige Veränderungen aus Flächendifferenzen im Rahmen von Neuvermessungen.

Die Grundstücksabgänge ergaben sich dabei insbesondere aus Verkäufen noch verbliebener Grundstücke im Blauen See.

Insgesamt sind zum 31.12.2018 rd. 4.000 Grundstücke mit zusammen etwa 1.500 ha bilanziert, die sich auf die folgenden bilanziell zu unterscheidenden Grundstücksgruppen verteilen:

	31.12.2014 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR	31.12.2018 EUR
Grünflächen	265.037,20	265.037,20	256.991,20	251.582,20	251.582,20
Ackerland	4.249.845,93	4.275.589,59	4.276.069,74	4.109.274,51	4.223.192,56
Grün- und Parkanlagen	1.156.687,29	1.140.997,29	1.140.190,29	1.140.190,29	1.140.294,79
107Biotope, Naturschutzgebiete	1.290.712,90	1.290.712,90	1.290.712,90	1.284.466,90	1.284.466,90
Sonstige unbebaute Grundstücke	11.406.634,59	10.080.621,48	7.738.335,88	7.147.664,73	6.608.998,90
Bebaute Grundstücke mit eigenen Bauten	72.071.479,95	70.543.782,45	69.242.838,51	69.289.546,51	69.287.764,51
Bebaute Grundstücke mit fremden Bauten	24.851.676,23	24.851.394,23	24.851.394,23	24.851.394,23	24.851.394,23
	115.292.074,09	**112.448.135,14**	**108.796.532,75**	**108.074.122,37**	**107.647.694,09**

1.2.2 Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken 135.112.924,87 EUR

(31.12.2017: 123.654.750,87 EUR)

Die Bilanzposition weist neben den Restwerten für die städtischen Gebäude auch die der korrespondierenden Außenanlagen aus.

Der Gebäudebestand der Stadt Rüsselsheim umfasst insgesamt etwa 300 bauliche Anlagen. Unter Berücksichtigung von jahresbezogenen Abschreibungen in Höhe von 5.593.657,86 EUR sowie Zugängen bzw. bisherigen Anlagen im Bau (18.501.759,53 EUR) und Abgängen in Höhe von 2.225.138,51 weist die Bilanzposition zum 31.12.2018 eine Wert von 135.112.924,87 EUR aus.

Die Ermittlung des Bilanzwertes des Altbestands erfolgte dabei überwiegend nach dem sog. *Sachwertverfahren*, das gutachtlich neben Wertminderungen aufgrund des Alters auch etwaige Baumängel berücksichtigt. Grundlegend für das Verfahren sind die sog. *Normalherstellkosten*, die gestaffelt nach den jeweiligen Bautypen, Baujahren und Ausstattungsstandards fiktive Baukosten je qm Bruttogrundfläche ausweisen und die vor dem Hintergrund des Gesamtzustands auf den ebenfalls gutachtlich ermittelten Herstellungszeitpunkt rückindiziert wurden.

Die Nutzungsdauern betragen überwiegend 30 Jahre bei Hallenbauten bzw. 60 Jahre bei allen übrigen Bauwerken.

Unter die Bilanzposition der Bauten fallen des Weiteren die Außenanlagen, die sich auf entsprechende Gebäude beziehen, sowie Außenanlagen in den Bereichen Spielplätze und Sportflächen. Alle übrigen Außenanlagen sind dem allgemeinen

Infrastrukturvermögen zuzuordnen. Die Erstbewertung der Altanlagen erfolgte auf der Basis eines Mengengerüstes und von rückindizierten Wiederbeschaffungswerten, die zudem pauschal um 50 % abgeschrieben wurden.

Zum Bilanzstichtag verteilt sich der Gesamtwert von Gebäuden und Außenanlagen auf die einschlägigen Kontengruppen wie folgt:

Sach-konto	Bezeichnung	Bilanzwert 31.12.2015	Bilanzwert 31.12.2016	Bilanzwert 31.12.2017	Bilanzwert 31.12.2018
0530100	Schulgebäude	47.981.908,00	47.398.354,00	51.399.906,00	52.380.744,00
0531000	Kindertagesstätten, u.ä.	9.986.702,00	12.019.271,00	14.359.670,00	14.043.305,00
0532000	Alten-, Betreuungseinrich-tungen	227.921,00	217.561,00	207.201,00	196.841,00
0533000	Sportanlagen, Schwimmbäder	13.582.957,41	12.865.956,41	18.166.504,41	29.354.123,41
0535000	Theater, Bürger-häuser, Büchereien	8.073.113,00	7.794.951,00	7.516.790,00	7.238.627,00
0536000	Brand- und Katastrophenschutz-einrichtungen	4.914.841,00	4.763.730,00	4.688.794,00	4.533.179,00
0537000	Friedhofsgebäude, Leichenhallen	755.231,00	727.627,00	700.025,00	672.421,00
0539000	sonstige Betriebsgebäude	6.292.977,88	5.873.370,88	5.469.014,88	5.114.886,88
0541000	Verwaltungsgebäude	12.133.111,00	12.036.769,00	11.674.305,00	11.311.844,00
0551000	andere Bauten	1.899.071,64	1.820.276,64	1.732.401,64	1.665.178,64
0551510	Spielplätze, Spiel-geräte	1.638.250,79	1.553.244,79	1.412.735,79	1.274.193,79
0561010	Grundstückseinrich-tungen	7.750.288,15	7.186.886,14	6.310.182,15	7.311.222,15
0591000	Wohngebäude	18.943,00	18.082,01	17.221,00	16.359,00
		115.255.315,87	**114.276.079,87**	**123.654.750,87**	**135.112.924,87**

Die Bilanzzugänge im Haushaltsjahr 2018 resultieren im Wesentlichen aus folgenden Maßnahmen:

		EUR
-	Schwimmbad an der Lache	13.310.926,28
-	Sophie-Opel-Schule, Modulare Schule	2.632.046,37
-	Kita Ehlenberg, Außenanlage	206.777,01

Als wesentlicher Bilanzabgang sind die baulichen Anlagen des ehemaligen Freizeitbades an der Lache mit 2.224.720,18 EUR zu verzeichnen.

1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen

109.568.745,77 EUR
(31.12.2017: 104.124.286,68 EUR)

Neben den Waldflächen und den Außenanlagen in Form von öffentlichen Grünflächen und Friedhofsanlagen werden unter dieser Bilanzposition die Werte von Vermögensgegenständen abgebildet, die für die Infrastruktur einer Kommune

wesentlich sind. Hierunter fallen insbesondere das städtische Straßen- und Kanalnetz sowie die Brückenbauwerke.

Gemeindestraßen

Die Stadt Rüsselsheim verfügte Ende 2018 insgesamt über ein Straßennetz von rd. 196,4 km, (darunter: 155,6 km Gemeindestraßen). Der bilanzielle Straßenbestand umfasst dabei neben dem eigentlichen Straßenkörper auch die entsprechenden Gehwege, Beschilderungen und das Straßenbegleitgrün. Ausgehend von einer angenommenen Nutzungsdauer von 30 Jahren haben damit Straßen, deren Herstellungsjahr vor 1989 liegt, keinen bilanziellen Wert mehr.

Im Hinblick auf eine adäquate Vermögensfortschreibung ist der gesamte Straßenbestand nach dem sog. Knoten-Kanten-Modell digitalisiert. Dabei wurde der historische Straßenbestand überwiegend auf der Grundlage von rückindizierten Wiederherstellungskosten bewertet.

Zum 31.12.2018 bilanziert das Straßennetz der Stadt Rüsselsheim unter Berücksichtigung von Abschreibungen in Höhe von 1.519.276,39 EUR mit einem Wert von **27.604.528,69 EUR** (31.12.2017: 21.383.621,95 EUR).

Fertiggestellt wurden in 2018 insbesondere folgende Maßnahmen:

		EUR
-	Haltestellen (Hessentag)	1.104.623,10
-	Frankfurter Straße (Hessentag)	2.956.029,10
-	Marktplatz (Hessentag)	1.572.844,16
-	Friedensplatz (Hessentag)	1.516.695,75
-	Kleinere Maßnahmen	88.353,55
-	Sanierung Rheingauer Straße	215.989,84

Feldwege u.ä.

Für die Erstbewertung der Feldwege wurde im Gegensatz zur Bewertung der Straßen auf die Vereinfachungsregelung gem. Nr. 8.6 Hinweise zu § 59 GemHVO zurückgegriffen. Hierzu wurden die Rechnungsergebnisse der letzten 30 Jahre (1979-2008) addiert und die sich ergebende Summe zu 50 % mit einer Restnutzungsdauer von 15 Jahren angesetzt.

Unter Berücksichtigung von jährlichen Sanierungskosten, weiterer Wegebau-maßnahmen und den entsprechenden Abschreibungen beträgt der Bilanzwert zum 31.12.2018 **248.423,07 EUR** (31.12.2017: 246.575,00 EUR).

Abwasserbeseitigung

Das Kanalnetz im Eigentum der Stadt Rüsselsheim umfasst insgesamt 292,7 km. Neben der Kanalisation im engeren Sinne sind dem Bereich der Abwasser-beseitigung 27 Bauwerke wie u.a. Pumpstationen, Regenrückhalte- und –

überlaufbecken sowie die Sonderbauwerke „Grundwasseranstiegsbegrenzende Maßnahme Oppenheimer Straße“, „Pumpstation Horlachgraben“ und „Brunnenanlage und Transportleitung Floßgraben“ zugeordnet. Im Hinblick auf eine adäquate Vermögensfortschreibung ist das gesamte Kanalnetz buchhalterisch in einzelne Kanalhaltungen und –schächte aufgeteilt.

Die Wertermittlung für den Altbestand erfolgte mittels rückindizierter Wiederbeschaffungswerte, bei Neubauten ab 1986 wurden dagegen die tatsächlichen Herstellungskosten herangezogen. Bei Kanalsanierungen nach dem sog. Inliner-Verfahren wird ein schadhafter Kanalabschnitt durch ein aushärtendes Textilgewebe ausgekleidet. Hierdurch wird quasi ein neuer Kanal in alter Hülle hergestellt, dem eine weitere Nutzungsdauer von 40 Jahren zugemessen werden kann.

Die Nutzungsdauern sind im Übrigen wie folgt festgelegt:

Anlage		**Abschreibungsdauer in Jahren**
Kanalisation i.e.S. (Schächte/Haltungen)		70
Kanalisation inkl. Inlinersanierung		40
Bauwerke der Abwasserbeseitigung - baulicher Teil		50
Bauwerke der Abwasserbeseitigung - maschinen- und elektrotechnischer Teil		15

Unter Berücksichtigung von Abschreibungen in Höhe von 1.773.669,41 EUR und Zu- und Abgängen ergibt sich zum 31.12.2018 ein Restwert von **54.354.132,08 EUR** (31.12.2017: 55.036.811,59 EUR). Abgeschlossen werden konnten die folgenden Maßnahme:

		EUR
-	Lückenschluss Bauschheim Nord-West	150.164,41

Der Restwert unter dem Sachkonto 0656000 (Kanalisation) verteilt sich hierbei auf folgende Vermögensgruppen:

	Bilanzwert 31.12.2015	**Bilanzwert 31.12.2016**	**Bilanzwert 31.12.2017**	**Bilanzwert 31.12.2018**
Kanalisation i.e.S. (Schächte/Haltungen) inkl. Inlinersanierungen	37.906.828,88	37.667.996,04	37.450.389,88	37.474.652,37
Sonstige Bauwerke der Abwasserbeseitigung inkl. technischer Anlagen	19.023.907,71	18.295.110,71	17.586.421,71	16.879.479,71

<u>Brücken, Unterführungen</u>

In Rüsselsheim befinden sich insgesamt 11 Brückenbauwerke, 13 Unterführungen sowie 5 zu bewertende Lärmschutzwände.

Die Bewertung der städtischen Brücken, Unterführungen und Lärmschutzwände erfolgte unter Berücksichtigung des Zustands auf der Basis der vorhandenen Brückenbücher überwiegend nach dem Sachwertverfahren auf der Basis von rückindizierten Wiederherstellungskosten.

Die Nutzungsdauern wurden für diese Bauwerke wie folgt festgelegt:

Brückenbauwerke, Unterführungen:	70 Jahre
Lärmschutzwände:	30 bzw. 40 Jahre

Unter Berücksichtigung einer Alterswertminderung von 357.980,00 EUR weist diese Vermögensgruppe zum Bilanzstichtag einen Restwert von **7.715.143,00 EUR** (31.12.2017: 8.073.123,00 EUR) auf.

Wald

Die städtischen Waldflächen setzten sich grundsätzlich aus dem entsprechenden Grundstück und dem jeweiligen Aufwuchs zusammen. Sie sind bilanziell unter einem Hauptkonto zu bilanzieren. D.h. auch die Grundstücke werden bilanziell dem Infrastrukturvermögen und nicht dem Grundbesitz zugeordnet.

Die Bewertung des Waldbesitzes, der heute im Wesentlichen Biotopcharakter aufweist, erfolgte pauschaliert mit 1,- EUR pro qm für das Grundstück und 0,17 EUR pro qm für den Aufwuchs.

Auf dieser Basis ergab sich zum Bilanzstichtag ein gegenüber dem Vorjahr ein unveränderter Wert von 9.444.429,95 EUR (31.12.2017: 9.444.429,95 EUR.)

Der Bilanzposition des Infrastrukturvermögens sind des Weiteren die öffentlichen Grünflächen (1.297.320,78 EUR) und Friedhofsanlagen (2.606.622,56 EUR) zuzuordnen, deren Altbestand nach dem oben beschriebenen Verfahren bei den Außenanlagen über rückindizierten Wiederherstellungskosten bewertet wurde. Zugänge im Bereich der Friedhofsanlagen resultieren insbesondere aus regelmäßigen Erweiterungen der Urnenwände und der Grabfelder.

Ferner werden hier u.a. die Restwerte der Verkehrssicherungs- und Signalanlagen (312.179,00 EUR), Parkscheinautomaten (71.312,00 EUR), ein elektronischer Poller (8.511,00 EUR), eine Brunnenanlage (27.545,00 EUR), Hinweistafeln (27.914,00 EUR) sowie Kulturgüter (1.787.061,52 EUR) ausgewiesen, wobei hier als wesentliche Positionen die Neugestaltung der Ausstellung im Stadtmuseum mit 1.034.695,00 EUR und der Kunstpfad mit 331.118,80 EUR bilanzieren.

Diejenigen Verkehrssicherungs- und Lichtsignalanlagen, die sich nicht im Eigentum der Stadt Rüsselsheim befinden und lediglich entsprechend dem Interessenanteil der Kommune bezuschusst werden, werden unter der Bilanzposition „geleistete Investitionszuweisungen“ ausgewiesen.

1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung 320.692,00 EUR

(31.12.2017: 372.014,00 EUR)

Die Bilanzposition erfasst neben technischen Einrichtungen auch Anlagen, die i.w.S. dem kommunalen Leistungserstellungsprozess dienen. Hierunter fallen insbesondere die Restwerte der Photovoltaikanlagen (188.636,00 EUR) sowie diverse technische Einrichtungen vor allem aus dem Bereich des Brandschutzes (52.293,00 EUR) und Konfiskatkühler (61.949,00 EUR).

1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 6.420.454,48 EUR

(31.12.2017: 6.240.763,24 EUR)

Die Ersterfassung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte grundsätzlich auf Basis der tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten. Dabei wurde von der gesetzlich normierten Wertaufgriffsgrenze von 3.000,- EUR Gebrauch gemacht (§ 59 Abs. 1 GemHVO).

Unter Berücksichtigung einer Alterswertminderung in Höhe von 1.435.183,13 EUR und Vermögensneuzugängen weist die Bilanzposition zum 31.12.2018 einen Wert von 6.420.454,48 EUR (31.12.2017: 6.240.763,24 EUR) aus, der sich aus folgenden Vermögensgruppen zusammensetzt:

Sachkonto	Bezeichnung	Bilanzwert 31.12.2015	Bilanzwert 31.12.2016	Bilanzwert 31.12.2017	Bilanzwert 31.12.2018
0800100	Werkstatteinrichtungen und -geräte	3.761,00	3.107,00	2.453,00	1.799,00
0801000	Werkzeuge, u.ä.	28.076,00	27.842,00	22.591,00	65.958,00
0802000	Lager- und Transporteinrichtungen	2.980,00	2.370,00	1.759,00	1.148,00
0809000	Sonstige andere Anlagen	45.696,08	235.769,08	199.907,08	177.391,08
0810000	Fuhrpark	1.530.043,00	1.431.649,00	1.572.519,00	1.371.273,00
0840000	Sonstige Betriebsausstattung	882.874,10	870.584,10	868.807,10	915.593,10
0851000	Büromaschinen, DV- u. Kommunikationsanlagen	10.704,00	23.475,00	282.373,00	307.318,00
0852000	Hardware	302.904,00	462.987,00	1.275.258,00	1.534.372,00
0860000	Büromöbel, sonstige Ausstattungs-gegenstände	506.287,90	545.060,90	529.379,90	461.291,90
0880000	Sonstige Geschäftsausstattung	6.910,00	5.051,00	3.703,00	2.357,00
0890000	Geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	12.539,58	7.524,00	5.016,00
0891000	Geringwertige Wirtschaftsgüter, Sammelposten 2009	2.957,00	2.828,00	2.700,00	2.571,00
0891100	Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV, Sammelposten 2009	83.963,00	80.313,00	76.662,00	73.012,00
0891300	Geringwertige Wirtschaftsgüter, Sammelposten 2010	17.794,00	17.060,00	16.326,00	15.592,00

Sachkonto	Bezeichnung	Bilanzwert 31.12.2015	Bilanzwert 31.12.2016	Bilanzwert 31.12.2017	Bilanzwert 31.12.2018
0891400	Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV, Sammelposten 2010	1.886,00	1.808,00	1.731,00	1.653,00
0891500	Geringwertige Wirtschaftsgüter, Sammelposten 2011	4.329,35	4.296,35	4.296,35	4.296,35
0891700	Geringwertige Wirtschaftsgüter, Sammelposten 2012	39.973,28	1.872,28	1.872,28	1.872,28
0891800	Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV, Sammelposten 2012	44.684,00	1.216,00	779,00	390,00
0891900	Geringwertige Wirtschaftsgüter, Sammelposten 2013	62.589,00	31.714,00	840,00	840,00
0892000	Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV, Sammelposten 2013	110.612,00	55.303,00	0,00	0,00
0892100	Geringwertige Wirtschaftsgüter, Sammelposten 2014	158.182,36	106.613,36	55.039,36	3.469,36
0892200	Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV, Sammelposten 2014	142.632,00	95.091,00	47.543,00	0,00
0892300	Geringwertige Wirtschaftsgüter, Sammelposten 2015	479.672,66	360.606,66	241.541,66	122.526,41
0892400	Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV, Sammelposten 2015	194.782,00	146.084,00	97.393,00	48.691,00
0892500	Geringwertige Wirtschaftsgüter, Sammelposten 2016	0,00	369.353,07	280.121,07	190.067,56
0892600	Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV, Sammelposten 2016	0,00	281.581,44	211.595,44	141.370,44
0892700	Geringwertige Wirtschaftsgüter, Sammelposten 2017	0,00	0,00	281.708,00	211.278,00
0892800	Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV, Sammelposten 2017	0,00	0,00	154.341,00	115.752,00
0892900	Geringwertige Wirtschaftsgüter, Sammelposten 2018	0,00	0,00	0,00	378.558,00
0893000	Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV, Sammelposten 2018	0,00	0,00	0,00	264.998,00

Für Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150,01 EUR und 1.000,00 EUR netto liegen, wurden im Sinne der Zfr. 6 Hinweise zu § 41 GemHVO, sog. Sammelposten je Kostenstelle gebildet, die pauschal über 5 Jahre abzuschreiben sind. Demgegenüber sind geringwertige Wirtschaftsgüter, die im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms finanziert wurden, analog der Laufzeit der entsprechenden Verbindlichkeiten über 30 Jahre abzuschreiben.

1.2.6 geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau 34.631.403,33 EUR

(31.12.2017: 38.798.749,38 EUR)

Baumaßnahmen, die zum Bilanzstichtag bereits begonnen aber noch nicht fertig gestellt waren, werden bis zu ihrer Fertigstellung bzw. zweckentsprechenden Inbetriebnahme als Anlagen im Bau bilanziert. Anlagen im Bau werden nicht abgeschrieben und zum Zeitpunkt der Fertigstellung auf die jeweils einschlägige Bilanzposition umgebucht. Ab diesem Zeitpunkt beginnt dann die Abschreibung entsprechend der festgelegten Nutzungsdauer.

Zum 31.12.2018 bilanzierten in diesem Sinne insbesondere in folgenden Bereichen Anlagen im Bau:

-	Hochbau, Schulen	21.583.235,97 EUR
-	Tiefbau, Gemeindestraßen	1.039.898,04 EUR
-	Tiefbau, Abwasserbeseitigung	811.975,06 EUR
-	Umgestaltung Straßenbegleitgrün	249.888,32 EUR
-	Hochbau, Kindertagesstätten	4.502.997,47 EUR
-	Infrastrukturmaßnahmen (Wohngebiet Blauer See)	5.777.591,33 EUR

Die bilanzierten Infrastrukturmaßnahmen im Wohngebiet Blauer See resultieren aus dem Differenzbetrag zwischen der Verbindlichkeit bzw. Forderung gegenüber der Erschließungsgesellschaft Terramag und den zum Bilanzstichtag bereits verkauften Grundstücken sowie der bereits aktivierten Kanalisation.

1.3 Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen werden im Wesentlichen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie von der Stadt vergebene Darlehen (Ausleihungen) nachgewiesen.

Gem. Nr. 16 Hinweise zu § 41 GemHVO ist grundsätzlich die Werthaltigkeit einer Beteiligung zu überprüfen. Dabei sind eventuelle Wertanpassungen nur vorzunehmen, wenn die Wertminderung von Dauer ist. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn die entsprechende Beteiligung in drei aufeinander folgenden Jahren Verluste zu verzeichnen hatte.

Die Finanzanlagen der Stadt Rüsselsheim gliedern sich wie folgt:

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen 98.459.647,26 EUR

(31.12.2017: 100.090.812,93 EUR)

Als **Anteile an verbundenen Unternehmen** gelten gem. Nr. 21 Hinweise zu § 49 GemHVO Anteilswerte an rechtlich selbständigen Unternehmen, auf die die

Gemeinde einen beherrschenden Einfluss ausübt, sowie an den Eigenbetrieben der Gemeinde. Von einem beherrschenden Einfluss wird dann ausgegangen, wenn die Gemeinde über einen Anteilswert von mehr als 50 Prozent verfügt. Eigenbetriebe sind dabei als wirtschaftliche Unternehmungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit als Sondervermögen darzustellen.

Die Anteile an verbundene Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

Beteiligungsgesellschaft	**Beteiligungs-quote**	**Eigenkapital zum 31.12.2008** (gem. Zfr. 10.2 Hinweise zu § 59 GemHVO))	**Bilanzwert der Beteiligung zum 31.12.2008**	**Bilanzwert der Beteiligung zum 31.12.2017**	**Eigenkapital zum 31.12.2018**	**Bilanzwert der Beteiligung zum 31.12.2018**
	%	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim (GPR)	100,00	17.191.110,18	**9.905.355,47**	**1.631.165,67** [nach Abwertung]	-1.499.815,25	**0,00** [nach Abwertung]
Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	100,00	21.455.430,48	**21.455.430,48**	**21.455.430,48**	31.333.145,88	**21.455.430,48**
Beteiligungsgesellschaft Rüsselsheim mbH	100,00	26.461,83	**26.461,83**	**26.461,83**	36.103,46	**26.461,83**
Stadtentwicklungsgesell-schaft Rüsselsheim mbH & Co KG	100,00	17.449,34	**17.449,34**	**164,43** [nach Abwertung]	7.044,10	**164,43**
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH	99,94	64.251.665,23	**64.206.689,06**	**68.695.399,06** [Kapitalerhöhung]	91.242.192,05	**68.695.399,06**
Städtische Betriebshöfe	100,00	10.272.665,06	**10.272.665,06**	**7.514.037,30** [siehe Städteservice AöR]	8.943.356,09	**7.514.037,30**
Eigenbetrieb Kultur 1 2 3	100,00	(-1.826.297,69)	**(-2.032.375,12)**	**768.150,00**	3.418.383,91	**768.150,00**

* Die Angabe eines (aktuellen) Wertes ist noch nicht möglich bzw. sinnvoll.

In der Erstbewertung der Eröffnungsbilanz wurden gem. Nr. 10.2 Hinweise zu § 59 GemHVO Anteile an verbundenen Unternehmen mit dem anteiligen Eigenkapital angesetzt. Der zu bilanzierende Anteil ermittelte sich dabei grundsätzlich nach der Eigenkapital-Spiegelbildmethode aus dem Produkt der beiden Faktoren Eigenkapital und prozentualem Beteiligungsverhältnis.

Zur Überprüfung der zum 31.12.2018 angesetzten Werte dienten die entsprechenden Bilanzen des Folgejahres der Eigenbetriebe, Eigengesellschaften, Beteiligungen und Zweckverbände.

Im Fall der GPRgGmbH ergab sich wie schon in den Vorjahren erneut ein Abwertungsbedarf in Höhe von 1.631.165,67 (2017: 1.623.079,23 EUR). Die übrigen Bilanzwerte wurden zum 31.12.2018 unverändert beibehalten.

Bei der Ermittlung des Beteiligungswertes des Gesundheits- und Pflegezentrums Rüsselsheim (GPR gGmbH) wurde der sog. „Ausgleichsposten für Eigenmittel-förderung“ i.S.d. § 5 Abs. 5 Krankenhaus-Buchführungsverordnung in Höhe von 7.620.183,14 EUR (2016:7.620.183,14 EUR) in Abzug gebracht.

Die Beteiligung am Eigenbetrieb Bildung und Kultur wurde zum 31.12.2014 erstmals mit 768.150,- EUR in Höhe der Vermögensübertragungen im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Stadtbücherei bilanziert. Dieser Wert wurde unverändert beibehalten.

Mit der Gründung der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR wurden die Rücklage für Müllgebühren (2.039.642,88 EUR) und die Gewinnrücklage (718.984,88 EUR) vom Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe an die neue Beteiligung übertragen. Der Anteilswert für den Eigenbetrieb reduzierte sich entsprechend.

1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen 28.847.381,48 EUR
(31.12.2017: 29.618.613,23 EUR)

Unter Ausleihungen werden langfristige Forderungsdarlehen verstanden. Hierbei wird die Zugehörigkeit zu den Finanzanlagen dann als gegeben angesehen, wenn eine Mindestlaufzeit von mehr als einem Jahr vereinbart wurde.

Es ist zu unterscheiden zwischen Ausleihungen an verbundene Unternehmen, an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und sonstige Ausleihungen.

Nach Nr. 14 Hinweise zu § 41 GemHVO i.V.m. Nr. 17 Hinweise zu § 49 GemHVO sind unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Ausleihungen mit dem Barwert anzusetzen. Als niedrig verzinslich gelten dabei Ausleihungen, die mit einem jährlichen Zinssatz von mehr als zwei Prozentpunkten unter dem jeweiligen Basiszinssatz (§ 247 BGB) der Europäischen Zentralbank verzinst werden. Eine Abzinsung ist dann nicht notwendig, sofern auf eine Verzinsung wegen anderer Gegenleistungen verzichtet worden ist. Werden Kredite aufgenommen und zu gleichen Konditionen an ein verbundenes Unternehmen weitergereicht findet ebenfalls keine Abzinsung statt.[4]

In diesem Sinne wurde bei den Darlehen an Wohnungsbaugesellschaften und an das Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim eine Gegenleistung dahingehend erwartet, dass der damit finanzierte Wohnraum regelmäßig einer spezifischen sozialen Zweckbindung zu unterliegen hatte. So wurden etwa im Rahmen entsprechender Vereinbarungen, Belegungsrechte gesichert oder Darlehen zur Reduzierung bzw. Stabilisierung der Mieten gewährt. Des Weiteren wurden Mittel aus der Fehlbelegungsabgabe gemäß § 12 Hessisches Gesetz zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen in Form von ursprünglich zinslosen Darlehen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus gebunden. Hier wurden demnach lediglich als Sonderposten zu passivierende Mittel weitergereicht. Eine Abzinsung würde damit zu einer bilanziellen Schieflage führen oder keinerlei bilanzielle Auswirkungen haben.

Als Ausleihungen an **verbundene Unternehmen** wurden auf Basis der entsprechenden Kreditverträge Darlehen an Unternehmen erfasst, auf die ein beherrschender Einfluss ausgeübt wird. Dabei kann von beherrschendem Einfluss dann ausgegangen werden, wenn der Anteil der Beteiligung 50 % überschreitet.

Hierunter fallen bei der Stadt Rüsselsheim Darlehen an die Eigengesellschaften Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gGmbH und Gemeinnützige Wohungsbaugesellschaft mbH. Unter Berücksichtigung von Tilgungseinnahmen

[4] Vor dem Hintergrund eines seit 2013 negativen Basiszinssatz werden die Kriterien für eine eventuelle Abzinsung u.E. nicht mehr erfüllt.

waren diese Darlehen, neben zwei marktüblich verzinsten Darlehen an das Gesundheits- und Pflegezentrum (Seniorenresidenz), die zur Vermeidung einer Kreditaufnahme am Kreditmarkt zur Verfügung gestellt wurden (92.938,75 EUR), mit einem Restwert von **28.847.381,48 EUR** (31.12.2017: 29.618.613,23 EUR) als ungesicherte Ausleihung zu bilanzieren.

1.3.3 Beteiligungen, Zweckverbände **4.550.185,92 EUR**

(31.12.2017: 6.592.404,49 EUR)

Gem. Nr. 12 VV zu § 49 GemHVO gelten als **Beteiligung** die Anteilswerte an Gesellschaften oder sonstigen juristischen Personen, die nicht zu den verbundenen Unternehmen gehören, sofern der Anteilsbesitz auf Dauer angelegt ist und dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde dient. Bei einer Beteiligungsquote von mehr als 20 Prozent wird diese Voraussetzung als erfüllt angesehen. Geringfügige Beteiligungen, bei denen die genannten Kriterien nicht erfüllt werden, charakterisieren sich demgegenüber als sog. andere Beteiligung.

Die **Mitgliedschaft in Zweckverbänden** ist ebenfalls den Beteiligungen zuzuordnen (Nr. 13 Hinweise zu § 49 GemHVO).

Auch bei den Beteiligungen wurde die Bilanzwerte zunächst nach der Eigenkapital-spiegelbildmethode auf Basis der vorliegenden Jahresabschlüsse ermittelt. Dies galt auch für Zweckverbände, sofern diese ihr Rechnungswesen bereits auf die doppelte Buchführung umgestellt haben (Nr. 10.2 Hinweise zu § 59 GemHVO).

Die Anteile an Beteiligungen setzen sich wie folgt zusammen:

Beteiligungsgesellschaft	**Beteili-gungsquote**	**Eigenkapital zum 31.12.2008** (gem. Zfr. 10.2 VV zu § 59 GemHVO-Doppik)	**Bilanzwert der Beteiligung zum 31.12.2008**	**Bilanzwert der Beteiligung zum 31.12.2017**	**Eigenkapital zum 31.12.2018**	**Bilanzwert der Beteiligung zum 31.12.2018**
Beteiligungen	%	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Ausbildungsverbund Metall GmbH	22,00	490.349,00	**107.876,78**	**107.876,78**	4.452.200,42	**107.876,78**
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	6,67	2.824.400,00	**188.387,48**	**66.381,39**	1.116.352,26	**66.381,39**
Regionalpark Rhein-Main-Südwest GmbH	5,88	7.913.575,44	**565.266,69**	**21.789,40**	1.005.266,74	**21.789,40**
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	3,70	2.171.629,84	**80.350,30**	**80.350,30**	2.171.629,84	**80.350,30**
Integriertes Verkehrsmanagement Frankfurt RheinMain GmbH	3,10	241.000,00	**7.471,00**	**7.471,00**	241.000,00	**7.471,00**
Nassauische Heimstätte	0,24079788	290.282.200,00	**699.234,18**	**699.234,18**	723.907.784,00	**699.234,18**
Kulturregion Frankfurt Rhein-Main gGmbH	1,85	174.130,00	**3.221,41**	**3.221,41**	143.070,21	**645,72 [nach Abwertung]**
International Marketing of the Region GmbH	1,00	2.192.717,35	**21.927,17**	**4.413,64**	1.021.212,60	**4.413,64**

Beteiligungsgesellschaft	Beteili-gungsquote	Eigenkapital zum 31.12.2008 (gem. Zfr. 10.2 VV zu § 59 GemHVO-Doppik)	Bilanzwert der Beteiligung zum 31.12.2008	Bilanzwert der Beteiligung zum 31.12.2017	Eigenkapital zum 31.12.2018	Bilanzwert der Beteiligung zum 31.12.2018
Zweckverbände						
Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim[5]	78,98	63.716,03	**50.322,92**	50.322,92*	*	50.322,92*
Zweckverband Riedwerke Kreis Groß-Gerau	11,166554	7.106.370,94	**793.536,76**	**793.536,76**	9.980.370,94	**793.536,76**
Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen	*	*	**1,00**	**1,00**	*	**1,00**
Wasserverband Schwarzbach Ried	0,7711	6.200.775,43	**97.167,10**	**49.417,71**	6.067.713,91	**49.417,71**
Zweckverband Fernost	33,30				328.805,77	*
Städteservice AöR	65,00			**4.708.627,76**	4.143.962,36	**2.668.984,88 [nach Anpassung]**

* Die Angabe eines (aktuellen) Wertes ist noch nicht möglich bzw. sinnvoll.

Problematisch gestaltet sich grundsätzlich die bilanzielle Abbildung des Beteiligungsverhältnisses beim Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim, da hier satzungsgemäß kein Beteiligungsanteil der beiden Mitgliedskommunen festgelegt ist. Alternativ wird daher i.S.d. Nr. 13 c) Hinweise zu § 49 GemHVO der Verteilungsschlüssel zur Ermittlung der jährlichen Verbandsumlage, der das Verhältnis der Einwohnerzahlen der Mitgliedskommunen zueinander ausdrückt, der Wertermittlung zugrunde gelegt.

Aufgrund dieser Berechnungsbasis würde sich das entsprechende Beteiligungsverhältnis grundsätzlich in jedem Jahr leicht verändern. Im Hinblick auf das bilanzielle Imparitätsprinzip wäre dann lediglich eine eventuelle Abwertung bei dauerhafter Wertminderung vorzunehmen, obwohl das Eigenkapital des Abwasserverbandes durch die sukzessive Anforderung der Auszahlungen aus der Altersteilzeitrückstellung in den Folgejahren aufgestockt wird[6].

Die Ermittlung des Beteiligungswertes am Zweckverband Riedwerke basiert auf dem nach den Anteilswerten der einzelnen Betriebszweige gewichteten Eigenkapital.

Die Mitgliedschaft in der Kommunalen Informationsverarbeitung Hessen (KIV) wurde mit einem Erinnerungswert von 1,- EUR bilanziert.

Da der Mitgliedschaft im Zweckverband Städtenetzwerk Fernost erfolgte kein expliziter Anschaffungsvorgang zugrunde liegt, konnte kein Beteiligungswert bilanziert werden. Die jährlichen entstehenden Kosten werden hier von den Mitgliedskommunen über eine entsprechende Umlage finanziert.

[5] Der in der Eröffnungsbilanz berücksichtigte Beteiligungswert in Höhe von 52.119,06 EUR ergab sich auf Grundlage der Einwohnerverhältsnisse zum 31.12.2008 sowie dem vorläufigen Eigenkapital des Abwasserverbandes zum 31.12.2008. Mit Vorliegen eines geprüften Jahresabschlusses des Abwasserverbands erfolgte eine Neuberechnung des Beteiligungswertes unter Berücksichtigung des Verhältnisses der Finanzierungsbeteiligungen von Rüsselsheim und Raunheim, die für die Verbandsumlage 2008 auf den Einwohnerwerten zum 31.12.2006 basierten (i.S.d. Zfr. 13 Hinweise zu § 49 GemHVO).

[6] Da die in der Eröffnungsbilanz des Abwasserverbands passivierte Altersteilzeitrückstellung nicht durch die Mitgliedskommunen finanziert wurde, wird sie sukzessive mit der tatsächlichen Inanspruchnahme angefordert werden. Der hierdurch entstehende Überschuss wird zunächst innerhalb des Eigenkapitals separat ausgewiesen und schließlich in die Nettoposition umgebucht.

Der Beteiligungswert an der zum 01.01.2016 gegründeten Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR ergab sich bislang aus der Kapitaleinlage (1.950.000,00 EUR) sowie den vom Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe übertragenen Rücklage für Müllgebühren (2.039.642,88 EUR) und der Gewinnrücklage (718.984,88 EUR). Da die bisherige Müllrücklage im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der Städteservice AöR in die Rückstellungen umzugliedern war, ergab sich eine entsprechende Reduzierung des Anteilswertes um 2.039.642,88 EUR.

Eine Anpassung wegen dauerhafter Wertminderung im Sinne d. Nr. 16 Hinweise zu § 41 GemHVO wurden zum 31.12.2018 nur bei der Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH in Höhe von 2.575,69 EUR vorgenommen.

1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht 1.727.347,60 EUR

(31.12.2017: 1.761.890,80 EUR)

Unter dieser Bilanzposition werden alle Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, erfasst. Hierunter fallen alle Beteiligungen, die nicht zu den verbundenen Unternehmen zählen. D.h. der Beteiligungsanteil liegt hier unter 50%.

Insgesamt ergab sich auf Basis der entsprechenden Darlehensverträge unter Berücksichtigung von Tilgungsrückflüssen zum 31.12.2018 ein Restwert von **1.727.347,60 EUR** für gesicherte Darlehen an die Nassauische Heimstätte.

1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens 1.224.122,18 EUR

(31.12.2017: 1.112.017,14 EUR)

Wertpapiere sind im Anlagevermögen und damit unter den Finanzanlagen zu bilanzieren, wenn sie in der Absicht erworben wurden, sie dauerhaft zu halten (Nr. 24 Hinweise zu § 49 GemHVO). Die Stadt Rüsselsheim verfügt an Wertpapieren lediglich über die über die Versorgungskasse Darmstadt angelegte Beamtenversorgungsrücklage.

Die gem. § 14a BBesG i.V.m. § 13 Abs. 1 Hessisches Versorgungsrücklagengesetz zu bildende Versorgungsrücklage wurde vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demographischen Veränderungen und dem damit einhergehend zu erwartenden Anstieg der Anzahl der Versorgungsempfänger aus Verminderungen der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen gebildet. Sie soll so letztlich der Stabilisierung der künftig zu entrichtenden Versorgungskassenbeiträge dienen. Diese kamerale Sonderrücklage wurde nicht im Kassenbestand der Stadt Rüsselsheim geführt, sondern von der Versorgungskasse Darmstadt verwaltet. Die Anlage der jährlichen Zuführungsbeträge erfolgte in einem Fonds (KVR Fonds). Der Fondsbestand wird jährlich durch einen entsprechenden Kontoauszug von der Versorgungskasse mitgeteilt. Auf dieser Basis ergab sich zum 31.12.2018 ein Wert von 1.763.675,07 EUR. Legt man hingegen die tatsächlichen Anschaffungskosten gem. § 41 Abs. 2 GemHVO, d.h. die Zahlungen der Stadt Rüsselsheim in den Jahren 1999-2016 an die Versorgungskasse, zugrunde, ergibt sich dagegen lediglich ein Wert von **1.224.122,18 EUR**. Vor dem Hintergrund des bilanziellen Niederstwertprinzips erfolgte daher der Wertansatz nur in Höhe der Anschaffungskosten.

Diese Finanzanlage speist sich aus jährlichen Zahlungen der Stadt Rüsselsheim. Liegt der Wert des Fonds zum Jahresende unter der Summe der tatsächlichen Anschaffungskosten, wäre eine entsprechende Abschreibung vorzunehmen.

Die Versorgungsrücklage deckt zugleich in der bilanzierten Höhe die auf der Passivseite auszuweisende Rückstellung für Pensionsverpflichtungen. Hier erfolgt lediglich ein entsprechender nachrichtlicher Ausweis.

1.3.6 Sonstige Ausleihungen/Sonstige Finanzanlagen 1.179.379,66 EUR

(31.12.2017: 1.344.403,42 EUR)

Dieser Bilanzposition werden alle übrigen Ausleihungen sowie die Anteile an Genossenschaften zugeordnet.

Neben den Darlehen an die Gemeinnützige Baugenossenschaft mit einem Restwert von **516.324,99** EUR fallen unter die sonstigen Ausleihungen mit Restwerten in Höhe von insgesamt **8.486,67** noch folgende Darlehensgruppen:

- Privatdarlehen
- Darlehen nach dem Rüsselsheimer Modell

Die Darlehen an Privatpersonen wurden in erster Linie unter sozialen Aspekten gewährt. Auf eine Abzinsung dieser Darlehen wurde daher verzichtet.

Die jeweiligen Restwerte ergaben sich auf Basis der entsprechenden Darlehensverträge unter Berücksichtigung von Tilgungsleistungen.

Die Mitgliedschaft in Genossenschaften ist gem. § 271 Abs. 1 Satz 5 HGB nicht den Beteiligungen zuzuordnen. Entsprechend dem kommunalen Verwaltungskontenrahmen erfolgt der bilanzielle Nachweis von Genossenschaftsanteilen im weitesten Sinn als Ausleihung bzw. sonstige Finanzanlage.

Insgesamt waren zum 31.12.2018 bei der Stadt Rüsselsheim wie im Vorjahr Genossenschaftsanteile in Höhe von **654.568,- EUR** zu bilanzieren:

Genossenschaft			Anteile		Bilanzwert des Genossenschaftsanteils	
					EUR	
Gemeinnützige Baugenossenschaft Rüsselssheim			6.256 Anteile		**644.368,00**	
Baugenossenschaft Ried			10 Anteile		**3.500,00**	
Volksbank Rüsselsheim eG			10 Anteile		**1.600,00**	
Volksbank Mainspitze eG			1 Anteil		**100,00**	
Bürgerenergie Untermain eG			50 Anteile		**5.000,00**	

2. Umlaufvermögen

Im Gegensatz zum Anlagevermögen werden im Umlaufvermögen alle Wirtschaftsgüter erfasst, die nicht dauerhaft dem kommunalen Geschäftsbetrieb dienen. D.h. die

entsprechenden Vermögensgegenstände verbrauchen sich entweder oder sind nur kurzfristig in der Kommune gebunden (Nr. 34 Hinweise zu § 58 GemHVO).

2.1. Vorräte 10.401,01 EUR

(31.12.2017: 10.866,24 EUR)

Unter Beachtung der Wertaufgriffsgrenze von 10.000,- EUR gem. Nr. 4 Hinweise zu § 36 GemHVO wird prinzipiell auf eine Bilanzierung von Vorratsvermögen verzichtet. Eine Ausnahme bildete lediglich der stichtagsbezogene Bestand an Papier und sonstigen Schreibwaren in der Hausdruckerei mit insgesamt 10.401,01 EUR (31.12.2017: 10.866,24 EUR).

2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren

Diese Bilanzposition entfällt bei der Stadt Rüsselsheim.

2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Unter den im Rahmen des Umlaufvermögens zu bilanzierenden Forderungen werden grundsätzlich Ansprüche gegenüber Dritten, Zahlungsmittel oder sonstige Vermögenswerte zu erhalten, verstanden. Der jeweilige Anspruch besteht dabei aufgrund eines Schuldverhältnisses, das öffentlich-rechtlicher oder privat-rechtlicher Natur sein kann (Nr. 20 Hinweise zu § 49 GemHVO). In der Regel erlischt eine Forderung durch Zahlung des geschuldeten Geldbetrags durch den entsprechenden Schuldner/Debitor.

Forderungen sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert anzusetzen (Nr. 14 Hinweise zu § 41 GemHVO)) und i.S.d Nr. 12 Hinweise zu § 30 GemHVO in ihrer Werthaltigkeit zu überprüfen sowie ggf. zu berichtigen. Dabei wurden Einzelwertberichtigungen in voller Höhe bei den Forderungen vorgenommen, deren Fälligkeit mindestens ein Jahr vor dem Bilanzstichtag lag.

Zur Berücksichtigung eines allgemeinen Ausfallrisikos wurden des Weiteren die übrigen Forderungen in der Regel um 1 % des Nominalwertes pauschal wertberichtigt. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden seit 2015 nicht mehr bei Forderungen vorgenommen, wenn die entsprechenden Forderungsarten ebenfalls dem öffentlichen Sektor zuzuordnen waren.

Eine Pauschalwertberichtigung wird ebenfalls nicht bei den Forderungen gegenüber Eigenbetrieben und Eigengesellschaften vorgenommen, die lediglich die Finanzbeziehungen innerhalb des Liquiditätsverbundes der Stadt Rüsselsheim zur Beschaffung von Kassenkrediten abbilden. Diesen Forderungen stehen in gleicher Höhe Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung gegenüber. Sie resultieren teilweise aus umgegliederten Verbindlichkeiten.

Zum 31.12.2018 wurden nach diesen Maßgaben und unter Berücksichtigung von einzelfallbezogenen Niederschlagungen folgende Wertberichtigungen bilanziert:

- Einzelwertberichtigungen: 9.827.305,63 EUR

- Pauschalwertberichtigungen: 84.689,94 EUR

Die sich hieraus ergebenden Forderungskorrekturbeträge werden, aufgeteilt unter Berücksichtigung der einzelnen Forderungsarten, auf gesonderten Wertberichtigungskonten mit negativem Vorzeichen dargestellt und korrigieren damit die korrespondierenden Bilanzpositionen.

Zur Abstimmung der Forderungen wurde den einschlägigen Sachkonten bezogen auf die jeweiligen Bilanzpositionen grundsätzlich eine Auswertung der entsprechenden offenen Debitorenposten gegenübergestellt. Entsprach der Saldo des Forderungskontos dem Saldo der korrespondierenden OP-Liste, wurde das Sachkonto als abgestimmt angesehen.

Etwaige Differenzen wurden einer näheren Betrachtung unterzogen und waren vorwiegend auf die direkte Bebuchung von Forderungskonten, die Verbuchung von Niederschlagungen sowie kreditorische Buchungen auf Forderungskonten zurückzuführen. Bereinigungen erfolgten nur, wenn sie unter Maßgeblichkeitsgesichtspunkten mit vertretbarem Aufwand zu leisten waren. Kreditorische Debitoren wurden grundsätzlich umgegliedert und als Verbindlichkeit dargestellt.

In der Bilanz zum 31.12.2018 werden folgende Forderungsgruppen unterschieden:

2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen

16.574.186,98 EUR
(31.12.2017: 17.786.834,83 EUR)

Die Forderungen aus Zuweisungen und Transferleistungen beziehen sich auf Geldleistungen innerhalb des öffentlichen Sektors. Hierunter fallen regelmäßig in erster Linie Forderungen aus der Abwicklung des Unterhaltsvorschussgesetzes, der Jugendhilfe und des Bereichs Asyl.

Besonders hervorzuheben sind im Rahmen der Abwicklung der Sonderinvestitionsprogramme (SIP/KIP) zu bilanzierenden Forderung gegenüber dem Land Hessen in Höhe von 7.878.288,79 EUR (31.12.2017: 8.227.387,29 EUR. Diese Forderungen bilden den vom Land zu übernehmenden Tilgungsanteil ab und korrespondieren mit entsprechenden Sonderposten sowie den Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen.

Insgesamt waren hier Forderungen in Höhe von **16.574.186,98** (30.12.2017: 17.786.834,83,00 EUR) zu bilanzieren.

2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

4.529.091,56 EUR
(31.12.2017: 3.096.106,20 EUR)

Hierunter werden Gebühren- und Beitragsforderungen, Steuer- und ähnliche Forderungen verstanden. Der jeweilige Anspruch besteht auf öffentlich-rechtlicher

Grundlage. Die Bilanzposition erfasst insbesondere Forderungen aus den Bereichen Grund- und Gewerbesteuer sowie aus kommunalen Gebühren.

Gegenüber dem Vorjahr wurde eine deutlich höhere Forderung aus Steuern bilanziert.

2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 418.349,75 EUR

(31.12.2017: 461.087,60 EUR)

Forderungen aus Leistungen der Kommune bestehen in der Regel auf privatrechtlicher Grundlage. Der Bilanzwert beträgt **412.918,93 EUR** (31.12.2017: 461.087,60 EUR).

2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen 25.818.328,39 EUR

31.12.2017: 27.006.895,12 EUR)

Hierunter fallen insbesondere Forderungen gegenüber den kommunalen Eigengesellschaften und Eigenbetrieben. Da sich die Gesellschaften der Stadt Rüsselsheim wie Gesundheits- und Pflegezentrum, Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft und Stadtwerke sowie die Eigenbetriebe Städtische Betriebshöfe und Kultur 123 sowie der Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim zur Beschaffung von Kassenkredite in einem Liquiditätsverbund befinden, weist die Bilanzposition insbesondere Forderungen aus diesem Bereich aus. Da die Forderungen nur kurzfristigen Charakter haben, waren sie nicht den Ausleihungen zuzuordnen. Sie korrespondieren überwiegend mit entsprechenden Verbindlichkeiten zur Liquiditätsbeschaffung.

Die per Saldo geringeren Forderungen gegenüber dem Vorjahr beruhen insbesondere auf einen höheren Liquiditätsbedarf der GPR gGmbH.. Gleichzeitig gingen im Rahmen des Liquiditätsverbunds die Forderungen gegenüber der Stadtwerke GmbH deutlich zurück.

Der Bilanzwert beläuft sich insgesamt auf **25.818.328,39 EUR** (31.12.2017: 27.006.895,12 EUR).

2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände 1.957.522,20 EUR

(31.12.2017: 2.478.332,77 EUR)

Diese Bilanzposition dient als sog. Sammelposten und erfasst insbesondere Forderungen aus durchlaufenden Posten (z.B. Müllgebühren), Nebenforderungen im Rahmen von Mahnung und Vollstreckung sowie umgegliederte Verbindlichkeiten, die sich als Forderungen charakterisieren.

Wie schon in den Vorjahren war hier weiter eine Forderung gegenüber der Erschließungsgesellschaft Terramag im Zusammenhang mit der Entwicklung des Wohngebiets Blauer See in Höhe von **504.919,62 EUR**) zu bilanzieren.

Ferner werden hier die Handkassen für verschiedene Verwaltungsbereiche ausgewiesen.

2.3.6 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Diese Bilanzposition entfällt bei der Stadt Rüsselsheim.

2.4 Flüssige Mittel — 1.597.644,03 EUR

(31.12.2017: 2:370:582,03 EUR)

Die Bilanzposition Liquide Mittel bildet den stichtagsbezogene Kassenbestand der Stadt Rüsselsheim, die entsprechenden Bestände etwaiger Nebenkassen sowie die Sichtguthaben bei Banken und Sparkassen ab.

Der Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2018 beträgt **1.597.644,03 EUR** (31.12.2017: **2:370:582,03 EUR)** und setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2015	**31.12.2016**	**31.12.2017**	**31.12.2018**
a) Barkasse				
- zentr. Barkasse	7.457,50	8.227,65	5.397,97	3.456,57
- Zahlstellen		500,00	300,00	300,00

	31.12.2015	**31.12.2016**	**31.12.2017**	**31.12.2018**
b) Bankbestände				
Girokonten				
- Kreissparkasse	22.852,33	507.032,74	1.536.028,66	421.258,27
- Rüsselsheimer Volksbank	9.937,43	107.228,33	252.174,26	299601,76
- SEB	7.504,60	6.028,78	0,00	0,00
- Postbank	15.481,68	151.230,42	505.258,56	798.895,40
- Postbank (OWI)	3.454,32	8.431,14	5.038,59	4.235,19
Sonderkonten				
- Rüsselsheimer Volksbank, Freiwillige Feuerwehr	432,70	1.953,02	1.827,33	1.602,32
- Fonds F.S.S.K. (Fonds für sozial sozial schwache Kinder)	19,40	19,40	0,00	0,00

	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018
- Täter-Opfer-Ausgleich	40.562,93	44.133,08	58.247,72	61.386,55
- Mündelgelder	8.932,02	5.345,28	6.308,94	5.514,60
c) Geldtransit	**67.000,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
d) Paketmarken, u.ä.				**1.393,36**

Die o.g. Werte wurden in der Regel auf der Basis von Kontoauszügen verbucht. Saldenbestätigungen der entsprechenden Kreditinstitute wurden eingeholt. Etwaige Differenzen zwischen den Saldenbestätigungen und den Bankbeständen in der Buchhaltung resultieren grundsätzlich aus unterschiedlichen Valuta zum Jahreswechsel.

Bei den Konten für den Täter-Opfer-Ausgleich, der Freiwilligen Feuerwehr und den Mündelgeldern wurde parallel zur Verbuchung unter der Bilanzposition liquide Mittel eine Verbindlichkeit aus Verwahrungen bilanziert. Hierdurch wird dem Umstand Rechnung getragen, dass es sich eigentlich nicht um Finanzmittel zur freien Verfügung der Stadt Rüsselsheim handelt.

Das Konto für den Fonds F.S.S.K. wurde bereits 2017 aufgelöst.

Ebenfalls zu den liquiden Mitteln zählt der Bestand an Paketmarken, Briefmarken, Freistemplern und sonstigen Postwertzeichen. Freistempler und Briefmarken waren zum Bilanzstichtag nicht vorhanden. Der Bestand an Paketmarken wurde zum 31.12.2018 mit insgesamt 1.393,36 EUR ermittelt und erstmals bilanziert.

3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten 3.143.714,54 EUR

(31.12.2017: 3.420.387,22 EUR)

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Auszahlungen vor dem Bilanzstichtag gebildet, die Aufwand für eine der folgenden Rechnungsperioden darstellen. Insgesamt waren in diesem Sinne aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von **3.143.714,54 EUR** (31.12.2017: 3.420.387,22 EUR) zu bilanzieren.

Hierunter fallen in erster Linie die Ansparraten für die Darlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds, die sich als vorweggenommene Verzinsung verstehen und daher über die gesamte Laufzeit des Darlehens mit anteiligen Beträgen darzustellen sind. Die sich im Sinne einer periodengerechten Zuordnung auf die Haushaltsjahre 2010 ff beziehenden Teilbeträge belaufen sich insgesamt auf **2.124.613,22 EUR**.
Dieser Wert resultiert aus allen einschlägigen Altverträgen und wurde unter Berücksichtigung von neu abgeschlossenen Verträgen angepasst.

Für die sog. Sonderbeiträge, die für Darlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds bei vorzeitiger Inanspruchnahme des Darlehens am Ende der Laufzeit zu zahlen

sind, wurde ebenfalls eine aktive Rechnungsabgrenzung in Höhe von **240.985,84 EUR** gebildet. Dieser Betrag wird entsprechend der jeweiligen Darlehenslaufzeit auf die betreffenden Jahre verteilt. Parallel hierzu wurde eine Verbindlichkeit aus Krediten gegenüber dem Land in Höhe von 554.482,04 EUR passiviert. Diese wird zum jeweiligen Fälligkeitszeitpunkt der Sonderbeitragszahlungen sukzessive ausgeglichen werden.

Eine weitere Rechnungsabgrenzung war für die Beamtenbezüge des Januars 2019, die bereits Ende Dezember 2018 ausgezahlt wurden, zu bilden. Dieser Rechnungsabgrenzungsposten beträgt **221.344,16 EUR**. Der bilanzierte Wert basiert auf den entsprechenden Buchungen im Personalabrechnungsverfahren (LOGA).

Außerdem wurden aktive Rechnungsabgrenzungsposten aus Lieferung und Leistung in Höhe von **245.581,55 EUR** verbucht. Hierzu wurden auf Basis der entsprechenden Rechnungsbelege die anteiligen Aufwandsbeträge für folgende Rechnungsperioden errechnet.

Für Leistungen insbesondere im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfen und des Unterhaltsvorschussgesetzes für den Januar 2018, die bereits Ende Dezember 2018 ausgezahlt worden sind, wurde ein Rechnungsabgrenzungsposten von **114.804,90 EUR** gebildet.

Schließlich wurde für Zuweisungen und Zuschüsse ein Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von **195.528,49 EUR** sowie für Courtagen (**590,38 EUR**) und Steuern (**266,00 EUR**) gebildet.

II. Passiva

1. Eigenkapital **179.964.602,35 EUR**
(31.12.2017: 80.359.042,43 EUR)

Die **Nettoposition** innerhalb des Eigenkapitals ergibt sich grundsätzlich zum Stichtag aus der Saldierung der Aktiva und der Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie Passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Sie beträgt zum 31.12.2018 **189.022.274,83 EUR** (31.12.2017: 289.275.542,51 EUR).

Direkt verändert werden konnte die Nettoposition zunächst nur durch notwendige Korrekturen von Bilanzpositionen auf der Aktiv- und Passivseite, die i.S.d. § 108 Abs. 5 HGO bis Ende 2012 ergebnisneutral vorgenommen werden konnten.

Als weitere Position innerhalb des Eigenkapitals sind der **ordentliche** und der **außerordentliche Fehlbetrag 2018** sowie die kumulierten Fehlbeträge der Vorjahre auszuweisen. Diese Beträge spiegeln das entsprechende Jahresergebnis des Haushaltsjahres wider und betragen:

	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018
Ordentl. Fehlbetrag/ Überschuss (-)::	34.565.682,79	-542.889,92	16.132.252,62	13.656.302,68	13.244.504,76	9.091.414,09
Außerordentl. Fehlbetrag / Überschuss (-):	-792.835,04	838.584,33	3.544.451,41	-1.001.906,78	1.458.244,91	4.130.525,99

Fehlbeträge sind grundsätzlich durch Überschüsse der Folgejahre auszugleichen. Ist ein Ausgleich nicht möglich, erfolgt ein Vortrag auf neue Rechnung.

Mit dem Abschluss des Konsolidierungsvertrags im Rahmen des Kommunalen Schutzschirms mit der Stadt Rüsselsheim am 12.02.2013 gewährte das Land Hessen im Gegenzug zur Verpflichtung einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung insgesamt Entschuldungshilfen in Höhe von 128.798.418,00 EUR. Diese Übernahme von Darlehen durch das Land erfolgte in mehreren Teilbeträgen 2013-2015, wobei im Jahr 2015 10.000.000,00 (2014: 40.000.000,00 EUR / 2013:78.798.418,00 EUR) abgelöst wurden. Diese Beträge erhöhten letztlich unmittelbar die Nettopositon (§ 9 Abs. 3 Verordnung zur Durchführung des Schutzschirmgesetzes).

Des Weiteren werden im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsprogramms „Hessenkasse“ Liquiditätskredite im Umfang von 195.100.000,00 EUR durch das Land abgelöst. Unter Berücksichtigung der ersten Tranche der Ablösebeträge in Höhe von 160.100.000,00 EUR zum 17.09.2018 und der Passivierung des von der Stadt Rüsselsheim zu leistenden Eigenbetrags (47.272.500,00 EUR (25,- € x 63.030 EW x 30 Jahre) ergibt sich zum 31.12.2018 ein Verrechnungsbetrag mit den vorgetragenen Defiziten von 112.827.500,- EUR. Weitere Ablösebeträge folgen in den Jahren 2020 (10,0 Mio. EUR) und 2021 (15,0 Mio. EUR).

Im Rahmen der endgültigen Feststellung des geprüften Ergebnisses 2018 wird zudem gemäß § 25 Absatz 3 Satz 2 Gemeindehaushaltsverordnung[7] einmalig von

[7] In der Fassung vom 25.04.2018, gültig vom 01.01.2019 bis 30.09.2021.

der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, die verbleibenden Defizite im ordentlichen Ergebnis gegen die Nettoposition zu verrechnen. Diese Verrechnung erfolgte insgesamt über einen Betrag von 100.253.267,68 EUR und reduziert die Nettoposition damit auf 189.022.274,83 EUR.

Das Eigenkapital spiegelt letztlich den Vermögensteil wieder, welcher der Stadt Rüsselsheim zum 31.12.2018 unbelastet zuzuordnen ist. Der Eigenkapitalanteil ist damit ein wesentlicher Faktor zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit einer Kommune. Es wird sich durch etwaige Verluste der folgenden Haushaltsjahre grundsätzlich sukzessive reduzieren.

Bei einem Bilanzvolumen zum 31.12.2018 von 602,5 Mio. EUR (31.12.2017: 597,6 Mio. EUR) beträgt die Eigenkapitalquote stichtagsbezogen unter Berücksichtigung der ausgewiesenen Fehlbeträge und der verbuchten Entschuldungshilfen 29,9 % (31.12.2017: 13,4 %).

2. Sonderposten

Sonderposten werden in erster Linie aus empfangenen Investitionszuweisungen und -beiträgen gebildet. Sie sind grundsätzlich den damit finanzierten Investitionen zuzuordnen und über deren Nutzungsdauer ertragswirksam aufzulösen. Diese Erträge korrespondieren in gewisser Weise mit den entsprechenden Aufwendungen für Abschreibungen und bewirken so eine Ergebnisverbesserung. Der Bilanzwert spiegelt so den noch nicht aufgelösten Restwert zum 31.12.2018 wider.

Ist eine Zuordnung nicht oder nicht mit vertretbarem Aufwand möglich, so können Sonderposten gem. § 38 Abs. 4 GemHVO pauschal mit 10 % pro Jahr oder im Sinne der Nr. 14 Hinweise zu § 59 GemHVO über die durchschnittliche Nutzungsdauer der Anlageklasse aufgelöst werden.

Insgesamt wurden zum 31.12.2018 Sonderposten in Höhe von **89.700.484,54 EUR** (31.12.2017: 87.039.878,63 EUR) passiviert.

2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge

2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich 51.340.365,51 EUR

(31.12.2017: 47.840.384,23 EUR)

Die Sonderposten aus Zuweisungen vom öffentlichen Bereich setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018
Sonderposten aus Zuweisungen vom Bund	1.941.676,00	1.860.684,00	1.779.732,00	1.698.897,00
Sonderposten aus Zuweisungen vom Bund im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms	3.291.913,00	3.163.501,00	3.035.088,00	2.906.676,00
Sonderposten aus Zuweisungen vom Bund im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms				2.495.875,00

	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018
Sonderposten aus Zuweisungen vom Land	16.514.177,80	16.123.655,80	18.048.637,35	20.166.350,00
Sonderposten aus pauschalen Investitionszuweisungen vom Land	15.107.123,00	14.590.484,00	14.073.844,00	13.557.204,00
Sonderposten aus Zuweisungen vom Land im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms	7.964.624,35	7.646.738,35	7.323.335,69	7.002.691,36
Sonderposten aus Zuweisungen vom Land im Rahmen des Kommunalen Investitions-programms			840.907,19	840.907,19
Sonderposten aus Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	2.657.675,00	2.576.654,00	2.501.001,00	2.443.475,61
Sonderposten aus Zuweisungen (öffentliche Sonderrechnung, Beteiligungen,verbundene Unternehmen, Zweckverbände)	173.196,00	200.784,00	237.839,00	228.289,00

Die Sonderposten aus Zuweisungen des Bundes ergeben sich aus projekt-bezogenen Zuweisungen des Bundes insbesondere im Rahmen der Stadter-neuerung, für die Bahnunterführung in der Königstädter Straße sowie aus Kosten-anteilen der Bundespost für die Erneuerung von Bürgersteigen sowie aus Zuweisungen in Rahmen der Sonderinvestitionsprogramme. Sofern keine direkte Zuordnung auf ein bestimmtes Anlagegut vorgenommen werden konnte, erfolgt die Auflösung pauschalisiert.

Die Sonderposten für pauschale Landeszuweisungen resultieren aus der Allgemeinen Investitionspauschale (Restwert: 3.149.893,00 EUR), der Schulbaupauschale (10.402.096,00 EUR) und der Investitionspauschale für Straßenbau (8.828,00 EUR). Da eine Zuordnung auf bestimmte Investitionen nicht möglich war, erfolgte die Auflösung des jeweiligen Jahresaufkommens im Bereich der Straßen über 30 Jahre und bei der Schulbaupauschale über 60 Jahre. Die ertragswirksame Auflösung der allgemeinen Investitionspauschale über 20 Jahres orientiert sich dagegen an der Laufzeit von Landesdarlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds.

Des Weiteren bilanziert in Höhe des im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms vom Land übernommenen Tilgungsanteils ein Sonderposten in Höhe von 7.002.691,96 EUR. Dieser Sonderposten korrespondiert mit einer Forderung in gleicher Höhe und wird mit Fertigstellung der entsprechenden Maßnahmen bzw. analog der zu verbuchenden Tilgungszahlungen über 30 Jahre aufgelöst werden.

Aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Bundes wurden außerdem Sonderposten mit einem Restwert von 2.906.676,00 EUR passiviert, die ebenfalls über 30 Jahre ertragswirksam aufzulösen sind.

Im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms (KIP), das ab 2016 umgesetzt wurde, wurde ebenfalls ein Sonderposten für die übernommenen Tilgungsanteile des Landes in Höhe von 80 % der entsprechenden Darlehen zu passiviert (Restwert zum 31.12.2018: 840.907,19 EUR). Dieser Sonderposten korrespondiert ebenfalls mit einer Forderung und wird über 30 Jahre aufgelöst. Aus Bundesmitteln war des Weiteren ein Sonderposten von 2.495.875,00 EUR zu bilden.

Für Landeszuweisungen zur Finanzierung von Projekten im Rahmen der Programme Attraktivitätssteigerung Innenstadt, Einfache Stadterneuerung, Soziale Stadterneuerung und Stadtumbau Hessen wurden Sonderposten aus dem jeweiligen Jahresaufkommen gebildet und pauschal über 20 Jahre auf den Bilanzstichtag aufgelöst. Die Auflösungsdauer orientiert sich dabei insbesondere an der Nutzungsdauer der korrespondierenden Investitionszuschüsse.

Weitere Landeszuweisungen für den Bereich der Abwasserbeseitigung wurden entsprechend der Nutzungsdauer der geförderten Bauvorhaben mit dem noch nicht aufgelösten Restwert passiviert.

Projektbezogene Zuweisungen für verschiedene Straßenbauvorhaben wurden analog der zulässigen Wertermittlung für Straßen gem. Zfr. 8.6 VV zu § 59 GemHVO mit der Hälfte des Gesamtaufkommens der Jahre 1980-2006 als pauschalierter Sonderposten angesetzt. Dieser Sonderposten wird über eine Restnutzungsdauer von 15 Jahren ertragswirksam aufgelöst.

Weitere projektbezogene Landeszuweisungen waren insbesondere für den Neubau der Feuerwache, den Brandschutz, Ganztagsangebote an Schulen, GPR Seniorenresidenz, Kinderbetreuungsfinanzierung, interkommunale Projekte und den Hessentag zu bilanzieren.

Die Sonderposten aus Zuweisungen von anderen Gemeinden und dem Kreis Groß-Gerau über insgesamt 2.443.475,61 EUR (31.12.2017: 2.501.001,00 EUR) resultieren vor allem aus den anteiligen Kostenerstattungen des Kreises für die Erweiterung und Sanierung sowie sonstige Investitionen an der Helen-Keller-Schule. Hinzu kommen Sonderposten aus den Kreiszuweisungen für die neue Feuerwache sowie für das Haus der Senioren.

2.1.2 Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich 13.509.970,42 EUR

(31.12.2017: 13.866.876,64 EUR)

Die Sonderposten für Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich resultieren in erster Linie aus dem Aufkommen an Fehlbelegungsabgabe der Jahre 1993ff, mit insgesamt 11.050.059,18 EUR (2017: 11.537.161,80 EUR).

Das Aufkommen aus der Fehlbelegungsabgabe musste gem. § 12 Abs. 3 HessAFWoG abzüglich einer 10prozentigen Verwaltungskostenpauschale wiederum für Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung „mit ausreichend Mietwohnraum zu angemessenen Bedingungen“ verwendet werden. Bei einer darlehensweisen Verwendung waren die entsprechenden Tilgungsrückflüsse ebenfalls wiederum für den Sozialen Wohnungsbau einzusetzen. Die entsprechenden Einnahmen werden gesetzeskonform wie folgt verwendet:

1) Vergabe von Darlehen an die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft gGmbH (Gewobau) und das Gesundheits- und Pflegzentrum Rüsselsheim gGmbH (GPR)
2) Gewährung von Investitionszuschüssen an Gewobau und GPR
3) Erwerb von Belegungsrechten bei der Gewobau

Da die Finanzierung dieser Bilanzwerte demnach nicht aus eigenen Mitteln erfolgte, waren entsprechende Sonderposten zu bilden.

Die mit den Ausleihungen korrespondierenden Sonderposten wurden in Höhe der jeweiligen Restschuld zum 31.12.2018 passiviert. Eine Auflösungsdauer wurde hier nicht festgelegt, da die Zinssätze über die Laufzeit variieren können. Die entsprechenden Auflösungsbeträge ergeben sich analog der jährlichen Tilgungszahlungen.

Für die gewährten Investitionszuschüsse und erworbenen Belegungsrechte wurde für jede Auszahlungstranche ein chronologisch korrespondierender Sonderposten gebildet. Die Auflösungsdauer wurde bei der Förderung von Baumaßnahmen auf 60 Jahre und bei den Belegungsrechten auf 15 bzw. 20 Jahre entsprechend der jeweiligen Vereinbarung festgelegt.

Weitere Sonderposten wurden vor allem für projektbezogene Zuschüsse von privaten Unternehmen und Einrichtungen insbesondere aus dem sog. Regionalfonds im Bereich der Schulen (1.306.105,40 EUR), für das Regenklärbecken im Weinfass (331.216,00 EUR) sowie im Rahmen der Erschließung des Gewerbegebiets Alzeyer Straße (598.083,00 EUR) und aus diversen kleineren Zuschüssen gebildet.

2.1.3 Investitionsbeiträge — 23.748.837,82 EUR
(31.12.2017: 24.344.226,35 EUR)

Die Sonderposten aus Investitionsbeiträgen gliedern sich wie folgt:

- Sonderposten aus Erschließungsbeiträgen: **4.447.226,00 EUR**
- Sonderposten aus Abwasserbeiträgen: **12.464.013,00 EUR**
- Sonderposten, Erschließungsbeiträge, gemeindeeigene Grundstücke: **1.222.718,23 EUR**
- Sonderposten, Erschließungskosten, Wohngebiet Blauer See: **5.614.880,59 EUR**

Zur Ermittlung der Sonderposten aus Erschließungsbeiträgen wird das Aufkommen der Einnahmen der Jahre 1989-2018 erfasst. Der Betrachtungszeitraum von 30 Jahren orientierte sich an der angenommenen Nutzungsdauer für Straßen. Da eine exakte Zuordnung dieser Einnahmen auf bestimmte Straßenabschnitte regelmäßig nicht möglich ist, wurde für jedes Jahr ein separater Sonderposten gebildet, der über 30 Jahre auf den Bilanzstichtag aufzulösen war.

Der Sonderposten aus Abwasserbeiträgen wurde unter Berücksichtigung einer Nutzungsdauer von 70 Jahren und auf Basis des Aufkommens der Jahre 1976-2018 analog ermittelt.

Des Weiteren ist dieser Bilanzposition ein Sonderposten aus den fiktiven Beiträgen, Kostenerstattungen und Ausgleichsabgaben für erschlossene Grundstücke, die sich im Eigentum der Stadt Rüsselsheim befinden, zugeordnet (**1.222.718,23 EUR**). Hierdurch wird sichergestellt, dass im Fall einer Veräußerung der entsprechenden Grundstücke bei gleichzeitiger Auflösung der korrespondierenden Sonderposten im Regelfall keine Ergebnisbelastung eintritt. Mit der Vereinnahmung dieser Beiträge im

Rahmen des Verkaufpreises wird dann wiederum ein entsprechender Sonderposten passiviert und regelmäßig aufgelöst.

Schließlich ergab sich im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2011 die Notwendigkeit einen weiteren Sonderposten für die in den Bilanzwerten der Grundstücke des Wohngebiets Blauer See enthaltenen anteiligen Erschließungskosten zu passivieren, der ebenfalls der beschriebenen Ergebnisneutralisierung dienen sollte und mit **5.614.880,59 EUR** bilanziert. Aufgrund entsprechender Grundstücksverkäufe waren neue Sonderposten zu passivieren.

2.2 Sonstige Sonderposten 951.081,41 EUR

(31.12.2017: 1.001.531,41 EUR)

Die sonstigen Sonderposten ergaben sich vor allem aus den Einnahmen aus Ablösebeiträgen nach der Stellplatzsatzung. Da eine exakte Referenzierung der Ablösebeiträge auf bestimmte Maßnahmen nicht möglich war, wurden die Jahreseinnahmen 1989-2018 über einen Zeitraum von 30 Jahren ertragswirksam aufgelöst. Stichtagsbezogen ergab sich so unter Berücksichtigung der Auflösungsbeträge ein Restwert in Höhe von 254.178,00 EUR.

Daneben wurden Sonderposten aus den Zuweisungen der Fraport für Schallschutz in Höhe von 154.038,00 EUR, aus den Kostenerstattungen für den Lärmschutzwall Blauer See (191.993,00 EUR), aus Kostenerstattungen für Kanalhausanschlüsse (260.301,00 EUR) sowie aus der naturschutzrechtlichen Ausgleichsabgabe (64.071,41 EUR) sowie im Rahmen der Baumschutzsatzung (26.500,00 EUR) passiviert.

3. Rückstellungen

Nach § 39 Abs. 1 GemHVO-Doppik sind Rückstellungen für noch nicht exakt bezifferbare Verbindlichkeiten zu bilden, die ihre Ursache zwar vor dem Bilanzstichtag haben, aber erst in den folgenden Jahren zu einer tatsächlichen Aufwendung und Auszahlung führen. Sie dienen der periodengerechten Zuordnung der entsprechenden Aufwendungen und sind zum Zeitpunkt ihrer Inanspruchnahme erfolgsneutral. Entspricht in den Folgeperioden die Inanspruchnahme nicht der gebildeten Höhe der Rückstellung ist entsprechend ein periodenfremder Aufwand oder Ertrag zu verbuchen.

Bei der Bildung der Rückstellungen für die Jahre 2009-2015 wurde grundsätzlich von den Erleichterungsregelungen zur Erstellung der Jahresabschlüsse (Erlass des HMdISp vom 30.07.2014) Gebrauch gemacht. Hiernach sind Pflichtrückstellungen nach § 39 Abs. 1 Nr. 3 bis 9 nicht erforderlich. Da allerdings eine Reihe dieser Rückstellungen bereits in der Eröffnungsbilanz passiviert wurden (Altersteilzeit, Sanierung von Altlasten, Finanzausgleich, anhängige Gerichtsverfahren), wurden sie im Sinne der Bilanzkontinuität auch in den folgenden Jahren weitergeführt bzw. abgewickelt.

Vor diesem Hintergrund wurden zum 31.12.2018 die folgenden Rückstellungen bilanziert.

3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

50.764.575,00 EUR
(31.12.2017: 49.864.444,64 EUR)

Pensionsrückstellung

Rückstellungen für Pensionen sind mit dem Barwert erworbener Versorgungsansprüche zu bilanzieren (§ 41 Abs. 6 GemHVO). Die hierzu notwendige personenbezogene finanzmathematische Ermittlung erfolgt durch die Versorgungskasse Darmstadt. Gemäß § 41 Abs. 6 GemHVO-Doppik wurde für die Berechnung des Teilwertes ein Zinssatz von 6 % zugrunde gelegt.

Die Bildung einer Pensionsrückstellung trägt dem Umstand Rechnung, dass der Pensionsanspruch des Beamten grundsätzlich gegenüber seinem Dienstherrn besteht. Tatsächlich werden allerdings zur Finanzierung der Pensionszahlungen monatliche Umlagen für die aktiven und im Ruhestand befindlichen Beamten entrichtet und damit über den kommunalen Haushalt direkt keine Pensionszahlungen abgewickelt. Eine tatsächliche liquiditätswirksame Inanspruchnahme der Pensionsrückstellung findet daher unmittelbar nie statt, sie ist allerdings in ihrem Bestand jährlich erfolgswirksam anzupassen.

An Pensionsrückstellungen für die Beamten der Stadt Rüsselsheim wurden zum 31.12.2018 insgesamt **36.341.598,00** EUR (31.12.2017: 35.228.380,00 EUR) bilanziert.[8]

Neben den zu bildenden Rückstellungen für die Beamten der Stadt und der Eigenbetriebe wurden auch für die aktiven bzw. Ruhestandsbeamten der GPR gGmbH auf Basis entsprechender Berechnungen der Versorgungskasse Darmstadt Pensionsrückstellungen in Höhe von 2.259.493,00 EUR (31.12.2017: 2.298.322,00 EUR) passiviert. Da die GPR gGmbH zum 31.12.2018 ebenfalls eine Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen mit 3.509.561,00 EUR (Vorjahr: 3.380.884,00 EUR) gebildet hat, wurde in gleicher Höhe eine Forderung gegenüber der Eigengesellschaft bilanziert.

Zum 31.12.2017 wurde des Weiteren in einem Volumen von 3.250.508,00 EUR (31.12.2017: 3.354.241,00 EUR) eine Pensionsrückstellung für aktive Beamte und Pensionsempfänger der GPR gGmbH, die ihren Anspruch vor dem 01.01.1987 erworben haben, sog. Altfälle, passiviert. Nach Art. 28 EGHGB verzichtete die Eigengesellschaft auf eine Bilanzierung. Um die Verbuchung eines Aufwands zur Bildung einer Rückstellung bei der GPR gGmbH zu vermeiden, verzichtet die Stadt Rüsselsheim für diese Fälle im Gegenzug auf die Einstellung einer Forderung.

Insgesamt wurden damit **Pensionsrückstellungen** im Umfang von **41.851.599,00 EUR** (31.12.2017: 40.859.061,00 EUR) passiviert.

[8] Am Bilanzstichtag ist der nach § 41 Abs. 6 GemHVO anzuwendende Rechnungszins in Höhe von 6% höher als der von der Bundesbank bekanntgegebene gültige Abzinsungssatz nach § 235 Abs. 2 HGB in Höhe von 4,31 %. Gemäß Nr. 4 Satz 4 der Hinweise zu § 39 GemHVO würde sich bei Anwendung des Abzinsungssatzes nach § 235 Abs. 2 HGB ein Rückstellungswert der Pensionsrückstellung in Höhe von 43.510.145,- EUR ergeben (31.12.2015).

Beihilferückstellung

Die Beihilferückstellung dient ebenfalls der periodengerechten Zuordnung von Beihilfeverpflichtungen des Dienstherrn gegenüber seinen Beamten. Die passivierten Rückstellungen für Beihilfen basieren auf entsprechenden Berechnungen der Versorgungskasse Darmstadt.

An Beihilferückstellungen für die Beamten der Stadt wurden insgesamt 8.166.634,00 EUR (31.12.2017: 8.064.961,00 EUR) bilanziert.

Analog der Pensionsrückstellungen wurde mit 253.548,00 EUR (Vorjahr: 313.092,00 EUR) eine Beihilferückstellung für die aktiven und Ruhestandsbeamten der GPR gGmbH passiviert und gleichzeitig eine Forderung in Höhe von 487.000,00 EUR (Vorjahr: 486.400,00 EUR) bilanziert.

Für die sog. Altfälle der GPR gGmbH musste eine Beihilferückstellung in Höhe von 492.794,00 EUR (Vorjahr: 524.584,00 EUR) eingestellt werden. Auch hier wird wie bei den Pensionen von der Bilanzierung einer Forderung abgesehen.

Insgesamt wurden damit **Beihilferückstellungen** in einem Umfang von **8.912.976,00 EUR** (31.12.2017: 8.815.283,00 EUR) passiviert.

Altersteilzeitrückstellung

Die Bildung von **Altersteilzeitrückstellungen** erfolgt für die betreffenden Beschäftigten in der Aktivphase der Altersteilzeit zur Finanzierung der Freistellungsphase. Die Rückstellungswerte für Altersteilzeit wurden über das Personalabrechnungsverfahren LOGA von der Ekom21 ermittelt.

Auf dieser Grundlage wurde zum 31.12.2018 die Altersteilzeitrückstellung in voller Höhe in Anspruch genommen.

Die genannten Rückstellungen entwickeln sich damit wie folgt:

Rückstellung	**31.12.2014** EUR	**31.12.2015** EUR	**31.12.2016** EUR	**31.12.2017**	**31.12.2018**
Pensionen (Stadt)	35.414.079,00	35.767.060,00	35.261.004,00	35.228.380,00	36.341.598,00
Beihilfen (Stadt)	8.942.990,00	8.115.978,00	8.167.608,00	8.064.961,00	8.166.634,00
Pensionen (GPR)	5.463.019,00	4.649.384,00	5.695.948,00	5.630.681,00	5.510.001,00
Beihilfen (GPR)	1.077.523,00	908.440,00	778.892,00	750.322,00	746.341,00
Altersteilzeit (ATZ)	3.784.202,98	2.345.585,24	1.057.614,38	190.100,64	0,00

3.2 Rückstellungen für den Finanzausgleich und aus Steuerschuldverhältnissen

105.870,52 EUR
(31.12.2017: 480.149,42 EUR)

Die Bildung einer **Finanzausgleichsrückstellung** berücksichtigt den Umstand, dass die Berechnung der jährlich zu entrichtenden Kreisumlage auf der Steuerkraft einer Referenzperiode beruht, die den Zeitraum vom 01.07 des Vorvorjahres bis 30.06. des Vorjahres erfasst.

Da die Finanzausgleichsrückstellung die jährlichen Schwankungen im kommunalen Steueraufkommen und die daraus resultierende Belastung bei der Kreisumlage ausgleichen soll, werden für die Berechnung lediglich außergewöhnlich hohe Steueraufkommen berücksichtigt. Hierzu wurde bisher auf der Basis eines fünfjährigen Bezugszeitraums eine jeweils durchschnittliche Steuerkraftmeßzahl ermittelt und ein bestimmter Korridor als regelmäßige durchschnittliche Steuerkraftmeßzahl festgelegt. Lediglich die diesen Betragskorridor überschreitenden Beträge sind daher zu berücksichtigen. Mit der Neustrukturierung des Kommunalen Finanzausgleichs war dieser Bezugsrahmen neu zu definieren. D.h. zum 31.12.2018 wurde lediglich die 65,0 Mio. EUR übersteigende Steuerkraftmeßzahl über die entsprechende Mehrbelastung rückstellungsrelevant.

Vor diesem Hintergrund ergab sich für das Finanzausgleichsjahr 2019 ein Rückstellungsbetrag in Höhe von 19.890,79 und für das Ausgleichsjahr 2020 ein Betrag von 85.979,73 EUR. Gleichzeitig wurden aus den Jahren 2016 und 2017 Rückstellungen in Höhe von 480.149,42 EUR in Anspruch genommen.

Die Finanzausgleichsrückstellung entwickelt sich damit wie folgt:

	31.12.2013 EUR	**31.12.2014** EUR	**31.12.2015** EUR	**31.12.2016** EUR	**31.12.2017**	**31.12.2018**
FAG-Rückstelllung	**76.534,65**	**517.793,80**	**566.208,04**	**373.049,38**	**480.149,42**	**105.870,51**
Belastung Kreisumlage (Zuführung)	76.534,65	441.259,15	124.948,89	248.100,49	232.048,93	105.870,51
Entlastung Kreisumlage (Inanspruchnahme)	-954.134,56 -450.149,61	-	76.534,65	441.259,15	124.948,89	480.149,42
Auswirkungen auf die Kreisumlage per Saldo	-1.327.749,52	441.259,15	48.414,24	-193.158,66	107.100,04	-374.278,91

3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und die Nachsorge von Abfalldeponien

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand lagen keine Tatbestände zur Bildung einer entsprechenden Rückstellung vor. Auf die Passivierung einer Rückstellung wird daher verzichtet.

3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten

0,00 EUR
(31.12.2017: 0,00 EUR)

Es lagen keine Tatbestände zur Bildung entsprechender Rückstellungen vor.

Sofern etwaige Altlasten die Verwertbarkeit von Grundstücken einschränken, wurde dies im Rahmen der Grundstücksbewertung berücksichtigt.

3.5 Sonstige Rückstellungen — 1.007.415,60 EUR
(31.12.2017: 1.116.728,02 EUR)

Rückstellung für unterlassene Instandhaltung

Instandhaltungsrückstellungen werden grundsätzlich nur gebildet wenn die Instandhaltung zwingend dem abgelaufenen Haushaltsjahr zuzuordnen oder die entsprechende Maßnahme gesetzlich geboten war und eine Inanspruchnahme aller Wahrscheinlichkeit nach im nächsten Jahr erfolgt. In allen anderen Fällen, insbesondere bei mehrjährigen Unterhaltungsmaßnahmen wurde vom Instrument der Haushaltsausgabereste nach § 21 Abs. 1 GemHVO Gebrauch gemacht.

In diesem Sinne wurden zum 31.12.2018 keine Instandhaltungsrückstellungen gebildet (31.12.2017: 20.692,55 EUR).

Rückstellung für die Prüfung der Jahresabschlüsse und Rechtsberatung:

Für die Prüfung der Jahresabschlüsse 2014 wurde die entsprechende Rückstellung in Höhe von 23.800,00 EUR in Anspruch genommen, so dass zum Bilanzstichtag ein Betrag von 4.462,50 EUR verbleibt. Hinzu kam eine Rückstellung für die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 in Höhe von 30.000,00 EUR.

Die Rückstellung für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der steuerlichen Behandlung des Hessentags wurde in Höhe von 8.644,03 EUR in Anspruch genommen und bilanziert zum 31.12.2018 mit 7.355,97 EUR.

Rückstellung für das Lebensarbeitszeitkonto[9]

Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Wochenarbeitszeit von Beamten auf 42 bzw. 41 (ab 2017) Stunden in Hessen wird gem. § 1a Hessische Arbeitszeitverordnung seit 2007 eine Stunde pro Woche einem sog. **Lebensarbeitszeitkonto** gutgeschrieben. Die so angesammelte Freistellungszeit kann dann z.B. vor Eintritt in den Ruhestand in Anspruch genommen werden. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wurde die Rückstellung zum 31.12.2018 auf **550.826,07 EUR** angepasst. Der Rückstellungsbetrag ergab sich dabei aus dem individuellen Freistellungsanspruch zum Bilanzstichtag.

Basis für die Bilanzierung waren entsprechende Berechnungen des Fachbereichs Personal. Der Zuwachsbetrag im Jahr 2018 resultiert aus dem weiteren Anwachsen des Freistellungsanspruchs sowie aus der Berücksichtigung neuer Beschäftigter bzw. dem Ausscheiden bisheriger Mitarbeiter. Etwaige Inanspruchnahmen durch temporäre Freistellung werden mit den jährlichen Zuführungsbeträgen saldiert betrachtet.

[9] Zum 31.12.2015 erfolgte eine Umgliederung von den Pensions- in die sonstigen Rückstellungen.

Rückstellung	31.12.2014 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR	31.12.2018 EUR
Lebensarbeitszeitkonto	293.958,37	340.338,13	395.940,39	402.327,06	550.826,07

Rückstellung für Überstunden anlässlich des Hessentags

Für die Stunden, die über die reguläre Arbeitszeit hinaus, anlässlich des Hessentags 2017 von den Mitarbeitern der Stadt Rüsselsheim erbracht wurden, wurde eine Rückstellung in Höhe von 555.345,91 EUR gebildet, die entsprechend der jährlichen Inanspruchnahme zum 31.12.2018 auf **389.432,20 EUR** anzupassen war.

Rückstellung für Entschädigungszahlungen bei altersdiskriminierender Besoldung

Die mit **55.100,00 EUR** bilanzierte Rückstellung zur Finanzierung der Entschädigungszahlungen im Beamtenbereich aufgrund altersdiskriminierender Besoldung wurde in 2018 in voller Höhe in Anspruch genommen.

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten

Des Weiteren wurde zum 31.12.2017 im Zusammenhang mit dem Hessentag eine Rückstellung in Höhe von **39.000,- EUR** zu passiviert, die der Finanzierung der Anzuchtspflege der Neupflanzungen auf dem Opel-Parkplatz diente und die in 2018 in Höhe von 13.661,14 EUR in Anspruch genommen wurde.

4. Verbindlichkeiten

Unter Verbindlichkeiten werden monetär bewertbare Verpflichtungen gegenüber Dritten aus einem Schuldverhältnis verstanden. Verbindlichkeiten können auf privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Grundlage bestehen und setzten sich zum Bilanzstichtag wie nachfolgend dargestellt zusammen. Verbindlichkeiten, die zum 31.12.2018 Forderungscharakter aufwiesen wurden umgebucht und auf der Aktivseite ausgewiesen.

4.1 Anleihen

Diese Bilanzposition, die aus langfristigen Verbindlichkeiten auf der Basis von Kapitalmarktpapieren resultiert, entfällt bei der Stadt Rüsselsheim.

4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen

4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 111.579.759,11 EUR

(31.12.2017: 102.866.607,00 EUR)

Bei den Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen handelt es sich um langfristige Darlehensaufnahmen.

Zur Ermittlung der stichtagsbezogenen Restverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden jeweils Saldenbestätigungen eingeholt und mit den Daten aus dem Darlehensverwaltungsprogramm abgeglichen.

4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern 18.427.615,69 EUR
(31.12.2017: 18.245.255,10 EUR)

Die Bilanzposition erfasst die Landesdarlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds. Des Weiteren werden hier die Verbindlichkeiten aus Sonderbeiträgen, die für Darlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds bei vorzeitiger Inanspruchnahme des Darlehens am Ende der Laufzeit zu zahlen sind, in Höhe von 554.482,04 EUR ausgewiesen.

Die entsprechenden Saldenbestätigungen wurden eingeholt und abgeglichen.

4.2.3 Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern 0,00 EUR
(31.12.2017: 0,00 EUR)

Entsprechende Verbindlichkeiten liegen zum Bilanzstichtag nicht vor.

4.3 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung 71.700.000,00 EUR
(31.12.2017: 229.000.000,00 EUR)

Bei den Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung handelt es sich in der Regel um kurzfristige Darlehen zum Ausgleich der jeweils aktuellen liquiditätsmäßigen Unterdeckung. Im Rahmen der Hessenkasse wurden in 2018 durch das Land Hessen Liquiditätskredite im Umfang von zunächst 160,1 Mio. EUR übernommen.

4.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Die Bilanzposition entfällt bei der Stadt Rüsselsheim.

4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und –zuschüssen 5.305.775,28 EUR
(31.12.2017: 3.973.165,89 EUR)

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen ergaben sich im Wesentlichen aus der Zuordnung von Aufwendungen in das Jahr 2018 aufgrund von Abrechnungen, die erst nach dem Bilanzstichtag vorgenommen wurden.

Dargestellt werden hier überwiegend Verbindlichkeiten aus dem Bereich der Jugendhilfe sowie aus Abrechnungen im Rahmen der Lokalen Nahverkehrsorganisation.

4.6 Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung **7.928.350,50 EUR**
(31.12.2017: 6.661.554,70 EUR)

Die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung resultierten ebenfalls in erster Linie aus den Rückbuchungen von Rechnungen, die erst nach dem Bilanzstichtag eingingen, sich aber im Sinne der periodengerechten Zuordnung von Geschäftsvorfällen noch auf das Jahr 2018 bezogen haben.

4.7. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben
1.156.461,23 EUR
(31.12.2017: 720.971,42 EUR)

Die ausgewiesene Verbindlichkeit resultierte insbesondere aus der Abwicklung der Fehlbelegungsabgabe. Da die Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe bis zu ihrer zweckentsprechenden Verwendung Verbindlichkeitscharakter haben, erfolgte in Höhe des Aufkommens eine entsprechende Passivierung (900.259,40 EUR). Debitorische Kreditoren aus Steuerverbindlichkeiten wurden umgegliedert und als Forderung dargestellt.

4.8 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen **6.909.712,67 EUR**
(31.12.2017: 8.406.929,43 EUR)

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen erfassen die im Rahmen des Liquiditätsverbundes der Stadt Rüsselsheim von ihren Beteiligungen stichtagsbezogen zur Verfügung gestellten Finanzmittel inkl. etwaiger Zinsaufwendungen sowie zum Bilanzstichtag noch nicht übernommene Verlustabdeckungen der kommunalen Eigenbetriebe.

4.9 Sonstige Verbindlichkeiten **52.627.808,37 EUR**
(31.12.2017: 5.822.220,07 EUR)

Die Bilanzposition weist erstmals die im Rahmen der Hessenkasse zu bildende Verbindlichkeit aus dem von der Stadt ab 2022 sukzessive über 30 Jahre zu zahlenden Eigenbeitrag in Höhe von insgesamt **47.272.500,00 EUR** aus.

Neben den Einkommensteuer- (425.518,46 EUR) und Umsatzsteuerverbindlichkeiten (231.042,32 EUR) werden hier des Weiteren die sog. anderen sonstigen Verbindlichkeiten (2.086.117,60 EUR) ausgewiesen, die u.a. die kreditorischen Debitoren enthalten.

Außerdem sind insbesondere Verwahrungen fremder bzw. durchlaufender Gelder (548.887,93 EUR) abgebildet.

5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten **5.513.414,36 EUR**
(31.12.2017: 5.043.425,06 EUR)

Passive Rechnungsabgrenzungsposten sind zu bilden in Höhe der Einzahlungen, die vor dem Bilanzstichtag erfolgten, aber Ertrag für die nachfolgenden Rechnungsperioden darstellten (§ 45 Abs. 2 GemHVO). Der Betrag, der sich auf Haushaltsjahre,

die nach dem Bilanzstichtag liegen, bezieht, ist als Rechnungsabgrenzung anzusetzen und beläuft sich auf insgesamt **5.513.414,36 EUR** (31.12.2017: 5.043.425,06 EUR).

Hierunter fallen in erster Linie die anteiligen Erträge aus der Veräußerung von Grabbelegungsrechten der Jahre 1983 bis 2018 mit einem Gesamtbetrag in Höhe von **5.512.343,06 EUR** (31.12.2017: 5.026.337,04 EUR).

Zur Ermittlung der abzugrenzenden Summen wurden die jeweiligen Jahres-Ist-Ergebnisse pauschal über einen Zeitraum von 34,00 Jahren (Jahressummen bis 1990) und 29,00 Jahren (Jahressummen ab 1991) auf den Bilanzstichtag abgegrenzt. Diese fiktiven Nutzungsdauern beruhen auf Erfahrungswerten der Friedhofsverwaltung und berücksichtigen neben den unterschiedlichen Grabnutzungsdauern auch etwaige Verlängerungen. Für das Haushaltsjahr 2009 wurde noch einmal übergangsweise analog verfahren. Mit einer Systemumstellung in der Verwaltung der Friedhofsgebühren, wird seit 2010 jeder Erwerbsfall einzeln betrachtet, um das entsprechende Gebührenaufkommen abzugrenzen.

Weitere Rechnungsabgrenzungen waren im Umfang von 1.071,30 EUR zu bilden und verteilen sich wie folgt:

		31.12.2015 EUR	**31.12.2016** EUR	**31.12.2017** EUR	**31.12.2018 EUR**
-	PRAP, Grundbesitzabgaben:	63.498,67	72,35	72,35	71,30
-	übrige Erträge	78.463,78	15.643,70	17.015,67	1.000,00

Die Auflösung der passivierten Abgrenzungsposten erfolgt ertragswirksam jeweils anteilig in den Folgejahren.

C. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

I. Überblick

Die Ergebnisrechnung stellt unter Beachtung einer periodengerechten und Ressourcen orientierten Verbuchung der Geschäftsvorfälle eines Jahres durch die Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen das Jahresergebnis dar.

In diesem Sinne beträgt der jahresbezogene Fehlbetrag 2018 **13.221.940,08 EUR**. Dieses Ergebnis setzt sich aus den folgenden Positionen zusammen:

Ordentliche Erträge:	- 178.815.126,07 EUR
Ordentliche Aufwendungen:	180.903.165,58 EUR
Verwaltungsergebnis:	2.088.039,51 EUR

Das Verwaltungsergebnis ergibt sich aus dem Saldo der ordentlichen Erträge und Aufwendungen, die dem regelmäßigen Verwaltungsbetrieb der Abrechnungsperiode zuzurechnen sind. Das hier ausgewiesene Ergebnis erfasst dabei nicht nur zahlungswirksame Geschäftsvorfälle, sondern auch Erträge und Aufwendungen wie z.B. Abschreibungen oder die Auflösung von Sonderposten, die die Liquidität nicht berühren. Hierbei ist besonders zu beachten, dass sich systembedingt die Erträge mit negativem Vorzeichen und die Aufwendungen positiv darstellen.

Neben das Verwaltungsergebnis tritt das Finanzergebnis, das die Erträge und Aufwendungen aus der Bewirtschaftung von Zahlungsmitteln (in der Regel Zinserträge und –aufwendungen) saldiert:

Finanzerträge :	- 1.162.074,68 EUR
Zinsen und ähnliche Aufwendungen:	8.165.449,26 EUR
Finanzergebnis:	7.003.374,58 EUR

Als letzte Ergebnisposition entsteht im Regelfall ein außerordentliches Ergebnis, das sich aus verwaltungsbetriebs- oder periodenfremden sowie aus außergewöhnlichen bzw. einmaligen Geschäftsvorfällen ergibt. Durch die Trennung von ordentlichem und außerordentlichem Ergebnis, soll eine transparente Darstellung der tatsächlich mit der laufenden Verwaltungstätigkeit in Zusammenhang stehenden Erträge und Aufwendungen erreicht werden.

Außerordentliche Erträge :	- 1.006.880,38 EUR
Außerordentliche Aufwendungen:	5.137.406,37 EUR
Außerordentliches Ergebnis:	4.130.525,99 EUR

Unter Beachtung ergebnisneutraler interner Leistungsverrechnungen ergibt sich so aus den genannten 3 Ergebnispositionen folgendes Jahresergebnis:

Erträge (insgesamt):	- 180.984.081,13 EUR
Aufwendungen (insgesamt):	194.206.021,21 EUR
Jahresergebnis:	**13.221.940,08 EUR**

Das Jahresergebnis 2018 weist damit im Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag in Höhe von **13.221.940,08 EUR** aus, der sich aus dem Saldo der folgenden Erträge und Aufwendungen ergibt:

Der ordentliche Fehlbetrag in Höhe von 9.091.414,09 EUR wird ebenso wie die vorgetragenen Fehlbeträge im ordentlichen Ergebnis der Vorjahre gegen die Nettoposition verrechnet.

II. Ordentliche Erträge

Pos.	Bezeichnung	**Ergebnis 2018 EUR**	**Ergebnis 2017 EUR**	**Ergebnis 2016 EUR**
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	392.982,88	3.802.078,72	1.286.548,68
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.267.436,41	15.038.523,90	15.454.199,84
03	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	10.388.283,63	12.455.930,92	12.012.589,52
04	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00
05	Steuern, steuerähnliche Erträge einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	84.173.205,36	84.251.550,35	81.207.328,92
06	Erträge aus Transferleistungen	7.465.159,91	6.486.885,39	4.063.792,54
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	54.683.089,08	54.684.344,77	41.706.645,96
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszu-weisungen, -zuschüssen und -beiträge	3.574.412,34	3.328.356,27	3.283.329,29
09	Sonstige ordentliche Erträge	3.870.556,46	5.617.100,61	6.034.896,87
	Summe:	**178.815.126,07**	**185.664.770,93**	**164.950.249,67**

Privatrechtliche Leistungsentgelte **392.982,88 EUR**

Privatrechtliche Leistungsentgelte werden immer dann erzielt, wenn die Zahlung nicht in einem Gesetz einer Verordnung oder kommunalen Satzung begründet ist, sondern auf einem privatrechtlichen Vertrag beruht.

Hierunter fallen in erster Linie Erträge aus Vermietung und Verpachtung sowie sonstige Umsatzerlöse. Als wesentliche Positionen sind zu nennen:

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
- Erbbauzinsen, Max-Beckmann-Weg	199.106,80	200.250,20	199.246,32
- Umsatzerlöse aus Holzverkäufen	91.779,49	101.884,21	104.860,42
- Verkaufserlöse, Ökopunkte	431,20	35.000,00	140.908,00
- Erträge, Hessentag	3.422,68[10]	3.323.541,05	832.209,34

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte **14.267.436,41 EUR**

Unter öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte werden alle Entgelte verstanden, denen ein Leistungsaustauschverhältnis zugrunde liegt, das vom Leistungsempfänger eine rechtlich festgeschriebene (Gesetz, Verordnung, Satzung) monetäre Gegenleistung verlangt.

Die im Jahr 2018 verbuchten Leistungsentgelte in Höhe von **14.267.436,41 EUR** resultieren vor allem aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, die wiederum insbesondere in den folgenden Bereichen anfallen:

Verwaltungsgebühren	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Bauaufsicht	279.237,57	863.743,19	1.566.013,16
Ordnungsangelegenheiten	406.662,34	354.520,50	322.478,52
Standesamt	121.359,00	103.244,97	103.208,00
Stadtbüro/Meldewesen	449.214,60	395.205,44	354.916,20

Benutzungsgebühren	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Abwasserbeseitigung	8.883.566,82	8.547.707,17	8.871.439,90
Kindertagesstätten	1.061.020,95	1.455.164,73	1.352.745,29
Bestattungswesen	371.983,02	532.579,85	533.690,46
Parkeinrichtungen	422.400,00	393.950,00	342.570,00
Schwimmbäder	145.345,85	89.856,96	109.380,66
Betreuungsschule	362.871,00	330.564,50	318.943,00

Des Weiteren fielen Buß- und Verwarnungsgelder in folgenden Bereichen an:

[10] Das tatsächliche Ergebnis beträgt – 18.965,86 und beinhaltet eine Umsatzsteuernachzahlung von 22.388,54 EUR.

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Ordnungsangelegenheiten	895.959,01	819.485,39	769.921,20
Natur- und Umweltschutz	34.524,03	22.452,50	22.787,44

Kostenersatzleistungen und –erstattungen 10.388.283,63 EUR

Als Kostenersatzleistungen und –erstattungen wurden Erträge von Bund, Land, dem Kreis, anderen Gemeinden oder verbundenen Unternehmen verbucht, die für von der Stadt erbrachte Leistungen gezahlt werden. Das Ergebnis von insgesamt **10.388.283,63 EUR** entfällt in erster Linie auf die folgenden Positionen:

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Betriebskostenumlage, Helen-Keller-Schule	341.432,61	428.480,44	438.133,44
Erstattungen von Schülerfahrtkosten, Helen-Keller-Schule	554.076,82	549.214,18	476.929,48
Erstattungen des Landes im Bereich Unterhaltsvorschuss	950.561,69	473.209,40	509.623,68
Verpflegungskostenersatz im Bereich Kindertagesstätten	477.616,00	458.016,00	431.591,25
Gastschulbeiträge	615.561,00	615.005,00	589.246,00
Kostenerstattungen von Eigengesellschaften für die Verwaltung von Bürgschaften	219.930,81	246.717,59	293.148,00
Erstattungen im Bereich Jugendhilfe	731.476,27	2.305.988,46	2.854.190,52
Kostenerstattungen von Eigenbetrieben und Eigengesellschaften für erbrachte Leistungen der Stadt	399.392,63	527.968,62	459.774,74
Kostenerstattungen, Mietnebenkosten	179.512,48	18.000,00	18.000,00
Erstattungen des Bundes/Landes für Ortsdurchfahrten	96.200,00	53.000,00	53.000,00

Die gegenüber den Vorjahren deutlich höhere Erstattung im Bereich des Unterhaltsvorschusses beruht auf der Ausweitung der Bezugsdauer bis zur Volljährigkeit.

Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen 0,00 EUR

Die Position erfasst Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen sowie aktivierte Eigenleistungen. Unter aktivierten Eigenleistungen werden Leistungen in erster Linie der bautechnischen Organisationseinheiten verstanden, die einem konkreten Bauvorhaben zuzuordnen sind und deren Kosten zusammen mit den Herstellungskosten im Anlagevermögen berücksichtigt werden können.

Eine Veranschlagung und Verbuchung von aktivierten Eigenleistungen wird erst nach dem Aufbau einer entsprechenden Kosten- und Leistungsrechnung möglich sein.

Steuern, steuerähnliche einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen 84.173.205,36 EUR

Das Aufkommen an den kommunalen Real- und sonstigen Steuern sowie den Gemeindeanteilen an Gemeinschaftssteuern setzt sich wie nachfolgend dargestellt zusammen:

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	31.291.762,79	31.136.147,06	28.629.078,26
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	8.922.113,17	7.720.377,73	6.172.941,69
Gewerbesteuer	21.687.445,33	23.797.062,46	25.003.079,48
Grundsteuer A	65.192,38	64.812,49	65.274,56
Grundsteuer B	21.121.400,09	20.574.210,07	20.445.062,17
Hundesteuer	224.224,00	215.563,00	211.380,00
Spielapparatesteuer	861.067,60	743.377,54	680.512,66

Erträge aus Transferleistungen 7.465.159,91 EUR

Neben den Ausgleichsleistungen (Familienleistungsausgleich) mit 2.128.724,00 EUR (2017: 2.107.122,61 EUR) handelt es sich hierbei um Kostenbeteiligungen der vorrangig verpflichteten Leistungsträger (4.349.835,05 EUR) bzw. Unterhaltsverpflichteter (986.620,86 EUR) im Jugend- und Sozialbereich. Dabei ist zu berücksichtigen, dass seit dem Haushaltsjahr 2010 die entsprechenden Forderungen in voller Höhe dargestellt werden und erst über Forderungsabschreibungen in ihrem Wert korrigiert werden. Auch hier spiegelt sich zudem die Verlängerung der Bezugsdauer von Unterhaltsvorschussleistungen wider.

Erträgen aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen 54.683.089,08 EUR

Die Erträge aus Zuweisungen, Zuschüssen und allgemeinen Umlagen mit insgesamt **54.683.089,08 EUR** umfassen im Wesentlichen die folgenden Positionen:

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Schlüsselzuweisungen	40.425.072,00	40.458.337,00	33.900.460,00
Schuldendiensthilfen vom Land	1.956.492,23	2.022.013,73	2.097.039,63
Zuweisungen des Landes zu den Aufgaben der örtlichen Jugendhilfe	14.200,00	14.200,00	13.900,00
Zuweisungen d. Bundes, Landes, u.a. für Kindertagesstätten	5.951.236,39	4.131.950,50	3.662.880,00
Regionalfonds	32.279,00	299.097,75	106.933,00
Zuweisung d. Landes, lokaler ÖPNV	779.200,00	779.200,00	779.200,00
Zuweisung d. Landes, Hessentag	0,00	3.500.000,00	0,00
Sponsoring, Hessentag	0,00	1.820.557,03	0,00

Die gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderte Schlüsselzuweisung beruht auf den gegenläufigen Effekten einer rd. 19,2 % höheren Steuerkraft in der den Berechnungen zugrundliegenden Referenzperiode (01.07.2016 bis 30.06.2017) einerseits, sowie einem weiteren Anwachsen der Einwohnerzahl der Stadt Rüsselsheim und einem um 9,4 % höheren Grundbetrags zur Verteilung der Schlüsselmasse andererseits.

Die erneut höheren Erträge für Kindertagesstätten beruhen allgemein auf den seit dem Haushaltsjahr 2014 vereinnahmten besonderen Landeszuweisungen nach dem KiföG sowie insbesondere auf den Zuweisungen zum Ausgleich der Gebührenbefreiung ab 1. August 2018.

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und –beiträgen 3.383.012,72 EUR

Zuweisungen (vor allem des Landes Hessen und des Bundes) für investive Zwecke sowie Erschließungsbeiträge werden als Sonderposten passiviert und über die Nutzungsdauer des damit finanzierten Anlagevermögens wieder ertragswirksam aufgelöst. Insgesamt ergab sich hieraus ein Auflösungsbetrag in Höhe von **3.574.412,34 EUR** (Vorjahr: 3.328.356,27 EUR).

Diese nicht zahlungswirksame Ertragsposition wird im Ergebnishaushalt verbucht und steht grundsätzlich in Zusammenhang mit den zu verbuchenden Abschreibungen. Während Aufwendungen aus Abschreibungen das Jahresergebnis belasten, führen die korrespondierenden Erträge aus Sonderposten zu einer Entlastung. Per Saldo erhöht sich hierdurch das Defizit um 11,0 Mio. EUR (Vorjahr: 10,4 Mio. EUR).

Sonstige ordentliche Erträge 3.870.556,46 EUR

Unter die sonstigen ordentlichen Erträge fallen in erster Linie die Konzessionsabgaben der Stadtwerke GmbH aus den Bereichen Gas, Wasser und Strom in Höhe von 2.360.810,50 EUR (2017: 2.810.391,36 EUR) sowie Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung von 1.063.832,50 EUR (2017: 1.116.272,52 EUR). In 2017 konnte zudem in Zusammenhang mit der Durchführung des Hessentags einmalig eine Konzessionsabgabe für Catering vereinnahmt werden (363.106,42 EUR).

Des Weiteren ergaben sich Erträge aus der Herabsetzung der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen (233.896,00 EUR (2017: 1.136.521,00 EUR)).

III. Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen betragen im Haushaltsjahr 2018 insgesamt **180.903.165,58 EUR** und setzen sich wie folgt zusammen:

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
11	Personalaufwendungen	48.065.239,49	45.791.703,24	42.736.367,76
12	Versorgungsauf-wendungen	6.606.729,32	5.709.187,14	7.512.463,22
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30.416.423,19	46.385.003,02	30.095.768,86
14	Abschreibungen	14.590.755,35	13.680.462,15	12.486.063,72
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	26.571.381,18	26.490.924,29	25.170.615,16
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	32.020.855,49	30.010.726,42	29.882.157,61
17	Transferaufwendungen	15.814.905,26	16.272.893,87	14.849.977,66
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.816.876,30	6.148.091,39	6.019.454,88
	Summe:	**180.903.165,58**	**190.488.991,52**	**168.752.868,87**

Personalaufwendungen **48.065.239,49 EUR**

Die Personalaufwendungen in Höhe von insgesamt **48.065.239,49 EUR** erfassen die Besoldung der Beamten (3.548.143,50 EUR) sowie die Vergütungen und Sozialversicherungsbeiträge für die übrigen Beschäftigten. Des Weiteren werden hier die Zuführung und Inanspruchnahme der Altersteilzeitrückstellung (- 190.100,64 EUR) sowie die beamtenrechtlichen Beihilfezahlungen (423.906,90 EUR; 2017: 466.650,82 EUR) und Aufwendungen für Personaleinstellungen (291.871,62 EUR; 2017: 158.823,43) nachgewiesen.

Die Personalaufwendungen spiegeln die Tarifanpassungen in Höhe von 2,85 % ab 01.01.2018 sowie Besoldungsanpassungen von 2,2 % ab 01.02.2018 wider.

Versorgungsaufwendungen **6.606.729,32 EUR**

Neben den Beiträgen zur Versorgungskasse für Beamte mit 2.542.503,54 EUR (2017: 2.512.363,79 EUR) und den Zuführungen zur Pensions- und Beihilfe-rückstellung (per Saldo: 1.1194.850,00 EUR; 2017: 411.927,00 EUR) erfassen die Versorgungsaufwendungen auch die Beiträge zur Zusatzversorgungskasse mit 2.866.432,64 EUR (2017: 2.781.977,11 EUR).

Die Versorgungsaufwendungen betragen insgesamt **6.606.729,32 EUR** (2017: 5.709.187,14 EUR).

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 30.416.423,19 EUR

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bilden mit insgesamt **30.416.423,19 EUR** (2017: 46.385.003,02 EUR) die Aufwendungen für den laufenden Betrieb ab. Hierunter fallen im Wesentlichen die folgenden Positionen:

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Stromkosten	1.574.327,63	1.756.193,12	1.619.788,24
Heizkosten (Öl und Gas)	1.451.568,40	1.622.318,07	1.805.234,21
Reinigungskosten	2.587.070,37	2.720.821,49	2.414.495,05
Grundsteuer, Müll, Straßenreinigung	541.863,67	510.525,37	512.974,78
Abwassergebühr, Wassergeld	1.768.992,89	1.745.024,47	1.647.686,32
Vermieter-Bauunterhaltung	4.418.506,18	4.220.762,49	4.479.001,52
Contracting Heizung	351.355,97	287.166,11	269.429,42
Unterhaltung von Verkehrssicherungs-, Geschwindigkeitsmessanlagen und Verkehrsschildern	456.230,61	502.981,02	417.666,36
Unterhaltung von Straßen und Brücken	594.833,35	686.915,44	1.166.929,05
Unterhaltung (Abwasserbeseitigung)	291.289,63	303.012,77	343.913,60
Mieten und Pachten	4.078.748,41	5.350.684,65	3.027.664,84
Unterhaltung- und Pflegekosten im Bereich der EDV	523.866,50	410.632,05	495.997,68
Benutzerentgelte KIV, KGRZ, u.a.	635.588,42	627.094,10	624.409,06
Aufwendungen für Büromaterial	255.823,16	337.700,62	410.358,22
Telefon- und Internetkosten	202.409,11	256.847,26	185.084,45
Portokosten	201.051,74	207.117,71	229.721,20
Maschinenmiete, Fax- und Kopiergeräte	163.342,72	169.589,92	164.436,86
Reisekosten	85.638,02	114.347,24	107.209,47
Schülerbeförderungskosten	1.197.917,53	1.201.507,66	1.079.409,46
Vermarktungs- und Vorbereitungs-kosten, Grundstücksgeschäfte	80.074,40	97.281,61	36.526,52
Vorplanungen, begleitende Planungen	48.398,93	150.082,46	8.620,85
Sanierungsbetreuung	19.406,68	42.880,58	260.729,61
Beratungskosten, Gutachten (inkl. Beratungskosten, Flughafener-weiterung)	252.754,45	227.365,25	333.617,64
Aufwandsentschädigungen für ehren-amtlich Tätige	233.223,75	316.760,99	213.695,89
Förderung der Fraktionsarbeit	111.346,42	112.991,05	32.568,14
Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	25.092,31	23.586,59	34.625,81
Lebensmittel und Getränke	473.433,35	514.382,11	423.210,30
Aus- und Fortbildungskosten	248.832,25	216.749,37	285.556,68
Versicherungsbeiträge	1.146.109,24	1.248.671,71	1.146.968,86
Maßnahmen der Stadtentwicklung	67.008,54	146.427,74	101.924,60
Obdachlosenunterbringung	939.726,24	488.808,64	411.068,28

Das deutlich geringere Ergebnis bei den Sach- und Dienstleistungen gegenüber dem Vorjahr steht in Zusammenhang mit der Durchführung des Hessentags in 2017. Die einschlägigen Kostenstellen weisen so für 2017 ein Ergebnis von insgesamt

15.928.295,25 EUR für den Hessentag auf, das sich auf eine Vielzahl von Sachkonten verteilt.

Abschreibungen **14.590.755,35 EUR**

Abschreibungen weisen den jährlichen Werteverzehr eines Anlagegutes aus. Sie ergeben sich aus der Verteilung der Anschaffungskosten über eine angenommene regelmäßige Nutzungsdauer. Abschreibungen sind zwar nicht zahlungswirksam beeinflussen als Aufwendungen aber unmittelbar das Jahresergebnis.

Die Abschreibungen erfassen mit **12.796.093,49 EUR** (2017: 12.409.705,69 EUR) die Alterswertminderungen für das fortgeschriebene immaterielle und Sachanlagevermögen der Stadt Rüsselsheim. Darüber hinaus waren Forderungs-abschreibungen mit **1.794.661,86 EUR** (2017: 1.270.756,46 EUR) zu verbuchen, die sich aus Niederschlagungen und er jährlichen Anpassung der Einzel- und Pauschalwertberichtigungen ergeben.

Insgesamt ergab sich so ein Abschreibungsvolumen von **14.590.755,35 EUR** (2017: 13.680.462,15 EUR).

Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen **26.571.381,18 EUR**

Unter diese Position werden vor allem Aufwendungen für Zuschüsse an die verschiedensten Bereiche, Kostenerstattungen an die Eigenbetriebe und Eigengesellschaften sowie Aufwendungen für Verlustübernahmen und Gastschulbeiträge verbucht. Schwerpunkte werden dabei von folgenden Positionen gebildet:

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Zuschüsse	7.188.173,57	7.271.519,21	7.008.777,42
darunter:			
- Zuschüsse an andere Kita-Träger	4.929.811,49	4.558.743,90	4.380.488,44
- Zuschüsse an die Stiftung Opel-Villen	301.400,00	301.400,00	301.400,00
- Zuschuss an den Citymarketingverein	24.250,00	24.250,00	24.250,00
- Zuschuss an den Verein „Auszeit e.V“	408.137,00	358.575,62	354.366,00
- Zuschuss an den Ausbildungs-verbund Metall	67.000,00	67.000,00	67.000,00
- Zuschuss an Sportvereine	212.778,48	128.950,57	223.391,33
- Zuschuss an Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche (Drogenberatung, sexueller Missbrauch, etc.)	338.848,34	325.036,00	319.481,20
- Schulsozialarbeit	1.177.623,55	593.347,17	584.276,38
Gastschulbeiträge	1.438.329,00	1.502.564,35	1.423.922,32
Schülerfahrtkostenerstattung	320.402,68	290.490,08	260.728,34
Kostenerstattungen an den Eigenbetrieb Betriebshöfe	0,00	59.217,63	5.586,61

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Kostenerstattung an die Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR	9.651.591,48	9.487.635,19	9.319.553,04
Kostenerstattungen an die Stadtwerke im Bereich des ÖPNV	2.856.607,08	2.830.388,20	2.615.292,00
Kostenerstattungen an die Stadtwerke im Bereich Straßenbeleuchtung	1.320.419,32	1.343.568,38	1.276.969,77
Kostenerstattungen und Ausgleichszahlungen im Rahmen der Lokalen Nahverkehrsorganisation	2.304.041,08	1.734.434,53	1.813.981,96

Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen 32.020.855,49 EUR

Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen entstanden im Hauhaltsjahr 2018 vor allem in den folgenden Bereichen:

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Kreisumlage	24.965.149,32	22.512.685,52	22.639.575,12
Umlage an den Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim	3.142.455,31	3.108.651,09	2.862.892,44
Umlage an den Planungsverband Frankfurt, Region Rhein-Main	327.064,72	312.658,15	310.948,82
Umlage an den Zweckverband „Städtenetzwerk Fernost“	100.000,00	100.000,00	100.000,00
Gewerbesteuerumlage	3.313.232,79	3.880.666,57	3.897.856,66

Kreisumlage /Kompensationsumlage

Die Kreisumlage ergab sich auf der Basis eines Hebesatzes von 39,77 v.H. (Vorjahr: 41,41 v.H.) und unter Berücksichtigung der Neustrukturierung des Kommunalen Finanzausgleichs. Ebenfalls im Rahmen dieser Reform entfiel die seit 2011 zu zahlenden Kompensationsumlage.

Die periodengerechte Verbuchung der Kreisumlage berücksichtigt eine eine Rückstellungszuführung für künftige Finanzausgleichsjahre von 105.870,52 EUR sowie die Inanspruchnahme der Rückstellungen aus den Haushaltsjahren 2016 und 2017 in Höhe von 480.149,42 EUR. Ohne Berücksichtigung dieser Rückstellungsveränderung beträgt die Kreisumlage im Jahr 2018: 25.339.428,22 EUR (2017: 22.405.585,48 EUR).

Gewerbesteuerumlage

Der Vervielfältiger für die Festsetzung der Gewerbesteuerumlage betrug im Jahr 2018 68,30 % (Vorjahr: 68,50 %). Unter Berücksichtigung eines Hebesatzes 420 v.H. waren somit 16,26 % des Gewerbesteueraufkommens abzuführen.

Transferaufwendungen **15.814.905,26 EUR**

Unter Transferaufwendungen werden Geldleistungen an bedürftige Personen verstanden, denen keine Gegenleistungen gegenüber steht.
Transferleistungen fallen vor allem in den Bereichen der Sozial- und Jugendhilfe an. Auf die einzelnen Produktbereiche bezogen verteilten sich insgesamt **15.814.905,26 EUR** (2017: 16.272.893,87 EUR) wie folgt:

Produkt-bereich	Bezeichnung	**Ergebnis 2018**	**Ergebnis 2017**	**Ergebnis 2016**
01	Innerer Verwaltung	2.500,00	2.500,00	2.500,00
03	Schulträgeraufgaben	520,00	520,00	7.187,00
05	Soziale Leistungen	1.477.840,01	910.059,93	801.167,68
	darunter:			
	- Leistungen (UVG)	1.437.269,74	864.597,21	756.339,25
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	14.320.334,87	15.340.407,95	14.032.107,96
	darunter:			
	- Zuschüsse, Kitagebühren	407.942,87	545.425,25	555.294,28
	- Tagespflege	3.818,50	20.719,50	24.667,00
	- Fachstelle Jugend-berufshilfe	145.700,00	145.700,00	131.700,00
	- Leistungen der Jugendhilfe i.e.S.	13.721.100,08	14.565.625,85	13.271.599,74

Sonstige ordentliche Aufwendungen **6.816.876,30 EUR**

Die Position „sonstige ordentliche Aufwendungen“ erfasst insbesondere die Verlustübernahmen für die kommunalen Eigenbetriebe und Eigengesellschaften:

	Ergebnis 2018 EUR	**Ergebnis 2017 EUR**	**Ergebnis 2016 EUR**
Verlustübernahme Eigenbetrieb Kultur 123	6.494.923,19	5.949.439,19	5.908.792,01
Verlustübernahme Stadtentwicklungs-gesellschaft	0,00	30.000,00	20.000,00

Unter diese Position fallen ferner Aufwendungen für Steuern, die sich mit **321.953,11 EUR** (2017: 168.652,20 EUR) wie folgt untergliedern:

	Ergebnis 2018 EUR	**Ergebnis 2017 EUR**	**Ergebnis 2016 EUR**
Kfz-Steuer	3.646,48	4.299,98	3.411,98
Umsatzsteuer (Nachforderung), Eigenverbrauch	278.246,59	68.928,62	44.909,49
Gewerbesteuer	19.285,00	40.406,40	0,00
Körperschaftssteuer	19.692,00	22.236,00	19.692,00
Kapitalertragssteuer	0,00	0,00	20.442,00
sonst. Steuern v. Eink. und Ertrag	1.083,04	32.781,20	2.207,00

IV. Finanzerträge 1.162.074,68 EUR

Finanzerträge resultieren grundsätzlich aus Geldanlagen, Beteiligungen sowie Ausleihungen. Im Jahr 2018 fielen hier insbesondere folgende Erträge an:

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Überschuss, Städtische Betriebshöfe	0,00	254.095,94	0,00
Gewinnabführung, Städteservice AöR	0,00	103.883,49	0,00
Zinserträge im Rahmen von Zinsderivatgeschäften	0,00	57.183,09	241.487,26
Zinserträge aus Steuernachforderungen	408.188,00	532.089,00	320.236,00
Zinserträge aus gewährten Darlehen (Wohnungsbauförderung)	122.512,47	127.035,49	131.158,92
Säumniszuschläge, Mahngebühren, Verzugszinsen	232.156,70	220.133,41	191.272,33

V. Zinsen und ähnliche Aufwendungen 8.165.449,26 EUR

Der im Haushaltsjahr 2018 verbuchte Zinsaufwand beträgt insgesamt **8.165.449,26 EUR** (2017: 9.895.815,31 EUR). Hierunter fallen insbesondere die folgenden Positionen:

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Zinsaufwand für langfristige Kredite	4.362.961,56	4.557.232,22	5.111.886,44
Zinsaufwand für Kassenkredite	3.174.953,62	4.118.398,63	4.895.591,29
Zinsen für Steuernachzahlungen	323.860,00	902.437,00	444.180,00

Im Gegensatz zu den Vorjahren waren im Rahmen des Liquiditätsverbunds der Stadt Rüsselsheim mit ihren Eigenbetrieben, Eigengesellschaften sowie u.a. dem Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim keine Erstattungen von Zinsen und keine Zinserträge aus Derivatgeschäften als Gegenpositionen mehr zu verbuchen.

VI. Außerordentliche Erträge 1.006.880,38 EUR

Außerordentliche Erträge erfassen in der Regel außergewöhnliche Geschäftsvorfälle, die nicht dem Regelbetrieb zugeordnet werden sollen. Der außerordentliche Charakter kann dabei z.B. in der Einzigartigkeit oder dem mangelnden Perioden-bezug des Ertrags begründet sein. Außerordentliche Erträge sind damit aber auch grundsätzlich nicht planbar, fallen aber im Haushaltsvollzug regelmäßig an.

An außerordentlichen Erträgen wurden im Haushaltsjahr 2018 insgesamt **1.006.880,38 EUR** (2017: 452.363,98 EUR) verbucht.

Als wesentliche Positionen sind hierbei zu nennen:

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken	388.917,35	386.837,26	1.463.143,16
Erträge aus der Zuschreibung von Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen	0,00	11.664,90	1.594.091,00
Sonstige außerordentliche und periodenfremde Erträge	615.688,22	37.497,62	42.818,19

Die Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken resultieren aus den Differenzen zwischen Verkaufspreisen und bilanzierten Werten. Unter den periodenfremden Erträgen wurden in Höhe von 522.955,00 EUR Kostenausgleiche aus früheren Jahren im Bereich der Kindertagesstätten verbucht.

VII. Außerordentliche Aufwendungen 5.137.406,37 EUR

Wie die außerordentlichen Erträge so sind auch die außerordentlichen Aufwendungen auf Grund ihres Ausnahmecharakters im Wesentlichen nicht planbar, ergeben sich aber in erster Linie aus periodenfremden Geschäftsvorfällen im Haushaltsvollzug. Im Haushaltsjahr fielen insgesamt **5.137.406,37 EUR** (2017: 1.910.608,89 EUR) an außerordentlichen Aufwendungen, insbesondere in den folgenden Bereichen, an:

	Ergebnis 2018 EUR	Ergebnis 2017 EUR	Ergebnis 2016 EUR
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen	3.673.384,24	1.623.079,23	1.876.877,13
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	1.449.927,67	9.340,10	28.898,15
Verlust aus dem Abgang von Grundvermögen/Grundstücken	1.504,00	108.973,01	154.960,00
außerordentliche und perioden-fremde Aufwendungen	12.502,88	167.320,63	0,00

Die außerplanmäßige Abschreibung auf Finanzanlagen ergab sich erneut aus der Abwertung des Beteiligungswertes an der GPR gGmbH (1.631.165,67 EUR). Des Weiteren war infolge der Umgliederung der Müllrücklage (2.039.642,88 EUR) in die Rückstellungen bei der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR ein entsprechend reduzierter Beteiligungswert zu bilanzieren. Im Bereich der Sachanlagen musste das ehemalige Freizeitbad an der Lache abgeschrieben werden.

D. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung dokumentiert die Zahlungsströme eines Jahres und weist unter Berücksichtigung einer Fortschreibung des Vorjahresstands den Zahlungsmittelbestand zum Bilanzstichtag aus.

Im Gegensatz zur Ergebnisrechnung werden in der Finanzrechnung lediglich die zahlungswirksamen Geschäftsvorfälle eines Haushaltsjahres erfasst. Abweichungen zwischen beiden Rechnungskreisen resultieren vor allem aus der Verbuchung von nicht liquiditätswirksamen Aufwendungen für Abschreibungen und Rückstellungen sowie Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Des Weiteren ergeben sich aus der periodengerechten Verbuchung von Aufwendungen und Erträgen jahresbezogene Differenzen zwischen Ergebnis- und Zahlungswirksamkeit.

Die Finanzrechnung wird im Sinne des § 47 Abs 1 GemHVO ausschließlich als direkte Finanzrechnung dargestellt.

Der Finanzmittelbestand setzt sich zum 31.12.2018 wie folgt zusammen:

-	aus laufender Verwaltungstätigkeit:	4.041.590,12 EUR
-	aus Investitionstätigkeit:	- 17.096.151,44 EUR
-	aus Finanzierungstätigkeit:	+ 13.806.991,24 EUR
-	aus fremden Finanzmitteln:	- 1.528.880,77 EUR
-	Finanzmittelüberschuss des Haushaltsjahres 2018	**- 776.450,85 EUR**
-	Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres 2018	2.304.198,04 EUR
-	Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres 2018	**+ 1.527.747,19 EUR**

Dieser Wert spiegelt sich in folgenden Buchungsständen wider:

-	Barkasse:	3.456,57 EUR
-	Zahlstellen	300,00 EUR
-	Girokonto Kreissparkasse:	421.258,27 EUR
-	Girokonto Rüsselsheimer Volksbank:	299.601,76 EUR
-	Girokonto Postbank (OWI)	4.235,19 EUR
-	Girokonto Postbank:	798.895,40 EUR
-	Girokonto SEB:	0,00 EUR
	Summe:	**1.527.747,19 EUR**

Unter Berücksichtigung dieser Finanzmittelflüsse ergibt sich zuzüglich der Salden der Sonderkonten zum 31.12.2018 ein Bestand an liquiden Mitteln in Höhe von **1.597.644,03 EUR,** der sich wie folgt herleitet:

	Finanzmittelbestand am Ende des Haushalts-jahres 2018	1.527.747,19 EUR
-	Zuzüglich nicht über die Finanzrechnung abgebildeter Geldbestände:	
	Konten, Freiwillige Feuerwehr:	1.602,32 EUR
	Konto, Täter-Opfer-Ausgleich:	61.386,55 EUR
	Konto, Mündelgelder:	5.514,60 EUR
	Paketmarken, u.ä.	1.393,36 EUR
		1.597.644,03 EUR

Da im Haushaltsjahr 2018 nicht alle Buchungen auf Finanzrechnungskonten unter der Angabe einer Kostenstelle erfolgt sind, ergibt sich das Gesamtfinanzergebnis nicht unmittelbar aus der Summe der Ergebnisse der Teilfinanzhaushalte. Die entsprechende Differenz resultiert insbesondere aus nicht kostenstellengebundenen Personalauszahlungsbuchungen (z.B. Lohnsteuer, Sozialversicherung), ungezielten Einzahlungen zum 31.12.2018, die Ertrag für das nächste Jahr darstellten (Passive Rechnungsabgrenzungen) sowie der Abwicklung von Liquiditätskrediten.

Der Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln resultiert aus ungeklärten Zahlungsvorgängen und durchlaufenden Geldern.

E. Sonstige Angaben

I. Zusammensetzung von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat zum 31.12.2018

1. Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung

Zum 31.12.2018 hatte die Stadtverordnetenversammlung folgende Mitglieder:

	Name		**Fraktion**
1.	Adam-Frick, Robert		RFFW
2.	Alvizaki, Chrysoula		CDU
3.	Biedert, Ulrich		WsR
4.	Bostan, Aysel		SPD
5.	Boukayeo, Sanaa		SPD
6.	Conrad-Rothengatter, Gisela		WsR
7.	Dayankac, Adnan		RFFW
8.	Fistric, Sebastian		CDU
9.	Flörsheimer, Prof. Dr. Mathias		ALFA
10.	Grode, Jens		SPD
11.	Hamer, Marcel		Bündnis 90 / Die Grünen
12.	Hamm, Jochen (bis 21.02.2018) / Löser, Ann-Kathrin		CDU
13.	Hauf, Wilfried Philipp		SPD
14.	Heil, Henning		CDU
15.	Höfeld, Walter		WsR
16.	Jacobi, Helmut (bis 19.06.2018) / Ben-Fadhel, Janina		SPD
17.	Kalaitzis, Ioannis		WsR
18.	Kantopoulos-Kestelidis, Nicolas		SPD
19.	Karger, Luca Sören		CDU
20.	Keleta, Sema		SPD
21.	Kleinböhl, Olaf		SPD
22.	Körner, Anne		SPD
23.	Kolb, Natalie		SPD
24.	Kropp, Stefanie		CDU
25.	Krug, Heinz-Jürgen		Die Linke/Liste Solidarität
26.	Metz, Matthias		CDU
27.	Ohlert, Michael		CDU
28	Tsianakas, Panagiotis		Die Linke/Liste Solidarität
29.	Rentrop, Yvonne		CDU
30.	Römbach, Ralph		FDP
31.	Rohark, Erika		Bündnis 90 / Die Grünen
32.	Rücker, Brigitte		Die Linke / Liste Solidarität
33.	Schleidt, Johann Heinrich		CDU
34.	Schmitz-Henkes, Maria		Bündnis 90 / Die Grünen
35.	Schneckenberger, Karl-Heinz		Die Linke / Liste Solidarität
36.	Sert, Abdullah		FDP
37.	Stahl, Werner		CDU
38.	Steinborn, Birgit		Bündnis 90 / Die Grünen

39.	Tancik, Viviane-Ninette		CDU
40.	Theodoridou, Athina		SPD
41.	Tollkühn, Frank		SPD
42.	Vogt, Christian		Bündnis 90 / Die Grünen
43.	Wagner, Rainer		WsR
44.	Walczuch, Joachim		WsR
45.	Weber, Thorsten		CDU

2. Zusammensetzung des Magistrats

Der Magistrat setzte sich zum 31.12.2018 wie folgt zusammen:

a) hauptamtlicher Magistrat

Oberbürgermeister Udo Bausch		parteilos
Bürgermeister Dennis Grieser		Bündnis 90 / Die Grünen
Stadtrat Nils Kraft		SPD

b) ehrenamtlicher Magistrat

Stadträtin Anja Eckhardt		WsR
Stadträtin Marianne Flörsheimer		Die Linke / Liste Solidarität
Stadträtin Renate Meixner-Römer		SPD
Stadtrat Gerhard Bergemann		SPD
Stadtrat Borislaw Fistric		CDU
Stadtrat Horst Trapp		CDU

II. Durchschnittlicher Personalbestand

Die Stadt Rüsselsheim hatte im Jahr 2018 durchschnittlich 1.175 Beschäftigte[11]. Die Gesamtzahl der Beschäftigten setzte sich wie folgt zusammen:

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Beamte	**77**	**72**	**72**	**73**	**72**	**69**
davon Teilzeitbeschäftigte	5	6	5	6	8	9
Vollzeitbeschäftigte	72	66	67	67	64	60
übrige Beschäftigte	**921**	**925**	**969**	**1.018**	**1.037**	**1.060**
davon Teilzeitbeschäftigte	421	448	453	479	481	492
Vollzeitbeschäftigte	413	392	419	439	458	464
geringfügig Beschäftigte	87	85	97	100	98	104

[11] Die Berechnung des Durchschnittswerts erfolge über den Mittelwert der Beschäftigtenanzahl zum 31.03., 30.06., 30.09. und 31.12. des jeweiligen Jahres.

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Auszubildende und Praktikanten	**41**	**43**	**47**	**48**	**46**	
davon Beamtenanwärter	2	2	2	2	2	0
Auszubildende	18	17	15	16	15	15
Praktikanten im Sozial- und Erziehungsdienst	21	24	30	30	29	31
Beschäftigte und Beamte mit ruhenden Beschäftigungsverhältnissen (Freizeitphase der Altersteilzeit, Mutterschutz, Elternzeit, Sonderurlaub, Sabbatical, Rente auf Zeit, Krank ohne Bezüge, Zivil- bzw. Wehrdienst)	**101**	**98**	**108**	**96**	**83**	**71**
davon Beschäftigte	94	94	105	94	80	70
Beamte	7	4	3	2	3	1
davon Beamte in der Freizeitphase der Altersteilzeit	5	3	2	1	1	0
Beschäftigte in der Freizeitphase der Altersteilzeit	39	44	41	36	25	15
Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten	**1039**	**1.040**	**1.088**	**1.139**	**1.155**	**1.175**

III. Haftungsverhältnisse / Bürgschaften

Die Stadt Rüsselsheim hatte zum 31.12.2018 Bürgschaften für die Eigengesellschaften Stadtwerke GmbH, Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gGmbH und Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft gGmbH übernommen. Eine etwaige Inanspruchnahme drohte zum Bilanzstichtag nicht.

Insgesamt wurde zum Bilanzstichtag ein Betrag in Höhe von **62.071.366,98 EUR** (31.12.2017: 65.509.864,33 EUR) verbürgt, der sich wie folgt verteilt:

Gesellschaft	**Verbürgte Darlehens-restschuld** 31.12.2015 EUR	**Verbürgte Darlehens-restschuld** 31.12.2016 EUR	**Verbürgte Darlehens-restschuld** 31.12.2017 EUR	**Verbürgte Darlehens-Restschule** 31.12.2018 EUR
Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gGmbH	25.079.889,49	9.356.265,04	13.302.283,27	12.104.078,15
Gemeinnützige Wohnungs-baugesellschaft mbH	10.911.265,70	20.895.095,54	20.547.962,57	18.358.971,33
Stadtwerke Rüssels-heim GmbH	28.517.176,08	30.969.017,54	31.659.618,49	31.608.317,50

Die ausgewiesenen Summen berücksichtigen den Umstand, dass ein Teil der Darlehen der Stadtwerke nur zu 80% verbürgt wurden.

Neben den oben genannten Bürgschaften wurden im Zusammenhang mit der Erschließung und Vermarktung des Wohngebiets Blauer See zwei Bürgschaften für die Terramag GmbH über jeweils einen Kontokorrentkredit von 5,5 Mio. EUR übernommen.

Sonstige Haftungsverhältnisse oder Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben könnten, bestanden nach gegenwärtigem Kenntnisstand zum Bilanzstichtag nicht.

IV. Derivate Finanzierungsgeschäfte

Zum 31.12.2018 waren folgende derivate Finanzierungsgeschäfte abgeschlossen:

[IK= Investitionskredit / KK= Kassenkredit]

IK/KK	Art des Derivategeschäfts:	Nominalwert in Euro:	Laufzeit des Derivats:	Bemerkungen:
IK	Forwardswap Nr. 3 (tilgend)	5.965.447,70	31.01.2013-31.01.2036	
IK	Forwardswap Nr. 4 (tilgend)	3.048.554,96	10.07.2012-10.07.2032	
IK	Forwardswap Nr. 5 (tilgend)	8.395.130,80	28.08.2017-28.08.2042	
IK	Forwardswap Nr. 6 b (tilgend)	6.551.292,14	28.02.2021-28.02.2036	
IK	Payerswap Nr. 7 (tilgend)	2.842.535,50	15.06.2012-15.06.2029	
IK	Forwardswap Nr. 1 d (tilgend)	4.596.096,54	30.03.2010-30.03.2046	in 2012 wird Nr. 1 b zu Nr. 1 d
IK	Doppelswap 2 c (tilgend)	5.678.117,16	28.02.2010-28.02.2035	
IK	Eingebetteter Floor Nr. 1 c (tilgend)	4.596.096,54	30.03.2012-30.03.2017	Option zu Nr. 1 d
IK	Forwardswap Nr. 8 (tilgend)	6.401.077,85	30.03.2020-30.03.2035	
IK	Forwardswap Nr. 9 (tilgend)	3.203.202,22	15.03.2020-15.03.2030	
IK	Forwardswap Nr. 10 (tilgend)	2.500.000,00	08.08.2026-08.08.2031	
KK	Balanceswap Nr. 1 c (endfällig)	10.000.000,00	30.08.2010-30.07.2020	Umstrukturierung Festzinssatz zum 28.02.2017
KK	Payerswap Nr. 2 e I (endfällig)	10.000.000,00	30.12.2011-30.09.2021	
KK	Payerswap Nr. 2 e II (endfällig)	15.000.000,00	30.06.2011-30.06.2021	

V. Beteiligungen

Zum 31.12.2018 verfügte die Stadt Rüsselsheim über die folgenden Beteiligungen:

		Beteiligungsanteil
	Verbundene Unternehmen	
1	GPR Gesundheits-und Pflegezentrum Rüsselsheim gGmbH	100,00 %
2	Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	100,00 %
3	Beteiligungsgesellschaft Rüsselsheim mbH	100,00 %
4	Stadtentwicklungsgesellschaft Rüsselsheim mbH & Co.KG	100,00 %
5	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH (gewobau)	99,93 %
	Beteiligungen	
6	Ausbildungsverbund Metall GmbH	22,00 %
7	Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige GmbH	6,67 %
8	Regionalpark-Rhein-Main Südwest GmbH	5,88 %
9	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	3,70 %
10	Integriertes Verkehrsmanagement Frankfurt RheinMain (ivm)	3,10 %
11	Nassauische Heimstätte	0,24079788 %
12	Kulturregion Frankfurt Rhein-Main gGmbH	1,85 %
13	International Marketing of the Region	1,00 %
	Eigenbetriebe	
14	Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim	100,00 %
15	Eigenbetrieb Kultur 123 Rüsselsheim	100,00 %
	Geschäfts-/Genossenschaftsanteile	
16	Gemeinnützige Baugenossenschaft Rüsselsheim	6.256 Geschäftsanteile
17	Baugenossenschaft Ried	10 Geschäftsanteile (3.500.- EUR)
18	Volksbank Rüsselsheim eG	10 Geschäftsanteile (1.600,- EUR)
19	Volksbank Mainspitze	1 Geschäftsanteil (100,- EUR)
20	Bürgerenergie Untermain e.G.	50 Anteile (5.000,- EUR)
	Zweckverbände	
21	Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim	78,49 %
22	Zweckverband Riedwerke Kreis Groß-Gerau[12]	Wasserversorgung: 12,31 % Abfallentsorgung: 12,31 % Personennahverkehr: 9,18 %
23	Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen	Erinnerungswert
24	Wasserverband Schwarzbach Ried	0,7711 %
25	Zweckverband Fernost	33,33 %
	Anstalten öffentlichen Rechts	
26	Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR	65 %

VI. Wesentliche Verträge

Die Verträge der Stadt Rüsselsheim wurden innerhalb der Verwaltung abgefragt und auf ihre Wesentlichkeit hin untersucht. Als wesentlich wurden dabei nur Verträge angesehen, die auf Dauer, d.h. über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr abgeschlossen wurden und aus denen sich finanzielle Verpflichtungen von mindestens 10.000,- EUR pro Jahr ergeben. Nicht aufgenommen wurden in der Regel die diejenigen Verträge, die nur projektbezogen abgeschlossen wurden,

[12] Aufteilung nach Betriebszweigen.

oder deren finanzielle Auswirkungen sich unmittelbar aus den entsprechenden Haushaltsansätzen ergeben.

Vor diesem Hintergrund lagen zum Bilanzstichtag folgende Verträge vor:

Bezeichnung		jährliche Belastung
		TEUR
Mietverträge im Rahmen der Jugendhilfe		205
Mietverträge im Rahmen der Unterbringung von Geflüchteten		3.251
Mietzuschüsse soziale Vereine		77
Zuschüsse an Beratungsstellen im Rahmen der Jugendhilfe		339
Zuschuss an den Verein Auszeit e.V		408
Zuschuss Verbraucherberatung		24
Zuschüsse Regionalpark RheinMain gGmbH/ Regionalpark RheinMain Südwest GmbH		26
Nutzungsvertrag SKG Bauschheim e.V (Sporthalle)		66
Aufsichtsdienst Waldschwimmbad (DLRG)		20
Zuschuss Frankfurt Rhein-Main GmbH		40
Zuschuss Weihnachtsmarkt		20
Zuschuss Treffpunkt Innenstadt		24
Arbeitssicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung		24
Zuschüsse an freie Träger von Kindertages-stätten		4.930
Betriebsführung der Parkhäuser		47
Telefonanlage Rathaus		25
Wärme Contracting (Stadtwerke)		351
Toilettenanlagen (Wartung, Miete, Reinigung)		76
Softwarebetreuung Verkehrsrechner		58
Wartungsverträge für Lichtsignalanlagen		186
Miete Museumsdepot		26
Unterhaltung, Wartung und Betrieb der Straßenbeleuchtung (Stadtwerke)		1.320
Verbandsumlage RMV		64
Infrastrukturkostenausgleich RMV		570
Kostenanteil an RMV Regionalbusverkehr		150
Leistungen nach Einnahmeaufteilungsvertrag an RMV		1.481
Kostenerstattung ÖPNV (Stadtwerke Rüsselsheim)		2.857

Als weiterer wesentlicher Vertrag ist der Betreuungsvertrag über die Entwicklung des Baugebietes „Blauer See II“ mit der Terramag GmbH zu nennen.

VII. Übersicht über die fremden Mittel (§ 15 GemHVO)

Die fremden Finanzmittel werden als durchlaufende Gelder oder Verwahrungen dargestellt und bilden sich bilanziell sowohl unter den liquiden Mitteln als auch unter den Verbindlichkeiten ab.

Folgende fremde Finanzmittel sind in der Bilanz enthalten:

Sachkonto	Bezeichnung	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2017 EUR	31.12.2018 EUR
4860000	Verwahrungen	27.911,88	0,00	0,00	18.157,90
4860101-4860104	Verwahrkonto (syr. Flüchtlinge)	52.771,00	18.792,00	0,00	0,00
4860114	Verwahrgelder (Erbschaft Hörr)				213.000,00
4860115	Verwahrgelder (Fonds F.S.S.K.)	19,40	19,40	0,00	0,00
4860116	Verwahrgelder (Täter-Opfer-Ausgleich)	40.562,93	44.133,08	58.247,72	61.386,55
4860117	Verwahrgelder (Mündelgelder)	8.932,02	5.345,28	6.308,94	5.514,60
4860120	Mietkautionen				1.260,00
4860130	Verwahrgelder (Vereinsverm.)		104,78	104,78	10.994,32
4860160	Verwahrgelder (Freiwillige Feuerwehr)	432,70	1.953,02	1.827,33	1.602,33
4860170	Verwahrgelde (Sicherheitsein-behalte	0,00	0,00	0,00	18.200,00
4860999	Verwahrungen (SKGB)	19.988,60	68.630,97	30.297,90	149.491,80
4861010	Durchlfd. Gelder Stadtbüro	160,00	369,60	268,80	79,20
4861011	Durchlfd. Gelder Fischereischeine	1.032,00	- 1.856,50	0,00	0,00
4861013	Gewerbezentral-register	0,00	365,40	0,00	349,16
4861018	Durchlfd. Gelder Sicherheitsleistg.		766,36	0,00	0,00
4861019	Durchlfd. Gelder Urkundenüberpr.		320,93	903,73	3.614,83
4861020	Durchlfd. Gelder (Kreiseigene Fahrzeuge)	384,45	0,00	0,00	0,00
4861021	Durchlfd. Gelder GWL2 Dekon	266,81	0,00	0,00	0,00
4861022	Durchlfd. Gelder Kreis, Ausb. FFW				335,00
4861025	Durchlfd. Gelder Spenden, Asyl	12.700,00	17.964,17	19.325,61	17.399,25
4861030	Durchlfd. Gelder Tiefgarage Löwenplatz	0,00	0,00	-6.020,91	0,00
4861041	Durchlfd. Gelder Kaution, Sondernutzung	1.000,00	1.000,00	0,00	10.000,00
4861045	Durchlfd. Gelder Stadtmuseum				22,00

4861056	Durchlfd. Gelder Rotary Club	0,00	36,00	0,00	0,00
4861065	Lokale Ökonomie	9.453,06	21.331,55	21.331,55	33.246,02
4861080	Durchlfd. Gelder (Schlüsselpfand)	650,56	0,00	0,00	0,00
4861085	Durchlfd. Gelder (Fahrradboxen)	202,24	202,24	177,24	227,24
	Summen:	**176.467,65**	**178.346,52**	**132.772,69**	**544.880,20**

Bei den im Verwahrgelass der Stadt vorhandenen Kautionssparbüchern und sonstigen hinterlegten Sparbücher, die nicht auf den Namen der Stadt Rüsselsheim ausgestellt sind, wurde auf eine Bilanzierung verzichtet. Diese Sparbücher weisen zum Bilanzstichtag einen Kontostand von insgesamt 1.382,60 EUR (31.12.2017: 1.382,60 EUR) auf.

F. Anlagen zum Anhang

Dem Anhang zum Jahresabschluss sind folgende Anlagen beigefügt:

I. Anlagenspiegel

II. Forderungsspiegel

III. Verbindlichkeitsspiegel

IV. Rückstellungsspiegel

Rüsselsheim am Main, den

Der Magistrat der
Stadt Rüsselsheim am Main

Udo Bausch
Oberbürgermeister

I. Übersicht über den Stand des Anlagevermögens zum 31.12.2018

(Anlagenspiegel)

Anlagevermögen	Gesamte Anschaffungs-/Herstellungskosten am Beginn des Haushaltsjahres	Zugänge zu AK/HK des Haushaltsjahres +	Abgänge zu AK/HK des Haushaltsjahres -	Umbuchungen zu AK/HK des Haushaltsjahres +/-	gesamte AK/HK am Ende des Haushaltsjahres +	Abschreibungen kumuliert am Beginn des Haushaltsjahres	Zuschreibungen des Haushalts-jahres +	Abschreibungen des Haushalts-jahres	Abschreibungen kumuliert am Ende des Haushaltsjahres -	Buchwert am Ende des Haushaltsjahres	Buchwert am Ende des Vorjahres
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Immat. Vermögensgegenstände											
1.1 Konzessionen, Lizenzen u.ä. Rechte	5.356.837,38 €	17.933,30 €	0,00 €	0,00 €	5.374.770,68 €	-2.933.250,38 €	0,00 €	-273.478,30 €	-3.206.728,68 €	2.168.042,00 €	2.423.587,00 €
1.2 Geleist. Invest.zuweisungen u. –zuschüsse	32.196.535,20 €	974.911,09 €	0,00 €	0,00 €	33.171.446,29 €	-15.434.436,46 €	0,00 €	-1.102.653,09 €	-16.537.089,55 €	16.634.356,74 €	16.762.098,74 €
Summe 1.	**37.553.372,58 €**	**992.844,39 €**	**0,00 €**	**0,00 €**	**38.546.216,97 €**	**-18.367.686,84 €**	**0,00 €**	**-1.376.131,39 €**	**-19.743.818,23 €**	**18.802.398,74 €**	**19.185.685,74 €**
2. Sachanlagevermögen											
2.1 Grundstücke u. grundstücksgl. Rechte	108.074.122,37 €	215.693,37 €	-642.121,65 €	0,00 €	107.647.694,09 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	107.647.694,09 €	108.074.122,37 €
2.2 Bauten, einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	178.208.131,01 €	17.379.074,90 €	-2.225.138,51 €	1.122.684,63 €	194.484.752,03 €	-54.553.380,14 €	0,00 €	-5.593.657,86 €	-59.371.827,16 €	135.112.924,87 €	123.654.750,87 €
2.3 Sachanl. i. Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	233.091.764,81 €	980.253,86 €	0,00 €	8.802.079,08 €	242.874.097,75 €	-128.967.478,13 €	0,00 €	-4.337.873,85 €	-133.305.351,98 €	109.568.745,77 €	104.124.286,68 €
2.4 Anlagen u. Maschinen zur Leistungserstellung	1.062.267,76 €	1.925,26 €	0,00 €	0,00 €	1.064.193,02 €	-690.253,76 €	0,00 €	-53.247,26 €	-743.501,02 €	320.692,00 €	372.014,00 €
2.5 and. Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	18.214.830,48 €	1.562.126,10 €	0,00 €	52.748,27 €	19.829.704,85 €	-11.974.067,24 €	0,00 €	-1.435.183,13 €	-13.409.250,37 €	6.420.454,48 €	6.240.763,24 €
2.6 Geleist. Anzahl. u. Anlagen i. Bau	38.798.749,38 €	19.337.009,85 €	0,00 €	-23.504.355,90 €	34.631.403,33 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	34.631.403,33 €	38.798.749,38 €
Summe 2.	**577.449.865,81 €**	**39.476.083,34 €**	**-2.867.260,16 €**	**-13.526.843,92 €**	**600.531.845,07 €**	**-196.185.179,27 €**	**0,00 €**	**-11.419.962,10 €**	**-206.829.930,53 €**	**393.701.914,54 €**	**381.264.686,54 €**
3. Finanzanlagevermögen											
3.1 Anteile an verb. Unterneh.	108.368.672,07 €	-148.627,76 €	-5.131.122,03 €	0,00 €	103.088.922,28 €	-2.998.109,35 €	0,00 €	-1.631.165,67 €	-4.629.275,02 €	98.459.647,26 €	100.090.812,93 €
3.2 Ausleihungen an verb. Untern.	29.544.065,33 €	1.558.000,00 €	-2.254.683,85 €	0,00 €	28.847.381,48 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	28.847.381,48 €	29.618.613,23 €
3.3 Beteiligungen	1.996.091,79 €	4.720.292,66 €	-61.989,98 €	0,00 €	6.654.394,47 €	-61.989,98 €	0,00 €	-2.042.218,57 €	-2.104.208,55 €	4.550.185,92 €	6.592.404,49 €
3.4 Ausleihungen an Untern., mit denen ein Beteil.verh. besteht	1.829.453,28 €	0,00 €	-102.105,68 €	0,00 €	1.727.347,60 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1.727.347,60 €	1.761.890,80 €
3.5 Wertpapiere d. Anlagevermögens	882.896,00 €	341.226,18 €	0,00 €	0,00 €	1.224.122,18 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1.224.122,18 €	1.112.017,14 €
3.6 Sonstige Finanzanlagen	1.674.380,86 €	0,00 €	-495.001,20 €	0,00 €	1.179.379,66 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	1.179.379,66 €	1.344.403,42 €
Summe 3.	**145.651.206,36 €**	**6.470.891,08 €**	**-8.044.902,74 €**	**0,00 €**	**142.721.547,67 €**	**-3.060.099,33 €**	**0,00 €**	**-3.673.384,24 €**	**-6.733.483,57 €**	**135.988.064,10 €**	**140.520.142,01 €**
Gesamtsumme (1.-3.)	**679.566.596,62 €**	**46.939.818,81 €**	**-10.912.162,90 €**	**-13.526.843,92 €**	**781.799.609,71 €**	**-217.612.965,44 €**	**0,00 €**	**-16.469.477,73 €**	**-155.567.112,25 €**	**548.492.377,38 €**	**540.970.514,29 €**

(Die kumulierten Abschreibungen am Ende des Haushaltsjahres bei Position 2.2 ergeben sich aus der Summe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn des Haushaltsjahres sowie den Abschreibungen des Haushaltsjahres zuzüglich Abgängen auf Abschreibungen in Höhe von 775.210,84 €, die aus einem außerordentlichen Anlagenabgang resultieren und in dieser Zeile nicht separat ausgewiesen sind.)

II. Übersicht über den Stand der Forderungen zum 31.12.2018
(Forderungsspiegel)

	Art	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres **2018** EUR	Stand zum Ende des Haushaltsjahres **2018** EUR	davon: mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr **2018** EUR	davon: mit Restlaufzeit von 1-5 Jahren **2018** EUR	davon: mit Restlaufzeit von über 5 Jahren **2018** EUR
1	**Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen**					
1.1	Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und Investitionszuweisungen	**17.786.834,83**	**16.574.186,98**	16.574.186,98	-	-
1.2	Forderungen aus Steuern und Abgaben	**3.096.106,20**	**4.529.091,56**	4.189.988,79	3.283,22	335.819,55
2	**Privatrechtliche Forderungen**					
2.1	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	**461.087,60**	**418.349,75**	325.652,34	6.197,42	86.499,99
2.2	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Sondervermögen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	**27.006.895,12**	**25.818.328,39**	25.818.328,39	-	-
2.3	Sonstige Vermögensgegenstände	**2.478.332,77**	**1.957.522,20**	1.948.328,95	-	9.193,25
	Summe der Forderungen	**50.829.256,52**	**49.297.478,88**	**48.856.485,45**	**9.480,64**	**431.512,79**

III. Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten zum 31.12.2018

(Verbindlichkeitenspiegel)

	Art	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres **2018** EUR	Stand zum Ende des Haushaltsjahres **2018** EUR	davon: mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr **2018** EUR	davon: mit Restlaufzeit von 1-5 Jahren **2018** EUR	davon: mit Restlaufzeit von über 5 Jahren **2018** EUR
1	**Verbindlichkeiten aus Anleihen**	-	-	-	-	-
2	**Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen**	**121.111.862,10**	**130.007.374,80**	7.222.082,97	30.755.294,55	92.029.997,28
2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**102.866.607,00**	**111.579.759,11**	5.774.020,22	25.511.522,81	80.294.216,08
2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	**18.245.255,10**	**18.427.615,69**	1.448.062,75	5.243.771,74	11.735.781,20
2.3	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	**0,00**	**0,00**	0,00	0,00	0,00
3	**Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung**	**229.000.000,00**	**71.700.000,00**	36.700.000,00	-	35.000.000,00
4	**Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften**	-	-	-	-	-
5	**Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen sowie Investitionsbeiträgen**	**3.973.165,89**	**5.305.775,28**	5.271.397,46	34.377,82	-
6	**Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**	**6.661.554,70**	**7.928.350,50**	7.867.552,39	60.798,11	-
7	**Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben**	**720.971,42**	**1.156.461,23**	1.156.438,71	22,52	-
8	**Verbindlichkeiteb gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältsnis besteht und Sondervermögen**	**8.406.929,43**	**6.909.712,67**	6.844.610,54	65.102,13	-
9	**sonstige Verbindlichkeiten**	**3.810.314,56**	**52.627.808,37**	5.350.610,08	3.156.198,29	44.121.000,00
	Summe der Verbindlichkeiten	**373.684.798,10**	**275.635.482,85**	**70.412.692,15**	**34.071.793,42**	**171.150.997,28**

IV. Übersicht über den Stand der Rückstellungen zum 31.12.2018

	Art	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres **2018** EUR	Inanspruchnahme **2018** EUR	Auflösung **2018** EUR	Zuführung[2] **2018** EUR	Stand zum Ende des Haushaltsjahres **2018** EUR
1	**Pensionsverpflichtungen aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüche**[1]	40.859.061,00	0,00	0,00	992.538,00	**41.851.599,00**
2	**Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfänger sowie Beamten und Arbeitnehmern für die Zeit nach dem aktiven Dienst bzw. dem Arbeitsverhältnis**[1]	8.815.283,00	0,00	0,00	97.693,00	**8.912.976,00**
3	**Bezüge und Entgeltzahlung für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit u.ä. Maßnahmen**	190.100,64	560.931,16	0,00	370.830,52	**0,00**
4	**Im Haushaltsjahr unterlassene Aufwendunge für Instandhaltung, die im folgenden Haushaltsjahr nachgeholt werden**	20.692,55	20.692,55	0,00	0,00	**0,00**
5	**Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien**	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
6	**Sanierung von Altlasten**	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
7	**Ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen**	480.149,42	480.149,42	0,00	105.870,52	**105.870,52**
8	**Drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren**	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**
9	**Sonstige Rückstellungen**	1.096.035,47	237.118,88	0,00	148.499,01	**1.007.415,60**
	Summe der Rückstellungen	**51.461.322,08**	**1.298.892,01**	**0,00**	**1.715.431,05**	**51.877.861,12**

[1] Die Inanspruchnahme bzw. Zuführung ist nur saldiert darstellbar.

[2] Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2018 wurden die Pensionsrückstellungen um 21.882,00 EUR und die Beihilferückstellungen um 87.354,00 EUR korrigiert. Diese Beträge sind in den ausgewiesenen Zuführungswerten enthalten.

Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2018

A. Überblick

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim hat am 22.03.2018 die Haushaltssatzung 2018 im Rahmen des Haushaltsplans mit folgenden Volumina beschlossen:

Ergebnishaushalt

a) ordentliches Ergebnis		
Erträge	179.080.090	EUR
Aufwendungen	191.072.371	EUR
b) außerordentliches Ergebnis		
Erträge	0	EUR
Aufwendungen	0	EUR
Fehlbedarf	11.992.281	EUR

Finanzhaushalt

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	10.491.275	EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	46.408.925	EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	35.917.650	EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	6.416.000	EUR

Das ordentliche Ergebnis wies in der **Planung** einen **Fehlbetrag von 11,99 Mio. EUR** auf. Da das Haushaltsjahr 2017 keinen genehmigten Haushaltsplan aufwies, konnten anders als in den Vorjahren im wesentlichen keine Ermächtigungen in Form von Haushaltsausgaberesten übertragen werden. Im Haushaltsvollzug ergab sich gegenüber der jahresbezogenen Planung im ordentlichen Ergebnis mit **8,83 Mio. EUR** eine deutliche Verbesserung von 3,16 Mio. EUR erreicht werden.

Hinzu kommt ein außerordentlicher Fehlbetrag von **2,09 Mio. EUR**. Das Jahresergebnis beträgt damit **10,92 Mio. EUR**, so dass die Vorgaben aus dem Schutzschirmvertrag (12,44 Mio. EUR) damit in Planung und im ordentlichen Ergebnis und theoretisch sogar im Jahresergebnis eingehalten werden konnten.

Die Haushaltsgenehmigung durch die Aufsichtsbehörde erfolgte am 27.08.2022, so dass die vorläufige Haushaltsführung Anfang September 2018 aufgehoben werden konnte.

Auf der Ertragsseite ergeben sich gegenüber der Planung Mindererträge bei den Gebühreneinnahmen (- 0,95 Mio. EUR), insbesondere im Bereich Asyl sowie deutlich geringere Kostenerstattungen (- 3,21 Mio. EUR). Des Weiteren ist erneut ein Einbruch bei der Gewerbesteuer (- 2,31 Mio. EUR) und ein geringerer Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (- 1,24 Mio. EUR) zu verzeichnen. Ebenfalls geringer als geplant fiel die Schlüsselzuweisung aus (- 1,06 Mio. EUR). Deutlich höhere Erträge konnten dagegen aus Transferleistungen insbesondere im Bereich der Jugendhilfe verbucht werden (+ 4,68 Mio. EUR). Weitere Verbesserungen ergaben sich bei Erstattungen im Bereich Asyl und der Kindertagesstätten (+ 0,92 Mio. EUR), den Schuldendiensthilfen vom Land (+ 0,98 Mio. EUR), den Regionalfondsmitteln (+ 0,4 Mio. EUR), den Auflösungen von Sonderposten (+ 0,62 Mio. EUR) und den Zinsen für Steuernachforderungen (+ 0,31 Mio. EUR).
(
In Summe konnte damit auf der Ertragsseite im ordentlichen Ergebnis der Planwert leicht übertroffen werden. Außerordentliche Ertragsverbesserungen ergaben sich außerdem vor allem aus Grundstücksverkäufen und periodenfremden Erträgen im Bereich der Kindertagesstätten (+ 1,0 Mio. EUR).

Auf der Aufwandsseite konnten vor allem bei den Sach- und Dienstleistungen (- 2,84 Mio. EUR) und den Personal- und Versorgungsaufwendungen (- 1,98 Mio. EUR) Verbesserungen erzielt werden. Des Weiteren reduzierten sich gegenüber der Planung die Transferaufwendungen (- 1,52 Mio. EUR) sowie die Kreis- und Gewerbesteuerumlage (- 0,9 Mio. EUR).

Demgegenüber stehen höhere Abschreibungen (+ 4,19 Mio. EUR), per Saldo höhere Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (+ 0,47 Mio. EUR).

Hinzu kommen außerordentliche Aufwendungen insbesondere aus außerplanmäßigen Abschreibungen (- 5,14 Mio. EUR).

B. Ergebnishaushalt nach Produktbereichen

Das Jahresergebnis[13] vor internen Leistungsbeziehungen stellt sich nach Produktbereichen wie folgt dar:

		Ansatz 2018 EUR	**Ergebnis 2018** EUR	**Abweichung 2018** EUR
PB 01	Innere Verwaltung	**22.079.825,00**	**20.639.150,80**	**- 1.440.674,20**
PB 02	Sicherheit und Ordnung	**5.802.250,00**	**5.777.984,28**	**- 24.265,72**
PB 03	Schulträgeraufgaben	**14.765.000,00**	**16.286.67,94**	**1.521.617,94**
PB 04	Kultur und Wissenschaft	**8.505.215,00**	**8.237.909,74**	**- 267.305,26**
PB 05	Soziale Leistung	**2.244.296,00**	**1.242.185,41**	**- 1.002.110,59**
PB 06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	**33.168.575,00**	**30.227.983,90**	**- 2.940.591,10**
PB 07	Gesundheitsdienste	**159.200,00**	**1.789.257,25**	**1.630.057,25**
PB 08	Sportförderung	**4.018.545,00**	**5.939.997,45**	**1.921.452,45**
PB 09	Räumliche Planung und Entwicklung	**2.124.825,00**	**1.750.368,99**	**- 374.456,01**
PB 10	Bauen und Wohnen	**729.635,00**	**581.174,62**	**- 148.460,38**
PB 11	Ver- und Entsorgung	**- 3.178.045,00**	**- 3.524.136,29**	**- 346.091,29**
PB 12	Verkehrsflächen und Verkehrsanlagen, ÖPNV	**12.361.620,00**	**12.238.443,39**	**- 123.176,61**
PB 13	Natur- und Landschaftspflege	**4.937.575,00**	**4.803.246,41**	**- 134.328,59**
PB 15	Wirtschaft und Tourismus	**1.449.365,00**	**3.652.909,34**	**2.203.544,34**
PB 16	Allgemeine Finanzwirtschaft	**- 97.175.600,00**	**- 96.426.402,24**	**749.197,76**
		11.992.281,00	**13.216.690,99**	**- 1.224.409,99**

I. Erläuterungen zu Abweichungen, die den Gesamthaushalt betreffen

Unter Berücksichtigung von geringfügigen Buchungen zu Lasten von Haushaltsausgaberesten (5.249,09 EUR) aus dem Haushaltsjahr 2016 ergibt sich ein Fehlbetrag von insgesamt 13,22 Mio. EUR, wobei 9,09 Mio. EUR aus dem ordentlichen und 4,13 Mio. EUR aus dem außerordentlichen Ergebnis resultieren.

Haushaltsübergreifend ergaben sich Plan-Ist-Abweichungen insbesondere aus folgenden, überwiegend im Rechnungswesen begründeten Aspekten:

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2018 basierten die Planwerte für Abschreibungen und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten wie schon in den Vorjahren auf Schätzungen bzw. auf dem damals aktuellen Stand der Vermögensfortschreibungen in den bereits aufgestellten Jahresabschlüssen. Mit dem Jahresabschluss zum 31.12.2018 ergaben sich nun die genauen Werte mit 14,59 Mio. EUR für Abschreibungen und 3,57 Mio. EUR an Erträgen aus Sonderposten.

[13] Die ausgewiesenen Werte berücksichtigen nur Buchungen, die den Ansatz des laufenden Jahres betreffen. Haushaltsausgabereste oder über- und außerplanmäßige Ausgaben (d.h. Verschiebungen der Planwerte) bleiben daher unberücksichtigt.

Des Weiteren wurden ggf. innerhalb der Finanzbuchhaltung weitere Anpassungen im Bereich des Kontenrahmens und der Zuordnung zu bestimmten Ergebnispositionen vorgenommen sowie aus finanzstatistischen Gründen Verschiebungen in der Zuordnung von Kostenstellen. Dies führt dazu, dass sich ggf. Ergebnisse nicht auf den beplanten Konten bzw. Kostenstellen darstellen.

Im Haushaltsvollzug wie im Rahmen der Aufstellung der Jahresabschlüsse kam es außerdem zu Verschiebungen zwischen Finanz- und Ergebnishaushalt. So wurden etwa im Ergebnishaushalt Maßnahmen geplant, die in der Abwicklung dem Finanzhaushalt zugeordnet werden mussten und umgekehrt.

Schließlich resultieren Verbesserungen allgemein aus der langen vorläufigen Haushaltsführung.

II. Erläuterungen zu Abweichungen in den einzelnen Produktbereichen

Erläutert sind im Folgenden in der Regel Produktbereiche, bei denen die Abweichungen des Jahresergebnisses vor internen Leistungsbeziehungen gegenüber der Planung größer als 5 % waren oder ein besonderer Erläuterungsbedarf bestand.

Produktbereich 01 - Innere Verwaltung

Die Verbesserung gegenüber der Planung von per Saldo 1,44 Mio. EUR resultiert aus nicht geplanten Erträgen aus der Herabsetzung der Pensionsrückstellungen (0,23 Mio. EUR) sowie Mehrerträgen bei Säumniszuschlägen bzw. Mahngebühren (0,06 Mio. EUR). Im Aufwandsbereich ergaben sich Verbesserungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen (0,76 Mio. EUR). Hinzu kommen Verbesserungen bei der Bauunterhaltung (0,9 Mio. EUR), nicht realisierter Untersuchungskosten für die Sanierung bzw. Energiebilanz der Verwaltungsgebäude (0,09 Mio. EUR), Kosten des Marketings (0,1 Mio. EUR), Benutzerentgelte (0,1 Mio. EUR) und Mieten/Mietnebenkosten (0,2 Mio. EUR). Demgegenüber fielen höhere Abschreibungen aus der hier zentral verbuchten Einzelwertberichtigung von Forderungen an (1,37 Mio. EUR) an.

Produktbereich 02 – Sicherheit und Ordnung

Das Ergebnis 2018 entspricht im Wesentlichen der Planung. Während die Erträge aus Verwarnungen hinter der Erwartung zurückblieben (0,1 Mio. EUR) ergaben sich Mehrerträge aus Kostenerstattungen (0,08 Mio. EUR). Bei den Aufwendungen stehen Verbesserungen bei den Sach- und Dienstleistungen (0,2 Mio. EUR) u.a. aus nicht umgesetzten Projekten (Verkehrsplanung Lichtsignalanlagen) höheren Abschreibungen (0,2 Mio. EUR) gegenüber.

Produktbereich 03 – Schulträgeraufgaben

Die Verschlechterung des Jahresergebnisses von per Saldo 1,52 Mio. EUR ist vor allem auf höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen (0,4 Mio. EUR), nicht geplante Bauunterhaltungsmaßnahmen (0,9 Mio. EUR), höhere Schülerbe-

förderungskosten (0,13 Mio. EUR) und Abschreibungen (0,77 Mio. EUR) zurückzuführen. Demgegenüber ergaben sich auf der Ertragsseite Verbesserungen bei der Auflösung der Sonderposten (0,1 Mio. EUR) sowie aus höheren Kostenersatzleistungen (0,08 Mio. EUR) und auf der Aufwandsseite aus geringen Zuweisungen und Zuschüssen (0,16 Mio. EUR).

Produktbereich 04 – Kultur und Wissenschaft

Im Jahresergebnis ergibt sich insgesamt eine Verbesserung von 0,27 Mio. EUR. Diese ist insbesondere auf eine geringere Verlustübernahme für den Eigenbetrieb Kultur 123 (0,33 Mio. EUR) aufgrund einer nicht realisierten Bauunterhaltungsmaßnahme im Stadttheater zurückzuführen.
Des Weiteren standen höheren Abschreibungen (0,26 Mio. EUR) geringeren Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (0,22 Mio. EUR) vor allem im Bereich der Vermieter-Bauunterhaltung gegenüber.

Produktbereich 05 – Soziale Leistungen

Per Saldo weist das Jahresergebnis eine Verbesserung von 1,0 Mio. EUR aus.

Auf der Ertragsseite sind geringere Unterbringungsgebühren in Bereich Asyl (0,53 Mio. EUR) zu verzeichnen, denen gegenüber der Planung höhere Erträge im Sinne der Bruttoverbuchung aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen (0,81 Mio. EUR) und Erträge aus Zuweisungen des Kreises (0,84 Mio. EUR) gegenüberstehen.

Auf der Aufwandsseite ergeben sich Verbesserungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen (0,55 Mio. EUR) und den Transferaufwendungen (0,21 Mio. EUR). Höhere Aufwendungen entstanden dagegen bei den Abschreibungen (0,17 Mio. EUR), bei den Mieten (0,7 Mio. EUR) und für die Obdachlosenunterbringung (0,46 Mio. EUR).

Produktbereich 06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Im Produktbereich ergab sich insgesamt eine Verbesserung von per Saldo 2,94 Mio. EUR.

Bei den Erträgen kam es bei den Erträgen aus Kostenersatzleistungen (- 3,49 Mio. EUR) und aus Transferleistungen (+ 3,67 Mio. EUR) aus haushaltsrechtlichen Gründen zu deutlichen Verschiebungen. Nicht geplante Zuweisungen für Schallschutzmaßnahmen an Kitas waren mit 0,21 Mio. EUR zu verbuchen.

Aufwandsseitig gab es Verbesserungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen (0,88 Mio. EUR), den Sach- und Dienstleistungen (0,1 Mio. EUR) und den Transferaufwendungen (1,27 Mio. EUR). Die Verbesserung bei den Transferaufwendungen ist dabei auf geringere Fallzahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten zurückzuführen. Bei den Aufwendungen für Abschreibungen ergab sich demgegenüber eine Verschlechterung von 0,37 Mio. EUR.

Produktbereich 07 – Gesundheitsdienste

Die Verschlechterung im Jahresergebnis ist erneut auf eine außerordentliche Abschreibung auf den Beteiligungswert an der GPR gGmbH zurückzuführen (1,63 Mio. EUR).

Produktbereich 08 – Sportförderung

Insgesamt ergab sich eine Verschlechterung gegenüber der Planung von 1,92 Mio. EUR, die in erster Linie auf die außerplanmäßige Abschreibung des Gebäudes des ehemaligen Freizeitbades (1,45 Mio. EUR) und der erstmaligen Abschreibung für den Neubau des Hallenbades (0,41 Mio. EUR) zurückzuführen ist. Demgegenüber stehen leichte Verbesserung auf der Ertragsseite mit 0,12 Mio. EUR.

Produktbereich 09 – Räumliche Planung und Entwicklung

Im Produktbereich stehen höheren Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten (0,13 Mio. EUR) höheren Aufwendungen für Abschreibungen (0,13 Mio. EUR) gegenüber. Des Weiteren fielen neben geringeren Personal- und Versorgungsaufwendungen (0,08 Mio. EUR) geringere Sach- und Dienstleistungen (0,3 Mio. EUR) an, die insbesondere aus den nicht ausgeschöpften Ansätzen für Sanierungsbetreuung, Stadtumbaumanagement und diversen Planungskosten resultieren.

Insgesamt ergab sich so eine Verbesserung im Jahresergebnis von 0,37 Mio. EUR. Geringen Sachaufwendungen bei den einschlägigen Projektkonten der Stadtplanung

Produktbereich 10 – Bauen und Wohnen

Neben Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (0,2 Mio. EUR) und höheren Personal- und Versorgungsaufwendungen (0,13 Mio. EUR), konnten die geplanten Bauaufsichtsgebühren nicht in geplantem Umfang realisiert werden (- 0,3 Mio. EUR). Außerordentliche Erträge konnten dagegen aus Grundstücksverkäufen mit 0,39 Mio. EUR erzielt werden, so dass sich insgesamt im Jahresergebnis eine Verbesserung von 0,15 Mio. EUR ergab.

Produktbereich 11 – Ver- und Entsorgung

Insgesamt konnte eine Verbesserung von 0,35 Mio. EUR erzielt werden. Dabei konnten Mehrerträge aus Abwassergebühren (0,38 Mio. EUR) erzielt werden, denen Mindererträge aus Konzessionsabgaben (0,17 Mio. EUR) gegenüberstehen.

Bei den Aufwendungen ergaben sich Minderaufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen (0,31 Mio. EUR), insbesondere bei den Kosten für die Untersuchungen des Kanalnetzes (0,2 Mio. EUR) sowie Mehraufwendungen für die Umlage an den Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim (0,14 Mio. EUR), die auf die Erstattung von Tilgungsleistungen zurückzuführen sind.

Produktbereich 12 – Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV

Insgesamt ergaben sich im Produktbereich Verbesserungen von 0,12 Mio. EUR.

Die deutlichen Minderaufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen (1,09 Mio. EUR) sind insbesondere auf die nicht in vollem Umfang realisierten Unterhaltungsmaßnahmen im Straßenbau (0,73 Mio. EUR) und den nicht mehr benötigten Haushaltsansatz für Beratungskosten im Zusammenhang mit der Einführung einer Straßenbeitragssatzung (0,13 Mio. EUR) zurückzuführen.

Mehraufwendungen entstanden dagegen bei den Zuweisungen und Zuschüssen vor allem im Bereich der Lokalen Nahverkehrsorganisation (0,78 Mio. EUR).

Produktbereich 13 – Natur- und Landschaftspflege

Insbesondere infolge der Verbuchung der passiven Rechnungsabgrenzungen bei den Grabbelegungsrechten ergaben sich Mindererträge bei den Friedhofsgebühren in Höhe von 0,45 Mio. EUR. Demgegenüber konnten Mehrerträge aus Entschädigungsleistungen nach dem Regionallastenausgleichsgesetz (betr. Flughafen Frankfurt Rhein Main) mit 0,37 Mio. EUR verbucht werden.

Einsparungen konnten des Weiteren bei den Sach- und Dienstleistungen im Umfang von 0,36 Mio. EUR erzielt werden, die insbesondere auf die nicht ausgeschöpften Haushaltsmittel für Bauunterhaltung, Klimaschutzkonzept und Grünflächenkataster zurückzuführen sind.

Insgesamt ergab sich so eine Verbesserung von 0,14 Mio. EUR.

Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus

Die Verschlechterung von insgesamt 2,2 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf eine nicht geplante außerordentliche Abschreibung auf den Beteiligungswert an der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR zurückzuführen (2,04 Mio. EUR).
Des Weiteren waren neben nicht im geplantem Umfang realisierter Erträgen aus Vermietung und Verpachtung (0,09 Mio. EUR) und einer Gewinnabführung (0,19 Mio. EUR) waren Minderaufwendungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen (0,09 Mio. EUR) zu verzeichnen.

Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft

Gegenüber der Planung kam es bei folgenden Steuereinnahmen zu erheblichen Veränderungen:

	Ansatz 2018 TEUR	Ergebnis 2018 TEUR
Gewerbesteuer	24.000	21.687
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	32.530	31.292
Grundsteuer B	20.800	21.687
Spielapparatesteuer	600	861

Aus dem aufgrund von Rückzahlungen geringeren Gewerbesteueraufkommen ergab sich eine entsprechend niedrigere Gewerbesteuerumlage (0,5 Mio EUR.).

Des Weiteren stehen Mehrerträgen aus nicht veranschlagten Auflösungen von Sonderposten (0,3 Mio. EUR) nicht geplante Abschreibungen (0,1 Mio. EUR) gegenüber.

Bei den Finanzerträgen ergaben sich zusätzliche Zinseinnahmen aus Steuernachforderungen (0,3 Mio. EUR). Bei den Zinsaufwendungen waren entgegen der Planung die Zinsen nach dem Schutzschirmgesetz weiter zu 100 % zu zahlen (1,0 Mio. EUR). Vor dem Hintergrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus konnte allerdings im Gegenzug bei den Zinsaufwendungen und -erträgen eine Verbesserung von 1,0 Mio. EUR erzielt werden. Des Weiteren ergaben sich mit 0,98 Mio. EUR Mehrerträge aus den Schuldendiensthilfen vom Land.

C. Investiver Finanzhaushalt

Die Haushaltssatzung 2018 wurde im investiven Finanzhaushalt mit folgenden Volumina verabschiedet:

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	**10.491.275 EUR**
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**46.408.925 EUR**
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	**35.917.650 EUR**
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	**6.416.000 EUR**

Bei der Festsetzung der jeweiligen Haushaltsansätze für die einzelnen Investitionsvorhaben und der Interpretation der korrespondierenden Ergebnisse sind grundsätzlich folgende Faktoren zu berücksichtigen:

Investitionsvorhaben werden regelmäßig über mehrere Haushaltsjahre abgewickelt. D.h. eine isolierte Betrachtung eines jahresbezogenen Ergebnisses in der Gegenüberstellung zum Planansatz ist meist nicht sinnvoll. Erst eine mehrjährige Übersicht kann hier Aussagen über die Einhaltung von Kostenschätzungen bzw. eingeschränkt auch des entsprechenden Zeitplans und Baufortschritts erlauben. Diesem Effekt trägt grundsätzlich die ggf. mehrjährige Übertragung von Haushaltsmitteln gem. § 21 GemHVO Rechnung.

Des Weiteren ist zu beachten, dass vor dem Hintergrund des erst Ende August genehmigten Haushalts 2018 über Zweidrittel des Jahres die Regelungen der Vorläufige Haushaltsführung im Sinne des § 99 HGO zur Anwendung kamen und damit neue Vorhaben in der Regel nicht begonnen werden konnten.

Die Schwerpunkte des Investitionsprogramms in der Planung 2018 lagen bei folgenden Maßnahmen:

		Mio. EUR
-	Maßnahmen, Hessentag 2017 (Restabwicklung)	2,0
-	Kanalbau	2,7
-	Straßenbau	4,8
-	Ankauf von Grundstücken	2,7
-	Neubau des Sportbades	4,0
-	Schulbaumaßnahmen	14,5
-	Neubau/Erweiterung von Kindertagesstätten	6,3
-	Investitionszuschüsse	1,0
-	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2,2
-	Maßnahmen, Kommunalinvestitionsprogramm	2,3

Auszahlungen wurden im Haushaltsvollzug vor allem für die folgenden Maßnahmen geleistet:

		Mio. EUR
-	Hessentagsprojekte	1,1
	<u>Schulbauprojekte (Neubau/Sanierung):</u>	
-	Max-Planck-Schule, Ganztagsangebote	2,1
-	Max-Planck-Schule, Sporthalle	2,6
-	Max-Planck-Schule, Atrium, Hauptgebäude	0,2
-	Sophie-Opel-Schule	4,7
-	Alexander von Humboldt-Schule	1,4
-	Gerhart-Hauptmann-Schule	0,6
-	Goetheschule	0,2
-	Schillerschule	0,1
-	Grundschule Königstädten	0,1
-	Albrecht-Dürer-Schule	0,1
-	Grundschule Hasengrund	0,5
-	Borngrabenschule	0,1
-	Helen-Keller-Schule	0,1
-	Abwasserbeseitigung	0,5
-	Straßenbau (ohne Hessentagsprojekte)	1,4
-	Kindertagesstätte Am Ehlenberg	0,2
-	Kindertagesstätte Danziger Anlage	0,1
-	Kinderkrippe Am Weinfaß	2,2
	Kinderspielplätze	0,1
-	Sanierung Großsporthalle Rüsselsheim	0,1
-	Schwimmbad an der Lache	3,0
	Ankauf von Grundstücken	0,2
-	Friedhöfe (Urnenwände,Grabfelder)	0,1
-	Bewegliches Anlagevermögen (sofern nicht im Rahmen von größeren Vorhaben angeschafft)	2,3

Investive Einzahlungen lagen insbesondere in den folgenden Bereichen vor:

		Mio. EUR
-	Grundstücksverkäufe	0,8
-	Regionalfondsmittel, Schulbau	0,1
-	Erschließungsbeiträge, Abwasserbeiträge, Kanalhausanschlüsse	0,1
-	Landeszuweisung, Attraktivitätssteigerung Innenstadt/Stadtumbau	0,3
-	Tilgungsrückflüsse aus Ausleihungen im Rahmen der Wohnungsbauförderung	1,0
-	Landeszuweisungen, Hessentagsprojekte	1,7
-	Landeszuweisung, Kinderkrippe Am Weinfass	0,6
-	Kommunales Investitionsprogramm, Zuweisung Kita Ehlenberg	2,5

Tatsächlich aufgenommen wurden im Haushaltsjahr 2018 Kredite zur Finanzierung von Investitionen der Stadt im Umfang von 15,9 Mio. EUR. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus eine Vorfinanzierung von investiven Maßnahmen durch Kassenkredite zumindest temporär die wirtschaftlichere Alternative darstellte.

An Tilgungsleistungen wurden (ohne Umschuldungen) 6,8 Mio. EUR verbucht.

D. Verschuldung

I. Allgemeines

Die Schulden der Stadt Rüsselsheim setzen sich im Wesentlichen aus zwei Positionen zusammen:

Die erste Position resultiert aus Darlehen, die nach § 103 HGO zur Finanzierung investiver Maßnahmen aufgenommen wurden. Diese Darlehen bewirken zwar ein Anwachsen der Verbindlichkeiten am Kreditmarkt, finanzieren aber andererseits auch eine entsprechende Mehrung des Anlagevermögens.

Der zweite Kreditblock setzt sich dagegen in der Regel aus kurzfristigen Darlehen zur Liquiditätssicherung im Sinne des § 105 HGO zusammen. Diese Darlehen dienen in erster Linie der Finanzierung des konsumtiven Haushalts sowie als Instrument im Rahmen des Zinsmanagements auch vorübergehend zur Vorfinanzierung von Investitionen. In der Konsequenz bewirken diese Kredite keine Vermögensmehrung, sondern letztlich über die finanzierten Aufwendungen eine Reduzierung des Eigenkapitals.

Beide Verbindlichkeitspositionen bilden daher die Gesamtverschuldung der Stadt Rüsselsheim ab, die sich zum 31.12.2018 auf 197.834.326,04 (31.12.2017: 345.984.593,59 EUR) belief.

II. Langfristige Verschuldung für Investitionen

Gegenüber der Planung mit einer vorgesehenen Kreditaufnahme von 35,92 Mio. EUR wurden tatsächlich lediglich 15,91 Mio. EUR an langfristigen Krediten zur Finanzierung von Investitionen aufgenommen. Zum 31.12.2018 setzte sich dieser Kreditblock daher wie folgt zusammen:

	EUR
- Schuldenstand am 31.12.2017:	116.984.593,59
- Auszahlungen für Tilgungen	- 6.760.963,67
- Kreditaufnahmen:	
- Kreditmarkt	14.000.000,00
- Hessischer Investitionsfonds	1.629.000,00
- Kommunales Investitionsprogramm	281.696,12
- Schuldenstand am 31.12.2018:	**126.134.326,04**

III. Liquiditätskredite

Die Haushaltssatzung 2018 ermächtigte zur Aufnahme von Liquiditätskrediten bis zum Höchstbetrag von 255,0 Mio. EUR (Vorjahr: 240,0 Mio. EUR). Das Kassenkreditvolumen dient dabei der Finanzierung der Defizite der Jahre 2001-2017 sowie des voraussichtlichen Fehlbetrags des Haushaltsjahres 2018.

Entgegen der Planung betrug der tatsächliche Stand an Kreditverbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung zum 31.12.2018 **71.700.000,00 EUR** und reduzierte sich daher gegenüber dem 31.12.2017 mit 229.000.000,00 EUR um 157.300.000 EUR. Die Reduzierung ist auf die Ablösung von 160.100.000,00 Euro im Rahmen der Hessenkasse zurückzuführen.

Bei der Interpretation dieses Betrages ist zu beachten, dass sich die Stadt Rüsselsheim mit ihren Eigenbetrieben, Eigengesellschaften sowie dem Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim in einem Verbund zur Beschaffung kurzfristiger Liquidität befindet. Im Rahmen dieses Konstrukts erhält die Stadt Rüsselsheim einerseits überschüssige Liquidität ihrer verbundenen Unternehmen und erspart damit zeitweise eine Kreditaufnahme auf dem Kreditmarkt. Sie tritt aber andererseits für diese Unternehmen auch am Kreditmarkt als Kreditnehmer auf und leitet die entsprechenden Kredite an diese weiter. Auf die Stadt Rüsselsheim im engeren Sinn entfällt daher nur das am Kreditmarkt aufgenommenen Kreditvolumen, das nicht an verbundene Unternehmen weitergeben wurde, sowie die von diesen in Anspruch genommene Liquidität. Dieser Liquiditätsverbund stellte sich zum 31.12.2018 wie folgt dar:

	31.12.2018 EUR	**31.12.2017 EUR**
- Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe	- 3.369.610,35	- 5.369.610,35
- Eigenbetrieb Bildung und Kultur	- 3.358.164,54	- 2.681.471,39
- Gewobau	0,00	0,00
- Stadtwerke GmbH	0,00	5.000.000,00
- GPR gGmbH Klinikum	16.400.000,00	13.000.000,00
- GPR gGmbH Seniorenresidenz	1.750.000,00	1.750.000,00
- GPR gGmbH Ambulantes Pflegeteam	580.000,00	300.000,00
- GPR Medizinisches Versorgungszentrum GmbH	470.000,00	470.000,00
- Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim	1.776.460,00	1.695.125,00
- Terramag GmbH	320.973,44	176.513,44
- Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR	776.683,45	785.933,67
Insgesamt:	**15.346.342**	**15.126.490,37**

Damit hatte die Stadt Rüsselsheim im Rahmen des Liquiditätsverbunds per Saldo insgesamt 15,35 Mio. EUR für ihre verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Eigenbetriebe an Kassenkrediten aufgenommen.

E. Haushaltsübertragungen aus Vorjahren

Gemäß § 21 GemHVO können Ansätze des Ergebnishaushalts für übertragbar erklärt werden. Ansätze des investiven Finanzhaushalts bleiben dagegen in der Regel bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar.

Die Übertragbarkeit ist grundsätzlich über einen entsprechenden Haushaltsvermerk geregelt (Haushaltsvermerke zum Haushaltsplan 2018, Zfr. I.5 und Zfr. II. 1-3; Allgemeine Bemerkungen und Anweisungen zum Haushaltsplan Zfr. III.11).

Die Stadt Rüsselsheim hat demnach die gesetzliche Regelung dahingehend eingeschränkt, dass im Ergebnishaushalt regelmäßig nur dann Haushaltsausgabereste gebildet werden sollten, wenn bis Ende 2018 ein entsprechender Auftrag erteilt wurde (gem. Dienstanweisung 06/2018).

Vor diesem Hintergrund werden aus dem Haushaltsjahr 2018 folgende Haushaltsansätze über eine entsprechende Anordnung des Oberbürgermeisters in das Folgejahr übertragen. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt hiermit davon Kenntnis.

I. Ergebnishaushalt:

Kostenstelle Bezeichnung	Sachkonto Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2018 einschl. HAR Vorjahr	Haushaltsaus- gaberest
010101000 Rechnungsprüfungsamt	6774000 Beratungskosten, Gutachten	32.100,00	7.200,00
010102050 Verwaltungssteuerung und - organisation	6070000 Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	4.590,00	1.800,24
010102200 Rechtsamt	6810000 Aufw. Für Zeitungen u Fachliteratur d. Verw.	1.310,00	114,12
010102400 Presse- und Medienarbeit	6861000 Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	36.690,00	12.920,00
010102400 Presse- und Medienarbeit	6861050 Relaunch Homepage	45.860,00	45.860,00
010102450 Stadtmarketing	6861250 Kosten des Marketings	174.250,00	53.169,20
010102520 Querschnittsaufgabe Chancengleichheit	6994132 Aktionsplan Europ. Charta für Gleichstellung	37.600,00	34.585,60
010102530 Integrationsaufgaben	6994108 Aktualisierung Integrationskonzept	36.690,00	36.690,00
010103100 Stadtkämmerei	6774000 Beratungskosten, Gutachten	18.340,00	15.555,40
010103200 Stadtkasse	6163140 Softwarepflegekosten	27.720,00	374,85
010103200 Stadtkasse	6880100 EDV-Fortbildung	5.880,00	2.497,81
010160060 Gebäudewirtschaft	6994076 Sanierungskonzept Verwaltung	45.860,00	45.860,00
020211500 Ordnungsangelegenheiten	6162200 Unterhaltung d. stationären Geschwindigkeitsmessanlagen	64.200,00	15.352,80

Kostenstelle Bezeichnung	Sachkonto Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2018 einschl. HAR Vorjahr	Haushaltsaus- gaberest
020211510 Stadtpolizei	6070000 Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	9.170,00	5.650,95
020211520 Ausländerangelegenheiten	6880100 EDV-Fortbildung	1.470,00	1.470,00
030020000 Schulverwaltung	6064000 Materialaufw. für Einricht. u. Ausstatt. (zentral)	36.690,00	1.304,32
030020000 Schulverwaltung	6161140 Farbleitsystem	45.860,00	813,96
030020000 Schulverwaltung	6163030 Unterhaltung Schultafeln (zentral)	20.300,00	2.487,82
030020000 Schulverwaltung	6163450 Sachaufwendungen, Schule@Zukunft	50.540,00	12.968,62
030020000 Schulverwaltung	6179050 Beratungskosten, Schulentwicklung	45.860,00	36.933,34
030020000 Schulverwaltung	6994077 Planungskonzept Schulsporthallen	45.860,00	45.860,00
030323010 Immanuel-Kant-Schule	6063000 Materialaufw. für Einrichtungen und Ausstattungen	48.240,00	335,45
030729310 Betreuungsschule - Verwaltung	6880000 Aufw. Für Fort- und Weiterbildung	1.830,00	898,00
030829500 Medienzentrum	6163100 Unterhaltung EDV	1.880,00	255,72
040030000 Kultur-Steuerung	6861000 Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	1.830,00	50,00
040030000 Kultur-Steuerung	6994265 Handlungsschwerpunkt Freizeit, Kultur, Bildung	45.860,00	33.348,00
040030000 Kultur-Steuerung	6994271 Kulturprofil	3.670,00	200,00
040030000 Kultur-Steuerung	7128836 Zuschüsse, Institutionelle Förderung	27.500,00	2.375,70
040030000 Kultur-Steuerung	72904700 Kulturpreis	9.500,00	6.950,80
040030000 Kultur-Steuerung	7290410 Verdienstplakette	5.000,00	600,00
040030000 Kultur-Steuerung	7290450 Förderstipendium	25.400,00	12.700,00
040132100 Stadtmuseum	6163600 Unterhaltung der Museumsbestände	16.510,00	1.428,00
040132110 Stadtarchiv	6163500 Unterhaltung der Archivbestände	2.200,00	772,58
040233100..040235200 Eigenbetrieb Kultur123	7680000 Aufwendungen aus Verlustübernahme	6.823.300,00	312.002,00
050142000 Hilfen für Asylbewerber	7290200 Förderung Asyl und Soziales	50.000,00	9.100,00
060040710 Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen	6010100 Aufw. für Büromat. u. Drucks. d. Verw. u. ähnl. Ei	13.760,00	191,14
060040720 Verwaltung Kindertagesstätten/Horte	6063000 Materialaufw. für Einrichtungen und Ausstattungen	92.810,00	13.489,40

Kostenstelle Bezeichnung	Sachkonto Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2018 einschl. HAR Vorjahr	Haushaltsaus- gaberest
060040720 Verwaltung Kindertagesstätten/Horte	6779070 Kosten, externe Beratung und Veranstaltungen	2.200,00	595,00
060446401 bis 060446429 Diverse Kitas	6880000 Aufw. für Fort- und Weiterbildung	64.530,00	5.842,23
060345560 Familienersetzende Hilfe - Vollzeitpflege	6779020 Kosten der Praxisberatung	21.050,00	9.079,70
060446429 Kinderkrippe Am Weinfaß 74	6063000 Materialaufw. für Einrichtungen und Ausstattungen	75.930,00	12.660,90
080055000Sport und Ehrenamt	6163010Unterhaltung von Sportstätten	30.350,00	25.960,00
100103500 Liegenschaften und Landwirtschaft	6779060 Kosten der Vermessung, Grundstücksvorbereitung	68.780,00	27.000,00
100188200 Unbebautes Grundvermögen	6779065 Vermarktungs- u. Vorbereitungskosten	137.560,00	57.000,00
110170000 Abwasserbeseitigung	6139400 Untersuchung des gesamten Kanalnetzes	229.280,00	167.600,00
110170000 Abwasserbeseitigung	6165110 Unterhaltung der Pumpstation	110.060,00	7.000,00
110170000 Abwasserbeseitigung	6165130 Unterhaltung des Kanalnetzes	201.770,00	2.000,00
120163000 Gemeindestraßen	6165300 Unterhaltung der Straßen und Brücken	917.160,00	75.000,00
120163000 Gemeindestraßen	6165315 Sanierung Rampen Kurt-Schumacher/Evreuxring	293.490,00	289.636,78
120163000 Gemeindestraßen	6165345 Sanierung Bensheimer Straße	321.010,00	321.010,00
130158000 Park- und Gartenanlagen	6161606 Mainufer, nachholende Pflegearbeiten	45.860,00	13.000,00
130158000 Park- und Gartenanlagen	6774300 Grünkataster	22.920,00	22.920,00
130269000 Wasserläufe und Wasserbau	6165800 Unterhaltung der Gräben u. des Mainufers	36.690,00	11.320,00
130412000 Natur- und Umweltschutz	6994160 Umweltbildung	8.530,00	2.000,00
		Summe	1.823.790,43

II. Investiver Finanzhaushalt

Investitionsnummer Bezeichnung	Sachkonto Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2018 einschl. HAR Vorjahr	Haushaltsaus- gaberest
010100030INV Magistrat Inventar	0860010 Zugänge Büromöbel u. son. Ausstattungsgegenstände	5.000,00	3.662,13
010101000INV Rechnungsprüfungsamt Inventar	0860010 Zugänge Büromöbel u. son. Ausstattungsgegenstände	3.500,00	2.800,00

Investitionsnummer Bezeichnung	Sachkonto Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2018 einschl. HAR Vorjahr	Haushaltsaus- gaberest
010102000EDV EDV-Dienstleistungen Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	0852010 Zugänge Hardware	611.500,00	326.573,25
010102100INV Personalwesen Inventar	0860010 Zugänge Büromöbel u. son. Ausstattungsgegenstände	5.000,00	1.567,94
01016006AC Gebäudeunterhaltung- und bewirtschaftung - Leitzentrale	0851010 Zugänge Büromasch., Orga.Mittel, DV- u. Kommunik.	100.000,00	86.525,50
01016006AD Gebäudeunterhaltung- und bewirtschaftung - neue Telefonanlage	0851010 Zugänge Büromasch., Orga.Mittel, DV- u. Kommunik.	108.000,00	42.181,21
020202600EDV Stadtbüros, Meldewesen Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	0852010 Zugänge Hardware	3.500,00	3.500,00
020202600INV Stadtbüros, Meldewesen Inventar	0860010 Zugänge Büromöbel u. son. Ausstattungsgegenstände	13.000,00	13.000,00
020205000EDV Standesamt Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	0242010 Zugänge DV-Software	12.000,00	12.000,00
020205000EDV Standesamt Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	0852010 Zugänge Hardware	13.000,00	6.735,84
020205000INV Standesamt Inventar	0860010 Zugänge Büromöbel u. son. Ausstattungsgegenstände	15.000,00	15.000,00
02021150AG Ordnungsamt - Verkehrsüberwachungssäule	0615010 Zugänge Verkehrssicherungs-u.Signalanlagen	130.000,00	125.000,00
02031300AA Ersatzbeschaffung Feuerwehrfahrzeuge	0810010 Zugänge Fuhrpark	400.000,00	395.000,00
02031300AF Neubau Löschwasserbrunnen	0536010 Zugänge Brand- und Katastrophenschutzeinrichtungen	40.000,00	40.000,00
02031300AG Brandschutz - Erweiterung Feuerwehrstützpunkt	0536010 Zugänge Brand- und Katastrophenschutzeinrichtungen	100.000,00	100.000,00
03002000AG Schulverw.-Ern.von Spielgeräten auf Schulhöfen	0840010 Zugänge sonstige Betriebsausstattung	40.000,00	22.864,49
03012110AB Otto-Hahn-Schule - Abarbeitung Sanierungsstau	0530110 Zugänge Schulgebäude	75.000,00	75.000,00
03012111AB Schillerschule Abarbeitung Sanierungsstau	0530110 Zugänge Schulgebäude	442.620,53	409.594,09
03012112AC Goetheschule Sanierung	0530110 Zugänge Schulgebäude	465.376,50	328.030,86
03012112AD Goetheschule Ganztagsangebote	0530110 Zugänge Schulgebäude	146.654,77	146.654,77
03012113AC Grundschule Königstädten Sanierung	0530110 Zugänge Schulgebäude	367.088,85	340.217,13

Investitionsnummer Bezeichnung	Sachkonto Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2018 einschl. HAR Vorjahr	Haushaltsaus- gaberest
03012113AD Grundschule Königstädten Planungskosten Weiterentwicklung/Sanierung	0530110 Zugänge Schulgebäude	100.000,00	80.811,25
03012114AB Albrecht-Dürer-Schule Sanierung	0530110 Zugänge Schulgebäude	115.302,09	103.912,51
03012115AH Georg-Büchner-Schule Neubau - Erweiterungsbau	0530110 Zugänge Schulgebäude	300.000,00	300.000,00
03012117AE Grundschule Hasengrund - Außengelände	0530110 Zugänge Schulgebäude	540.000,00	56.027,51
03012118AB Eichgrundschule - Planung zur Optimierung Ganztagsbetreuung	0530110 Zugänge Schulgebäude	15.000,00	15.000,00
03012118AC Eichgrundschule - Neues Dach (Ersatz Glasdach)	0530110 Zugänge Schulgebäude	30.000,00	26.083,67
03022251AF Gerhart-Hauptmann-Schule Sanierung 3-Feldsporthalle	0530110 Zugänge Schulgebäude	1.027.320,77	697.512,02
03022251AG Gerhart-Hauptmann-Schule Weiterentwicklung + Sanierung	0530110 Zugänge Schulgebäude	741.992,20	413.236,46
03022253AI Parkschule Sanierung	0530110 Zugänge Schulgebäude	557.831,07	545.578,00
03032300AD M.-Planck-Schule Einrichtung von Ganztagsangeboten	0530110 Zugänge Schulgebäude	1.887.214,55	65.071,94
03032300AI M.-Planck-Schule Atrium Hauptgebäude Sanierung	0530110 Zugänge Schulgebäude	321.980,55	77.999,84
03032300AJ M.-Planck-Schule Neubau Sporthalle	0530110 Zugänge Schulgebäude	2.911.787,84	311.545,05
03032301AG Immanuel-Kant-Schule Sanierung	0530110 Zugänge Schulgebäude	179.862,80	171.675,60
03032301AJ Immanuel-Kant-Schule Sanierung Toilettenanlage	0530110 Zugänge Schulgebäude	100.000,00	100.000,00
03032300AK M.-Planck-Schule - Hardware Energiecontrolling	0530110 Zugänge Schulgebäude	30.000,00	4.178,54
03042700AB Borngrabenschule - Abarbeitung Sanierungsstau	0530110 Zugänge Schulgebäude	164.207,14	151.600,28
03042700AC Borngrabenschule - Sanierung Sporthalle	0530110 Zugänge Schulgebäude	1.200.193,82	1.064.198,86
03042710AC Helen-Keller-Schule Sanierung	0530110 Zugänge Schulgebäude	430.246,00	388.661,69

Investitionsnummer Bezeichnung	Sachkonto Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2018 einschl. HAR Vorjahr	Haushaltsaus- gaberest
03052810AJ A.-von-Humboldt-Schule Umsetzung des Schulentwicklungsplans	0530110 Zugänge Schulgebäude	4.383.223,02	3.207.520,29
03052850AA Sophie-Opel-Schule Umsetzung des Schulentwicklungsplans	0530110 Zugänge Schulgebäude	4.826.679,13	2.451.221,48
03052850AC Sophie-Opel-Schule - modulare Schule 2	0530110 Zugänge Schulgebäude	2.700.000,00	57.920,93
030729310GWG2018 Betreuungsschule Verwaltung Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0892910 Zugänge GWG Sammler 2018	5.000,00	4.380,30
040132100INV Museum Inventar	0860010 Zugänge Büromöbel u. son. Ausstattungsgegenstände	11.500,00	1.524,39
04013210AB Ankauf von Museumsobjekten	0621010 Zugänge Kulturgüter	17.390,00	1.783,00
040132110INV Stadtarchiv Inventar	0892910 Zugänge GWG Sammler 2018	2.200,00	1.582,70
05056200AA Wohnungsw.Investzu.zur Förder.des Wohnungsbaus	0356010 Zug Gel. Investitionszusch.so.öfftl. Sonderrechg	625.000,00	247.000,00
060040720GWGEDV2018 Verwaltung Kindertagesstätten/Horte Geringwertige Wirtschafts- güter EDV - Sammler	0893010 Zugänge GWG EDV Sammler 2018	2.370,00	670,04
06044640AA Kita allg. Erneuerung der Außenspielanlagen	0840010 Zugänge sonstige Betriebsausstattung	50.000,00	7.517,40
060446402C Kita Amselstraße - Neubau / Erweiterung Planungskosten	0531010 Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitein.	300.000,00	300.000,00
060446403CKita Auerbacher Str. 5 - Umgest Aussengelände	0531010Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitein.	125.000,00	125.000,00
060446404A Kita Böcklinstr. 2 -Verm Unfallgefahr Aussenanlage	0531010 Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitein.	79.000,00	79.000,00
060446414D Kita Vollbrechtstr. - Umgest schräges Gelände/Erdr	0531010 Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitein.	20.000,00	20.000,00
060446415C Kita Zamenhofstr. 5 - Umgest. Aussenanlage	0531010 Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitein.	81.000,00	76.191,07
060446418C Kita Am Ehlenberg 1a - Neubau	0531010 Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitein.	249.988,26	11.500,00
060446419D Kita Rheingauer Str. 46 - Gest Westfeld (Krippe)	0531010 Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitein.	100.000,00	100.000,00

Investitionsnummer Bezeichnung	Sachkonto Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2018 einschl. HAR Vorjahr	Haushaltsaus- gaberest
060446423A Kita Berliner Viertel - Planungskosten	0531010 Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitein.	150.000,00	150.000,00
060446423B Kita Berliner Platz 28 (Interimskita Danziger Anlage)	0531010 Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitein.	2.600.000,00	1.296.195,37
060446425B Kita Karlsbader Straße - Entwässerung und Bef. Han	0531010 Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitein.	20.000,00	20.000,00
060446429A Kinderkrippe Bauschheim U3	0531010 Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitein.	3.459.779,40	625.860,89
060446431A Kita Hans-Sachs-Straße	0531010 Zugänge Kinderg., -tagesst., Jugend-, Freizeitein.	300.000,00	300.000,00
080055000INV Sport und Ehrenamt Inventar	0860010 Zugänge Büromöbel u. son. Ausstattungsgegenstände	6.500,00	4.000,00
08015610AO Invz. Eintracht Sanierung Kunstrasen	0358010 Zug Gel. Investitionszuschüsse übrige Bereiche	300.000,00	300.000,00
080156200INV Großsporthalle Inventar	0860010 Zugänge Büromöbel u. son. Ausstattungsgegenstände	12.500,00	10.500,00
08015700AG Sportbad - Neubau	0533010 Zugänge Sportanlagen, Schwimm- und Hallenbäder	5.026.475,97	1.363.224,69
080157000INV Schwimmbad an der Lache Inventar	0860010 Zugänge Büromöbel u. son. Ausstattungsgegenstände	4.000,00	2.250,00
080157200INV Waldschwimmbad Inventar	0860010 Zugänge Büromöbel u. son. Ausstattungsgegenstände	8.000,00	7.400,00
09014609AE Kinderspielplätze - grundhafte Erneuerungen	0623010 Zugänge Öffentliche Grünflächen	100.000,00	87.000,00
09014609AF Kinderspielplätze - Erneuerung Spielplatz Brandenburger Str.	0623010 Zugänge Öffentliche Grünflächen	200.000,00	124.688,95
100161300EDV Bauaufsichtsamt Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	0852010 Zugänge Hardware	14.000,00	10.430,00
100161300INV Bauaufsichtsamt Inventar	0860010 Zugänge Büromöbel u. son. Ausstattungsgegenstände	11.050,00	6.048,90
10018820AA Unbebautes Grundvermög - Ankauf von Grundstücken -	0502010 Zugänge Ackerland	1.500.000,00	1.200.000,00
10018821AA Bebautes Grundvermögen - Ankauf von Grundstücken -	0510110 Zugänge bebaute Grundstücke -mit eig. Bauten-	1.200.000,00	1.200.000,00

Investitionsnummer Bezeichnung	Sachkonto Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2018 einschl. HAR Vorjahr	Haushaltsaus- gaberest
11017000AH Abwasserbes. - Kanalsan. W.-Flex-Str. 3.-8. BA	0656010 Zugänge Kanalisation	50.000,00	50.000,00
11017000BI Abwasserb. Neubau Pumpst.Karlsbader Str.	0656010 Zugänge Kanalisation	770.509,44	750.916,63
11017000BN Abwasserb.Kanalneub ehem. SKG Bauscheim Gelände	0656010 Zugänge Kanalisation	1.150.000,00	298.897,40
11017000BW Abwasserbes. Kanal- sanierung im Ramsee 4. BA	0656010 Zugänge Kanalisation	233.000,00	231.317,34
11017000BX Abwasserbes. Kanal- sanierung im Ramsee 5. BA	0656010 Zugänge Kanalisation	50.000,00	50.000,00
11017000CB Abwasserbes. Kanalsan- ierung Fr. Ebert.Sied u bl See	0656010 Zugänge Kanalisation	320.000,00	303.429,80
11017000CD Abwasserbes. Kanalsan. Fröbelstraße	0656010 Zugänge Kanalisation	40.000,00	40.000,00
11017000CE Abwasserbes. Lückenschluss Bauscheim Nord/West	0656010 Zugänge Kanalisation	175.630,00	29.832,18
11017000CF Abwasserbes. Kanalsan. Alpenstraße	0656010 Zugänge Kanalisation	129.290,00	124.417,24
11017000CH Abwasserbes. Grundhafte Ern. Nauheimer Straße	0656010 Zugänge Kanalisation	212.000,00	209.349,95
11017000CI Abwasserbes. San Rübgrund/Eichgrund (Inliner)	0656010 Zugänge Kanalisation	450.000,00	432.150,00
11017000CK Abwasserbes. - Erw Hans Böckler Str (Nachtweide)	0656010 Zugänge Kanalisation	160.000,00	53.479,23
11017000CL Abwasserbes. - Neubau Pumpstation An der Lache	0656010 Zugänge Kanalisation	25.000,00	25.000,00
12016300AB Gemeindestr. Behinderteng Umbau Bushaltestellen	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	259.761,94	255.661,03
12016300AC Gemeindestraßen- Erw.Radwegenetz allg.	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	152.822,95	135.864,61
12016300AE Gemeindestraßen Verkehrs.u.Signalanl. allg.	0615010 Zugänge Verkehrssicherungs-u.Signalanlagen	150.000,00	139.947,31
12016300AG Gemeindestraßen-Sanierung der W.-Flex-Str. - 3.BA	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	70.000,00	70.000,00
12016300AO Gemeindestraßen Neubau Gewerbegeb. Bl. See Bauk.	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	97.900,00	97.900,00

Investitionsnummer Bezeichnung	Sachkonto Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2018 einschl. HAR Vorjahr	Haushaltsaus- gaberest
12016300BY Gemeindestr.Anbindung Flörsh.Str. an B43 Raunh. KB	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	160.000,00	160.000,00
12016300CD Gemeindestr. - Straßenneub Steinkaute	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	340.000,00	307.887,07
12016300CF Gemeindestr. - grundhafter Ausbau Nauheimer Straße	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	617.258,43	601.722,23
12016300CG Gemeindestr. - grundhafter Ausbau Kreuzung Stahlst	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	2.152.595,47	1.300.575,67
12016300CJ Gemeindestr. - Umgestaltung Straßenbegleitgrün	0623010 Zugänge Öffentliche Grünflächen	100.000,00	28.000,00
12016300CR Gemeindestr. - Straßensan. Im Ramsee 4. BA	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	436.080,00	434.951,17
12016300CS Gemeindestr. - Straßensan. Im Ramsee 5. BA	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	140.000,00	140.000,00
12016300CV Gemeindestr. Lückenschluss Bauschheim Nord/West	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	300.000,00	84.010,16
12016300CW Gemeindestr. - Fröbelstraße	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	40.000,00	40.000,00
12016300CX Gemeindestr. - Straßenneubau Alpenstraße	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	90.000,00	85.240,00
12016300CZ Gemeindestr. - Sanierung Faulbruchstraße	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	60.000,00	60.000,00
12016300DB Gemeindestr. - Einkaufszen- trum Königstädten Plank.	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	35.000,00	35.000,00
12016300DC Gemeindestr. -Grundh San Bauwerk ÜF Kupferstraße	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	290.000,00	290.000,00
12016300DG Gemeindestr. - Grundh San ÜF Oppenheimer Straße	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	110.000,00	110.000,00
12016300DJ Gemeindestr. - Erw Hans- Böckler-Str (Nachtweide)	0613010Zugänge Gemeindestraßen	105.000,00	102.814,01
12016300DK Gemeindestr. - Neubau Gehweg Johann-Sebastian- Bach	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	30.000,00	30.000,00
12016700AA Straßenbeleuchtung	0613010 Zugänge Gemeindestraßen	100.000,00	34.612,77
12046802AA Tiefgarage Löwenplatz - Brandschutz/Lüftung/GLT/ Sprinkler	0551010 Zugänge andere Bauten	600.000,00	600.000,00

Investitionsnummer Bezeichnung	Sachkonto Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2018 einschl. HAR Vorjahr	Haushaltsaus- gaberest
12046803AA Parkdeck Frankfurter Straße - Sanierung Planungskosten	0551010 Zugänge andere Bauten	150.000,00	150.000,00
13015800AE Park- und Gartenanlagen - Grundh. Ern. von Wegen	0623010 Zugänge Öffentliche Grünflächen	100.000,00	75.000,00
13015800AF Park- und Gartenanlagen - Grundh. Ern. von Wegen	0623010 Zugänge Öffentliche Grünflächen	160.000,00	77.735,51
13037500AL Bestattungswesen - Waldfriedhof - neue Wasserleitungen	0624010 Zugänge Friedhofsanlagen	350.000,00	345.965,47
13057830AA Feld- und Wirtschaftswege- Um-Aus-u.Neubau v.Feldw.	0614010 Zugänge Wege, Plätze	42.309,54	5.801,93
150173000EDV Marktwesen Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	0852010 Zugänge Hardware	2.000,00	730,09
15023550AB Kultur- und Bildungszentrum Am Treff - Hardware Energiecontrolling	0851010 Zugänge Büromasch., Orga.Mittel, DV- u. Kommunik.	40.000,00	28.138,59
040337000 B13 Hessentag Budgetring	diverse Sachkonten	2.318.900,38	1.312.887,93
		Summe:	30.208.646,15

F. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und investive Auszahlungen

Nach Maßgabe des § 100 HGO wurden im Haushaltsjahr 2018 folgende über- und außerplanmäßige Aufwendungen und investive Auszahlungen bewilligt. Die Genehmigungen werden hiermit zur Kenntnis gegeben.

I. Ergebnishaushalt

Lfd. Nr.	Kostenstelle Bezeichnung Sachkonto Bezeichnung	Haushalts-ansatz 2018	ÜPL/APL	Begründung Datum Bewilligung	Deckungsnachweis
1	010102000 EDV-Dienstleistungen 6201030 Entg. Aushilfen (einschl. Zulagen)	52.000,00	8.959,17	Von 2015 bis 2018 wurde ein IT-Techniker beschäftigt. Aufgrund einer nicht einkalkulierten Stufensteigerung bei der Vergütung reichten die Mittel nicht aus. 12.03.2019	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 010100030 - Magistrat Sachkonto: 6774000 - Beratungskosten, Gutachten
2	010103100 Stadtkämmerei 7178150 Kostenersatz,Schäden an dienstlich genutzten priv. Kfz	6.000,00	7.027,29	Anhand des Ergebnisses 2017 war bereits erkennbar, dass auch der für 2018 gemeldete Ansatz nicht ausreichen würde. Für 2019 ist der Ansatz entsprechend erhöht worden. Der erhöhte Mittelbedarf ist auf eine gestiegene Zahl der Schadenfälle zurückzuführen. 20.12.2018	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 160291200 - Schuldendienst, langfristige Kredite Sachkonto: 7716500 - Zinsen (Ansparraten Hess. Investitions-fonds)
3	080156100 Stadion und Außensportanlagen 6165200 Unterhaltung der Sportflächen	98.950,00	9.053,02	Im Rahmen der regelmäßigen Sportplatzpflege wurde eine Verklumpung des Granulats und daher die Sanierungsbedürftigkeit festgestellt. M-Nr. 293/18 25.09.2018	Mehrerträge bei: Kostenstelle: 080157200 - Waldschwimmbad Sachkonto: 5110000 - öffentlich rechtliche Benutzungsgebühren
4	080156100 Stadion und Außensportanlagen 6165200 Unterhaltung der Sportflächen	98.950,00	3.867,50	Aufgrund eines erhöhten Arbeitsaufwands und zusätzlich benötigten Arbeitsgeräten bei dem Austausch der Granulatfüllung auf der Kunstrasenspielfläche des VfR-Sportplatzes erhöhen sich die Sanierungskosten. 05.11.2018	Mehrerträge bei: Kostenstelle: 080157200 - Waldschwimmbad Sachkonto: 5110000 - öffentlich rechtliche Benutzungsgebühren
5	030020000 Schulverwaltung 6163020 Instandh. v. Einricht. u. Ausstattungen (zentral)	4.590,00	2.029,63	Aufgrund erhöhter Reparaturen reichen die vorhandenen Mittel nicht aus. 13.11.2018	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 030020000 - Schulverwaltung Sachkonto: 7172200 - Erst. an Kreis Groß-Gerau (Schulgesund-heitspflege)

Lfd. Nr.	Kostenstelle Bezeichnung Sachkonto Bezeichnung	Haushalts-ansatz 2018	ÜPL/APL	Begründung Datum Bewilligung	Deckungsnachweis
6	030121180 Eichgrundschule 6063000 Materialaufw. für Einrichtungen und Ausstattungen	795,00	1.775,00	Aufgrund der hohen Nachfrage im Ganztagsbereich hat die Eichgrundschule ihre Aufnahmekapazität um 20 Kinder erweitert. Daher sind zusätzliche Ausstattungsgegen-stände erforderlich. 18.10.2018	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 030020000 - Schulverwaltung Sachkonto: 7172200 - Erst. an Kreis Groß-Gerau (Schulgesund-heitspflege)
7	030121150 Georg-Büchner-Schule 6010100 Aufw. für Büromat. u. Drucks. d. Verw. u. ähnl. Ei	1.100,00	3.242,25	Aufgrund der Organisation im Ganztagsbereich ist ein erhöhter Aufwand an Druckerpatronen und Büromaterial entstanden. 18.10.2018	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 030020000 - Schulverwaltung Sachkonto: 7172200 - Erst. an Kreis Groß-Gerau (Schulgesund-heitspflege)
8	020211500 Ordnungsangelegen-heiten 7128960 Zuwendungen an Körperschaften, Verbände u. Vereine	27.530,00	3.891,30	Zur Durchführung des "Riders Cup" erfolgte eine wegweisende Beschilderung und Verkehrsabsicherung. Dem Veranstalter wurde eine Beteiligung für die Mehrkosten der Beschilderung zugesagt. 19.12.2018	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 020211500 – Ordnungsangelegen-heiten Sachkonto: 6165100 - Unterhaltung der Landungsbrücke
9	060546000 Kinder- und Jugendhäuser 7128400 Jugendarbeit B-Siedlung, Zuschuss "Auszeit e.V."	159.000,00	1.588,00	Tarif- und Stufenerhöhungen konnten zum Zeitpunkt der Anmeldung der Haushaltsmittel nicht vorausgesehen werden. 19.12.2018	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 060546000 - Kinder- und Jugendhäuser Sachkonto: 6993240 - Veranstaltungen, Programmkosten
10	060546000 Kinder- und Jugendhäuser 7128410 Jug.arb. Eichgr./Berliner Viertel, Zusch. Auszeit	178.000,00	3.323,00	Tarif- und Stufenerhöhungen konnten zum Zeitpunkt der Anmeldung der Haushaltsmittel nicht vorausgesehen werden. 19.12.2018	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 060546000 - Kinder- und Jugendhäuser Sachkonto: 6993240 - Veranstaltungen, Programmkosten
11	030020000 Schulverwaltung 6163400 Technischer Support der EDV, Schule Zukunft	44.480,00	2.004,46	Im Rahmen der Fördermittel Medieninitiative Schule @ Zukunft wurden zehn Laptops angeschafft. Um diese im Unterricht aktiv nutzen zu können, müssen noch Installationen vorgenommen werden. 19.12.2018	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 030020000 - Schulverwaltung Sachkonto: 6163030 - Unterhaltung der Schultafeln (zentral)

Lfd. Nr.	Kostenstelle Bezeichnung Sachkonto Bezeichnung	Haushalts-ansatz 2018	ÜPL/APL	Begründung Datum Bewilligung	Deckungsnachweis
12	080156100 Stadion und Außensportanlagen 6201030 Entg. Aushilfen (einschl. Zulagen)	9.500,00	4.979,87	Aufgrund der ungeplanten vorzeitigen Schließung des F.-Ebert-Sportplatzes für den Spielbetrieb der Fußballvereine und der notwendigen Sanierung des VfR Sportplatzes musste das Stadion verstärkt genutzt und Aufsichtspersonal eingesetzt werden. 11.02.2019	Mehrerträge bei: Kostenstelle: 080157200 - Waldschwimmbad Sachkonto: 5110000 - öffentlich rechtliche Benutzungsgebühren
13	080157200 Waldschwimmbad 6201030 Entg. Aushilfen (einschl. Zulagen)	33.700,00	1.696,00	Aufgrund des heißen Sommers kam es zu keinen wetterbedingten Schließungen. Die Badesaison wurde bis Mitte September ausge-dehnt. Bei dauerhaft hohen Temperaturen und überdurchschnittlichem Besucheraufkommen wird seitens der DLRG zusätzliches Personal eingesetzt. 11.02.2019	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 080156200 - Großsporthalle Rüsselsheim Sachkonto: 6201030 - Entg. Aushilfen (einschl. Zulagen)
14	080157000 Schwimmbad An der Lache 6732000 Gema Vergütungspauschale	0,00	828,19	Mit Eröffnung des neuen Hallenbades im Sept. 2018 musste mit der Gema ein Vertrag über die Tonträgerwidergabe als Hintergrundmusik in Bädern abgeschlossen werden. 21.02.2019	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 080157200 - Waldschwimmbad Sachkonto: 6774800 - Maßnahmen zur Erhaltung der Wasserqualität

II. Investiver Finanzhaushalt

Lfd. Nr.	Investitionsnummer Bezeichnung Sachkonto Bezeichnung	Haushalts-ansatz 2018	ÜPL/APL	Begründung Datum Bewilligung	Deckungsnachweis
15	GWG2018 Wahlangelegenheiten Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler 0892910 Zugänge GWG Sammler 2018	0,00	2.000,00	Im für die Landtagswahl 2018 eingerichteten Wahlbüro fehlen Büro- und Besucherstühle. Das Büro soll zum 15.08.2018 in Betrieb genommen werden. 03.08.2018	Minderauszahlungen bei: Inv.Nr.: INV - Inventar Kostenstelle: 020202600 - Stadtbüros/Meldewesen Sachkonto: 0860010 - Zugänge Büromöbel u. son. Ausstattungsgegenstände

Lfd. Nr.	Investitionsnummer Bezeichnung Sachkonto Bezeichnung	Haushalts-ansatz 2018	ÜPL/APL	Begründung Datum Bewilligung	Deckungsnachweis
16	GWGEDV2018 Wahlangelegenheiten Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV – Sammler 0893010 Zugänge GWG EDV Sammler 2018	0,00	1.500,00	Für das Wahlbüro müssen Drucker angeschafft werden.	Minderauszahlungen bei: Inv.Nr.: EDV - Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln Kostenstelle: 020202600 - Stadtbüros/Meldewesen Sachkonto: 0852010 - Zugänge Hardware
17	GWGEDV2018 Gutachterausschuss Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler 0893010 Zugänge GWG EDV Sammler 2018	0,00	833,00	Die Mittel für die GRK-Schnittstelle wurde nach 2016 übertragen. Eine Weiterübertragung nach 2018 war nicht möglich 05.11.2018	Minderauszahlungen bei: Inv.Nr.: GWGEDV2018 - Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler Kostenstelle: 020211420 - Gutachterausschuss Sachkonto: 0893010 - Zugänge GWG EDV Sammler 2018
18	GWG2018 Wirtschaftsförderung Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler 0892910 Zugänge GWG Sammler 2018	0,00	879,41	Aufgrund des Vorliegens eines Attests und eines Schreibens der Deutschen Renten-versicherung musste ein höhenverstellbarer Arbeitstisch angeschafft werden. 30.10.2018	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 150179100 - Wirtschaftsförderung Sachkonto: 6820000 - Porto und Versandkosten
19	GWG2018 Eichgrundschule Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler 0892910 Zugänge GWG Sammler 2018	1.825,00	6.584,00	Aufgrund der hohen Nachfrage im Ganztagsbereich hat die Eichgrundschule ihre Aufnahmekapazität um 20 Kinder erweitert. Daher sind zusätzliche Ausstattungsgegen-stände erforderlich. 18.10.2018	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 030020000 - Schulverwaltung Sachkonto: 7172200 - Erst. an Kreis Groß-Gerau (Schulgesundheitspflege)
20	INV Natur- und Umweltschutz Inventar 0810010 Zugänge Fuhrpark	0,00	3.119,80	Ursprünglich sollte ein Dienstrad für den Außendienst geleast werden. Es erwies sich allerdings als vorteilhafter das E-Bike zu kaufen. 04.01.2019	Minderaufwendungen bei: Kostenstelle: 130412000 - Natur- und Umweltschutz Sachkonto: 6701350 - Miete PKW

Rüsselsheim am Main, den

Der Magistrat der
Stadt Rüsselsheim am Main

Udo Bausch
Oberbürgermeister

GÖKEN | POLLAK | PARTNER
WIRTSCHAFTSPRÜFUNG UND BERATUNG

Bericht

über die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2018
und des Rechenschaftsberichtes
für das Haushaltsjahr 2018

der

Stadt Rüsselsheim am Main

Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft | Steuerberatungsgesellschaft
Bremen • Chemnitz • Potsdam • Düsseldorf • Würzburg
www.gpp-treuhand.de | www.gpp-gruppe.de

Die vorliegende PDF-Datei haben wir auf Wunsch unseres Auftraggebers als digitales Leseexemplar erstellt.

Wir weisen darauf hin, dass für unsere Berichterstattung ausschließlich unser Bericht bzw. das Testatexemplar in der unterzeichneten Originalfassung maßgeblich sind.

Für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit der Ihnen als PDF-Datei überlassenen Version übernehmen wir keine Haftung.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich unsere Verantwortlichkeit – auch gegenüber Dritten – allein nach den Auftragsbedingungen im Bericht (Besondere Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungsnahe Leistungen der GPP vom 1. Juli 2020 und Allgemeine Auftragsbedingungen IDW vom 1. Januar 2017) richtet.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis **2**
Anlagen **3**
Hinweis **3**
Abkürzungsverzeichnis **4**
1 Prüfungsauftrag **5**
2 Gegenstand der Prüfung **6**
3 Art und Umfang der Prüfung **7**
4 Haushaltsmäßige Abwicklung **11**
4.1 Haushaltssatzung 11
4.2 Haushaltsgesamtbeträge 12
4.3 Kredite 13
4.4 Verpflichtungsermächtigungen 13
4.5 Kassenkredite 14
4.6 Steuerhebesätze 14
4.7 Stellenplan – Stellenbesetzung 14
4.8 Bericht über den Haushaltsvollzug 14
4.9 Haushaltsicherungskonzept 15
5 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung **15**
5.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 15
5.1.1 Vorjahresabschluss 15
5.1.2 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 16
5.1.3 Software 17
5.1.4 Jahresabschluss 17
5.1.5 Rechenschaftsbericht 18
5.1.6 Anhang 18
5.2 Internes Kontrollsystem (IKS) 19
5.3 Gesamtaussage des Jahresabschlusses 20
5.3.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses 20
5.3.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen 21
6 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage **21**
6.1 Vermögens- und Kapitalstruktur 22
6.2 Entwicklung Nettoposition 2016-2018 23
6.3 Ergebnisentwicklung 24
6.4 Finanz- und Liquiditätslage 26
6.5 Soll-Ist-Vergleich Ergebnisrechnung 27
7 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks **29**

Anlagen

I. Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2018

II. Ergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

III. Finanzrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

Besondere Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungsnahe Leistungen

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

Hinweis

Der Jahresabschluss mit Anlagen sowie der Rechenschaftsbericht (§ 112 Abs. 2 bis 4 HGO) sind vom Magistrat der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung gem. 113 HGO diesem Prüfungsbericht beizufügen.

Abkürzungsverzeichnis

DS	Drucksache
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
IDR	Institut der Rechnungsprüfer
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IKS	internes Kontrollsystem
KVKR	Kommunaler Verwaltungskontenrahmen
n.F.	neue Fassung
PS	Prüfungsstandard des IDW
QS	Qualitätssicherungsstandards des IDW
T€	Tausend Euro
VJ	Vorjahr
VV	Verwaltungsvorschriften

1 Prüfungsauftrag

1. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Rüsselsheim am Main hat die Aufgaben nach § 131 HGO wahrzunehmen. Hierzu hat es uns durch Schreiben vom 28. Dezember 2021 für die Stadt Rüsselsheim am Main den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2018 zu prüfen und über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

Der Umfang dieser gesetzlichen Aufgabe ist in § 128 HGO festgelegt.

Danach ist der gemäß § 112 Abs. 2 HGO bestehende Jahresabschluss sowie der Rechenschaftsbericht nach § 112 Abs. 3 HGO mit allen Unterlagen grundsätzlich daraufhin zu prüfen, ob

- der Haushaltsplan eingehalten ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
- bei den Erträgen, Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,
- die Anlagen zum Jahresabschluss vollständig und richtig sind,
- der Jahresabschluss nach § 112 HGO ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt darstellt,
- der Rechenschaftsbericht nach § 112 Abs. 3 HGO eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Stadt Rüsselsheim am Main vermittelt.

Einschränkend weisen wir explizit daraufhin, dass es durch die heterogenen Bilanzierungsregelungen der öffentlichen Hand, insb. dem fehlenden Verweis in HGO sowie GemHVO auf § 264 Abs. 2 Satz 2 HGB, sowie die Fortentwicklung der diesbezüglichen Auffassung im wirtschaftsprüfenden Berufsstand gemäß IDW PH 1/2020 Tz. 10 i. V. m. IDW PS 400 n.F. (10.2021) nicht unsere Aufgabe ist, zu beurteilen, ob ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt wird. Unser Prüfungsurteil kann sich somit lediglich auf die Einhaltung der für die Stadt Rüsselsheim am Main geltenden gesetzlichen Vorschriften erstrecken (vgl. IDW PH 1/2020 Tz. 10). Vgl. im Einzelnen dazu Anlagen IV und V.

Wir bestätigen analog § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

2. Der Bericht ist an das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Rüsselsheim am Main und an die Stadt Rüsselsheim am Main gerichtet.

3. Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit gelten - auch im Verhältnis zu Dritten - die diesem Bericht als Anlagen beigefügten "Besonderen Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungsnahe Leistungen" vom 1. Juli 2020 sowie "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" vom 1. Januar 2017, soweit sie den Besonderen Vertragsbedingungen des Rechnungsprüfungsamtes nicht entgegenstehen.

4. Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis der Prüfung erstatten wir den vorliegenden Bericht, dem der geprüfte Jahresabschluss als Anlagen Nr. I bis Nr. III beigefügt ist.

2 Gegenstand der Prüfung

5. Gemäß § 112 Abs. 1 HGO hat die Stadt für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Er ist nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen und muss klar und übersichtlich sein. Er hat sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen zu enthalten, soweit durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Der Jahresabschluss hat nach § 112 Abs. 1 Satz 4 HGO die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt darzustellen.

   Der Jahresabschluss besteht gemäß § 112 Abs. 2 HGO aus

   1. der Vermögensrechnung (Bilanz),
   2. der Ergebnisrechnung und
   3. der Finanzrechnung

   und ist nach § 112 Abs. 3 HGO durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern.

   Dem Jahresabschluss sind als Anlagen beizufügen:

- nach § 112 Abs. 4 HGO ein Anhang, in dem die wesentlichen Posten des Jahresabschlusses zu erläutern sind, mit Übersichten über
  - das Anlagevermögen,
  - die Forderungen und die Verbindlichkeiten sowie
  - eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen,
- eine Rückstellungsübersicht nach § 52 GemHVO.

6. Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss datiert vom 5. Oktober 2021.

7. Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 sowie der Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2018. Diese haben wir daraufhin geprüft, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung beachtet worden sind.

8. Die gesetzlichen Vertreter sind für die Buchführung, die dazu eingerichteten Kontrollen und die Aufstellung von Jahresabschluss sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von den gesetzlichen Vertretern vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

3 Art und Umfang der Prüfung

9. Grundlagen für die Durchführung der Prüfung sind insbesondere § 128 HGO, die GemHVO und die Hinweise zur GemHVO, die vom IDR festgestellten "Leitlinien zur Durchführung von kommunalen Jahresabschlussprüfungen" (vgl. IDR-L 200) sowie die in den Prüfungsstandards des IDW niedergelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, insbesondere IDW Prüfungsstandard 730 "Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft".

   Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

   Gegenstand unseres Auftrages waren nicht die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände (wie z. B. Untreuehandlungen oder Unterschlagungen) und außerhalb der Rechnungslegung begangene Ordnungswidrigkeiten. Die Prüfung haben wir jedoch so angelegt,

dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden. Die Verantwortung für die Vermeidung und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten liegt bei den gesetzlichen Vertretern der Stadt.

10. Die Prüfung umfasst auch die Gesetzmäßigkeit. Dabei soll festgestellt werden, ob die gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze des Gemeindewirtschaftsrechts, einschließlich der lokalen Satzungen, Verfügungen und Richtlinien, eingehalten werden. Zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften gehört vor allem, dass

    - die Buchführung nachvollziehbar, unveränderlich, vollständig, richtig, zeitnah und geordnet vorgenommen wird,
    - der Jahresabschluss klar, übersichtlich und vollständig in der vorgeschriebenen Form mit den vorgeschriebenen Angaben aufgestellt ist und
    - der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stadt Rüsselsheim am Main vermittelt.

    Zum letztgenannten Spiegelstrich weisen wir erneut (vgl. Tz. 1) daraufhin, dass es durch die heterogenen Bilanzierungsregelungen der öffentlichen Hand, insb. dem fehlenden Verweis in HGO sowie GemHVO auf § 264 Abs. 2 Satz 2 HGB, sowie die Fortentwicklung der diesbezüglichen Auffassung im wirtschaftsprüfenden Berufsstand gemäß IDW PH 1/2020 Tz. 10 i. V. m. IDW PS 400 n.F. (10.2021) im vorliegenden Fall nicht unsere Aufgabe war, zu beurteilen, ob ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt wird.

    Bis einschließlich des Jahresabschlusses 2015 konnte der sog. Beschleunigungserlass sowohl bei der Aufstellung als auch bei der Prüfung der doppischen Jahresabschlüsse angewendet werden. Die darin enthaltenen Erleichterungsmöglichkeiten sind jedoch mit dem Haushaltsjahr 2016 bis auf wenige Ausnahmen entfallen.

11. Es wurde darauf geachtet, die Prüfung gemäß eines risikoorientierten Prüfungsansatzes so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss und seiner Anlagen vermittelten Bildes der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltungsleitung, vorgelegter Unterlagen und analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen

Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Im Rahmen der Prüfung werden neben der Wirksamkeit der vorhandenen Instrumente eines IKS die Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete in ausgewählten Stichproben durchgeführt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichtes.

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiter/innen wurden unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Gleichwohl kann im Rahmen des risikoorientierten Prüfungsansatzes nicht ausgeschlossen werden, dass Erfassungs-, Bewertungs-, Übertragungs- oder Dokumentationsfehler unentdeckt bleiben; dies gilt auch für mögliche dolosen Handlungen und andere Unregelmäßigkeiten.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

12. Die Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses (bestehend aus Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung sowie Anhang) und des Rechenschaftsberichts liegen in der Verantwortung des Magistrats.

Aufgabe unserer Prüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Dazu haben wir den Haushaltsplan, die Buchführung, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018, bestehend aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, der Vermögensrechnung sowie dem Anhang und den Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 der Stadt stichprobenweise geprüft.

13. Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss der Stadt Rüsselsheim am Main zum 31. Dezember 2017 nebst Rechenschaftsbericht. Der Entlastungsbeschluss nach § 114 Abs. 1 HGO datiert vom 2. Juni 2022.

14. Ergänzend hierzu hat uns der Oberbürgermeister mit der Vollständigkeitserklärung vom 2. November 2022 schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und dem zu prüfenden Jahresabschluss sowie im Rechenschaftsbericht alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

15. Die Buchführung des von der Stadt Rüsselsheim am Main zum 31. Dezember 2018 erstellten Jahresabschlusses und der Rechenschaftsbericht wurden auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Bestimmungen geprüft.

    Unsere Prüfungshandlung war darauf gerichtet, ein Urteil über die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und die Übereinstimmung des daraus entwickelten Jahresabschlusses sowie des Rechenschaftsberichts zu ermöglichen.

    Die für die Prüfung erforderlichen Unterlagen sind uns zur Verfügung gestellt worden. Erbetene Auskünfte und Nachweise wurden von der Verwaltungsleitung bzw. den für die Buchführung verantwortlichen Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen erteilt.

4 Haushaltsmäßige Abwicklung

4.1 Haushaltssatzung

16. Von der Stadtverordnetenversammlung wurde folgende Haushaltssatzung beschlossen:

	Beschluss vom	Genehmigung durch Finanzaufsicht	Datum der Bekanntmachung
Haushaltssatzung	22. März 2018	27. August 2018	30. August 2018

Vom Beginn des Berichtsjahres bis zur Bekanntmachung (Ende der Auslegungsfrist) der Haushaltssatzung war nach den Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung des § 99 HGO zu verfahren.

4.2 Haushaltsgesamtbeträge

17. Der Haushaltsplan 2018 wurde

im Ergebnishaushalt

<u>im ordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	179.080.090,00 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	191.072.371,00 €
mit einem Saldo von	- **11.992.281,00 €**
<u>im außerordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	0,00 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0,00 €
mit einem Saldo von	**0,00 €**
mit einem **Fehlbetrag** von	**11.992.281,00 €**

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	- **3.775.581,00 €**
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	10.491.275,00 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	46.408.925,00 €
mit einem Saldo von	**- 35.917.650,00 €**
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	35.917.650,00 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	6.416.000,00 €
mit einem Saldo von	**29.501.650,00 €**
mit einem **Zahlungsmittelüberschuss** des Haushaltsjahres von	**10.191.581,00 €**

festgesetzt.

4.3 Kredite

18. Gemäß § 2 der Haushaltssatzung ist der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2018 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich war, auf € 35.917.650,00 festgesetzt worden. Davon werden im Rahmen des Landes- und Bundesprogrammes KIP insgesamt € 800.000,00 an Krediten veranschlagt, die nicht genehmigungspflichtig sind.

Nach § 103 Abs. 3 HGO gilt die Kreditermächtigung bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres und, wenn die Haushaltssatzung für das übernächste Jahr nicht rechtzeitig bekannt gemacht wird, bis zur Bekanntmachung dieser Haushaltssatzung. Die Kreditaufnahmen entsprachen dieser Bestimmung.

Abwicklung Kreditermächtigung im Berichtsjahr 2018	**€**
Kreditermächtigung lt. § 2 der Haushaltssatzung	35.917.650,00
Durch Finanzaufsicht genehmigte Kreditaufnahme	25.000.000,00
Kreditermächtigung im Berichtsjahr	**25.000.000,00**
zzgl. zur Verfügung stehende Kreditermächtigung aus 2016 (nur bis zur Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2018)	12.000.000,00
zzgl. zur Verfügung stehende Kreditermächtigung aus 2017	0,00
Gesamte zur Verfügung stehende Kreditermächtigung	**37.000.000,00**
- tatsächliche Kreditaufnahme auf Ermächtigung 2016	10.300.000,00
- tatsächliche Kreditaufnahme auf Ermächtigung 2017	0,00
- tatsächliche Kreditaufnahme auf Ermächtigung 2018	5.610.000,00
= verbleibende Kreditermächtigung	**21.090.000,00**
- nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigung aus 2016	1.700.000,00
= im Folgejahr noch zur Verfügung stehende Kreditermächtigung	**19.390.000,00**

Kredite für Umschuldungen sind in der obigen Tabelle nicht enthalten.

4.4 Verpflichtungsermächtigungen

19. Gemäß § 3 der Haushaltssatzung ist der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2018 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf **€ 20.578.000,00** festgesetzt worden.

4.5 Kassenkredite

20. Der Höchstbetrag der Kassenkredite ist lt. § 4 der Haushaltssatzung für das Jahr 2018 auf € 255.000.000,00 festgesetzt worden.

Nach einer Erklärung der Stadt wurde der Höchstbetrag der Kassenkredite im Berichtsjahr nicht überschritten**,** so dass die Vorgaben der Haushaltssatzung eingehalten wurden.

Für die Inanspruchnahme des Kassenkredits wurden Zinsen i. H. v. € 3.174.953,62 bezahlt.

4.6 Steuerhebesätze

21. Die Steuerhebesätze betrugen:

	2017	2018
Grundsteuer A	680 v. H.	680 v. H.
Grundsteuer B	800 v. H.	800 v. H.
Gewerbesteuer	420 v. H.	420 v. H.

4.7 Stellenplan – Stellenbesetzung

22. Für das Haushaltsjahr 2018 gilt der von der Stadtverordnetenversammlung am 30. Mai 2018 beschlossene Stellenplan. Dieser gestaltet sich danach – im Vergleich zum Vorjahr – wie folgt:

	Haushaltsjahr 2017		Haushaltsjahr 2018	
	lt. Stellenplan	davon besetzt am 30.06.	lt. Stellenplan	davon besetzt am 30.06.
Beamte	105,25 Stellen	93,51 Stellen	109,25 Stellen	96,14 Stellen
Arbeitnehmer	391,74 Stellen	360,43 Stellen	416,88 Stellen	364,27 Stellen
Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungs-dienst	374,08 Stellen	327,03 Stellen	443,79 Stellen	332,24 Stellen
Insgesamt	871,07 Stellen	780,97 Stellen	969,92 Stellen	792,65 Stellen

4.8 Bericht über den Haushaltsvollzug

23. Nach § 28 Abs. 1 GemHVO ist die Stadtverordnetenversammlung mehrmals jährlich, d. h. mindestens zweimal, über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten.

Nach den Verwaltungsvorschriften sind die Berichte so zeitnah vorzulegen, dass die Stadtverordnetenversammlung noch in der Lage ist, Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen auf das laufende Haushaltsjahr zu beschließen.

Die entsprechenden Berichte für das Haushaltsjahr 2018 wurden am 6. September 2018 und 14. März 2019 vorgelegt.

4.9 Haushaltsicherungskonzept

24. Am 10. April 2018 hatte die Stadtverordnetenversammlung in der DS-Nr. 330/16-21 zur Kenntnis genommen, dass für die Genehmigung der Haushaltssatzung 2018 zwingend ein Haushaltssicherungskonzept erforderlich war.

In der gleichen Drucksache wird die erweiterte Ergebnisplanung für den Zeitraum von 2018 bis 2022 zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass zur Umsetzung dieser Planung keine weiteren konkreten Maßnahmen notwendig sind.

Das beschlossene Konzept basiert auf der oben angeführten erweiterten Ergebnisplanung sowie auf der vom Land vorgegebenen Berichtsdatenbank, mit der halbjährlich an das Land und an die Aufsichtsbehörde über den Stand der Haushaltssituation sowie die Einhaltung des Abbaupfades zu berichten ist.

Somit ist die Stadt der Verpflichtung gemäß § 92 Abs. 4 HGO zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzept nachgekommen.

5 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

5.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

5.1.1 Vorjahresabschluss

25. Für den Vorjahresabschluss und den Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2017 hat Frau Gabriele Kottenhoff, Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes, am 13. April 2022 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Daraufhin fasste die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main am 2. Juni 2022 gemäß § 114 Abs. 1 HGO folgenden Beschluss:

- Nach Kenntnisnahme des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes wird gemäß § 114 der Hessischen Gemeindeordnung der Jahresabschluss 2017 in der

geprüften Fassung festgestellt und dem Magistrat für das Haushaltsjahr 2017 Entlastung erteilt.

Die Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 114 Abs. 2 HGO und die Offenlegung erfolgte noch nicht.

5.1.2 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

26. Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des Kommunalen Verwaltungskontenrahmens (KVKR) erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung der Buchführung.

Die Geschäftsvorfälle wurden grundsätzlich vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Belege wurden ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von dem Magistrat aufgestellt.

5.1.3 Software

27. Die Stadt verwendet für die Buchführung ein automatisiertes Verfahren (DV-Buchführung). Im Berichtsjahr befand sich die Finanzsoftware "Infoma newsystem" der Firma Axians Infoma GmbH, Ulm, in der Version 7 im Einsatz.

28. Die Zertifizierungsstelle der TÜV Informationstechnik GmbH (Member of TÜV NORD GROUP), Essen, hat das Programm geprüft und ein Zertifikat mit einer Geltungsdauer bis zum 31. Januar 2020 erteilt.

5.1.4 Jahresabschluss

29. Die Vermögensrechnung, die Ergebnisrechnung sowie die Finanzrechnung sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet. Für erkennbare Risiken wurden grundsätzlich Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet.

30. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 ist ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden und entspricht weitestgehend den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

31. Der Magistrat soll den Jahresabschluss gemäß § 112 Abs. 9 HGO innerhalb von vier Monaten aufstellen. Der Beschluss über die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte verspätet.

5.1.5 Rechenschaftsbericht

32. Gemäß § 112 Abs. 3 HGO ist der Jahresabschluss durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern.

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Rechenschaftsbericht mit dem Jahresabschluss und mit den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und die gesetzlichen Vorschriften eingehalten wurden.

Die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt. Der Rechenschaftsbericht enthält weitere nach § 51 GemHVO erforderliche Darstellungen, Angaben und Erläuterungen.

Uns sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

5.1.6 Anhang

33. Gemäß § 112 Abs. 4 Ziffer 1 HGO i. V. m. § 50 GemHVO sowie den hierzu ergangenen Hinweisen ist dem Jahresabschluss als Anlage ein Anhang beizufügen. Im Anhang sind u. a. die wesentlichen Posten der Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung zu erläutern sowie nach § 44 Abs. 2 GemHVO erhebliche Unterschiede zu Beträgen des vorhergehenden Haushaltsjahres anzugeben und zu erläutern. Ferner sind nach § 50 Abs. 2 GemHVO im Anhang anzugeben:

- die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden,
- Abweichungen von den bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden mit einer Begründung; die sich dadurch ergebenden Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind gesondert darzustellen,
- Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten,
- Haftungsverhältnisse, die nicht in der Vermögensrechnung (Bilanz) auszuweisen sind,
- Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können,
- in welchen Fällen aus welchen Gründen die lineare Abschreibungsmethode nicht angewandt wurde,
- Veränderungen der ursprünglichen Nutzungsdauer von Vermögensgegenständen,
- Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften,
- eine Übersicht über die fremden Finanzmittel (§ 15 GemHVO),

- die durchschnittliche Zahl der Beamten und Arbeitnehmer, die während des Haushaltsjahres zur Stadt in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis standen,
- die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, auch wenn sie im Haushaltsjahr den Gemeindeorganen nur zeitweise angehört haben, mit dem Familiennamen und mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen.

Darüber hinaus sind dem Anhang folgende Übersichten beizufügen:

- Anlagenübersicht
- Verbindlichkeitenübersicht
- Forderungsübersicht
- Rückstellungsübersicht gem. § 52 GemHVO i. V. m. den Hinweisen zu § 52 GemHVO

Aus der GemHVO sowie den ergangenen Hinweisen ergeben sich weitere Verpflichtungen zur Anhangsangabe.

34. Der zur Prüfung vorgelegte Anhang enthält alle vorgeschriebenen Angaben sowie die entsprechenden Übersichten.

5.2 Internes Kontrollsystem (IKS)

35. Ein funktionierendes internes Kontrollsystem zum Erkennen und zur Beurteilung von Chancen und Risiken in den Geschäftsbereichen und -feldern der Kommune senkt die Wahrscheinlichkeit (= Risiko) von unrichtigen Aussagen speziell im Jahresabschluss, welche wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage einer Kommune hätten. Es soll weiterhin die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Zahlenwerke gewährleisten.

Das IKS soll den Oberbürgermeister bei der Aufsicht über seine Verwaltung und insbesondere die Kassen- und Rechnungslegung unterstützen sowie die Möglichkeit doloser Handlungen verhindern.

36. Als Bestandteile eines internen Kontrollsystems sind z. B. organisatorische und EDV-technische Sicherungen, Richtlinien, Regelwerke und Anweisungen, Geschäftsverteilungspläne, Kontrollen sowie Überwachungsfunktionen zu nennen, in denen bestimmte Abläufe oder Maßnahmen festgehalten sind. Beispielhaft werden nachfolgend genannt:

- Funktionstrennungen (z. B. Vieraugenprinzip, strikte Trennung von Anordnung, Feststellung und Ausführung von Vorgängen)
- Vertretungsregelungen
- Zugriffsbeschränkungen auf Daten
- Unterschriftenregelungen
- Kontrollmechanismen (Kontenabstimmungen, Soll-Ist-Vergleiche)
- Informationssystem (z. B. Vorlage von Tagesabschlüssen an Bürgermeister)
- Forderungsmanagement
- Schutzvorrichtungen (z. B. Tresore, Alarmeinrichtungen)
- Bankvollmachten
- Einhaltung der Berichtspflicht gegenüber der Stadtverordnetenversammlung
- Vorlage von Saldenbestätigungen
- Beachtung von Vergaberichtlinien

Gemäß der Aussage in der uns vorliegenden Vollständigkeitserklärung lagen seitens der Stadt sowohl am Abschlussstichtag als auch aktuell keine Störungen oder wesentliche Mängel des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems vor.

Eine Prüfung des internen Kontrollsystems erfolgte stichprobenweise im Rahmen der Jahresabschluss-, Kassen- und technischen Prüfung.

5.3 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

5.3.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

37. Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss samt Anhang und Rechenschaftsbericht in allen wesentlichen Belangen den relevanten Vorschriften der HGO sowie der GemHVO entsprechen.

5.3.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen

38. Dem Grundsatz des § 41 GemHVO folgend wurden Vermögensgegenstände höchstens mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, ggf. vermindert um Abschreibungen nach § 43 GemHVO, angesetzt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigen beizulegenden Wert angesetzt.

Rückstellungen wurden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten wurden mit den voraussichtlichen Rückzahlungsbeträgen passiviert.

Rechnungsabgrenzungsposten wurden für Aus- und Einzahlungen des Abschlussjahres gebildet, die wirtschaftlich folgenden Rechnungsperioden zuzuordnen sind.

Für weitergehende Erläuterungen zu den Bewertungsgrundlagen wird auf die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

6 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

39. Zur Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden die Posten der jeweiligen Rechnungen nach kommunalwirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst. Dabei beschränken wir uns auf eine kurze Entwicklungsanalyse.

Die Erläuterungen zu den einzelnen Positionen sind entsprechend § 50 GemHVO i. V. m. Ziffer 1 der VV zu § 50 GemHVO dem als Anlage zum Jahresabschluss beigefügten Anhang zu entnehmen. Gleiches gilt für die Abweichungen zur vorhergehenden Rechnung gemäß § 44 GemHVO.

Die nach den verbindlichen Mustern der GemHVO erstellte Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung sind unserem Bericht als Anlagen beigefügt.

6.1 Vermögens- und Kapitalstruktur

40. Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich zum 31. Dezember 2018 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Vermögensstruktur	**2018**		**2017**		**Vergleich lfd. Jahr / VJ**	
	T€	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Immaterielle Vermögensgegenstände	18.802	3,1	19.186	3,2	-384	-2,0
Sachanlagen	393.702	65,3	381.265	63,8	12.437	3,3
Finanzanlagen	135.988	22,6	140.520	23,5	-4.532	-3,2
Anlagevermögen	548.492	91,0	540.971	90,5	7.521	1,4
Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10	0,0	11	0,0	-1	-0,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	49.298	8,2	50.829	8,5	-1.531	-3,0
Liquide Mittel	1.598	0,3	2.371	0,4	-773	-32,6
Umlaufvermögen	50.906	8,4	53.211	8,9	-2.305	-4,3
Rechnungsabgrenzungsposten	3.144	0,5	3.420	0,6	-276	-8,1
	602.542	**100,0**	**597.602**	**100,0**	**4.940**	**0,8**
Kapitalstruktur						
Netto-Position	189.022	31,4	289.276	48,4	-100.254	-34,7
Ergebnisvortrag	-4.927	-0,8	-194.214	-32,5	189.287	97,5
Jahresfehlbetrag	-4.130	-0,7	-14.703	-2,5	10.573	71,9
Eigenkapital	179.965	29,9	80.359	13,4	99.606	124,0
Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen usw.	88.599	14,7	86.051	14,4	2.548	3,0
Sonstige Sonderposten	951	0,2	1.002	0,2	-51	-5,1
Sonderposten	89.550	14,9	87.053	14,6	2.497	2,9
Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	50.765	8,4	49.864	8,3	901	1,8
Rückstellungen für Finanzausgleich u. Steuerschuldverhältnisse	106	0,0	480	0,1	-374	-0,8
Sonstige Rückstellungen	1.007	0,2	1.117	0,2	-110	-9,8
Rückstellungen	51.878	8,6	51.461	8,6	417	0,8
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	130.007	21,6	121.112	20,3	8.895	7,3
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	71.700	11,9	229.000	38,3	-157.300	-68,7
Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen u. -zuschüssen	5.306	0,9	3.973	0,7	1.333	33,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.928	1,3	6.662	1,1	1.266	19,0
Verbindlichkeiten aus Steuern u. steuerlichen Abgaben	1.156	0,2	721	0,1	435	60,3
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	6.910	1,1	8.407	1,4	-1.497	-17,8
Sonstige Verbindlichkeiten	52.628	8,7	3.810	0,6	48.818	1281,3
Verbindlichkeiten	275.635	45,7	373.685	62,5	-98.050	26,2
Rechnungsabgrenzungsposten	5.514	0,9	5.044	0,8	470	9,3
	602.542	**100,0**	**597.602**	**100,0**	**4.940**	**0,8**

Hinweis: Rundungsdifferenzen und/oder Differenzen in Zwischensummen sind durch Darstellung in T€ möglich

6.2 Entwicklung Nettoposition 2016-2018

41. Nach § 25 Abs. 3 Satz 2 GemHVO können die bis 31. Dezember 2018 aufgelaufenen kumulierte Fehlbeträge im ordentlichen Ergebnis mit dem Eigenkapital einmalig verrechnet werden. Im Haushaltsjahr hat die Stadt von dieser Möglichkeit von Gebrauch gemacht und die verbleibenden Defizite im ordentlichen Ergebnis zum 31. Dezember 2018 gegen die Nettoposition ausgebucht.

Jahresabschluss zum	ordentlicher Überschuss (+)/ Fehlbetrag (-) €	außerordentlicher Überschuss (+)/ Fehlbetrag (-) €	ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren €	außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren €	Rücklagen ordentliches Ergebnis €	Rücklagen außerordentliches Ergebnis €	Netto-position €	**Summe** €
31.12.2016	-13.656.302,68	1.001.906,78	-177.088.546,15	-4.470.808,60	0,00	0,00	289.275.542,51	**95.061.791,86**
(geprüft, Entlastung erfolgt)								
31.12.2017	-13.244.504,76	-1.458.244,91	-190.744.848,83	-3.468.901,58	0,00	0,00	289.275.542,51	**80.359.042,43**
(geprüft, Entlastung erfolgt)								
31.12.2018	-9.091.414,09	-4.130.525,99	-203.989.353,59	-4.927.146,49	0,00	0,00	289.275.542,51	**67.137.102,35**
(geprüft)								
Verrechnung der Ablösung Hessenkasse	0,00	0,00	112.827.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**112.827.500,00**
Verrechnung der Fehlbeträge im ordentlichen Ergebnis gegen die Nettoposition	9.091.414,09	0,00	91.161.853,59	0,00	0,00	0,00	-100.253.267,68	**0,00**
31.12.2018 nach Verrechnung	**0,00**	**-4.130.525,99**	**0,00**	**-4.927.146,49**	**0,00**	**0,00**	**189.022.274,83**	**179.964.602,35**

6.3 Ergebnisentwicklung

42. Die Ergebnisentwicklung im Vergleich zum Vorjahr stellt sich wie folgt dar:

	2018		2017		Vergleich	
	T€	%	T€	%	T€	%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	393	0,2	3.802	2,0	-3.409	-89,7
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.268	8,0	15.039	8,1	-771	-5,1
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	10.388	5,8	12.456	6,7	-2.068	-16,6
Steuern, steuerähnliche Erträge	84.173	47,1	84.252	45,4	-79	-0,1
Erträge aus Transferleistungen	7.465	4,2	6.487	3,5	978	15,1
Erträge aus Zuweisungen, Zuschüssen für lfd. Zwecke	54.683	30,6	54.684	29,5	-1	0,0
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.574	2,0	3.328	1,8	246	7,4
Sonstige ordentliche Erträge	3.871	2,2	5.617	3,0	-1.746	-31,1
Summe der ordentlichen Erträge	**178.815**	**100,0**	**185.665**	**100,0**	**-6.850**	**-3,7**
Personalaufwendungen	48.065	26,6	45.792	24,0	2.273	5,0
Versorgungsaufwendungen	6.607	3,7	5.709	3,0	898	15,7
Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	30.416	16,8	46.385	24,4	-15.969	-34,4
Abschreibungen	14.591	8,1	13.680	7,2	911	6,7
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	26.571	14,7	26.491	13,9	80	0,3
Steueraufwendungen, gesetzliche Umlagen	32.021	17,7	30.011	15,8	2.010	6,7
Transferaufwendungen	15.815	8,7	16.273	0,0	-458	-2,8
Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.817	3,8	6.148	3,2	669	10,9
Summe der ordentlichen Aufwendungen	**180.903**	**100,0**	**190.489**	**100,0**	**-9.586**	**-5,0**
Verwaltungsergebnis	**-2.088**	**15,8**	**-4.824**	**32,8**	**2.736**	**56,7**
Finanzerträge	1.162		1.476		-314	-21,3
Zinsen und andere Finanzaufwendungen	8.165		9.896		-1.731	-17,5
Finanzergebnis	**-7.003**	**53,0**	**-8.420**	**57,3**	**1.417**	**16,8**
Ordentliches Ergebnis	**-9.091**	**68,8**	**-13.244**	**90,1**	**4.153**	**31,4**
Außerordentliche Erträge	1.007		452		555	122,79
Außerordentliche Aufwendungen	5.138		1.911		3.227	168,9
Außerordentliches Ergebnis	**-4.131**	**31,2**	**-1.459**	**9,9**	**-2.672**	**-183,1**
Jahresergebnis	**-13.222**	**100,0**	**-14.703**	**100,0**	**1.481**	**10,1**

Hinweis: Rundungsdifferenzen und/oder Differenzen in Zwischensummen sind durch Darstellung in T€ möglich. Die Angaben in Prozent bei dem Verwaltungsergebnis, Finanzergebnis, ordentlichen Ergebnis sowie außerordentlichen Ergebnis beziehen sich auf das Jahresergebnis.

Das Verwaltungsergebnis hat sich um T€ 2.736 auf T€ -2.088 verbessert. Es wirken sich vor allem die geringeren Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aus. Im Vorjahr waren durch den Hessentag 2017 deutlich höhere Aufwendungen angefallen.

Das sich um T€ 1.417 verbesserte Finanzergebnis ist auf gesunkene Finanzaufwendungen zurückzuführen.

Das Außerordentliche Ergebnis hat sich um T€ 2.672 auf T€ -4.131 verschlechtert. Es wirken sich vor allem den Anstieg der außerordentlichen Aufwendungen aus. Dies ist im Wesentlichen auf die Abwertung des Beteiligungswertes an der GPR gGmbh in Höhe von T€ 1.631 sowie dem für die Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR infolge der Umgliederung der Müllrücklage von T€ 2.040 in die Rückstellungen reduzierten zu bilanzierenden Beteiligungswert zurückzuführen. Im Bereich der Sachanlagen musste außerdem das ehemalige Freizeitbad an der Lache abgeschrieben werden.

Insgesamt ist die finanzielle Entwicklung als positiv zu betrachten, da der Jahresfehlbetrag um T€ 1.481 auf T€ -13.222 mit Vergleich mit dem Vorjahr gesunken ist. Diese positive Entwicklung ist insbesondere auf das verbesserte ordentliche Ergebnis zurückzuführen, während sich wie vorstehend beschrieben das Außerordentliche Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr verschlechterte.

6.4 Finanz- und Liquiditätslage

43. Die Finanz- und Liquiditätslage stellt sich wie folgt dar:

	Ist 2018	Ist 2017	Vergleich 2018/2017
	T€	T€	%
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	176.291	182.831	-3,6
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	172.249	183.375	-6,1
Zahlungsmittel aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**4.042**	**-544**	**843,0**
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	7.378	6.517	13,2
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	24.474	26.944	-9,2
Zahlungsmittel aus Investitionstätigkeit	**-17.096**	**-20.427**	**16,3**
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	365.075	468.519	-22,1
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	351.268	445.865	-21,2
Zahlungsmittel aus Finanzierungstätigkeit	**13.807**	**22.654**	**-39,1**
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	836	1.290	-35,2
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	2.365	1.458	62,2
Zahlungsmittel aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	**-1.529**	**-168**	-1010,1
Zahlungsmittel des Haushaltsjahres	**-776**	**1.515**	**-151,2**
Zahlungsmittel am Anfang des Haushaltsjahres	2.304	789	192,0
Zahlungsmittel am Ende des Haushaltsjahres	**1.528**	**2.304**	**-33,7**

Hinweis: Rundungsdifferenzen und/oder Differenzen in Zwischensummen sind durch Darstellung in T€ möglich.

6.5 Soll-Ist-Vergleich Ergebnisrechnung

44. Bei dem in der folgenden Tabelle dargestellten Soll handelt es sich um den fortgeschriebenen Haushaltsansatz:

	Ist inkl. Haushaltsreste 2018 T€	Ansatz inkl. Reste 2018 T€	Veränderung *) T€
Privatrechtliche Leistungsentgelte	393	567	-174
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.268	15.215	-947
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	10.388	13.602	-3.214
Steuern, steuerähnliche Erträge	84.173	87.110	-2.937
Erträge aus Transferleistungen	7.465	2.784	4.681
Erträge aus Zuweisungen, Zuschüssen für lfd. Zwecke	54.683	52.560	2.123
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.574	2.955	619
Sonstige ordentliche Erträge	3.871	3.713	158
Summe der ordentlichen Erträge	**178.815**	**178.506**	**309**
Personalaufwendungen	48.065	49.532	1.467
Versorgungsaufwendungen	6.607	6.895	288
Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	30.416	33.235	2.819
Abschreibungen	14.591	10.399	-4.192
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	26.571	26.099	-472
Steueraufwendungen, gesetzliche Umlagen	32.021	32.753	732
Transferaufwendungen	15.815	17.334	1.519
Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.817	6.848	31
Summe der ordentlichen Aufwendungen	**180.903**	**183.095**	**2.192**
Verwaltungsergebnis	**-2.088**	**-4.589**	**2.501**
Finanzerträge	1.162	574	588
Zinsen und andere Finanzaufwendungen	8.165	8.005	-160
Finanzergebnis	**-7.003**	**-7.431**	**428**
Ordentliches Ergenis	**-9.091**	**-12.020**	**2.929**
Außerordentliche Erträge	1.007	**0**	**1.007**
Außerordentliche Aufwendungen	5.138	0	-5.138
Außerordentliches Ergebnis	**-4.131**	0	**-4.131**
Jahresfehlbetrag	**-13.222**	**-12.020**	**-1.202**

*) Vorzeichen bezogen auf die Ergebnisauswirkung

Der tatsächliche Jahresfehlbetrag ist im Vergleich zum fortgeschriebenen Planansatz um T€ 1.202 höher ausgefallen. Der Grund dafür sind die um T€ 5.138 höheren außerordentlichen Aufwendungen im Vergleich zum geplanten Betrag, während das Ordentliche Ergebnis um T€ 2.929 besser als geplant ausfiel.

7 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

45. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 15. Dezember 2022 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die **Stadt Rüsselsheim am Main**

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der **Stadt Rüsselsheim am Main** – bestehend aus der Vermögensrechnung, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung des Bundeslandes Hessen sowie § 112 HGO.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 128 HGO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung (GoA) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Stadt unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) des Bundeslandes Hessen und § 112 HGO in allen wesentlichen Belangen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Stadt zur Fortführung ihrer Tätigkeit, d. h. der stetigen Erfüllung der Aufgaben zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Sicherung der stetigen Erfüllung ihrer Aufgaben, sofern einschlägig, anzugeben.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 128 HGO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieses Systems der Stadt abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise Schlussfolgerungen darüber, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Stadt zur Fortführung ihrer Tätigkeit, d. h. der stetigen Erfüllung ihrer Aufgaben, aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Stadt die stetige Aufgabenerfüllung nicht sicherstellen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES RECHENSCHAFTSBERICHTS

Prüfungsurteil

Wir haben den Rechenschaftsbericht der Stadt Rüsselsheim am Main für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Rechenschaftsbericht in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung des Bundeslandes Hessen, insbesondere § 51 GemHVO.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Rechenschaftsberichts unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) durchgeführt.

Danach wenden wir als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Die Berufspflichten gemäß der Wirtschaftsprüferordnung und der Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer einschließlich der Anforderungen an die Unabhängigkeit haben wir eingehalten.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Rechenschaftsbericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Rechenschaftsberichts, der in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung des Bundeslandes Hessen, insbesondere § 51 GemHVO, entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Rechenschaftsberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung des Bundeslandes Hessen zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Rechenschaftsbericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Rechenschaftsberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Rechenschaftsbericht in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung des Bundeslandes Hessen, insbesondere § 51 GemHVO, entspricht.

Die Ausführungen zur Verantwortung des Abschlussprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses gelten gleichermaßen für die Prüfung des Rechenschaftsberichts.

Des Weiteren führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Rechenschaftsbericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Würzburg, 15. Dezember 2022

Göken, Pollak und Partner
Treuhandgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/
Steuerberatungsgesellschaft

(Weisbach)
Wirtschaftsprüfer

(Mertens)
Wirtschaftsprüfer"

46. Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n.F.).

47. Nach § 113 Abs. 1 HGO ist der Jahresabschluss mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes (bzw. analog unserem vorliegenden Prüfungsbericht) vom Magistrat der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Der Beschluss über den Jahresabschluss sowie die Entlastung des Gemeindevorstands ist gemäß § 114 Abs. 2 HGO öffentlich bekannt zu machen.

Würzburg, 15. Dezember 2022

Göken, Pollak und Partner
Treuhandgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/
Steuerberatungsgesellschaft

(Weisbach)
Wirtschaftsprüfer

(Mertens)
Wirtschaftsprüfer

Anlagenverzeichnis

	Anlage Nr.
Vermögensrechnung 2018	I
Ergebnisrechnung 2018	II
Finanzrechnung 2018	III
IDW PS 400 n.F. (10.2021) (Auszüge)	IV
IDW PH 1/2020	V
Besondere Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungsnahe Leistungen	
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	

Stadt Rüsselsheim

Vermögensrechnung 2018

Bilanz zum 31.12.2018

Position	Bezeichnung	31.12.2018	31.12.2017
	Aktiva		
1	**Anlagevermögen**	**548.492.377,38**	**540.970.514,29**
1.1	**Immaterielle Vermögensgegenstände**	**18.802.398,74**	**19.185.685,74**
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	2.168.042,00	2.423.587,00
1.1.2	geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	16.634.356,74	16.762.098,74
1.1.3	geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände		
1.2	**Sachanlagevermögen**	**393.701.914,54**	**381.264.686,54**
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	107.647.694,09	108.074.122,37
1.2.2	Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	135.112.924,87	123.654.750,87
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	109.568.745,77	104.124.286,68
1.2.4	Anlagen und Maschinen z. Leistungserstellung	320.692,00	372.014,00
1.2.5	andere Anlagen, Betriebs-u.Geschäftsausstattung	6.420.454,48	6.240.763,24
1.2.6	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	34.631.403,33	38.798.749,38
1.3	**Finanzanlagevermögen**	**135.988.064,10**	**140.520.142,01**
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen, Sondervermögen	98.459.647,26	100.090.812,93
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	28.847.381,48	29.618.613,23
1.3.3	Beteiligungen, Zweckverbände	4.550.185,92	6.592.404,49
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen eine Beteiligungsverhältnis besteht	1.727.347,60	1.761.890,80
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	1.224.122,18	1.112.017,14
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	1.179.379,66	1.344.403,42
2	**Umlaufvermögen**	**50.905.523,92**	**53.210.704,79**
2.1	**Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- u.Betriebsstoffe**	**10.401,01**	**10.866,24**
2.2	**Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren**		
2.3	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**	**49.297.478,88**	**50.829.256,52**
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen, -beiträgen	16.574.186,98	17.786.834,83
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	4.529.091,56	3.096.106,20
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	418.349,75	461.087,60
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Unternehmen mit Beteiligungsverhältnissen und Sondervermögen	25.818.328,39	27.006.895,12
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	1.957.522,20	2.478.332,77
2.4	**Flüssige Mittel**	**1.597.644,03**	**2.370.582,03**
3	**Rechnungsabgrenzungsposten**	**3.143.714,54**	**3.420.387,22**
4	**Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**		

Position	Bezeichnung	31.12.2018	31.12.2017
	Passiva		
1	**Eigenkapital**	**179.964.602,35**	**80.359.042,43**
1.1	**Netto-Position**	**189.022.274,83**	**289.275.542,51**
1.2	**Rücklagen und Sonderrücklagen**		-
1.2.1	Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		-
1.2.2	Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses		-
1.2.3	zweckgebunde Rücklagen		-
1.2.4	Sonderrücklagen		-
1.2.4.1	Stiftungskapital		-
1.2.4.2	Sonstige Sonderrücklagen		-
1.3	**Ergebnisverwendung**	**-9.057.672,48**	**-208.916.500,08**
1.3.1	Ergebnisvortrag	**-4.927.146,49**	**-194.213.750,41**
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-	-190.744.848,83
1.3.1.2	Außerordentl. Ergebnisse aus Vorjahren	-4.927.146,49	-3.468.901,58
1.3.2	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**-4.130.525,99**	**-14.702.749,67**
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-	-13.244.504,76
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4.130.525,99	-1.458.244,91
2	**Sonderposten**	**89.550.255,16**	**87.053.018,63**
2.1	**Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge**	**88.599.173,75**	**86.051.487,22**
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	51.340.365,51	47.840.384,23
2.1.2	Zuschüsse vom nicht. öffentl. Bereich	13.509.970,42	13.866.876,64
2.1.3	Investitionsbeiträge	23.748.837,82	24.344.226,35
2.2	**sonstige Sonderposten**	**951.081,41**	**1.001.531,41**
3	**Rückstellungen**	**51.877.861,12**	**51.461.322,08**
3.1	**Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**	**50.764.575,00**	**49.864.444,64**
	darunter: Beamtenversorgungsrücklage	*1.224.122,18*	*1.112.017,14*
3.2	**Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuer-schuldverhältnissen**	**105.870,52**	**480.149,42**
3.3	**Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien**	**-**	**-**
3.4	**Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten**	**0,00**	**0,00**
3.5	**Sonstige Rückstellungen**	**1.007.415,60**	**1.116.728,02**
4	**Verbindlichkeiten**	**275.635.482,85**	**373.684.798,10**
4.1	**Anleihen**		
4.2	**Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen**	**130.007.374,80**	**121.111.862,10**
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	111.579.759,11	102.866.607,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*5.774.020,22*	*5.401.877,34*
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	18.427.615,69	18.245.255,10
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*1.448.062,75*	*1.386.639,41*
4.2.3	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*0,00*	*0,00*
4.3	**Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquidiätssicherung**	**71.700.000,00**	**229.000.000,00**
4.4	**Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften**	**-**	**-**

Bilanz zum 31.12.2018

Position	Bezeichnung	31.12.2018	31.12.2017

Stadt Rüsselsheim

Ergebnisrechnung 2018

B. Gesamtergebnisrechnung

Teilergebnisrechnungen nach Produktbereichen

Gesamtergebnisrechnung 2018

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.802.078,72	-566.795,00	-392.982,88	173.812,12
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-15.038.523,90	-15.215.510,00	-14.267.436,41	948.073,59
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-12.455.930,92	-13.602.395,00	-10.388.283,63	3.214.111,37
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	-84.251.550,35	-87.110.000,00	-84.173.205,36	2.936.794,64
06	6 Erträge aus Transferleistungen	-6.486.885,39	-2.783.630,00	-7.465.159,91	-4.681.529,91
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-54.684.344,77	-52.560.075,00	-54.683.089,08	-2.123.014,08
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-3.328.356,27	-2.955.000,00	-3.574.412,34	-619.412,34
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-5.617.100,61	-3.713.090,00	-3.870.556,46	-157.466,46
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-185.664.770,93**	**-178.506.495,00**	**-178.815.126,07**	**-308.631,07**
11	11 Personalaufwendungen	45.791.703,24	49.531.924,04	48.065.239,49	-1.466.684,55
12	12 Versorgungsaufwendungen	5.709.187,14	6.895.000,00	6.606.729,32	-288.270,68
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	46.385.003,02	33.234.642,72	30.416.423,19	-2.818.219,53
14	14 Abschreibungen	13.680.462,15	10.398.700,00	14.590.755,35	4.192.055,35
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	26.490.924,29	26.099.218,71	26.571.381,18	472.162,47
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	30.010.726,42	32.753.450,00	32.020.855,49	-732.594,51
17	17 Transferaufwendungen	16.272.893,87	17.334.410,00	15.814.905,26	-1.519.504,74
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.148.091,39	6.847.670,00	6.816.876,30	-30.793,70
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**190.488.991,52**	**183.095.015,47**	**180.903.165,58**	**-2.191.849,89**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**4.824.220,59**	**4.588.520,47**	**2.088.039,51**	**-2.500.480,96**
21	21 Finanzerträge	-1.475.531,14	-573.595,00	-1.162.074,68	-588.479,68
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	9.895.815,31	8.004.672,71	8.165.449,26	160.776,55
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**8.420.284,17**	**7.431.077,71**	**7.003.374,58**	**-427.703,13**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-187.140.302,07**	**-179.080.090,00**	**-179.977.200,75**	**-897.110,75**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**200.384.806,83**	**191.099.688,18**	**189.068.614,84**	**-2.031.073,34**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**13.244.504,76**	**12.019.598,18**	**9.091.414,09**	**-2.928.184,09**
25	27 Außerordentliche Erträge	-452.363,98	0,00	-1.006.880,38	-1.006.880,38
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	1.910.608,89	0,00	5.137.406,37	5.137.406,37
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**1.458.244,91**	**0,00**	**4.130.525,99**	**4.130.525,99**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**14.702.749,67**	**12.019.598,18**	**13.221.940,08**	**1.202.341,90**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-1.262.279,00	-4.759.621,00	-636.000,00	4.123.621,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	1.262.279,00	4.759.621,00	636.000,00	-4.123.621,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen**	**14.702.749,67**	**12.019.598,18**	**13.221.940,08**	**1.202.341,90**
	Leistungsbeziehungen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Gesamtergebnisrechnung 2018

(Buchungen auf das laufende Haushaltsjahr)

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.802.078,72	-566.795,00	-392.982,88	173.812,12
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-15.038.523,90	-15.215.510,00	-14.267.436,41	948.073,59
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-12.455.930,92	-13.602.395,00	-10.388.283,63	3.214.111,37
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	-84.251.550,35	-87.110.000,00	-84.173.205,36	2.936.794,64
06	6 Erträge aus Transferleistungen	-6.486.885,39	-2.783.630,00	-7.465.159,91	-4.681.529,91
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-54.684.344,77	-52.560.075,00	-54.683.089,08	-2.123.014,08
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-3.328.356,27	-2.955.000,00	-3.574.412,34	-619.412,34
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-5.617.100,61	-3.713.090,00	-3.870.556,46	-157.466,46
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-185.664.770,93**	**-178.506.495,00**	**-178.815.126,07**	**-308.631,07**
11	11 Personalaufwendungen	45.791.703,24	49.517.985,00	48.065.239,49	-1.452.745,51
12	12 Versorgungsaufwendungen	5.709.187,14	6.895.000,00	6.606.729,32	-288.270,68
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	45.472.955,85	33.216.436,00	30.397.709,24	-2.818.726,76
14	14 Abschreibungen	13.680.462,15	10.398.700,00	14.590.755,35	4.192.055,35
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	26.490.074,29	26.097.020,00	26.571.381,18	474.361,18
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	30.010.726,42	32.753.450,00	32.020.855,49	-732.594,51
17	17 Transferaufwendungen	16.252.850,48	17.334.410,00	15.814.905,26	-1.519.504,74
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.148.091,39	6.847.670,00	6.816.876,30	-30.793,70
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**189.556.050,96**	**183.060.671,00**	**180.884.451,63**	**-2.176.219,37**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**3.891.280,03**	**4.554.176,00**	**2.069.325,56**	**-2.484.850,44**
21	21 Finanzerträge	-1.475.531,14	-573.595,00	-1.162.074,68	-588.479,68
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	9.895.815,31	8.011.700,00	8.165.449,26	153.749,26
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**8.420.284,17**	**7.438.105,00**	**7.003.374,58**	**-434.730,42**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-187.140.302,07**	**-179.080.090,00**	**-179.977.200,75**	**-897.110,75**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**199.451.866,27**	**191.072.371,00**	**189.049.900,89**	**-2.022.470,11**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**12.311.564,20**	**11.992.281,00**	**9.072.700,14**	**-2.919.580,86**
25	27 Außerordentliche Erträge	-452.363,98	0,00	-1.006.880,38	-1.006.880,38
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	1.910.608,89	0,00	5.137.406,37	5.137.406,37
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**1.458.244,91**	**0,00**	**4.130.525,99**	**4.130.525,99**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**13.769.809,11**	**11.992.281,00**	**13.203.226,13**	**1.210.945,13**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-1.262.279,00	-4.759.621,00	-636.000,00	4.123.621,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	1.262.279,00	4.759.621,00	636.000,00	-4.123.621,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**13.769.809,11**	**11.992.281,00**	**13.203.226,13**	**1.210.945,13**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Gesamtergebnisrechnung 2018

(Buchungen auf Haushaltsreste)

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	11 Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	912.047,17	20.000,00	5.249,09	-14.750,91
14	14 Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	850,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	20.043,39	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**932.940,56**	**20.000,00**	**5.249,09**	**-14.750,91**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**932.940,56**	**20.000,00**	**5.249,09**	**-14.750,91**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	0,00	0,00	0,00	0,00
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**932.940,56**	**20.000,00**	**5.249,09**	**-14.750,91**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**932.940,56**	**20.000,00**	**5.249,09**	**-14.750,91**
25	27 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**932.940,56**	**20.000,00**	**5.249,09**	**-14.750,91**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**932.940,56**	**20.000,00**	**5.249,09**	**-14.750,91**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	0,00	0,00	0,00	0,00

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 01

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-40.412,97	-40.220,00	-43.199,62	-2.979,62
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-86.881,96	-101.650,00	-109.268,88	-7.618,88
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-665.482,71	-535.730,00	-630.205,47	-94.475,47
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-68.497,55	-105.000,00	-77.981,31	27.018,69
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-213,00		-625,34	-625,34
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-1.160.331,09	-3.800,00	-254.267,94	-250.467,94
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-2.021.819,28**	**-786.400,00**	**-1.115.548,56**	**-329.148,56**
11	11 Personalaufwendungen	12.355.102,91	12.861.154,17	12.363.203,23	-497.950,94
12	12 Versorgungsaufwendungen	3.226.077,60	4.268.600,00	3.997.779,66	-270.820,34
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.234.466,40	5.150.610,83	3.371.575,40	-1.779.035,43
14	14 Abschreibungen	1.816.423,39	663.600,00	2.166.089,37	1.502.489,37
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	47.808,31	61.077,29	55.825,14	-5.252,15
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	13.133,68	14.500,00	14.462,61	-37,39
17	17 Transferaufwendungen		2.500,00	2.500,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.291,48	3.690,00	14.416,48	10.726,48
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**20.695.303,77**	**23.025.732,29**	**21.985.851,89**	**-1.039.880,40**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**18.673.484,49**	**22.239.332,29**	**20.870.303,33**	**-1.369.028,96**
21	21 Finanzerträge	-217.156,31	-152.480,00	-222.108,77	-69.628,77
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	196,64	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**-216.959,67**	**-152.480,00**	**-222.108,77**	**-69.628,77**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-2.238.975,59**	**-938.880,00**	**-1.337.657,33**	**-398.777,33**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**20.695.500,41**	**23.025.732,29**	**21.985.851,89**	**-1.039.880,40**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**18.456.524,82**	**22.086.852,29**	**20.648.194,56**	**-1.438.657,73**
25	27 Außerordentliche Erträge	-20.736,56	0,00	-9.048,14	-9.048,14
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	153,19	0,00	4,38	4,38
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-20.583,37**	**0,00**	**-9.043,76**	**-9.043,76**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**18.435.941,45**	**22.086.852,29**	**20.639.150,80**	**-1.447.701,49**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-879.331,00	-1.490.100,00	0,00	1.490.100,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen		360.600,00	0,00	-360.600,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-879.331,00**	**-1.129.500,00**	**0,00**	**1.129.500,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**17.556.610,45**	**20.957.352,29**	**20.639.150,80**	**-318.201,49**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 02

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-12.727,91	-6.520,00	-9.147,99	-2.627,99
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.768.747,94	-2.016.250,00	-1.918.265,06	97.984,94
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-145.596,39	-83.600,00	-159.730,00	-76.130,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-83.067,77	-83.055,00	-82.969,33	85,67
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-81.887,87	-76.300,00	-80.440,00	-4.140,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-14.569,71	-4.050,00	-15.047,88	-10.997,88
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-2.106.597,59**	**-2.269.775,00**	**-2.265.600,26**	**4.174,74**
11	11 Personalaufwendungen	4.744.733,94	5.138.600,00	5.102.816,76	-35.783,24
12	12 Versorgungsaufwendungen	511.213,26	547.100,00	537.510,80	-9.589,20
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.370.495,85	1.548.223,70	1.345.673,74	-202.549,96
14	14 Abschreibungen	619.123,18	401.300,00	594.846,86	193.546,86
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	425.900,54	434.801,30	462.025,55	27.224,25
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	1.867,17	2.000,00	1.914,78	-85,22
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.016,00	0,00	316,00	316,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**7.674.349,94**	**8.072.025,00**	**8.045.104,49**	**-26.920,51**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**5.567.752,35**	**5.802.250,00**	**5.779.504,23**	**-22.745,77**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	-243,50	-243,50
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**-243,50**	**-243,50**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-2.106.597,59**	**-2.269.775,00**	**-2.265.843,76**	**3.931,24**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**7.674.349,94**	**8.072.025,00**	**8.045.104,49**	**-26.920,51**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**5.567.752,35**	**5.802.250,00**	**5.779.260,73**	**-22.989,27**
25	27 Außerordentliche Erträge	-9.905,86	0,00	-1.576,57	-1.576,57
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	-32,50	0,00	300,12	300,12
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-9.938,36**	**0,00**	**-1.276,45**	**-1.276,45**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**5.557.813,99**	**5.802.250,00**	**5.777.984,28**	**-24.265,72**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-14.713,00	-44.247,00	0,00	44.247,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen		6.900,00	0,00	-6.900,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-14.713,00**	**-37.347,00**	**0,00**	**37.347,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**5.543.100,99**	**5.764.903,00**	**5.777.984,28**	**13.081,28**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 03

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	-67.427,90	-67.427,90
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-330.610,49	-340.000,00	-362.901,66	-22.901,66
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-1.744.744,77	-1.608.300,00	-1.690.245,08	-81.945,08
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-759.642,45	-693.190,00	-729.464,81	-36.274,81
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-236.960,27	-171.200,00	-271.171,06	-99.971,06
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-49.979,90	-29.600,00	-85.346,78	-55.746,78
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-3.121.937,88**	**-2.842.290,00**	**-3.206.557,29**	**-364.267,29**
11	11 Personalaufwendungen	3.908.742,13	4.178.300,00	4.550.295,38	371.995,38
12	12 Versorgungsaufwendungen	251.857,35	261.100,00	290.039,85	28.939,85
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.883.373,53	8.593.326,88	9.472.398,20	879.071,32
14	14 Abschreibungen	2.483.390,97	2.077.600,00	2.845.916,56	768.316,56
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	2.832.777,60	2.482.179,12	2.337.488,02	-144.691,10
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	520,00	8.000,00	0,00	-8.000,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	198,00	200,00	198,00	-2,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**18.360.859,58**	**17.600.706,00**	**19.496.336,01**	**1.895.630,01**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**15.238.921,70**	**14.758.416,00**	**16.289.778,72**	**1.531.362,72**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-3.121.937,88**	**-2.842.290,00**	**-3.206.557,29**	**-364.267,29**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**18.360.859,58**	**17.600.706,00**	**19.496.336,01**	**1.895.630,01**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**15.238.921,70**	**14.758.416,00**	**16.289.778,72**	**1.531.362,72**
25	27 Außerordentliche Erträge	-78,91	0,00	-3.161,11	-3.161,11
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,33	0,33
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-78,91**	**0,00**	**-3.160,78**	**-3.160,78**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**15.238.842,79**	**14.758.416,00**	**16.286.617,94**	**1.528.201,94**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-2.361,00	-2.540,00	0,00	2.540,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	43.782,00	270.056,00	0,00	-270.056,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**41.421,00**	**267.516,00**	**0,00**	**-267.516,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**15.280.263,79**	**15.025.932,00**	**16.286.617,94**	**1.260.685,94**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 04

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.328.694,80	-3.500,00	14.500,41	18.000,41
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.225,49	-16.000,00	-16.426,30	-426,30
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-229.477,77	0,00	0,00	0,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-5.571.897,03	-94.270,00	-90.096,07	4.173,93
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-71.105,80		-29.359,00	-29.359,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-379.677,95	-14.200,00	-22.870,83	-8.670,83
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-9.597.078,84**	**-127.970,00**	**-144.251,79**	**-16.281,79**
11	11 Personalaufwendungen	609.573,68	604.000,00	665.696,80	61.696,80
12	12 Versorgungsaufwendungen	35.150,47	41.400,00	45.836,66	4.436,66
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.388.830,37	679.025,00	456.467,82	-222.557,18
14	14 Abschreibungen	170.394,04	99.500,00	361.912,34	262.412,34
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	940.582,78	346.060,00	340.751,34	-5.308,66
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	21.697,44	39.900,00	14.185,39	-25.714,61
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.981.085,41	6.823.300,00	6.494.923,19	-328.376,81
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**24.147.314,19**	**8.633.185,00**	**8.379.773,54**	**-253.411,46**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**14.550.235,35**	**8.505.215,00**	**8.235.521,75**	**-269.693,25**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-9.597.078,84**	**-127.970,00**	**-144.251,79**	**-16.281,79**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**24.147.314,19**	**8.633.185,00**	**8.379.773,54**	**-253.411,46**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**14.550.235,35**	**8.505.215,00**	**8.235.521,75**	**-269.693,25**
25	27 Außerordentliche Erträge	-77,47	0	-187,70	-187,70
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	1.110,81	0,00	2.575,69	2.575,69
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**1.033,34**	**0,00**	**2.387,99**	**2.387,99**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**14.551.268,69**	**8.505.215,00**	**8.237.909,74**	**-267.305,26**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	3.900,00	0,00	-3.900,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**3.900,00**	**0,00**	**-3.900,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**14.551.268,69**	**8.509.115,00**	**8.237.909,74**	**-271.205,26**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 05

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-26.153,94	-19.200,00	-19.883,38	-683,38
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-547.459,49	-750.000,00	-220.525,22	529.474,78
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-5.710.393,48	-5.658.670,00	-5.712.689,66	-54.019,66
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	-653.118,99	-174.200,00	-986.620,86	-812.420,86
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-364.815,17	-300,00	-846.551,00	-846.251,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-305.891,00	-305.800,00	-494.619,62	-188.819,62
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-126.208,42	-49.130,00	-31.151,38	17.978,62
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-7.734.040,49**	**-6.957.300,00**	**-8.312.041,12**	**-1.354.741,12**
11	11 Personalaufwendungen	1.737.027,49	2.440.030,00	1.918.774,90	-521.255,10
12	12 Versorgungsaufwendungen	129.117,76	163.400,00	137.544,31	-25.855,69
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.197.572,45	4.404.241,00	5.415.817,59	1.011.576,59
14	14 Abschreibungen	467.585,94	374.400,00	545.076,45	170.676,45
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	182.576,93	250.880,00	232.597,56	-18.282,44
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	910.059,93	1.690.820,00	1.477.840,01	-212.979,99
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	356,50	400,00	353,00	-47,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**8.624.297,00**	**9.324.171,00**	**9.728.003,82**	**403.832,82**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**890.256,51**	**2.366.871,00**	**1.415.962,70**	**-950.908,30**
21	21 Finanzerträge	-161.892,79	-122.575,00	-157.372,69	-34.797,69
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**-161.892,79**	**-122.575,00**	**-157.372,69**	**-34.797,69**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-7.895.933,28**	**-7.079.875,00**	**-8.469.413,81**	**-1.389.538,81**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**8.624.297,00**	**9.324.171,00**	**9.728.003,82**	**403.832,82**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**728.363,72**	**2.244.296,00**	**1.258.590,01**	**-985.705,99**
25	27 Außerordentliche Erträge	-1.254,36	0,00	-16.407,60	-16.407,60
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	3,00	3,00
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-1.254,36**	**0,00**	**-16.404,60**	**-16.404,60**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**727.109,36**	**2.244.296,00**	**1.242.185,41**	**-1.002.110,59**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	23.800,00	0,00	-23.800,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**23.800,00**	**0,00**	**-23.800,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**727.109,36**	**2.268.096,00**	**1.242.185,41**	**-1.025.910,59**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 06

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.636.673,31	-1.374.410,00	-1.285.099,73	89.310,27
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-3.479.699,06	-5.100.645,00	-1.610.547,69	3.490.097,31
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	-3.726.643,79	-674.430,00	-4.349.835,05	-3.675.405,05
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-4.490.435,04	-5.977.460,00	-6.332.081,33	-354.621,33
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-219.764,00	-212.700,00	-239.312,00	-26.612,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-22.230,41	-12.400,00	-21.433,10	-9.033,10
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-13.575.445,61**	**-13.352.045,00**	**-13.838.308,90**	**-486.263,90**
11	11 Personalaufwendungen	16.492.235,83	18.395.860,00	17.542.779,48	-853.080,52
12	12 Versorgungsaufwendungen	1.133.219,66	1.197.300,00	1.172.084,54	-25.215,46
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.514.083,69	3.523.569,00	3.421.958,24	-101.610,76
14	14 Abschreibungen	996.907,95	688.000,00	1.056.213,81	368.213,81
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	6.774.292,54	7.127.301,00	7.071.432,68	-55.868,32
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	15.340.407,95	15.588.190,00	14.320.334,87	-1.267.855,13
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	266,00	400,00	266,00	-134,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**44.251.413,62**	**46.520.620,00**	**44.585.069,62**	**-1.935.550,38**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**30.675.968,01**	**33.168.575,00**	**30.746.760,72**	**-2.421.814,28**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-13.575.445,61**	**-13.352.045,00**	**-13.838.308,90**	**-486.263,90**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**44.251.413,62**	**46.520.620,00**	**44.585.069,62**	**-1.935.550,38**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**30.675.968,01**	**33.168.575,00**	**30.746.760,72**	**-2.421.814,28**
25	27 Außerordentliche Erträge	-2.739,20	0,00	-531.029,88	-531.029,88
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	112.732,99	0,00	12.253,06	12.253,06
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**109.993,79**	**0,00**	**-518.776,82**	**-518.776,82**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**30.785.961,80**	**33.168.575,00**	**30.227.983,90**	**-2.940.591,10**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-358.057,00	-420.734,00	0,00	420.734,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	986.499,00	1.138.453,00	0,00	-1.138.453,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**628.442,00**	**717.719,00**	**0,00**	**-717.719,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**31.414.403,80**	**33.886.294,00**	**30.227.983,90**	**-3.658.310,10**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 07

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	11 Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Abschreibungen	129.180,00	129.200,00	129.181,00	-19,00
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	28.910,58	30.000,00	28.910,58	-1.089,42
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**158.090,58**	**159.200,00**	**158.091,58**	**-1.108,42**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**158.090,58**	**159.200,00**	**158.091,58**	**-1.108,42**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	0,00	0,00	0,00	0,00
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**158.090,58**	**159.200,00**	**158.091,58**	**-1.108,42**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**158.090,58**	**159.200,00**	**158.091,58**	**-1.108,42**
25	27 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	1.623.079,23	0,00	1.631.165,67	1.631.165,67
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**1.623.079,23**	**0,00**	**1.631.165,67**	**1.631.165,67**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**1.781.169,81**	**159.200,00**	**1.789.257,25**	**1.630.057,25**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.781.169,81**	**159.200,00**	**1.789.257,25**	**1.630.057,25**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 08

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-17.462,17	-13.400,00	-41.992,35	-28.592,35
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-89.856,96	-98.700,00	-145.345,85	-46.645,85
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-3.067,20	-1.500,00	-3.849,09	-2.349,09
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-21.057,03	-30.500,00	-42.030,65	-11.530,65
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-46.309,43	-41.500,00	-48.522,00	-7.022,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-28.222,19	-16.600,00	-40.567,09	-23.967,09
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-205.974,98**	**-202.200,00**	**-322.307,03**	**-120.107,03**
11	11 Personalaufwendungen	1.199.581,46	1.227.679,87	1.237.594,72	9.914,85
12	12 Versorgungsaufwendungen	75.293,37	77.600,00	76.574,97	-1.025,03
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.360.588,50	1.390.765,52	1.228.807,81	-161.957,71
14	14 Abschreibungen	1.111.692,28	666.500,00	1.125.926,33	459.426,33
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	760.750,03	891.100,00	881.793,43	-9.306,57
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	208,55	5.000,00	44,99	-4.955,01
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	68.928,62	0,00	266.259,59	266.259,59
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**4.577.042,81**	**4.258.645,39**	**4.817.001,84**	**558.356,45**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**4.371.067,83**	**4.056.445,39**	**4.494.694,81**	**438.249,42**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	698,76	0,00	1,20	1,20
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**698,76**	**0,00**	**1,20**	**1,20**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-205.974,98**	**-202.200,00**	**-322.307,03**	**-120.107,03**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**4.577.741,57**	**4.258.645,39**	**4.817.003,04**	**558.357,65**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**4.371.766,59**	**4.056.445,39**	**4.494.696,01**	**438.250,62**
25	27 Außerordentliche Erträge	-84,03	0,00	-0,01	-0,01
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	2,00	0,00	1.449.928,17	1.449.928,17
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-82,03**	**0,00**	**1.449.928,16**	**1.449.928,16**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**4.371.684,56**	**4.056.445,39**	**5.944.624,17**	**1.888.178,78**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-7.817,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	57.700,00	0,00	-57.700,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-7.817,00**	**57.700,00**	**0,00**	**-57.700,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**4.363.867,56**	**4.114.145,39**	**5.944.624,17**	**1.830.478,78**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 09

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-26,55	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-440.618,65	-344.600,00	-471.269,00	-126.669,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-226,80		-226,80	-226,80
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-440.872,00**	**-344.600,00**	**-471.495,80**	**-126.895,80**
11	11 Personalaufwendungen	857.772,04	890.700,00	813.539,27	-77.160,73
12	12 Versorgungsaufwendungen	66.805,84	63.800,00	65.973,00	2.173,00
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	315.447,02	621.165,00	318.622,71	-302.542,29
14	14 Abschreibungen	683.185,73	557.000,00	686.969,81	129.969,81
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	330.634,12	336.760,00	336.760,00	0,00
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**2.253.844,75**	**2.469.425,00**	**2.221.864,79**	**-247.560,21**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.812.972,75**	**2.124.825,00**	**1.750.368,99**	**-374.456,01**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-440.872,00**	**-344.600,00**	**-471.495,80**	**-126.895,80**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**2.253.844,75**	**2.469.425,00**	**2.221.864,79**	**-247.560,21**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**1.812.972,75**	**2.124.825,00**	**1.750.368,99**	**-374.456,01**
25	27 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**1.812.972,75**	**2.124.825,00**	**1.750.368,99**	**-374.456,01**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.812.972,75**	**2.124.825,00**	**1.750.368,99**	**-374.456,01**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 10

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-200.460,20	-197.000,00	-199.166,80	-2.166,80
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-870.334,45	-570.000,00	-284.362,57	285.637,43
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-28.307,52	-20.000,00	-25.070,39	-5.070,39
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-595.597,25	-606.750,00	-576.225,24	30.524,76
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-1.694.699,42**	**-1.393.750,00**	**-1.084.825,00**	**308.925,00**
11	11 Personalaufwendungen	996.196,86	956.400,00	1.076.125,89	119.725,89
12	12 Versorgungsaufwendungen	76.803,06	76.600,00	84.143,36	7.543,36
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	605.617,43	685.705,00	483.050,50	-202.654,50
14	14 Abschreibungen	344.119,57	289.900,00	295.327,35	5.427,35
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	112.881,04	114.780,00	114.780,00	0,00
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**2.135.617,96**	**2.123.385,00**	**2.053.427,10**	**-69.957,90**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**440.918,54**	**729.635,00**	**968.602,10**	**238.967,10**
21	21 Finanzerträge	-937,28	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	-937,28	0,00	0,00	0,00
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-1.695.636,70**	**-1.393.750,00**	**-1.084.825,00**	**308.925,00**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**2.135.617,96**	**2.123.385,00**	**2.053.427,10**	**-69.957,90**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**439.981,26**	**729.635,00**	**968.602,10**	**238.967,10**
25	27 Außerordentliche Erträge	-386.840,26	0,00	-388.931,58	-388.931,58
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	164.229,01	0,00	1.504,10	1.504,10
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-222.611,25**	**0,00**	**-387.427,48**	**-387.427,48**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**217.370,01**	**729.635,00**	**581.174,62**	**-148.460,38**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen		31.400,00	0,00	-31.400,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**		**31.400,00**	**0,00**	**-31.400,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**217.370,01**	**761.035,00**	**581.174,62**	**-179.860,38**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 11

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.549.826,93	-8.505.000,00	-8.884.211,82	-379.211,82
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-2.808,05	0,00	-856,47	-856,47
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-349.450,04	-341.300,00	-351.676,53	-10.376,53
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-2.810.391,36	-2.534.000,00	-2.360.810,50	173.189,50
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-11.712.476,38**	**-11.380.300,00**	**-11.597.555,32**	**-217.255,32**
11	11 Personalaufwendungen	1.355.472,29	1.360.300,00	1.370.609,31	10.309,31
12	12 Versorgungsaufwendungen	94.469,70	94.700,00	97.221,83	2.521,83
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	743.618,48	960.415,00	648.443,11	-311.971,89
14	14 Abschreibungen	1.829.220,79	1.798.600,00	1.844.242,85	45.642,85
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	974.430,85	988.240,00	970.435,78	-17.804,22
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	3.108.651,09	3.000.000,00	3.142.455,31	142.455,31
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**8.105.863,20**	**8.202.255,00**	**8.073.408,19**	**-128.846,81**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**-3.606.613,18**	**-3.178.045,00**	**-3.524.147,13**	**-346.102,13**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-11.712.476,38**	**-11.380.300,00**	**-11.597.555,32**	**-217.255,32**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**8.105.863,20**	**8.202.255,00**	**8.073.408,19**	**-128.846,81**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**-3.606.613,18**	**-3.178.045,00**	**-3.524.147,13**	**-346.102,13**
25	27 Außerordentliche Erträge	-14,98	0,00	-6,03	-6,03
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	9.334,16	0,00	16,87	16,87
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**9.319,18**	**0,00**	**10,84**	**10,84**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**-3.597.294,00**	**-3.178.045,00**	**-3.524.136,29**	**-346.091,29**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	-420.000,00	-424.000,00	-4.000,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	205.731,00	2.436.090,00	424.000,00	-2.012.090,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**205.731,00**	**2.016.090,00**	**0,00**	**-2.016.090,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**-3.391.563,00**	**-1.161.955,00**	**-3.524.136,29**	**-2.362.181,29**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 12

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-46.303,55	-195.800,00	68.239,05	264.039,05
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-565.272,67	-530.000,00	-587.466,34	-57.466,34
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-170.171,00	-182.000,00	-200.300,30	-18.300,30
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-791.025,00	-812.000,00	-794.857,00	17.143,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-601.643,21	-533.400,00	-555.272,76	-21.872,76
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-184.561,33	-149.500,00	-192.521,26	-43.021,26
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-2.358.976,76**	**-2.402.700,00**	**-2.262.178,61**	**140.521,39**
11	11 Personalaufwendungen	70.022,20	68.800,00	52.914,24	-15.885,76
12	12 Versorgungsaufwendungen	4.941,54	4.800,00	5.111,07	311,07
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.105.636,47	3.699.970,00	2.611.849,63	-1.088.120,37
14	14 Abschreibungen	2.270.010,32	2.052.900,00	2.171.708,39	118.808,39
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	8.969.314,67	8.892.850,00	9.595.697,48	702.847,48
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	47.131,05	45.000,00	63.963,56	18.963,56
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**14.467.056,25**	**14.764.320,00**	**14.501.244,37**	**-263.075,63**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**12.108.079,49**	**12.361.620,00**	**12.239.065,76**	**-122.554,24**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-2.358.976,76**	**-2.402.700,00**	**-2.262.178,61**	**140.521,39**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**14.467.056,25**	**14.764.320,00**	**14.501.244,37**	**-263.075,63**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**12.108.079,49**	**12.361.620,00**	**12.239.065,76**	**-122.554,24**
25	27 Außerordentliche Erträge	-1.000,20	0,00	0,00	0,00
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-1.000,20**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**12.107.079,29**	**12.361.620,00**	**12.239.065,76**	**-122.554,24**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	14.000,00	0,00	-14.000,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**14.000,00**	**0,00**	**-14.000,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**12.107.079,29**	**12.375.620,00**	**12.239.065,76**	**-136.554,24**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 13

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-125.837,23	-87.555,00	-89.292,05	-1.737,05
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-561.619,55	-865.000,00	-410.682,05	454.317,95
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-181.978,51	-76.400,00	-48.126,29	28.273,71
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-3.557,00	-103.300,00	-474.910,35	-371.610,35
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-1.508,00	-100,00	-517,00	-417,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-51.441,56	-50.460,00	-70.486,80	-20.026,80
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-925.941,85**	**-1.182.815,00**	**-1.094.014,54**	**88.800,46**
11	11 Personalaufwendungen	1.122.189,63	1.034.300,00	1.079.515,35	45.215,35
12	12 Versorgungsaufwendungen	80.620,94	72.700,00	77.610,89	4.910,89
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	797.440,63	1.143.230,20	790.575,46	-352.654,74
14	14 Abschreibungen	533.246,08	501.400,00	546.654,41	45.254,41
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	3.286.846,86	3.360.960,00	3.363.904,02	2.944,02
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	63.949,38	4.680,00	40.144,04	35.464,04
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**5.884.293,52**	**6.117.270,20**	**5.898.404,17**	**-218.866,03**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**4.958.351,67**	**4.934.455,20**	**4.804.389,63**	**-130.065,57**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	288,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**288,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-925.941,85**	**-1.182.815,00**	**-1.094.014,54**	**88.800,46**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**5.884.581,52**	**6.117.270,20**	**5.898.404,17**	**-218.866,03**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**4.958.639,67**	**4.934.455,20**	**4.804.389,63**	**-130.065,57**
25	27 Außerordentliche Erträge	-11.665,10	0,00	-1.144,21	-1.144,21
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,99	0,99
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-11.665,10**	**0,00**	**-1.143,22**	**-1.143,22**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**4.946.974,57**	**4.934.455,20**	**4.803.246,41**	**-131.208,79**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	-212.000,00	-212.000,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	26.267,00	404.922,00	212.000,00	-192.922,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**26.267,00**	**192.922,00**	**0,00**	**-192.922,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**4.973.241,57**	**5.127.377,20**	**4.803.246,41**	**-324.130,79**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 14

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
11	11 Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Abschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
21	21 Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
25	27 Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 15

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.025,95	-3.600,00	-5.612,25	-2.012,25
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-14.988,11	-48.500,00	-42.880,93	5.619,07
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-88.168,03	-303.550,00	-306.663,19	-3.113,19
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-50.000,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-625,00	-600,00	-625,00	-25,00
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	-193.662,64	-242.600,00	-199.600,86	42.999,14
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-351.469,73**	**-598.850,00**	**-555.382,23**	**43.467,77**
11	11 Personalaufwendungen	343.052,78	375.800,00	291.374,16	-84.425,84
12	12 Versorgungsaufwendungen	23.616,59	25.900,00	19.298,38	-6.601,62
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	867.832,20	834.395,59	851.182,98	16.787,39
14	14 Abschreibungen	114.843,55	98.800,00	117.438,86	18.638,86
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	823.217,44	782.230,00	778.979,60	-3.250,40
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	132.464,32	110.750,00	110.714,26	-35,74
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	30.000,00	15.000,00	0,00	-15.000,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**2.335.026,88**	**2.242.875,59**	**2.168.988,24**	**-73.887,35**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.983.557,15**	**1.644.025,59**	**1.613.606,01**	**-30.419,58**
21	21 Finanzerträge	-254.095,94	-195.540,00	0,00	195.540,00
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**-254.095,94**	**-195.540,00**	**0,00**	**195.540,00**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-605.565,67**	**-794.390,00**	**-555.382,23**	**239.007,77**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**2.335.026,88**	**2.242.875,59**	**2.168.988,24**	**-73.887,35**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**1.729.461,21**	**1.448.485,59**	**1.613.606,01**	**165.120,42**
25	27 Außerordentliche Erträge	-0,51	0,00	-339,56	-339,56
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	2.039.642,89	2.039.642,89
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-0,51**	**0,00**	**2.039.303,33**	**2.039.303,33**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**1.729.460,70**	**1.448.485,59**	**3.652.909,34**	**2.204.423,75**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	11.800,00	0,00	-11.800,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**11.800,00**	**0,00**	**-11.800,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.729.460,70**	**1.460.285,59**	**3.652.909,34**	**2.192.623,75**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Teilergebnisrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 16

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz/Ergebnis
00	**Ergebnishaushalt**				
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-6.036,43	-32.000,00	0,00	32.000,00
04	4 Bestandsveränderungen und akt. Eigenleistg.	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml	-84.251.550,35	-87.110.000,00	-84.173.205,36	2.936.794,64
06	6 Erträge aus Transferleistungen	-2.107.122,61	-1.935.000,00	-2.128.704,00	-193.704,00
07	7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-42.480.350,73	-44.661.000,00	-45.212.147,23	-551.147,23
08	8 Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-972.380,00	-927.500,00	-1.031.003,03	-103.503,03
09	9 Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
10	**10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 - 9)**	**-129.817.440,12**	**-134.665.500,00**	**-132.545.059,62**	**2.120.440,38**
11	11 Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Abschreibungen	111.138,36	0,00	103.250,96	103.250,96
15	15 Aufw.f. Zuweisungen und Zuschü s.bes.Finanzaufw	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	26.707.479,11	29.581.200,00	28.687.344,97	-893.855,03
17	17 Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
19	**19 Sum. der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 -18)**	**26.818.617,47**	**29.581.200,00**	**28.790.595,93**	**-790.604,07**
20	**20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**-102.998.822,65**	**-105.084.300,00**	**-103.754.463,69**	**1.329.836,31**
21	21 Finanzerträge	-841.448,82	-103.000,00	-782.349,72	-679.349,72
22	22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	9.894.631,91	8.004.672,71	8.165.448,06	160.775,35
23	**23 Finanzergebnis (Nr. 21 - Nr. 22)**	**9.053.183,09**	**7.901.672,71**	**7.383.098,34**	**-518.574,37**
24	**24 Gesamtbetr d. ordentl Erträge (Nr. 10 + Nr. 21)**	**-130.658.888,94**	**-134.768.500,00**	**-133.327.409,34**	**1.441.090,66**
24A	**25 Gesamtb. d. ordentl. Aufwendung. (Nr.19+Nr.22)**	**36.713.249,38**	**37.585.872,71**	**36.956.043,99**	**-629.828,72**
24B	**26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr.25)**	**-93.945.639,56**	**-97.182.627,29**	**-96.371.365,35**	**811.261,94**
25	27 Außerordentliche Erträge	-17.966,54	0,00	-55.047,99	-55.047,99
26	28 Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	11,10	11,10
27	**29 Außerordentliches Ergebnis (Nr. 27 ./. Nr. 28)**	**-17.966,54**	**0,00**	**-55.036,89**	**-55.036,89**
28	**30 Jahresergebnis (Nr. 26 und Nr. 29)**	**-93.963.606,10**	**-97.182.627,29**	**-96.426.402,24**	**756.225,05**
29	31 Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	0,00	-2.170.000,00	0,00	2.170.000,00
30	32 Kosten der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**33 Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**0,00**	**-2.170.000,00**	**0,00**	**2.170.000,00**
32	**34 Jahresergeb. nach internen Leistungsbeziehungen**	**-93.963.606,10**	**-99.352.627,29**	**-96.426.402,24**	**2.926.225,05**
33	Nachrichtlich:	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Summe der Jahresfehlbeträge	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**vorgetragene Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Stadt Rüsselsheim

Finanzrechnung 2018

C. Gesamtfinanzrechnung

Teilfinanzrechnungen nach Produktbereichen

1

Gesamtfinanzrechnung 2018

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.090.284,49	566.795,00	412.847,15	-153.947,85
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.550.639,07	15.215.510,00	14.643.658,61	-571.851,39
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	13.158.162,65	13.602.395,00	10.845.215,81	-2.757.179,19
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	85.552.118,21	87.110.000,00	82.529.963,19	-4.580.036,81
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	4.797.910,26	2.783.630,00	6.742.759,44	3.959.129,44
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	53.615.128,80	52.558.575,00	55.134.656,98	2.576.081,98
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.364.325,87	573.595,00	1.016.136,28	442.541,28
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	4.703.005,52	3.964.590,00	4.965.338,99	1.000.748,99
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**182.831.574,87**	**176.375.090,00**	**176.290.576,45**	**-84.513,55**
10	10 Personalauszahlungen	-46.092.745,89	-49.531.924,04	-48.213.289,71	1.318.634,33
11	11 Versorgungsauszahlungen	-5.292.670,89	-5.565.500,00	-5.396.105,72	169.394,28
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-44.698.225,99	-33.234.642,72	-30.427.540,67	2.807.102,05
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-15.764.411,79	-17.334.410,00	-16.131.813,32	1.202.596,68
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-32.508.429,79	-32.937.518,71	-31.367.671,92	1.569.846,79
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-29.025.723,22	-32.753.450,00	-32.400.805,20	352.644,80
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-9.742.596,57	-8.004.672,71	-8.207.148,64	-202.475,93
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-250.587,29	-9.370,00	-104.611,15	-95.241,15
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-183.375.391,43**	**-179.371.488,18**	**-172.248.986,33**	**7.122.501,85**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-543.816,56**	**-2.996.398,18**	**4.041.590,12**	**7.037.988,30**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	4.180.991,32	9.067.000,00	5.622.908,14	-3.444.091,86
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	1.374.906,75	480.000,00	786.295,47	306.295,47
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	961.066,50	694.275,00	968.410,74	274.135,74
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**6.516.964,57**	**10.241.275,00**	**7.377.614,35**	**-2.863.660,65**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-7.909.479,28	-54.834.258,75	-3.970.497,00	50.863.761,75
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-16.297.036,18	0,00	-18.051.178,90	-18.051.178,90
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-2.566.900,40	-4.140.346,44	-2.339.984,85	1.800.361,59
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	-170.626,83	-120.000,00	-112.105,04	7.894,96
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-26.944.042,69**	**-59.094.605,19**	**-24.473.765,79**	**34.620.839,40**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-20.427.078,12**	**-48.853.330,19**	**-17.096.151,44**	**31.757.178,75**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-20.970.894,68**	**-51.849.728,37**	**-13.054.561,32**	**38.795.167,05**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	468.519.167,58	35.917.650,00	365.074.500,08	329.156.850,08
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	-445.864.714,43	-6.416.000,00	-351.267.508,84	-344.851.508,84
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**22.654.453,15**	**29.501.650,00**	**13.806.991,24**	**-15.694.658,76**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**1.683.558,47**	**-22.348.078,37**	**752.429,92**	**23.100.508,29**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**1.683.558,47**	**-22.348.078,37**	**752.429,92**	**23.100.508,29**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**1.683.558,47**	**-22.348.078,37**	**752.429,92**	**23.100.508,29**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	1.289.657,08	0,00	835.889,53	835.889,53
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-1.457.696,57	0,00	-2.364.770,30	-2.364.770,30
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**-168.039,49**	**0,00**	**-1.528.880,77**	**-1.528.880,77**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**788.679,06**	**-392.022.848,52**	**2.304.198,04**	**394.327.046,56**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**1.515.518,98**	**-22.348.078,37**	**-776.450,85**	**21.571.627,52**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**2.304.198,04**	**-414.370.926,89**	**1.527.747,19**	**415.898.674,08**

Gesamtfinanzrechnung 2018

(Buchungen auf das laufende Haushaltsjahr)

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.090.284,49	566.795,00	412.847,15	-153.947,85
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.550.639,07	15.215.510,00	14.643.658,61	-571.851,39
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	13.158.162,65	13.602.395,00	10.845.215,81	-2.757.179,19
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	85.552.118,21	87.110.000,00	82.529.963,19	-4.580.036,81
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	4.797.910,26	2.783.630,00	6.742.759,44	3.959.129,44
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	53.615.128,80	52.558.575,00	55.134.656,98	2.576.081,98
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.364.325,87	573.595,00	1.016.136,28	442.541,28
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	4.761.729,04	3.964.590,00	5.308.527,43	1.343.937,43
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**182.890.298,39**	**176.375.090,00**	**176.633.764,89**	**258.674,89**
10	10 Personalauszahlungen	-46.092.745,89	-49.517.985,00	-48.213.289,71	1.304.695,29
11	11 Versorgungsauszahlungen	-5.292.670,89	-5.565.500,00	-5.396.105,72	169.394,28
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-43.776.428,47	-33.216.436,00	-30.359.279,52	2.857.156,48
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-15.744.538,40	-17.334.410,00	-16.131.813,32	1.202.596,68
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-32.507.579,79	-32.935.320,00	-31.367.671,92	1.567.648,08
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-29.025.723,22	-32.753.450,00	-32.400.805,20	352.644,80
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-9.742.596,57	-8.011.700,00	-8.207.148,64	-195.448,64
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-232.217,95	-9.370,00	-136.947,61	-127.577,61
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-182.414.501,18**	**-179.344.171,00**	**-172.213.061,64**	**7.131.109,36**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**475.797,21**	**-2.969.081,00**	**4.420.703,25**	**7.389.784,25**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	4.180.991,32	9.067.000,00	5.622.908,14	-3.444.091,86
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	1.374.906,75	480.000,00	786.295,47	306.295,47
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	961.066,50	694.275,00	968.410,74	274.135,74
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**6.516.964,57**	**10.241.275,00**	**7.377.614,35**	**-2.863.660,65**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-7.279.306,70	-42.814.500,00	-3.924.668,08	38.889.831,92
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-13.441.217,18	0,00	-16.719.882,92	-16.719.882,92
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-2.390.176,93	-3.474.425,00	-2.064.447,55	1.409.977,45
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	-170.626,83	-120.000,00	-112.105,04	7.894,96
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-23.281.327,64**	**-46.408.925,00**	**-22.821.103,59**	**23.587.821,41**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-16.764.363,07**	**-36.167.650,00**	**-15.443.489,24**	**20.724.160,76**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-16.288.565,86**	**-39.136.731,00**	**-11.022.785,99**	**28.113.945,01**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	468.519.167,58	35.917.650,00	365.074.500,08	329.156.850,08
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	-445.864.714,43	-6.416.000,00	-351.267.508,84	-344.851.508,84
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**22.654.453,15**	**29.501.650,00**	**13.806.991,24**	**-15.694.658,76**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**6.365.887,29**	**-9.635.081,00**	**2.784.205,25**	**12.419.286,25**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**6.365.887,29**	**-9.635.081,00**	**2.784.205,25**	**12.419.286,25**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**6.365.887,29**	**-9.635.081,00**	**2.784.205,25**	**12.419.286,25**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	1.289.657,08	0,00	835.889,53	835.889,53
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-1.196.789,95	0,00	-2.201.578,33	-2.201.578,33
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**92.867,13**	**0,00**	**-1.365.688,80**	**-1.365.688,80**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**21.339.793,63**	**-269.181.657,00**	**27.798.548,05**	**296.980.205,05**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**6.458.754,42**	**-9.635.081,00**	**1.418.516,45**	**11.053.597,45**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**27.798.548,05**	**-278.816.738,00**	**29.217.064,50**	**308.033.802,50**

Gesamtfinanzrechnung 2018

(Buchungen auf Haushaltsreste)

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	0,00	0,00	0,00	0,00
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	10 Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	11 Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-921.797,52	-20.000,00	-59.131,02	-39.131,02
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-19.873,39	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-850,00	0,00	0,00	0,00
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-942.520,91**	**-20.000,00**	**-59.131,02**	**-39.131,02**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-942.520,91**	**-20.000,00**	**-59.131,02**	**-39.131,02**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-630.172,58	-12.019.758,75	-45.828,92	11.973.929,83
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.855.819,00	0,00	-1.331.295,98	-1.331.295,98
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-176.723,47	-655.338,23	-275.537,30	379.800,93
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-3.662.715,05**	**-12.675.096,98**	**-1.652.662,20**	**11.022.434,78**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-3.662.715,05**	**-12.675.096,98**	**-1.652.662,20**	**11.022.434,78**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-4.605.235,96**	**-12.695.096,98**	**-1.711.793,22**	**10.983.303,76**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	0,00	0,00	0,00	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-4.605.235,96**	**-12.695.096,98**	**-1.711.793,22**	**10.983.303,76**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-4.605.235,96**	**-12.695.096,98**	**-1.711.793,22**	**10.983.303,76**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-4.605.235,96**	**-12.695.096,98**	**-1.711.793,22**	**10.983.303,76**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-260.906,62	0,00	-163.191,97	-163.191,97
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**-260.906,62**	**0,00**	**-163.191,97**	**-163.191,97**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-20.546.056,69**	**-120.853.036,84**	**-25.412.199,27**	**95.440.837,57**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-4.866.142,58**	**-12.695.096,98**	**-1.874.985,19**	**10.820.111,79**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-25.412.199,27**	**-133.548.133,82**	**-27.287.184,46**	**106.260.949,36**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 01

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	39.723,87	40.220,00	41.423,63	1.203,63
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	78.912,16	101.650,00	84.600,43	-17.049,57
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	782.029,80	535.730,00	656.591,09	120.861,09
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	37.908,04	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	53.368,38	105.000,00	96.246,86	-8.753,14
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	131.803,68	152.480,00	148.960,07	-3.519,93
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	44.313,29	3.800,00	20.170,58	16.370,58
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**1.168.059,22**	**938.880,00**	**1.047.992,66**	**109.112,66**
10	10 Personalauszahlungen	-28.837.982,24	-12.861.154,17	-30.046.589,72	-17.185.435,55
11	11 Versorgungsauszahlungen	-2.809.561,35	-2.939.100,00	-2.788.075,66	151.024,34
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.215.425,71	-5.150.610,83	-3.290.934,99	1.859.675,84
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	-2.500,00	-2.500,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-50.606,17	-61.077,29	-51.586,11	9.491,18
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-13.133,68	-14.500,00	-14.462,61	37,39
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-196,64	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-3.133,48	-3.690,00	-2.431,48	1.258,52
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-34.930.039,27**	**-21.032.632,29**	**-36.196.580,57**	**-15.163.948,28**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-33.761.980,05**	**-20.093.752,29**	**-35.148.587,91**	**-15.054.835,62**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	800,00	0,00	2.299,34	2.299,34
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	300,00	0,00	55,00	55,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	10.000,00	10.000,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**1.100,00**	**0,00**	**12.354,34**	**12.354,34**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-8.756,96	0,00	0,00	0,00
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-17.802,40	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-318.300,54	-1.002.370,93	-265.109,82	737.261,11
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	-115.376,83	-120.000,00	-112.105,04	7.894,96
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-460.236,73**	**-1.122.370,93**	**-377.214,86**	**745.156,07**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-459.136,73**	**-1.122.370,93**	**-364.860,52**	**757.510,41**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-34.221.116,78**	**-21.216.123,22**	**-35.513.448,43**	**-14.297.325,21**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-34.221.116,78**	**-21.216.123,22**	**-35.513.448,43**	**-14.297.325,21**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-34.221.116,78**	**-21.216.123,22**	**-35.513.448,43**	**-14.297.325,21**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-34.221.116,78**	**-21.216.123,22**	**-35.513.448,43**	**-14.297.325,21**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	1.406,39	0,00	1.649,50	1.649,50
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-1.073,64	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**332,75**	**0,00**	**1.649,50**	**1.649,50**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-225.480.510,35**	**-174.722.794,78**	**-259.701.294,38**	**-84.978.499,60**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-34.220.784,03**	**-21.216.123,22**	**-35.511.798,93**	**-14.295.675,71**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-259.701.294,38**	**-195.938.918,00**	**-295.213.093,31**	**-99.274.175,31**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 02

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.626,83	6.520,00	13.193,57	6.673,57
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.778.273,28	2.016.250,00	1.940.685,23	-75.564,77
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	149.779,84	83.600,00	116.670,32	33.070,32
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	83.067,77	83.055,00	82.969,33	-85,67
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	125,50	125,50
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	12.148,56	4.050,00	10.340,15	6.290,15
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**2.031.896,28**	**2.193.475,00**	**2.163.984,10**	**-29.490,90**
10	10 Personalauszahlungen	-4.745.523,93	-5.138.600,00	-5.102.826,32	35.773,68
11	11 Versorgungsauszahlungen	-511.213,26	-547.100,00	-537.510,80	9.589,20
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.388.335,17	-1.548.223,70	-1.329.330,61	218.893,09
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-417.825,51	-434.801,30	-457.445,81	-22.644,51
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-1.867,17	-2.000,00	-1.914,78	85,22
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-983,50	0,00	-1.066,00	-1.066,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-7.065.748,54**	**-7.670.725,00**	**-7.430.094,32**	**240.630,68**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-5.033.852,26**	**-5.477.250,00**	**-5.266.110,22**	**211.139,78**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	30.019,87	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	9.516,00	0,00	780,00	780,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**39.535,87**	**0,00**	**780,00**	**780,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-32.196,85	-334.683,81	-8.119,34	326.564,47
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-539.314,06	-719.023,00	-167.579,11	551.443,89
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-571.510,91**	**-1.053.706,81**	**-175.698,45**	**878.008,36**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-531.975,04**	**-1.053.706,81**	**-174.918,45**	**878.788,36**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-5.565.827,30**	**-6.530.956,81**	**-5.441.028,67**	**1.089.928,14**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-5.565.827,30**	**-6.530.956,81**	**-5.441.028,67**	**1.089.928,14**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-5.565.827,30**	**-6.530.956,81**	**-5.441.028,67**	**1.089.928,14**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-5.565.827,30**	**-6.530.956,81**	**-5.441.028,67**	**1.089.928,14**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	101.018,52	0,00	93.791,89	93.791,89
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-149.807,27	0,00	-57.662,18	-57.662,18
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**-48.788,75**	**0,00**	**36.129,71**	**36.129,71**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-39.089.994,37**	**-51.245.491,39**	**-44.704.610,42**	**6.540.880,97**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-5.614.616,05**	**-6.530.956,81**	**-5.404.898,96**	**1.126.057,85**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-44.704.610,42**	**-57.776.448,20**	**-50.109.509,38**	**7.666.938,82**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 03

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	67.427,90	67.427,90
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	327.992,10	340.000,00	362.215,38	22.215,38
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.677.998,97	1.608.300,00	1.206.221,89	-402.078,11
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	754.642,45	693.190,00	781.825,59	88.635,59
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	38.090,29	29.600,00	95.853,04	66.253,04
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**2.798.723,81**	**2.671.090,00**	**2.513.543,80**	**-157.546,20**
10	10 Personalauszahlungen	-3.909.202,13	-4.178.300,00	-4.552.370,00	-374.070,00
11	11 Versorgungsauszahlungen	-251.857,35	-261.100,00	-290.039,85	-28.939,85
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-8.815.248,13	-8.593.326,88	-9.440.009,09	-846.682,21
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-480,00	-8.000,00	0,00	8.000,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-2.495.135,55	-2.482.179,12	-933.691,78	1.548.487,34
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-198,00	-200,00	-198,00	2,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-15.472.121,16**	**-15.523.106,00**	**-15.216.308,72**	**306.797,28**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-12.673.397,35**	**-12.852.016,00**	**-12.702.764,92**	**149.251,08**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	774.970,87	1.860.000,00	166.724,03	-1.693.275,97
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**774.970,87**	**1.860.000,00**	**166.724,03**	**-1.693.275,97**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-319.599,28	-24.489.390,64	-485.541,70	24.003.848,94
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.450.459,75	0,00	-12.280.758,92	-12.280.758,92
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-1.149.019,96	-281.249,00	-568.398,01	-287.149,01
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-8.919.078,99**	**-24.770.639,64**	**-13.334.698,63**	**11.435.941,01**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-8.144.108,12**	**-22.910.639,64**	**-13.167.974,60**	**9.742.665,04**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-20.817.505,47**	**-35.762.655,64**	**-25.870.739,52**	**9.891.916,12**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	0,00	0,00	0,00	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-20.817.505,47**	**-35.762.655,64**	**-25.870.739,52**	**9.891.916,12**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-20.817.505,47**	**-35.762.655,64**	**-25.870.739,52**	**9.891.916,12**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-20.817.505,47**	**-35.762.655,64**	**-25.870.739,52**	**9.891.916,12**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	18.270,00	0,00	18.125,00	18.125,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-18.020,00	0,00	-18.125,00	-18.125,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**250,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-110.922.848,47**	**-180.285.008,88**	**-131.740.103,94**	**48.544.904,94**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-20.817.255,47**	**-35.762.655,64**	**-25.870.739,52**	**9.891.916,12**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-131.740.103,94**	**-216.047.664,52**	**-157.610.843,46**	**58.436.821,06**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 04

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.643.161,23	3.500,00	71.413,21	67.913,21
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.259,99	16.000,00	16.310,50	310,50
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	103.364,62	0,00	12.962,33	12.962,33
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	4.910.292,03	94.270,00	99.038,33	4.768,33
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	79,43	0,00	35,50	35,50
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	377.340,12	14.200,00	19.924,30	5.724,30
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**9.050.497,42**	**127.970,00**	**219.684,17**	**91.714,17**
10	10 Personalauszahlungen	-609.705,62	-604.000,00	-665.796,95	-61.796,95
11	11 Versorgungsauszahlungen	-35.150,47	-41.400,00	-45.836,66	-4.436,66
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-14.988.175,28	-679.025,00	-959.087,31	-280.062,31
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-21.697,44	-39.900,00	-8.972,27	30.927,73
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-6.813.726,20	-7.169.360,00	-6.987.874,01	181.485,99
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-417,31	0,00	-31.558,22	-31.558,22
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-22.468.872,32**	**-8.533.685,00**	**-8.699.125,42**	**-165.440,42**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-13.418.374,90**	**-8.405.715,00**	**-8.479.441,25**	**-73.726,25**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	2.366.213,35	2.525.000,00	1.725.018,00	-799.982,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**2.366.213,35**	**2.525.000,00**	**1.725.018,00**	**-799.982,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-5.000.729,76	-2.376.290,38	-1.009.165,55	1.367.124,83
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.895,39	0,00	-98.991,36	-98.991,36
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-11.159,56	-19.750,00	-40.446,45	-20.696,45
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-5.013.784,71**	**-2.396.040,38**	**-1.148.603,36**	**1.247.437,02**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-2.647.571,36**	**128.959,62**	**576.414,64**	**447.455,02**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-16.065.946,26**	**-8.276.755,38**	**-7.903.026,61**	**373.728,77**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	6.000.600,00	0,00	6.530.000,00	6.530.000,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**6.000.600,00**	**0,00**	**6.530.000,00**	**6.530.000,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-10.065.346,26**	**-8.276.755,38**	**-1.373.026,61**	**6.903.728,77**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-10.065.346,26**	**-8.276.755,38**	**-1.373.026,61**	**6.903.728,77**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-10.065.346,26**	**-8.276.755,38**	**-1.373.026,61**	**6.903.728,77**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	849.735,81	0,00	247.185,36	247.185,36
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-16.788,20	0,00	2.953,40	2.953,40
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**832.947,61**	**0,00**	**250.138,76**	**250.138,76**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-19.983.486,38**	**-46.028.500,23**	**-29.215.885,03**	**16.812.615,20**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-9.232.398,65**	**-8.276.755,38**	**-1.122.887,85**	**7.153.867,53**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-29.215.885,03**	**-54.305.255,61**	**-30.338.772,88**	**23.966.482,73**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 05

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	26.422,00	19.200,00	20.159,52	959,52
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	501.607,99	750.000,00	216.737,77	-533.262,23
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	4.759.928,38	5.658.670,00	5.658.662,96	-7,04
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	113.761,25	174.200,00	125.286,67	-48.913,33
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	-1.735,83	300,00	1.128.447,00	1.128.147,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	161.741,09	122.575,00	157.369,77	34.794,77
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	426.580,47	299.130,00	371.619,49	72.489,49
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**5.988.305,35**	**7.024.075,00**	**7.678.283,18**	**654.208,18**
10	10 Personalauszahlungen	-1.737.525,81	-2.440.030,00	-1.920.414,67	519.615,33
11	11 Versorgungsauszahlungen	-129.117,76	-163.400,00	-137.544,31	25.855,69
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.118.204,85	-4.404.241,00	-5.198.741,45	-794.500,45
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-991.041,49	-1.690.820,00	-1.521.417,96	169.402,04
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-165.320,06	-250.880,00	-221.301,61	29.578,39
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-356,50	-400,00	-353,00	47,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-8.141.566,47**	**-8.949.771,00**	**-8.999.773,00**	**-50.002,00**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-2.153.261,12**	**-1.925.696,00**	**-1.321.489,82**	**604.206,18**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	697.023,15	694.275,00	694.193,38	-81,62
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**697.023,15**	**694.275,00**	**694.193,38**	**-81,62**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-21.012,81	-650.860,00	-402.146,51	248.713,49
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-21.012,81**	**-650.860,00**	**-402.146,51**	**248.713,49**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**676.010,34**	**43.415,00**	**292.046,87**	**248.631,87**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-1.477.250,78**	**-1.882.281,00**	**-1.029.442,95**	**852.838,05**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-1.477.250,78**	**-1.882.281,00**	**-1.029.442,95**	**852.838,05**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-1.477.250,78**	**-1.882.281,00**	**-1.029.442,95**	**852.838,05**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-1.477.250,78**	**-1.882.281,00**	**-1.029.442,95**	**852.838,05**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	8.728,84	0,00	4.059,49	4.059,49
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-9.523,15	0,00	-3.151,97	-3.151,97
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**-794,31**	**0,00**	**907,52**	**907,52**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-4.035.804,16**	**-4.986.874,81**	**-5.513.849,25**	**-526.974,44**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-1.478.045,09**	**-1.882.281,00**	**-1.028.535,43**	**853.745,57**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-5.513.849,25**	**-6.869.155,81**	**-6.542.384,68**	**326.771,13**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 06

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.610.684,89	1.374.410,00	1.283.901,95	-90.508,05
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	5.408.834,44	5.100.645,00	2.721.721,32	-2.378.923,68
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	2.577.026,40	674.430,00	4.488.768,77	3.814.338,77
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	4.524.046,77	5.975.960,00	6.369.472,81	393.512,81
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	-3,00	-3,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	23.727,59	13.900,00	562.019,44	548.119,44
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**14.144.320,09**	**13.139.345,00**	**15.425.881,29**	**2.286.536,29**
10	10 Personalauszahlungen	-16.528.080,19	-18.395.860,00	-17.588.511,94	807.348,06
11	11 Versorgungsauszahlungen	-1.133.219,66	-1.197.300,00	-1.171.164,94	26.135,06
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.456.197,33	-3.523.569,00	-3.355.601,31	167.967,69
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-14.750.984,31	-15.588.190,00	-14.598.878,10	989.311,90
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-6.504.299,12	-7.127.301,00	-6.834.178,90	293.122,10
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-79.997,63	-400,00	-45.119,06	-44.719,06
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-42.452.778,24**	**-45.832.620,00**	**-43.593.454,25**	**2.239.165,75**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-28.308.458,15**	**-32.693.275,00**	**-28.167.572,96**	**4.525.702,04**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	34.722,00	827.000,00	674.828,00	-152.172,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**34.722,00**	**827.000,00**	**674.828,00**	**-152.172,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-97.712,15	-7.824.723,78	-24.372,04	7.800.351,74
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.476.568,78	0,00	-2.569.884,72	-2.569.884,72
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-316.750,40	-709.720,00	-499.045,40	210.674,60
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-1.891.031,33**	**-8.534.443,78**	**-3.093.302,16**	**5.441.141,62**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-1.856.309,33**	**-7.707.443,78**	**-2.418.474,16**	**5.288.969,62**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-30.164.767,48**	**-40.400.718,78**	**-30.586.047,12**	**9.814.671,66**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-30.164.767,48**	**-40.400.718,78**	**-30.586.047,12**	**9.814.671,66**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-30.164.767,48**	**-40.400.718,78**	**-30.586.047,12**	**9.814.671,66**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-30.164.767,48**	**-40.400.718,78**	**-30.586.047,12**	**9.814.671,66**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-207.086.231,57**	**-276.299.065,55**	**-237.250.999,05**	**39.048.066,50**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-30.164.767,48**	**-40.400.718,78**	**-30.586.047,12**	**9.814.671,66**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-237.250.999,05**	**-316.699.784,33**	**-267.837.046,17**	**48.862.738,16**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 07

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	0,00	0,00	0,00	0,00
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	10 Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	11 Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-14.455,29	-30.000,00	-43.365,87	-13.365,87
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-57.821,16**	**-30.000,00**	**-72.276,45**	**-42.276,45**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-14.455,29**	**-30.000,00**	**-43.365,87**	**-13.365,87**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-72.276,45**	**-60.000,00**	**-115.642,32**	**-55.642,32**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 08

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	17.669,94	13.400,00	16.679,83	3.279,83
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	90.161,01	98.700,00	142.580,49	43.880,49
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	3.755,19	1.500,00	3.067,20	1.567,20
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	21.050,00	30.500,00	36.853,33	6.353,33
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	32.217,53	16.600,00	49.215,62	32.615,62
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**164.853,67**	**160.700,00**	**248.396,47**	**87.696,47**
10	10 Personalauszahlungen	-1.199.773,46	-1.227.679,87	-1.227.709,22	-29,35
11	11 Versorgungsauszahlungen	-75.293,37	-77.600,00	-76.574,97	1.025,03
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.311.734,78	-1.390.765,52	-1.127.498,52	263.267,00
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	-208,55	-5.000,00	-44,99	4.955,01
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-222.936,84	-891.100,00	-138.598,99	752.501,01
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-698,76	0,00	-1,20	-1,20
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-2,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-2.810.647,76**	**-3.592.145,39**	**-2.570.427,89**	**1.021.717,50**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-2.645.794,09**	**-3.431.445,39**	**-2.322.031,42**	**1.109.413,97**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	57.777,43	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	500.084,03	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**557.861,46**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-11.777,43	-4.818.884,44	-4.100,00	4.814.784,44
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-6.980.435,07	0,00	-3.068.386,42	-3.068.386,42
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-9.684,55	-343.260,00	-6.094,39	337.165,61
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-7.001.897,05**	**-5.162.144,44**	**-3.078.580,81**	**2.083.563,63**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-6.444.035,59**	**-5.162.144,44**	**-3.078.580,81**	**2.083.563,63**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-9.089.829,68**	**-8.593.589,83**	**-5.400.612,23**	**3.192.977,60**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-9.089.829,68**	**-8.593.589,83**	**-5.400.612,23**	**3.192.977,60**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-9.089.829,68**	**-8.593.589,83**	**-5.400.612,23**	**3.192.977,60**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-9.089.829,68**	**-8.593.589,83**	**-5.400.612,23**	**3.192.977,60**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	2.866,93	0,00	29.068,78	29.068,78
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-1.187.368,35	0,00	-541.984,14	-541.984,14
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**-1.184.501,42**	**0,00**	**-512.915,36**	**-512.915,36**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-35.774.362,23**	**-72.472.469,83**	**-46.048.693,33**	**26.423.776,50**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-10.274.331,10**	**-8.593.589,83**	**-5.913.527,59**	**2.680.062,24**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-46.048.693,33**	**-81.066.059,66**	**-51.962.220,92**	**29.103.838,74**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 09

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	26,55	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	226,80	0,00	226,80	226,80
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**253,35**	**0,00**	**226,80**	**226,80**
10	10 Personalauszahlungen	-857.772,04	-890.700,00	-813.539,27	77.160,73
11	11 Versorgungsauszahlungen	-66.805,84	-63.800,00	-65.973,00	-2.173,00
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-288.895,50	-621.165,00	-345.120,64	276.044,36
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	0,00	-336.760,00	0,00	336.760,00
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-1.213.473,38**	**-1.912.425,00**	**-1.224.632,91**	**687.792,09**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-1.213.220,03**	**-1.912.425,00**	**-1.224.406,11**	**688.018,89**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	379.386,65	0,00	280.000,00	280.000,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**379.386,65**	**0,00**	**280.000,00**	**280.000,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	0,00	-394.000,00	-119.934,76	274.065,24
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-459,82	-289.287,30	-283.040,96	6.246,34
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-459,82**	**-683.287,30**	**-402.975,72**	**280.311,58**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**378.926,83**	**-683.287,30**	**-122.975,72**	**560.311,58**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-834.293,20**	**-2.595.712,30**	**-1.347.381,83**	**1.248.330,47**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-834.293,20**	**-2.595.712,30**	**-1.347.381,83**	**1.248.330,47**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-834.293,20**	**-2.595.712,30**	**-1.347.381,83**	**1.248.330,47**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-834.293,20**	**-2.595.712,30**	**-1.347.381,83**	**1.248.330,47**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-14.362.279,47**	**-45.890.165,63**	**-15.196.572,67**	**30.693.592,96**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-834.293,20**	**-2.595.712,30**	**-1.347.381,83**	**1.248.330,47**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-15.196.572,67**	**-48.485.877,93**	**-16.543.954,50**	**31.941.923,43**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 10

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	200.091,20	197.000,00	198.521,37	1.521,37
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	919.354,53	570.000,00	266.930,59	-303.069,41
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	28.307,52	20.000,00	25.929,35	5.929,35
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	937,28	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	572.396,74	606.750,00	592.844,10	-13.905,90
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**1.721.087,27**	**1.393.750,00**	**1.084.225,41**	**-309.524,59**
10	10 Personalauszahlungen	-996.196,86	-956.400,00	-1.076.125,89	-119.725,89
11	11 Versorgungsauszahlungen	-76.803,06	-76.600,00	-84.143,36	-7.543,36
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-564.579,23	-685.705,00	-551.032,22	134.672,78
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	0,00	-114.780,00	0,00	114.780,00
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-1.637.579,15**	**-1.833.485,00**	**-1.711.301,47**	**122.183,53**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**83.508,12**	**-439.735,00**	**-627.076,06**	**-187.341,06**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	865.006,72	480.000,00	785.460,47	305.460,47
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**865.006,72**	**480.000,00**	**785.460,47**	**305.460,47**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-208.808,96	-2.750.000,00	-224.988,50	2.525.011,50
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-222,53	-39.327,00	-13.074,64	26.252,36
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	-55.250,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-264.281,49**	**-2.789.327,00**	**-238.063,14**	**2.551.263,86**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**600.725,23**	**-2.309.327,00**	**547.397,33**	**2.856.724,33**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**684.233,35**	**-2.749.062,00**	**-79.678,73**	**2.669.383,27**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**684.233,35**	**-2.749.062,00**	**-79.678,73**	**2.669.383,27**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**684.233,35**	**-2.749.062,00**	**-79.678,73**	**2.669.383,27**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**684.233,35**	**-2.749.062,00**	**-79.678,73**	**2.669.383,27**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	18.200,00	18.200,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	-1.000,00	-1.000,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**0,00**	**0,00**	**17.200,00**	**17.200,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**14.511.296,16**	**5.328.736,37**	**15.195.529,51**	**9.866.793,14**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**684.233,35**	**-2.749.062,00**	**-62.478,73**	**2.686.583,27**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**15.195.529,51**	**2.579.674,37**	**15.133.050,78**	**12.553.376,41**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 11

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	8.818.431,09	8.505.000,00	8.825.322,85	320.322,85
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	1.848,93	0,00	2.015,42	2.015,42
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	2.619.635,61	2.534.000,00	2.711.548,49	177.548,49
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**11.439.915,63**	**11.039.000,00**	**11.538.886,76**	**499.886,76**
10	10 Personalauszahlungen	-1.355.472,29	-1.360.300,00	-1.371.283,33	-10.983,33
11	11 Versorgungsauszahlungen	-94.469,70	-94.700,00	-97.221,83	-2.521,83
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-746.871,56	-960.415,00	-669.816,75	290.598,25
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	0,00	-988.240,00	-142.077,67	846.162,33
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-2.862.892,44	-3.000.000,00	-3.119.451,09	-119.451,09
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-5.059.705,99**	**-6.403.655,00**	**-5.399.850,67**	**1.003.804,33**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**6.380.209,64**	**4.635.345,00**	**6.139.036,09**	**1.503.691,09**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	180.881,04	0,00	101.573,10	101.573,10
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**180.881,04**	**0,00**	**101.573,10**	**101.573,10**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-1.024.863,23	-3.815.429,44	-466.624,62	3.348.804,82
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-96.706,30	0,00	-20.356,58	-20.356,58
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-6.387,67	-10.000,00	-12.296,29	-2.296,29
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-1.127.957,20**	**-3.825.429,44**	**-499.277,49**	**3.326.151,95**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-947.076,16**	**-3.825.429,44**	**-397.704,39**	**3.427.725,05**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**5.433.133,48**	**809.915,56**	**5.741.331,70**	**4.931.416,14**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**5.433.133,48**	**809.915,56**	**5.741.331,70**	**4.931.416,14**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**5.433.133,48**	**809.915,56**	**5.741.331,70**	**4.931.416,14**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**5.433.133,48**	**809.915,56**	**5.741.331,70**	**4.931.416,14**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	10.000,00	10.000,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**0,00**	**0,00**	**10.000,00**	**10.000,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**22.899.141,08**	**-2.237.698,86**	**28.332.274,56**	**30.569.973,42**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**5.433.133,48**	**809.915,56**	**5.751.331,70**	**4.941.416,14**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**28.332.274,56**	**-1.427.783,30**	**34.083.606,26**	**35.511.389,56**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 12

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	49.445,06	195.800,00	-82.047,52	-277.847,52
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	549.590,74	530.000,00	579.727,82	49.727,82
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	135.520,00	182.000,00	200.284,00	18.284,00
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	791.025,00	812.000,00	794.857,00	-17.143,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	209.363,32	149.500,00	180.870,45	31.370,45
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**1.734.944,12**	**1.869.300,00**	**1.673.691,75**	**-195.608,25**
10	10 Personalauszahlungen	-70.022,20	-68.800,00	-52.914,24	15.885,76
11	11 Versorgungsauszahlungen	-4.941,54	-4.800,00	-5.111,07	-311,07
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.187.359,41	-3.699.970,00	-2.573.774,84	1.126.195,16
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-6.162.405,75	-8.892.850,00	-5.734.304,50	3.158.545,50
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-47.131,05	-45.000,00	-63.963,56	-18.963,56
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-9.471.859,95**	**-12.711.420,00**	**-8.430.068,21**	**4.281.351,79**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-7.736.915,83**	**-10.842.120,00**	**-6.756.376,46**	**4.085.743,54**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	149.741,31	255.000,00	70.610,40	-184.389,60
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**149.741,31**	**255.000,00**	**70.610,40**	**-184.389,60**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-699.622,29	-7.263.546,72	-1.401.620,03	5.861.926,69
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	-273.168,49	0,00	-12.800,90	-12.800,90
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	0,00	0,00	-13.817,69	-13.817,69
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-972.790,78**	**-7.263.546,72**	**-1.428.238,62**	**5.835.308,10**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-823.049,47**	**-7.008.546,72**	**-1.357.628,22**	**5.650.918,50**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-8.559.965,30**	**-17.850.666,72**	**-8.114.004,68**	**9.736.662,04**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-8.559.965,30**	**-17.850.666,72**	**-8.114.004,68**	**9.736.662,04**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-8.559.965,30**	**-17.850.666,72**	**-8.114.004,68**	**9.736.662,04**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-8.559.965,30**	**-17.850.666,72**	**-8.114.004,68**	**9.736.662,04**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	181.198,47	0,00	284.155,91	284.155,91
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-170.550,12	0,00	-164.292,90	-164.292,90
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**10.648,35**	**0,00**	**119.863,01**	**119.863,01**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-69.216.299,84**	**-122.541.401,61**	**-77.765.616,79**	**44.775.784,82**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-8.549.316,95**	**-17.850.666,72**	**-7.994.141,67**	**9.856.525,05**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-77.765.616,79**	**-140.392.068,33**	**-85.759.758,46**	**54.632.309,87**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 13

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	100.900,06	87.555,00	60.199,14	-27.355,86
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	842.618,96	865.000,00	897.096,59	32.096,59
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	75.573,93	76.400,00	42.586,65	-33.813,35
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	7.114,00	103.300,00	474.707,00	371.407,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	13,00	13,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	51.441,76	50.460,00	67.801,98	17.341,98
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**1.077.648,71**	**1.182.715,00**	**1.542.404,36**	**359.689,36**
10	10 Personalauszahlungen	-1.122.189,63	-1.034.300,00	-1.079.515,35	-45.215,35
11	11 Versorgungsauszahlungen	-80.620,94	-72.700,00	-77.610,89	-4.910,89
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-787.795,65	-1.143.230,20	-757.855,52	385.374,68
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-9.544.729,72	-3.360.960,00	-9.727.297,07	-6.366.337,07
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	-288,00	-288,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	-129.917,25	-4.680,00	-78.312,87	-73.632,87
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-11.665.253,19**	**-5.615.870,20**	**-11.720.879,70**	**-6.105.009,50**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-10.587.604,48**	**-4.433.155,20**	**-10.178.475,34**	**-5.745.320,14**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	30.338,80	0,00	1.500,00	1.500,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**30.338,80**	**0,00**	**1.500,00**	**1.500,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-458.056,55	-767.309,54	-224.813,43	542.496,11
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-4.048,38	-17.819,80	-16.870,68	949,12
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-462.104,93**	**-785.129,34**	**-241.684,11**	**543.445,23**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-431.766,13**	**-785.129,34**	**-240.184,11**	**544.945,23**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-11.019.370,61**	**-5.218.284,54**	**-10.418.659,45**	**-5.200.374,91**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-11.019.370,61**	**-5.218.284,54**	**-10.418.659,45**	**-5.200.374,91**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-11.019.370,61**	**-5.218.284,54**	**-10.418.659,45**	**-5.200.374,91**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-11.019.370,61**	**-5.218.284,54**	**-10.418.659,45**	**-5.200.374,91**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	7.781,59	0,00	9.316,72	9.316,72
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	-19.922,26	-19.922,26
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**7.781,59**	**0,00**	**-10.605,54**	**-10.605,54**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-40.124.046,73**	**-41.351.259,92**	**-51.135.635,75**	**-9.784.375,83**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-11.011.589,02**	**-5.218.284,54**	**-10.429.264,99**	**-5.210.980,45**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-51.135.635,75**	**-46.569.544,46**	**-61.564.900,74**	**-14.995.356,28**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 14

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	0,00	0,00	0,00	0,00
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	0,00	0,00	0,00	0,00
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
10	10 Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	11 Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	0,00	0,00	0,00	0,00
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	0,00	0,00	0,00	0,00
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**0,00**	**-5.000,00**	**0,00**	**5.000,00**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**0,00**	**-5.000,00**	**0,00**	**5.000,00**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 15

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.244,30	3.600,00	5.876,50	2.276,50
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.725,78	48.500,00	27.541,71	-20.958,29
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	17.897,71	303.550,00	200.598,79	-102.951,21
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	254.095,94	195.540,00	0,00	-195.540,00
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	199.521,11	242.600,00	213.747,30	-28.852,70
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**492.484,84**	**793.790,00**	**497.764,30**	**-296.025,70**
10	10 Personalauszahlungen	-343.052,78	-375.800,00	-291.374,16	84.425,84
11	11 Versorgungsauszahlungen	-23.616,59	-25.900,00	-19.298,38	6.601,62
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-829.403,39	-834.395,59	-828.737,42	5.658,17
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	-116.989,58	-797.230,00	-95.949,60	701.280,40
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-105.838,57	-110.750,00	-32.464,26	78.285,74
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-1.418.900,91**	**-2.144.075,59**	**-1.267.823,82**	**876.251,77**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**-926.416,07**	**-1.350.285,59**	**-770.059,52**	**580.226,07**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	0,00	0,00	0,00	0,00
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	-47.355,82	0,00	-1.217,03	-1.217,03
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-14.400,12	-57.679,41	-15.004,90	42.674,51
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-61.755,94**	**-57.679,41**	**-16.221,93**	**41.457,48**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**-61.755,94**	**-57.679,41**	**-16.221,93**	**41.457,48**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**-988.172,01**	**-1.407.965,00**	**-786.281,45**	**621.683,55**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	0,00	0,00	0,00	0,00
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**-988.172,01**	**-1.407.965,00**	**-786.281,45**	**621.683,55**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**-988.172,01**	**-1.407.965,00**	**-786.281,45**	**621.683,55**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**-988.172,01**	**-1.407.965,00**	**-786.281,45**	**621.683,55**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	82.195,02	0,00	110.035,14	110.035,14
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	-92.626,99	0,00	-102.230,72	-102.230,72
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**-10.431,97**	**0,00**	**7.804,42**	**7.804,42**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**-4.822.869,68**	**-29.978.173,78**	**-5.821.473,66**	**24.156.700,12**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**-998.603,98**	**-1.407.965,00**	**-778.477,03**	**629.487,97**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**-5.821.473,66**	**-31.386.138,78**	**-6.599.950,69**	**24.786.188,09**

Teilfinanzrechnung nach Produktbereichen 2018

Produktbereich 16

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2017	Ansatz 2018	Ergebnis 2018	Vergleich Ansatz Ergebnis
01	1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
02	2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	7,30	7,30
03	3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	10.130,01	32.000,00	745,10	-31.254,90
04	4 Einzahlungen aus Steuern und steueräh. Erträgen	85.514.210,17	87.110.000,00	82.529.963,19	-4.580.036,81
04A	einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
05	5 Einzahlungen aus Transferleistungen	2.107.122,61	1.935.000,00	2.128.704,00	193.704,00
06	6 Zuw.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Umlagen	42.472.258,23	44.661.000,00	45.220.239,73	559.239,73
07	7 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	815.668,45	103.000,00	709.635,44	606.635,44
08	8 Sonst.ord.Einz.u.sonst.a.ordentl.Einz.	20,20	0,00	121,45	121,45
08A	die sich nicht aus Invest.tätigk. ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
09	**9 SU Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigk.**	**130.919.409,67**	**133.841.000,00**	**130.589.416,21**	**-3.251.583,79**
10	10 Personalauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	11 Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12	12 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13	13 Auszahlungen für Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
14	14 Ausz.f.Zuw.u.Zusch.f.laufende Zwecke sowie	0,00	0,00	0,00	0,00
14A	besondere Finanzauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
15	15 Ausz.f.Steuern einschl.Ausz.a.ges.Uml.Verpfl.	-25.994.860,31	-29.581.200,00	-29.168.548,90	412.651,10
16	16 Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-9.741.701,17	-8.004.672,71	-8.206.859,44	-202.186,73
17	17 Sonst.ord.Ausz.u.sonst.außerordendliche Ausz,	0,00	0,00	0,00	0,00
17A	die sich nicht aus Investitionstätigk.ergeben	0,00	0,00	0,00	0,00
18	**18 SU Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigk**	**-35.736.561,48**	**-37.585.872,71**	**-37.375.408,34**	**210.464,37**
19	**19 Zahlg.mittel.übersch/-bedarf a.lfd.**	**95.182.848,19**	**96.255.127,29**	**93.214.007,87**	**-3.041.119,42**
19A	**Verwaltungstätigk. (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
20	20 Einz.a.Inv.zuw.u.-zusch.s.a.Inv.beitr.	176.140,00	3.600.000,00	2.600.355,27	-999.644,73
21	21 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Sachanlagevermögens und	0,00	0,00	0,00	0,00
21A	des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
22	22 Einz.a.Abg.v.Gegenst.d.Finanzanl.verm.	264.043,35	0,00	264.217,36	264.217,36
23	**23 Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**440.183,35**	**3.600.000,00**	**2.864.572,63**	**-735.427,37**
24	24 Ausz.f.d.Erwerb v.Grundstücken u.Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00
25	25 Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
26	26 Ausz.f.Invest.i.d.sonst.Sachanl.vermögen	-176.140,00	0,00	-37.060,00	-37.060,00
26A	und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
27	27 Ausz.f.Invest.i.d.Finanzanl.Verm.	0,00	0,00	0,00	0,00
28	**28 SU Auszahlungen a. Investitionstätigkeit**	**-176.140,00**	**0,00**	**-37.060,00**	**-37.060,00**
28A	**(Nr.24-27)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29	**29 Zahlungsm.übersch/-bedarf aus Investitions-**	**264.043,35**	**3.600.000,00**	**2.827.512,63**	**-772.487,37**
29A	**tätigkeit (Saldo aus Nrn. 23-28)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
29B	**30 Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf**	**95.446.891,54**	**99.855.127,29**	**96.041.520,50**	**-3.813.606,79**
29C	**(Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30	31 Einz.a.d.Aufn.v.Kred.u inn.Darl.u. wirtschaftl.	19.839.067,58	35.917.650,00	16.578.550,08	-19.339.099,92
30A	vergleichb Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	32 Ausz.f.d.Tilg.v.Kred.u.inn.Darl.. wirtschaftl.	-21.247.039,43	-6.416.000,00	-6.725.763,84	-309.763,84
31A	vergleichb.Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	**33 Zahlungsm.übersch/-bedarf a.Finanz.tätigk.**	**-1.407.971,85**	**29.501.650,00**	**9.852.786,24**	**-19.648.863,76**
32A	**(Saldo aus Nrn. 31 ./. 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32B	**34 Änderung d. Zahlungsmittelbestandes zum**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
32C	**Ende des Haushaltsjahres (SU a. Nrn.30 u.33)**	**94.038.919,69**	**129.356.777,29**	**105.894.306,74**	**-23.462.470,55**
32D	35 Geplanter Anfangsbest.an Zahlungsmitteln zu	0,00	0,00	0,00	0,00
32E	Beginn des Haushaltsjahres	0,00	0,00	0,00	0,00
32F	**36 Geplante Veränderung des Bestandes an**				
32G	**Zahlungsmitteln (Nr. 34)**	**94.038.919,69**	**129.356.777,29**	**105.894.306,74**	**-23.462.470,55**
32H	**37 Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende**	**94.038.919,69**	**129.356.777,29**	**105.894.306,74**	**-23.462.470,55**
32I	**des Haushaltsjahres (SU a.d. SU Nrn.35 u.36)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
33	35 Haushaltsunwirk. Einzahl.(u.a. fremde Finanzm.,	36.253,66	0,00	8.804,86	8.804,86
33A	Rückz. v. angel. Kassenm., Aufn. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
34	36 Haushaltsunwirk. Auszahl.(u.a. fremde Finanzm.,	0,00	0,00	0,00	0,00
34A	mittel, Anl. v. Kassenm., Rückz. v. Kassenkred.)	0,00	0,00	0,00	0,00
35	**37 Zahlungsmittelübersch./Zahlungsmittelbed. aus**				
35A	**haushaltsunwirks. Zahlungsvorg(Nr.35./.Nr.36)**	**36.253,66**	**0,00**	**8.804,86**	**8.804,86**
36	**38 Best.an Zahlungsm.zu Beginn des Haushaltsjahres**	**560.325.137,36**	**650.722.320,38**	**654.400.310,71**	**3.677.990,33**
37	Vortrag Finanzmittel/Eröffnungsbestand	0,00	0,00	0,00	0,00
37A	**39 Veränd. des Best.an Zahlgs.mitteln(Nr.34 und 37)**	**94.075.173,35**	**129.356.777,29**	**105.903.111,60**	**-23.453.665,69**
38	**40 Best.an Zahlgsm.am Ende des HHJ (Nr.38 und 39)**	**654.400.310,71**	**780.079.097,67**	**760.303.422,31**	**-19.775.675,36**

Stadt Rüsselsheim

IDW PS 400 n.F. (10.2021) (Auszüge)

Darstellungen als wesentlich erachtet, falls vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf Grundlage des Abschlusses als Ganzem getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Nutzer beeinflussen), wie die Auswirkungen sich entwickelnder Rechnungslegungsanforderungen oder eines geänderten wirtschaftlichen Umfelds.

A22 Die Beurteilung, ob der Abschluss eine sachgerechte Gesamtdarstellung erreicht, kann z.B. Erörterungen mit den gesetzlichen Vertretern und den für die Überwachung Verantwortlichen über deren Auffassungen dazu einschließen, warum eine bestimmte Darstellung gewählt wurde, sowie zu möglicherweise in Betracht gezogenen Alternativen. Die Erörterungen können z.B. einschließen:

- den Grad, zu dem die Beträge im Abschluss zusammengefasst oder aufgegliedert sind, und ob die Darstellung von Beträgen oder Angaben nützliche Informationen verschleiert oder zu irreführenden Informationen führt
- die Übereinstimmung mit angemessener Branchenpraxis oder ob etwaige Abweichungen unter den Umständen des Unternehmens relevant und daher berechtigt sind.

Beschreibung der maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze (vgl. Tz. 18)

A23 Wie in ISA [DE] 200 erläutert, erfordert die Aufstellung des Abschlusses durch die gesetzlichen Vertreter und – sofern einschlägig – durch die für die Überwachung Verantwortlichen die Aufnahme einer angemessenen Beschreibung der maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze im Abschluss.[52] Diese Beschreibung setzt die Nutzer des Abschlusses über die Grundsätze in Kenntnis, auf denen der Abschluss basiert.

A24 Die Benennung oder Beschreibung der maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze ist nur dann angemessen, wenn in dem Abschluss sämtliche Anforderungen dieser Rechnungslegungsgrundsätze eingehalten werden, die für den vom Abschluss umfassten Berichtszeitraum gelten.

A25 Eine Beschreibung der maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die ungenaue Formulierungen mit Abschwächungen oder Einschränkungen enthält (z.B. „der Abschluss ist im Wesentlichen nach den / grundsätzlich nach den / in Anlehnung an die International Financial Reporting Standards aufgestellt"), ist keine angemessene Beschreibung dieser Rechnungslegungsgrundsätze, da sie für die Nutzer des Abschlusses irreführend sein kann.

Bildung eines Prüfungsurteils zu einem sonstigen Prüfungsgegenstand (vgl. Tz. 21–22)

A26 Durch § 317 Abs. 4 HGB wird der Prüfungsumfang für börsennotierte Aktiengesellschaften um eine Prüfung der Maßnahmen nach § 91 Abs. 2 AktG erweitert. Über das Ergebnis dieser erweiterten Prüfung ist nicht im Bestätigungsvermerk, sondern im Prüfungsbericht in einem besonderen Teil (§ 321 Abs. 4 HGB) zu berichten (vgl. *IDW PS 450 n.F. (10.2021)*, Tz. 104 f.).

Art des Prüfungsurteils [Tz. 23–29]

Art des Prüfungsurteils zum Abschluss (vgl. Tz. 23–26)

A27 Es kann Fälle geben, in denen der Abschluss keine sachgerechte Gesamtdarstellung vermittelt, obwohl er in Übereinstimmung mit den Anforderungen von

Rechnungslegungsgrundsätzen zur sachgerechten Gesamtdarstellung aufgestellt wurde. In diesem Fall können die gesetzlichen Vertreter

- durch Aufnahme zusätzlicher Abschlussangaben, die über die nach den Rechnungslegungsgrundsätzen ausdrücklich erforderlichen hinausgehen (HGB sowie IFRS),
- oder in äußerst seltenen Fällen durch Abweichen von einer Anforderung in den Rechnungslegungsgrundsätzen (IFRS),

eine sachgerechte Gesamtdarstellung des Abschlusses erreichen.

A28 Bei Abschlüssen, die in Übereinstimmung mit Rechnungslegungsgrundsätzen zur Ordnungsmäßigkeit aufgestellt sind, ist der Abschlussprüfer nicht verpflichtet zu beurteilen (d.h. es ist nicht seine Aufgabe), ob eine sachgerechte Gesamtdarstellung erreicht wird. Mit Ausnahme von Fällen wesentlicher Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit[53] werden nur in äußerst seltenen Fällen solche Abschlüsse irreführend sein. In diesen Fällen kann der Abschlussprüfer rechtlichen Rat einholen, um die Auswirkungen auf den Bestätigungsvermerk zu beurteilen.

Aufbau und Bestandteile des Bestätigungsvermerks [Tz. 30–78]

Schriftform des Bestätigungsvermerks und Formulierungsbeispiele (vgl. Tz. 30)

A29 Das Erfordernis zur Schriftform stellt klar, dass der Bestätigungsvermerk nicht mündlich erteilt werden kann. Die schriftliche Form kann durch die elektronische Form ersetzt werden, wenn sich nicht aus einem Gesetz etwas anderes ergibt.[54] Soll die in § 322 Abs. 1 HGB gesetzlich vorgeschriebene schriftliche Form durch die elektronische Form ersetzt werden, so muss der Abschlussprüfer dieser nach § 126a BGB seinen Namen hinzufügen und das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen.[55] Ferner ist dabei das Siegel elektronisch i.S. von § 20 Abs. 2 Satz 2 BS WP/vBP zu führen.

A30 Die Anlage zu diesem *IDW Prüfungsstandard* enthält Formulierungsbeispiele für Bestätigungsvermerke, welche die in den Tz. 30–76 dargelegten Bestandteile umfassen. Mit Ausnahme der Abschnitte „Prüfungsurteil(e)“ und „Grundlage für das (die) Prüfungsurteil(e)“ sowie der Anforderung in Tz. 68 ist die Reihenfolge der Bestandteile im Bestätigungsvermerk nicht festgelegt. Dieser *IDW Prüfungsstandard* legt fest, dass bestimmte Überschriften verwendet werden, damit Bestätigungsvermerke, die sich auf Prüfungen von Abschlüssen beziehen, die in Übereinstimmung mit den *IDW Prüfungsstandards* durchgeführt wurden, leichter erkennbar sind, insb. in den Fällen, in denen die Bestandteile des Bestätigungsvermerks in einer Reihenfolge dargestellt werden, die von den beispielhaften Bestätigungsvermerken in der Anlage zu diesem *IDW Prüfungsstandard* abweicht.

Überschrift (vgl. Tz. 31)

A31 Die Überschrift „Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers“ unterscheidet den Bestätigungsvermerk von Prüfungsvermerken. Erfolgt eine Prüfung nach *IDW PS 480*[56] oder *IDW PS 490*[57], wird grundsätzlich ein „Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers“ erteilt.

Empfänger (vgl. Tz. 32)

Stadt Rüsselsheim

IDW PH 1/2020

IDW Praxishinweis: Heterogene Bilanzierungsregeln der öffentlichen Hand und Aussagekraft des Bestätigungsvermerks (IDW Praxishinweis 1/2020)

Stand: 25.11.2020[1]

1 Problemstellung

2 Rechnungslegungsgrundsätze für allgemeine Zwecke

3 Fair Presentation Framework vs. Compliance Framework

4 Transparenz durch Hinweise im Bestätigungsvermerk

IDW Verlautbarungen › IDW Praxishinweise ›

IDW Verlautbarungen

1 Problemstellung

1 Die zunehmende Zersplitterung der öffentlichen Rechnungslegung betrifft sämtliche Organisationsformen im öffentlichen Sektor. Im Bereich der kommunalen Doppik war der Trend bislang am deutlichsten zu beobachten; mittlerweile werden aber auch vermehrt Sonderregelungen für Eigenbetriebe geschaffen, die ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) für große Kapitalgesellschaften i.V.m. der Eigenbetriebsverordnung des jeweiligen Bundeslandes (die gemäß § 263 HGB Abweichungen vom HGB festlegen kann) aufstellen.

2 Zum Beispiel haben einzelne Bundesländer gesetzliche Passivierungsverbote für Pensionsverpflichtungen eingeführt, sofern ein kommunaler Versorgungsverband eingeschaltet wird. So dürfen im Saarland Kommunen und Eigenbetriebe ab dem Haushaltsjahr 2019 keine Rückstellungen für Beamtenpensionen mehr bilden (§ 32 Abs. 2 KommHVO SL, § 19 Satz 3 EigVO SL). In Thüringen gilt ein solches Passivierungsverbot für Kommunen ebenso ab dem Haushaltsjahr 2019 (§ 38 Abs. 2 ThürGemHV-Doppik), für Eigenbetriebe ist es geplant (§ 21 Abs. 1 Satz 4 ThürEBV-E). Für Eigenbetriebe in Baden-Württemberg wurde mit § 7 Abs. 2 EigBVO-HGB BW bzw. § 7 Abs. 3 EigVO-Doppik BW vom 01.10.2020 ein Passivierungsverbot eingeführt — indes nicht für sämtliche Eigenbetriebe: ausgenommen sind Energieversorgungsunternehmen, Krankenhäuser und Pflegebetriebe.

3 Die Aussagekraft des Prüfungsergebnisses hängt entscheidend von der Qualität der Rechnungslegungsvorschriften ab. Hält sich die bilanzierende Einheit an das einschlägige Regelwerk, hat dies ein uneingeschränktes Prüfungsurteil zur Folge. Damit kommt jedoch nicht zum Ausdruck, dass das Regelwerk selbst der Informationsfunktion der

Rechnungslegung ggf. nicht ausreichend nachkommt und der Jahresabschluss der Kommune oder des Eigenbetriebs unvollständig oder gar irreführend ist.

4 Der Fachausschuss für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (ÖFA) sieht es i.d.R. als sachgerecht an, diesbezüglich Transparenz im Bestätigungsvermerk zu schaffen. Die Handlungsalternativen ergeben sich in Abhängigkeit der Klassifizierung der Rechnungslegungsgrundsätze.

2 Rechnungslegungsgrundsätze für allgemeine Zwecke

5 Die Regelwerke im öffentlichen Sektor (einschließlich der kommunalen Doppik) sind grundsätzlich als *Rechnungslegungsgrundsätze für allgemeine Zwecke* zu klassifizieren, weil sie den gemeinsamen Informationsbedürfnissen einer Vielzahl unterschiedlicher Adressatengruppen dienen (vgl. *IDW PS 400 n.F.*[2]). Die Adressaten umfassen diejenigen Akteure, welche der öffentlichen Hand Ressourcen zur Verfügung stellen (z.B. Steuerzahler, Investoren in Staatsanleihen, Mitarbeiter), Empfänger der öffentlichen Leistungen (z.B. Einwohner) sowie deren Repräsentanten (z.B. Parlamente).

6 Falls in Ausnahmefällen ein Landesgesetzgeber bei der Konzipierung der Rechnungslegungsgrundsätze den Bedürfnissen einer bestimmten Gruppe von Adressaten eindeutig Vorrang über diejenigen der anderen Adressaten einräumt, sodass die Abschlüsse die Informationsfunktion für die anderen Adressatengruppen nicht ausreichend erfüllen, ist *IDW PS 480*[3] einschlägig. Bislang hat der ÖFA im kommunalen Bereich dafür noch keine Anwendungsfälle gesehen.

3 Fair Presentation Framework vs. Compliance Framework

7 Die Formulierung des Prüfungsurteils hängt davon ab, ob es sich bei den Rechnungslegungsgrundsätzen, nach denen der betreffende Abschluss aufgestellt ist, um *Rechnungslegungsgrundsätze zur sachgerechten Gesamtdarstellung* oder um *Rechnungslegungsgrundsätze zur Ordnungsmäßigkeit* handelt, wie sie *IDW PS 400 n.F.* definiert.

Definition gemäß *IDW PS 400 n.F.*, Tz. 10 e)

a. *Rechnungslegungsgrundsätze zur sachgerechten Gesamtdarstellung* [ISA-Terminologie: Fair Presentation Framework] *(bei gesetzlichen Prüfungen von Abschlüssen nach HGB und IFRS: „Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“)*: Rechnungslegungsgrundsätze, die

i. explizit oder implizit über die konkreten Bestimmungen der Rechnungslegungsgrundsätze hinausgehende Angaben im Abschluss fordern, wenn sonst keine sachgerechte Gesamtdarstellung durch den Abschluss erreicht wird, oder

ii. explizit eine Abweichung von diesen Grundsätzen fordern, wenn sonst in äußerst seltenen Fällen keine sachgerechte Gesamtdarstellung durch den Abschluss erreicht wird.

b. *Rechnungslegungsgrundsätze zur Ordnungsmäßigkeit:* [In den ISA: Compliance Framework – „Regelwerk zur Normentsprechung"]: Rechnungslegungsgrundsätze, die nicht mindestens eine der in den vorstehenden Punkten i. und ii. genannten Anforderungen enthalten.

8 Nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung (GoA) handelt es sich nur dann um Rechnungslegungsgrundsätze zur sachgerechten Gesamtdarstellung bzw. zur Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn diese zumindest eine Anhangangabe i.S. von *IDW PS 400 n.F.*, Tz. 10 e) a. i. vorsehen. Dies wäre erfüllt durch eine mit § 264 Abs. 2 Satz 2 HGB vergleichbare Regelung („Führen besondere Umstände dazu, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild im Sinne des Satzes 1 nicht vermittelt, so sind im Anhang zusätzliche Angaben zu machen.").

9 Solche Regelungen finden sich in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Bayern (§ 45 Abs. 2 Nr. 1 KomHVO NRW, § 51 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO-Doppik SH, § 80 Abs. 7 Satz 2 KommHVO-Doppik BY). Nur in solchen Fällen sehen die GoA auch im Prüfungsurteil eine Aussage vor, ob der Abschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune vermittelt.

10 Fehlt eine mit § 264 Abs. 2 Satz 2 HGB vergleichbare Regelung, fallen die kommunalen Regelwerke unter die Kategorie nach *IDW PS 400 n.F.*, Tz. 10 e) b. Danach handelt es sich beim doppischen Gemeindehaushaltsrecht mehrheitlich um *Rechnungslegungsgrundsätze zur Ordnungsmäßigkeit*. Bei Abschlüssen, die in Übereinstimmung mit Rechnungslegungsgrundsätzen zur Ordnungsmäßigkeit aufgestellt sind, ist der Abschlussprüfer nicht verpflichtet (d.h. es ist nicht seine Aufgabe) zu beurteilen, ob ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt wird.[4] Das Prüfungsurteil kann sich dann lediglich auf die Einhaltung der für die Kommune geltenden gesetzlichen Vorschriften erstrecken.[5]

11 Anders als bei den Kommunen handelt es sich bei den Regelwerken für Eigenbetriebe i.d.R. um *Rechnungslegungsgrundsätze zur sachgerechten Gesamtdarstellung*, weil das Eigenbetriebsrecht unmittelbar auf die handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften – einschließlich § 264 Abs. 2 HGB – verweist.

4 Transparenz durch Hinweise im Bestätigungsvermerk

12 Auch bei *Rechnungslegungsgrundsätzen zur Ordnungsmäßigkeit* muss der Abschlussprüfer, wenn er zu dem Schluss gelangt, dass der Abschluss irreführend ist, entscheiden, ob und wie dies im Bestätigungsvermerk mitzuteilen ist.[6] Der ÖFA hält es i.d.R. für sachgerecht, einen Hinweis auf einen sonstigen Sachverhalt gemäß *IDW PS 406*[7], Tz. 8 b), aufzunehmen, um die Adressaten auf inkonsistente Regelungen in den Rechnungslegungsvorschriften aufmerksam zu machen. Dies ist bspw. der Fall, wenn ein Regelwerk einerseits die vollständige Abbildung von Vermögen und Schulden fordert und anderseits ein Passivierungsverbot für Pensionsrückstellungen enthält, das dem Vollständigkeitsgebot entgegensteht.

13 *IDW PS 406* sieht dieses Instrument für Anmerkungen des Wirtschaftsprüfers vor, die sich auf einen weder im Abschluss noch im Lagebericht dargestellten oder angegebenen Sachverhalt beziehen, die jedoch nach der Beurteilung des Abschlussprüfers für das Verständnis der Adressaten relevant sind. Wenn der Abschlussprüfer in den Bestätigungsvermerk einen solchen Hinweis aufnimmt, hat er ihn in einem gesonderten Abschnitt mit der Überschrift „Sonstiger Sachverhalt“ oder einer anderen geeigneten Überschrift zu versehen.[8]

14 Um einen angemessenen Zusammenhang zu dem Prüfungsurteil zum Abschluss herzustellen, kann es sachgerecht sein, den Hinweis im Bestätigungsvermerk unmittelbar nach dem Abschnitt „Grundlage für das Prüfungsurteil“ aufzunehmen.[9]

15 Der Hinweis ist im Einzelfall frei zu formulieren. Für das Beispiel eines Passivierungsverbots für Pensionsverpflichtungen – in dem Fall, dass keine Vorschrift i.S. von *IDW PS 400 n.F.*, Tz. 10 e) a. i. existiert – bietet sich folgende Formulierung an:

„Hinweis auf einen sonstigen Sachverhalt: Die angewandten Rechnungslegungsvorschriften

Die Rechnungslegungsvorschriften verlangen zwar, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermittelt. Die Vermittlung eines zutreffenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde erfolgt im Jahresabschluss jedoch nur, soweit die landesrechtlichen Vorschriften dies zulassen. Die kommunale Doppik in … [*Bundesland*] enthält ein gesetzliches Passivierungsverbot für Pensionsverpflichtungen gegenüber Beamten. Insoweit werden – entgegen dem ansonsten geltenden Vollständigkeitsgebot – nicht alle Verpflichtungen der Gemeinde im vorliegenden Jahresabschluss abgebildet. Unter Berücksichtigung solcher Verpflichtungen ergäbe sich ein anderes Bild, insb. wäre das Eigenkapital geringer.

Wir weisen ferner darauf hin, dass bei den einschlägigen landesrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften eine mit § 264 Abs. 2 Satz 2 HGB vergleichbare Vorschrift fehlt, sodass die landesrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften nicht die Definition der GoA sowie der International Standards on Auditing (ISA) von Rechnungslegungsvorschriften zur sachgerechten Gesamtdarstellung erfüllen. Dies bedeutet, dass diese Rechnungslegungsvorschriften nicht die Definition der GoA von

Rechnungslegungsvorschriften zur Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erfüllen."

16 Handelt es sich hingegen um *Rechnungslegungsgrundsätze zur sachgerechten Gesamtdarstellung* und wird über den Umstand bereits im Anhang berichtet, kann ein Hinweis zur Hervorhebung eines Sachverhalts gemäß *IDW PS 406*, Tz. 5 a), in Betracht kommen.

17 Die Folgen für den Bestätigungsvermerk, die sich in Abhängigkeit der Klassifizierung der Rechnungslegungsgrundsätze ergeben, sind in der folgenden Abbildung im Überblick dargestellt:

18

Hinweise im Bestätigungsvermerk in Abhängigkeit der Klassifizierung der Rechnungslegungsvorschriften

---

1 Verabschiedet vom Fachausschuss für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (ÖFA) am 25.11.2020. Dieser Praxishinweis basiert auf dem Fachlichen Hinweis des ÖFA „Heterogene Bilanzierungsregeln der öffentlichen Hand und Aussagekraft des Bestätigungsvermerks" (verabschiedet in der 127. Sitzung (Webmeeting) am 26.05.2020, vom HFA billigend zur Kenntnis genommen am 26.06.2020).

2 Vgl. *IDW Prüfungsstandard: Bildung eines Prüfungsurteils und Erteilung eines Bestätigungsvermerks (IDW PS 400 n.F.)* (Stand: 30.11.2017), Tz. 10 g).

3 Vgl. *IDW Prüfungsstandard: Prüfung von Abschlüssen, die nach Rechnungslegungsgrundsätzen für einen speziellen Zweck aufgestellt wurden (IDW PS 480)* (Stand: 28.11.2014).

4 Vgl. *IDW PS 400 n.F.*, Tz. 26 i.V.m. A21.

5 Vgl. *IDW PS 400 n.F.*, Tz. A34.

6 Vgl. *IDW PS 400 n.F.*, Tz. 26.

7 Vgl. *IDW Prüfungsstandard: Hinweise im Bestätigungsvermerk (IDW PS 406)* (Stand: 30.11.2017).

8 Vgl. *IDW PS 406*, Tz. 13.

9 Vgl. *IDW PS 406*, Tz. A18.

© IDW Verlag GmbH

Besondere Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungsnahe Leistungen

der Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Stand: 1. Juli 2020

Präambel

Diese Auftragsbedingungen der Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft (kurz: GPP) ergänzen und konkretisieren die vom Institut der Wirtschaftsprüfer e. V. (IDW) herausgegebenen Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (in der dem Auftragsbestätigungsschreiben beigefügten Fassung) und sind diesen gegenüber vorrangig anzuwenden. Sie gelten nachrangig zu einem Auftragsbestätigungsschreiben. Das Auftragsbestätigungsschreiben zusammen mit allen Anlagen bildet die „*Sämtlichen Auftragsbedingungen*".

A. Ergänzende Bestimmungen für Abschlussprüfungen nach § 317 HGB und vergleichbare Prüfungen nach nationalen und internationalen Prüfunggrundsätzen

GPP wird die Prüfung gemäß § 317 HGB und unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung ("*GoA*") durchführen. Dem entsprechend wird GPP die Prüfung unter Beachtung der Grundsätze gewissenhafter Berufsausübung so planen und anlegen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf den Prüfungsgegenstand laut Auftragsbestätigungsschreiben wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

GPP wird alle Prüfungshandlungen durchführen, die sie den Umständen entsprechend für die Beurteilung als notwendig erachtet und prüfen, in welcher Form der in § 322 HGB respektive den GoA vorgesehene Vermerk zum Prüfungsgegenstand erteilt werden kann. Über die Prüfung des Prüfungsgegenstands wird GPP in berufsüblichem Umfang berichten. Um Art, Zeit und Umfang der einzelnen Prüfungshandlungen in zweckmäßiger Weise festzulegen, wird GPP, soweit sie es für erforderlich hält, das System der rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollen prüfen und beurteilen, insbesondere soweit es der Sicherung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung dient. Wie berufsüblich, wird GPP die Prüfungshandlungen in Stichproben durchführen, sodass ein unvermeidliches Risiko besteht, dass auch bei pflichtgemäß durchgeführter Prüfung selbst wesentliche falsche Angaben unentdeckt bleiben können. Daher werden z.B. Unterschlagungen und andere Unregelmäßigkeiten durch die Prüfung nicht notwendigerweise aufgedeckt. GPP weist darauf hin, dass die Prüfung in ihrer Zielsetzung nicht auf die Aufdeckung von Unterschlagungen und anderen Unregelmäßigkeiten, die nicht Übereinstimmung des Prüfungsgegenstands mit den maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen betreffen, ausgerichtet ist. Sollte GPP jedoch im Rahmen der Prüfung derartige Sachverhalte feststellen, wird dem Auftraggeber dies unverzüglich zur Kenntnis gebracht.

Es ist Aufgabe der gesetzlichen Vertreter des Auftraggebers, wesentliche Fehler im Prüfungsgegenstand zu korrigieren und uns gegenüber in der Vollständigkeitserklärung zu bestätigen, dass die Auswirkungen etwaiger nicht korrigierter Fehler, die von uns während des aktuellen Auftrags festgestellt wurden sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit für den Prüfungsgegenstand unwesentlich sind.

B. Auftragsverhältnis

Unter Umständen werden GPP im Rahmen des Auftrages und zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Belange des Auftraggebers unmittelbar mit diesem zusammenhängende Dokumente, die rechtliche Relevanz haben, zur Verfügung gestellt. GPP stellt ausdrücklich klar, dass sie weder eine Verpflichtung zur rechtlichen Beratung bzw. Überprüfung hat, noch, dass dieser Auftrag eine allgemeine Rechtsberatung beinhaltet; daher hat der Auftraggeber auch eventuell im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Auftrages von der GPP zur Verfügung gestellte Musterformulierungen zur abschließenden juristischen Prüfung seinem verantwortlichen Rechtsberater vorzulegen. Der Auftraggeber ist verantwortlich für sämtliche Geschäftsführungsentscheidungen im Zusammenhang mit den Leistungen der GPP sowie die Verwendung der Ergebnisse der Leistungen und die Entscheidung darüber, inwieweit die Leistungen der GPP für eigene interne Zwecke des Auftraggebers geeignet sind.

C. Informationszugang

Es liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Auftraggebers, der GPP einen uneingeschränkten Zugang zu den für den Auftrag erforderlichen Aufzeichnungen, Schriftstücken und sonstigen Informationen zu gewährleisten. Das Gleiche gilt für die Vorlage zusätzlicher Informationen (z.B. Geschäftsbericht, Feststellungen hinsichtlich der Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG), die vom Auftraggeber zusammen mit dem Abschluss sowie ggf. dem zugehörigen Lagebericht veröffentlicht werden. Der Auftraggeber, wird diese rechtzeitig vor Erteilung des Bestätigungsvermerks bzw. unverzüglich sobald sie vorliegen, zugänglich machen. Sämtliche Informationen, die der GPP vom Auftraggeber oder in seinem Auftrag zur Verfügung gestellt werden („*Auftraggeberinformationen*"), müssen vollständig sein.

D. Mündliche Auskünfte

Soweit der Auftraggeber beabsichtigt, eine Entscheidung oder sonstige wirtschaftliche Disposition auf Grundlage von Informationen und/oder Beratung zu treffen, welche die GPP dem Auftraggeber mündlich erteilt hat, so ist der Auftraggeber verpflichtet, entweder (a) GPP rechtzeitig

vor einer solchen Entscheidung zu informieren und sie zu bitten, das Verständnis des Auftraggebers über solche Informationen und/oder Beratung schriftlich zu bestätigen oder (b) in Kenntnis des oben genannten Risikos einer solchen mündlich erteilten Information und/oder Beratung jene Entscheidung in eigenem Ermessen und in alleiniger Verantwortung zu treffen.

E. Freistellung

Der Auftraggeber ist dazu verpflichtet, GPP von allen Ansprüchen Dritter (einschließlich verbundener Unternehmen) sowie daraus folgenden Verpflichtungen, Schäden, Kosten und Aufwendungen (insbesondere angemessene externe Anwaltskosten) freizustellen, die aus der Verwendung des Arbeitsergebnisses durch Dritte resultieren und die Weitergabe direkt oder indirekt durch den Auftraggeber oder auf seine Veranlassung hin erfolgt ist. Diese Verpflichtung besteht nicht in dem Umfang, wie GPP sich ausdrücklich schriftlich damit einverstanden erklärt hat, dass der Dritte auf das Arbeitsergebnis vertrauen darf.

F. Elektronische Datenversendung (E-Mail)

Den Parteien ist die Verwendung elektronischer Medien zum Austausch und zur Übermittlung von Informationen gestattet und diese Form der Kommunikation stellt als solche keinen Bruch von etwaigen Verschwiegenheitspflichten dar. Den Parteien ist bewusst, dass die elektronische Übermittlung von Informationen (insbesondere per E-Mail) Risiken (z.B. unberechtigter Zugriff Dritter) birgt.

Jegliche Änderung der von der GPP auf elektronischem Wege übersandten Dokumente ebenso wie jede Weitergabe von solchen Dokumenten auf elektronischem Wege an Dritte darf nur nach schriftlicher Zustimmung der GPP erfolgen.

G. Datenschutz

Für die genannten Verarbeitungszwecke ist die GPP berechtigt, Auftraggeberinformationen, die bestimmten Personen zugeordnet werden können („*personenbezogene Daten*“), in den verschiedenen Jurisdiktionen, in denen diese tätig sind, zu verarbeiten.

GPP verarbeitet personenbezogene Daten im Einklang mit geltendem Recht und berufsrechtlichen Vorschriften, insbesondere unter Beachtung der nationalen (BDSG) und europarechtlichen (EU-DSGVO) Regelungen zum Datenschutz. GPP verpflichtet Dienstleister, die im Auftrag der GPP personenbezogene Daten verarbeiten, sich ebenfalls an diese Bestimmungen zu halten.

H. Vollständigkeitserklärung

Die seitens GPP von den gesetzlichen Vertretern erbetene Vollständigkeitserklärung umfasst gegebenenfalls auch die Bestätigung, dass die in einer Anlage zur Vollständigkeitserklärung zusammengefassten Auswirkungen von nicht korrigierten falschen Angaben im Prüfungsgegenstand sowohl einzeln als auch insgesamt unwesentlich sind.

I. Geltungsbereich

Die in den *Sämtlichen Auftragsbedingungen* enthaltenen Regelungen – einschließlich der Regelung zur Haftung – finden auch auf alle künftigen, vom Auftraggeber erteilten sonstigen Aufträge entsprechend Anwendung, soweit nicht jeweils gesonderte Vereinbarungen getroffen werden bzw. über einen Rahmenvertrag erfasst werden oder soweit für die GPP verbindliche in- oder ausländische gesetzliche oder behördliche Erfordernisse einzelnen Reg-lungen zu Gunsten des Auftraggebers entgegenstehen.

Für Leistungen der GPP gelten ausschließlich die Bedingungen der *Sämtlichen Auftragsbedingungen*; andere Bedingungen werden nicht Vertragsinhalt, wenn der Auftraggeber diese mit GPP im Einzelnen nicht ausdrücklich schriftlich vereinbart hat. Allgemeine Einkaufsbedingungen, auf die im Rahmen automatisierter Bestellungen Bezug genommen wird, gelten auch dann nicht als einbezogen, wenn GPP nicht ausdrücklich widerspricht oder GPP mit der Erbringung der Leistungen vorbehaltlos beginnt.

J. Anwendbares Recht / Gerichtsstand

Für die Auftragsdurchführung sind die von den maßgeblichen deutschen berufsständischen Organisationen (WPK, IDW, StBK) entwickelten und verabschiedeten Berufsgrundsätze, soweit sie für den Auftrag im Einzelfall anwendbar sind, bestimmend.

Auf das Auftragsverhältnis und auf sämtliche hieraus oder aufgrund der Erbringung der darin vereinbarten Leistungen resultierenden außervertraglichen Angelegenheiten oder Verpflichtungen findet deutsches Recht Anwendung.

Ausschließlicher Gerichtsstand für alle in Verbindung mit dem Auftrag oder den darunter erbrachten Leistungen entstehenden Rechtsstreitigkeiten ist Bremen, Deutschland.

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2017

DokID:

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

Lizenziert für/Licensed to: Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH | 4306137 | 327

DokID:

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und

d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Lizenziert für/Licensed to: Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH | 4306137 | 327

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses

der Stadt Rüsselsheim am Main

→ zum 31.12.2018

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Vorbemerkungen 1
2. Prüfungsauftrag, -umfang und Rechtliche Grundlagen 1
3. Kurzbericht über die Prüfungstätigkeiten des Rechnungsprüfungsamtes 2018..... 2
4. Prüfungen durch Externe im Abschlussjahr 2018 2
5. Bestätigungsvermerk und Feststellungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes 3

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Mit dem vorliegenden Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 setzt sich die Aufarbeitung der rückständigen Jahresabschlüsse weiter fort.

Da das Rechnungsprüfungsamt zu diesem Zeitpunkt nicht über die erforderlichen personellen Kapazitäten verfügte, wurde die Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH (GPP) aus Würzburg im Dezember 2021 mit der Prüfung der Jahresabschlüsse 2018 - 2020 nach einem durchgeführten Vergabeverfahren beauftragt.

Der Jahresabschluss 2018 wurde vom Magistrat im Juli 2020 aufgestellt. Ab Februar 2022 begann GPP mit der Prüfung. Sie erfolgte komplett „remote“ ohne Vor-Ort-Termin mit mehreren organisationsbedingten Unterbrechungen bis November 2022.

Mit Datum vom 20.12.2022 ging dem Rechnungsprüfungsamt der finale Prüfbericht der Firma GPP zu.

2. Prüfungsauftrag, -umfang und Rechtliche Grundlagen

Unser Prüfungsauftrag ergibt sich aus §§ 131 i.V.m. 128 HGO. Nähere Ausführungen hierzu können dem Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unter den Ziffern 1-3 entnommen werden.

Der Prüfauftrag an die Firma GPP umfasste neben der Jahresrechnung 2017 mit allen gesetzlich vorgegebenen Anlagen auch die Prüfung der Haushaltswirtschaft.

Die Prüfungsdurchführung und das Ergebnis der Prüfung sind dem beigefügten Prüfbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 zu entnehmen

3. Kurzbericht über die Prüfungstätigkeiten des Rechnungsprüfungsamtes 2018

Im Zeitraum vom 01.01. – 31.12.2018 führte das Rechnungsprüfungsamt unter anderem folgende Prüfungen durch:

- Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Rüsselsheim 2015
- Begleitung der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 der Städteservice Raunheim-Rüsselsheim AÖR
- Prüfung des Jahresabschlusses Abwasserverband Rüsselsheim-Raunheim für die Jahre 2011 und 2012
- Alle gesetzlich vorgeschriebenen Kassen- und Zahlstellenprüfungen
- Technische Prüfung der Baudokumentation Kita am Apfelgarten
- Prüfung von Abschlags- und Schlussrechnungen von Bauprojekten, an denen das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen des Vergabeverfahrens beteiligt war
- Durchführung von 150 Submissionen und rechnerische Angebotsprüfung
- Mitzeichnung von Vergabevorlagen ab 50.000 Euro
- Vollprüfung der Fraktionsmittel für das Jahr 2017
- Prüfung und Prüfbestätigung Hessenkasse gem. § 14 Abs. 2 HessenkasseG

Weiterhin war das Rechnungsprüfungsamt in zahlreichen Fragestellungen beratend und begleitend tätig und nahm an Arbeitskreisen und fachlichen Erfahrungsaustauschen teil.

Daneben ist die Antikorruptionsstelle im Rechnungsprüfungsamt angesiedelt und der Amtsleitung ist die Funktion der behördlichen Datenschutzbeauftragten übertragen.

Von den 7 im Stellenplan ausgewiesenen Stellen waren im Prüfungszeitraum im Jahresdurchschnitt 5,5 Stellen besetzt.

4. Prüfungen durch Externe im Abschlussjahr 2018

Im Abschlussjahr wurde die 196. Vergleichende Prüfung „Kommunaler Wohnungsbau“ durch den Rechnungshof abgeschlossen. Der Abschlussbericht wurde der Stadtverordnetenversammlung mit DS-Nr. 484/16-21 am 14.03.2019 zur Kenntnis gegeben und entsprechende Stellungnahmen dazu beschlossen.

Weitere externe Prüfungen fanden 2018 nicht statt.

5. Bestätigungsvermerk und Feststellungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes

Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 wurde von der Treuhandgesellschaft mbH Göken, Pollak und Partner geprüft. Der Prüfbericht ist unserem Schlussbericht beigefügt.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat der Stadt Rüsselsheim am Main mit Datum vom 15. Dezember 2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt (sh. Prüfbericht GPP S. 29 unter 7.) Wir haben die Prüfung begleitet und plausibilisiert und schließen uns dem Prüfungsurteil vollumfänglich an.

.

Rüsselsheim am Main, den 02.01.2023

Gabriele Kottenhoff

Amtsleitung des Rechnungsprüfungsamtes

Anlagen:

Prüfbericht der Treuhandgesellschaft mbH Göken, Pollak und Partner vom 15.12.2022

Jahresabschluss 2018

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-343/21-26	
Datum	12.12.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	20.12.2022	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	zur Kenntnis

Betreff:
9. Zwischenbericht zum Sachstand der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Bericht mit der Bitte um Kenntnisnahme zu:

Beschlusstext:

Der 9. Zwischenbericht zum kreisweiten Prozess der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau, Stand Oktober 2022 (siehe Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

Begründung:

A. Ziel

Ziel des Berichtes ist die Information der Gremien über die wesentlichen Aktivitäten und Ergebnisse im 9. Jahr des kreisweiten IKZ-Prozesses in der Zeit von November 2021 bis Oktober 2022.

B. Ausgangslage

Die 14 Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau haben sich im Jahr 2013 in einem gemeinschaftlichen Prozess auf den Weg gemacht, um ihre interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) nachhaltig auszubauen. Über die Inhalte und Ergebnisse der zahlreichen Projekte sowie die Arbeitsmethodik und die Steuerung des Prozesses wurden Gremien und Öffentlichkeit seitdem in regelmäßigen Zwischenberichten jährlich informiert.

C. Verfahren

Der Bericht wird jährlich zum Jahresende vorgelegt. Aus Gründen der Vollständigkeit der Darstellung, werden auch einige Informationen aus früheren Berichten in aktualisierter und erweiterter Form aufgenommen. Die Berichte sind auf der IKZ-Website https://ikz.imkreisgg.de im Bereich „Informationen“ als Downloads abrufbar.

D. Kosten

Keine

E. Auswirkungen auf das Klima

Keine

Anlage:

9. Zwischenbericht zum Sachstand des kreisweiten Prozesses der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau

Rüsselsheim am Main, 20.12.2022

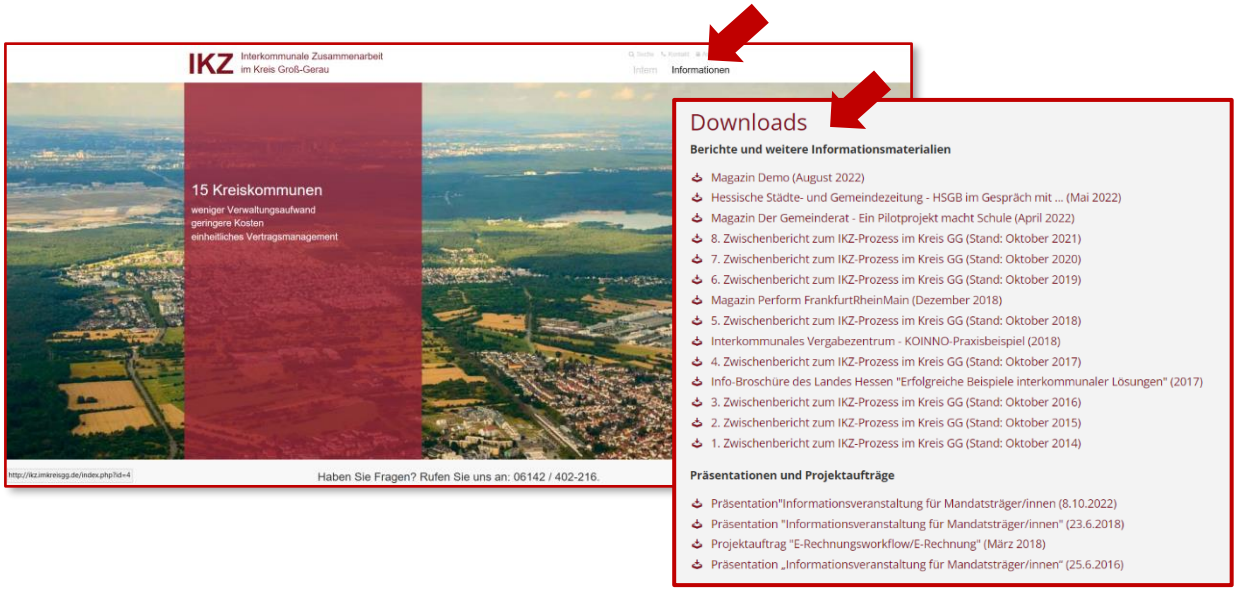
Udo Bausch
Oberbürgermeister

Interkommunale Zusammenarbeit
im Kreis Groß-Gerau

9. Zwischenbericht zum Sachstand des kreisweiten Prozesses der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau

(Stand: Oktober 2022)

Die 14 Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau haben sich im Jahr 2013 in einem gemeinschaftlichen Prozess auf den Weg gemacht, ihre interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) nachhaltig auszubauen. Über die Inhalte und Ergebnisse der Projekte sowie die Arbeitsmethodik und die Steuerung des Prozesses wurden Gremien und Öffentlichkeit seitdem in regelmäßigen Zwischenberichten jährlich informiert. Die Berichte sind auf der IKZ-Website www.ikz.imkreisgg.de im Bereich „Informationen“ als Download abrufbar.



Der vorliegende 9. Zwischenbericht enthält die wesentlichen Aktivitäten und Ergebnisse im neunten Jahr des kreisweiten IKZ-Prozesses in der Zeit von November 2021 bis Oktober 2022. Aus Gründen der Vollständigkeit der Darstellung werden auch einige Informationen aus früheren Berichten nachfolgend – in aktualisierter und erweiterter Form – aufgenommen.

Für Rückfragen zum Bericht oder zu einzelnen IKZ-Projekten und -Umsetzungsmaßnahmen steht als Ansprechpartnerin der IKZ-Lenkungsgruppe gerne zur Verfügung:

Marion Götz - c/o Stadt Raunheim
Stabsstelle Interkommunale Zusammenarbeit
m.goetz@raunheim.de - 06142 / 402-216

Weitere Informationen unter www.ikz.imkreisgg.de

Inhalt

1. Überblick über die kreisweiten IKZ-Projekte und -Umsetzungsmaßnahmen 3

1.1 Sachstand der IKZ-Projekte und -Umsetzungsmaßnahmen 5

1.2 Beispiel für standardisierten Projektablauf 13

2. IKZ-unterstützende Maßnahmen 15

2.1 Steuerung des IKZ-Prozesses 15
2.2 Organisation von Fortbildungen für Projektmanagement 16
2.3 Kontinuierliche IKZ-Arbeitsgruppen 16
2.4 Informationsmanagement 16
2.5 Weitere IKZ-fördernde Aktivitäten 21
2.6 Ausblick 21

1. Überblick über die kreisweiten IKZ-Projekte und -Umsetzungsmaßnahmen

Die folgenden IKZ-Projekte wurden **im Berichtszeitraum (November 2021 – Oktober 2022) abgeschlossen**:

- Überwachung von Geldspielgeräten, Kontrolle der Einhaltung von Gaststättenrecht, Abrechnung der Spielapparatesteuer (Umsetzungsprojekt)
- Aufbau eines Fördermittelmanagements (Umsetzungsprojekt)
- Modularer Kita-Bau (Prüfprojekt)
- Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems

Folgende IKZ-Projekte befinden sich **im Berichtszeitraum weiterhin in Bearbeitung** bzw. wurden **im Berichtszeitraum neu gestartet**:

- Beschaffung von Feuerwehrbedarf, Organisation der Instandhaltung
- Klimaschutz
- Prüfung beweglicher elektrischer Anlagen (3. gemeinsame Auftragsvergabe)

Die folgenden IKZ-Projekte wurden seit dem Start des kreisweiten IKZ-Prozesses **2013 – 2021 erfolgreich umgesetzt**:

- Strom- und Gaseinkauf
- Prüfung elektrischer Anlagen
- Beschaffungswesen
- Gründung des kommunalen Vergabezentrums
- E-Government
- Klärschlammentsorgung
- Ausbau der Elektromobilität
- Einführung der E-Rechnung / Elektronischer Rechnungsworkflow
- Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes
- Gründung eines Landschaftspflegeverbands

Über diese Projekte und Umsetzungsmaßnahmen enthalten die IKZ-Jahresberichte 2013 – 2021 weitere Informationen.

Aus den folgenden IKZ-Prüfprojekten sind **bislang aus unterschiedlichen Sachgründen noch keine Kooperationen hervorgegangen** oder eine **IKZ-Umsetzung steht noch bevor**:

- Bezügeabrechnung
- Standesamtswesen
- Streusalzmanagement (IKZ erfolgt durch gemeinsamen Einkauf des Streusalzes bei nächstfälliger Bestellung)
- Aktivierung von Wohnraumpotenzial

Der Start neuer IKZ-Projekte erfolgt stets in Abhängigkeit vom Abschluss vorheriger Projekte. Ziel ist die jeweils **gleichzeitige Bearbeitung von fünf Aufgabenfeldern**. Dies gewährleistet zum einen eine hinreichende Breite der IKZ-Bewegung und damit sichtbare Fortschritte im Gesamtprozess der kreisweiten interkommunalen Zusammenarbeit. Zum anderen ermöglicht es mit bestehenden Ressourcen die gebotene Steuerungsintensität und –qualität, um den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Projekte und Maßnahmen zu sichern.

Ein erwünschter Begleiteffekt des kreisweiten IKZ-Prozesses ist die Anregung zusätzlicher **örtlicher IKZ-Initiativen** im Kreisgebiet. So haben sich seit 2013 neben dem zentral organisierten kreisweiten IKZ-Geschehen und eingebettet in dieses teilweise umfangreiche örtliche IKZ-Aktivitäten entwickelt. Beispielhaft hierfür ist die Zusammenarbeit der Städte Kelsterbach, Raunheim und Rüsselsheim unter dem Motto „Drei gewinnt“ zu nennen. Auf Basis des kreisweiten IKZ-Grundsatzbeschlusses begannen die drei Städte im Jahr 2013, in einem örtlichen IKZ-Prozess mit gleicher Arbeitsmethodik vielfältige Aufgabenfelder der Verwaltung bezüglich der Potenziale einer Zusammenarbeit in Projekten zu analysieren und anschließend Kooperationen dort, wo sie vorteilhaft waren, in die Tat umzusetzen. Ergebnis war u.a. 2015 die Einrichtung einer gemeinsamen **Friedhofsverwaltung** (landesweites Pilotprojekt), 2016 wurden die **Baubetriebshöfe** von Raunheim und Rüsselsheim in einer Anstalt öffentlichen Rechts zusammengeführt und 2017 folgte u.a. die Gründung einer **Forstbetriebsgemeinschaft**, der neben Rüsselsheim und Raunheim auch die Kreisstadt Groß-Gerau und die Gemeinde Büttelborn sowie zwischenzeitlich die Städte und Gemeinden Riedstadt, Flörsheim und Bischofsheim beigetreten sind. Die Städte Kelsterbach und Raunheim kooperieren seit 2019 durch Bestellung eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten bspw. auch auf dem Gebiet des **Datenschutzes** sowie darüber hinaus auf weiteren Feldern miteinander. Die Gemeinden Nauheim und Trebur haben 2022 eine interkommunale Zusammenarbeit im Bereich **OZG/Digitalisierung** vereinbart und eine gemeinsame Vollzeitstelle geschaffen, die Aufgaben der Konzepterstellung, Koordinierung und Realisierung der notwendigen Umsetzungsaktivitäten zur Digitalisierung für die beiden Verwaltungen wahrnehmen wird.

Die **Beteiligung der 15 Kreiskommunen** (14 Städte und Gemeinden und Kreis Groß-Gerau) an den kreisweiten IKZ-Projekten und -Umsetzungsmaßnahmen im Jahr 2022 (Stand: 31. Oktober) ist der folgenden Übersicht zu entnehmen:

Kreisweiter IKZ-Prozess (15 Kreiskommunen)

Beteiligung an IKZ-Projekten und –Umsetzungsmaßnahmen 2022

(Stand 31.10.2022)

	Überwachung Geldspiel-Geräte, Kontrolle Gaststättenrecht (Umsetzung)	Aufbau Fördermittel-management (Umsetzung)	Modularer Kita-Bau (Prüfprojekt)	Einführung e-Akte/DMS	Beschaffung Feuerwehr-bedarf, Organisation Instandhaltung	Klima-schutz	Prüfung beweglicher elektrischer Anlagen (Vergabe)
Biebesheim	X X	X X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X
Bischofsheim	X X (PG)	X X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X	X
Büttelborn	X (PG)	X X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X
Gernsheim	X (PG)	X X (PG)		X (PG)	X (PG)	X (PG)	
Ginsheim-Gustavsburg	X X (PG)	X X (PG)		X (PG)	X (PG)	X	X
Groß-Gerau	X	X X (PG)	X	X (PG)		X (PG)	
Kelsterbach	X X	X X			X (PG)	X	
Mörfelden-Walldorf	X (PG)	X X (PG)	X (PL)	X (PG)	X (PG)	X (PL)	X
Nauheim	X X (PL)	X	X	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X
Raunheim	X X (LKG)	X X (PL, LKG)	X (PG, LKG)	X (PL, LKG)	X (PG, LKG)	X (PG)	X
Riedstadt	X X (PG)	X X (PG)	X (PG)	X (PL)	X (PL)	X (PG)	X
Rüsselsheim	X (PG)	X	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X (PG)	X
Stockstadt	X X (PG)	X X	X (PG)	X (PG)	X	X	X
Trebur	X (PG)	X		X (PG)	X (PG)	X	X
Kreis Groß-Gerau	X (PL)	X X (PG)	X (PL)		X (PL)	X (PL)	X
SUMME	15 / 8	15 / 12	11	13	14	15	12

X — Projektbeteiligung der Kommune UND personelle Vertretung in der Projektgruppe / Arbeitsgruppe:

(PL) = Projektleitung
(PG) = Projektgruppe
(AG) = Arbeitsgruppe
(LKG) = Lenkungsgruppe

X — Projektbeteiligung der Kommune OHNE personelle Vertretung in der Projektgruppe / Arbeitsgruppe

keine Projektbeteiligung

1.1 Sachstand der IKZ-Projekte und -Umsetzungsmaßnahmen

a) Überwachung von Geldspielgeräten, Kontrolle der Einhaltung des Gaststättenrechts

Die Gewerbeordnung, die Spielverordnung und das Hessische Gaststättengesetz regeln die Voraussetzungen für die rechtmäßige Aufstellung und den rechtmäßigen Betrieb von Geldspielgeräten. Zunehmend werden jedoch in Gaststätten illegale Automaten aufgestellt. Die Geräte bieten für Spieler ein hohes Verlustpotenzial. Darüber hinaus wird häufig die höchstzulässige Zahl der Spielgeräte pro Gaststätte überschritten. Die Missstände haben für die betroffenen Kommunen u.a. erhebliche Einnahmeausfälle bei der Spielapparatesteuer zur Folge. Auch Abgabenhinterziehung und Geldwäsche werden hierdurch gefördert. Zudem steigt das Risiko der Entstehung oder Verstärkung einer Spielsucht.

14 der 15 Kreiskommunen hatten daher im September 2019 das Projekt „Prüfung einer IKZ zur Überwachung von Geldspielgeräten, Kontrolle der Einhaltung des Gaststättenrechts und Abrechnung der Spielapparatesteuer“ gestartet, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die 15. Kommune hat sich im Projektverlauf der Bearbeitung angeschlossen. **Ziel** des Projekts war die leistungsfähige und wirtschaftliche Organisation der Aufgabenerfüllung, d.h.

- die Spezialisierung und Bündelung von Fachwissen
- die Erhöhung der Wirksamkeit des Verwaltungshandelns bei der Missbrauchsbekämpfung
- eine einheitliche Aufgabenwahrnehmung in den Kommunen
- die Vermeidung des Aufbaus unwirtschaftlicher und wenig leistungsfähiger Splitter-Ressourcen zur Aufgabenwahrnehmung in allen Kreiskommunen (Erfordernis dauerhafter Vorhaltung dezentralen Spezialwissens, Vertretungsproblematik u.a.)

Im Rahmen des Projekts, das aufgrund der Inanspruchnahme der Projektgruppenmitglieder für vordringliche Aufgaben im Zuge der Corona-Pandemie mehrfach unterbrochen werden musste und daher erst 2021 seinen Abschluss fand, wurde zunächst die Aufgabenorganisation in den beteiligten Kommunen vergleichend betrachtet (**IST-Analyse**). Anschließend untersuchte die Projektgruppe die Vorteilhaftigkeit einer möglichen künftigen gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung. Folgende **Optimierungspotenziale** wurden dabei v.a. betrachtet:

- Leistungsverbesserung durch spezialisierte Mitarbeiter/innen und Sicherstellung der Aufgabenerfüllung für die Kommunen, wirksame Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
- Reduzierung der Häufigkeit von Fehlverhalten durch Bußgeld-Erhebung
- Reduzierung von Einnahmeverlusten bei Spielapparatesteuer und Verwaltungsgebühren
- Kosteneinsparung z.B. durch Bündelung spezialisierten Personals und Fachwissens (Vermeidung des Aufbaus und der Vorhaltung dezentraler Ressourcen in allen Kommunen)
- personalwirtschaftliche Vorteile (z.B. Personalentwicklungsmöglichkeiten durch Spezialisierung, Vertretungsmöglichkeiten)
- Sicherung des kreisweiten Informationsaustauschs zum Themengebiet

Im Ergebnis stellte die Projektgruppe die Vorteilhaftigkeit einer gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung fest. Nach Prüfung verschiedener Modelle der Zusammenarbeit wurde die **Bildung eines gemeinsamen Verwaltungsbehördenbezirks gemäß § 82 HSOG** empfohlen.

Acht Städte und Gemeinden haben sich daraufhin im Januar 2022 dem Umsetzungsprojekt zur Bildung eines gemeinsamen Verwaltungsbehördenbezirks angeschlossen. In diesem wurden die rechtlichen, organisatorischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen für die Gründung des Verwaltungsbehördenbezirks erarbeitet.

Grundlage des gemeinsamen Verwaltungsbehördenbezirks ist eine **öffentlich-rechtliche Vereinbarung**, die seine Aufgaben, seine Finanzierung sowie die Rechte und Pflichten der Vertragspartner regelt. Dem Verwaltungsbehördenbezirk wird die Durchführung folgender Gesetze, Verordnungen, Satzungen und Aufgabengebiete (Überwachungstätigkeiten, Kontrollgänge, Anfertigung von Schriftsätzen und Verfügungen) übertragen, soweit diese nicht anderen Behörden zugeordnet sind oder die Zuständigkeit des Bürgermeisters als örtliche Ordnungsbehörde gegeben ist:

1. Überprüfung der Einhaltung des Hessischen Gaststättengesetzes und erteilter Sondernutzungserlaubnisse im Rahmen der Außengastronomie,
2. Überprüfung der Einhaltung des Hessischen Spielhallengesetzes und der Spielverordnung sowie die Erteilung der Bestätigung über die Geeignetheit des Aufstellortes eines Geldspielgerätes gemäß § 33 c Abs. 3 GewO,
3. Überprüfung der Einhaltung des Hessischen Nichtraucherschutzgesetzes,
4. Überprüfung der Einhaltung des Jugendschutzgesetzes,
5. Überprüfung der Einhaltung der Preisangabenverordnung,
6. Überprüfung der Einhaltung der Sperrzeitverordnung,
7. Überprüfung von Lärmbeschwerden im Zusammenhang mit dem Betrieb von Gaststätten,
8. Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren im Aufgabenbereich des Verwaltungsbehördenbezirkes, die in der Zuständigkeit des Magistrates/Gemeindevorstandes liegen.

Als Sitz des Verwaltungsbehördenbezirks ist die Stadt Raunheim vorgesehen. Hier werden die erforderlichen räumlichen, personellen und sächlichen Voraussetzungen für die interkommunale Aufgabenwahrnehmung geschaffen. Die teilnahmeinteressierten Kommunen werden bis Ende des Jahres 2022 die erforderlichen Gremienentscheidungen herbeiführen. Die **Arbeitsaufnahme** des Verwaltungsbehördenbezirks ist am **1.4.2023** vorgesehen.

b) Aufbau Fördermittelmanagement

Eine Vielzahl von Zuwendungsgebern auf allen staatlichen Ebenen fördert Kommunen, ihre Einrichtungen und Beteiligungen durch finanzielle Mittel bei der Umsetzung von Projekten und Maßnahmen. Neben der Vielzahl an Fördermittelgebern mit jeweils eigenen und oft komplexen Anforderungen existiert eine Vielzahl unterschiedlicher Förderarten, z.B. Förderungen für Einzelmaßnahmen, Förderungen auf Basis von Jahresprogrammen oder mehrjährigen Programmen sowie pauschale Förderungen. Diese unterscheiden sich wiederum in einer Vielzahl von Rahmenbedingungen und Voraussetzungen (z.B. Antragsstruktur, Antragsverfahren, wichtige Antragsdokumente, Bewertungskriterien im Auswahlprozess).

Die Beantragung und Abwicklung von Fördermitteln ist dementsprechend geprägt von **vielfältigen Anforderungen an die Antragsteller und Fördermittelempfänger** z.B. hinsichtlich

- der Qualität des Fördermittelantrags (fachlich, rechtlich, sprachlich (geeignetes „Wording“))

- der Beachtung zahlreicher Voraussetzungen und Nebenbestimmungen bei der Umsetzung der geförderten Maßnahme (Vergaberecht, Haushaltsrecht usw.)
- der Finanzierungsplanung für die geförderte Maßnahme
- umfangreicher Dokumentations- und Mitteilungspflichten an die fördermittelgewährenden Stellen sowie die Führung von Verwendungsnachweisen.

Diesen Anforderungen gerecht zu werden, stellt für jede Kommune eine hohe Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund hatten sich 14 der 15 Kreiskommunen im Dezember 2020 zusammengeschlossen, um in einem gemeinsamen Projekt die **Voraussetzungen und Möglichkeiten für ein gemeinsames Fördermittelmanagement** zu prüfen und ggfs. eine interkommunale Zusammenarbeit auf diesem Feld zu realisieren. Die 15. Kommune hat sich im Projektverlauf der Bearbeitung angeschlossen. Ziel des Projekts war die optimale Ausschöpfung von Fördermitteln der EU, des Bundes, des Landes und anderer Finanzierungsquellen mit dem Ziel der bestmöglichen kommunalen Aufgabenerfüllung.

Im Rahmen des Projekts wurde zunächst die Aufgabenorganisation in den beteiligten Kommunen vergleichend betrachtet und die Bedarfslage vor Ort in Bezug auf das Fördermittelmanagement festgestellt (**IST-Analyse**). Anschließend wertete die Projektgruppe Best-Practice-Beispiele aus und untersuchte die Vorteilhaftigkeit einer möglichen künftigen gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung. Als **Vorteile einer gemeinsamen Aufgabenerfüllung** wurden u.a. erkannt:

- die verlässliche Sicherstellung der Aufgabenerfüllung für jede Kommune durch spezialisierte Mitarbeiter/innen unabhängig von der örtlichen Personallage
- die Erhöhung der Einnahmen aus Fördermitteln
- Kosteneinsparungen und Aufwandsreduzierung in den Verwaltungen
- die Vermeidung des Aufbaus unwirtschaftlicher und wenig leistungsfähiger Splitter-Ressourcen in allen Kreiskommunen zur Aufgabenwahrnehmung.

Zwölf Kreiskommunen haben daraufhin ihr grundsätzliches Teilnahmeinteresse an einer interkommunalen Zusammenarbeit bekundet und einen Umsetzungsvorschlag für ein gemeinsames Fördermittelmanagement erarbeitet. Vorgeschlagen wurde und umgesetzt wird die Einrichtung einer **Kompetenzstelle für Fördermittelmanagement** bei der Kreisverwaltung Groß-Gerau, die allen teilnehmenden Kommunen in Fördermittelangelegenheiten mit Rat und Tat zur Seite steht. Grundlage für die Schaffung dieser Stelle ist ein **öffentlich-rechtlicher Vertrag**, der die Aufgaben der Stelle, ihre Finanzierung sowie die Rechte und Pflichten der Vertragspartner regelt.

Folgende **Aufgaben** soll das zentrale Fördermittelmanagement für die teilnehmenden Kommunen wahrnehmen:

- Recherche hinsichtlich relevanter Förderprogramme auf EU-, Bundes- und Landesebene
- Aufbau einer zentralen, webbasierten Datenbank / Screening aller Förderprogramme mit Zugriffsmöglichkeit aller teilnehmenden Kommunen
- Anbahnung von Förderanträgen durch Beratung und Qualifizierung der Städte / Gemeinden und des Kreises
- Beratung und Unterstützung bei der Antragstellung und Abwicklung von Fördermitteln bis hin zur Erstellung des Verwendungsnachweises
- zentrale Organisation kreisweiter Schulungen für die Inanspruchnahme von Förderprogrammen
- Vernetzung des in den Städten / Gemeinden und im Kreis vorhandenen Fachwissens, Zugänglichmachung für die Städte / Gemeinden und den Kreis

Die Leistungen können ganz oder teilweise in Anspruch genommen werden.

Die teilnahmeinteressierten Kommunen werden bis Ende des Jahres 2022 die erforderlichen Gremienentscheidungen herbeiführen. Die **Arbeitsaufnahme** des zentralen Fördermittelmanagements ist am **1.4.2023** vorgesehen.

c) Modularer Kita-Bau

Im Kreis Groß-Gerau besteht ein **hoher Ausbaubedarf an Kindertagesbetreuungsplätzen**. Im Sommer 2020 fehlten im Kreisgebiet ca. 1.000 Plätze für die Kindertagesbetreuung im Alter von 1 – 6 Jahren. Der Kreis ist zudem eine Zuwanderungsregion. Dadurch ist ein überdurchschnittlicher Zuzug an Kindern zu verzeichnen. Dem hohen Ausbaubedarf stehen sowohl ein begrenzter Ausbauraum als auch deutlich unzureichende Fördermittel von Land und Bund gegenüber. Individuelle Lösungen im Kita-Bau in den Städten und Gemeinden verlangen gleichzeitig einen hohen Einsatz an Zeit und Ressourcen (personell, materiell und finanziell) und bieten kaum Optimierungsmöglichkeiten, da jeder Bau einmalig ist und somit ein wechselseitiges Profitieren von den Erfahrungen der „Insellösungen“ kaum möglich ist. Es ist daher geboten, effektive, kostensparende und an den vorhandenen Ausbauraum angepasste Lösungen zu entwickeln.

Zehn Kreiskommunen hatten sich mit diesem Ziel im September 2020 im **IKZ-Projekt „Modularer Kita-Bau“** zusammengeschlossen, um sich der o.g. Aufgabenstellung gemeinsam anzunehmen; eine weitere Kommune hat sich im Projektverlauf angeschlossen. Im Rahmen des IKZ-Projekts wurde geprüft,

- ob eine Modulbauweise zu einer ressourcenschonenden (personell, materiell, finanziell) und zügigeren Lösung des massiven Ausbaubedarfs in der Kindertagesbetreuung der Kreiskommunen beitragen kann und
- wie sich eine Modulbauweise für Kindertagesbetreuungseinrichtungen einschließlich der Funktionsräume (z.B. Küchen, Bewegungsräume) nach den jeweils geltenden Bestimmungen des Gesundheitsamts, des Brandschutzes etc. gestalten kann, die für die individuellen Bedarfe der Kreiskommunen geeignet ist (Baukastensystem).

Folgende **Ziele** wurden mit dem Projekt verfolgt:

- Beschleunigung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung im Kreis Groß-Gerau
- wirtschaftliches Verwaltungshandeln bei Erfüllung des Rechtsanspruchs der Eltern auf einen Kindertagesbetreuungsplatz ab dem vollendeten 1. Lebensjahr
- effizientes Verwaltungshandeln durch Reduktion des mit dem Ausbau an Kindertagesbetreuungsplätzen verbundenen personellen und finanziellen Aufwands der Kreiskommunen
- Verbesserung der Reaktionsfähigkeit im Kreis auf demografische Entwicklungen durch Flexibilität der Modulbauweise (grundsätzlich auch für andere Zwecke einsetzbar)
- Bündelung von Fachwissen, Lernen aus Erfolgen und Fehlern des Pilotmodells, dadurch Qualitätsverbesserung, stete Verbesserung des Standards (Optimierung, Perfektionierung, Lernen durch Erfahrung)

Im Rahmen des Projekts erfolgte zunächst eine Bestandsaufnahme zur Organisation, zum Bedarf und den örtlichen Möglichkeiten des Kita-Baus in allen beteiligten Kommunen (**IST-Analyse**). Darüber hinaus wurden bundesweite Best-Practice-Beispiele für den modularen/seriellen Kita-Bau betrachtet. Nach Auswertung aller Ergebnisse hat die Projektgruppe die **Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für einen kostensparenden modularen Kita-Bau** dargestellt. Auch die Erarbeitung eines interkommunalen Leitfadens für den Kita-Bau wurde geprüft, der den Kommunen bei ihren örtlichen Projekten mit stets aktuellen Empfehlungen zu allen Handlungs- und Themenbereichen zur Verfügung stehen könnte. Hiervon wurde im weiteren Projektverlauf wegen des hohen Erstellungs- und dauerhaften Aktualisierungsaufwands und der gleichzeitig nur begrenzten Nutzbarkeit aufgrund der sehr heterogenen örtlichen Verhältnisse Abstand genommen.

Voraussetzung für die praktische Umsetzung eines modularen/seriellen Kita-Baus war und ist das konkrete Umsetzungsinteresse einer ausreichenden Anzahl von Kreiskommunen. Dieses Interesse wurde im Herbst 2021 bei allen projektbeteiligten Kommunen abgefragt. Fünf Städte und Gemeinden haben daraufhin ihr grundsätzliches Interesse angemeldet und mitgeteilt, verfügbare Baugrundstücke zu besitzen. Auf dieser Grundlage fand anschließend eine **Detail-Erhebung der für die Umsetzung relevanten örtlichen Gegebenheiten** in den fünf Kommunen statt. Erfasst wurden u.a. die Zahl der zu errichtenden Kindertagesstätten, die Zahl und Art der jeweiligen Kita-Gruppen, die angestrebten Realisierungszeitpunkte der Baumaßnahmen, die Grundstückslagepläne und –tauglichkeit und andere Faktoren.

Die Auswertung der Antworten hat indessen ergeben, dass aufgrund der Unterschiedlichkeit der örtlichen Rahmenbedingungen, Zeitpunkte und Anforderungen die Voraussetzungen für eine gemeinsame Umsetzung von Baumaßnahmen im Sinne eines modularen Kita-Baus aktuell nicht gegeben sind.

d) Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems

Das **Onlinezugangsgesetz (OZG)** verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis zum 31. Dezember 2022 alle Verwaltungsleistungen flächendeckend über Online-Verwaltungsportale anzubieten. Vorteile für Bürger und Verwaltung ergeben sich aus dieser Entwicklung jedoch insbesondere dann, wenn die online beantragten Dienstleistungen auch innerhalb der Verwaltungen digital weiterverarbeitet werden. Die rechtlichen Vorgaben zum Empfang/Versand von elektronischen Rechnungen ab April 2020 beinhalten zudem die Verpflichtung zur unveränderbaren Langzeitspeicherung dieser elektronischen Dokumente. Die Einführung der e-Akte bzw. eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) ist hierfür eine zentrale Voraussetzung.

Die elektronische Akte / ein Dokumentenmanagementsystem bietet folgende **Vorteile**:

- Dokumente stehen personen-, orts- und organisationsunabhängig zur Verfügung
- Mitarbeiter/innen können im Rahmen des Berechtigungskonzepts jederzeit und gleichzeitig auf Dokumente und Akten zugreifen, Such- und Liegezeiten entfallen
- Verwaltungsabläufe können optimiert und medienbruchfrei gestaltet werden, Workflows können eingerichtet und gemeinsam bearbeitet werden, Verwaltung wird hierdurch effizienter und leistungsfähiger
- mobile Arbeitsmöglichkeiten werden unterstützt (z.B. Homeoffice)

– die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung wird für die Kommunen erleichtert (vgl. z.B. Anforderungen der beschränkten Informationsnutzung, der Dokumentation sowie der Einhaltung von Löschfristen / Löschung auf Anforderung)

Um die Anforderungen der Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems bestmöglich zu bewältigen, haben 13 Kreiskommunen im August 2020 das **IKZ-Projekt „Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems“** gestartet.

Folgende strategische **Ziele** wurden mit dem Projekt verfolgt:

- Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Verwaltung durch effektiveres und effizienteres Arbeiten
- Bereitstellung zeitgemäßer Arbeitsplätze (technische Arbeitsplatzausstattung) und Ermöglichung flexiblerer Arbeitsformen (z.B. Homeoffice) für die Beschäftigten
- Optimierung des Wissensmanagements durch elektronische Datenverarbeitung und –archivierung
- Kompensierung der Folgen des demografischen Wandels (Anforderungen von Bürgern und Unternehmen an Verwaltung steigen, weniger Verwaltungspersonal und Expertenwissen für bestimmte Aufgabenbereiche stehen zur Verfügung)
- Umsetzung der Vorgaben des Gesetzgebers

Die projektbeteiligten Kommunen wurden durch das IKZ-Projekt in den Stand versetzt, ihre örtlichen Handlungsbedarfe und –chancen in Bezug auf die Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems zu identifizieren und die sich daraus ergebenden **vor Ort erforderlichen Handlungsschritte abzuleiten**. Hierfür haben sie im Projekt die Erfolgsfaktoren und notwendigen Arbeitsschritte für die erfolgreiche Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems kennengelernt und konkrete Informationen und Arbeitshilfen zur Verfügung erhalten, um vor Ort – allein oder mit anderen Kommunen in gemeinsamen Projekten – wirksame Schritte zur Einführung der e-Akte / eines DMS initiieren und vollziehen zu können.

Im Rahmen des Projekts wurden u.a. folgende **Materialien als „Blaupausen“** zur Nutzung durch die Städte und Gemeinden und den Kreis erarbeitet:

- ein Muster-Projektauftrag zur Einführung der e-Akte / eines Dokumentenmanagementsystems in den Stadt-/Gemeindeverwaltungen vor Ort
- ein Muster-Ablaufplanung für einen idealtypischen Projektverlauf
- Empfehlungen für die verwaltungsinterne Rollenverteilung zur erfolgreichen Durchführung des Projekts (welche Ämter und Funktionsträger/innen sollten wann und wie mitwirken ?)
- Empfehlungen für eine verwaltungsinterne Ablagestruktur (Aktenplan) nach Einführung der e-Akte / eines DMS

Darüber hinaus wurden Best-Practice-Beispiele ausgewertet und die **organisatorischen, finanziellen, technischen und personellen Voraussetzungen** für die Einführung der e-Akte / eines DMS analysiert und zum Abschluss des Projekts als Handlungsleitfaden für örtliche Umsetzungsmaßnahmen der am Projekt beteiligten Kommunen zusammengestellt.

Mit Hilfe dieser Materialien können nun die Kreiskommunen in Abhängigkeit von ihren örtlichen Gegebenheiten und Handlungsprioritäten eigene **örtliche Umsetzungsprojekte** zur Einführung der e-Akte / eines DMS in die Wege leiten. Die Fortsetzung des gemeinsamen Austauschs über die örtlichen Entwicklungen und Erfahrungen erfolgt in der kreisweiten E-Government-Stammgruppe. Dieser kontinuierlichen Arbeitsgruppe, die aus dem 2018 abgeschlossenen IKZ-Projekt

„E-Government“ hervorgegangen ist, gehören Mitarbeiter/innen aller Kreiskommunen an, die für Aufgaben der Digitalisierung zuständig sind.

e) Beschaffung von Feuerwehrbedarf, Organisation der Instandhaltung

Wie bereits andere gemeinsame Vergabeverfahren im Kreis Groß-Gerau in den vergangenen Jahren, so kann auch die interkommunale Beschaffung von Feuerwehrbedarf und die gemeinsame Organisation der Instandhaltung von Feuerwehrgerät für die Städte und Gemeinden als Aufgabenträger vorteilhaft sein. Die Vorteile können sich u.a. aus der **Einsparung von Verwaltungsaufwand** in den einzelnen Kommunen im Fall einer zentralen Durchführung der Beschaffung und aus **günstigeren Preisen** aufgrund höherer Beschaffungsmengen ergeben.

14 der 15 Kreiskommunen haben daher zur Prüfung der Möglichkeiten einer interkommunalen Kooperation auf diesem Aufgabenfeld im Herbst 2021 das IKZ-Projekt „Gemeinsame Beschaffung von Feuerwehrbedarf und Organisation der Instandhaltung“ gestartet. Die **Ziele** des Projekts sind:

- eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Beschaffung und Instandhaltung von Feuerwehrbedarf für die projektbeteiligten Städte und Gemeinden sowie den Kreis Groß-Gerau
- eine effiziente Organisation der Beschaffungsverfahren und der nachhaltigen Instandhaltung jetzt und in der Zukunft
- eine Bündelung sowie kontinuierliche Vorhaltung und Fortentwicklung des Fach- und Verfahrenswissens zur Erreichung der o.g. Ziele.

Unter „**Feuerwehrbedarf**“ werden alle für die Aufgabenwahrnehmung der Feuerwehr erforderlichen Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenstände verstanden. Ein Beschaffungsverfahren umfasst den gesamten Prozess der Beschaffung von der Bedarfserhebung über die Abstimmung des Leistungsverzeichnisses und die Durchführung des Vergabeverfahrens bis zur Auslieferung der Güter und Dienstleistungen an die Auftraggeber. Die Organisation der Instandhaltung hat die Prüfung, Wartung und Pflege der feuerwehrtechnischen Ausrüstung zum Gegenstand.

Zu Beginn des Projekts wurde die aktuelle Organisation des Beschaffungswesens und der Instandhaltung in den projektbeteiligten Kommunen vergleichend betrachtet (Aufbau- und Ablauforganisation, Ressourceneinsatz, örtliche Besonderheiten). Hierzu wurde auch die örtliche Bedarfslage in Bezug auf Beschaffungen und Instandhaltungsleistungen von feuerwehrtechnischem Gerät erhoben und ausgewertet (**IST-Analyse**).

Als prioritäre Beschaffungsbedarfe kristallisierten sich hierbei **Schläuche** und **Notstromerzeuger** heraus. Für diese werden im nächsten Schritt in kleinen Arbeitsgruppen die Anforderungen der Leistungsverzeichnisse gemeinsam erarbeitet und die erforderlichen vergaberechtlichen Verfahrensschritte mit Unterstützung des Kommunalen Vergabezentrums vorbereitet. Einzelne Kommunen haben sich zur Beschaffung von Stromerzeugern einem zeitgleich laufenden kreisweiten IKZ-Projekt „Beschaffung von Feuerwehrbedarf“ im Wetteraukreis angeschlossen. Diesbezüglich hat somit auch eine **landkreisübergreifende interkommunale Kooperation** bei der Beschaffung stattgefunden, die mit entsprechenden Einsparungen an Verwaltungsaufwand und

positiven Ergebnissen bei den Beschaffungspreisen für die teilnehmenden Kommunen verbunden war.

Als weiteres Zwischenergebnis des Projekts können die seither gesondert für die Feuerwehren stattfindenden Prüfungen elektrischer Anlagen der Feuerwehren künftig im Rahmen der zentralen interkommunalen Vergabe gleichartiger Prüfungsleistungen für die Rathäuser und das Kreishaus mit ausgeschrieben werden. Dies wird zur Einsparung von nicht unerheblichem Aufwand der Feuerwehren vor Ort beitragen.

f) Klimaschutz

Mit dem Pariser Klimaabkommen verpflichten sich die Vertragsstaaten, den Anstieg der globalen Temperatur auf deutlich unter 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen sowie Anstrengungen zu unternehmen, um die Erwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken. Der europäische Grüne Deal soll Europa bis 2050 klimaneutral machen. Damit dieses Ziel rechtsverbindlich wird, hat die EU-Kommission das Europäische Klimagesetz vorgelegt, das auch ein neues, ehrgeizigeres Ziel zur Verringerung der Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 festlegt. Am 24.06.2021 hat der Deutsche Bundestag ein neues **Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)** beschlossen. Mit dem novellierten Gesetz wird das deutsche Treibhausgasminderungsziel für das Jahr 2030 auf minus 65 % gegenüber 1990 angehoben. Bislang galt ein Minderungsziel von minus 55 %. Der Integrierte Klimaschutzplan Hessen 2025 (IKSP) schreibt in allen relevanten Handlungsfeldern wie Landwirtschaft, Biodiversität, Energie oder Verkehr insgesamt 140 Maßnahmen fest. Die wichtigsten Gesetze für ein Quartier sind das Gebäudeenergiegesetz (GEG), das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bzw. Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), die unterschiedliche Regulierungsziele zugrunde legen.

Um ihre Anstrengungen um den Klimaschutz auf der kommunalen Ebene zu bündeln und zur Erreichung der o.g. Ziele im Kreis Groß-Gerau beizutragen, haben alle Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau im Juli 2022 das IKZ-Projekt „Klimaschutz“ gestartet. Das Projekt verfolgt folgende **Ziele**:

- Erreichen der Treibhausgasneutralität bzw. Klimaneutralität der Städte und Gemeinden im Landkreis Groß-Gerau
- Verbesserung der Klimafolgenanpassung der Städte und Gemeinden im Landkreis Groß-Gerau
- Ausbau erneuerbarer Energien
- Energieeinsparung und Ressourcenschonung

Zu Beginn des Projekts wurde im Rahmen der **IST-Analyse** eine Bestandsaufnahme der aktuellen klimaschutzrelevanten Gegebenheiten in den projektbeteiligten Kommunen durchgeführt. Hier wurden u.a. Informationen über die vorhandenen Ressourcen für das Thema „Klimaschutz“ in den Rathäusern und im Kreishaus erhoben, die organisatorische Verankerung der Aufgabe in den Verwaltungen vergleichend betrachtet, vorhandene Klimaschutz-Konzeptionen zusammengetragen sowie Informationen über politische Beschlüsse, aktuelle und absehbare mittelfristige Entwicklungen in den Kommunen rund um das Thema sowie örtliche Handlungsbedarfe mit Relevanz für das Thema „Klimaschutz“ abgefragt und ausgewertet.

Auf Grundlage der Ergebnisse werden im weiteren Projektverlauf gemeinsame Handlungsbedarfe und –möglichkeiten erarbeitet und schrittweise umgesetzt. Weitere Informationen hierzu folgen im nächsten IKZ-Jahresbericht.

1.2 Beispiel für standardisierten Projektablauf

Alle in Abschnitt 1.1 aufgeführten Projekte werden von Projektgruppen bearbeitet, die sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Kommunen sowie der Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe zusammensetzen. Soweit projektbeteiligte Kommunen kein Personal in eine Projektgruppe entsenden können oder möchten, werden deren Dienststellenleitungen durch die IKZ-Lenkungsgruppe (siehe Abschnitt 2.1) regelmäßig über den Projektverlauf informiert und in Entscheidungen über Projekt-Meilensteine einbezogen. Letzteres sind z.B. Entscheidungen über den Zeitrahmen des Projekts oder zum weiteren Vorgehen nach der Vorlage von Zwischen- und Abschlussberichten durch die Projektgruppe.

Grundlage der Projektarbeit ist jeweils ein **schriftlicher Projektauftrag**. Die Entwicklung der Projektaufträge erfolgt stets vor dem Start eines Projekts unter Federführung der Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe in Zusammenarbeit mit hieran interessierten Mitarbeiter/innen der Kommunen, die in ihren Dienststellen in den jeweiligen Aufgabenfeldern eingesetzt sind. Nach Erarbeitung des Entwurfs wird der Projektauftrag **allen Dienststellenleitungen zur Abstimmung vorgelegt**. So können die örtlich bestehenden Bedürfnisse und Erwartungen an das Projekt umfassend eingebracht werden und bestmöglich Berücksichtigung finden. Nach inhaltlicher Abstimmung mit allen am Projekt teilnahmeinteressierten Kommunen wird der Projektauftrag von den betreffenden Dienststellenleitungen unterzeichnet und das Projekt kann beginnen.

Nach dem Start eines Projekts erarbeitet die Projektgruppe zunächst den Entwurf des **Projektablaufplans**. Dieser wird über die IKZ-Lenkungsgruppe mit den Auftraggebern (Dienststellenleitungen, die den Projektauftrag unterzeichnet haben) abgestimmt und stellt danach die verbindliche Grundlage für die weitere Projektsteuerung dar.

Die **Regeldauer eines IKZ-Prüfprojekts** beträgt rund ein Jahr. Ziel eines Prüfprojekts ist die Klärung der grundsätzlichen Vorteilhaftigkeit interkommunaler Zusammenarbeit für eine bestimmte Aufgabe und – falls diese festgestellt wird - die Entwicklung von Handlungsvorschlägen für ihre organisatorische Umsetzung. Alle IKZ-Prüfprojekte gliedern sich in folgende Arbeitsabschnitte:

I. Erteilung des **Projektauftrags** durch die Dienststellenleitungen der beteiligten Kommunen

1. Erstellung des Entwurfs des **Projektablaufplans** durch die Projektgruppe, Abstimmung mit den Auftraggebern

2. Durchführung der **Ist-Analyse**, d.h. vergleichende Gegenüberstellung der seitherigen Organisation der Aufgabenwahrnehmung in den projektbeteiligten Kommunen; Voraussetzung hierfür ist jeweils eine örtliche Erhebung (Fragebogen und Interviews) …
   - der örtlichen Aufbau- und Ablauforganisation zur Erfüllung der Aufgabe
   - des örtlichen Leistungsspektrums
   - des örtlichen Ressourceneinsatzes für die Aufgabenerfüllung
   - sonstiger steuerungsrelevanter örtlicher Kennzahlen und Rahmenbedingungen

- der örtlichen Bedarfe und Besonderheiten in Bezug auf die Aufgabe

3. Prüfung der **Vorteilhaftigkeit einer möglichen IKZ** für die Wahrnehmung der Aufgabe, die Projektgegenstand ist

4. **Fazit, ob IKZ empfohlen wird / nicht empfohlen wird / teilweise empfohlen wird**, mit Begründung

II. **Zwischenbericht** der Projektgruppe an die Auftraggeber (Dienststellenleitungen)

Soweit im Zwischenbericht der Projektgruppe die IKZ-Vorteilhaftigkeit festgestellt wird und die Auftraggeber auf dieser Basis den Auftrag zur Fortsetzung des Projektes erteilen:

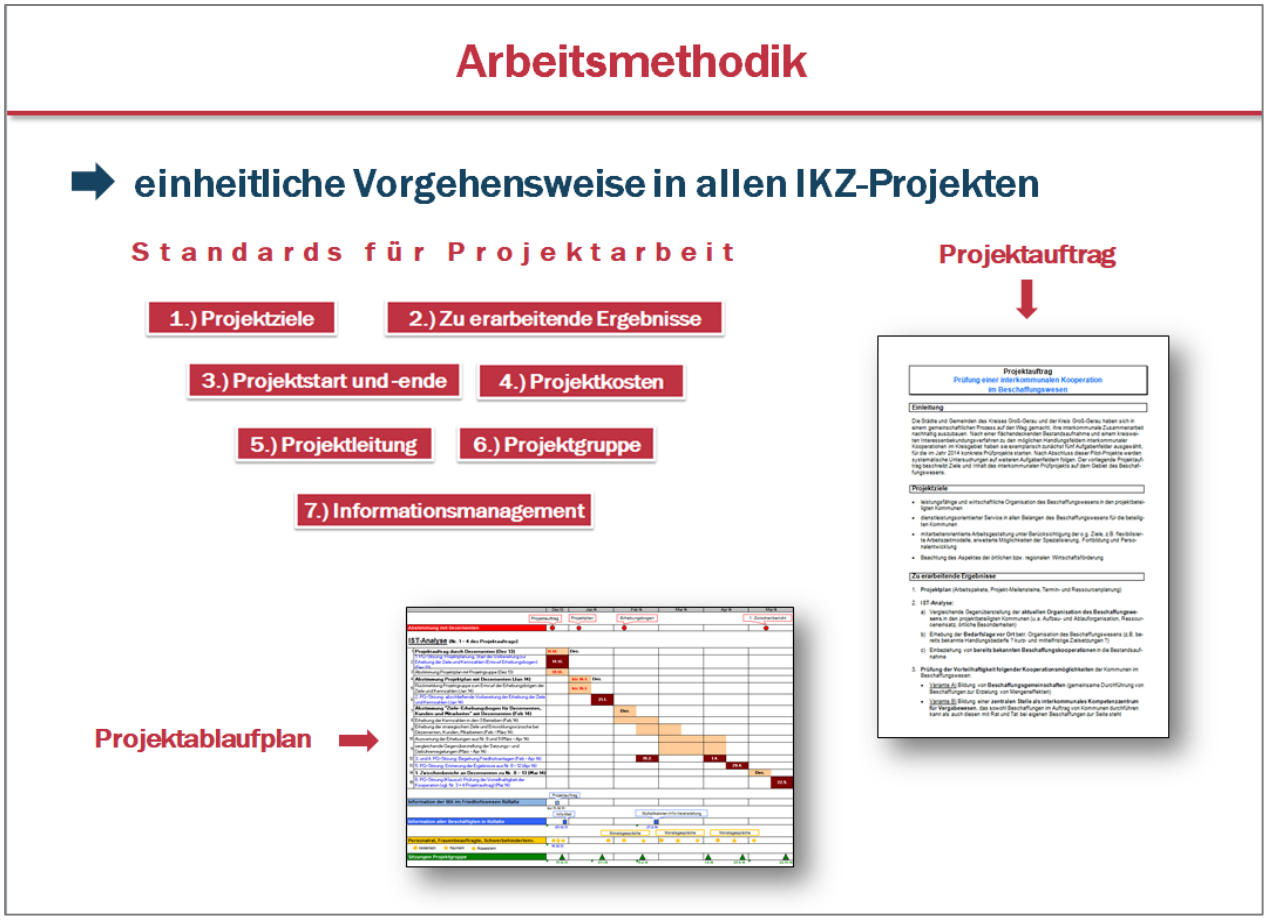
5. **Soll-Konzeption**, d.h. Vorschlag für die optimale Organisations- und Rechtsform der interkommunalen Aufgabenwahrnehmung, Benennung der erforderlichen Arbeitsschritte zur Umsetzung

6. Klärung der Möglichkeit der **Fördermittelakquise** für eine Kooperation

7. regelmäßige Vorbereitung von **Informationen über wesentliche Entwicklungen** im Projektverlauf für die Dienststellenleitungen zur Unterrichtung der Beschäftigten und der Interessenvertretungen (Personalräte, Frauenbeauftragte, Schwerbehindertenvertretungen)

III. **Schlussbericht** der Projektgruppe an die Auftraggeber (Dienststellenleitungen)

Die o.g. Standards jedes kreisweiten IKZ-Projekts illustriert auch die folgende Abbildung:



Nach Abschluss jedes Prüfprojekts entscheiden die auftraggebenden Kommunen über die Umsetzung der von der Projektgruppe empfohlenen Maßnahmen. Die Umsetzung erfolgt nach Beauftragung durch die Dienststellenleitungen in der Regel in einem nachfolgenden **IKZ-Umsetzungsprojekt** in intensiver Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Ansprechpartnern der kooperationsinteressierten Kommunen vor Ort.

Die **Auswahlentscheidung für den Start eines neuen IKZ-Projekts** erfolgt auf Vorschlag der IKZ-Lenkungsgruppe durch die Dienststellenleitungen der 15 Kreiskommunen. Hierzu können aus allen Kommunen Themenvorschläge eingebracht werden.

2. IKZ-unterstützende Maßnahmen

2.1 Steuerung des IKZ-Prozesses

Zur Steuerung des kreisweiten IKZ-Prozesses mit seinem vielfältigen Projektgeschehen und sonstigen Anforderungen wurde von den Dienststellenleitungen der 15 Kreiskommunen im Jahr 2013 mit dem Start des IKZ-Prozesses die **IKZ-Lenkungsgruppe** eingerichtet. Diese nimmt seitdem folgende Aufgaben wahr:

- **Priorisierung und Initiierung der Einzelprojekte der IKZ**
  als Vorschlag für und in Abstimmung mit den Dienststellenleitungen der Kreiskommunen
- **Projektsteuerung**
  Vorbereitung der Projektaufträge, Abnahme von Projektberichten, Entscheidung über Projekt-Meilensteine
- **Organisation von Unterstützung für IKZ-Projekte**
  methodisch, fachlich, ggf. Vermittlung bei drohendem Scheitern, soweit vor Ort Bedarf
- **Informationsmanagement bzgl. IKZ-relevanter Entwicklungen**
  für Politik und Verwaltungen der Kommunen im Kreis Groß-Gerau
- **Organisation von Wissensmanagement im Gesamtprozess**
  Nutzbarmachung der Erfahrungen aus Einzelprojekten – fachlich, methodisch, Fördermittelakquise usw. – für alle Kommunen, gemeinsames Lernen aus Erfolgen/Misserfolgen, Organisation von Fortbildungen zum Projektmanagement usw.
- **Sonstige Lenkungsaufgaben**
  z.B. Festlegung von Standards und Strukturen
- **Ansprechpartner für den Gesamtprozess**
- **Controlling/Evaluation des Gesamtprozesses**

Die IKZ-Lenkungsgruppe besteht aus fünf Mitgliedern, tagt in zweimonatlichem Turnus und setzt sich wie folgt zusammen:

– 3 Ober-/Bürgermeister als Vertreter von Süd-, Mittel- und Nordkreis sowie der Sonderstatusstadt:	– Thomas Schell, Biebesheim am Rhein – Jan Fischer, Nauheim – Udo Bausch, Rüsselsheim am Main
– Landrat des Kreises Groß-Gerau:	– Thomas Will, Kreis Groß-Gerau
– Leitung	– Marion Götz, Stadt Raunheim

2.2 Organisation von Fortbildungen für Projektmanagement

Erfolgreiche Projektarbeit setzt neben weiteren Rahmenbedingungen auch geschulte Verwaltungsmitarbeiter/innen voraus, die die Grundzüge des Projektmanagements kennen und in der Praxis anwenden können. Diese Qualifikation gilt es in den Verwaltungen der Kreiskommunen aufzubauen, soweit sie noch nicht vorhanden ist. Mit diesem Ziel wurden von der IKZ-Geschäftsstelle im Rathaus Raunheim für die Beschäftigten der 15 Kreiskommunen **Fortbildungen zu den Grundlagen des Projektmanagements** angeboten. Alle Seminare haben zu einem besonders günstigen Preis als zweitägiges Inhouse-Seminar stattgefunden. 52 Mitarbeiter/innen aus 13 Kommunen des Kreises Groß-Gerau haben an den Schulungen teilgenommen. Die dort erworbenen theoretischen und praktischen Kenntnisse sind sowohl für IKZ-Projekte als auch in der sonstigen Tagesarbeit in den Kommunen nutzbringend einsetzbar.

2.3 Kontinuierliche IKZ-Arbeitsgruppen

Zur kontinuierlichen Begleitung des kreisweiten IKZ-Prozesses auf der „Arbeitsebene“ sowie als Plattform für einen regelmäßigen Wissensaustausch zwischen den Verwaltungen wurde 2013 mit dem Start des IKZ-Prozesses die „**Arbeitsgruppe IKZ-interessierter Amtsleitungen**“ eingerichtet. Diese besteht aus je 1 – 2 Mitarbeiter/innen der Stadt- und Gemeindeverwaltungen sowie der Kreisverwaltung Groß-Gerau, die von ihren Dienststellenleitungen entsandt werden. In der Regel sind dies die Hauptamtsleitungen und/oder die „IKZ-Beauftragten“ der Kommunen.

Die Organisation und Koordination der Arbeitsgruppe und ihre Verzahnung mit den Arbeitsinhalten der IKZ-Lenkungsgruppe sowie dem IKZ-Geschehen insgesamt erfolgt durch die Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe. Die „Arbeitsgruppe IKZ“ trifft sich in ca. vierteljährlichem Turnus und nach Bedarf. Regelhafter Bestandteil der Sitzungen sind **aktuelle Informationen über die laufenden IKZ-Projekte** und sonstige IKZ-relevante Entwicklungen, der Austausch über örtlich bestehende Unterstützungswünsche und -bedarfe sowie die Einbringung interessierender Fragen und Themen der Verwaltungsorganisation und –steuerung zur gemeinsamen Bearbeitung.

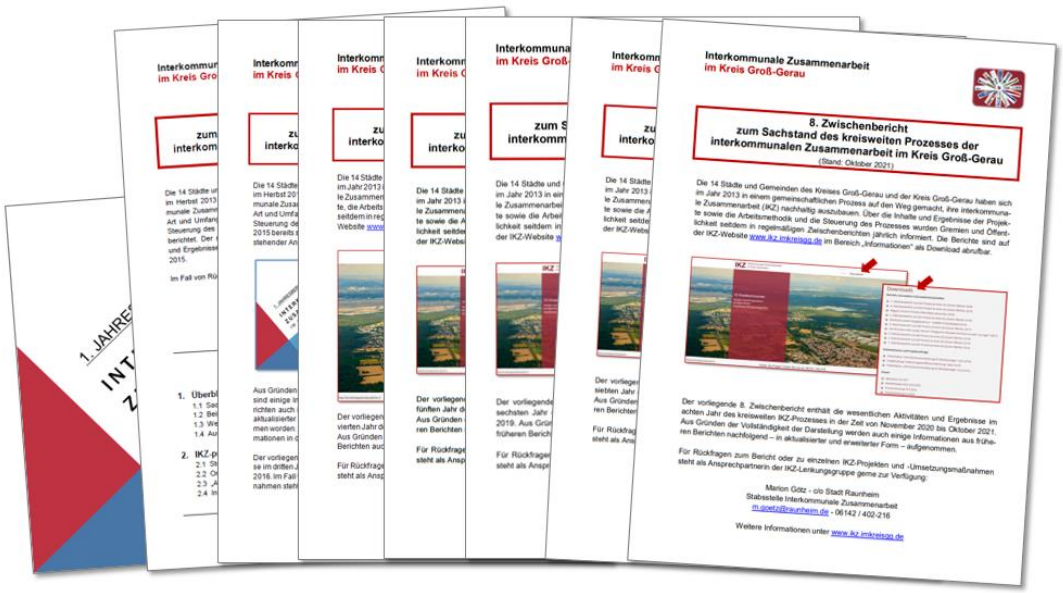
Ein kontinuierlicher Austausch über wesentliche Entwicklungen und die Organisation von Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verwaltungsdigitalisierung erfolgt seit 2018 zudem in der **E-Government-Stammgruppe**. Diese ist aus dem im Jahr 2018 abgeschlossenen IKZ-Projekt „E-Government“ hervorgegangen. Ihr gehören Mitarbeiter/innen aller Kreiskommunen an, die für Aufgaben der Digitalisierung zuständig sind. Aktuelles Schwerpunktthema in der E-Government-Stammgruppe ist neben laufenden E-Government-Projekten der Kreiskommunen die Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG).

2.4 Informationsmanagement

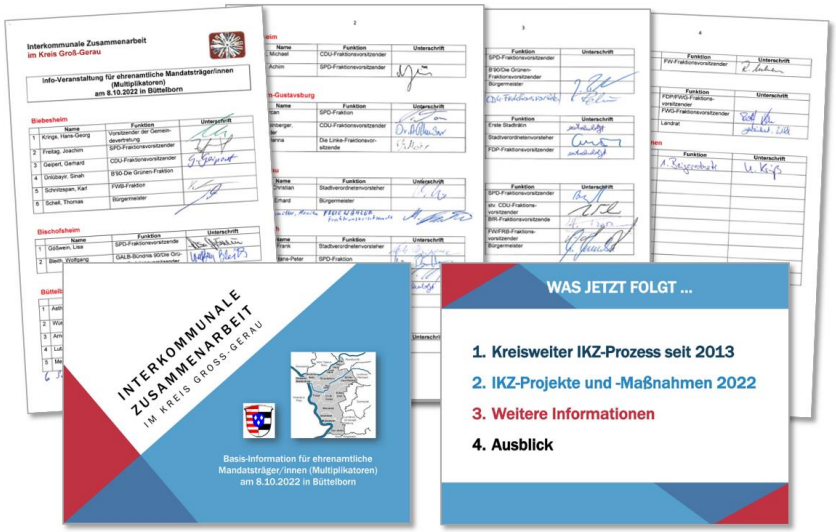
Voraussetzung für einen erfolgreichen Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit ist das zielgerichtete und verzahnte Zusammenwirken aller Ebenen und Beteiligten in Verwaltung und Politik. Um dieses zu unterstützen, erfolgt durch die Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe seit dem Start des IKZ-Prozesses im Jahr 2013 eine **kontinuierliche und einheitliche Information aller Dienststellenleitungen** über IKZ-relevante Entwicklungen im und für das Kreisgebiet.

Darüber hinaus ist eine **regelmäßige Information der ehrenamtlichen Mandatsträger/innen** in den Städten und Gemeinden sowie im Kreis über die wesentlichen Entwicklungen der IKZ für den Erfolg des Prozesses unabdingbar. Sie ist auch Voraussetzung, um erforderliche Entscheidungen der politischen Gremien auf einer qualifizierten Informationsbasis treffen zu können.

Zur Unterrichtung der politischen Gremien sowie von Presse und Öffentlichkeit über die Entwicklungen im kreisweiten IKZ-Prozess wird daher seit 2014 **jährlich ein schriftlicher IKZ-Zwischenbericht** herausgegeben. Dieser wird den Kreiskommunen stets im 4. Quartal zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen vorgelegt. Alle Jahresberichte sind auf der kreisweiten IKZ-Website www.ikz.imkreisgg.de im Bereich „Informationen“ als Download abrufbar.



Darüber hinaus bietet die IKZ-Lenkungsgruppe regelmäßig **Informationsveranstaltungen für ehrenamtliche Mandatsträger/innen** zum Sachstand der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreisgebiet an. Zielgruppe dieser Veranstaltungen sind die Vorsitzenden der Vertretungskörperschaften, die Fraktionsvorsitzenden und die Dienststellenleitungen der 15 Kreiskommunen als „Multiplikatoren“ für ihre örtlichen Gremien. Die jüngste Informationsveranstaltung hat im Oktober 2022 stattgefunden. 39 Mandatsträger/innen aus 14 Kreiskommunen haben an der Veranstaltung teilgenommen.



Als jederzeit nutzbare aktuelle Informationsplattform steht zudem die **Website der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau** zur Verfügung. Unter www.ikz.imkreisgg.de können im Bereich „Informationen“ alle IKZ-Jahresberichte, Pressemitteilungen, Präsentationen, ausgewählte Beschlussvorlagen und weitere Materialien als Download abgerufen werden. Der Bereich „Intern“ dient zum digitalen Informationsaustausch innerhalb der zahlreichen IKZ-Projekt- und Arbeitsgruppen. Die dortigen Dokumente und Materialien sind kennwortgeschützt und nur für die Mitglieder der jeweiligen Projekt- und Arbeitsgruppen zugänglich. Externen Besucherinnen und Besuchern der Website vermittelt die Ansicht „Intern“ eine bildhafte Übersicht über die seit 2013 bearbeiteten Projektfelder im kreisweiten IKZ-Prozess. Interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Mitgliedern kommunaler Gremien, anderen Kommunen sowie IKZ-interessierten Vertreter/innen und Mitarbeiter/innen von Behörden und Institutionen ermöglicht die Website jederzeit, alle wesentlichen Informationen über das kreisweite IKZ-Geschehen gebündelt und „auf Knopfdruck“ verfolgen zu können.

Die aktuelle Information von Presse und Öffentlichkeit über neue IKZ-Entwicklungen erfolgt darüber hinaus durch **Pressemitteilungen** sowie durch **projektbezogene Informationen** auf Anfrage örtlicher und überörtlicher Presseredaktionen, interessierter Organisationen und Institutionen.

Exemplarisch für die **regionale und überregionale Berichterstattung** im Berichtszeitraum sind nachfolgende Auszüge abgebildet (Download dieser und weiterer Beispiele auch unter www.ikz.imkreisgg.de / Informationen / Downloads):

- **Der Gemeinderat** (bundesweit erscheinendes „Magazin für die kommunale Praxis“), April 2022

- **Hessische Städte- und Gemeindezeitung** (landesweit erscheinende Zeitung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Mai 2022)

D 3723 E

Hessische Städte- und Gemeinde-Zeitung

MIT RECHTSPRECHUNGSTEIL

Aus dem Inhalt

Seite

125 Jahre Kommunalbeamten-Versorgungskasse Nassau
Dr. Uwe Wenzel ... 110

HSGB im Gespräch mit ...
Marion Götz
IKZ: Gemeinsam gestalten – Zukunft gewinnen ... 114

Verbandsmitteilungen des Hessischen Städte- und Gemeindebundes

Europa
30. Rat der Gemeinden und Regionen Europas verabschiedet Kommunalen Friedensappell ... 118

Hinweise
31. Öffentliches Bauen mit Holz – Online-Seminare am 14.06., 22.09., 15.11.2022 ... 119
32. Fachseminar „Infrastruktur moderner Sportplätze" ... 119
33. vhw-Fortbildungsangebote im September 2022 in Hessen und online ... 119

Wettbewerbe
34. Hessischer Familienpreis 2022: Familienbildung unter Pandemie-Bedingungen ... 120

Personelle Nachrichten
35. Wiederwahlen / Neuwahlen / Jubiläen ... 121

Literatur ... 123

Rechtsprechung

Kommunalrecht
Öffentlichkeit von Ratssitzungen ... 125
Begründung von Anträgen zur Tagesordnung ... 128

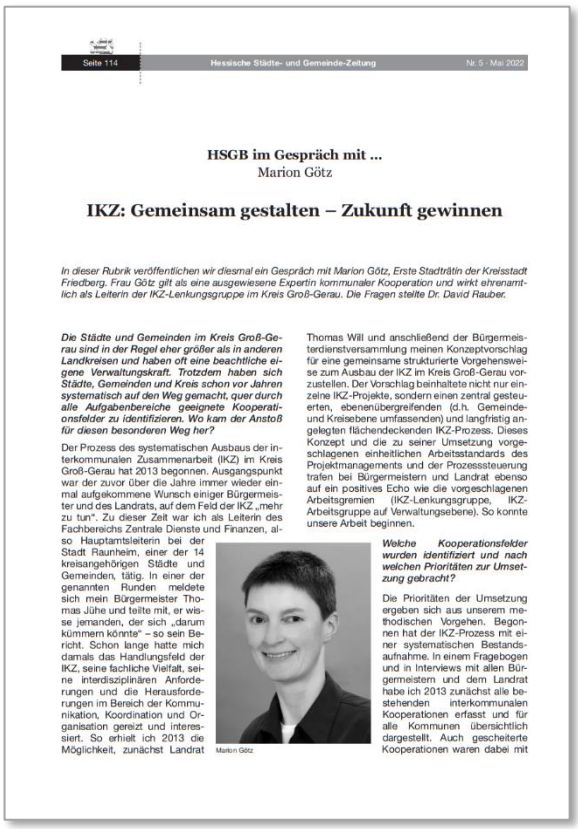
Bauplanungsrecht
Eilrechtsschutz gegen Veränderungssperre ... 130

Obdachlosenrecht
Fehlende Bemühungen eines Obdachlosen um die Anmietung von Dauerwohnraum ... 133

Firmenwegweiser / Branchenregister ... 135

5
72. Jahrgang
Mai 2022

Herausgeber, Verlag und Redaktion: Hessischer Städte- und Gemeindebund, 63165 Mühlheim/Main



HSGB im Gespräch mit ...
Marion Götz

IKZ: Gemeinsam gestalten – Zukunft gewinnen

In dieser Rubrik veröffentlichen wir diesmal ein Gespräch mit Marion Götz, Erste Stadträtin der Kreisstadt Friedberg. Frau Götz gilt als eine ausgewiesene Expertin kommunaler Kooperation und wirkt ehrenamtlich als Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe im Kreis Groß-Gerau. Die Fragen stellte Dr. David Rauber.

Die Städte und Gemeinden im Kreis Groß-Gerau sind in der Regel eher größer als in anderen Landkreisen und haben oft eine beachtliche eigene Verwaltungskraft. Trotzdem haben sich Städte, Gemeinden und Kreis schon vor Jahren systematisch auf den Weg gemacht, quer durch alle Aufgabenbereiche geeignete Kooperationsfelder zu identifizieren. Wo kam der Anstoß für diesen besonderen Weg her?

Der Prozess des systematischen Ausbaus der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) im Kreis Groß-Gerau hat 2013 begonnen. Ausgangspunkt war der zuvor über die Jahre immer wieder einmal aufgekommene Wunsch einiger Bürgermeister und des Landrats, auf dem Feld der IKZ „mehr zu tun". Zu dieser Zeit war ich als Leiterin des Fachbereichs Zentrale Dienste und Finanzen, also Hauptamtsleiterin bei der Stadt Raunheim, einer der 14 kreisangehörigen Städte und Gemeinden, tätig. In einer der genannten Runden meldete sich mein Bürgermeister Thomas Jühe und teilte mit, er wisse jemanden, der sich „darum kümmern könnte" – so sein Bericht. Schon lange hatte mich damals das Handlungsfeld der IKZ, seine fachliche Vielfalt, seine interdisziplinären Anforderungen und die Herausforderungen im Bereich der Kommunikation, Koordination und Organisation gereizt und interessiert. So erhielt ich 2013 die Möglichkeit, zunächst Landrat Thomas Will und anschließend der Bürgermeisterdienstversammlung meinen Konzeptvorschlag für eine gemeinsame strukturierte Vorgehensweise zum Ausbau der IKZ im Kreis Groß-Gerau vorzustellen. Der Vorschlag beinhaltete nicht nur einzelne IKZ-Projekte, sondern einen zentral gesteuerten, ebenenübergreifenden (d.h. Gemeinde- und Kreisebene umfassenden) und langfristig angelegten flächendeckenden IKZ-Prozess. Dieses Konzept und die zu seiner Umsetzung vorgeschlagenen einheitlichen Arbeitsstandards des Projektmanagements und der Prozesssteuerung trafen bei Bürgermeistern und Landrat ebenso auf ein positives Echo wie die vorgeschlagenen Arbeitsgremien (IKZ-Lenkungsgruppe, IKZ-Arbeitsgruppe auf Verwaltungsebene). So konnte unsere Arbeit beginnen.

Marion Götz

Welche Kooperationsfelder wurden identifiziert und nach welchen Prioritäten zur Umsetzung gebracht?

Die Prioritäten der Umsetzung ergeben sich aus unserem methodischen Vorgehen. Begonnen hat der IKZ-Prozess mit einer systematischen Bestandsaufnahme. In einem Fragebogen und in Interviews mit allen Bürgermeistern und dem Landrat habe ich 2013 zunächst alle bestehenden interkommunalen Kooperationen erfasst und für alle Kommunen übersichtlich dargestellt. Auch gescheiterte Kooperationen waren dabei mit

- **DEMO** (bundesweit erscheinendes Magazin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für Kommunalpolitik, August 2022)

DEMO-ONLINE.DE

DEMO

3. QUARTAL 2022

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

NEU! 20 Seiten SGK-Magazin Heftmitte

KOMMUNEN FÜR KLIMASCHUTZ

Energiewende beschleunigen

Wie Städte, Landkreise und Gemeinden den Weg zur Emissionsfreiheit ebnen können

VI THEMA

3. Quartal | 2022 SGK MAGAZIN

Handlungsfähigkeit in schwieriger Zeit

Flächendeckender Prozess der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) stärkt kommunale Aufgabenerfüllung

Autorin Marion Götz, Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe im Kreis Groß-Gerau

Die IKZ-Gemeinschaft im Kreis Groß-Gerau nach Verleihung des „Spar-Euro" des Bundes der Steuerzahler Hessen im Jahr 2019 für die Gründung des Interkommunalen Vergabezentrums (l.-r.: Marion Götz)

RESILIENTE KOMMUNE

Sie tun es mit System: Seit 2013 arbeiten die 14 Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau in einem zentral gesteuerten und langfristig angelegten Prozess zusammen, um zahlreiche kommunale Aufgaben nicht mehr allein, sondern gemeinsam wahrzunehmen. Das gemeinschaftliche Vorgehen hat die Leistungskraft der Kommunen gestärkt und erhebliche Einsparungen für ihre Haushalte ermöglicht. Der flächendeckende Umfang und die Systematik des IKZ-Prozesses sowie ihre vielfältigen Ergebnisse gelten landesweit als vorbildlich. So wurde die gemeinsame Organisation des Beschaffungswesens in einem Interkommunalen Vergabezentrum vom Bund der Steuerzahler Hessen und vom Hessischen Städte- und Gemeindebund 2019 mit dem „Spar-Euro" ausgezeichnet. Im Jahr 2020 war der kreisweite IKZ-Prozess, seine Steuerung und Arbeitsmethodik sowie die daraus resultierenden Ergebnisse Gegenstand eines europaweiten verwaltungswissenschaftlichen Forschungsprojekts. In diesem Projekt, an dem 12 führende Universitäten aus 10 europäischen Staaten beteiligt waren, wurde das IKZ-Modell des Kreises Groß-Gerau im Rahmen eines Arbeitspakets als einziges Beispiel Deutschlands ausgewählt.

Erfolgsfaktoren der IKZ

Als wesentliche Erfolgsfaktoren der IKZ-Gemeinschaft gelten die zentrale Organisation des Prozesses, eine klare und langfristige verbindliche Arbeitsstruktur und -methodik sowie projektübergreifend einheitliche Arbeitsstandards. Des Weiteren die Einbindung aller Beteiligten in den Verwaltungen (Führungskräfte, Mitarbeiterinnen, Interessenvertretungen) und der Politik, die Transparenz des Prozesses und seiner Projekte durch ein verlässliches, adressatengerechtes Informationsmanagement sowie last not least die ebenenübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden und dem Landkreis als „25. Kreiskommune".

Ob die gemeinsame Überwachung von Geldspielgeräten und Gaststättenrecht, der Aufbau eines Fördermittelmanagements oder Projekte der Digitalisierung, ob der gemeinsame Einkauf von Strom, Gas, Feuerwehrbedarf und anderen Gütern oder Kooperationen für die Aufgaben der Landschaftspflege und die Kläranschlammentsorgung – es gibt kein kommunales Aufgabenfeld, das nicht auf sein Kooperationspotenzial hin untersucht wird. Als jüngstes Projekt startete im Juli 2022 das kreisweite IKZ-Projekt „Klimaschutz".

Informationsmanagement und Beteiligung

Eine Lenkungsgruppe, bestehend aus drei Bürgermeistern stellvertretend für die Gesamtheit der Städte und Gemeinden, dem Landrat und der Verfasserin als Leiterin, nimmt die Projektergebnisse ab und steuert ihre Umsetzung. Sie ist verantwortlich für das projektübergreifende Wissensmanagement und die regelmäßige Information über den Fortgang des IKZ-Picassos an Verwaltungen, kommunale Gremien und Öffentlichkeit. Hierzu dient neben einem jährlichen Bericht und anlassbezogenen Pressemitteilungen auch die eigene IKZ-Website www.ikz-mkreisgg.de. Die Beschäftigten der Rathäuser und des Kreishauses sind über die interkommunalen Projektgruppen und eine regelmäßig tagende „Arbeitsgruppe IKZ" kontinuierlich am IKZ-Geschehen beteiligt.

Aufgrund ihrer Arbeitsergebnisse quer durch das Spektrum der kommunalen Aufgaben erfährt die IKZ-Gemeinschaft im südlichen Hessen zunehmend auch hohes Interesse aus anderen Kreisen und Kommunen landes- und bundesweit.

Gute Beispiele aus den Kommunen für Interkommunale Zusammenarbeit

Marion Götz berichtete bei einer Online-Veranstaltung der SGK Hessen über die interkommunale Zusammenarbeit im Landkreis Groß-Gerau. Sie ist Erste Stadträtin der Kreisstadt Friedberg (Hessen). Von 2008 – 2018 war sie als Hauptamtsleiterin der Stadt Raunheim, Kreis Groß-Gerau tätig und hat in dieser Funktion den IKZ-Prozess dort konzipiert und seit seinem Start im Jahr 2013 geleitet. Seit Amtsübernahme in Friedberg (Hessen) nimmt sie die Leitung der IKZ-Arbeit im Kreis Groß-Gerau ehrenamtlich wahr und steht für weitere Informationen als Ansprechpartnerin der IKZ-Lenkungsgruppe bereit. Marion Götz, c/o Stadt Raunheim, m.goetz@raunheim.de, Tel.: 01042 / 402-216

Über die obigen Medien hinaus war der kreisweite IKZ-Prozess, seine Steuerung und Arbeitsmethodik sowie die daraus resultierenden vielfältigen Ergebnisse im Kreis Groß-Gerau im Herbst 2020 Gegenstand eines verwaltungswissenschaftlichen **Forschungsprojekts der Hertie School, Berlin**. Im Rahmen des **EU-Projekts TROPICO** wurde die Zusammenarbeit in und zwischen öffentlichen Verwaltungen in einem europäischen Vergleich analysiert. Das TROPICO-Konsortium setzt sich aus 12 führenden Universitäten aus 10 europäischen Ländern zusammen. Das IKZ-Modell im Kreis Groß-Gerau wurde im Rahmen eines der Arbeitspakete als einziges Beispiel Deutschlands ausgewählt.

Auch in **Fachforen und Informationsveranstaltungen** der hessischen kommunalen Spitzenverbände und anderer Institutionen bestand immer wieder Interesse an der Vermittlung der Arbeitsmethodik und Ergebnisse des IKZ-Prozesses im Kreis Groß-Gerau. Zuletzt erfolgte dies im Mai 2022 im Fachforum des Hessischen Landkreistags zum Thema „Interkommunale Zusammenarbeit von Landkreisen im Bereich der Digitalisierung".

Im Berichtszeitraum von November 2021 - Oktober 2022 war auch weiterhin ein hohes Interesse an den IKZ-Aktivitäten im Kreis Groß-Gerau in Form von **Kontaktaufnahmen und Anfragen** von Kommunen, Behörden, öffentlichen und privaten Institutionen, der Presse sowie Bürgerinnen und Bürgern zu verzeichnen. Dies kommt beispielhaft in folgender Übersicht zum Ausdruck:

2.5 Weitere IKZ-fördernde Aktivitäten

Über die oben dargestellten Maßnahmen hinaus haben von Seiten der IKZ-Geschäftsstelle (= Leiterin der IKZ-Lenkungsgruppe) im Berichtszeitraum folgende weitere Aktivitäten zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit stattgefunden:

- Unterstützung kreisangehöriger und sonstiger Kommunen bei **Fragen in Zusammenhang mit örtlichen IKZ-Projekten oder sonstigen Projekten** durch Zur-Verfügung-Stellung von Information und Kommunikation
- Unterstützung kreisangehöriger Kommunen bei der **Beantwortung von Fragen der überörtlichen Rechnungsprüfung** zum Thema „Interkommunale Zusammenarbeit" in Bezug auf die jeweilige Kommune
- Unterstützung kreisangehöriger und sonstiger Kommunen bei der **Beantragung von Fördermitteln für IKZ-Maßnahmen**
- Unterstützung kreisangehöriger und sonstiger Kommunen in Verfahrensfragen bei **Anzeigen interkommunaler Kooperationen** an die Aufsichtsbehörde gemäß § 127 a HGO
- **Unterstützung von Studierenden hessischer Hochschulen** bei Studienarbeiten und Fragen rund um das Thema „Interkommunale Zusammenarbeit"
- **Präsentationen und Informationen** über Verlauf und Ergebnisse des kreisweiten IKZ-Prozesses und einzelner Projekte an anfragende Kommunen und Institutionen (regional und bundesweit)

2.6 Ausblick

Nach Beendigung der aktuell laufenden Projekte werden **im Jahr 2023 weitere kreisweite IKZ-Projekte** nach Abstimmung der priorisierten Handlungsfelder in der Gemeinschaft der Kreiskommunen folgen.

Zunehmende Bedeutung gewinnt auch der **kreisgrenzen-übergreifende Austausch** in der interkommunalen Zusammenarbeit. So sind nach dem Vorbild des Kreises Groß-Gerau zwischenzeitlich auch in anderen Teilen Hessens einzelne gleichartige IKZ-Projekte und –Maßnahmen zur Umsetzung gelangt. Immer wieder sind zudem Anfragen aus anderen Landkreisen und Kommunen zu verzeichnen, die an der Organisationsstruktur der IKZ im Kreis Groß-Gerau teilhaben und/oder an einzelnen IKZ-Projekten teilnehmen möchten. Diesen Wünschen wird auch weiterhin im möglichen Rahmen entsprochen und so der Know-how-Austausch auch überregional vorangebracht.

Marion Götz

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-323/21-26	
Datum	07.11.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	15.11.2022	beschließend
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	30.11.2022	beschlussempfehlend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	01.12.2022	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022	beschlussempfehlend
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	25.01.2023	beschlussempfehlend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	26.01.2023	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Immanuel-Kant-Schule, Umsetzung des Schulentwicklungsplans inkl. bauliche Erweiterung
hier: Grundsatzbeschluss und Beauftragung der Vorplanung

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Kenntnisnahme und Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:
Kenntnisnahme:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

dass die Immanuel-Kant-Schule gemäß Schulentwicklungsplan 2019-2024 DS 640/16-21 auf eine 6-Zügigkeit erweitert wird.
dass die räumlichen Kapazitäten der aktuell 5-zügigen Immanuel-Kant-Schule nicht ausreichen, um den Raumbedarf im Bestand zu decken und eine bauliche Erweiterung notwendig ist.
dass die Gebäudetrakte A – D und F nicht mehr die aktuellen brandschutztechnischen Anforderungen erfüllen, ein erheblicher Sanierungsstau vorhanden ist und zeitgemäße Raumkonzepte nicht in der bestehenden Gebäudestruktur ermöglicht werden können. .
dass die Maßnahme im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung zulässig ist.

Beschlusstext:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

dass die Vorplanung mit der Umsetzung einer 6-Zügigkeit beauftragt wird.
1. dass die Ergebnisse der Vorplanung der Stadtverordnetenversammlung für die weitere Vorgehensweise zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Begründung:

Ziel

Ziel ist es, mit der Planung der baulichen Schulerweiterung an der Immanuel-Kant-Schule die dringend benötigten zusätzlichen Klassen- sowie Fachräume für die in den nächsten Jahren steigende Anzahl von Schüler*innen dauerhaft zu decken und die Umstellung auf eine 6-Zügigkeit gemäß Schulentwicklungsplan zu realisieren.

Im Zuge der Vorplanung sollen die notwendigen Raumanforderungen an einer weiterführenden Schule inkl. dazugehörige Außenanlagen mit zeitgemäßen Unterrichtsmethoden und dem Leitgedanken der Inklusion sowie Digitalisierung berücksichtigt und alle technischen, energetischen und bauordnungsrechtlichen Anforderungen erfüllt werden.

Beschlusshistorie

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 25.06.2020 den Schulentwicklungsplan für Schulen der Stadt Rüsselsheim am Main 2019 – 2024 (DS 640/16-21) beschlossen. Unter anderem wurde unter der Beschlussziffer 16 die 6-Zügigkeit der Immanuel-Kant-Schule beschlossen.

Mit gleicher Drucksache wurde unter der Beschlussziffer 3 beschlossen, dass grundsätzlich bei Um-, Aus- und Neubauten die barrierefreie und inklusionsgerechte Herrichtung der Gebäude mit in die Planung einzubeziehen ist, um sukzessive alle Rüsselsheimer Schulen für ein flächendeckendes Angebot zur inklusiven Beschulung auszustatten.

Mit der DS 804/16-21, Prioritätenliste für die im Schulentwicklungsplan 2019-2024 aufgeführten Maßnahmen, hat die Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2020 den Bericht des Magistrats über die Prioritätenliste für die im Schulentwicklungsplan 2019-2024 und die dort aufgeführten Maßnahmen zur Kenntnis genommen. Die Erweiterung nur Klassenräume, Planung inklusive Medienentwicklungsplan (MEP) der Immanuel-Kant-Schule wird hier unter der Lfd. Nr. 20 / 03032301AL mit 1. Priorität versehen.

B. Ausgangslage

Die Immanuel-Kant-Schule wurde 1967 mit einem Hauptgebäude (Gebäude H) und vier baugleichen Klassentrakten (Gebäude A – D, Sekundarstufe I) errichtet. Baulich ergänzt wurde der Schulkomplex mit einer Aula 1969, einem weiteren Klassentrakt 1990 (Gebäude F, Sekundarstufe II) und 2015 bzw. 2018 durch zwei Containeranlagen (Gebäude E und G). Das Hauptgebäude wurde 2009-2011 umfassend saniert.

Die Immanuel-Kant-Schule ist ein voll ausgebautes G9-Gymnasium mit den Schwerpunkten Musik, Sport, MINT-Fächer sowie sozialem Lernen und bietet eine Ganztagsbetreuung und Mittagsverpflegung an.

Gemäß dem Schulentwicklungsplan 2019-2024 werden die räumlichen Kapazitäten der 5-zügigen Immanuel-Kant-Schule aufgrund der prognostizierten steigenden Schüler*innenzahlen nicht mehr ausreichen.

C. Problem

Die angestrebte 6-Zügigkeit lässt sich aktuell im bestehenden Raumangebot der Immanuel-Kant-Schule nicht durchgängig abbilden. Vor dem Hintergrund der in den nächsten Jahren steigenden Schüler*innenzahlen besteht daher dringender Handlungsbedarf, den Mangel an Raumkapazitäten auszugleichen.

Die Klassentrakte A - D und F entsprechen teils nicht mehr den aktuellen Brandschutzanforderungen. Es sind gemäß vorliegendem Brandschutzkonzept bauliche und technische Brandschutzmaßnahmen zur Gewährleistung sicherer Flucht- und Rettungswege für Schüler*innen und Lehrpersonen erforderlich. Der zweite bauliche Rettungsweg aller Klassen in den Obergeschossen fehlt gänzlich.

Zudem besteht in den Trakten ein erheblicher Sanierungsstau und die technischen Anlagen sind abgängig. Zeitgemäße pädagogische Lern- und Lehrkonzepte lassen sich in den Bestandsräumen nicht abbilden. Die Trakte sind nicht barrierefrei und bieten keine Einrichtungen für eine inklusive Beschulung. Auch die Außenanlagen sind in die Jahre gekommen und müssen im Rahmen der Gesamtplanung mit betrachtet werden.

Lösung

Auf Basis des vorliegenden Raumbedarfsprogramms wird eine Vorplanung der baulichen Erweiterung inkl. Außenanlagen der Immanuel-Kant-Schule beauftragt.

Alternative

Zur Deckung des Raumbedarfs mittels baulicher Maßnahmen besteht keine Alternative, die Abbildbarkeit des Raumprogramms einer 6-Zügigkeit im Bestand ist nicht möglich.

Auswirkung auf Dritte

Während der Bauphase sind die Interimsmaßnahmen auf den Bedarf des Schulbetriebs ausgerichtet. Etwaige Nutzungen von Schulflächen durch Dritte können eingeschränkt sein.

Kosten

Die Festlegung des gesamten Projektbudgets inkl. Außenanlagen mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wird frühestens nach der Projektphase der Vorentwurfsplanung auf Basis der Kostenschätzung erfolgen.

Finanzierung

Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Planung stehen unter der Investitionsnummer 03032301AG zur Verfügung.

Das Gesamtbudget kann frühestens mit der Durchführung der Vorentwurfsplanung festgestellt werden. Es ist der Stadtverordnetenversammlung dann zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die beschriebenen Maßnahmen sind unaufschiebbare Pflichtaufgaben. Zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs ist die Durchführung nach §99 HGO im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung zulässig.

Auswirkungen auf Klima und Umwelt

Ein Neubau ist nach neuestem energetischen Standard zu errichten. Die Vorgaben der Stadt Rüsselsheim am Main zielen zudem auf einen höheren Energiestandard als gesetzlich vorgeschrieben. Dies senkt den Betriebsenergieverbrauch während der Nutzungsphase erheblich, was sich durch den geringeren CO2-Ausstoß positiv auf das Klima auswirkt. In Abhängigkeit vom gewählten Energieträger, der Konstruktionsweise und des Effizienzstandards ist davon auszugehen, dass der Heizwärmebedarf deutlich unter den des Bestands sinkt.

Dem Verlust an grauer Energie, d. h. an energetischen Aufwendungen u. a. für den Bestandsabbruch, den Neubau inkl. Transport, Lagerung, Verkauf und Entsorgung, kann durch die Wahl einer nachhaltigen Bauweise für den Neubau (z. B. Holzbau oder Recyclingbeton) entgegengewirkt werden, was im Rahmen einer weiterführenden ökobilanziellen Betrachtung präzise dargestellt werden kann.

Da ein Interimsgebäude nur temporär vorhanden sein wird, weist dieses eine negative Klimabilanz auf.

Rüsselsheim am Main, den 15.11.2022

Udo Bausch
Oberbürgermeister

N
W
O
S

Max - von - Laue - Straße

Sauerbruchstraße

Helmholtzweg

Evreuxring

Immanuel - Kant - Gymnasium

Geb. A

Geb. B

Geb. C

Geb. D

Geb. F

Geb. H

Aula / Mensa

Garage

Hausmeister Wohnung

Laubengang

Laubengang

Laubengang

Geb.E
eingeschossig
(Containeranlage 2015)

Geb.G
eingeschossig
(Containeranlage 2018)

Denkmal

Teich

25

43/16

43/15

38/2

37/2

37/4

29/6

29/5

29/4

30/15

30/16

30/13

30/14

30/12

30/5

33/1

28

22

24

16

1

Zeichenerklärung

Symbole

- Schild
- Laterne
- Schachtdeckel
- Unterflurhydrant
- Wasserschieber
- Einlauf
- Laubbaum m. Stammdurchm.
- Nadelbaum m. Stammdurchm.
- Hecke
- Schaltkasten
- Schachtdeckel
- Fahnenmast
- Mülleimer
- Ampel
- Treppenrichtung
- Sperrpfosten

Linien

- Gebüsch
- neue Gebäudelinie
- Gebäudelinie
- Überdachung
- Lichtschacht
- Stellkante
- Mauer
- Zaun
- Wegebegrenzung
- Begrenzung Bewuchs
- Teich
- Bank
- Treppe
- Spielgerät
- Rampe
- Geländer
- Rinne sonstige Begrenzungslinie
- Kunstwerk
- OK Trockengang
- Hochbord
- Flachbord

Flächen

- Böschung

Befestigungsarten

- A Asphalt
- B Beton
- G Grünfläche
- P Pflaster
- PT Platten
- R Rasengittersteine
- V Verbundsteinpfl.
- S Schotter

Der Lageplan wurde aufgrund eigener örtlicher Vermessung und amtlicher Unterlagen angefertigt.
Das verwendete Koordinatensystem ist das maßstabsfreie Koordinatensystem Gauß-Krüger.

Flurstücksgrenzen und Gebäude wurden der amtlichen digitalen Liegenschaftskarte entnommen.

Index	Änderung	Datum	Name

Auftraggeber / Bauherr

Magistrat der Stadt Rüsselsheim a.M
Am Treff 3
65428 Rüsselsheim

Projekt

Immanuel-Kant-Schule
Gemarkung: Haßloch, Flur: 3, Flurstück: 38/2

Planbezeichnung

Gesamtübersicht mit Vermessungsdaten

Neuroth Vermessungsbüro
Dipl.-Ing. (FH) **Elmar Neuroth**
Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur
Am Bornberg 14
55130 Mainz (Laubenheim)
Tel. 0 61 31 / 9 13 53 60, Fax 0 61 31 / 9 13 53 80

Plannummer	Maßstab
3.2.0	1 : 500 (Format A2)

Projekt	2015278-1
Datum	12.09.2019
Gezeichnet	Tom Weichold
Gesehen	Steffi Behr

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-323-2/21-26	
Datum	26.01.2023

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	26.01.2023	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend

Betreff:
Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2023 zur DS 323/21-26 - Immanuel-Kant-Schule, Umsetzung des Schulentwicklungsplans inkl. bauliche Erweiterung; hier: Grundsatzbeschluss und Beauftragung der Vorplanung

Beschlusstext:
Beschluss des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 26.01.2023:
Die SPD-Fraktion meldet zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2023 Beratungsbedarf an.

Der Änderungsantrag wurde am 01.02.2023 von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 31.01.2023:
Der vorliegende Änderungsantrag wird von Frau Stadtv. Kropp erläutert. Herr Stadtrat Kraft nimmt hierzu ausführlich Stellung, wobei er insbesondere seiner Überzeugung Ausdruck verleiht, dass die projektierte Baumaßnahme auf dem Gelände der Immanuel-Kant-Schule selbst stattfinden sollte.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2023 wird bei 3 Ja-Stimmen mit der Mehrheit der Nein-Stimmen abgelehnt.

Rüsselsheim am Main, den 01.02.2023

DS 323-2/21-26

CDU Fraktion in der Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung
Fraktionsvorsitzende
Stefanie Kropp
Rathaus - Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main
stefanie.kropp@cdu-ruesselsheim.de

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

EINGEGANGEN
26. JAN. 2023
Büro Stadtv.versammlung

Rüsselsheim am Main, 26.01.2023

Änderungsantrag zur Drucksache 323/21-26: Immanuel-Kant-Schule, Umsetzung des Schulentwicklungsplans inkl. bauliche Erweiterung hier: Grundsatzbeschluss und Beauftragung der Vorplanung

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Bevor die Vorplanung beginnt, wird der Magistrat auf die Eigentümer der Grundstücke im „Quartier am Ostpark" zugehen um zu erörtern, ob Teile der Flächen des „Quartiers am Ostpark" für die Planung der Immanuel-Kant-Schule mitberücksichtigt werden können. Dies kann sowohl einen Grundstückstausch beinhalten, oder auch beispielsweise eine vorübergehende Nutzung zur Errichtung eines Interims.
2. Über die Ergebnisse und dem weiteren Vorgehen, ist die Stadtverordnetenversammlung zu informieren.
3. Sollten, bei einer Einigung mit den Eigentümern, sich Umstände entwickeln, die eine neue Beschlussfassung von Nöten machen, kommt der Magistrat zeitnah auf die Stadtverordnetenversammlung zu.

Begründung:

Zur Sicherstellung einer erfolgreichen Zukunft für die Schule, ist es unerlässlich eine ganzheitliche Lösung für die Immanuel-Kant-Schule zu suchen und zu realisieren. Die „verstreute" Gebäudelage ist für eine Sanierung im Bestand nicht dienlich und erschwert es zusätzlich Barrierefreiheit zu schaffen. Mit zusammenhängenden Gebäuden kann dies effizienter gestaltet werden. Die Möglichkeit, zur Schaffung zusammenhängender Gebäude, wird allerdings aufgrund der zuvor genannten Gebäudelage auf dem jetzigen Gelände erschwert.

Um eine fundierte Vorplanung zu ermöglichen sind wir der Meinung, dass ein Gespräch mit den Eigentümern der Grundstücke des „Quartiers am Ostpark" hilfreich sein kann um an einer gemeinsamen Lösung zu arbeiten. Sobald die Ergebnisse aus den Gesprächen feststehen, kann der Magistrat eine erneute Vorlage einbringen, die den Grundstein für die Zukunft der Immanuel-Kant-Schule setzt.

S. Kropp

Stefanie Kropp
Fraktionsvorsitzende

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-354/21-26	
Datum	12.01.2023

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	17.01.2023	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Fördermittelprojekt „Zukunft Innenstadt“ des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen
Hier: Anpassung der Jury Besetzung im Beteiligungsprozess
Bezug: DS-99/21-26, DS 318/21-26, Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2022

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

I. Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Vorlage beschriebene Anpassung der Jurybesetzung und erklärt den Antrag der CDU-Fraktion für erledigt.

2. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2022 als erledigt.

Begründung:

A. Ziel

Ziel der Vorlage ist eine dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2022 entsprechende Veränderung der Jury-Besetzung.

B. Beschlusshistorie

Mit der Drucksache DS-99/21-26 hat die Stadtverordnetenversammlung am 28.10.2021 die Teilnahme am Fördermittelprojekt „Zukunft Innenstadt“ des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen auf Basis der eingereichten Bewerbung beschlossen. Die Bewerbung enthielt in zwei Strängen sowohl die Umsetzung verschiedener kurz- bis mittelfristiger Projekte sowie die Durchführung eines strategischen Beteiligungsprozesses.

In ihrer Sitzung am 15.12.2022 beschloss die Stadtverordnetenversammlung mit der Drucksache DS 318/21-26 die Ausgestaltung des Beteiligungsprozesses sowie den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2022 bezüglich der im Prozess vorgesehenen Jury-Besetzung.

C. Ziel

Ziel der Vorlage ist eine dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2022 entsprechende Veränderung der Jury-Besetzung.

D. Problem

Die Diskussion der Drucksache DS 318/21-26 in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.12.2022 zeigte, dass es der mehrheitliche Wunsch der Stadtverordneten ist, die im ursprünglichen Vorschlag verwaltungsintern besetzte Jury im Sinne der Transparenz und stärkeren Beteiligung für externe Personen zu öffnen. Daraus resultierte der genannte Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2022 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2022.

E. Lösung

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion schlägt eine paritätische Besetzung der Jury vor. Im Sinne der maximalen Beteiligung wird vorgeschlagen, die Jury sogar rein extern zu besetzen.

Das Vorgehen soll konkret wie folgt aussehen:

- Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung benennen je bis max. 5 Personen, die die Jury bilden.
- Die Personen können VertreterInnen von Vereinen, Institutionen etc. oder Privatpersonen sein.

Kriterien zur Besetzung der Jury-Mitglieder:

- Personen, die Mitglied der Jury sind, können selbst keine Projekte einreichen.
- Die mehrfache Vertretung von Vereinen, Institutionen etc. ist im Sinne der Chancengleichheit nicht möglich.

Vorbereitung der Jury-Sitzung durch die verwaltungsinterne Lenkungsgruppe:

- Die Lenkungsgruppe definiert die Förderkriterien in Abstimmung mit den Förderkriterien des Programms „Zukunft Innenstadt“, die transparent kommuniziert werden.
- Sie führt die Vorprüfung der Projekteinreichungen durch (sind die Förderkriterien erfüllt? Ist die Umsetzbarkeit grundsätzlich gegeben?)
- Sie erarbeitet Ansätze zur Verstetigung der Projekte und weitere Handlungsempfehlungen für 2024.

Durchführung der Jurysitzung:

- Den Jurymitgliedern werden zur Vorbereitung der Jurysitzung alle Projektideen vorgelegt und im Rahmen der Jurysitzung präsentiert.
- Darüber hinaus bekommen sie die Ergebnisse der Online-Priorisierung und die Ergebnisse der Vorprüfung der Lenkungsgruppe vorgelegt, die als Stimmungsbild aus der Bevölkerung bzw. fachliche Empfehlungen zu verstehen sind.
- Im Rahmen der Jurysitzung werden die Projekte ausgewählt, die im Rahmen von „Einen Monat Zukunft Innenstadt Rüsselsheim“ im September 2023 umgesetzt werden und somit das Umsetzungsbudget verteilt.
- Die Jurysitzung findet voraussichtlich im Juli 2023 statt.

Die beschriebenen Veränderungen sind in der angepassten Prozesspräsentation (Anlage) auf den Folien 11-15 eingeflossen.

F. Kosten

Für die Durchführung des beschriebenen zweistufigen Prozesses entstehen ggf. überschaubare Mehrkosten, da eine zusätzliche Sitzung vorbereitet und moderiert werden muss. Diese sind aber durch die Fördermittel abgedeckt.

Rüsselsheim am Main, 17.01.2023

Udo Bausch
Oberbürgermeister

ZUKUNFTSBILD
INNENSTADT

Ein experimenteller, umsetzungsorientierter Beteiligungsprozess

urbanista & Urban Media Project

Constanze Ackermann | Sven Lohmeyer

gefördert durch:

Erkenntnisse zum Thema Innenstadt

- neue Ansätze aber auch Verharren in alten Strukturen und Denkmodellen
- zu oft agieren über reine Gestaltung
- Verantwortung wird ausschließlich bei der öffentlichen Hand gesehen
- zu oft noch „Pflaster-Politik“
- kein Infragestellen der Rahmenbedingungen; zentrale Fragen werden nicht adressiert (z.B. Renditeerwartung)
- relevante Zukunftsthemen spielen keine Rolle (z.B. Handwerk oder Digitalkultur)
- Zivilgesellschaft und Kultur können noch keine großen Beiträge leisten

Prognose: Wohin geht die Reise?

- Die Innenstadt der Zukunft ist kleinteilig und maximal gemischt – Mischung auf verschiedenen Maßstäben
- Raum- und Aufenthaltsqualität wird zum Schlüsselfaktor
- Transformation wird zur Normalität (Experimente, Pop-Up, Umbau…)
- Innenstadtentwicklung kann Gesamtstadt beflügeln
- manchen Städten wird Transformation der Innenstadt besser gelingen
- vor allem auf regionaler Ebene wird es neue Gewinner und Verlierer geben

Im Wandel entstehen lokale Chancen

- Es gibt nicht die Blaupause
- Lösungen werden auf kommunaler Ebene entwickelt
- neue Akteure müssen in die Zentren geholt werden
- Chance für neue Allianzen und neue Energien
- große Chance für Herausarbeitung lokaler Besonderheiten

urbanista

Herangehensweise

Aufgabenverständnis

- Stadtgesellschaft in Austausch und ins Tun und Ausprobieren bringen,
- gesellschaftliche Zukunftstrends gezielt in den Blick nehmen erkennen,
- Maßnahmen und Realexperimente begleiten und Erkenntnisse ableiten,
- klare Handlungsoptionen und -empfehlungen aufzeigen,
- Langfristperspektive mit schnellen Erfolgen kombinieren
- über den Bereich des Verwaltungshandelns hinausgehen

Aufgabenverständnis

- Stadtgesellschaft in Austausch und ins Tun und Ausprobieren bringen,
- gesellschaftliche Zukunftstrends gezielt in den Blick nehmen erkennen,
- Maßnahmen und Realexperimente begleiten und Erkenntnisse ableiten,
- klare Handlungsoptionen und -empfehlungen aufzeigen,
- Langfristperspektive mit schnellen Erfolgen kombinieren
- über den Bereich des Verwaltungshandelns hinausgehen

beteiligungsorientiert

umsetzungsorientiert

experimentell

Prozessdesign

urbanista

Arbeits- & Berichtsformate intern

Auftakt-workshop & Ortsbegehung

15.11.22 Präsentation Magistrat

06.12.22 Präsentation Haupt- & Finanzausschuss

07.12.22 Workshop I Lenkungsgruppe Budget & Förderkriterien (Protokolliert)

Workshop II Lenkungsgruppe Vorprüfung (Protokolliert)

Zwischenpräsentation Magistrat

Workshop III Lenkungsgruppe Evaluation & Verstetigung (Protokolliert)

Endpräsentation Magistrat + Stadtverordneten-versammlung

Qualifizierungs-formate

ExpertInnen-gespräche

Rekrutierung Intermediäre

Jurysitzung

Beteiligung

Beteiligung-Kits

On-Tour-Tag

Call for projects

Online-Priorisierung

Ein Monat Zukunft

Kommunikation

Dachmarke

Projektwebsite & Social Media

Produkte

Prozesspapier

Ergebnisbroschüre: Zukunftsbild Innenstadt

Q4 2023 Q1 Q2 Q3 Q4

urbanista

Formate

urbanista

Lenkungsgruppe

Lenkungsgruppe - Aufgaben

Die Lenkungsgruppe hat folgende Aufgaben:

1. Definiert **Förderkriterien** in Abstimmung mit den Förderkriterien des Programms „Zukunft Innenstadt“, die transparent kommuniziert werden
2. Führt die **Vorprüfung** der Projekteinreichungen durch (sind die Förderkriterien erfüllt? Ist die Umsetzbarkeit grundsätzlich gegeben?)
3. Erarbeitet Ansätze zur **Verstetigung** der Projekte und weitere Handlungsempfehlungen für 2024

Lenkungsgruppe - Besetzung

Dezernat I

Linda Kliese-Dürrich (Stabstelle Sichere Innenstadt)

Patrik Philippi (Stabstelle Sichere Innenstadt)

Birgit Wiese (Wirtschaftsförderung)

Regina Weidmann (Stadtmarketing)

Dezernat II

Kerstin Vögtle (Fachbereich Jugend und Senioren – Bereich Jugendförderung)

Anette Merkelbach (Fachbereich Jugend und Senioren – Bereich Senioren)

Sabine Günther-Paluchowski (Fachbereich Soziales und Gesundheit)

Dr. Jonathan Roth (Kultursteuerung)

Dezernat III

Jule Rump (Amt für Umwelt und Klimaschutz)

Frank Kohmann (Fachbereich Stadt- und Grünplanung)

Maximilian Henkelmann (Fachbereich Stadt- und Grünplanung – Bereich Grünplanung)

Sebastian Renner / Erin Gül (Tiefbauamt – Abteilung Mobilität)s

urbanista

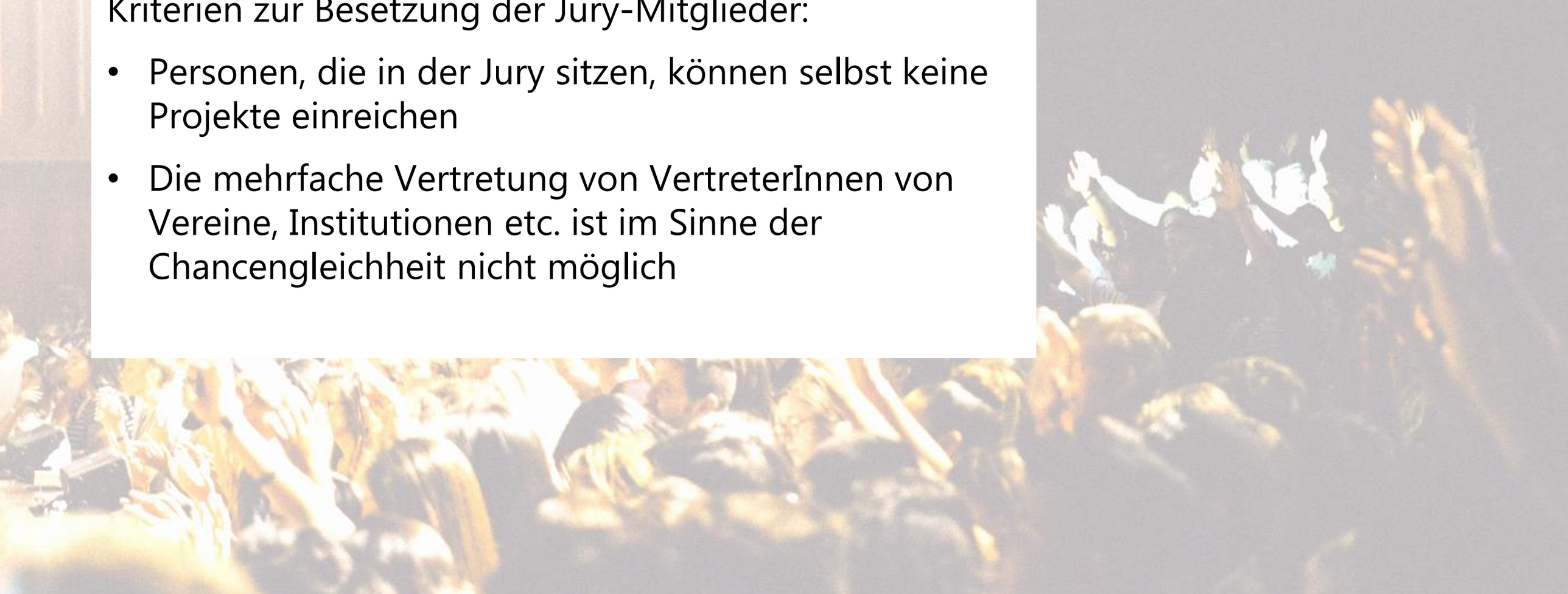
Jury

Jury - Besetzung

- Die **Fraktionen** der Stadtverordnetenversammlung benennen je bis max. **5 Personen**, die die **Jury** bilden
- Die Personen können VertreterInnen von Vereinen, Institutionen etc. oder Privatpersonen sein

Kriterien zur Besetzung der Jury-Mitglieder:

- Personen, die in der Jury sitzen, können selbst keine Projekte einreichen
- Die mehrfache Vertretung von VertreterInnen von Vereine, Institutionen etc. ist im Sinne der Chancengleichheit nicht möglich



Jury - Vorgehen

- Den Jurymitgliedern werden zur **Vorbereitung** der Jurysitzung **alle Projektideen** vorgelegt und im Rahmen der Jurysitzung präsentiert
- Darüber hinaus bekommen sie die Ergebnisse der **Online-Priorisierung** und die Ergebnisse der **Vorprüfung der Lenkungsgruppe** vorgelegt, die als Stimmungsbild aus der Bevölkerung bzw. fachliche Empfehlungen zu verstehen sind
- Im Rahmen der Jurysitzung werden die Projekte ausgewählt, die **im Rahmen von „Einen Monat Zukunft Innenstadt Rüsselsheim“** im September 2023 **umgesetzt** werden und somit das **Umsetzungsbudget** verteilt
- Die Jurysitzung findet voraussichtlich im Juli 2023 statt

urbanista

ExpertInnengespräche

ExpertInnengespräche (Auswahl)

Aktive Akteure & zentrale Intermediäre mitnehmen

Multiplikatoren nutzen für Akzeptanz und Beteiligung

Wir starten mit:

Gewerbeverein Rüsselsheim 1888 e.V.

Rollwerk / MakerSpace Rüsselsheim

Ortsbeiräte

Kultur123 Stadt Rüsselsheim

gewobau Rüsselsheim

Martinsgemeinde Rüsselsheim / Stadtkirche

Haus der Senioren / Kinder- & Jugendbüro

Verband der interkulturellen Vereine in Rüsselsheim e.V.

in der Innenstadt ansässige Schulen

→ Je nach Projektverlauf und -Entwicklung wird die Liste erweitert

urbanista

Beteiligungs-Kits

Beteiligungs-Kits - Einsatz und Inhalt

Zweistufiges Kit zum Selbstausfüllen:

- 1.Teil: Einholen von Rückmeldungen, Ansichten, Meinungen zur Rüsselsheimer Innenstadt (Status Quo)
- 2.Teil: Einholen von Leitprinzipien, Ziele, Vorstellungen zur zukünftigen Entwicklung der Innenstadt
- Zusätzlich: Bewerbung des Call for Projects und Bekanntmachung der Förderkriterien

- Werden im Rahmen des OnTour- Tags verteilt
- Können bei urbanista bestellt werden
- Werden gezielt an Schulen, Vereine, Jugend- und Senioreneinrichtungen etc. verteilt

urbanista

On Tour Tag

On Tour Tag - Ziele

- Werbung für den Prozess
- Bewerbung / Verteilung der Beteiligungs-Kits
- Ankündigung Projektcall
- im Stadtraum mit dem Prozess und der Transformation sichtbar werden
- Beispiele möglicher Projektideen zeigen
- Mit der Bevölkerung ins Gespräch über Rüsselsheim kommen

urbanista

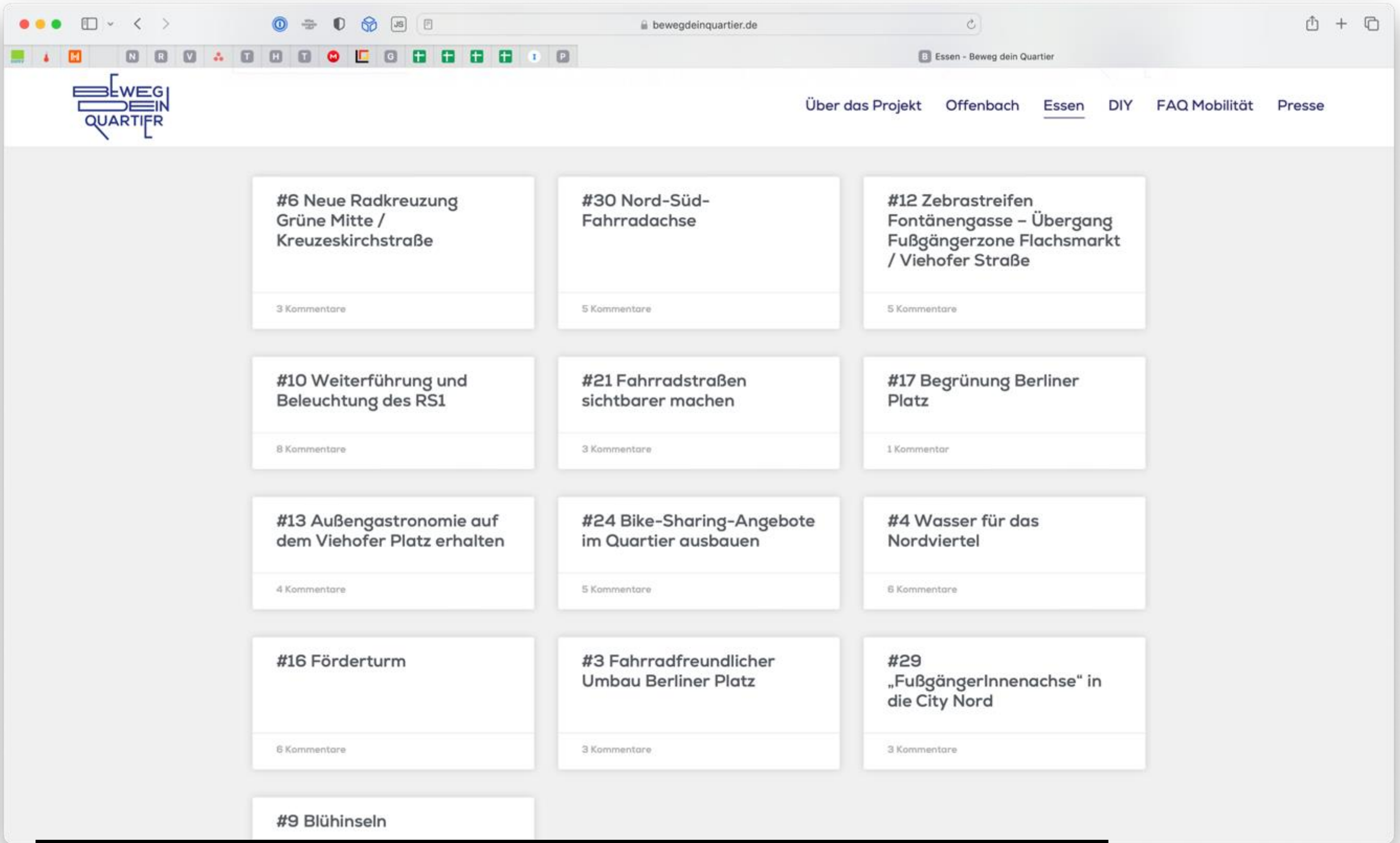
Call for Projects (Auftakt)

urbanista

Call for Projects - Ziele

- über den Prozess **informieren** und weitere **Projektideen einholen**
- Projektideen gemeinsam **ausarbeiten** / **Anregungen und Anleitung** zu Projektideen geben
- **Zusammenarbeit** fördern; **Synergien** erkennen (die später genutzt werden können); Akteure zusammenbringen
- Innenstadt **bespielen**

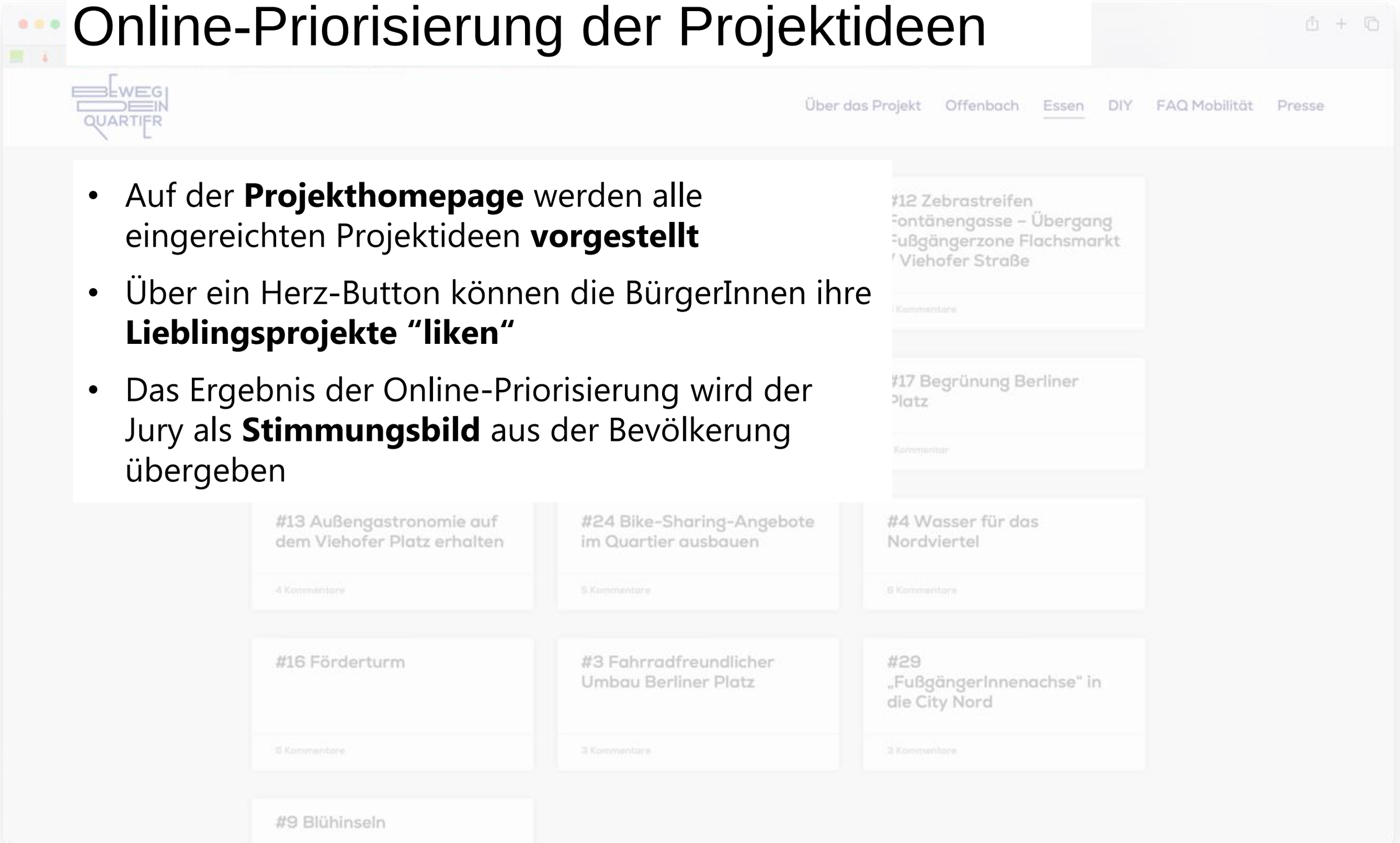
urbanista



Online-Priorisierung der Projektideen

Online-Priorisierung der Projektideen

- Auf der **Projekthomepage** werden alle eingereichten Projektideen **vorgestellt**
- Über ein Herz-Button können die BürgerInnen ihre **Lieblingsprojekte "liken"**
- Das Ergebnis der Online-Priorisierung wird der Jury als **Stimmungsbild** aus der Bevölkerung übergeben



Ein Monat Zukunft Innenstadt

Ein Monat Zukunft Innenstadt

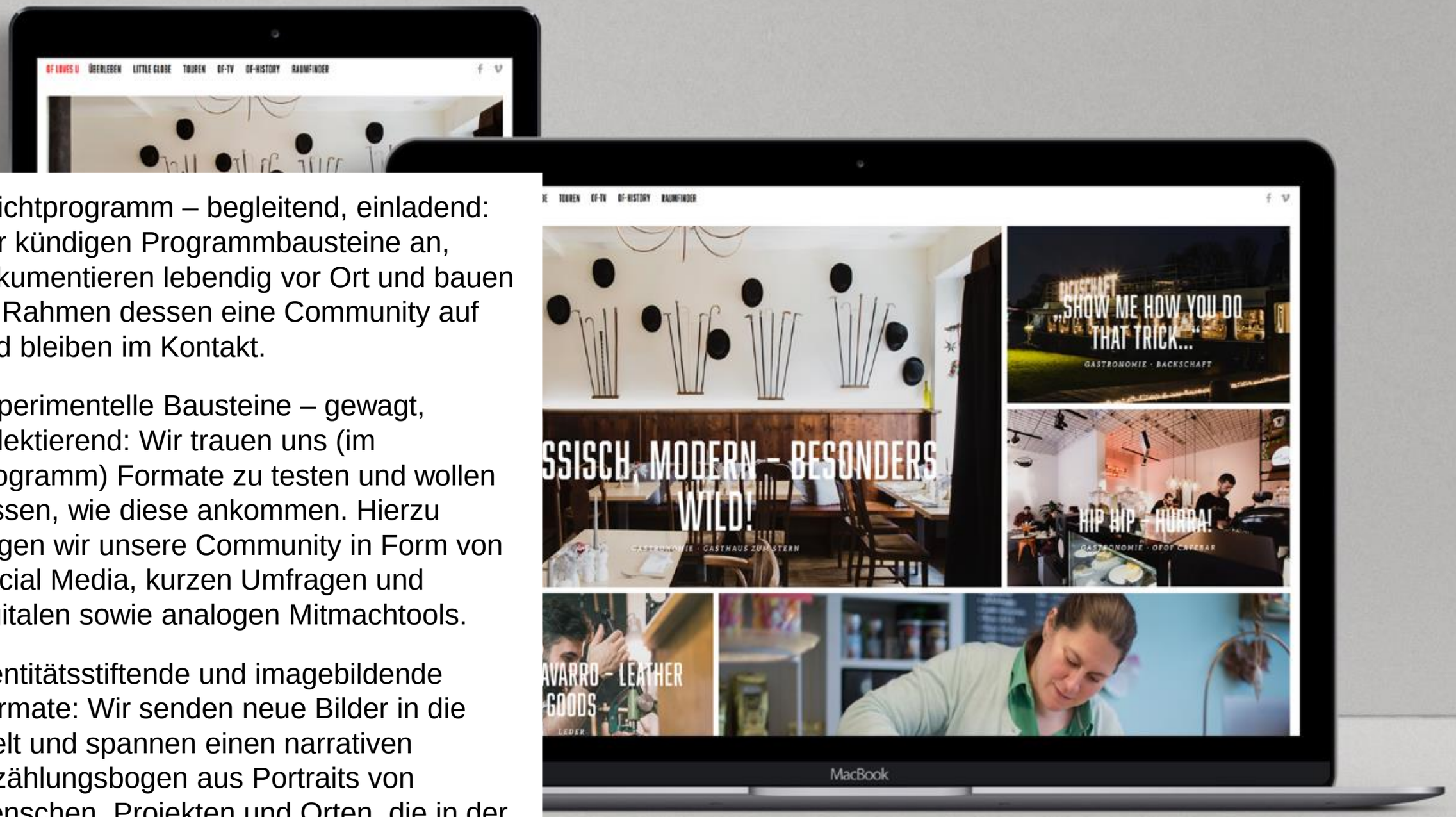
- Die durch die Jury ausgewählten Projekte werden mit Hilfe des Umsetzungsbudgets verwirklicht
- Die Projektumsetzung kann durch kulturelles Rahmenprogramm etc. oder mit weiteren Aktionen kombiniert werden
- Ziel: koordinierter „Ausnahmezustand“, in dem die Veränderung erlebt werden soll

Ziele der Kommunikation

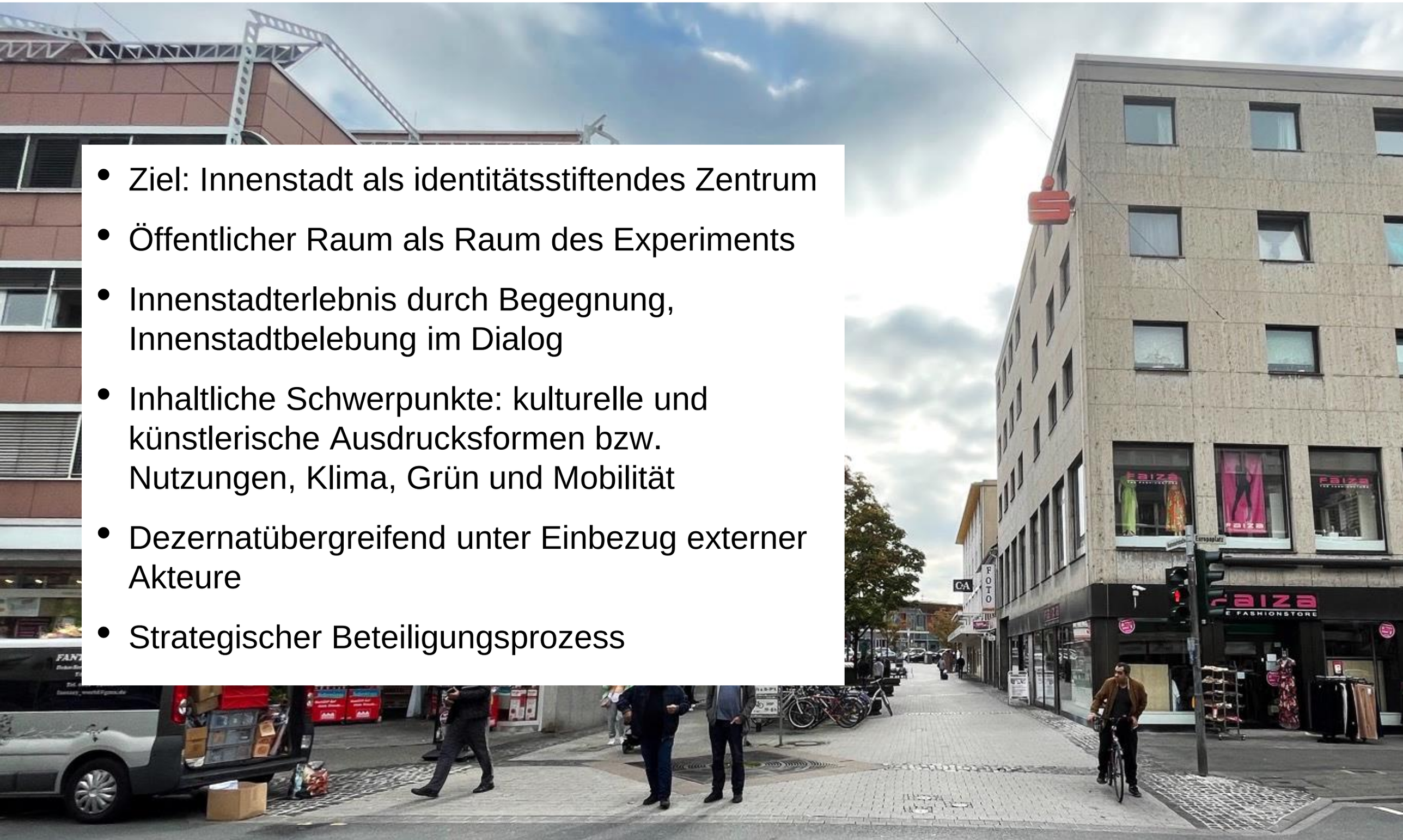
- Neue Bilder von Rüsselsheim nach innen wie außen senden
- Läden, Leuten und Gästen der Stadt eine Bühne geben
- Mit dem arbeiten, was vor Ort da ist (Projekte, Geschichte, Visionen)
- Austausch ermöglichen

Ebenen der Kommunikation

- Pflichtprogramm – begleitend, einladend: Wir kündigen Programmbausteine an, dokumentieren lebendig vor Ort und bauen im Rahmen dessen eine Community auf und bleiben im Kontakt.
- Experimentelle Bausteine – gewagt, reflektierend: Wir trauen uns (im Programm) Formate zu testen und wollen wissen, wie diese ankommen. Hierzu fragen wir unsere Community in Form von Social Media, kurzen Umfragen und digitalen sowie analogen Mitmachtools.
- Identitätsstiftende und imagebildende Formate: Wir senden neue Bilder in die Welt und spannen einen narrativen Erzählungsbogen aus Portraits von Menschen, Projekten und Orten, die in der Stadt aktiv sind, quer durch alle Milieus und Altersgruppen.



Rüsselsheim und Zukunft Innenstadt



- Ziel: Innenstadt als identitätsstiftendes Zentrum
- Öffentlicher Raum als Raum des Experiments
- Innenstadterlebnis durch Begegnung, Innenstadtbelebung im Dialog
- Inhaltliche Schwerpunkte: kulturelle und künstlerische Ausdrucksformen bzw. Nutzungen, Klima, Grün und Mobilität
- Dezernatübergreifend unter Einbezug externer Akteure
- Strategischer Beteiligungsprozess

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-319/21-26	
Datum	09.11.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	15.11.2022	beschließend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	01.12.2022	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	06.12.2022	beschlussempfehlend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	26.01.2023	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Verkehrsführung in der Weisenauer Straße
Bezug: Antrag AT-92/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße“ vom 07.07.2022 der Fraktion CDU

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung die nachfolgende Vorlage zur Kenntnisnahme und Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:
A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Weisenauer Straße eine hohe Netzbedeutung für den städtischen und regionalen Radverkehr hat und in ihrer derzeitigen Gestalt eine Netzlücke darstellt.
2. als Ergebnis der Verkehrsschau vom 13.07.2022 eine Einbahnstraßenregelung für die Weisenauer Straße als angemessen angesehen wurde, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. der Magistrat mit der tiefergehenden Planung einer Fahrradstraße entlang der Weisenauer Straße beauftragt wird. Im Zuge der Planung sind die Änderungen zur Verkehrsführung und der Parkraumregelung aus dem Antrag 92/21-26 zu prüfen und nach Möglichkeit einzubinden.
2. der Arbeitskreis Mobilität und Klimaschutz aktiv in die Planungsphase einzubinden und die Bevölkerung an der Entwicklung der Fahrradstraße zu beteiligen ist.
3. der Antrag AT-92-21-26 der CDU-Fraktion vom 07.07.2022 als erledigt erklärt wird.

Begründung:

A. Ziel

Ziel ist es in der Weisenauer Straße eine sichere und komfortable Verkehrsführung insbesondere für den Rad- und Fußverkehr zu erreichen. Dabei gilt es auch die Belastungen für die Anwohnenden durch den fließenden und ruhenden Kfz-Verkehr zu verringern und das dauerhafte Abstellen von Fahrzeugen zu vermeiden.

B. Ausgangslage

Die Weisenauer Straße ist als Vorfahrtsstraße ausgewiesen, auf der die Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gilt. Die Fahrbahn weist eine Breite zwischen 5,25 m und 6,60 m auf.

C. Problem

Entlang der Weisenauer Straße verläuft eine städtische Route für den Radverkehr, der Schulweg zur Grundschule Innenstadt gemäß Schulwegeplan sowie eine Schülerradroute (siehe Anlage 1). Darüber hinaus verläuft die Empfehlungsvariante für die Radschnellverbindung zwischen Mainz und Frankfurt durch die Weisenauer Straße (vgl. Machbarkeitsstudie zu Radschnell-/ Raddirektverbindungen im Kreis Groß-Gerau | Korridor Mainz - Frankfurt am Main (schneller-radfahren-kreisgg.de)). Der jetzige Zustand der Weisenauer Straße entspricht nicht den Ansprüchen des Radverkehrs, die sich aus den o.g. Netzbedeutungen ergeben. Es besteht faktisch eine Lücke im Radverkehrsnetz, da keine Radverkehrsanlagen bestehen und die zulässige Höchstgeschwindigkeit 50 km/h beträgt. Dies stellt für einen weiten Teil der Radfahrenden - insbesondere für den Schulverkehr – keine geeignete Situation dar (vgl. Radverkehrskonzept).

Hinsichtlich der Verkehrsführung in der Weisenauer Straße liegen sowohl von Anwohnenden wie auch von Radfahrenden Beschwerden vor. So werden einerseits zu hohe Lärmemissionen durch überhöhte Geschwindigkeiten bemängelt, andererseits sehen sich Radfahrende und Zu Fuß Gehende durch Kraftfahrzeuge gefährdet.

Zur Reduktion der nutzbaren Fahrbahnbreite, um so die gefahrenen Geschwindigkeiten zu reduzieren, wurden im Jahr 2021 am nördlichen Fahrbahnrand Parkmöglichkeiten eingerichtet. Eine Parkraumregelung oder -bewirtschaftung (z.B. Parkscheibenregelung, Parkscheinregelung, Anwohnerparken) besteht nicht, sodass es dazu kommt, dass Fahrzeuge dauerhaft bzw. für längere Zeiträume in der Weisenauer Straße abgestellt werden. Als Folge kommt es dazu, dass Kraftfahrzeugführende im Begegnungsfall nicht immer wie vorgeschrieben warten bis die Fahrbahn frei ist, sondern den Gehweg überfahren. Um die Gehwegüberfahrten zu unterbinden, sind Sicherungselemente am Gehwegrand montiert worden.

Aufgrund der vorhandenen Fahrbahnbreite ist es nicht möglich, Radverkehrsanlagen wie Schutzstreifen, Radfahrstreifen oder bauliche Radwege entsprechend der Regelwerke einzurichten. Eine Reduktion der zulässigen Höchstgeschwindigkeit durch Ausweisung einer Tempo-30-Zone oder Tempo-30-Strecke ist gemäß Straßenverkehrsordnung (StVO) nicht zulässig, da die hierfür notwendigen Anforderungen nicht erfüllt sind.

D. Lösung

Die StVO ermöglicht auf Straßen mit einer hohen bzw. zu erwartenden hohen Radverkehrsdichte oder auf Straßen mit einer hohen Netzbedeutung für den Radverkehr die Anordnung von Fahrradstraßen. Eine hohe Netzbedeutung der Weisenauer Straße liegt mit dem städtischen Radverkehrsnetz und der Radschnellverbindung Mainz - Frankfurt vor.

Fahrradstraßen sind gemäß StVO generell nur mit Fahrrädern oder Elektrokleinstfahrzeugen (E-Scootern) zu benutzen. Anderer Fahrzeugverkehr kann durch entsprechende Zusatzzeichen zugelassen werden (z.B. „Anlieger frei“ oder „Kfz frei“). Auf Fahrradstraßen gilt die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h, Radfahrende dürfen Nebeneinander fahren und genießen Vorrang. Der Radverkehr darf weder gefährdet noch behindert werden. Wenn nötig, muss der Kraftfahrzeugverkehr die Geschwindigkeit weiter verringern.

Die Anordnung einer Fahrradstraße bietet die Möglichkeit der o.g. Netzbedeutung für den Radverkehr gerecht zu werden und eine Netzlücke zu schließen. Darüber hinaus kann die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h reduziert werden, wodurch sich die Sicherheit erhöhen und die Belastungen für Anwohnende reduzieren lassen.

Um die Erreichbarkeit der anliegenden Grundstücke und der Innenstadt zu gewährleisten, ist die Fahrradstraße aus westlicher Richtung für den Kfz-Verkehr freizugeben. Eine Freigabe aus östlicher Richtung ist nicht vorzusehen, sodass für den Kfz-Verkehr faktisch eine Einbahnstraßenregelung entsteht. Dies hat zur Folge, dass kein Begegnungsverkehr zwischen zwei Kfz stattfindet und Gehwegüberfahrten durch Kfz vermieden werden, wodurch sich die Sicherheit für zu Fuß Gehende maßgeblich erhöht.

Die Einrichtung einer Fahrradstraße mit Einbahnstraßenreglung baut auf den Maßnahmenvorschlägen aus dem Radverkehrskonzept der Stadt Rüsselsheim am Main sowie der Machbarkeitsstudie zur Radschnellverbindung Mainz – Frankfurt auf (siehe Anlage 2). Die Thematik wurde zudem bei der Verkehrsschau am 13.07.2022 mit dem Regierungspräsidium als obere Straßenverkehrsbehörde besprochen. Das Regierungspräsidium hält eine Einbahnstraßenlösung als Lösung für die o.g. Problematik für angemessen (siehe Anlage 3).

E. Beschlusshistorie

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung am 24.06.2021 mit der DS 839/16-21 „Umsetzung des Radverkehrskonzepts der Stadt Rüsselsheim am Main“ beschlossen, dass das Radverkehrskonzept (RVK) als Grundlage für die weitere Entwicklung des Radverkehrs in Rüsselsheim am Main genutzt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung am 23.09.2021 mit der DS 63/21-26 „Stadtweites Parkraumkonzept“ den Magistrat mit der Entwicklung eines stadtweiten Parkraumkonzepts beauftragt.

F. Weiteres Vorgehen

Für die Einrichtung einer Fahrradstraße ist eine tiefergehende Planung notwendig, die die Anpassungen in der Weisenauer Straße sowie der umliegenden Verkehrsführungen untersucht, sodass eine sichere und komfortable Verkehrssituation geschaffen werden kann, die den vielseitigen Anforderungen genügt. Im Zuge der Planung sind die Änderungen zur Verkehrsführung und der Parkraumregelung aus dem Antrag 92/21-26 zu prüfen und nach Möglichkeit einzubinden. Hierzu ist ein Planungsbüro zu beauftragen.

Die Planungsphase soll durch den Arbeitskreis Mobilität und Klimaschutz aktiv begleitet werden, zudem ist die Bevölkerung an der Entwicklung der Fahrradstraße zu beteiligen. Darauf aufbauend kann gemäß dem Beschluss zur Drucksache 839/16-21 „Umsetzung des Radverkehrskonzepts der Stadt Rüsselsheim am Main“ unter Beteiligung von Bürger*innen und Schüler* innen ein Fahrradstraßennetzkonzept erstellt und umgesetzt werden.

Bei der Entwicklung des stadtweiten Parkraumkonzepts sind die in der Planung zur Fahrradstraße enthaltenden Anpassungen der Parkraumregelung in der Weisenauer Straße zu prüfen und bei Bedarf anzupassen, sodass diese auf die dann stadtweit geltenden Parkraumregelungen abgestimmt sind.

G. Kosten

Für die Planungsleistungen sind Kosten im Bereich zwischen 10.000 – 20.000 Euro zu erwarten. Die Kosten für die Umsetzung der Maßnahme werden sich aus der Planung ergeben.

H. Finanzierung

Im Haushalt 2022 sind Mittel für die Umsetzung des Radverkehrskonzepts vorgesehen.

Die Richtlinie des Landes Hessen zur Förderung der Nahmobilität ermöglicht eine Förderung von Planungs- und Bauleistungen u.a. zur Schließung von Netzlücken im Radnetz sowie zur Beseitigung von Defiziten der Verkehrssicherheit insbesondere für den Rad- und Fußverkehr. Die Einrichtung von Fahrradstraßen gilt zu diesem Zwecke als förderfähig. Es ist eine Regelförderquote von 70 % zu erwarten.

Sobald ein genehmigter Haushalt und ein Zuwendungsbescheid zur Förderung der Maßnahme vorliegen, kann die Planungsleistung vergeben werden.

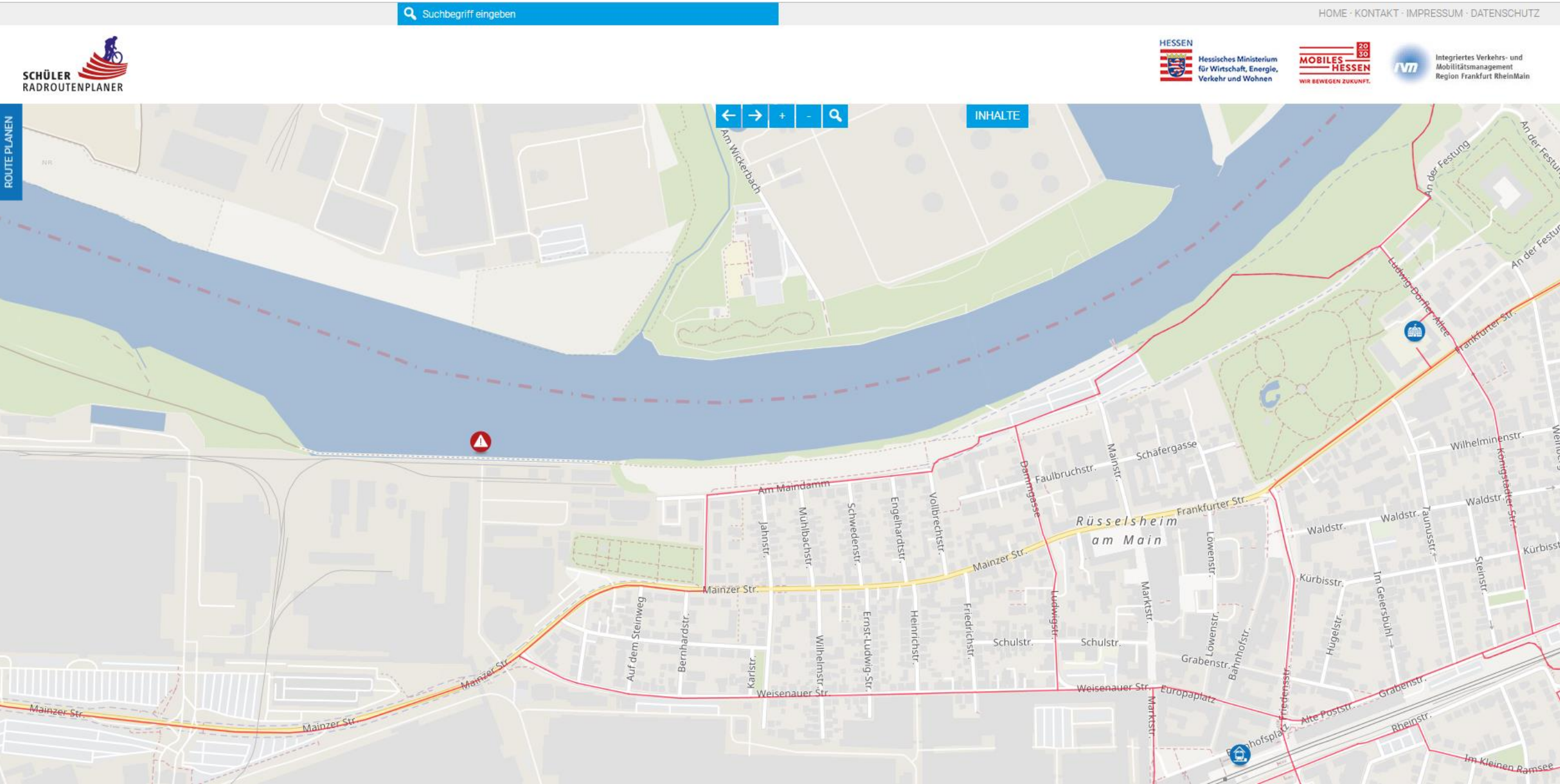
I. Auswirkungen auf das Klima

Durch den Ausbau von Radverkehrsverbindungen und die Schließung von Netzlücken kann der Anteil des Radverkehrs am gesamten städtischen Verkehr gesteigert werden. Dadurch ist eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs zu erwarten, wodurch sich wiederum Treibhausgasemissionen reduzieren lassen.

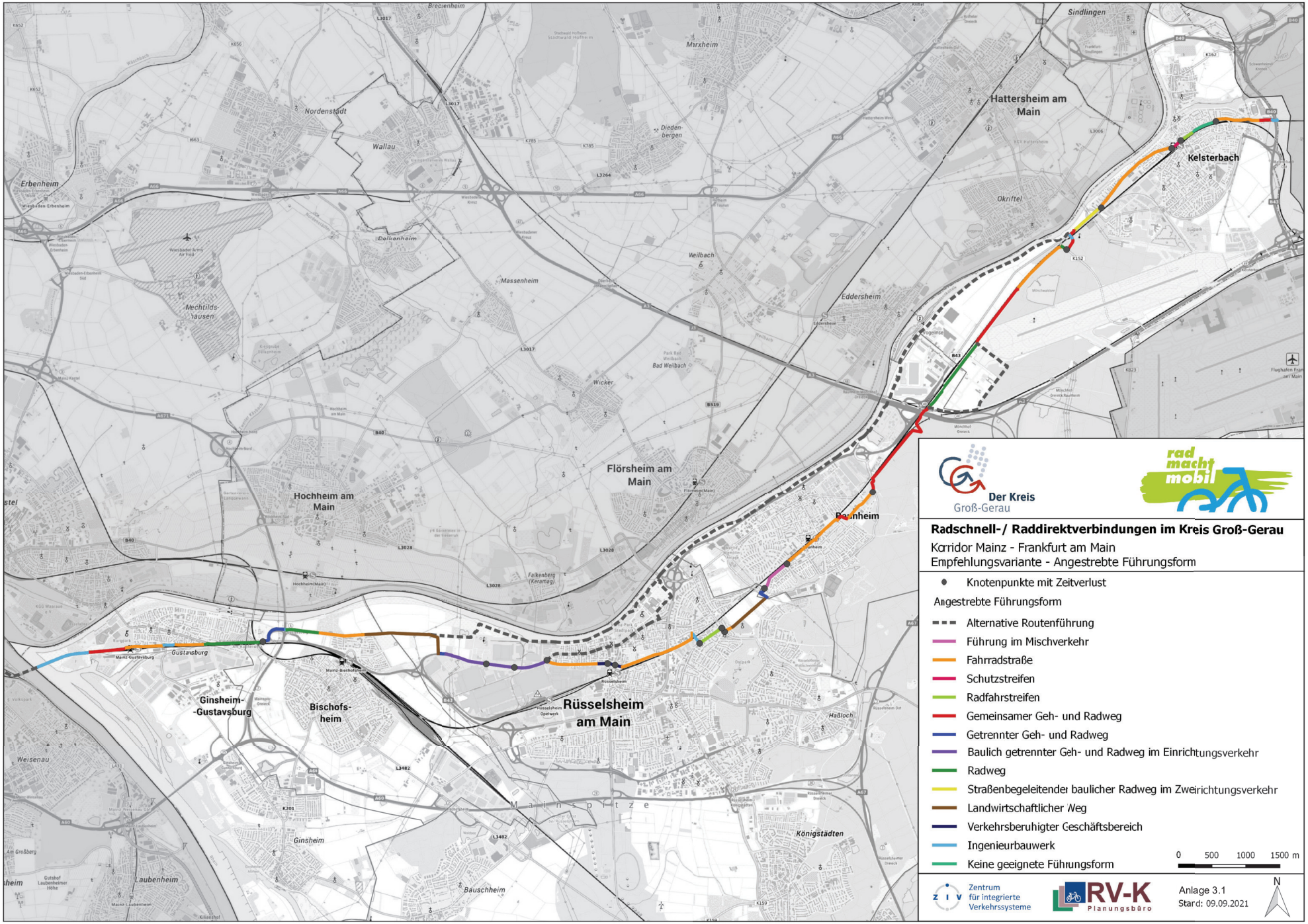
Rüsselsheim am Main, den 15.11.2022

Udo Bausch
Oberbürgermeister

Anlage 2: Ausschnitt des Schülerradroutennetzes in Rüsselsheim (www.schuelerradrouten.de/map)



Anlage 2: Empfehlungsvariante für die Radschnellverbindung Mainz - Frankfurt



Anlage 3: Auszug aus dem Protokoll der Verkehrsschau vom 13.07.2022

Verkehrsschau: Rüsselsheim - PROTOKOLL und gleichzeitig Verkehrsrechtliche Anordnung

Datum: 13. Juli 2022

RP Regierungspräsidium
SWR Stadtwerke Rüsselsheim

Nr.	Genaue Ortsangabe	Feststellung	Vorschläge
1	Weisenauer Straße	Anpassung der Verkehrführung	Weisenauer Straße ist Zweirichtungsverkehr mit Parkständen auf der nördlichen Seite. Die Verkehrsteilnehmer fahren ortsauswärts an den parkenden Fahrzeugen vorbei, obwohl sie wartepflichtig sind. Die ortseinwärts Fahrenden weichen häufig auf den Gehweg aus, was Fußgänger gefährdet. Durch die Poller auf den Gehwegen ist die Situation entschärft. Das Regierungspräsidium hält als Lösung für die Gesamtproblematik eine Einbahnstraßenregelung für angemessen.

CDU Fraktion Rüsselsheim am Main

VT 92/21-26

CDU -Fraktion in der Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung
Fraktionsvorsitzende
Stefanie Kropp
Rathaus - Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main
stefanie.kropp@cdu-ruesselsheim.de

An das Büro des
Vorsitzenden der
Stadtverordnetenversammlung
Herrn Jens Grode

EINGEGANGEN
07. JULI 2022
Büro Stadtv.versammlung

Rüsselsheim am Main, 07.07.2022

Antrag – zur Verkehrsführung in der Weisenauer Straße

Zur Beratung:
- zur sofortigen Beschlussfassung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2022

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat wie folgt zu beauftragen:

Die Verkehrsführung in der Weisenauer Straße wird wie folgt geändert:
- Parkbuchten werden versetzt auf beiden Seiten eingerichtet
- Vorfahrtstraßenbeschilderung wird entfernt
- Einführung von Anwohnerparken
- Einführung Kurzeitparken mit Parkscheibe

Begründung:

Die aufgestellte Insellösung (Bild 1) und die Sperrsäulen (Bild 2), sind eine erhöhtes Risiko für die Fussgänger und Radfahrer (Bild 3). Autos fahren über den Bürgersteig. Die Weisenauer Straße ist im Radverkehrskonzept als Radvorzugsstrecke eingeplant. In ihrer derzeitigen Ausführung lebensgefährlich.
PKWs werden auf längeren Zeitraum und über Wochen abgestellt. Für viele Bürger eine kostengünstige Variante, abstellen, mit dem Zug zum Flughafen und dann weiter.
Die Darstellung einer Vorfahrtsstraße ist noch aus der Zeit als OPEL 44.000 Mitarbeiter hatte und auf den Schichtbetrieb Rücksicht genommen werden musste. Rechts vor links Regelung nimmt auch Geschwindigkeit raus.

S. Kropp

Stefanie Kropp
Fraktionsvorsitzende

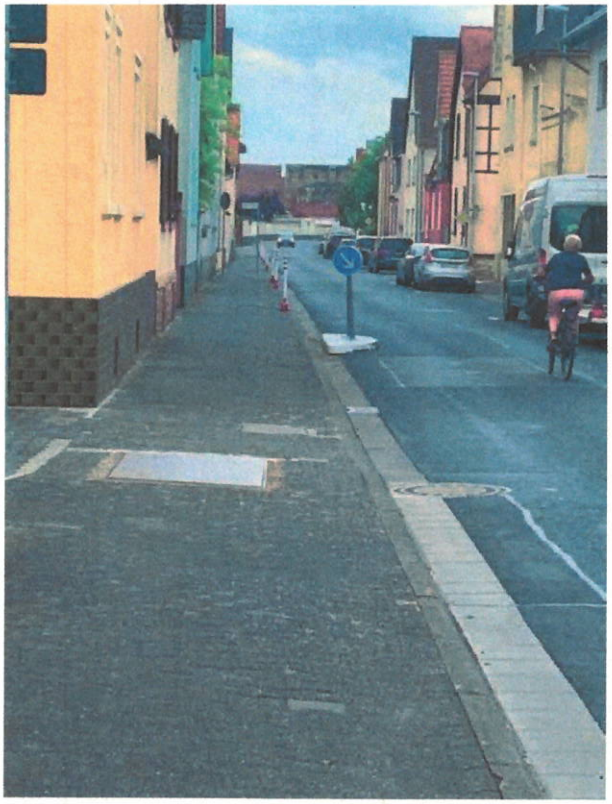


Bild 1

Bild 2

Bild 3

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-319-1/21-26	
Datum	12.12.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	26.01.2023	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend

Betreff:
Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 11.12.2022 zur DS-319/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße
Bezug: Antrag AT-92/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße“ vom 07.07.2022 der Fraktion CDU

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung die nachfolgende Vorlage zur Kenntnisnahme und Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:
Beschluss des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 26.01.2023:
Der Antrag wurde von der Fraktion WsR zurückgezogen.

Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 31.01.2023:
Herr Stadtv. Walczuch begründet den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen CDU und WsR vom 24.01.2023. Der Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 11.12.2022 wird insoweit **zurückgezogen.**

Rüsselsheim am Main, den 01.02.2023

DS-319-1/21-26

Eingegangen: 12.12.2022

An
das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim

Ansprechpartner:
Günther Hansel
Telefon: 0172 868 48 54

WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Telefon: 0179 234 99 22
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

Rüsselsheim, den 11.12.2022

Änderungsantrag zur DS-319/21-26
Verkehrsführung in der Weisenauer Straße
Bezug: Antrag AT-92/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße" vom 07.07.2022 der Fraktion CDU

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag B wird wie folgt geändert:

1. Entsprechend dem Ergebnis der Verkehrsschau vom 13. Juli 2022 wird eine Einbahnstraßenregelug für die Weisenauer Straße aus westlicher Richtung stadteinwärts mit Tempo 50 erarbeitet. Im Zuge der Planung sind die Änderungen zur Verkehrsführung und der Parkraumregelung aus dem Antrag 92/21-26 zu prüfen und nach Möglichkeit einzubinden.

2. Die Idee einer Fahrradstraße wird verworfen.

3. Für den Bereich Frankfurter Straße/Marktplatz/Mainzer Straße zwischen Löwenstraße und Kreuzung Mainzer Straße/Weisenauer Straße wird ebenfalls eine Einbahnstraßenregelung aus östlicher Richtung stadtauswärts mit Tempo 50 erarbeitet.

4. Sobald die Bundesgesetzgebung für die Ausweisung von innerörtlichen Geschwindigkeitsbegrenzungen entsprechend geändert wurde, werden die Geschwindigkeit in den in 1 und 2 genannten Bereichen auf Tempo 30 reduziert.
https://www.staedtetag.de/themen/2021/lebenswerte-staedte-durch-angemessene-geschwindigkeiten

5. Die Löwenstraße wird als Einbahnstraße in Süd-Nord-Richtung geöffnet.

6. Es erfolgt die Prüfung der Einrichtung einer Bushaltestelle in Höhe des neuen Stadtbüros für alle Busse, die nach Osten Richtung Raunheim fahren. Dort halten nicht die Busse, die durch die Stadtunterführung fahren, diese behalten ihren Haltepunkt am Friedensplatz. Dafür wird die Haltestelle gegenüber dem Rathaus auf der Südseite der Straße abgebaut.

7. Es wird geprüft, ob durch die Verlagerung der Bushalte zwischen Löwenstraße und Deutscher Bank auf der südlichen Fahrbahnseite schräg einfahrbare Kurzzeitparkplätze geschaffen werden können.

8. Der Arbeitskreis Mobilität und Klimaschutz ist aktiv in die Planungsphase einzubinden und die Bevölkerung zu beteiligen.

9. Der Antrag AT-92-21-26 der CDU-Fraktion vom 07.07.2022 wird für erledigt erklärt.

Begründung:

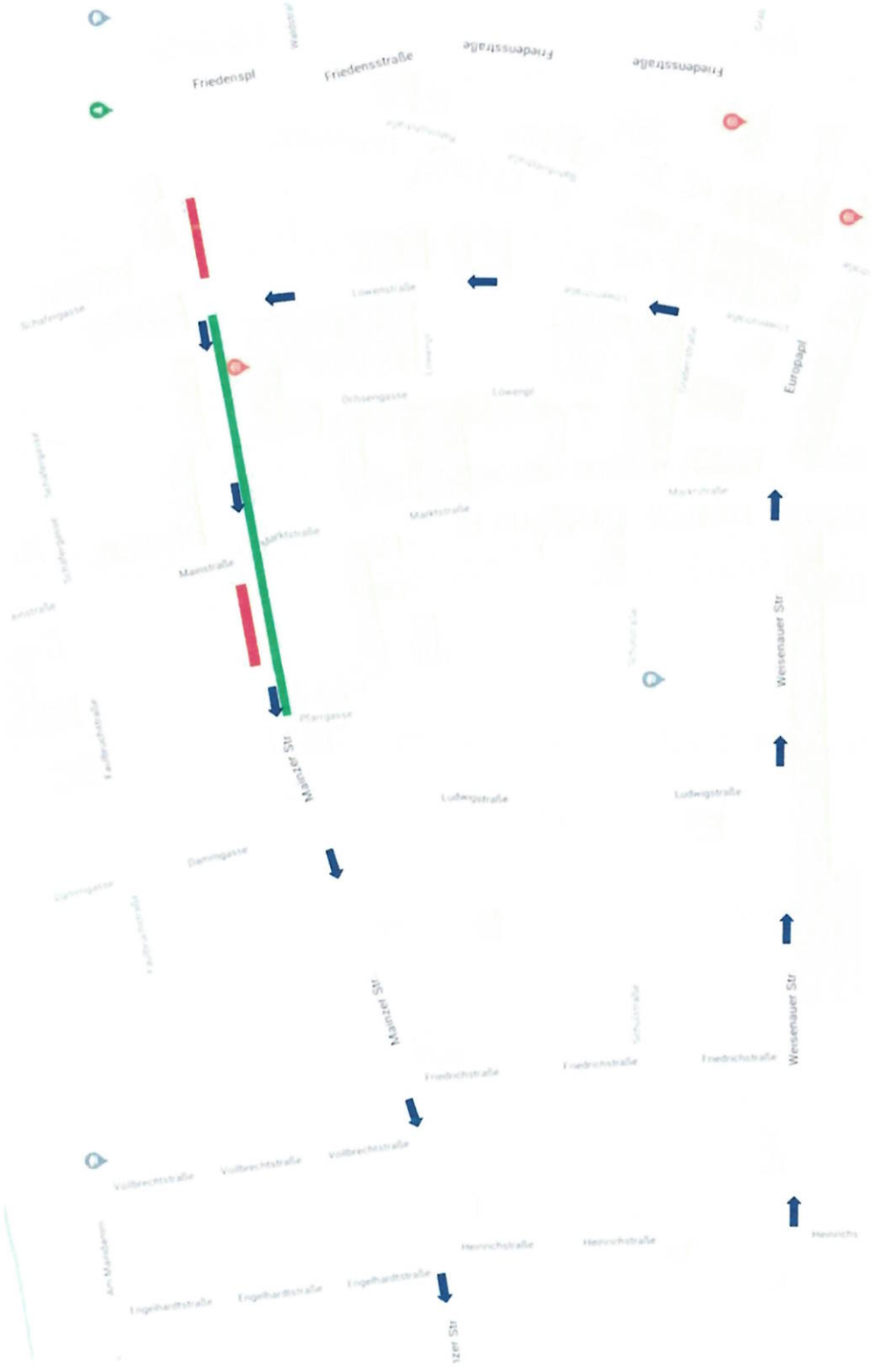
Der in der Drucksache 319/21-26 vorgeschlagene Plan zur Einbahnstraßenregelung und Umwidmung der Weisenauer Straße führt zu einer massiven und einseitigen Belastung des Straßenbereichs Mainzer Straße/Marktplatz/Frankfurter Straße. Es ist davon auszugehen, dass die meisten Autofahrer den Bereich der Fahrradstraße meiden und auf die nördliche Route ausweichen würden.

Durch die Schaffung eines „Innenstadtringes" mit zwei gegenläufigen Einbahnstraßenregelungen auf Weisenauer und Frankfurter bzw. Mainzer Straße erfolgt eine gleichmäßige Ent- und Belastung der Anwohner. Der Verkehr in Richtung Westen wird hierdurch deutlich flüssiger ablaufen.

Durch die Einbahnstraßenregelungen auf beiden Straßen entfällt der Begegnungsverkehr der verschiedenen Verkehrsteilnehmer und es entsteht die Möglichkeit zumindest auf der Mainzer und der Weisenauer Straße einen festen Radweg aufzubringen.

Der gesamte Verkehr inklusive Radfahrer dürfen die Einbahnstraßen grundsätzlich auch nur in die jeweilige Richtung befahren. Hierdurch wäre es ebenfalls möglich auf beiden Straßen Tempo 50 beizubehalten.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim



Rot: Bushaltestellen

Grün: Kurzzeitparkplätze

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-319-2/21-26	
Datum	25.01.2023

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	26.01.2023	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Änderungsantrag der Fraktionen CDU und WsR vom 24.01.2023 zur DS 319/21-26 - Verkehrsführung in der Weisenauer Straße

Beschlusstext:
Beschluss des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 26.01.2023:
Die Fraktion DIE GRÜNEN/Linke Liste Soli/ABI meldet Beratungsbedarf an.

Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 31.01.2023:
Herr Stadtv. Walczuch begründet den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen CDU und WsR vom 24.01.2023. Der Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 11.12.2022 wird insoweit **zurückgezogen.**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme, den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen CDU und WsR vom 24.01.2023 an den Magistrat zur weiteren Bearbeitung zu verweisen.

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 09.02.2023:
Zur DS 319/21-26 liegt der beigefügte Änderungsantrag der Fraktionen CDU und WsR vor. Herr Stadtv. Walczuch teilt für die antragstellenden Fraktionen mit, dass der vorliegende Änderungsantrag umgewidmet wird in einen „Antrag zur Verweisung“, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 31.01.2023.
Der Beschlussvorschlag zur DS 319/21-26 bliebe somit unverändert.

Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU und WsR vom 24.01.2023 zur DS 319/21-26 – DS 319-2/21-26:
Die Stadtverordnetenversammlung verweist den Änderungsantrag der Fraktionen CDU und WsR vom 24.01.2023 einstimmig an den Magistrat zur weiteren Bearbeitung wie folgt:

„1. Entsprechend dem Ergebnis der Verkehrsschau vom 13. Juli 2022 wird eine Einbahnstraßenregelung für die Weisenauer Straße aus westlicher Richtung stadteinwärts mit Tempo 50 erarbeitet. Im Zuge der Planung sind die Änderungen zur Verkehrsführung und der Parkraumregelung aus dem Antrag 92/21-26 zu prüfen und nach Möglichkeit einzubinden.

2. Die Idee einer Fahrradstraße wird verworfen.

3. Für den Bereich Frankfurter Straße/Marktplatz/Mainzer Straße zwischen Löwenstraße und Kreuzung Mainzer Straße/Weisenauer Straße wird ebenfalls eine Einbahnstraßenregelung aus östlicher Richtung stadtauswärts mit Tempo 50 erarbeitet.

4. Sobald die Bundesgesetzgebung für die Ausweisung von innerörtlichen Geschwindigkeitsbegrenzungen entsprechend geändert wurde, werden die Geschwindigkeiten in den in 1 und 2 genannten Bereichen auf Tempo 30 reduziert.
https://www.staedtetag.de/themen/20212/lebenswerte-staedte-durch-angemessene-geschwindigkeiten

5. Die Löwenstraße wird als Einbahnstraße in Süd-Nord-Richtung geöffnet.

6. Es erfolgt die Prüfung der Einrichtung einer Bushaltestelle in Höhe des neuen Stadtbüros für alle Busse, die nach Osten Richtung Raunheim fahren. Dort halten nicht die Busse, die durch die Stadtunterführung fahren, diese behalten ihren Haltepunkt am Friedensplatz. Dafür wird die Haltestelle gegenüber dem Rathaus auf der Südseite der Straße abgebaut.

7. Es wird geprüft, ob durch die Verlagerung der Bushaltestelle zwischen Löwenstraße und Deutscher Bank auf der südlichen Fahrbahnseite schräg einfahrbare Kurzzeitparkplätze geschaffen werden können.

8. Der Arbeitskreis Mobilität und Klimaschutz ist aktiv in die Planungsphase einzubinden und die Bevölkerung zu beteiligen.

9. Der Antrag AT-92-21-26 der CDU-Fraktion vom 07.07.2022 wird für erledigt erklärt.“

Rüsselsheim am Main, den 01.02.2023

Jens Grode
Stadtverordnetenvorsteher

CDU Fraktion Rüsselsheim am Main

WsR WIR SIND RÜSSELSHEIM

DS 319-2/21-26

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 24.01.2023

Gemeinsamer Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der WsR-Fraktion zur DS 319/21-26 und Beratung in dem Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 26.01.2023 und der Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 09.02.2023

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Der Magistrat wird beauftragt eine verkehrspolitische Maßnahme in der „Innenstadt" zu erarbeiten, die folgende Ziele verfolgt:
   - Einbahnstraßenregelung für die Weisenauer Straße, evtl. Teile der Frankfurter Straße und der Mainzer Straße
   - Verbesserung der Verkehrssituation für die Anwohnerinnen und Anwohner im Bereich Weisenauer Straße ohne offensichtliche Benachteiligung der Anwohner andere Straßen durch Verlagerungsverkehre (z.B. Mainzer Straße)
   - Umweltschutz, bspw. durch Vermeidung des Durchgangsverkehrs von/nach Richtung Bischofsheim (betreffend Frankfurter Straße bis Mainzer Straße)
   - Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt, insbesondere des Bereiches Marktplatz
   - Eine kostengünstige Umsetzung
   - Machbarkeit
   - Keine Benachteiligung einzelner Gruppen von Verkehrsteilnehmenden
   - Schaffen von zusätzlichen Kurzzeitparkplätze zu schaffen

2. In der Prüfung ist in der Weisenauer Straße, sowie in der Mainzer Straße, jeweils eine Fahrradspur in Fahrtrichtung des Autoverkehrs zu berücksichtigen.

3. Zu prüfen und zu bewerten ist, die Anwendung der „Rechts vor Links" - Regel in der Weisenauer Straße, sowie in der Mainzer Straße, um den Verkehr zu entschleunigen.

4. Es wird ferner geprüft, den Bereich in der Skizze Nr. 1, als einen aus Verkehrspunkten betrachteten Platz, ähnlich dem Gutenbergplatz in Mainz zu gestalten. mit der Schaffung von Kurzzeitparkplätzen soll die Attraktivität zur Innenstadt zu gestalten. Die Skizze Nr. 1 soll als Maximallösung betrachtet werden.

5. Die Vorschläge 1 und 2 (siehe Anlage), sollen mit in die Erarbeitung aufgenommen werden und im Hinblick, auf die oben genannten Ziele, bewertet werden.

Begründung:

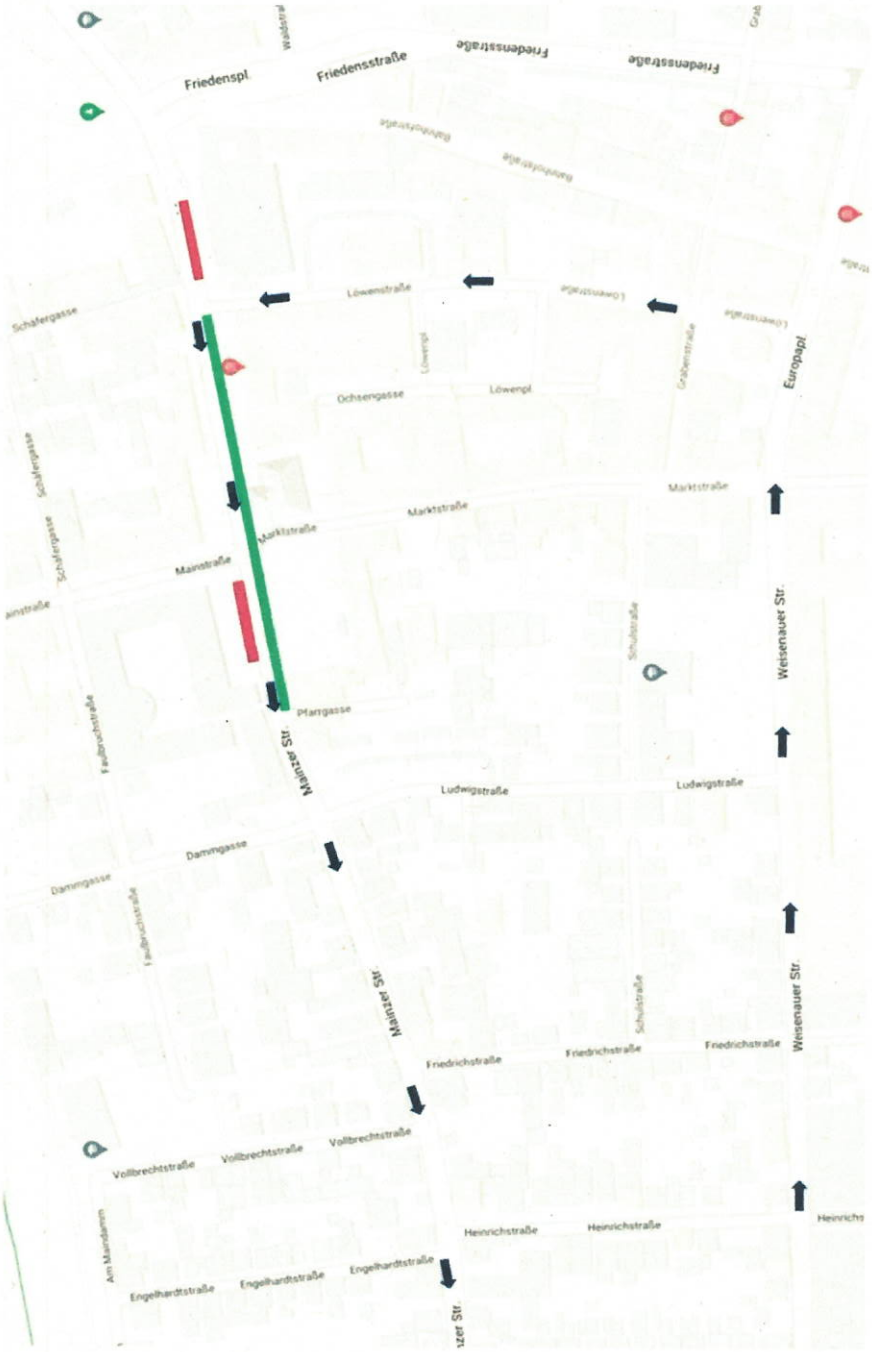
Zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt ist es wichtig, die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Dies soll durch eine Neuordnung des Verkehrs erreicht werden. In diesem Zusammenhang soll die Möglichkeit zur Einrichtung eins „Innenstadtrings" geprüft werden.
Siehe dazu die Vorschläge 1 und 2.

Durch die Einbahnstraßenregelungen auf beiden Straßen, entfällt der Begegnungsverkehr der verschiedenen Verkehrsteilnehmer und es entsteht die Möglichkeit auf der Mainzer Straße und der Weisenauer Straße einen festen Radweg zu integrieren. Alle Verkehrsteilnehmenden dürfen die Einbahnstraßen grundsätzlich, nur in die jeweilige Richtung befahren. Die „Rechts vor Links" – Regelung, in den zwei genannten Straßen, sollen zusätzlich den Verkehr entschleunigen.

Durch die Schaffung eines Platzes, ähnlich dem Gutenbergplatz in Mainz, soll der Durchgangsverkehr Richtung Bischofsheim verringert werden Dies trägt auch zur Verbesserung der Luftqualität in der Innenstadt bei. Mit der Schaffung zusätzlicher, Kurzzeit- und Behindertenparkplätzen in diesem Bereich, erhalten Bürgerinnen und Bürger ein attraktives Angebot für kurze Einkäufe und Erledigungen.

Vorschlag 1:

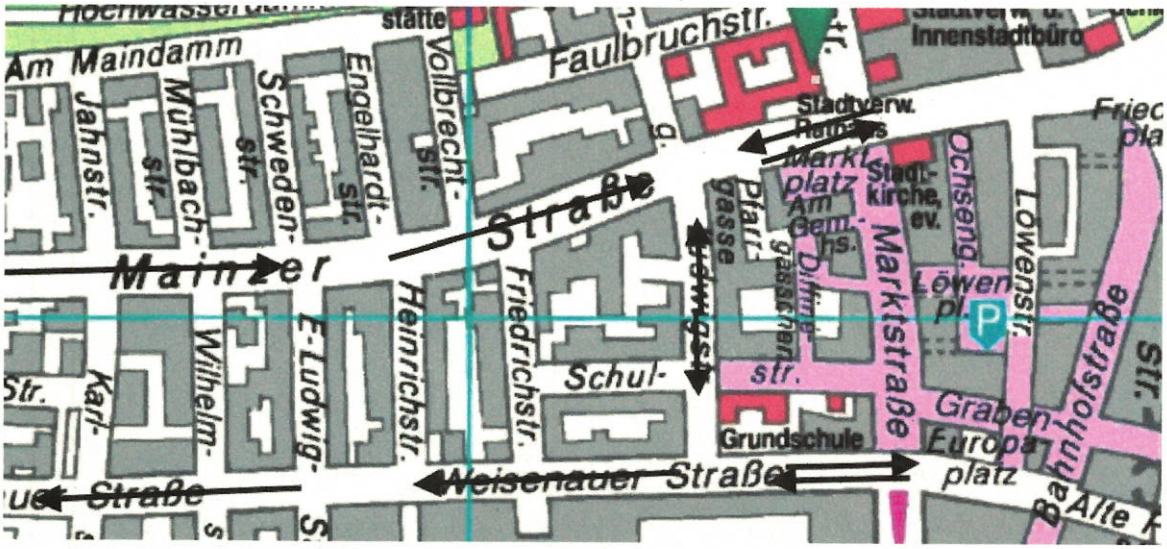
Einbahnstraßen siehe „Pfeile“ zusätzlich noch die Ludwigstraße als Einbahnstraße in südlicher Richtung.



Rot: Bushaltestellen

Grün: Kurzzeitparkplätze

Vorschlag 2:



Skizze Nr. 1:

S. Kropp

Stefanie Kropp
Vorsitzende
CDU Fraktion

Joachim Walczuch
Vorsitzender
WsR Fraktion

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-348/21-26	
Datum	28.12.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	10.01.2023	beschließend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	26.01.2023	zur Kenntnis
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	zur Kenntnis

Betreff:
Zwischenbericht zum Antrag AT-94/21-26 „Verweisung - Smart Parking“
Bezug: Antrag AT-94/21-26 der SPD-Fraktion vom 17.07.2022

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Bericht zur Kenntnisnahme zu:

Beschlusstext:

I. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt nachstehenden Zwischenbericht zur Bearbeitung des Antrags AT-94/21-26 „Verweisung Smart Parking“ zur Kenntnis.

Begründung:

A. Ziel

Ziel ist es, auf Parkplätzen mit Parkscheinautomaten in der Stadt Rüsselsheim am Main die Einführung einer Bezahlmöglichkeit für Parkgebühren per Smartphone zu ermöglichen.

B. Ausgangslage und Problem

Die Stadt Rüsselsheim am Main erzielt die Gebühren der kostenpflichtigen Parkplätze durch Parkscheinautomaten. Die anfallenden Parkgebühren können bei diesem System ausschließlich mit passendem Bargeld beglichen werden.
Regelmäßig tritt das Problem auf, dass Nutzer*innen der gebührenpflichtigen Parkplätze kein passendes Kleingeld zur Hand haben: Hieraus ergibt sich immer wieder die Tatsache, dass gänzlich ohne Parkschein geparkt wird, was wiederum zu Strafzetteln führt. Dies führt zu Unmut, da die Nutzer*innen in der Regel grundsätzlich gewillt sind, die Parkgebühren zu begleichen, jedoch keine alternative bargeldlose Bezahlmöglichkeit zur Verfügung steht.

Zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt sind erweiterte Bezahlmöglichkeit als Optimierung zu prüfen.

C. Lösung und weiteres Vorgesehen

Die Einführung einer Bezahloption der Parkgebühren per Smartphone ergibt eine zusätzliche zeitgemäße Möglichkeit um die fälligen Parkgebühren zu entrichten. Der Weg zum Parkautomaten ist nicht erforderlich und die Parkdauer kann unkompliziert per Mobilgerät/Smartphone verlängert werden. Darüber hinaus erhalten Nutzer*innen unmittelbar einen Überblick über die fälligen Parkgebühren. Die Kontrolle durch das Ordnungspersonal erfolgt dann datenschutzkonform in Echtzeit.
Für die Einführung einer bargeldlosen Bezahlmöglichkeit der Parkgebühren per Smartphone ist eine tiefergehende Recherche mit Feststellung der Alternativen notwendig. Der Markt bietet aktuell unterschiedliche Angebote von verschiedensten Anbietern. Für einen Überblick der Leistungen unterschiedlicher Anbieter wurden bereits Termine für eine Vorstellung der Produkte im Jahr 2023 datiert. Sobald tiefergehende Informationen vorliegen wird die Verwaltung mit einer weiteren Drucksache auf die Stadtverordnetenversammlung zukommen.

D. Kosten

Die Kosten der Anbieter sind zum heutigen Zeitpunkt noch nicht bekannt. Um für die Stadt und deren Bürger*innen das adäquate Angebot herauszufiltern wird ein Vergabeverfahren angestrebt.

Rüsselsheim am Main, 10.01.2023

Udo Bausch
Oberbürgermeister

VT 94/21-26

Fraktion
Rüsselsheim
SPD

EINGEGANGEN
19. JULI 2022
Büro Stadtv.versammlung

Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 17.07.2022

Antrag der SPD-Fraktion zur Verweisung

Smart Parking

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt die Bezahlmöglichkeit für Parkgebühren auf Parkplätzen mit Parkscheinautomaten in Rüsselsheim per Smartphone zu ermöglichen.

2. Um kein teures System programmieren zu lassen oder eines kaufen zu müssen, soll eine Zusammenarbeit mit Smartparking e.V. geprüft werden.

3. Es ist ein Bericht über die Vor- und Nachteile einer Zusammenarbeit mit Smartparking e.V. zu erstellen und den Stadtverordneten vorzulegen. Falls weitere Anbieter in Erwägung gezogen werden, soll für die engste Auswahl ebenfalls eine Auflistung der Vor- und Nachteile erfolgen und mit Smartparking e.V. verglichen werden.

4. Wenn Kosten für eine Einführung anfallen sollten, soll die Einführung erst bei einem genehmigten Haushalt erfolgen.

Begründung:

Oft haben Bürgerinnen und Bürger kein passendes Kleingeld, um die Parkgebühren zu begleichen. Auch bieten die Parkautomaten keine Kartenzahlung an. Hierdurch kommt es oft zum Parken ohne Parkschein, was zu Strafzetteln führt. Mit der Einführung einer Bezahlmög-

lichkeit für Parkgebühren per Smartphone gibt es eine zusätzliche Möglichkeit, um Parkgebühren zu entrichten, die zugleich bequemer für die Leute ist. Man spart sich den Gang zur Parkuhr, kann die Parkdauer unkompliziert über das Smartphone verlängern und hat als Nutzer eine transparente Übersicht über die entrichteten Parkgebühren. Die Stadtpolizei kann die jeweilige Parkberechtigung datenschutzkonform in Echtzeit überprüfen. Es besteht auch die Chance die Betriebskosten für Parkscheinautomaten zu reduzieren. Die Smartparking e.V. bietet eine offene Plattform, so dass die diversen Anbieter diskriminierungsfrei am Wettbewerb teilnehmen können. Hierdurch kann eine zügige Einführung ohne Ausschreibung realisiert werden. Ebenfalls würde mit der Lösung von Smartparking e.V. den Nutzern ermöglicht das Smart Parking per Smartphone in ca. 250 weiteren Kommunen deutschlandweit zu nutzen, ohne sich für weitere Services neu registrieren zu müssen.

Murat Karakaya
SPD-Fraktionsvorsitzender

Vorlage an den
Ortsbeirat Bauschheim und die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-353/21-26	
Datum	12.01.2023

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	17.01.2023	beschließend
Ortsbeirat Bauschheim	19.01.2023	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Tempo 70 auf der Landstraße 3482
Bezug: Vorschlag des Ortsbeirates Bauschheim VBAU-4/21-26 vom 15.02.2022

Der Magistrat leitet dem Ortsbeirat Bauschheim und der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:
I. Kenntnisnahme

Der Ortsbeirat Bauschheim und die Stadtverordnetenversammlung nehmen zur Kenntnis, dass eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 70 km/h im Abschnitt der L3482 zwischen den Knotenpunkten Brunnenstraße und L3012 rechtlich nicht möglich ist.

II. Beschlussvorschlag

Der Vorschlag VBAU-4/21-26 vom 15.02.2022 wird als erledigt erklärt.

Begründung:

A. Ziel

Das Ziel ist eine Temporeduzierung auf 70 km/h in dem Bereich der L3482 zwischen den Knotenpunkten Brunnenstraße und L3012 aufgrund von Wildunfällen zu erreichen.

B. Ausgangslage

Auf der L3482, die u. a. Bauschheim tangiert, ist in Bereichen, die mit Lichtsignalanlagen geregelt sind, bereits jetzt Tempo 70 angeordnet, was den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung entspricht. Im freien Streckenverlauf gilt die Regelgeschwindigkeit von 100 km/h.

Auf dem hier gegenständlichen Streckenabschnitt ist zusätzlich Zeichen 142 StVO (Gefahrzeichen Wildwechsel) angeordnet.

Der betreffende Bereich weist keine Unfallhäufungen auf.

C. Weiteres Vorgehen

Die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit ist auch außerhalb geschlossener Ortschaften – wie im vorliegenden Fall – an bestimmte Kriterien gebunden.

Die seitens der Straßenverkehrsordnung (StVO) und der dazugehörigen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) vorgegebenen Kriterien werden im vorliegenden Fall nicht erfüllt. So handelt es sich beispielsweise nicht um eine Gefälle- Steigungs- oder Kurvenstrecke. Die Straße ist eben und geradeaus. Auch werden Fußgänger oder Radfahrer im Längs- oder Querverkehr nicht in besonderer Weise gefährdet.

Sowohl der Träger der Straßenbaulast (Hessen Mobil) als auch die Polizei lehnen ebenfalls aus Ermangelung von Gründen, die der Verordnungsgeber vorgegeben hat, die Anordnung von Tempo 70 im betreffenden Bereich ab.

Eine Reduzierung der Geschwindigkeit im beabsichtigten Bereich der L3482 ist daher aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

D. Kosten

Es entstehen keine Kosten, da keine Maßnahmen umzusetzen sind.

E. Auswirkungen auf das Klima

Keine zu erwartenden Auswirkungen für das Klima.

Rüsselsheim am Main, 17.01.2023

Udo Bausch
Oberbürgermeister

VBAU-4|21-26

Bauschheim, den 15.02.2022

Prüfvorschlag des Ortsbeirates Bauschheim zu Tempo 70 auf der Landstraße 3482

Der Ortsbeirat Bauschheim bittet den Magistrat um Prüfung der Voraussetzungen für Tempo 70 ab Beginn des Waldstückes sowie in entgegengesetzter Richtung auf der Landstraße 3482.

Unseres Wissens nach könnte bei Beantragung eine Genehmigung nach § 45 Abs. 1, 3 und 9 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) erfolgen.

Der Ortsbeirat bittet um einen Lösungsvorschlag der Straßenverkehrsbehörde, sollte die Geschwindigkeitsreduzierung nicht umsetzbar sein.

Begründung und Erläuterung des Anliegens:

Eine Absenkung der Geschwindigkeit auf Tempo 70 ab Beginn des Waldstückes würde wesentlich dazu beitragen, die Gefahrensituation für Mensch und Tier zu entschärfen.

Bei etlichen Müllsammelaktionen der Umweltinitiative auf der L 3482 in der Nähe des Bauschheimer Umspannwerkes ist aufgefallen, wie viele Tierkadaver und geborstene Autoteile in den Büschen und Hecken seitlich der Straße liegen.

Auf einer Länge von ca. 400 Metern wurden auf beiden Straßenseiten bereits neun (skelettierte, verwesende und frisch überfahrene) Tierkadaver (Wildschweine, Rehe, Fuchs, Greifvogel) identifiziert.

Aufgrund der Funde ist davon auszugehen, dass trotz des Wildwechsel Schildes (Nr. 142) die Geschwindigkeit nicht in ausreichendem Maße angepasst wird.

Ab Beginn des Waldes am Umspannwerk existiert ein „Wildwechsel“ Schild doch ist hier keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 70 vorhanden. Diese beginnt erst nach ca. 620 Metern kurz vor der ersten Kreuzung (Ampel).

In diesem Prüfvorschlag sind keine zusätzlichen Verkehrsschilder erforderlich.

Die bereits vorhandenen Schilder, welche die Geschwindigkeit kennzeichnen, müssten lediglich in ihrem Standort verändert werden.

<u>Anlage: Bildmaterial von Beatrice Menges</u>

Die Bilder stammen von der Umweltinitiative und sollen dem besseren Verständnis dienen um die Situation vor Ort deutlich zu machen.

Der Ortsbeirat Bauschheim

Natalie Kolb
SPD

Christian Walter
SPD

Christian Bock
CDU

Nektaria Safi
CDU

Heinz E. Schneider
WSR

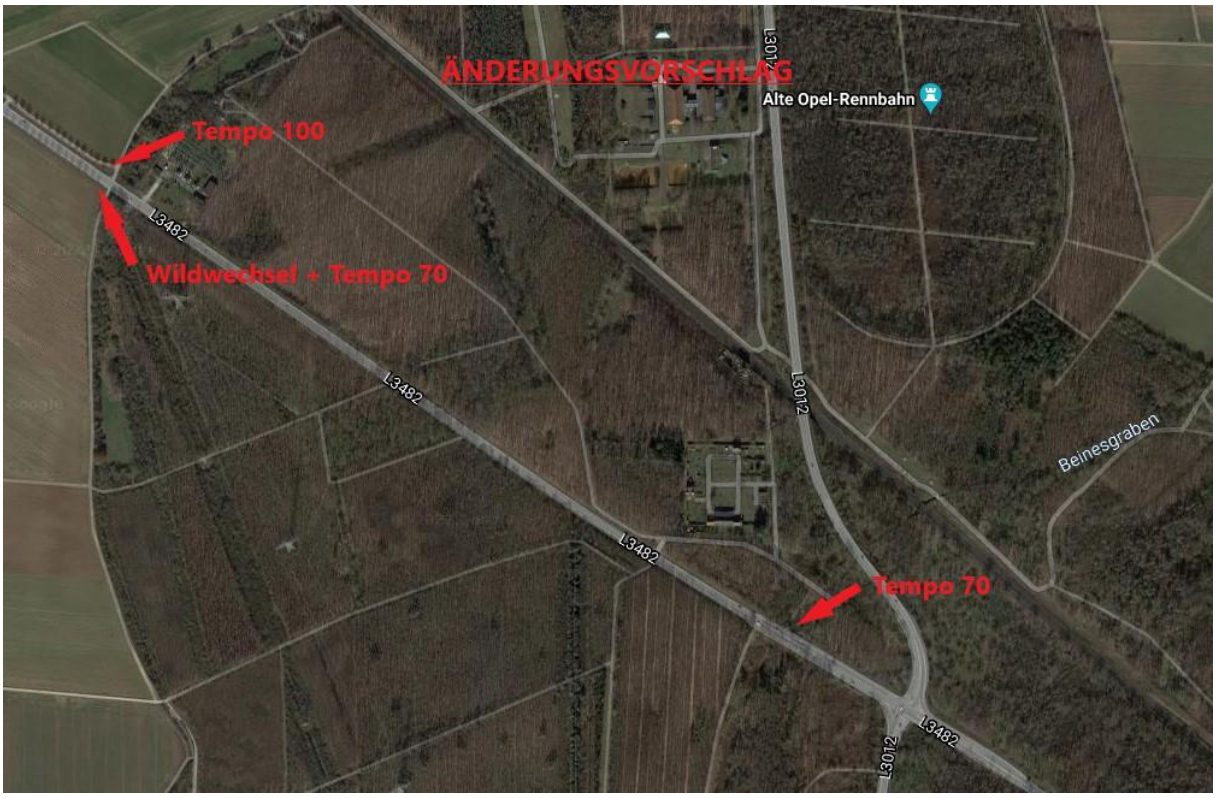
Dominik Mißkampf
FDP

Maria Schmitz-Henkes
BfL

Mirjam Roth
BfL

Fundorte Tierkadaver
Alte Opel-Rennbahn
L3012
L3482

IST-ZUSTAND
Alte Opel-Rennbahn
L3012
L3482
Wildwechsel
Tempo 100
Tempo 70
Tempo 70


ÄNDERUNGSVORSCHLAG
Alte Opel-Rennbahn
Tempo 100
Wildwechsel + Tempo 70
Tempo 70
L3482
L3012
Beinesgraben

Der Magistrat

Antrag	
der Fraktion SPD	
AT-106/21-26	
Datum	24.11.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	26.01.2023	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Antrag der SPD-Fraktion zur Verweisung vom 22.11.2022 - Starkregenkarte

Beschlusstext:
Beschluss des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 26.01.2023:
Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, den Antrag der SPD-Fraktion AT 106/21-26 an den Magistrat zu verweisen.

Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 31.01.2023:
Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, dem Antrag der SPD-Fraktion zur Verweisung vom 22.11.2022 (Starkregenkarte) wie folgt zuzustimmen:

Der Magistrat wird beauftragt eine Starkregenkarte zu erstellen, die mit der Hochwasserwarn-App https://www.hochwasser-hessen.de/ sowie Daten der Versicherungswirtschaft auf der Homepage der Stadt Rüsselsheim abrufbar gemacht wird.

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 09.02.2023:
Die Stadtverordnetenversammlung verweist den Antrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2022 – AT 106/21-26 – einstimmig an den Magistrat zur weiteren Bearbeitung wie folgt:

Der Magistrat wird beauftragt eine Starkregenkarte zu erstellen, die mit der Hochwasserwarn-App
https://www.hochwasser-hessen.de/ sowie Daten der Versicherungswirtschaft auf der Homepage der Stadt Rüsselsheim abrufbar gemacht wird.

Rüsselsheim am Main, den 09.02.2023

Jens Grode
Stadtverordnetenvorsteher

VT 106/21-26

Fraktion Rüsselsheim

SPD

EINGEGANGEN
24. NOV. 2022
Büro Stadtv.versammlung

Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 22.11.2022

Antrag der SPD-Fraktion zur Verweisung

Starkregenkarte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt eine Starkregenkarte zu erstellen, die mit der Hochwasserwarn-App https://www.hochwasser-hessen.de/ sowie Daten der Versicherungswirtschaft auf der Homepage der Stadt Rüsselsheim abrufbar gemacht wird.

Begründung:

Wenn Starkregen auftritt und Keller sowie z.B. Unterführungen volllaufen, trifft das Menschen oft unerwartet. Solche Ereignisse kommen auch in Rüsselsheim vor. Die durch die Klimaveränderung bedingten Gefahren werden trotzdem immer noch eher abstrakt und nicht als Gefahr für das eigne Hab und Gut wahrgenommen.
Die Versicherungswirtschaft reagiert mittlerweile auf die Klimaveränderung damit, dass auch das Starkregenrisiko in ihr Informationssystem (ZÜRS Geo) aufgenommen wird, um das Risiko für Starkregen besser einschätzen zu können.
Erste Kommunen reagieren mit eigenen Starkregenkarten. Frankfurt am Main und Offenbach haben z.B. eine solche. Wiesbaden will die angefangene Starkregenkarte abschließen. Die Umweltministerin Priska Hinz erklärte, dass Starkregengefahrenkarten auch für mittlere und große Kommunen sehr sinnvoll seien. Sie dienten der Identifizierung betroffener Gebiete. Sie sollen unter Einschluss der Kanalisation genau zeigen, wo sich Wasser im Falle von Starkregen sammeln würde und wo welche Gebäude oder Infrastrukturen besonders gefährdet sind. Die Erstellung einer solchen Gefahrenkarte würde auch durch das Land Hessen unterstützt.

Murat Karakaya
SPD-Fraktionsvorsitzender

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung
und den Ortsbeirat Bauschheim

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-345/21-26	
Datum	04.01.2023

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	10.01.2023	beschließend
Ortsbeirat Bauschheim	19.01.2023	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Stellungnahme des Magistrates zum Vorschlag von Frau Ortsvorsteherin Kolb und Herrn Walter zur Ansiedelung eines Eiscafés/-diele in Bauschheim
Vorschlag VBau-6/21-26 Frau Ortsvorsteherin Kolb und Herrn Walter vom 04.09.2022

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:
Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag

Der Prüfvorschlag VBau-06/21-26 vom 04.09.2022 wird als erledigt erklärt.

Begründung:

A. Ziel

Ziel ist es, ein Eiscafé/eine Eisdiele im Stadtteil Bauschheim zu errichten.

B. Ausgangslage

Seit Schließung von ‚Späckis Eiscafe' und später der ‚Eis Ecke' ist im Stadtteil Bauschheim keine Eisdiele mehr vorhanden.

C. Problem

Der Prüfantrag stellt u.a. den sozialen Aspekt eines Eiscafés, einer Eisdiele für Bauschheim in den Vordergrund (Ort der Begegnung, Integration der zukünftigen Neubürger*innen, im Sommer Ort zum Verweilen etc.).

Neben den sozialen Aspekten zur Errichtung/Etablierung einer Eisdiele stellen sich für zukünftige Betreiber*innen jedoch auch wirtschaftliche Fragen. Zunächst müssten Investitionen in die Infrastruktur getätigt werden (Kühlgeräte, Eismaschine, Innen- und Außenbestuhlung etc.), die sich vor allem auch wirtschaftlich darstellen lassen müssten. Zum anderen müsste sich eine geeignete Immobilie finden, die auch mit einem Außenbereich ausgestattet werden kann (Stichwort: Außenbestuhlung). Hinzu kommt, dass der Vertrieb/Verkauf von Eis in der Regel ein Saisongeschäft ist. Viele Eisdielen haben in den Wintermonaten geschlossen. Dennoch fallen hier weitere Mietkosten an. Auch der Betrieb selbst ist mit Herausforderungen verbunden, da die Stadt Rüsselsheim im Gespräch mit vielen Gastronom*innen ist. Dort ist immer wieder zu hören, dass es derzeit einen Mangel an Servicekräften gibt und daher die Öffnungszeiten stark eingeschränkt werden müssen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach einer geeigneten Räumlichkeit. Aktuell besitzt die Stadt Rüsselsheim am Main in Bauschheim nur noch einen Reserve-Bauplatz (Am Weinfaß 95).

Bei den weiteren städtischen Liegenschaften (bebaute Grundstücke) in Bauschheim handelt es sich ausschließlich um öffentliche Gebäude (Schule, Kitas, Feuerwehr, Friedhof etc.).

Eine Aufstellung über leerstehende private Ladenflächen in Bauschheim liegt der Stadt Rüsselsheim am Main nicht vor. Auskünfte zu privaten Grundstückseigentümer/innen können beim Amt für Bodenmanagement in Heppenheim eingeholt werden.

D. Lösung

Es bietet sich an, den Gedanken für einen Eisbetrieb im Stadtteil Bauschheim weiter zu verfolgen. Um auch eine wirtschaftliche Darstellbarkeit zu gewährleisten, müsste ggf. ein Konzept gefunden werden, das über den reinen Eisverkauf hinausgeht. Dies könnte z.B. die Anbindung an einen der Hofläden bedeuten oder eine Erweiterung der Produktpalette, um einen Weiterbetrieb z.B. auch in den Wintermonaten zu gewährleisten oder weitere Interessierte anzulocken.

Mit dem Gründerservice der Stadt Rüsselsheim am Main kommen regelmäßig Gründungsinteressierte auf die Wirtschaftsförderung zu. Sollten Gründenden-Anfragen aus dem Bereich Cafés, Bistros, Eisdielen etc. geben, werden diese zukünftig auf den Standort Bauschheim aufmerksam gemacht werden. Die Wirtschaftsförderung wird Interessierte an potenzielle Vermieter*innen vermitteln.

Das Stadtmarketing bewirbt den Wirtschaftsstandort Rüsselsheim am Main insgesamt, nicht einzelne Branchen oder (private) Objekte. Eine gezielte Kampagne ist daher nicht möglich.

Sollte sich eine Pächter*in für eine Eisdiele in Bauschheim finden, so kann das Stadtmarketing jederzeit mit dem Portal www.main-ruesselsheim.de unterstützen, indem es auf eine Neuansiedlung / ein neues Angebot in Bauschheim aufmerksam macht.

E. Auswirkungen auf das Klima

Es sind keine Auswirkungen auf das Klima zu erwarten.

Rüsselsheim am Main, 10.01.2023

Udo Bausch
Oberbürgermeister

SPD

Stadt Rüsselsheim
Fachbereich Zentrales
09. Sep. 2022
I/F-1

VBAU-6/21-26

Bauschheim 04.09.2022

Prüfvorschlag zur Beschlussfassung in der Sitzung des Ortsbeirates Bauschheim am 15.09.2022

Ansiedelung eines Eiscafés/-diele in Bauschheim

Der Ortsbeirat beschließt:

1. Es wird geprüft, ob es geeignete Liegenschaften im Besitz der Stadt Rüsselsheim im Ortsteil Bauschheim gibt die für ein Eiscafé/-diele in Frage kommen.
2. Es wird geprüft, ob es freie private Gewerbeflächen in Bauschheim, gibt die sich ebenso als Standort für ein Eiscafé/-diele anbieten
3. Im nächsten Schritt wird das Stadtmarketing um Unterstützung gebeten, mit einer gezielten Kampagne (z.B. Zeitungsannonce, Beiträgen auf Diversen Socialmedia Plattformen, usw.) einen Pächter*in zu finden.

Begründung:

Seit nun schon einigen Jahren wünschen sich die Bauschheimer Bürger*innen ein Eiscafé in Bauschheim. Seit der Schließung von „Späckis Eiscafe“ und später der „Eis Ecke“, welche beide sehr beliebt und stark frequentiert waren, gibt es keine Eisdiele mehr.

Darüber hinaus gibt es wenig Orte oder Plätze die zum Verweilen einladen. Eine solche Location wäre eine Aufwertung für den Ortsteil. Ein Eiscafé könnte auch ein Ort der Begegnung sein und zur Integration der zukünftigen Neubürger*innen dienen. Der Bedarf an frischen Eis ist gegeben, was zum Beispiel der Eisautomat von „Breitwieser Eis“ am Bürgerhaus deutlich zeigt.

Auch in den Bürgerdialogen wurde mehrfach der Wunsch geäußert, dieses Thema voran zu bringen.

Die Bürgerdialoge haben klar gezeigt, dass es Aufgaben und Themen gibt, die nicht bis zur Umsetzung der Eselswiese warten sollten.

Dieser Antrag dient dazu, Grundlagen zu schaffen und somit auch die Voraussetzung, ein Eiscafé in Bauschheim anzusiedeln.

Natalie Kolb, SPD Christian Walter, SPD

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-340/21-26	
Datum	12.12.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	20.12.2022	beschließend
Jugendhilfeausschuss	19.01.2023	beschlussempfehlend
Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss	24.01.2023	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Besetzung des Jugendhilfeausschusses für die Legislaturperiode 2021 – 2026
hier: Nachwahl eines stimmberechtigten Mitglieds und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds der CDU-Fraktion

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt für die CDU-Fraktion Frau Heide Böcker als stimmberechtigtes Mitglied und Herrn Florian Heinrich als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Begründung:

A. Ziel

Ziel ist die Besetzung des Jugendhilfeausschusses gemäß den gesetzlichen Vorgaben für die Legislaturperiode 2021 bis 2026.

B. Ausgangslage

Für die Legislaturperiode 2021 bis 2026 ist eine Nachwahl erforderlich.
Die CDU-Fraktion hat eine Änderung der Besetzung im Jugendhilfeausschuss mitgeteilt. Das stimmberechtigte Mitglied Herr Matthias Metz wird ersetzt durch Frau Heide Böcker, die bislang stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied war. Auf die Position von Frau Heide Böcker rückt Herr Florian Heinrich.

C. Gesetzliche Grundlage

Dem Jugendhilfeausschuss der Stadt Rüsselsheim am Main gehören nach § 4 der Satzung für das Jugendamt der Stadt folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

a) 9 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung
b) 5 Personen, die in der Jugendhilfe erfahren sind, davon ein Mitglied des Ausländerbeirates und eine in der Jugendhilfe erfahrene Frau aus dem Bereich der Mädchenarbeit
c) 5 Personen, die von den im Bereich des Jugendamtes wirkenden anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen werden
d) 5 Vertreter*innen, die von den in Rüsselsheim tätigen Jugendverbänden vorgeschlagen werden
e) Das für das Jugendamt zuständige Mitglied des Magistrates.

Die stimmberechtigten Mitglieder werden durch die Stadtverordnetenversammlung auf die Dauer der Wahlperiode gewählt.

Für jedes stimmberechtigte und beratende Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied vorzusehen.

D. Besetzung

Die Besetzung erfolgt gemäß Beschlussvorschlag.

Rüsselsheim am Main, 20.12.2022

Udo Bausch
Oberbürgermeister

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-341/21-26	
Datum	12.12.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	20.12.2022	beschließend
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	25.01.2023	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Besetzung Betriebskommission Eigenbetrieb Kultur123
hier: Nachbenennung eines Mitglieds und einer Vertretung der CDU-Fraktion

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt Herrn Marcel Sedlmayer als Mitglied und Herrn Florian Heinrich als Vertretung für die Betriebskommission des Eigenbetriebs Kultur123.

Begründung:

A. Ziel

Ziel ist die Besetzung der Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur 123 gemäß den gesetzlichen Vorgaben für die Legislaturperiode 2021 bis 2026.

B. Ausgangslage

Für die Legislaturperiode 2021 bis 2026 ist eine Neubesetzung erforderlich.
Das bisherige Mitglied Herr Markus-Johannes Jagla und der bisherige Vertreter Herr Stephan Bernhardt stehen nicht mehr für die Betriebskommission Eigenbetriebs Kultur123 zur Verfügung. Die CDU-Fraktion schlägt Herrn Marcel Sedlmayer als Mitglied und Herrn Florian Heinrich als Vertreter vor.

C. Gesetzliche Grundlage

Gemäß § 6 Abs. 1 der Betriebssatzung Eigenbetrieb „Kultur123 Stadt Rüsselsheim“ gehören der Betriebskommission an:

- Neun Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung
- Kraft Amtes der Oberbürgermeister
- Zwei weitere Mitglieder des Magistrates
- Zwei Mitglieder des Personalrates des Eigenbetriebes, die auf dessen Vorschlag von der
- Stadtverordnetenversammlung für die Dauer der Wahlzeit des Personalrates gewählt werden
- Jeweils eine in den nachfolgenden Bereichen besonders erfahrene Person:
  - eine erwachsenenpädagogisch besonders erfahrene Person
  - eine musikpädagogisch besonders erfahrene Person
  - eine in der kommunalen Kultur- und Theaterarbeit besonders erfahrene Person
  - eine im Büchereiwesen besonders erfahrene Person

Für die Mitglieder der Betriebskommission sind Vertreterinnen bzw. Vertreter zu benennen.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung werden für die Dauer ihrer Wahlzeit aus ihrer Mitte benannt.

D. Besetzung

Die Besetzung erfolgt gemäß Beschlussvorschlag.

Rüsselsheim am Main, 20.12.2022

Udo Bausch
Oberbürgermeister

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-342/21-26	
Datum	12.12.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	20.12.2022	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Besetzung Betriebskommission Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe
hier: Nachbenennung eines Mitgliedes und einer Vertretung der CDU-Fraktion

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt für die CDU-Fraktion Herrn Markus-Johannes Jagla als Mitglied und Herrn Marcel Sedlmayer als Vertreter für die Betriebskommission Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe.

Begründung:

A. Ziel

Ziel ist die Besetzung der Betriebskommission Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe gemäß den gesetzlichen Vorgaben für die Legislaturperiode 2021 bis 2026.

B. Ausgangslage

Für die Legislaturperiode 2021 bis 2026 ist eine Neubesetzung erforderlich. Die CDU-Fraktion teilt eine Änderung der Besetzung der Betriebskommission Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe mit.
Das bisherige Mitglied Marcel Sedlmayer wird ersetzt durch Herrn Markus-Johannes Jagla. Der bisherige Vertreter Herr Markus-Johannes Jagla wird ersetzt durch Herrn Marcel Sedlmayer.

Die CDU-Fraktion ist nun wie folgt besetzt:

Mitglied	Vertretung
Johann-Heinrich Schleidt	Marcel Sedlmayer
Markus-Johannes Jagla	Heide Böcker

C. Gesetzliche Grundlage

Gemäß § 5 Abs. 1 der Betriebssatzung des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe gehören der Betriebskommission an:

- neun Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung
- die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister und der/die für das Finanzwesen zuständige Dezernent/in sowie zwei weitere Magistratsmitglieder
- zwei Mitglieder der Personalvertretung des Eigenbetriebes (entfällt seit Gründung der AöR)

Für die Mitglieder der Betriebskommission sind Vertreter/Vertreterinnen zu benennen.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Personalrates sind von der Stadtverordnetenversammlung zu benennen.

D. Besetzung

Die Besetzung erfolgt gemäß Beschlussvorschlag.

Rüsselsheim am Main, 20.12.2022

Udo Bausch
Oberbürgermeister

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-344/21-26	
Datum	13.12.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	20.12.2022	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	31.01.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	09.02.2023	beschließend

Betreff:
Besetzung Verkehrskommission
hier: Berufung eines Mitgliedes und einer Vertretung für den Kita-Stadtelternbeirat

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beruft für den Kita-Stadtelternbeirat Herrn Manfred Vonderheidt als sachkundiges Mitglied und Herrn Stefan Hennen als stellvertretendes sachkundiges Mitglied in die Verkehrskommission.

Begründung:

A. Ziel

Ziel ist die Besetzung der Verkehrskommission gemäß den gesetzlichen Vorgaben für die Legislaturperiode 2021 bis 2026.

B. Ausgangslage

Der Kita-Stadtelternbeirat hat in seiner Sitzung am 08.12.2022 Herrn Manfred Vonderheit erneut als Mitglied und Herrn Stefan Hennen als seine Vertretung für die Verkehrskommission benannt.

C. Gesetzliche Grundlage

Die Verkehrskommission wird gemäß § 72 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) gebildet. Demnach kann der Magistrat zur dauernden Verwaltung oder Beaufsichtigung einzelner Geschäftsbereiche sowie zur Erledigung vorübergehender Aufträge Kommissionen bilden.
Mit Magistratsbeschluss vom 10.05.2011 zur Bildung einer Verkehrskommission wurde die Zusammensetzung festgelegt.

Die Verkehrskommission besteht aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern:

a) dem Oberbürgermeister oder einer von ihm benannten Vertretung aus dem Magistrat
b) zwei weiteren Mitgliedern des Magistrats
c) neun Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung (Erhöhung von 7 auf 9 Mitglieder durch Magistratsbeschluss vom 10.05.2016)
d) sachkundige Personen (derzeit 15) aus verkehrsrelevanten einschlägigen Institutionen

D. Besetzung

Die Besetzung erfolgt gemäß Beschlussvorschlag.

Rüsselsheim am Main, 20.12.2022

Udo Bausch
Oberbürgermeister